

Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker (Hg.)

SCHLAG WÖRTER

und

SCHLACHT RUFEN

BAND 2

Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte



Miltzke

Schlagwörter und Schlachtrufe
Band 2

Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte

Herausgegeben von

Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker

Militzke Verlag 2002

[9:]

VORWORT

Der zweite, abschließende Band von „Schlagwörter und Schlachtrufe“ wurde wie bereits der erste nicht chronologisch angelegt. Der Leser wird dem „Üb' immer Treu und Redlichkeit“, das 1797 zum ersten Mal vom Glockenspiel des Turmes der Potsdamer Garnisonskirche erklang, ebenso begegnen, wie dem Ruf deutscher Studenten von 1968 „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“, mit dem eine Universitätsreform verlangt wurde. Er mag die Handschrift von Autoren wiedererkennen, die bereits am vorausgegangenen Band beteiligt waren, und die weiterer Verfasser kennen lernen.

Die Zeitspanne seit dem Erscheinen des ersten Bandes reichte für Gespräche von Herausgebern und Autoren mit Lesern an vielen Orten. Sie war aber zu knapp, als dass die vielen Anregungen, die uns zukamen, hätten aufgenommen werden können. Zu ihnen gehören natürlich Hinweise auf Lücken, solche, die wir wissentlich ließen, und andere, auf die wir gestoßen wurden. Zu ihnen zählen Vorschläge, die auf eine Fortsetzung hinauslaufen und unsere Ansicht bestätigten, dass für Nachfolger genügend Platz gelassen ist. Vor allem regten diese Begegnungen zu Erörterungen über das Verhältnis von Sprache und Politik an. Zahlreiche Fragen gab es, deren Beantwortung erst durch weitere und weit greifende Forschungen beantwortet werden könnten, an denen Spezialisten vieler Disziplinen teilnehmen müssten: Waren und sind die Deutschen besonders produktiv bei der Produktion von Schlagwörtern und Schlachtrufen? Welche Zeiten bringen derartige Wortwendungen in besonders bemerkenswerter Zahl hervor? Über welche Stufen werden politische Phrasen zu Schlagwörtern? Lässt sich deren Wirkung im voraus berechnen? Vermögen das Fachleute in jenen „Küchen“, die heute Herausforderungen zu Tun und Lassen, adressiert an große Menschengruppen, herstellen? Unsere Gespräche bestätigten uns, dass wir zu Überlegungen angeregt und Nachdenklichkeit bewirkt haben, die sich auf jeweils eigene Begegnungen mit politischer Sprache in Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur richten. Das war unsere Absicht. Und das wünschen wir uns auch für diesen Band.

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker

Berlin/Jena im Juni 2002

[11:]

KAPITEL 1 HAMMER, SICHEL UND BUNDESADLER

Junkerland in Bauernhand

Von Siegfried Kuntsche

Am Sonntag, dem 2. September 1945, trat der Vorsitzende der KPD Wilhelm Pieck in Kyritz mit einer programmatischen Rede an die Öffentlichkeit: *Junkerland in Bauernhand!*¹ Wilhelm Pieck erläuterte auf einer von der Parteiorganisation in der Provinz Mark Brandenburg vorbereiteten Kundgebung das agrarpolitische Konzept seiner Partei. 350 Delegierte aus 75 Dörfern dieser Agrarregion mit ausgeprägtem Gutsbesitz waren zusammengekommen. Die Wirkung der Veranstaltung beschrieb Paul Merker, der sich damals noch im mexikanischen Exil befand, später so: „Die Rede Wilhelm Piecks und die angenommene Resolution erregte in allen kapitalistischen Ländern der Erde ein großes Aufsehen. Der Name Wilhelm Piecks und der Stadt Kyritz war[en] tagelang auf der ersten Seite der führenden bürgerlichen Zeitungen zu finden, aber ihre Kommentare ... waren zwiespältig.“²

Schon in ihrem programmatischen Aufruf vom 11. Juni 1945 war die KPD für eine grundlegende Bodenreform eingetreten. Die Entscheidung über ihre sofortige Durchführung fiel aber erst, als Stalin Ende August ein Konzept bestätigte, das Semjonow, der stellvertretende Politische Berater beim Obersten Chef der SMAD, in Abstimmung mit Walter Ulbricht und Rudolf Reutter von der KPD entworfen hatte.

Sogleich begann die KPD eine Kampagne von Versammlungen. In zahlreichen Dörfern wurden Resolutionen angenommen, die zumeist von den Rednern vorbereitet worden waren.

Am 8. September rief die KPD dazu auf, die Landreform zügig in Angriff zu nehmen. Sie entwickelte eine vielschichtige Argumentation, um deren Notwendigkeit und Legitimität zu begründen. Der Aufrufnannte politische, soziale und ernährungswirtschaftliche Gründe. Erstrangig waren die politischen Argumente: Großgrundbesitzer (nebst den Trustmagnaten) als Urheber der nazistischen Kriegspolitik [12:] und als Träger einer demokratiefeindlichen Herrschaft im Dorf. Zur historischen Legitimation hieß es, „die Bauern fordern, dass der Boden, der ihnen von den Junkern und Feudalherren ehemals geraubt wurde, wieder Bauernland wird“.³

Die Kommunisten konnten sich in ihrer Initiative auf Kampftraditionen berufen. Das Zentralkomitee erklärte zu Recht: „Die KPD hat seit ihrer Gründung im Jahre 1918 unausgesetzt für die Forderung der Bauern und Landarbeiter [nach entschädigungsloser Enteignung der Großagrарarier] gekämpft.“⁴ Aber erst 1945 – mit der Losung *Junkerland in Bauernhand* – verknüpfte sie die Enteignungsforderung mit der Orientierung auf die massenweise Schaffung neuer Bauernstellen. Vorher – in der Weimarer Republik – waren alle Landprogramme der deutschen Kommunisten durch bindende Beschlüsse der Kommunistischen Internationale auf die Übergabe des Bodens der Großagrарarier an Landarbeiter und Bauern zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung gerichtet gewesen. Nur Randflächen sollten die Kleinbauern als Siedlungsland haben. Mit der Neuorientierung entsprachen die Kommunisten ihrer Vorstellung, eine antifaschistisch-demokratische Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Zusammenwirken aller fortschrittlichen Kräfte, vor allem im Bündnis von Arbeitern und Bauern zu erkämpfen.

¹ Vgl. den redaktionellen Bericht und Referatabdruck der Deutschen Volkszeitung, Zentralorgan der KPD, 1. Jg., Nr. 72, 4.9.1945: Wilhelm Pieck vor märkischen Bauern und Landarbeitern. Siehe auch Wilhelm Pieck: *Junkerland in Bauernhand*. Rede zur demokratischen Bodenreform, Kyritz, 2.9.1945, Berlin 1955.

² SAPMO-BArch, NY 4103, Nr. 43: Manuskript eines Gedenkartikels zur Bodenreform für die Zeitung „Der Freie Bauer“. Merker war als Mitglied des SED-Zentralsekretariats für die Agrarpolitik zuständig.

³ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe III (ab 1945), Bd. 1, Berlin 1959, S. 148.

⁴ Ebenda, Bd. 1, S. 149.

Den Bauern das Land von „Junkern und Feudalherren“? Enteignet werden sollten alle Betriebe mit mehr als 100 Hektar. Abgesehen von großbäuerlichen Höfen oberhalb dieser Grenze waren diese Betriebe vom Entstehungszusammenhang her Feudal-, also Junkergüter. Jedoch befand sich 1945 die Mehrzahl in bürgerlicher Hand. Offenbar galt vielen ein Gut in adliger Hand als Prototyp von Gutsbesitz. Mit dem Kaiserreich war zwar die Vormachtstellung des Adels verschwunden, nicht aber die Exklusivität des Standes und die Konzentration der größten, latifundienartigen Besitzungen in dessen Händen. Die KPD knüpfte agitatorisch bewusst an solche Vorstellungen an und bekräftigte sie, um die historische Legitimität der Enteignungen zu unterstreichen.

Am 29. August 1945 erschien die „Deutsche Volkszeitung“ erstmals mit der Schlagzeile „Bauern, Landarbeiter und Flüchtlinge fordern: Junkerland muss Bauerland werden“. Von nun an berichteten diese Zeitung und ebenso die regionalen KPD-Zeitungen täglich von Dorfversammlungen und druckten Resolutionen und Stellungnahmen der Landbevölkerung ab. Die KPD erweckte den Eindruck, die Forderungen nach einer Bodenreform seien im Dorf entstanden und die Partei [13:] habe sich zu ihrem Sprecher gemacht. Die lenkende Hand der Besatzungsmacht blieb ganz im Dunkeln.

Mit dem Hinweis auf Forderungen der Landbevölkerung stellte die KPD nach einer Verständigung mit den Sozialdemokraten ihr Konzept in den Einheitsfrontausschüssen der antifaschistisch-demokratischen Parteien zur Diskussion. In langwierigen Verhandlungen einigte man sich in den fünf Ländern bzw. Provinzen auf mobilisierende Aufrufe. Es folgten in kürzester Frist und rascher Folge Gesetzesakte der Landes- bzw. Provinzialverwaltungen – zuletzt wurden sie am 12. September in Sachsen und Thüringen verabschiedet. Ihnen lag ein Rahmentext der SMAD zugrunde. Angesichts der in den Regionen geschaffenen vollendeten Tatsachen und der Intentionen der sowjetischen Besatzungsmacht erschien es Christ- und Liberaldemokraten trotz vieler Einwände opportun, auf zentraler Ebene einzulenken. Am 13. September unterzeichneten die vier Parteien in Berlin eine gemeinsame Erklärung. Sie riefen „alle Bauern und Landarbeiter und das gesamte Landvolk dazu auf, durch ihre Mitarbeit ... zum Gelingen dieses großen Reformwerkes beizutragen“.⁵ Der Aufruf kam freilich nur dadurch zustande, dass die Entschädigungsfrage ausgeklammert blieb. Die von der KPD geforderte Konfiskation, also entschädigungslose Enteignung, war ein Novum in der deutschen Rechtsgeschichte. Sie stieß bei beiden bürgerlichen Parteien auf heftigen Widerstand, ganz besonders im Falle von „Großbauern und Gutsbesitzern, gegen die politisch und menschlich nicht das Geringste vorzubringen war“.⁶ Der Aufruf zeugte ansonsten von einem grundlegenden Konsens. Die Argumentation, mit der Wilhelm Pieck in Kyritz die radikale Agrarumwälzung begründet hatte und die im Aufruf vom 8. September wiederkehrte, prägte auch den Blockaufruf: „Die Entmachtung des feudalen Großgrundbesitzes ist [14:] eine wesentliche Voraussetzung für die friedliche demokratische Entwicklung in Deutschland. Mit der demokratischen Bodenreform soll eine alte Bauernforderung endlich verwirklicht werden. Diese Reform ist um so dringlicher, als ... Hunderttausende deutscher Bauern Hof und Boden, Vieh und Fahrnis verloren haben ... Durch die restlose Enteignung der Kriegsverbrecher und aktivistischen Nazis und die Aufteilung des Besitzes der großen Feudalherren muss diesen Opfern der Hitlerpolitik geholfen werden. Diese Maßnahmen sind ferner eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ... Nur freie Bauern auf freier Scholle werden in einem neuen demokratischen Deutschland unserem Volke sein tägliches Brot beschaffen.“ Bekräftigend und die Argumentation zugleich variierend, hieß es dann: „Die Bodenreform soll eine gerechte Bodenverteilung und eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion herbeiführen. Sie bedeutet gleichzeitig einen entscheidenden Schritt zur friedlich-demokratischen Erneuerung unseres sozialen Lebens.“⁷

Ein vom Forschungsbeirat der Bundesregierung für Fragen der Wiedervereinigung angefordertes Gutachten des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen konstatierte 1956: „Nach dem Zusammenbruch von 1945 gehörte die Durchführung einer umfassenden Bodenreform zu den Zielen der vier

⁵ Siegfried Suckut: Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986, S. 90.

⁶ So Dr. Waldemar Koch, 1. Vorsitzender der LDP, in einer Umfrage der „Täglichen Rundschau“, der Zeitung der SMAD, vom 01.11.1945. Abgedruckt bei Suckut, Blockpolitik, S. 100.

⁷ Ebenda, S. 89.

Besatzungsmächte. Gleichzeitig aber stand sie auch auf dem Programm sämtlicher deutscher Parteien. Trotz erheblicher Unterschiede in den Motiven ist die Bodenreform nach 1945 als ein allgemeines deutsches Anliegen zu betrachten.“⁸ In letztgenannter Feststellung kam zum Ausdruck, dass auch im Denken bürgerlicher und sozialdemokratischer Politiker ein erheblicher Wandel eingetreten war.

In der Weimarer Zeit hatten allein die Kommunisten für die Beseitigung des Großgrundbesitzes gekämpft. Reformistische Kräfte aus dem Bürgertum und die SPD hatten sich hingegen auf das Reichs-siedlungsgesetz von 1919 verständigt. Ihr Konzept lief darauf hinaus, dass Großgrundbesitzer Land gegen „angemessene Entschädigung“ abgeben sollten und dies weitgehend auf freiwilliger Basis! Der Untergang der Weimarer Republik und die Errichtung der Hitlerdiktatur, die faschistischen Verbrechen und später die Kriegsniederlage veranlasste dann antifaschistische Politiker, quer durch die Parteien über grundsätzliche gesellschaftliche Reformen nachzudenken. Dazu gehörte auch die Entmachtung des Großgrundbesitzes. 1934 verabschiedete der Exilvorstand der SPD mit dem Prager Manifest ein Dokument, das auf die revolutionäre Niederrückung der NS-[15:]Diktatur und die Entmachtung seiner gesellschaftlichen Träger orientierte. Die „einschneidenden politischen und sozialen Maßnahmen zur dauernden völligen Entmachtung des besiegten Gegners“ sahen u. a. vor: „Sofortige entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes“ und „Verwendung des Ackerlandes zur Schaffung lebensfähiger Bauernsiedlungen und genossenschaftlicher Betriebe von Landarbeitern.“⁹ Ein bemerkenswertes Zeugnis neuer Positionsbestimmung bürgerlich-demokratischer Kräfte war das Programm der Arbeitsgemeinschaft „Das Demokratische Deutschland“ in der Schweiz, dem u. a. der Altreichskanzler Joseph Wirth angehörte. Hier hieß es u. a.: „Gesetzliche Enteignung und beschleunigte Verwendung des Großgrundbesitzes über durchschnittlich 80 ha zu genossenschaftlichen Produktions- und bäuerlichen Siedlungszwecken.“¹⁰ Nach 1945 kam in den westlichen Besatzungszonen eine auf Machtveränderung zielende, über Parteigrenzen hinausreichende Übereinstimmung am markantesten in der Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 zum Ausdruck. Ihr Artikel 42 bestimmte: „Nach Maßgabe besonderer Gesetze ist der Großgrundbesitz, der nach geschichtlicher Erfahrung Gefahr politischen Missbrauchs oder der Begünstigung militaristischer Bestrebungen in sich birgt, im Rahmen einer Bodenreform einzuziehen.“¹¹ Die bestimmenden politischen Kräfte in den Westzonen legten sich jedoch zunehmend auf antikommunistische Positionen fest und grenzten sich von den radikalen Umgestaltungen in der Ostzone ab. So verliefen die Ansätze zu einer Bodenreform im Sande.

In der Ostzone jedoch fand die Losung *Junkerland in Bauernhand* rasch eine breite Resonanz. Sie wurde zum Schlagtruf und übertönte Bedenken wegen der Pauschalenteignung, der Vertreibungen, der großen Hast und der Kleinheit der neuen Bauernstellen. Mit konzentrierten Anstrengungen brachte die KPD die Agrarreform voran. Trotz katastrophalen Papiermangels konnte die Partei in hohen Auflagen Druckschriften mit Aufrufen und Gesetzestexten sowie Maueranschläge mit Losungen drucken lassen. In der Provinz Mark Brandenburg wurden künstlerisch gestaltete Plakate im Mehrfarbendruck verbreitet: „Bodenreform: Was 1525 endete in Blut und Verrat, ward 1945 vollendete Tat“, „Junkerland in Bauernhand! Rottet dieses Unkraut aus!“¹² und „Bodenreform. Fort mit Feudalherren und Junkertrug. Das Land kommt unter den Bauernpflug“.¹³

Noch im September wurde die Bodenreform zur Realität. Sofort wurden Treuhänder auf den enteigneten Gütern eingesetzt, Boden-[16:]reform-Kommissionen in Dorfversammlungen gewählt und Bewerberlisten angelegt. Ende September/Anfang Oktober fanden in feierlicher Form die ersten Gut-saufteilungen statt. Zum gleichen Zeitpunkt mussten die Enteigneten mit ihren Familien auf Befehl

⁸ Institut für Besatzungsfragen Tübingen: Rechtsgutachten zur Frage der Bodenreform in der SBZ, 24.3.1956 (Maschinenschrift). In: SAPMO-BArch, Bibliothek, Lesesaalexemplar Nr. 00 C 253.

⁹ Dieter Dowe/Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 3. Aufl., Bonn 1990, S. 225 f.

¹⁰ Klaus-Jörg Ruht (Hg.): Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, München 1989, 3. Aufl., S. 172.

¹¹ Verfassung des Landes Hessen (Gesetzessammlung des Landes Hessen, Nr. 1), Wiesbaden 1948.

¹² Rosemarie Sachse u. a.: Früchte des Bündnisses. Werden und Wachsen der sozialistischen Landwirtschaft der DDR, 2. Aufl., Berlin 1985, S. 17 u. 19 (Faksimile).

¹³ Fritz Reinert: Dokumente zur demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg. Potsdam 1966, Umschlag.

der SMAD die Gutsdörfer verlassen. Ende Oktober war dann bereits in den meisten Dörfern die Aufteilung erfolgt. Zur gemeinsamen Nutzung der Landtechnik und der Zuchttiere entstanden örtliche Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe. Das Jahr schloss mit der feierlichen Aushändigung einheitlicher Besitzurkunden. Anfang 1946 waren bereits 82 Prozent der in den Bodenfonds gefallenen Flächen in der Hand der Individualeigentümer und Körperschaften. Nahezu 55.000 Kleinbauern und Landarbeiter, Flüchtlinge und Ausgewiesene aus den einstigen deutschen Gebieten östlich von Oder und Lausitzer Neiße hatten in den Bodenreform-Kommissionen mitgewirkt. Sie machten – verglichen mit der Gesamtzahl – ein Zehntel der Bodenempfänger aus und im Verhältnis zu den neuen Bauern sogar ein Viertel.

Die Bodenreform war das Werk vieler und ein Aufbruch zu demokratischer Selbstbestimmung. Wie war es möglich, dass sich wenige Monate nach dem totalen Zusammenbruch, in so trostloser und unsicherer Zeit Massenaktivität einstellte? Ausschlaggebend waren wohl nicht die Agitationslosungen und der Druck von Besatzungsmacht und Verwaltung. Entscheidend war, dass im Herbst 1945 – unter den Bedingungen der Lebensmittelknappheit, der Entwurzelung Hunderttausender und der insgesamt bedrückenden Lebensbedingungen – viele in der Landaufteilung einen zumindest temporären Ausweg sahen. Kleinbauern in der Nachbarschaft von Gütern erblickten eine Chance, ihre Bodenflächen zu arrondieren und damit sicherere Lebensgrundlagen zu gewinnen. Altbauern begrüßten generell die Möglichkeit des Erwerbs von Waldparzellen. Flüchtlinge und Ausgewiesene, die ja allesamt noch mit einer baldigen Rückkehr in die frühere Heimat rechneten, erhofften von der Bodenzuteilung bessere Überlebenschancen – sei es wegen der Ernährungsbasis, sei es, um das Vieh unterzubringen, denn zahlreiche Bauern waren befehlsgemäß mit Pferd und Wagen vor der nahenden Front geflüchtet. Städter strebten nach der Zuteilung von Kleingartenparzellen, Ausgebombte und Evakuierte nach einer zeitweiligen Bleibe. Ein Großteil der Landarbeiter war aber unentschlossen. Viele bezweifelten, eine stabile bäuerliche Existenz aufbauen zu können: wegen des abgetriebenen Viehs, angesichts der Verwüstungen und der fehlenden volkswirt-[17:]schaftlichen Mittel, aber auch wegen der sowjetischen Wirtschaftskommandos auf dem Gutshof. Dazu kamen ideologische und psychologische Hemmnisse: Furcht, die neuen Verhältnisse könnten nicht andauern und der Gutsbesitzer zurückkommen; Unsicherheit, eigenverantwortlich als Bauer zurechtzukommen; Bangen wegen der Kleinheit der auf maximal zehn Hektar bemessenen Neubauernstelle; Bedenken wegen der Inbesitznahme entschädigungslos enteigneter Güter. Nur wenige Landarbeiter standen in den Traditionen der Arbeiterbewegung von vor 1933. Verständlich war, dass alleinstehende Mütter mit Kindern besonders verunsichert waren.

In dieser Situation des Für und Wider war von großem Gewicht, dass KPD und auch SPD Aktivisten in die Dörfer schickten, um der Dorfbevölkerung bei der Reform zu helfen. Auch dadurch gewann die KPD unter der Landbevölkerung zahlreiche Mitglieder. Rudolf Reutter, Landreferent in der KPD-Zentrale, stellte Ende 1945 fest: „Wir hatten in manchen Kreisen noch überhaupt keine Ortsgruppen, aber im Laufe der Bodenreform sind dort 30 bis 40 Ortsgruppen neu entstanden.“¹⁴ Bei den Wahlen im Herbst 1946 erreichte die im Frühjahr aus dem Zusammenschluss von Kommunisten und Sozialdemokraten entstandene Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf dem Lande vielfach bessere Stimmergebnisse als in der Stadt. 1947 gehörte jeder zehnte Bauer der SED an. Tatsächlich ließ die Bodenreform erstmals in der deutschen Geschichte eine marxistische Partei zu einer „Macht auf dem Lande“ werden, wie Friedrich Engels gefordert hatte.

„Junkerland in Bauernhand?“ betitelte der Herausgeber einen Band mit Beiträgen eines Kolloquiums anlässlich des 50. Jahrestages der Bodenreform.¹⁵ Wurde das Land der Großagrarier 1945/46 nicht tatsächlich Bauernland? Erwies sich erbliches Nutzungsrecht unter den Bedingungen eines antikapitalistischen Entwicklungsweges nicht als solide Grundlage bäuerlichen Wirtschaftens? Waren Neubauern und spätere Genossenschaftsbauern keine „richtigen“ Bauern?

¹⁴ Zit. nach Joachim Piskol/Christel Nehrig/Paul Trixa: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande 1945 bis 1949, Berlin 1984, S. 64.

¹⁵ Arnd Bauerkämper (Hg.): „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996.

Nach dem Untergang der DDR blieb aufgeteiltes Großagrарierland in Bauernhand – sei es als bewahrtes Neubauerneigentum, sei es in Gestalt von Treuhand-Pachtflächen der Agrargenossenschaften und anderen LPG-Nachfolgebetriebe. Die Nachfahren enteigneter Agrарier konnten 1990 das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Der Kampf um den Bestand der Enteignungen ist allerdings noch nicht zu Ende. Hatten sich schon die Landesregierungen des Beitrittsgebiets zum Büttel der Bundesregierung gemacht und vor 1990 [18:] eingetretene Erbfälle mit fragwürdigen Konstrukten – auf jeden Fall entgegen den Intentionen der letzten Volkskammer der DDR zum Schutz von Neubauernland – zugunsten des Fiskus abgewickelt, so ist jetzt der größte Landverkauf in der Geschichte Ostdeutschlands im Gange. Als Ausgleichsleistung für die Enteignung können die Nachfahren zu Vorzugsbedingungen Land kaufen. Vielen ist das aber nicht genug. Sie wollen alle zum Verkauf stehenden Treuhand-Flächen kostenfrei als Entschädigungsgabe und suchen dies durch Klagen beim Europäischen Gerichtshof auf den Weg zu bringen.

Die ostzonalen Bodenreform-Enteignungen pauschal ein Unrecht? Sind die „Sünden der (mecklenburgischen) Ritterschaft“¹⁶ – und die Rolle der Großagrарier bei der Machtübergabe an Hitler und als Machtstütze des Regimes vergessen?

¹⁶ So der Titel einer von Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Scharenberg 1926 im Eigenverlag herausgegebenen Schrift. Der Autor führt hier den Nachweis der Entstehung der Gutswirtschaften durch das Bauernlegen. Scharenberg war durch Intrigen von Agrарiern aus dem Amt eines Amtshauptmanns, d. h. Landrats, gedrängt worden. Er gehörte der Deutschen Demokratischen Partei als Mitglied an.

Erst besser arbeiten, dann mehr essen

Von Jörg Roesler

Im Jahre 1947 geriet der Wiederaufbau in der Sowjetischen Besatzungszone ins Stocken. Das Tempo der Wiederherstellung der Industrie sank gegenüber den ersten beiden Nachkriegsjahren deutlich ab. Im wichtigsten ostdeutschen Industrieland, Sachsen, verringerte sich der Produktionsausstoß gegenüber dem Vorjahr zeitweise um 40 Prozent. Das hatte viel mit dem harten Winter 1946/47 und seinen Folgen zu tun; mehr aber noch mit nachlassender Arbeitsdisziplin. Arbeiten für die Lebensmittelkarte, deren Rationen kaum den Hungerverhindern konnten, so sahen viele das, lohnte sich nicht. Allzu groß war 1947 die Versuchung, ein oder mehrere Tage der Arbeit fernzubleiben, aufs Land zu fahren, um sich mit Lebensmitteln zu versorgen, dem Schrebergarten oder dem Stückchen Feld den Vorzug zu geben. Der Lohn für die tägliche Arbeit hielt gegenüber dem – wie es schien vergleichsweise mühelosen – Verdienst beim Schwarzmarkthandel keinem Vergleich stand. Eine wichtige Ursache des Bummelantentums war der Schwarze Markt, und dieser lebte von Bummelanten.

Das war der Teufelskreis, aus dem es auszubrechen galt, sollten die Anstrengungen beim Wiederaufbau 1945 und 1946 nicht vergebens gewesen sein. Den Durchbruch versuchte der 2. Kongress des Freien [19:] Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Mitte April 1947 in Berlin tagte, mit der Losung *Mehr produzieren – gerechter verteilen – besser leben*. Oder, wie es bald, das Anliegen auf den Punkt gebracht, hieß: *Erst besser arbeiten, dann mehr essen*. Euphorisch konnte diese Vertröstung auf bessere Zeiten niemanden stimmen. Und kritische Reaktionen gab es genug, zudem die Argumente der Kritiker auch nicht recht von der Hand zu weisen waren; wenn die etwa bemerkten, dass ein Motor, wenn man ihm keinen Treibstoff gibt, nicht anspringt. Das Erstaunliche ist, dass es im Laufe des Jahres 1947 dem FDGB, der Freien Deutschen Jugend und vor allem der SED, die sich auf ihrem II. Parteitag im September vollständig hinter die Losung des FDGB-Kongresses stellte, gelang, eine Anzahl Aktivisten, wie sie genannt wurden, zu finden, die höhere Produktionsleistungen erreichten und damit Unruhe und Diskussion um die Arbeitsdisziplin in die Betriebe brachten. Die fehlende Alternative zu *Erst besser arbeiten, dann mehr essen* – offensichtlich führte kein anderer Weg aus dem Nachkriegselend heraus als der, es mit den eigenen Händen zu beseitigen – trug zur Hebung der Arbeitsdisziplin ebenso bei wie die Gewährung bescheidener materieller Vergütungen für diejenigen, die regelmäßig zur Arbeit kamen und ihre Leistung steigerten.

Eine im Oktober 1947 als Befehl 234 der Sowjetischen Militäradministration eingeführte zusätzliche Vergütungsordnung sicherte den Arbeitswilligen ein warmes Mittagessen zu. Lebensmittel und Industriewaren, auch Kleidungsstücke wurden teilweise über die Betriebe verteilt und direkt an das Arbeitsergebnis gebunden. Verglichen mit den knappen Gütern, die man durch Hamstern oder Schwarzmarkt erwerben konnte, wenn man der Arbeit fernblieb, war das eine nur unzureichende Entschädigung. Sie demonstrierte aber, dass diejenigen, die jetzt das Sagen hatten, es mit der Losung *Mehr produzieren – gerechter verteilen – besser leben!* ernst meinten. Wenn es denen schon jetzt gelang, gerechter zu verteilen, dann wuchs die Hoffnung, dass man im Ergebnis fleißiger Arbeit eines Tages auch besser leben würde, was zunächst einmal nicht viel mehr hieß, als soviel zu haben wie in jenen – durchaus nicht üppigen – „Friedenszeiten“ zwischen Weltwirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg.

Die Losung von 1947 blieb auch in der Folgezeit eine der agitatorischen und argumentativen Grundlagen der an Umfang zunehmenden Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung. Eine der ebenso zahllosen wie in der Regel kurzfristigen „Initiativen“ hob die Losung von 1947 in leicht abgewandelter Form noch einmal aufs Panier. Das war [20:] am Beginn des „Neuen Kurses“ im Oktober 1953. Einige Monate zuvor, nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni, war die Wettbewerbsbewegung faktisch zum Stillstand gekommen. Frida Hockauf, eine Textilarbeiterin aus dem im „Neuen Kurs“ wichtig gewordenen Bereich der Konsumgüterproduktion, fiel die Aufgabe zu, die Wettbewerbsbewegung republikweit wieder in Gang zu bringen. Gegenüber der Zeitung „Neues Deutschland“ erklärte sie: „Wie schnell das Tempo bei der Verwirklichung des ‚Neuen Kurses‘ sein wird, hängt von uns

Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz ab. So wie wir heute arbeiten, wird morgen unser Leben sein.“¹

Meist in der Variante *So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben* zitiert, fand sich das Hockauf-Wort in den folgenden Jahren immer wieder in den Reden der SED-Führung, da es kurz und prägnant ausdrückte, was während der gesamten Ulbricht-Zeit Grundlage der Wirtschaftspolitik blieb: Es sind alle Anstrengungen zu unternehmen, damit es uns in der Zukunft besser geht. Bereits seit Mitte der 50er Jahre hieß für die Bevölkerung *mehr essen*, das westdeutsche Konsumniveau zu erreichen. Der individuelle und rasche Weg zu diesem Ziel führte über die (illegale) Ausreise aus der DDR. Durch die zunehmende Zahl der „Republikflüchtigen“ in die Zwickmühle geraten, definierte 1958/59 erstmals auch der Erste Sekretär der SED, Walter Ulbricht, das *mehr essen* am Pro-Kopf-Verbrauch der Bundesrepublik.

Ulbricht blieb aber dabei, dass zunächst mehr gearbeitet werden müsse. In den 60er Jahren hieß das: Alle Anstrengungen darauf zu richten, das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung“ bzw. das „Ökonomische System des Sozialismus“, d. h. die Reform zur Erhöhung der Effizienz des Wirtschaftens in der DDR, zu verwirklichen. Ende der 60er Jahre, als in der DDR beachtliche Investitionsanstrengungen auf dem Hochtechnologiesektor unternommen wurden, hielt Ulbricht gemäß dem Motto *Erst besser arbeiten, dann mehr essen* auch eine zeitweise Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und sonstigen „Waren des täglichen Bedarfs“ sowie Preiserhöhungen für industrielle Konsumgüter für vertretbar.

Als jedoch Ende 1971, nach Ulbrichts Sturz, Ministerpräsident Willi Stoph bei der Vorstellung des Fünfjahrplanes 1971-1975 wieder einmal das Hockauf-Wort *So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben* zitierte, war das bei ihm nur der Ausgangspunkt für die Argu-[21:]mentation, dass das Morgen nicht mehr fern war und nunmehr dazu übergegangen werden könne, schon heute so zu leben wie man bereits arbeitete. Stoph bezog sich dabei auf die Ausführungen des neuen Ersten Sekretärs der SED, Erich Honecker, auf dem VIII. Parteitag der SED vom Juni des Jahres, auf dem dieser erklärt hatte: „Die Hauptaufgabe ... besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion und des Wachstums der Arbeitsproduktivität“.² Der Satz, später als Geburtsstunde der Honecker-Strategie der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ bezeichnet, war an sich nicht falsch. Seine Aussage wurde zu einem für die weitere Existenz der DDR verhängnisvollen Irrtum erst durch die Art, wie die Botschaft realisiert wurde. Honecker verlangte von der Staatlichen Plankommission zur Verwirklichung des 1972 beschlossenen „großen sozialpolitischen Programms“, die angestrebten vier Prozent Wachstum der volkswirtschaftlichen Leistung mit fünf bis sieben Prozent Zuwachs im Lebensstandard zu bilanzieren. „Das war“, schreibt der damalige Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, in seinen Erinnerungen, „auch gegen die Losung von der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gerichtet, denn nun hätte man sagen können: So wie wir heute leben, [22:] wollen wir morgen arbeiten. Ich sah die Gefahr, dass dieses Programm nur durch wachsende Kreditaufnahmen im westlichen Ausland oder, was noch schlimmer war, durch die Vernachlässigung der Investitionen zur Modernisierung der Wirtschaft, oder durch beide, zu finanzieren war.“³

Lange ging das nicht gut. Anfang der 80er Jahre hatte sich die Schuldenlast so weit erhöht, dass die DDR ihre Kreditwürdigkeit auf den internationalen Finanzmärkten zu verlieren drohte. Nun mussten doch Abstriche von Lebensstandard in Kauf genommen werden, auch wenn das „große sozialpolitische Programm“ offiziell und in einigen Bereichen, wie im Wohnungsbau, sogar real weiterlief. Allerdings fehlten in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, anders als 40 Jahre zuvor, sowohl die politische Kraft „oben“ als auch die Einsicht „von unten“, die verkündete bzw. akzeptierte, dass man in der DDR erst besser arbeiten müsse, um aus der Krise herauszukommen, ehe man wieder ans *mehr essen* denken könne.

¹ Neues Deutschland, 20.9.1953.

² Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1971, S. 38.

³ Gerhard Schürer: *Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie*, Frankfurt/Oder 1996, S. 95 f.

Der Teufelskreis wurde dieses Mal nicht durchbrochen. Vielleicht deshalb, weil Ende der 80er Jahre die Alternative auf der Hand zu liegen schien. Viele sahen die Chance, *besser arbeiten* mit *mehr essen* zu verbinden in der Übertragung der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik auf die DDR, ohne freilich genügend zu berücksichtigen, dass *besser arbeiten* die Möglichkeit, eine Arbeit zu haben, zur Voraussetzung hat. Millionen Ex-DDR-Bürgern wurde diese Möglichkeit mit Eintritt in die Bundesrepublik verwehrt. Zur Enttäuschung vieler kam auch noch der Hohn bundesdeutscher Prominenz über die arbeitslosen Nichtstuer, die „faulen Ossi“. Der Hinweis aus dem Westen an die Ostdeutschen erst *besser arbeiten*, dann *mehr essen*, diesmal nicht wie 1947 als Aufruf, sondern mit drohendem Untertone verkündet, blieb nicht aus. Der Hamburger Soziologe Thomas Roethe formulierte es in seinem Buch „Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl“ so: „Mangelnde Produktionsfreude in Ostdeutschland wird sich nicht ewig über milliardenschwere Zuzahlungen in Hunderterpotenzen finanzieren lassen ...“⁴

⁴ Thomas Roethe: Arbeiten wie bei Honecker, leben wir bei Kohl. Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist, Frankfurt/Main 1999, S. 28.

[23:]

Plane mit, arbeite mit, regiere mit

Von Siegfried Prokop

„Die Nationale Front des demokratischen Deutschland wendet sich an Euch, Bürger und Bürgerinnen unserer Republik, mit dem Ruf: Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ Diese Aufforderung stand im Aufruf der Nationalen Front zu den Wahlen für die Volkskammer und die Bezirkstage, der vom III. Kongress der Nationalen Front im September 1958 beschlossen worden war.

Den Arbeitern, Technikern und Ingenieuren sei es im engen Bündnis mit den anderen sozialen Schichten in die Hand gegeben, die DDR dem deutschen NATO-Staat „in jeder Beziehung in historisch kürzester Frist überlegen zu machen“, hieß es in dem Aufruf. Die DDR habe sich zu einer großen Industriemacht in Europa entwickelt. Ein noch schnelleres Wachstum sei möglich, wenn die Neuerbewegung in jedem Betrieb durchgesetzt werde. Durch Nutzung der Produktionsberatungen in den Betrieben seien die neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik rasch in den Produktionsprozess zu überführen. Im Kampf um die Siegesbanner des sozialistischen Wettbewerbs könne überall die Arbeitsproduktivität erhöht werden. Keiner dürfe zurückbleiben und alle Reserven seien zu erschließen: „In den nächsten drei Jahren wird die ganze Welt auf Euch blicken und verfolgen, mit welchem Elan Ihr für den Sieg der guten Sache in Deutschland kämpft! Setzt Euch für die Prinzipien sozialistischer Arbeitsmoral ein und helft mit, auch in den Wohnbezirken das Leben freudiger, interessanter und kulturvoller für alle zu gestalten.“¹

Zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR im Oktober 1959 wurde eine erste Bilanz gezogen. Dabei zeichnete sich ein auf den ersten Blick beeindruckendes Bild ab. Eine große Zahl von Werktätigen wirkte in parlamentarischen Beratungsgremien und Kontrollorganen auf verschiedenen Ebenen: Rund 270.000 Bürger arbeiteten als Abgeordnete und Nachfolgekandidaten in den Volksvertretungen mit; 220.000 in den Ständigen Kommissionen der Volksvertretungen; 230.000 in rund 17.000 Ausschüssen der Nationalen Front; 300.000 als Haus- und Straßenvertrauensleute; 48.500 als Schöffen der Bezirks-, Kreis-, und Stadtbezirksgerichte; 113.000 in den Elternbeiräten der Schulen; 130.000 in 16.000 Ausschüssen der Konsumverkaufsstellen; 24.000 in über 7800 HO-Beiräten; 30.000 in 10.000 FDJ-Kontrollposten, Hunderttausende in MTS-Beiräten und Wohnungskommis-[24:]sionen. Hunderttausende Bürger arbeiteten freiwillig und ohne Entlohnung im Rahmen des Nationalen Aufbauwerks an der Verschönerung der Wohngebiete.²

Alles in allem wurde befunden, dass in der Losung *Plane mit, arbeite mit, regiere mit* treffend und knapp die Ende der 50er Jahre erreichte Stufe der sozialistischen Demokratie zum Ausdruck gebracht worden sei. Die Bürger der DDR hätten damit ihre wachsende politische Reife und ihren Gemeinschaftssinn demonstriert. Die Losung *Plane mit, arbeite mit, regiere mit* genoss über einen längeren Zeitraum eine gewisse Popularität im Volke. Wer wollte nicht, wenn er schon mitarbeitete und teilweise mitplante auch mitregieren?

Aber da zeigte sich bald ein Problem. Das Mitregieren gelang in den Elternbeiräten an den Schulen, in den HO-Beiräten im staatlichen Handel, in den Produktionsberatungen und in den Brigaden in Industriebetrieben sowie in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Wie aber sollte im Staate mitregiert werden? Diese Frage war nicht leicht zu beantworten. Der Ost-West-Konflikt ließ wenig Spielraum für Experimente. Die Neigung, erreichte Positionen nicht aufs Spiel zu setzen, begünstigte das Festhalten am überkommenen Politikstil.

Die SED hatte 1957 auf der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien die „Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus und der sozialistischen Revolution“ mitbeschlossen. Diese gründeten auf dem Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und zur führenden Rolle der Partei in Staat und Gesellschaft. Was die führende Partei beschloss, hatten die Abgeordneten der Volkskammer und

¹ Dokumentation der Zeit, Berlin 1958, Nr. 178, S. 15 f.

² Zur Rolle dieser Beratungs- und Kontrollgremien vgl. Stefan Sommer: Lexikon des DDR-Alltags. Von „Altstoffsammlung“ bis „Zirkel schreibender Arbeiter“, Berlin 1999.

in den Bezirks- und Kreistagen zu erörtern, in diesem oder jenem Aspekt zu modifizieren und schließlich zu bestätigen. Opposition im Parlament und Widerspruch gegen Parteibeschlüsse waren nicht vorgesehen und nicht erwünscht.

Walter Ulbrichts Sieg über die getrennt agierende demokratische Opposition unter Wolfgang Harich und Walter Janka sowie unter Karl Schirdewan im SED-Politbüro 1956/1957 wurde folglich mit einer Unterdrückung jeglichen Ansatzes für einen demokratisch-sozialistischen Weg in der DDR verbunden. Der politische Kurs wurde ausgerichtet auf einen autoritären Sozialismus, der sich am chinesischen (bis 1960) und sowjetischen Modell orientierte. Das Volkseigentum verharrte auf der Stufe des Staatseigentums, was bedeutete, dass es zu keiner realen Vergesellschaftung der Produktionsmittel kam und die Entfremdung weiter wirkte. Die proklamierte sozialistische Demo-[25:]kratie (*Plane mit, arbeite mit, regiere mit*) konnte sich in Staat und Gesellschaft nicht entfalten. Ein sich verselbstständigender Partei- und Regierungsapparat bediente sich des demokratischen Zentralismus, der immer mehr zu einem bürokratischen Zentralismus mutierte. Der autoritäre Sozialismus verfügte deshalb gegenüber seinen Bürgern nur über eine begrenzte Binde- und Motivationskraft. Das 1958 gestartete Überholmanöver (Überholen der Bundesrepublik im Pro-Kopf-Konsum bis 1961) war im dritten Quartal 1960 gescheitert. Am Ende stand die Mauer in Berlin. Nach 1961 geriet die DDR an einen Scheideweg. Ihre politischen Eliten hatten zu entscheiden, ob sie die gewonnene Atempause für eine Neugeburt zu einem demokratischen Sozialismus nutzen wollten oder ob es bei den autoritären Strukturen bleiben sollte, die nach Fritz Behrens unvermeidlich in eine Restauration des Kapitalismus münden mussten.³

Walter Ulbricht selbst machte noch in hohem Alter einen Wandel durch, indem er sich an die Spitze einer Reform von oben stellte. Der Reformaufbruch in der ersten Hälfte der 60er Jahre, gekennzeichnet durch die ernsthaften Versuche, die Wirtschaft zu modernisieren sowie die Jugend- und Familienpolitik neu zu konzipieren, führte zu Fortschritten in Wirtschaft und Gesellschaft. Jedoch fand er seine Krönung leider nicht in einer Neugestaltung der DDR-Gesellschaft. Der Durchbruch zu einem demokratischen Sozialismus blieb aus. Die Hoffnung vieler junger Bürger der DDR, es werde 1968 zu einem Berlin-Prager Frühling kommen, erfüllte sich nicht. Die SED stellte sich gegen die Reformer von Prag. So wurde die Berliner Mauer zu einem Herrschaftsbestandteil einer vom Souverän, dem Volk, immer mehr abhebenden Bürokratie. Nach dem Sturz Ulbrichts stoppte Erich Honecker die in den 60er Jahren auf den Weg gebrachten Reformen. Das Demokratie-Defizit nahm im Laufe der 70er und 80er Jahre in der DDR-Gesellschaft keineswegs zu. Es wurde aber von den Bürgern immer weniger hingenommen. Gerade die Bürger, die Karl Marx, Friedrich Engels und Rosa Luxemburg genau gelesen hatten, wollten sich nicht damit abfinden, dass deren Erkenntnisse in der DDR-Führung auf Ablehnung stießen. Die Zahl der Mitglieder der mit der SED im Block agierenden Parteien CDU, DBD, LDP und NDPD wuchs seit Mitte der 60er Jahre wieder.

Karl Marx hatte das Scheitern der Pariser Kommune genau analysiert. Die Kommunarden, die 1871 erstmals in der Geschichte eine „Selbstregierung des Volkes“ praktizierten, vermochten noch keinen neuen Demokratietyt zu entwickeln. Diese Feststellung schmälert *Plane mit, arbeite mit, regiere mit* [26:] nicht die Tatsache, dass in Paris geschichtliches Neuland betreten worden war: „Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträthen. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit ... Und es ist bekannt genug, dass Gesellschaften ebenso wie Einzelne, in wirklichen Geschäftssachen gewöhnlich den rechten Mann zu finden, und falls sie sich einmal täuschen, dies bald wieder gut zu machen wissen. Andererseits konnte nichts dem Geist der Kommune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur⁴ zu ersetzen.“⁵ Friedrich Engels ergänzte die Überlegungen von Marx zwei Jahrzehnte später um einen wichtigen Aspekt: „Die Kommune musste gleich von

³ Vgl. Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie, Berlin 1992, S. 85.

⁴ Investitur- System der Ernennung von Amtspersonen.

⁵ Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA). I/22, Berlin 1978, S. 201 ff.

vornherein anerkennen, dass die Arbeiterklasse, einmal zur Herrschaft gekommen, nicht fortwirtschaften könne mit der alten Staatsmaschine; dass diese Arbeiterklasse, um nicht ihrer eignen, erst eben eroberten Herrschaft wieder verlustig zu gehn, einerseits alle die alte, bisher gegen sie selbst ausge nutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigen, andererseits aber sich sichern müsse gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten, indem sie diese, ohne alle Ausnahme, für jederzeit absetzbar erklärte.“⁶ Die russische Oktoberrevolution von 1917 berücksichtigte diese Warnung nicht. Rosa Luxemburg, die einen klaren Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie machte, wurde in ihrer Schrift „Zur russischen Revolution“ sehr deutlich, weshalb diese in der DDR erst spät, im Jahre 1974, veröffentlicht wurde: „Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: Wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, sie mit neuem Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weih-[27:]nachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt im Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei.“⁷

Wären diese Vorstellungen in der DDR verwirklicht worden, hätte der 1958 ergangene Ruf *Plane mit, arbeite mit, regiere mit* seine geradezu ideale Verwirklichung finden können. Im autoritären Sozialismus der DDR aber lag die Machtausübung in den Händen eines hierarchisch-bürokratisch gegliederten Systems mit dem inzwischen überalterten Politbüro und dem erkrankten Generalsekretär an der Spitze; ein Zustand, der sich nicht ganz zufällig in den „Bruderländern“ ebenso gestaltete. Diesen „Ernstfall“ und die Krise hatte das politbürokratische System in seiner Selbstgefälligkeit nie in Erwägung gezogen. Als nun im Spätsommer und Herbst 1989 die „sprachlose“ Spitze der Machtpyramide nicht mehr zu agieren vermochte, fiel das von der SED geführte politisch-staatliche System der DDR-Gesellschaft sang- und klanglos in sich zusammen. Ein funktionsfähiger demokratischer Unter- und Zwischenbau, der den Sozialismus hätte auf eine lebensfähige und qualitativ erneuerte Grundlage stellen können, fehlte.

Erst in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Hans Modrow vom 17. November 1989 wurden tiefgreifende Wirtschafts-, Bildungs-, und Verwaltungsreformen sowie Reformen des politischen Systems der DDR anvisiert. Die demokratische Volksbewegung des Herbstes 1989 zwang die Volkskammer dazu, den Artikel über die führende Rolle der SED aus der Verfassung zu streichen. Modrow vollzog die Trennung zwischen SED und Regierung. Sein Konzept der sozialistischen Demokratie musste infolge der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit eher Vision bleiben. Über seine Demokratie-Erfahrung äußerte Modrow: „Das Parlament, die Volkskammer, spielte eine ganz außergewöhnlich aktive Rolle bei der Kontrolle der Regierung und im Prozess der staatlichen Willensbildung. Nach meiner Kenntnis existierte in der deutschen Geschichte vermutlich nie zuvor ein Parlament, das derart als Forum einer Verständigung über die bestehenden gesellschaftlichen Probleme arbeitete und dabei konsensfähige Lösungen fand. Und es vermochte, eine ungewöhnliche Verbindung zwischen der parlamentarischen Demokratie mit Formen der unmittelbaren Demokratie – etwa dem Runden Tisch⁸ –

⁶ Friedrich Engels: Einleitung zu Marx' Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: Karl Marx/Friedrich Engels Werke (MEW), Bd. 22, Berlin 1990, S. 197.

⁷ Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 363.

⁸ Der Zentrale Runde Tisch der DDR hatte sich nach polnischem und ungarischem Vorbild am 7.12.1989 konstituiert. Er agierte bis zu den freien Wahlen vom 18. März 1990. Ihm gehörten Vertreter von 22 Parteien und politischen Gruppierungen an. Indem der Runde Tisch das nach dem Sturz Honeckers entstandene Machtvakuum auszufüllen half, hatte er wesentlichen Anteil an der friedlichen Konfliktregulierung („Keine Gewalt!“). Wichtigstes Resultat des Runden Tisches war der Verfassungsentwurf für eine demokratisch erneuerte DDR.

herzustellen und produktiv zu machen.“⁹ In die wenigen Wochen der [28:] Regierung Modrow hätte die Losung *Arbeite mit, plane mit, regiere mit* eher gepasst als in die Zeit davor. Aber niemand sprach mehr davon, denn die deutsche Einheit stand unmittelbar vor der Tür. Da ging es nicht mehr ums Mitplanen. Allenfalls konnte an das nicht zu verachtende Quäntchen Mitregieren gedacht werden, das die repräsentative Demokratie einräumte.

⁹ Hans Modrow: Von Schwerin bis Strasbourg, Berlin 2001, S. 245.

Überholen ohne einzuholen

Von Jörg Roesler

Anders als zu DDR-Zeiten, als der Slogan nur für eine relativ kurze Zeit, zwischen 1968 und 1970, in der DDR-Wirtschaftspolitik eine Rolle spielte, erfreut er sich seit 1990 bei den „Aufarbeitern“ der DDR-Geschichte besonderer Beliebtheit. Besser als manch andere Äußerung von SED-Prominenten schien ihnen der Slogan *Überholen ohne einzuholen* geeignet, den Größenwahn der SED-Führung, deren ideologische Verblendung und deren Losgelöstheit von den wirtschaftlichen Realitäten in Kurzform zusammenzufassen. Denn überholt werden sollte ein Staat, der allerdings – wie spätestens 1989/90 jedermann in der DDR deutlich wurde – auf wirtschaftlichem Gebiet und vom Lebensstandard her der DDR signifikant, nach dem Empfinden vieler sogar haushoch, überlegen war.

Historisch ist eine derartige Einordnung einseitig, denn der Versuch der Parteiführung der SED, den Systemwettbewerb mit dem anderen Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet durch *Überholen ohne einzuholen* zu gewinnen, entsprach nicht nur einer – Ende der 60er Jahre übrigens weltweit verbreiteten und auch vom Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, geteilten – Wissenschafts-, Technik- und Prognoseeuphorie, sondern beinhaltete auch die Lehre aus einem bereits früher, ebenfalls unter Ulbricht unternommenen und gescheiterten Versuch der DDR, die Bundesrepublik mit einer Kraftanstrengung, sozusagen auf geradem Wege, einzuholen und zu überholen. Insofern lag Ulbrichts nunmehriger Vorstellung, die Bundesrepublik wirtschaftlich einzuholen ohne sie zu überholen die kritische Verarbeitung eines gescheiterten Überholversuchs zugrunde, keinesfalls nur Realitätsferne und Euphorie.

Der erste der beiden proklamierten Überholversuche wurde Mitte [29:] 1958 von Ulbricht auf dem V. SED-Parteitag „als ökonomische Hauptaufgabe“ verkündet. Der anderthalb Jahre später verabschiedete Siebenjahrplan formulierte sie exakt so: „Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch bei den meisten industriellen Konsumgütern und Lebensmitteln bis Ende 1961 einzuholen und zu überholen“.¹ Im Perspektivplan vergaß man zwar nicht festzulegen, dass die DDR natürlich auch in Bezug auf die wirtschaftliche Pro-Kopf-Leistung das bundesdeutsche Niveau erreichen müsse, sah dafür allerdings das Jahr 1965 vor. Wesentliche Pro-Kopf-Verbrauchszahlen der Bundesrepublik waren – allerdings bei traditionellen Gütern wie Fleisch, Getreideerzeugnissen, Butter, Schuhen u. a. m. – quantitativ bereits zum Zeitpunkt des Einholbeschlusses in der DDR erreicht. Zugesagte sowjetische Rohstofflieferungen und Devisenkredite in beträchtlicher Höhe sollten die DDR in die Lage versetzen, 1961 bis 1965 mehr Konsumgüter zu verteilen, als sie bis dahin produzieren bzw. im Austausch für Exportgüter einführen konnte. Schließlich wies die bundesrepublikanische Wirtschaft, an deren Leistungskraft man sich orientierte, 1958 eine Konjunkturdelle auf, von der DDR-Wirtschaftsexperten behaupteten, sie sei der Beginn der lang erwarteten ersten ernsthaften Krise der westdeutschen Wirtschaft in der Nachkriegszeit. Optimistisch stimmte die SED-Führung auch, dass in der DDR ab 1957 das wirtschaftliche Wachstum erneut angestiegen war.

Eine Rolle bei der Verkündung des Ein- und Überhol-Zieles spielten noch zwei weitere Momente: Als im Oktober 1957 der erste künstliche Satellit, der sowjetische Sputnik, um die Erde zu kreisen begann, wurde das auch in der DDR-Führung als Zeichen gedeutet, dass die von der marxistischen Lehre postulierte grundlegende Überlegenheit des eigenen Systems gegenüber dem Kapitalismus nunmehr Realität zu werden beginne. Hinzu kam, dass die Kommunistische Partei der Sowjetunion bereits auf ihrem XX. Parteitag im Februar 1956 beschlossen hatte „die am meisten entwickelten kapitalistischen Länder hinsichtlich der Produktion je Kopf der Bevölkerung einzuholen und zu überholen“.²

¹ Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1959 bis 1965. In: Der Siebenjahrplan des Friedens, des Wohlstands und des Glücks des Volkes, Berlin 1959, S. 159.

² Zit. nach V.T. Cuntulov: Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion nach dem Großen Vaterländischen Krieg bis zu Beginn der siebziger Jahre, Berlin 1978, S. 27.

Diese Siegeszuversicht hielt in der SED-Führung jedoch nicht allzu lange an. Bereits knapp zwei Jahre nach dem V. Parteitag der SED, im Sommer 1960, musste Walter Ulbricht dem sowjetischen KP-Chef Nikita Chruschtschow gestehen, dass die Erfüllung der „Ökonomischen Hauptaufgabe“ nicht mehr möglich sei. Keine der Voraussetzungen, mit denen Ulbricht bis vor kurzem noch gerechnet hatte, war (vollständig) eingetreten. Das DDR-Wirtschaftswachstum begann sich [30:] nach ermutigenden Ergebnissen 1958 und 1959 rasch abzuschwächen. Die Sowjetunion lieferte bei weitem nicht in den Mengen, mit denen die Staatliche Plankommission gerechnet hatte, als sie die Ziele des Siebenjahrplanes bestimmte. Anders als beim Verbrauch mancher Lebensmittel lag die DDR bei der Massenproduktion von begehrten technischen Konsumgütern wie Kühlschränken und Fernsehgeräten hinter der Bundesrepublik weit zurück. Schließlich wuchs die westdeutsche Konjunktur zwischen 1959 und 1962 wieder rasant. Ende 1961, als die DDR für ihre Bewohner so attraktiv sein sollte, dass der „Republikflucht“ aus wirtschaftlichen Gründen ein für alle Mal die Basis fehlen würde, befand sich Ostdeutschland in einer schweren Wirtschaftskrise und die SED-Führung hatte die Übersiedlung vieler seiner Bürger in das deutsche Gebiet mit dem höheren Lebensstandard nur dadurch stoppen können, dass sie die Mauer bauen ließ.

Ulbricht hatte seine Lektion gelernt und verzichtete für viele Jahre auf die Verkündung von Überholstrategien. Allerdings war er sich – dessen bewusst, dass allein die Existenz der Mauer für die SED-Führung auf Dauer keine Existenzgarantie sein könne. Für ihn stand weiterhin fest: Eine solche Garantie war letztlich nur durch die Erreichung eines der Bundesrepublik ähnlichen Produktions- und Konsumtionsniveaus zu erreichen. Auch die 1963 beschlossene Wirtschaftsreform diente diesem Ziel. In der Reformrichtlinie wurde an nicht allzu auffälliger Stelle denn auch formuliert: „Indem das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft unter der tatkräftigen Mitwirkung aller werktätigen Menschen verwirklicht wird, sichern wir alle Faktoren, um im Interesse der gesamten Nation die Überlegenheit unserer sozialistischen Ordnung gegenüber dem kapitalistischen System in Westdeutschland auch auf ökonomischem Gebiet zu beweisen.“³

Wie dieses Ziel erreicht werden sollte, war indessen Ulbricht auch Mitte 1968 noch nicht klar, als er auf eine Presseveröffentlichung des sowjetischen Kybernetik-Professors Victor Gluschkow aufmerksam gemacht wurde, in dem dieser mit Blick auf die künftigen Generationen von EDV-Anlagen den Gedanken vom *Überholen ohne einzuholen* äußerte. Als Ausgangspunkt für Prognose und Planung war von Gluschkow an technisch-technologische Lösungen gedacht, die im Westen noch nicht existierten. Nur so könne man sich auf technologischem Gebiet an die Weltspitze setzen. Ulbricht gefiel der Gedanke vom *Überholen ohne einzuholen* so gut, dass er Gluschkow in die DDR einlud, vor Wissenschaftlern und Planern vortragen ließ und das Wort [31:] vom *Überholen ohne einzuholen* mit Blick auf den Systemwettbewerb immer häufiger selbst verwendete. Der unter Ulbrichts Leitung stehende einflussreiche „Strategische Arbeitskreis“ diskutierte die neue Überholstrategie und entsprechend seinen Vorgaben wurde in den wirtschaftsleitenden „fleißig, auf allen Ebenen, einzeln und gemeinschaftlich konzipiert und prognostiziert“. In der im April 1970 als Grundlage zur Ausarbeitung des Perspektivplanentwurfes für die Jahre 1971 bis 1975 vom DDR-Ministerrat bestätigten „Grundsatzregelung“ wurde verlangt, nach dem Prinzip *Überholen ohne einzuholen* zu arbeiten, um auf diesem Wege „eine maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität“ und einen „höchstmöglichen Zuwachs an Nationaleinkommen“ für die DDR zu erreichen.⁴

Zu diesem Zeitpunkt war allerdings schon in der Arbeit der Prognosegruppen deutlich geworden, dass die Prognostiker zwar in der Lage waren, die „gegenwärtig weltbesten“, aber keine prinzipiell neuen Lösungen in ihren Überlegungen zu berücksichtigen. Basisinnovationen über einen Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren zu prognostizieren, um daraus konkrete Maßnahmen für den Fünfjahrplan 1971-1975 ableiten zu können, diese Idee, die Ulbricht so bestechend fand, erwies sich beim

³ Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, 4. Auflage, Berlin 1965, S. 15.

⁴ Grundsatzregelung für die Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik im Zeitraum 1971 bis 1975. In: Zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR in den Jahren 1971 bis 1975, Berlin 1970, S. 132.

besten Willen nicht als praktikabel. Aus dieser Erkenntnis Schlussfolgerungen zu ziehen, verblieb Ulbricht indes keine Zeit mehr, denn im Sommer 1970 setzte zwischen ihm und seinem späteren Nachfolger Erich Honecker ein Machtkampf ein, der im Frühjahr 1971 mit dem Sturz des bisherigen Ersten Sekretärs des ZK der SED endete.

Die Entmachtung Ulbrichts führte auch zu einer Absage an die DDR-Wirtschaftsreform und an das aus ihr heraus geborene Konzept des *Überholen ohne einzuholen*. Honecker proklamierte für die 70er Jahre gegenüber der Bundesrepublik das Prinzip der Abgrenzung, das u. a. den Verzicht auf einen öffentlich geführten Systemvergleich beinhaltete. In den 80er Jahren verfolgten er und der Wirtschaftssekretär des ZK der SED, Günter Mittag, das Konzept der Kooperation mit dem einstigen Hauptkonkurrenten Bundesrepublik mit dem Ziel, von dessen wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Überlegenheit zu profitieren. Die Vorstellung, gegenüber der Bundesrepublik auf diesem oder jenem Wege, durch direktes Einholen oder durch die Verfolgung des Prinzips *Überholen ohne einzuholen* strategisch die Oberhand zu gewinnen, war Honecker, Mittag und den anderen Mitgliedern des SED-Politbüros in den 80er Jahren längst abhanden gekommen.

[32:]

Die Partei hat immer Recht

Von Kurt Pätzold

Mit keinem Lied, das sie einst sangen, verbanden sich für deutsche Sozialisten nach dem Jahre 1989/90 so beklemmende, ja auch beschämende Erinnerungen wie mit der Hymne, die „der Partei“ galt und die deren Rolle nicht nur überhöhte, sondern sie mystifizierte. Diese Partei hatte allen Mitgliedern nicht nur „alles gegeben“, sondern sie auch „leise gestreichelt“. Von ihr, die als „Mutter der Massen“ apostrophiert wurde, waren sie „niemals verlassen“, von ihrem „mächtigen Arm“ getragen worden. Die Angehörigen einer Partei, die ihre Geschichte mit guten Gründen auf die Aufklärung zurückzuführen vermochte, tauchten mit dem Gesang dieses Textes in das tiefe Dunkel des Irrationalismus – ein Vorgang für dessen Entschlüsselung es wohl der Gemeinschaftsarbeit von Historikern und Psychologen noch bedarf.

Autor dieses Liedtextes war der Publizist, Lyriker und Schriftsteller Louis Fürnberg, der nach der Besetzung Prags durch die deutschen Truppen im Jahre 1939 von der Gestapo verhaftet, physisch und psychisch grausam gefoltert und mehrere Monate durch Gefängnisse geschleppt worden war. Im August 1939 kam er frei und konnte sich über Italien, Jugoslawien, Griechenland und Zypern 1941 nach Palästina retten. Von da kehrte er, der mit Beiträgen in vielen Zeitungen und Zeitschriften des Exils am Kampf gegen Nazideutschland teilgenommen hatte, 1946 auf dem Umweg über das britische Lager El Shatt am Suezkanal in die Tschechoslowakei zurück. Er war dort als Journalist, Publizist und Kulturpolitiker tätig, u. a. als Mitarbeiter im Informationsministerium der Republik. Als deren Regierung mit anderen Staaten die eben gegründete Deutsche Demokratische Republik anerkannte und mit ihr diplomatische Beziehungen aufnahm, kam Fürnberg von 1949 bis 1952 als Botschaftsrat nach Berlin. Im August 1954 übersiedelte er ganz in die DDR, nahm seinen Wohnsitz in Weimar und wirkte fortan als stellvertretender Direktor der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der deutschen Klassik. Sein Leben endete früh, er verstarb 48jährig.¹ Johannes R. Becher, der auf den Toten ein Gedicht schrieb, schloss es mit der Erwähnung des „Lobgesangs auf die Partei“². Der Nachruf des Ministerrates der DDR zählte diesen, übertreibend, zu den Volksliedern des Dichters.

[33:] Als der 1909 in Iglau/Jihlava in Mähren geborene Fürnberg das Lied von der Partei schrieb, zu dem er auch die Melodie komponierte, lag sein Eintritt in die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (Deutsche Sektion) mehr als zwei Jahrzehnte zurück und hinter ihm ein tief bewegtes Leben. Die deutschen Faschisten hatten seinen Vater und seinen Halbbruder umgebracht. Von den Weltzuständen wusste er durch Erfahrungen am eigenen Leibe mehr als die meisten seiner Zeitgenossen. Er verstand sich als kommunistischer Funktionär und Schriftsteller, der in der Kunst seine Waffe erblickte. Die Verehrung, die er Lenin entgegenbrachte, drückte sein Engagement für eine Versammlung aus, die er noch im Exil 1945 anlässlich von dessen 75. Geburtstag organisierte und für die er Arnold Zweig als Redner gewann.³ Zugleich verehrte er Stalin sehr, wie u. a. sein Briefwechsel bezeugt. Er hielt ihn für eine theoretisch-politische Autorität in der nationalen Frage (1946) und ebenso für die Ausrichtung der Arbeit der Schriftsteller (1951). Er bezeichnete ihn gegenüber seinem 11jährigen Sohn als „unseren großen Genossen Stalin“ (1951). Er erwähnte das Gedicht Kubas, geschrieben anlässlich des Todes des Diktators, als „das schönste von allen“ (1953).⁴ Nach dem Ableben

¹ Siebenjahre später, 1964, erschien, herausgegeben von der Akademie der Künste der DDR und betreut von Lotte Fürnberg und Gerhard Wolf, der erste Band einer Fürnberg-Ausgabe, die nach ihrem Abschluss sechs Bände umfasste. Bd. 6, Berlin 1973. Zu Korrekturen, die an den Urtexten von Lotte Fürnberg vorgenommen wurden und die „entstalinisiert“ worden seien, siehe Klaus Bellin: Fürnberg, etwas retuschiert. In: Neues Deutschland, 28.01.1997, S. 10 sowie die Antwort in einem Leserbrief von Edgar Hartwig. In: Ebenda, 11.02.1997, S. 15.

² Louis Fürnberg, Neues Deutschland (Berliner Ausgabe), 29. Juni 1957, S. 7.

³ Siehe dazu deren Briefwechsel vor und nach der Veranstaltung, die am 22. April 1945 stattfand und vom Jerusalemer Book-Club ausgerichtet worden war: Der Briefwechsel zwischen Louis Fürnberg und Arnold Zweig. Dokumente einer Freundschaft. Hg. im Auftrag der Akademie der Künste der Deutschen Demokratischen Republik von Rosemarie Poschmann und Gerhard Wolf, Berlin 1978, S. 120 u. 124.

⁴ Louis Fürnberg, Briefe 1932-1957. Auswahl in zwei Bänden, Bd. 1: 1932-1954. Hg. im Auftrag der Akademie der Künste der DDR von Lotte Fürnberg und Rosemarie Poschmann, Berlin 1986, S. 373, 387, 536, 543, 589.

Stalins und dem kurz darauf erfolgten des Führers der tschechoslowakischen Partei schrieb er an Freunde in die Schweiz: „... mein altes Lied ‚Die Partei hat immer recht‘ gilt mehr denn je. Nach dem Verlust, den wir alle erlitten durch den Tod unserer großen Genossen Stalin und Gottwald, müssen wir um so treuer und um so verpflichteter leben und arbeiten.“⁵

Das „Lied von der Partei“ ließ im Mitreisenden wie im Plakativen erkennen, dass sein Dichter einst Aktivist der Agit-Prop-Kultur der 20er und beginnenden 30er Jahre gewesen war. Für eine Künstlergruppe, die sich „Echo von links“ nannte, hatte er gedichtet, Noten geschrieben, Regie geführt. Das die Partei verherrlichende Lied ließ sich nach seinen Noten im schmissigen Viervierteltakt auch auf Märschen singen. Zumeist jedoch beschloss sein Gesang herausgehobene Veranstaltungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Wahlversammlungen und Delegiertenkonferenzen. Es bekräftigte das Selbstbewusstsein der Sänger, die führende gesellschaftliche Kraft zu sein und darauf ein Recht beanspruchen zu können, lautete der Refrain des dreistrophigen Liedes doch:

*Die Partei,
die Partei,
die hat immer Recht,*

[34:]

*Genossen, es bleibt dabei!
Denn wer
für das Recht kämpft,
hat immer Recht
gegen Lüge und Heuchelei!
Wer das Leben beleidigt,
ist immer schlecht.
Wer die Menschheit verteidigt
hat immer Recht ...*

Die Behauptung, die Partei sei eine politische Kraft, die immer Recht habe, war mehrdeutig. Der Dichter hat sie nicht als Erster aufgestellt. In ihr drückt sich ein Parteiverständnis aus, das eine Entstehungsgeschichte besitzt, die viel umfassender ist als die Biographie Fürnbergs. Es ist nicht aufklärbar, ob er, der in der Partei mehr als eine Auseinandersetzung um wahr oder falsch, um Recht haben oder im Unrecht sein erlebt hatte, je die Sätze Leo Trotzki las, die aus einer Rede stammen, die dieser im Mai 1924 auf dem XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands hielt: „Die Partei hat letzten Endes immer Recht, weil die Partei das einzige historische Instrument ist, das der Arbeiterklasse zur Verfügung steht ... Ich weiß, dass man nicht gegen die Partei Recht haben kann. Recht kann man nur mit der Partei und durch die Partei haben, da die Geschichte keine anderen Wege zur Verwirklichung der Wahrheit geschaffen hat.“⁶ Diese Sätze sprechen sich gegen das Recht einer Minderheit aus, in der Partei auf einer eigenen abweichenden Meinung in der Überzeugung zu beharren, gegen die Mehrheit Recht zu haben. Sie lesen sich als Unterwerfung und bezeugen einen Standpunkt, der in der Geschichte des Parteikommunismus folgenswer wurde.

Zugleich drückte sich in dieser Haltung aber auch eine bestimmte Form der Wahrnehmung und Anpassung an die historischen Umstände aus, in denen die internationalen Kämpfe um die Wege der Weltgeschichte ausgetragen wurden. Davon spricht eine rückblickende Äußerung von Georg Lukács aus dem Jahre 1957, mit der der ungarische Kommunist, Philosoph und Literaturhistoriker auf die Frage antwortete, warum er gegen die stalinschen Methoden der Parteiführung „nicht öffentlich Stellung nahm“. Dies sei vor allem eine moralische Unmöglichkeit gewesen: „Die Sowjetunion stand unmittelbar vor dem Entscheidungskampf mit dem Faschismus. Ein überzeugter Kommunist konnte also nur sagen: Was immer die in dieser Situation von Stalin geführte Partei tat: ‚right or wrong, my

⁵ An Gustl und Gotti Schöneck-Doman, Basel, 20.04.1953. In: Ebenda, S. 583.

⁶ Leo Trotzki auf dem XIII. Parteitag der KPR. In: Michael Heller/Alexander Nekrich: Geschichte der Sowjetunion, Bd. I, Athenäum-Verlag 1981, S. 155.

party' [35:] ... wir mussten mit ihr in diesem Kampf bedingungslos solidarisch sein und diese Solidarität – über alles stellen.“⁷

Im umgangssprachlichen Deutsch wird Recht haben zumeist in dem Sinne verwendet, dass jemand – unter Umständen gegen eine andere Äußerung – das Richtige gesagt, die Wahrheit ausgesprochen habe. In gleicher Weise wird auch „im Recht sein“ gebraucht. Zudem schwingt in den Worten häufig der Anspruch auf ein sittliches Recht mit. Es kann schwer bezweifelt werden, dass die Mehrheit der Sänger in der DDR-Zeit den Text in eben dieser umgangssprachlichen Weise auffasste und damit auch eine unduldsame Haltung bezog, die Überlegungen, Einwände, ja Widersprüche von Menschen, die außerhalb der Partei standen, der sie selbst angehörten, wenn nicht völlig abwies, so doch von vornherein abwertete und gering schätzte.

Die Parteimitgliedschaft postulierte mit den Versen des Refrains, deren Zeilenfall übrigens in der Urfassung an Majakowskis Dichtungen erinnert, einen Wahrheitsanspruch. Und der war – wie Trotzki's Rede belegt – ungleich älter als der Liedtext, der ja kaum angenommen worden wäre, wenn ihm nicht ein Selbstverständnis schon vorgearbeitet haben würde, das ebenso anmaßend wie naiv genannt werden muss. Historisch erwiesen war, dass die sozialistischen und kommunistischen Parteien und deren internationale Organisationen im Verlauf ihrer Geschichte als Folge ihrer Orientierung auf die von Marx und Engels begründete Gesellschaftsanalyse Situationen und Entwicklungen häufig richtig beurteilt hatten, während ihre Gegner gleichzeitig weit in die Irre gingen. Daraus [36:] wurde schon in den Frühzeiten der Kommunistischen Internationale, in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts, die eitle, von Stalin und den Ideologen und Politikern, die er an seiner Seite beließ, gepflegte Einbildung, der Alleinbesitzer des Schlüssels zur Wahrheit zu sein und ihn perfekt betätigen zu können. Der Anspruch, Recht zu haben, ins Absolute gesetzt, blamierte sich am Ende. Er entwickelte sich zudem in Zeiten, in denen Theorie und Methode des Materialismus mehr und mehr dogmatisiert und entstellt wurden. Marxens Denkprinzip, an allem sei zu zweifeln, wurde nur noch gegen Andere, gegen Feinde und vor allem gegen so genannte „Abweichler“ in den eigenen Reihen gerichtet, die in der Geschichte der kommunistischen Parteien die verschiedensten Namen erhielten. Als Fürnberg sein Gedicht schrieb, hießen sie vorzugsweise „Trotzkisten“ und „Titoisten“, und als das Lied in der Sozialistischen Einheitspartei zum ersten Mal erklang, das geschah auf dem III. Parteitag 1950, hatte diese sich auf dem Weg zu einer „Partei neuen Typus“ gemacht. Sie befand sich inmitten von Diffamierungen und Kämpfen gegen Mitglieder, die in den Jahren der Weimarer Republik Parteien angehörten, die sich jenseits der Kommunistischen oder der Sozialdemokratischen Partei infolge programmatischer Differenzen gebildet hatten.

Dabei genügte ein Blick in die Geschichte der deutschen Kommunistischen Partei oder auch in die der Vorkriegs- und Kriegssozialdemokratie, aus der sie hervorgegangen war, um sich davon zu überzeugen, dass die Wahrheit keineswegs „immer“ auf deren Seite gewesen war. Das betraf sowohl Frontstellungen in politischen Kämpfen wie die Beurteilung von Situationen und Kräfteverhältnissen. Weitsicht und Kurzsichtigkeit waren da leicht aufzufinden. Neben der Erkenntnis, dass Hitler der Krieg sein werde, stand das Unvermögen, daraus strategisch und taktisch angemessene Konsequenzen abzuleiten. Nur wer seine Sicht verengte, konnte also vermeinen, dass niemand mehr Einsicht in die Weltzustände besessen habe und besitzen könne als „die Partei“ .

Indessen gibt der Text, an den doch wie an jeden anderen lyrischen Text das Maß wissenschaftlicher Genauigkeit und Tiefgründigkeit nicht angelegt werden kann, auch eine andere Deutung her. *Die Partei hat immer Recht* lässt sich als Ausdruck und Bekräftigung einer Haltung verstehen, die sich historisch im Recht weiß, die ihr Eintreten im vollständigen Einklang mit den Notwendigkeiten der Epoche und den Interessen der Massen glaubt. Und dafür sprechen [37:] Passagen des Gedichts, die vermuten lassen, dass Fürnberg gerade auch diese historische Legitimität meinte, als er schrieb: denn wer kämpft für das Recht, der hat immer Recht. Wer gegen Lüge und Heuchelei antrete, heißt es

⁷ Postscriptum 1957 zu: Mein Weg zu Marx. In: Georg Lukács. Schriften zur Ideologie und Politik, S. 649. (Ders., Werkauswahl, Bd. 2. Ausgewählt und eingeleitet von Peter Ludz). Der Vf. verdankt den Hinweis auf diese Textstelle Erich Hahn (Berlin).

weiter, habe immer Recht. Das ist jedenfalls keine tagespolitische Bestimmung, kein Blick, der nun von einem Beschluss eines Parteigremiums zum nächsten reicht. Fürnberg beruft sich schließlich auf das für die Menschen Ausschlaggebende: Recht hat, wer das Leben verteidigt. In einem Liedtext Fürnbergs, der in der Freien Deutschen Jugend viel gesungen wurde und mit den Worten einsetzt „Du hast ja ein Ziel vor den Augen ...“ steht am Ende das Zukunftsbild: „... damit Du einmal besser leben wirst“. Ganz ähnlich lautet auch der Auftaktvers eines anderen, von antifaschistischen Jugendlichen aufgenommenen Liedes des Lyrikers, das einleitend den Vorsatz verkündete: „Das neue Leben, muss anderes werden ...“ Schon in einem früher verfassten Gedicht mit dem Titel „Lied vom Leben“ findet sich die Forderung „baut wie wir am Leben“. Ein anderer Text verspricht „Auch du kannst auf der Sonnenseite leben“.

Die Verteidigung des Lebens, die sich in der Geschichte von Sozialismus und Kommunismus vor allem in der strikten Ablehnung von Völkerkriegen geäußert und bewährt hatte, die Gestaltung eines besseren Lebens aus eigenen Kräften, wofür es nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges keiner Begründung bedurfte, bildete für Fürnberg offenkundig die zentrale Kategorie, um die sein Denken und seine Hoffnungen gruppiert waren. Allen, vor allem den Ärmsten der Erde, war ein lebenswertes Dasein, waren Freiheit und Frieden zu erobern. So handelte es sich für ihn um den Rechtsanspruch auf einen historischen Platz, der sich in Kämpfen selbst zu rechtfertigen hatte, und nicht um einen Wahrheitsanspruch oder um die Verkündung eines Wahrheitsmonopols.

Nur: Dagegen, im letzteren Sinne beliebig „ausgebeutet“ zu werden, war die Zeile *Die Partei hat immer Recht* in keiner Weise geschützt. Und Fürnberg konnte nicht entgangen sein, dass er denen zuarbeitete, die sich an Stalins Seite wie dieser als die verblendeten Alleswissenden ansahen. Er kannte die erbitterten Befindungen, denen Genossen der Partei ausgesetzt waren, und ebenso wenig konnte er nicht bemerkt haben, dass die These von der kollektiven Weisheit der Partei mit der Verkümmern der Demokratie in den Parteireihen mehr und mehr zur bloßen Phrase verkam. Der Wahrheitsanspruch reduzierte sich so praktisch auf Klein- und Kleinstgruppen an der Spitze von Parteien. Wie die Dinge lagen, musste die Verszeile gerade [38:] denen besonders gefallen, die an herausragenden Stellen bestimmten, was jeweils das Rechte, d. h. das allein Richtige und außer jeden Zweifel zu Stellende sei. Das mag einen Grund dafür gegeben haben, dass Fürnbergs Lied auch nicht aus dem Repertoire von Kundgebungen verschwand, als dafür Ursache genug vorlag und es nicht nur darum gehen konnte, den Kotau vor Stalin aus seinem Text zu eliminieren. Das Lied von der Partei entstand im Jahre 1949, an dessen Ende nicht nur Kommunisten den 70. Geburtstag Stalins feierten, des von ihnen kultisch verehrten Mannes, der vielen von ihnen als ein genialer politischer Stratege, Führer und Feldherr galt. Obwohl das internationale Klima Europas bereits hochgradig vom Kalten Krieg bestimmt wurde, war der Ruhm der Sowjetunion, ihrer Armee und der Kommunistischen Partei des Landes noch unverblasst. Folglich glänzte auch der des Marschalls Stalin. Fürnberg feierte ihn am Ende des Refrains seines Liedes überschwänglich. Das dem 9. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zugeordnete Lied⁸, endete mit den Worten: „so aus leninschem Geist, wächst, von Stalin geschweißt, die Partei ...“ Im Jahr dieses Parteitages beschloss die Nationalversammlung am 14. Oktober den Bau eines Stalindenkmals, das, später abgerissen, überdimensional ausfiel und vom Hochufer der

⁸ Lieder der Partei. Zusammengestellt von Inge Lammel und Günter Hofmeyer. (Das Lied im Kampf geboren, H. 10.) Veröffentlichung der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin, Sektion Musik, Abt. Arbeiterlied, S. 151. In einem Gruß an Louis Fürnbergs Gattin Lotte aus Anlass von deren 90. Geburtstag wird ohne nähere Einzelheiten mitgeteilt, Fürnberg habe sein Lied der Partei im Herbst 1949 „mit verwundetem Herzen ... zugeordnet“. Erhard Scherner: Mit dem Lied vom Neuen Leben. In: Neues Deutschland, 26.01.2001, S. 11. Edgar Hartwig (siehe Anm. 1) schrieb, Fürnbergs Lob der Partei sei „zugleich eine Reaktion auf schwere Kränkungen seitens tschechoslowakischer Parteifunktionäre, ein schmerzhaftes ‚Trotz alledem‘“ gewesen, „mit dem Fürnberg die Unerschütterlichkeit seiner sozialistischen Überzeugung versicherte.“ Als Massenhymne wäre der Text nicht gedacht gewesen. Konkreteres lautet: „Immerhin entstand das Gedicht in einer Lebensphase, in der Fürnberg, als Jude, Intellektueller und Emigrant in westlichen Ländern verdächtigt, selbst vom Misstrauen der Kontrollkommissionen verfolgt und bald darauf von seiner Funktion im diplomatischen Dienst der kommunistischen Tschechoslowakei abberufen wurde, weshalb er den wahren Inhalt und Sinn seiner bewussten Lebensentscheidung durch dieses Bekenntnis-Gedicht nachdrücklich unterstrich.“ Horst Haase: Vor 85 Jahren geboren. Der Dichter Louis Fürnberg. In: Neues Deutschland, 24.05.1994, S. 10.

Moldau her das Bild der „goldenen Stadt“ ebenso beherrschte wie zerstörte. (Außerhalb der UdSSR entstand kein derart Monumentales; das in der Berliner Stalin-Allee errichtete wirkte in der Wucht der Straßenfront dagegen nahezu unauffällig.) Auf Lenin und Stalin wurde der Text zunächst auch in der Sozialistischen Einheitspartei gesungen. So liest er sich in den Ausgaben von Fürnbergs Lyrik-Band „Wanderer in den Morgen. Ein Gedichtskreis“.⁹ Und so findet er sich auch in einem 1953, dem Jahr, in dem Stalin starb, gedrucktem Liederbuch mit dem Titel „Ein Lied lasst uns singen“.¹⁰

Stalin als der Schweißer der Partei, das hörte sich, kaum dass drei Jahre nach seinem Tode vergangen waren, anders und grausam an. Vor den Tatsachen, die Nikita Chruschtschow in seiner zunächst geheim gehaltenen Rede vor Delegierten des XX. Parteitag der KPdSU ausbreitete, im Gedenken an die Umgebrachten und Umgekommenen konnte das Bild von der grellen Flamme nur Schauern und Abscheu erregen. Was geschah? Die Erwähnung Stalins verschwand aus Gedicht und Lied. Sie wurden in diesem Punkte entpersonalisiert. Nun hieß es „... wuchs, im Kampfe geschweißt, die Partei ...“ In Drucken erschien eine nicht mehr von Fürnberg ver-[39:]änderte Fassung, die Lenin auch als den Führer bezeichnete, der die Partei geschweißt habe.¹¹

Das Selbstbild von der sich nicht irrenden Partei sollte sich als eine Falle erweisen. Es ist in der DDR, verhängnisvoll, gerade in Krisenzeiten angerufen worden, in denen die Analyse von Fehlentscheidungen und Fehlwegen geboten war, aber von der Führung verweigert wurde. „Die Antikommunisten haben immer Unrecht, wir, die Kommunisten haben trotzmancher Fehler und Niederlagen immer Recht“, war im Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei noch Anfang Mai 1989 zu lesen. Wieder lautete die Begründung, weil die Partei „das Recht der Völker und der Arbeiterklasse“ verteidige. Fürnbergs Liedtext wurde aufgerufen erkennbar zu dem Zweck, die Selbstkritik zu verweigern und Kritiker einzuschüchtern und unsicher zu machen.¹²

So gewiss wie Hochmut allein den tiefen Absturz der sozialistischen Bewegung nicht erklärt, so sicher war er an ihm doch beteiligt. Die sich neu formierenden Parteien der Sozialisten weisen ihren Bruch mit Vergangenen auch dadurch aus, dass sie, die Legitimität ihres Daseins und Wirkens betonend, sich von jedem geistigen Dünkel verabschiedet haben. Über Wahrheit und Wahrheiten wird in ihren Reihen nachgedacht und gestritten, unter äußeren Bedingungen, in denen die Herrschenden im Zeichen von Pluralismus und Beliebigkeit jedem seine Wahrheit lassen, während ihnen doch nur die ihre als der nicht anzufechtende Handlungsgrundsatz gilt. Die Kommunisten hatten, was ihren einstigen vermessenen Wahrheitsanspruch anlangt, Zeitgenossen und sie haben Nachfolger, wenn diese davon auch nicht singen.¹³

⁹ 1. Auflage Berlin 1951. Dort S. 105 f., 2. Aufl. 1952; jeweils Dietz Verlag. In der Ausgabe von 1951 des weiteren „Meine Partei“: S. 71, das ebenfalls von Lenin und Stalin spricht, sowie an dessen Anfang vier Gedichte reinsten Stalin-Kultes („... der Kommende, der Erfüllte, der Überwinder, der Sieger“).

¹⁰ Ein Lied lasst uns singen. Internationale Kampfnieder. Mitteldeutscher Verlag Halle 1953. Wie eine Durchsicht der in der DDR von den verschiedensten Organisationen und Verlagen herausgegebenen politischen und anderen Liederbücher ergab, wurde der Text des Liedes von der Partei in viele Ausgaben nicht aufgenommen. Das trifft auch auf Massenliederbücher der Freien Deutschen Jugend („Leben, singen, kämpfen“) und auch der Pionierorganisation zu.

¹¹ Es erschien in der von Walther Victor begründeten populären Reihe unter dem Titel „Fürnberg für unsere Zeit“, Berlin 1981 und war von Hans Böhm unter Mitwirkung des Louis-Fürnberg-Archivs herausgegeben worden. So u. a. auch in dem Liederbuch „Mit Gesang wird gekämpft“, Dietz Verlag, Berlin 1967. – Hier ist nicht der Ort, Fürnbergs spätere Stellung zu seinem Lied zu erörtern. Zu der Aussage, die Partei hat immer Recht, bekannte er sich nach Stalins Tod und auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) mehrfach in Briefen an unterschiedlichste Adressaten. Er war der Meinung, die Korrektur von Irrungen und Fehlern sei auf den richtigen Weg gebracht. In Auseinandersetzungen über die Vergangenheit, die mit besonderer Leidenschaft unter jungen Schriftstellern geführt wurden, bezeugte er Verständnis und Geduld. „Seit langem habe ich in keiner gesünderen Atmosphäre gearbeitet,“ schrieb er Paul Wandel am 30. Mai 1956. Es ist nicht entscheidbar, ob er zu einer tiefer lotenden Auseinandersetzung mit seinen Erlebnissen in der KPC und der SED keinen Anlass sah oder ob ihm dazu auch schon die Kräfte fehlten. Siehe Louis Fürnberg, Briefe 1932-1957, Bd. I, S. 583, 612, 616, Bd. II S. 54, 230, 276.

¹² Hanna Wolf/Wolfgang Schneider: Zur Geschichte der Komintern, Neues Deutschland, 6./7.05.1989, S. 9 f.

¹³ Der Autor bedankt sich für Auskünfte bei Ursula Joseph, Eva-Maria und Gerhard Engel, Elfriede Böttcher, Gitta Günther, Inge Lammel, Günther Benser, Malte Kerber, Heinz Schindler, Karl-Heinz Kirchner, Henry Weise.

Keine Fehlerdiskussion

Von Günter Benser

Diese in Versammlungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – nicht selten mit drohendem Unterton – vorgetragene Warnung haben viele noch im Ohr. Aber die Suche nach dem geistigen Vater dieses Schlagwortes ist schwierig und lohnt eigentlich gar nicht. Denn es gibt politische Schlagworte, von denen wir genau wissen, von wem sie wann und wo in die Welt gesetzt worden sind. Und es gibt politische Schlagworte, die den in die Umgangssprache beziehungs-[40:]weise in den Jargon sozialer oder politischer Gruppierungen eingegangenen Extrakt verschiedener sich inhaltlich gleichender Aussagen von Personen oder Gremien darstellen. Der in der SED gängige Appell *Keine Fehlerdiskussion* ist ein Schlagwort letzterer Art, wenngleich er auch in zitierbaren Dokumenten oder Reden auftaucht. Aber selbstverständlich entstand dieses Schlagwort in realen, nachweisbaren historischen Zusammenhängen.

Bekanntlich ist keine Partei sonderlich darauf erpicht, Fehlerdiskussionen zu führen, jedenfalls nicht, solange es sich um die eigenen Fehler handelt. Gleiches gilt für Staaten, Supermächte inbegriffen. So gesehen, gibt die Devise *Keine Fehlerdiskussion* – ausgesprochen oder unausgesprochen – eigentlich nur die offenen oder geheimen Wünsche der meisten Politiker wieder. Im Falle der SED offenbarte sich allerdings im Schlagwort *Keine Fehlerdiskussion* in besonderem Maße ein politisches Dilemma.

Denn erstens hatten es die als Begründer des Marxismus-Leninismus oft ins Feld geführten Klassiker für unerlässlich erklärt, dass eine sozialistische Partei eigene Fehler offen bekennen und aus diesen lernen müsse. Begnügen wir uns mit einem von vielen möglichen Belegen: „Einen Fehler offen zugeben“, hatte Lenin gefordert, „seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernstesten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse.“¹

Und zweitens ist in der SED durchaus sehr oft und recht intensiv über Fehler gesprochen worden, zeitweise mehr als in jeder anderen deutschen Partei. Wer daran zweifelt, braucht nur zu den Reden und Schriften Walter Ulbrichts zu greifen. Es bleibt allerdings zu fragen, von was für Fehlern und von wessen Fehlern da gesprochen wurde. Es ging in der Regel um Fehler bei der Durchführung einer für richtig gehaltenen Gesamtpolitik, und es ging um Fehler von Funktionären und Mitgliedern, die diese Politik durchzuführen hatten. Sie sollten anhand tatsächlicher oder vermeintlicher Fehler erzo-gen werden. Die Warnung *Keine Fehlerdiskussion* hingegen diente der Abwehr einer kritischen Überprüfung der von der Parteiführung vorgegebenen politischen Linie beziehungsweise von deren Resultaten.

1953 aber, als negative Folgen einer avantgardistisch forcierten „Errichtung der Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR unübersehbar hervortraten, änderte sich in dieser Hinsicht die Situation [41:] abrupt und nachhaltig. Angesichts ernster Krisenerscheinungen, gedrängt von der sowjetischen Partei- und Staatsführung, bekannte das Politbüro des Zentralkomitees der SED in einem Kommuniqué vom 9. Juni 1953: „Das Politbüro ging davon aus, dass seitens der SED und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurden, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Anordnungen gefunden haben ...“²

Am 16. Juni 1953 versprach Otto Grotewohl vor dem Berliner Parteiaktiv: „Das Zentralkomitee der Partei wird eine völlige und umfassende Darstellung aller Fehler und notwendigen Maßnahmen zu ihrer Beseitigung erhalten. Das Politbüro wird sich dem Zentralkomitee zur vollen Verantwortung stellen. Es wird kein Fehler und kein Mangel in Partei und Verwaltung unausgesprochen oder im Dunkeln bleiben. Das Politbüro und die Regierung werden sehr selbstkritisch Stellung nehmen. Das

¹ W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Werke, Bd. 31, S. 42.

² Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IV, Berlin 1954, S. 428.

führende Organ unserer Partei, das Zentralkomitee, soll dann seine Entscheidungen treffen, klar und offen mit der letzten Konsequenz unserer Parteidemokratie.“³

Als diese Worte gesprochen wurden, war jedoch das am 17. Juni 1953 kulminierende Aufbegehren erheblicher Teile der DDR-Bevölkerung, nicht zuletzt vieler Arbeiter und Angestellter, bereits unaufhaltsam im Gange. Die Hoffnung, es genüge, Fehler einzugestehen und Veränderungen anzukündigen, um verlorenes Vertrauen und erschütterte Autorität zurückzugewinnen, erfüllte sich nicht. Die Kurskorrektur kam zu spät. Schockiert mussten die SED-Führung und mit ihr große Teile der Parteimitgliedschaft erfahren, dass sie sich in einer so nicht erwarteten Isolierung befanden. Das Zentralkomitee der SED erklärte auf seiner 14. Tagung am 21. Juni 1953 einsichtig: „Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter!“⁴

Aber kaum hatte sich im Politbüro der SED die Gruppe um Walter Ulbricht in den inneren Auseinandersetzungen behauptet, kaum fühlte man sich wieder fester im Sattel, wurden die Zügel angezogen, wollte man von der Diskussion über die Fehler – mehr noch über deren Ursachen – so rasch wie möglich wieder weg. Und so wurden jene Einschätzungen formuliert und jene Weisungen erteilt, die in der Kurzformel *Keine Fehlerdiskussion* in der SED durchdrangen und in allen kritischen Situationen so oder so wiederkehrten.

Otto Grotewohl bemühte sich auf der zum 24. bis 26. Juli 1953 einberufenen 15. Tagung des ZK der SED, das Steuer mit folgender Begründung herumzureißen: „Die freimütige Darlegung unserer [42:] Fehler hat nun dazu geführt, in den hinter uns liegenden Wochen seit dem 17. Juni eine wahre Bülbergemeinde innerhalb der Partei und der staatlichen Verwaltung zu entwickeln ... Die Partei muss aus dieser Bülberstimmung heraus ... Selbstkritik heißt nicht Selbstmord ... Wir müssen zwar alle Lehren – es gibt deren viele – aus der Vergangenheit ernst und verantwortungsvoll ziehen, aber wir können nicht mit rückwärts gerichtetem Blick leben. Das Gesicht gehört nach vorn, auf die neuen Aufgaben, den neuen Kurs.“⁵

Dabei bediente sich die SED-Führung eines – von den Stammvätern des wissenschaftlichen Sozialismus eigentlich zurückgewiesenen – Argumentes: Fehlerdiskussionen nützen dem Feind. In der Entschließung der 15. Tagung des ZK der SED hieß es: „Die freimütige Anerkennung der begangenen Fehler vor den breiten Massen wurde von den Feinden ausgenutzt, um die Partei zu diskreditieren und lügnerisch zu behaupten, die ganze Politik der Partei sei falsch gewesen. Auch diese Behauptung diene dem Zwecke, die Partei von dem neuen Kurs abzubringen. Die Partei ließ und lässt sich jedoch durch keinerlei Verleumdung beirren und von dem Weg abdrängen, den sie als geschichtlich richtig und notwendig erkannt hat.“⁶ Die Freiheit der Diskussion bedeute aber „keinesfalls eine Freiheit für feindliche Propaganda, Fraktionstätigkeit und Untergrabung der Parteidisziplin“.⁷ Die Generallinie sei und bleibe richtig.

Dieses Hervorkehren einer nicht anfechtbaren Generallinie der Partei entsprang der Tradition der bolschewisierten KPD. Diese wiederum hatte dieses Dogma von der durch Stalin reglementierten KPdSU beziehungsweise aus der Praxis der Kommunistischen Internationale übernommen. Schon bald gerieten jene Mitglieder und Funktionäre in die Schusslinie, die das anfangs vom Politbüro abgegebene Bekenntnis zu einer selbstkritischen Bestandsaufnahme ernst genommen hatten. Nicht die Verursacher eines verfehlten Kurses, sondern die kritisch Nachfragenden hatten sich zu rechtfertigen, erhielten nicht selten Parteistrafen oder wurden von ihren Funktionen entfernt, falls sie es nicht gar mit der Strafjustiz zu tun bekamen. Der folgende Parteitag der SED, der Ende März/Anfang April 1954 stattfand, behandelte dann die Ereignisse des 17. Juni 1953, deren Vorgeschichte und deren Folgen bereits wie eine weit zurückliegende Episode.

³ Otto Grotewohl: Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945-1953. Bd. III: 1952 und 1953, Berlin 1954, S. 387.

⁴ Dokumente der SED, Bd. IV, S. 441.

⁵ Otto Grotewohl, a. a. O., S. 406 f.

⁶ Dokumente der SED, Bd. IV, S. 465 f.

⁷ Ebenda, S. 472.

Nach dem gleichen Szenario agierte die Führung der SED in den Jahren 1956/1957, als die auf dem XX. Parteitag der KPdSU eingestandenen, wesentlich von Stalin zu verantwortenden Verbrechen und [43:] die offen bekannten Fehler eine tiefe Erschütterung in den Reihen der Partei ausgelöst und die Frage nach den tieferen Ursachen der Degeneration in den Staaten des sozialistischen Weltsystems aufgeworfen hatten. Das damals in Ungnade gefallene Mitglied des Politbüros Karl Schirdewan erinnerte die Situation nach dem XX. Parteitag und Chruschtschows Aufsehen erregender Rede wie folgt: „Eine Auswertung, die verbunden war mit eigenständigen Schlussfolgerungen für die SED, wurde hinausgezögert. Man verwies auf den 17. Juni 1953 und meinte: nur keine Fehlerdiskussion.“⁸

„Fehlerdiskussion“ war inzwischen ein geläufiger Begriff in der SED. In der Lesart Walter Ulbrichts waren es allerdings äußere Kräfte, die der SED eine Fehlerdiskussion aufzwingen wollten: „Der Gegner unternahm große Anstrengungen, um die Aufmerksamkeit der Partei und der Werktätigen auf die Vergangenheit zu lenken, um eine ‚Fehlerdiskussion‘ in der Deutschen Demokratischen Republik zu provozieren.“⁹ Das war nun schon eine Fehlerdiskussion in Anführungsstrichen, denn die SED rühmte sich nunmehr, keine Fehlerdiskussion zugelassen zu haben. So verkündete Otto Grotewohl am 28. Oktober 1956 in der Zeitung „Neues Deutschland“, „dass es bei uns zuerst eine geschlossene Partei gibt, die sich frei gehalten hat von unfruchtbaren Auseinandersetzungen, die die Aktivität lähmen“. Intern machten jedoch die kritischen Diskussionen besonders unter der Intelligenz und innerhalb der Studentenschaft der SED nicht wenig zu schaffen. Es war nicht zuletzt die Eskalation der blutigen Ereignisse in Ungarn, die allerdings vielen Beteiligten auch die Brisanz der schwelenden politischen und ideologischen Auseinandersetzungen ins Bewusstsein brachten und Besonnenheit anmahnten. Und wiederum kam es zum Abstrafen jener Leute, die nach Ursachen von Fehlentwicklungen gesucht und über eine Kursänderung und einen Führungswechsel nachgedacht hatten.

Dabei blieb es bis zum Ende der SED, wenngleich die Maßnahmen gegen Abweichler in den Reihen der Partei nicht immer so drakonisch praktiziert wurden wie in den 50er Jahren. Beim Übergang von der Ära Ulbricht zur Ära Honecker gab Kurt Hager auf einer Beratung vom 8. Juli 1971 die Order: „Keine Fehlerdiskussion, nicht Kritik als Ausgangspunkt der neuen Darlegungen. Von Erfolgen ausgehen.“¹⁰ Nun machte die kritikdämpfende Aufmunterung die Runde: Fehler werden im Vorwärtsschreiten überwunden.

Schließlich endete die Unterdrückung von „Fehlerdiskussionen“ im Kampf gegen die „Nörgler und Miesmacher“. Als die DDR vom [44:] „polnischen Bazillus“ angesteckt zu werden drohte, wies Horst Dohls das Parteiaktiv im Apparat des ZK der SED an: Es solle nicht gestattet werden, „Über zeitweise auftretende Probleme prinzipienlos zu nörgeln“.¹¹ Ende der achtziger Jahre geriet die DDR endgültig in eine existentielle Krise. Ihre politische Führung verfiel angesichts der rasch zunehmenden Zahl von DDR-Flüchtlingen in die Sprachlosigkeit. Die Instrumentarien zur Disziplinierung der Mitgliedschaft indes funktionierten trotzdem. Es erging die Weisung: „Ständige Nörgler, Miesmacher, Zweifler und auch jene Besserwisser, die sich dünken, klüger zu sein als die Partei“¹², seien ohne Wenn und Aber zu entfernen. Und dies wurde, wie die Statistik der Parteiverfahren belegt, von nicht wenigen Parteikontrollkommissionen auch exekutiert.

Natürlich war es ein Trugschluss anzunehmen, dass sich mit solchen Methoden kritisches Nachdenken und der Meinungs austausch zwischen Mitgliedern der SED ausschalten ließe. Vieles spricht dafür, dass innerhalb der SED-Mitgliedschaft mehr und gründlicher über die angespannte Situation und die angestauten Probleme diskutiert wurde als außerhalb ihrer Reihen, von den Wortführern der sich formierenden Bürgerbewegung einmal abgesehen. Aber dies passierte weitgehend neben den offiziellen Formen

⁸ Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht, Berlin 1994, S. 81.

⁹ Referat auf der 30. Tagung des ZK der SED vom 30. Januar bis 1. Februar 1957: Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. VI: 1956-1957, Berlin 1962, S. 323.

¹⁰ Nach einer Mitschrift des Autors.

¹¹ Zit. nach: Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Teil 2, Frankfurt/Oder 1996, S. 427.

¹² Zit. nach: Ebenda, S. 455.

des Parteilebens, kaum in den Versammlungen, Konferenzen und Schulungen. Erst sehr spät artikuliert sich der Unmut der Parteibasis auch in den Parteiveranstaltungen. Eine Vernetzung des durchaus vorhandenen kritischen Potentials in der SED wagte vor dem Herbst 1989 niemand. So gesehen hatte der Machtspruch *Keine Fehlerdiskussion* durchaus seine Wirkung gezeitigt. Denn erst Ende Oktober/Anfang November 1989 ergriffen die oppositionellen Kräfte innerhalb der SED die Initiative, erzwangen die Auflösung des Politbüros und des Zentralkomitees und brachen der zur Partei des Demokratischen Sozialismus führenden Erneuerung Bahn.

Natürlich unterlagen auch die mit dem Schlagwort *Keine Fehlerdiskussion* verbundenen Auseinandersetzungen einer wellenförmigen Entwicklung. Es gab durchaus Perioden, in denen die SED beziehungsweise die DDR und das gesamte sozialistische Weltsystem tatsächlich oder vermeintlich auf Erfolgskurs waren. Da bestand wenig Grund und kaum ein Bedürfnis, vornehmlich über Fehler zu diskutieren. Auch ist es zu einem gewissen Grade verständlich, wenn die Führung der SED bestrebt war, von der Fokussierung aller Debatten auf Fehler möglichst rasch wieder wegzukommen und den Blick nach vorn zu richten. Zumindest unterschied sie sich damit nicht grundlegend von anderen politischen Parteien der Vergangenheit und der Gegenwart. Der regelmäßig einsetzende rigide Umgang mit Funktionären und Mitgliedern, die dennoch ihre drängenden Fragen nach den Ursachen von Fehlentwicklungen und Misserfolgen beantwortet haben wollten und dabei auch über personelle Konsequenzen nachdachten, ist hingegen ein düsteres Kapitel in der Geschichte der SED und der DDR, das uns mahnt, politische Schlagworte nicht auf die leichte Schulter zu nehmen.

Thälmann ist niemals gefallen

Von Ronald Sassning

Ernst Thälmann, der von den deutschen Faschisten ermordete Führer der deutschen Kommunisten, sei nicht gefallen – so lautet die Botschaft des vierstrophigen Thälmann-Liedes aus dem Jahre 1951, in dem er 65 Jahre alt geworden wäre. Aus diesem Anlass entstand eine ihm gewidmete Hymne. Verfasst in der Zeit des eskalierenden Kalten Krieges sollte der anspornende Kampfgesang dazu dienen, standhaft zu bleiben wie Thälmann. Im Text wurde verkündet, breit in den Schultern stehe Thälmann vor uns, wie er gewesen sei. Im aufrüttelnden Refrain hieß es: „Thälmann und Thälmann vor allen! Deutschlands unsterblicher Sohn. Thälmann ist niemals gefallen, Stimme und Faust der Nation.“¹ Verfasser der Verse war der Lyriker und Kulturfunktionär Kuba (Kurt Barthel), bekannt auch als Dichter der Stalin-Kantate und Klaus-Störtebecker-Ballade. Die getragene und anschwellende Musik stammte von Eberhard Schmidt, der insgesamt 300 Massenlieder schrieb.

Mit dem Namen des Arbeiterführers verband sich im Selbstverständnis der SED vor allem die Formung der KPD zu einer marxistisch-leninistischen Avantgardepartei durch das im Herbst 1925 geschaffene „Thälmannsche Zentralkomitee“. Die deutsche Sektion der Kommunistischen Internationale hatte sich von ihren Niederlagen in den frühen 20er Jahren wieder erholt und zu einer proletarischen Massenpartei entwickelt. 1932 – die Weltwirtschaftskrise hatte ihren tiefsten Punkt erreicht – war sie zur drittstärksten parlamentarischen Kraft in der Weimarer Republik geworden. Sie stützte sich auf sechs Millionen Wähler und verfügte über 100 Reichstagsabge-[46:]ordnete, ein verzweigtes Netz proletarischer Massenorganisationen und über 300.000 Mitglieder. Keine andere kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion hatte einen solchen Stand erreichen können. Der damit verbundene politische Aufstieg Thälmanns galt ebenfalls als beispielhaft. Gleichsam von der Pike auf hatte ihn sein Weg vom urwüchsigen Arbeiterrepräsentanten und bewährten Parteifunktionär zum langjährigen Vorsitzenden der KPD geführt. Er leitete auch den Roten Frontkämpferbund und wurde schließlich in den Führungskreis der Komintern in Moskau aufgenommen. Mit Thälmann verknüpfte sich ferner das nachstrebenswerte Erscheinungsbild eines gegen Krieg, Monopolherrschaft und Faschismus kämpfenden populären Volkstribuns, eines Vorkämpfers für den Sozialismus auf deutschem Boden, für die enge Verbundenheit mit der KPdSU und der Sowjetunion. Die vordergründige Berufung auf den KPD-Führer und dessen umfassende Würdigung ergab sich nicht zuletzt aus seiner Beispielwirkung als konsequenter Hitlergegner bei der Mobilisierung des antifaschistischen Widerstandes in der Illegalität und der unerschütterlichen Standhaftigkeit während seiner elfjährigen Kerkerhaft. Als die deutschen Faschisten vor ihrer militärischen Niederlage standen, gehörte Thälmann zu den herausragenden Opfern – er wurde am 18. August 1944 im Konzentrationslager Buchenwald erschossen.

Auf diesem historischen Kern basierend entstand die Thälmann-Legende. Sie diente mehreren Zwecken. Mit ihr sollten die Schattenseiten der KPD und Fehlentscheidungen ihrer Führung verschleiert werden, zumal sich um den charismatischen „Teddy“ – häufig zu sehen mit der erhobenen Faust im weißen Schiller-Kragen oder in strammer Rotfrontkämpfer-Uniform – bereits zu Lebzeiten Legenden, Klischees und proletarischer Führerkult rankten. Er galt als Führer des Hamburger Aufstandes vom Oktober 1923. Zugleich wurde behauptet, unter seiner Leitung habe sich eine unumstrittene, einheitliche und stabile Parteiführung formiert, was unberücksichtigt ließ, dass er 1925 von der Komintern zum neuen KPD-Führer favorisiert und 1928 auf Betreiben Stalins als Parteivorsitzender wieder eingesetzt worden war, um ihn vor der Ausbootung durch einen Teil des Zentralkomitees zu retten. Dass dies der Disziplinierung und Ausgrenzung der so genannten Versöhnler und rechten Abweichler diene, wurde – wie manche andere geschichtliche Tatsache auch – verfälscht. Dazu gehörte auch, dass Clara Zetkin die erheblichen „Unzulänglichkeiten Teddys“ scharf kritisierte und an ihm

¹ Die Partei hat immer recht. Eine Dokumentation in Liedern. Begleitheft zu Hansa Musik Produktion 1996.

nur als „Symbol revolutionärer [47:] Führung der Partei“ festhielt.² Verschwiegen wurde ebenso, dass andere Hugo Eberlein als geeigneteren Parteiführer ansahen.³

Durch die Thälmann-Legende wurde ferner vertuscht, dass die KPD am 30. Januar 1933 beim Machtantritt Adolf Hitlers vor den Scherben ihrer fehlerhaften Politik stand. Sie erschien als ein *Koloss auf tönernen Füßen*, da die verhängnisvolle Bolschewisierung und Stalinisierung der KPD wie die für Deutschland besonders drastischen Auswirkungen der großen Weltwirtschaftskrise zu erheblichen politisch-theoretischen und strukturell-sozialen Defiziten geführt hatten. Durch die totale Fixierung auf das Kominternzentrum der Weltrevolution in Moskau und die Weltpartei KPdSU Stalinscher Prägung war der originäre, selbstständige deutsche Parteikommunismus zu Grabe getragen und eine eigene nationalkommunistische Option ausgeschlossen worden. Die Thälmann-Partei hatte sich von den Wurzeln des Kommunismus und Gründern der KPD entfernt, der „Luxemburgismus“ und „Brandlerismus“ wurden bekämpft. Avantgardismus, militante Erscheinungen und Tendenzen des individuellen Terrors wirkten schädigend. Die Gloriole verdeckte, dass Thälmann als KPD-Führer auch eine Mitverantwortung für die Vertiefung der Spaltung der Arbeiterbewegung trug, u. a. durch die Übernahme der gegen die SPD gerichteten absurden „Sozialfaschismus“-Bezeichnung, durch einige Aktionskapriolen mit der NSDAP und mit konservativen Kreisen sowie die Fehleinschätzung der Reichsregierungen unter Brüning, Papen und Schleicher als einer bereits errichteten faschistischen Diktatur.

Die Legende erhob Thälmann schließlich auch zum Symbol des antifaschistischen Widerstandes. Allerdings wurden die wahren Umstände seiner vermeidbaren Verhaftung vertuscht und die seines tragischen Opfertodes verklärt. Thälmann fiel, nachdem er vor allem durch Stalin fallen gelassen worden war. Der Kremlherrscher hatte die persönlichen Briefe seines treuesten Gefolgsmannes ebenso wie das Drängen missachtet, ihn auf diplomatischem oder anderem Wege freizukämpfen. Stalin unterstellte Thälmann, „kein prinzipienfester Marxist“ und von der „faschistischen Ideologie“ beeinflusst zu sein.⁴ Seit Mitte der 30er Jahre wurden darüber hinaus alle missliebigen „Thälmannianer“ aus der KPD-Funktionärschaft verdrängt, die politischen Sekretäre Thälmanns umgebracht. Auch Komintern-Generalsekretär Georgi Dimitroff und die neue KPD-Führung, die bis Frühjahr 1939 enge Verbindungen zu Thälmann in die Gefängnisse von Moabit und Hannover hatte knüpfen können, vermochten nicht, ihn [48:] zu retten. Er verblieb in Hitlers Hand; nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 ließ dieser ihn im Rahmen der Massenmordaktion „Gewitter“ wie andere potentielle Führungskräfte in einem Nachkriegsdeutschland ausschalten.

Insgesamt stellte die Thälmann-Legende eine Summe zahlreicher Einzellegenden, ein Blendgemisch aus Dichtung und Wahrheit mit einer historisch zutreffenden und einer ahistorischen, wirklichkeitsfremden Seite dar. Halbwahrheiten standen neben Auslassungen, Tabus neben direkten Fälschungen und nahezu sakral-liturgischer Mythenbildung. Zudem sollte durch die Personifizierung von Geschichte diese nacherlebbar und identifizierbar vermittelt werden. Das Kernstück der Thälmann-Legende bildeten die als erfolgreich deklarierte Kontinuitätslinie in der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung seit der Bildung des Thälmannschen Zentralkomitees und die Behauptung, in der DDR sei sein Vermächtnis erfüllt worden. Die Legende wurde schrittweise zurechtgestutzt und facettenreich verbreitet. Dies alles war nicht leicht durchschaubar und besaß zeitweilig eine gewisse Ausstrahlungskraft.

² Elfriede Lewerenz/Elke Reuter: Zum Kurswechsel der KPD. Dokumente aus den Jahren 1927/28. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 6/1992, S. 779 ff.; Horst Helas: Geliebt, glorifiziert, beschmutzt – an ihm scheiden sich die Geister. In: Disput, H. 4/2001, S. 21.

³ Werner Eberlein: Geboren am 9. November. Erinnerungen, Berlin 2000, S. 18 u. 376. Zur Wiederlegung von Thälmann-Legenden vgl. Ronald Sassing: Ernst Thälmann. Vom KPD-Führer zum Gefangenen Hitlers. In: Werner Bethge (Hg.): Entfaltung jeder Form des Massenwiderstandes. Die Bedeutung der illegalen Funktionärskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands am 7. Februar 1933 in Ziegenhals im Widerstreit der Meinungen, Schkeuditz 2001, S. 62 ff.

⁴ Vgl. Georgi Dimitroff: Tagebücher 1933-1943, Berlin 2000, S. 441. Für die These, Stalin und die Komintern hätten gemeint, der von deutschen Faschisten inhaftierte Thälmann sei für sie im NS-Gewahrsam „nützlicher“ als in der Emigration, zumal der von ihm repräsentierte Typ kommunistischer Funktionäre nicht mehr benötigt worden sei, bedarf es weiterer Quellenanalyse.

Nach dem 8. Mai 1945 stand der Märtyrer Thälmann zunächst Pate bei der Überwindung von Faschismus, Militarismus und Monopolherrschaft, beim antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau in der Sowjetischen Besatzungszone und im Kampf um solche gesellschaftlichen Verhältnisse, die bewirken sollten, dass nie wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgehen kann. Bereits auf der ersten Funktionärskonferenz der KPD im Juni 1945 wurde seiner und der anderen Opfer des antifaschistischen Widerstandes ehrend gedacht. In allen Besatzungszonen entstanden erste Ehrenhaine für Thälmann und wurden Straßen nach ihm benannt. Am Vorabend der Gründung der SED versicherte Wilhelm Pieck Mitte April 1946, dass die revolutionären Traditionen der KPD in die neue Partei übernommen würden. Ein erstes Denkmal wurde 1946 in Meerane (Sachsen) enthüllt, das „Teddy“ als vorwärtsweisendes Symbol der „Aktivisten der ersten Stunde“ auswies. Allerdings stand er noch nicht im Vordergrund – politische Rücksichtnahme war angesagt. Als Prototyp eines Führers marxistisch-leninistischer Parteien wurde er erst seit Ende der 40er Jahre zeitgemäßer. Mit der Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“, der Gründung des Arbeiter-und-Bauern-Staates der DDR am 7. Oktober 1949, dem Übergang zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus und der neuen Stufe engster Verbundenheit zu KPdSU und UdSSR berief sich die SED nun verstärkt auf Thälmannsche Traditionen.

[49:] Legenden und Kult erreichten mit Beginn der 50er Jahre einen ersten Höhepunkt. Auf dem III. Parteitag der SED wurde im Juli 1950 die „hervorragende Rolle“ Ernst Thälmanns als Vorkämpfer für den Frieden, die Einheit der Arbeiterklasse und die Entwicklung der KPD „zu einer Partei neuen Typus“ hervorgehoben. Hermann Matern, Vorsitzender der Parteikontrollkommission, forderte auf einer zentralen Propagandistenkonferenz der SED, die Bedeutung Ernst Thälmanns in der Partei und unter der Jugend umfassend und richtig zu erläutern. Er unterstrich noch einmal nachdrücklich dessen Verdienste bei der Schaffung der marxistisch-leninistischen Kampfpartei, als die sich nunmehr auch die SED verstand.⁵ Nach dem Ideologie-Beschluss des Zentralkomitees der SED vom Oktober 1951 nahmen die Ehrungen für Ernst Thälmann weiter zu. Für ihn wurden Gedenksteine geschaffen, u. a. in der wiedereröffneten Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde, Gedenktafeln am Karl-Liebknecht-Haus – von 1926 bis Ende Februar 1933 Sitz der KPD-Zentrale unter Thälmann – und am Krematorium des KZ Buchenwald angebracht. Im August 1952 erhielt die Kinderorganisation Junger Pioniere den Ehrennamen „Ernst Thälmann“ verliehen. Seitdem sprach man von den „Thälmann-Pionieren“ und vom Pionierpark „Ernst Thälmann“ in der Berliner Wuhlheide. Es kam zu weiteren Straßenbenennungen, wobei auch das Argument herhalten musste, zu wenige seien nach Thälmann und zu viele nach der Münchener Widerstandsgruppe der Geschwister Scholl benannt worden.⁶ Im Karl-Marx-Jahr erfolgte anlässlich einer Sitzung des ZK der SED am 7. Februar 1953 die Einweihung einer Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals bei Berlin. Dort hatte der KPD-Führer im „Sportlerhaus“ Mörschel vor 20 Jahren eine letzte illegale Reichsfunktionärskonferenz der KPD zum revolutionären Sturz der Hitlerregierung abgehalten. Später kam noch eine Gedenkstätte im Kari-Liebknecht-Haus hinzu. Die SED-Führung drängte auf die Errichtung eines zentralen Thälmann-Denkmal in der Berliner Mitte auf dem Ernst-Thälmann-Platz. Sie forderte ferner, ein Filmepos zu schaffen und eine Thälmann-Biographie zu erarbeiten. Nach ständigen Eingriffen des Politbüros der SED entstand dann 1954/55 der DEFA-Zweiteiler des verklärten Aufstiegs Ernst Thälmanns vom „Sohn seiner Klasse“ zum „Führer seiner Klasse“, an dessen Ende das Thälmann-Lied erklang.

Somit war bereits bis Mitte der 50er Jahre eine Legende ausgeprägt worden, die Thälmanns historische Gestalt und den tatsächlichen Verlauf der kommunistischen Bewegung immer wirklichkeitsfremder [50:] behandelte. Sie hatte sich zu einer tragenden Partei- und Staatslegende der DDR entwickelt und wurde Mitte der 60er Jahre zu einem Bestandteil der unter Federführung Walter Ulbrichts ausgearbeiteten achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

⁵ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, 20. bis 24. Juli 1950 in Berlin, Berlin 1951, S. 128 u. 268; Hermann Matern: Die Rolle Ernst Thälmanns bei der Schaffung der revolutionären Massenpartei der Arbeiterklasse, Berlin 1951.

⁶ Vgl. Peter Monteath (Hg.): Ernst Thälmann. Mensch und Mythos, Amsterdam und Atlanta 2000, S. 24.

Ihren Höhepunkt erreichte die Thälmann-Legende seit Anfang der 70er Jahre unter dem Patronat des neuen Partei- und Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. Er stellte sich gern als besonders getreuer saarländischer Jugendfunktionär des KPD-Führers dar und sorgte für einen regelrecht ausufernden Kult. Die umfassendste Berufung auf Thälmann nahm neue programmatische Traditionsdimensionen an und geriet mitunter zu religiöser Heilsverkündung. Euphorisch proklamierte Honecker, dass Thälmann allgegenwärtig sei: Er war in den Kämpfen seit der Weimarer Republik „unter uns“, seine Ideen seien weiterhin „mit uns“. Wie der Stand bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bezeuge, so unterstrich er, sind wir „wirklich im Thälmannschen Geist an die Arbeit gegangen“.⁷

Zu Marksteinen geschichtspolitischer Instrumentalisierung Thälmanns und der Verbreitung eines beinahe götzenähnlichen Leitbildes zählte die Herausgabe der als „Volksbuch“ gedachten und 804 Seiten umfassenden Thälmann-Biographie, die 1979 in zunächst über 760.000 Exemplaren erschien. Ihre Ausarbeitung durch ein Autorenkollektiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED hatte auch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Hauptabteilung IX/11, maßgeblich beeinflusst.⁸ Den Höhepunkt bildeten im Frühjahr 1986 die Einweihung des neuen Ensembles „Ernst-Thälmann-Park“ mit Wohngebiet, Denkmal und Großplanetarium im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg sowie ein neuer Fernsehfilm anlässlich des 100. Geburtstages Ernst Thälmanns. Gegen die Entwürfe und Einwände einheimischer Künstler und gegen Proteste aus der Bevölkerung setzte Honecker durch, dass das umstrittene Nationaldenkmal durch den sowjetischen Bildhauer Lew Kerbel in stalinistischem Monumentalgigantismus gestaltet wurde. Eitle Selbstdarstellung und demonstrative Berufung auf die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung zielten gegen jedwede Reformbestrebung. In den Vordergrund rückte das Argument, die vielfach beschworene Erfolgsbilanz der von Honecker proklamierten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik fuße auch auf den wohnungs- und sozialpolitischen Vorstellungen der KPD und bedeute die Verwirklichung des Thälmannschen Programms zur nationalen und sozialen Befreiung des [51:] deutschen Volkes aus dem Jahre 1930. Die SED-Führung entschied insofern, nicht mehr die gesamte Thälmann-Biographie in sechs Folgen verfilmen zu lassen, sondern in einem Fernseh-Zweiteiler den entscheidenden geschichtlichen Zeitraum von 1929 bis 1933 in den Mittelpunkt zu stellen⁹, in dem Thälmann entschlossen einen zielklaren Kurs der Partei gegen den Klassenfeind und irrige Auffassungen in der eigenen Führung gesteuert habe.

Zum weit verzweigten Geflecht der Thälmann-Traditionspflege gehörten in der DDR neben einer mannigfaltigen Literatur, zu der auch eine repräsentative Bild- und Quellenpublikation zählte¹⁰, 40 spezielle Gedenkstätten in 30 Städten und Gemeinden und 20 Denkmale. Die Gesamtzahl von Stätten der Ehrung belief sich auf fast 350. In jeder Stadt und nahezu jedem Dorf gab es eine Thälmann-Straße oder einen Thälmann-Platz – oft sogar beides – sowie im Odergebiet eine Thälmann-Siedlung. Den verpflichtenden Ehrennamen hatten rund 2000 Einrichtungen, Betriebe und Kollektive erhalten, darunter das Schwermaschinenbaukombinat Magdeburg (SKET), die Offiziershochschule der Landstreitkräfte der Nationalen Volksarmee in Löbau (Sachsen), rund 180 Schulen und Einrichtungen im Volksbildungsbereich. Selbst als das Verständnis von progressivem geschichtlichem Erbe sich erweiterte, übertraf der Name Ernst Thälmann die meisten anderen. Faktisch sollte ein ganzes Volk im Thälmannschen Geist lernen, arbeiten und leben. Die Legende geriet während der 80er Jahre vollends zum Herzstück geschichtlicher Legitimierung von Partei und Staat der DDR, der Bekräftigung ihrer Politik und der Zukunftsgewissheit bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

⁷ Erich Honecker: Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1975, S. 324 f.

⁸ Vgl. Ronald Sassning: Geschichte im Visier des MfS der DDR. Wie SED-Führung, Staatssicherheit und Historiker mit den Schicksalen von Thälmann, Kattner und Wehner umgingen (hefte zur ddr-geschichte des Vereins „Helle Panke“, Nr. 65), Berlin 2000, S. 36 ff.

⁹ Erich Selbmann: DFF Adlershof. Wege übers Fernsehland, Berlin 1998, S. 400 ff.

¹⁰ Ernst Thälmann. Bilder, Dokumente, Texte. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1986.

Ernst Thälmann erfuhr auch internationale Wertschätzung. In der antifaschistischen Befreiungsbewegung der Völker kämpften seit Mitte der 30er Jahre die Interbrigadisten in Spanien bis zu den Partisanen des Balkans während des Zweiten Weltkrieges unter seinem Namen. In der von der deutschen Wehrmacht überfallenen und besonders leidgeprüften Sowjetunion unterschied man zwischen „Fritzen“ und „Thälmann-Deutschen“. Solidarität mit dem Eingekerkerten gab es weltweit. Heute steht sein Monument noch auf der „Ernst-Thälmann-Insel“ vor der Nordwestküste Kubas (1972) und in Moskau (1986). Im ehemaligen Wohnhaus in Hamburg-Eppendorf existiert seit 1969 eine „Gedenkstätte Ernst Thälmann“.

In der DDR geriet die Thälmann-Legende mehr und mehr zu einem bizarren Nekrolog für einen deutschen Nationalhelden und [52:] zum Mythos einer unvergänglichen Heiligenfigur. Nicht nur das verklärende „Thälmann-Lied“ diente realsozialistischer Geschichtsklitterung und unterlag zugleich pragmatisch gehandhabter Politik. So sollte seit 1971 dessen letzte Strophe nicht mehr gesungen werden¹¹, in der es geheißen hatte, dass Thälmann immer dabei sei, wenn „auch der Rhein wieder frei ist und den Feinden die Klauen gebrochen“ werden. Als DDR, BRD und Senat von Berlin (West) erste verbindliche Abkommen zur Normalisierung der Beziehungen abschlossen, wurde der Kult um „Teddy“ dem Prozess weltweiter Entspannung angepasst.

Insofern bestimmten jeweilige politische Umstände den Umgang mit dem Namen Thälmanns. Jubiläen waren in dieser Hinsicht nicht schlechthin historische Gedenktage, sondern „Leitfaden für die Aktion“. Im Erbe- und Traditionsverständnis der Partei- und Staatsführung der DDR schien Thälmann besonders geeignet, die Entstehung und Entwicklung des zweiten deutschen Staates und damit die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse geschichtlich zu legitimieren. Seinem Vorbild sollte nachgeeifert und auf den von ihm geschaffenen Fundamenten aufgebaut werden. Sein Werk sei schöpferisch zu vollenden. Die Hervorhebung der Leistungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wie anderer progressiver Traditionen diene dazu, nunmehr als Sieger der Geschichte erscheinen zu können.

Bereits in den 80er Jahren begann der Niedergang der Thälmann-Legende. Ihre Krux bestand im wachsenden Gegensatz von Selbstdarstellung sozialistischer Errungenschaften und der Realität. Nicht von ungefähr wurden nun die Durchhaltekraft und Siegeszuversicht Thälmanns hervorgehoben, um die immer gravierender werdenden Probleme und Rückschläge auffangen zu können. Das abgehobene, kaum erreichbare Leitbild des KPD-Führers, den selbst die alten „Thälmannianer“ kaum noch wieder erkannten, nutzte sich mehr und mehr ab. Formalismus, erstarrte Rituale und stereotype Kampagnen des Massenkults ermüdeten auf Dauer und spornten kaum noch an. Manches war nur noch trügerischer Schein. Auch die Thälmann-Legende konnte das Ende von SED und DDR nicht verhindern.

Mit dem Zusammenbruch der DDR endete die Thälmann-Legende, begleitet von Erscheinungen der Bilderstürmerei und Versuchen ihrer radikalen Umkehrung. Der Sturz des Idols war tief, für die einen schmerzhaft, für die anderen folgerichtig. Nach wie vor scheiden sich [53:] an seiner Person wie bereits zu seinen Lebzeiten die Geister – heftig, nachtragend und unversöhnlich oder nostalgisch verklärend. Eine angemessene Einschätzung der geschichtlichen Rolle des KPD-Führers und seines tatsächlichen Vermächtnisses steht noch aus.

¹¹ Die Partei hat immer recht. Eine Dokumentation in Liedern. Begleitheft zu Hansa Musik Produktion 1996.

Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen

Von Horst Schützler

Vom 20. bis 22. Januar 1951 tagte im Berliner Admiralspalast der 3. Kongress der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Seine Losung: *Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen*.¹ Wer sie geprägt hat, ist unbekannt. Bald galt sie als Orientierung über die Gesellschaft hinaus. Diese war am 30. Juni 1947 auf Initiative der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland von Vertretern zuvor proklamierter Landesgesellschaften und Ortsgruppen als „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ gegründet worden. Der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski wurde zum Präsidenten, die Schriftstellerin Anna Seghers zur Vizepräsidentin gewählt.

Oberst Sergej Tjulpanow, der die Propagandaverwaltung der SMAD leitete, war es, „der ... uns mit Energie und Humor, mit Weisheit und Schlaueit anleitete und vorantrieb“. So las man es später bei Kuczynski.² Für Tjulpanows Eile gab es Gründe. Im Frühsommer 1947 zeichnete sich die Konstellation des Kalten Krieges ab, der wesentlich auch um Deutschland und dessen künftige Entwicklung ausgetragen wurde. Das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zur „russischen“ Besatzungsmacht sollte schnell entkrampft, Sowjetfeindlichkeit bekämpft werden. Diese Intentionen hatten sich deutscherseits schon im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und in Zirkeln, Arbeitsgemeinschaften und Klubs geltend gemacht, die sich mit der Sowjetunion, ihrer Geschichte und Kultur beschäftigten. Dabei halfen sowjetische „Kulturoffiziere“, die vielfach durch ihre gute Kenntnis der deutschen Kultur beeindruckten. Die Studiengesellschaft suchte, die Distanz zur Besatzungsmacht abzubauen, Vorurteile aufzubrechen, altem und neuem Antisowjetismus entgegenzuwirken. Dem dienten ihre Vorträge und Aussprachen, ihre mitunter auch plakative Propaganda, Aufführungen sowjetischer Filme [54:] und Theaterstücke, Auftritte sowjetischer Ensembles, Ausstellungen, Festveranstaltungen u. a. m. „Über ‚die Russen‘ und über uns“ bezeichnete Ende 1948/Anfang 1949 eines der zentralen Themen. Die Gesellschaft förderte das Erlernen der russischen Sprache. Sie besaß seit Ende 1947 den Verlag „Kultur und Fortschritt“, der Zeitschriften sowie Werke der Sowjetliteratur herausgab.

„Durch Studium zur Wahrheit, durch Wahrheit zur Freundschaft“ – so die verkündete Leitlinie der Studiengesellschaft. Diese Devise fand zwiespältige Aufnahme. Verbreitet wurden Erkenntnisse über das von den deutschen Faschisten verteufelte und von der Wehrmacht weithin ruinierte Land, wodurch verständnisvolle Haltungen entstanden. Doch wurde die „Wahrheitsfindung“ begrenzt und manipuliert. Sie ging einher mit der Verbreitung eines geschönten Gesamtbildes über die UdSSR. Die raue Wirklichkeit des „ersten sozialistischen Landes“ als stalinistische Diktatur kam nicht in den Blick.

Die Gesellschaft war offiziell „Überparteilich“. Doch ihre Propagandafunktion für die Sowjetunion war deutlich, das Odium einer „Russenorganisation“ wurde sie letztlich nicht los. Zunächst „Studiengesellschaft“ vorwiegend von Intellektuellen und Angestellten, erfolgte ihr „Durchbruch“ zur Massenorganisation, nachdem Anfang 1949 die SED ein „absolut positives Verhältnis zur Sowjetunion“ verlangt hatte.³ Die Idee eines eigenen „deutschen Weges zum Sozialismus“ wurde preisgegeben, die sowjetischen Erfahrungen als verbindlich propagiert. Diesem Zweck sollte auch das Studium des 1938 in der UdSSR erschienenen Kurzen Lehrgangs der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)“ dienen, der schon 1946 im Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland erschienen war und eine geschönte und verfälschte Darstellung bot. Im Frühjahr

¹ Siehe *Von der Sowjetunion lernen – heißt siegen lernen*. 3. Kongress der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Berlin, vom 20. Januar bis 22. Januar 1951. Hg. vom Sekretariat des Zentralvorstandes, o. O., o. J., (Berlin 1951).

² Jürgen Kuczynski: Aus den Anfängen einer großen Freundschaftsbewegung. Dokumente aus der Tätigkeit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BZG), 1967, Sonderheft, S. 151.

³ Protokoll der 1. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 25. Dezember 1948 bis 2. Januar 1949, Berlin 1949, S. 332 u. 522.

1950 propagierte die SED dann die Losung „Aus den Erfahrungen der Bolschewiki zu lernen, heißt siegen lernen“. Die Adaption durch die Gesellschaft liegt auf der Hand!

Im Juli 1949, sie zählte über 100.000 Mitglieder, wurde die Organisation umbenannt. Sie hieß nun „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ und gab die Devise „Freundschaft für immer“ aus. Kuczynski, oft unbequem und dazu Westemigrant und Jude – in der Sowjetunion lief eine anti-jüdische Kampagne –, hatte seine „wundervolle Aufgabe“⁴ und „schönste Funktion“⁵ ungewollt hinter sich. Sein Nachfolger wurde im Juni 1950 mit Friedrich Ebert ein Mitglied des SED-Politbüros, das – ehemals führend in der SPD tätig – aus einem politischen Lager stammte, „das allem, was aus [55:] der Sowjetunion kam, skeptisch und ablehnend gegenüberstand“⁶. Dieses „Lager“ sollte nun gewonnen werden. Im Januar 1951 zählte die Gesellschaft annähernd zwei Millionen Mitglieder, viele davon waren in Kampagnen, ohne innere Einstellung, zu ihr gestoßen. Seit 1952 wurde durch die SED die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus zum gesellschaftspolitische Ziel erklärt. Das richtete den Blick verstärkt auf die Erfahrungen des „ersten sozialistischen Landes“.

Die Gesellschaft – vielfach einfach DSF genannt – konzentrierte sich jetzt auf die Vermittlung sowjetischer Arbeitserfahrungen aus Industrie und Landwirtschaft. Damit hatte sie schon während des Zweijahrplanes 1949-1950 begonnen. Sie machte mit zahlreichen Namen und Methoden bekannt wie Pawel Bykow, Alexander Tschutkich, Nina Nasarowa, Kowaljow-Methode, Nikolai Mamai, Walentina Gaganowa, Mitrofanow-Methode und Saratower System der fehlerfreien Arbeit. Damit sollten höhere Arbeitsproduktivität, größere Produktionsergebnisse und insgesamt eine neue Einstellung zur Arbeit bewirkt werden. Die DSF organisierte den Erfahrungsaustausch, initiierte Delegationsreisen, veranstaltete den „Tag des sowjetischen Neuerers“, gründete auf dem Lande „Mitschurin-Zirkel“, schuf „Brigaden der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ usw. Mitunter wurden Neuerer und deren Methoden gepriesen, die in der Sowjetunion kaum bekannt oder bereits wieder vergessen waren. Während es mancherorts Widerstand dagegen gab, vom „Russen“ zu lernen, verbanden sich manche Methoden und Verfahren mit Namen deutscher Arbeiter und ihrer Arbeitskollektive wie Erich Wirth, Luise Ermisch, Sepp Wenig, Frieda [56:] Hoffmann, Irmgard Richter, Jugendbrigade „Nikolai Mamai“, Brigaden der „sozialistischen Arbeit“ und wurden produktiv genutzt.

Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen bezog sich auf ein Land, das auf vielen Gebieten technisch nicht auf der Höhe der Zeit war, zugleich aber Spitzenleistungen erreichte, die wie der Sputnik-Start 1957 den Eindruck hervorriefen, als habe die UdSSR die technologische Führung in der Welt übernommen. „Vor Freunden haben wir keine Geheimnisse“ war ein Motto der sich entwickelnden Zusammenarbeit. Doch die Geheimniskrämerei und die Geheimhaltung blieben beträchtlich.

Die Losung vom Lernen und Siegen ging weit über die Propagierung von Arbeitserfahrungen hinaus. Sie zielte gesamtgesellschaftlich auf die Annahme und Übernahme des Modells der sowjetischen Gesellschaft, in dem sich angeblich allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten manifestierten. Und dies geschah. Die DDR wurde in ein Netz enger „freundschaftlicher“ Beziehungen eingebunden, in denen das Lernen am Modell auf allen Gebieten obligatorisch, aber nicht unproblematisch war. Studien-delegationen führen in die UdSSR. „Unsere Wissenschaftler lernen russisch“ lautete der Titel einer 1951 herausgegebenen Schrift des Staatssekretariats für das Hochschulwesen und der DSF, in der Wissenschaftler erklärten, dass die „moderne Weltsprache“ Russisch die „Sprache des fortschrittlichsten Landes“ ist, dessen „Wissenschaft ... zur führenden Wissenschaft, zum Bahnbrecher des Fortschritts der Wissenschaft schlechthin geworden“ sei und sich „zur höchsten Blüte entfaltet“ habe.⁷

⁴ Jürgen Kuczynski: Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch, Berlin/Weimar 1983, 6. Aufl., S. 51.

⁵ Ders.: „Ein linientreuer Dissident“. Memoiren 1945-1949, Berlin/Weimar 1992, S. 33.

⁶ Von der Sowjetunion lernen, S. 21.

⁷ Unsere Wissenschaftler lernen russisch. Hg. vom Staatssekretariat für Hochschulwesen in Verbindung mit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, (Berlin) 1951, S. 5, 45, 51, 52.

Doch gegen das nicht einfache Erlernen des Russischen gab es lange und vielfach Obstruktion; Studenten blieben dem Unterricht einfach fern. Auseinandersetzungen wurden um die Sowjetwissenschaft als „fortschrittlichste Wissenschaft“ und die „Unfehlbarkeit“ ihrer Repräsentanten geführt. „Bürgerliche“ Gelehrte fühlten sich in ihrer „nationalen Würde“ getroffen. Wissenschaftler weigerten sich, die Ergebnisse sowjetischer Spezialisten als „letztes Wort der Wissenschaft“ zu akzeptieren, was insbesondere die umstrittene Vererbungslehre des ukrainischen Agrarbiologen Trofim Lyssenko betraf, der als Präsident der Lenin-Akademie für Landwirtschaftswissenschaften seine Gegner rabiat verfolgen ließ. Dessen Ansichten fanden dennoch als „Mitschurinsche Biologie“ Eingang in Schul- und Hochschullehrbücher.⁸ Rückblickend schrieb der Genetiker Helmut Böhme: „Trotz vieler bewusster und teils unbewusster, gefühlsmäßiger Vorbehalte angesichts des massiven ‚Personenkults‘ um Stalin, angesichts [57:] der Widersprüche zwischen antifaschistisch-demokratischer Ordnung und Diktatur des Proletariats, zwischen innerparteilicher Demokratie und ‚Partei neuen Typus‘, zwischen ‚Objektivismus‘ und Parteilichkeit, war doch bei zahlreichen politisch engagierten Intellektuellen die Überzeugung verbreitet, dass die Losung ‚von der Sowjet-Union lernen, heißt siegen lernen‘ und die extreme Fürnbergsche Liedtext-Formulierung: ‚... die Partei, die Partei, die hat immer Recht ...‘ im übertragenen Sinne auch in der geistigen Auseinandersetzung über philosophie- bzw. ideologierelevante wissenschaftliche Probleme selbst in den Naturwissenschaften Gültigkeit haben sollte. Die Ausstrahlungs- und insbesondere Überzeugungskraft der nach unserem damaligen Verständnis sozialistischen Ideen wurde in der gleichen Zeit – die im Grunde nach gesellschaftlichen Veränderungen förmlich schrie – radikal reduziert durch den dogmatischen Charakter einer als Klassenkampf in der Ideologie apostrophierten diskursfeindlichen Geisteshaltung sowie durch die Monopolisierung und dadurch bedingte Einseitigkeit in der philosophischen Interpretation naturwissenschaftlich umstrittener Phänomene.“⁹

Von dieser Atmosphäre sprechen in anderer Weise Worte des Vorsitzenden des Komponistenverbandes der UdSSR, Tichon Chrennikow, denen zufolge die sowjetischen Komponisten den „entschlossenen Kampf gegen die Einflüsse der bürgerlichen Dekadenz, gegen Formalismus und Kosmopolitismus“ aufgenommen hatten. Er empfahl auf dem schon genannten 3. Kongress der Gesellschaft unter Beifall „Hanns Eisler ebenso wie den anderen deutschen Komponisten ...“, dass sie sich möglichst rasch von den formalistischen dekadenten Einflüssen, die in ihrem Schaffen noch vorhanden sind, befreien mögen. Ich möchte ihnen wünschen, dass sie eine Musik schaffen, die dem deutschen Volk vertraut und verständlich ist und die mitten in der deutschen Volksmusik wurzelt“.¹⁰ Die Losung *Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen* erfuhr mehrere Variationen und Modifizierungen – „Von der Sowjetunion lernen, heißt den Sozialismus zum Siege führen“ (1953), „Wer mit der Sowjetunion geht, gehört zu den Siegern der Geschichte“ (1969) u. a. Sie kam außer Mode, als in der internationalen kommunistischen Bewegung in den 70er Jahren offen über die Vorbildwirkung der Sowjetunion als „Pionier des Menschheitsfortschritts“ gestritten und nach einem „Sozialismus in den Landesfarben“ gesucht wurde.¹¹ Nun war zumeist vom „gleichberechtigten Zusammenwirken im Bruderbund“, von „brüderlicher Verbundenheit“, von „unverbrüchlicher Freundschaft“ als [58:] dem „Herzschlag unseres Lebens“ (Erich Honecker, 1973) die Rede. Sie erhielt auch eine ironische und verächtliche Komponente als – nicht zuletzt durch Besuchs- und Ferienreisen bekannt wurde, wie weit Anspruch und Wirklichkeit in der UdSSR auseinander klafften und kaum ein DDR-Bürger unter den materiellen Verhältnissen leben wollte, die in der Sowjetunion vorherrschten.

Mit den „Perestroika“ genannten Veränderungen in der UdSSR, dem Versuch zur Erneuerung des Sozialismus, war für die DDR-Führung unter Erich Honecker das Lernen von der Sowjetunion

⁸ Siehe Der Agrarbiologe Lyssenko – ein Exempel für die Ideologisierung der Wissenschaft. In: Lomonossow. DAMU – Heft 3/1999. Hg. von der Deutschen Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e. V. (DAMU), Berlin 1999, S. 32.

⁹ Helmut Böhme: Einige Bemerkungen zu wissenschaftspolitischen Aspekten genetischer Forschungen der fünfziger Jahre in der DDR im Zusammenhang mit der Lyssenko-Problematik. In: Ebenda, S. 56.

¹⁰ Von der Sowjetunion lernen, S. 86 und 87.

¹¹ Siehe Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas. Berlin, 29. und 30. Juni 1976. Dokumente und Reden, Berlin 1976, S. 25, 228 f., 250.

verpönt. ZK-Sekretär Kurt Hager erklärte im April 1987: „Würden Sie, ... wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“¹² Im November 1988 wurde die sowjetische, deutschsprachige Monatszeitschrift „Sputnik“ faktisch verboten. Im Dezember behauptete Honecker, die Partei wisse, für die SED sei es nichts Neues, „dass es kein für alle sozialistischen Länder geltendes Modell gibt“ und „das Antlitz des Sozialismus ..., in den Farben der DDR“ gestaltet werde.¹³ Weite Bevölkerungskreise vermeinten nun aber, wirklich von der Sowjetunion lernen zu müssen. Populär wurde eine Sentenz Michail Gorbatschows, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, ausgesprochen während seines Besuches der DDR 1989 anlässlich des 40. Jahrestages ihrer Gründung: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

Die Losung *Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen* hatte sich jedoch erledigt. Der Versuch zur Erneuerung des Sozialismus in der UdSSR, aus ihrer eigenen Geschichte zu lernen, scheiterte, die Sowjetunion zerfiel. Die Existenz der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die zuletzt 6,5 Millionen Mitglieder registrierte, endete mit dem Untergang der DDR. Sie hatte Partner und Gegenstand ihrer Tätigkeit verloren. Diejenigen, die sich nach den Jahren des Krieges für ein neues Verhältnis zu den „Russen“ eingesetzt hatten, leben mit bleibendem Gewinn an unvergesslichen Erlebnissen, an persönlichen Freundschaften, an Land und Leute, an „die Freunde“.

Das aus den Beiträgen stammende Vermögen der Gesellschaft wird heute über eine Stiftung für humanitäre Zwecke und freundschaftliche Begegnungen aufgewendet. Vereine mit unterschiedlichen Namen wirken für die Verständigung mit Menschen in einem Land weiter, das seine Zukunft sucht.

¹² Neues Deutschland, 10.04.1987.

¹³ Mit dem Blick auf den XII. Parteitag die Aufgaben der Gegenwart lösen. Aus dem Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des ZK der SED, Berichterstatter: Erich Honecker, Berlin 1988, S. 9 f., 91.

[59:]

Eiserner Vorhang

Von Harald Lange

„Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein ‚Eiserner Vorhang‘ über den Kontinent gezogen.“ So urteilte Winston Churchill – nun schon nicht mehr britischer Premierminister – in einer Rede am 5. März 1946 am Westminster College in Fulton (USA).¹ Der von ihm benutzte Ausdruck *Eiserner Vorhang* wurde zu einem der wichtigsten Schlagwörter in den Jahrzehnten des Kalten Krieges.

Churchill gefiel dieser Begriff offensichtlich. In einem Telegramm vom 12. Mai 1945 an den US-Präsidenten Truman² – also nur vier Tage nach dem gemeinsamen Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg sowie in einer Ansprache am 16. August 1945 vor dem britischen Unterhaus³ hatte er bereits von einem *Eisernen Vorhang* gesprochen, der Europa in zwei Teile spalte.

Ein *eiserner Vorhang* war als Sicherheitsvorrichtung in Theatern allgemein bekannt. Schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich und England in Gebrauch gekommen, trennte er Bühne und Zuschauerraum in Notfällen – namentlich bei Bränden – voneinander. Eine Ableitung aus dem Theaterbereich in den politischen Raum musste insofern leicht verständlich sein. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass Churchill das Sprachbild aus ganz anderer Quelle schöpfte als aus der Welt des Theaters, denn die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs war bereits vor ihm in die Politik übertragen worden. Sprachforscher weisen auf eine frühzeitige Anwendung des Begriffs *Eiserner Vorhang* durch Politiker hin.⁴ Chronologisch am nächsten liegt der Äußerung Churchills ein Aufsatz von Joseph Goebbels. Der faschistische Reichspropagandaminister schrieb etwa drei Monate vor Churchills Telegramm an Truman in der Zeitung „Das Reich“ – sich auf die Konferenz von Jalta beziehend –: „Wenn das deutsche Volk die Waffen niederlegte, würden die Sowjets auch nach den Abmachungen zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin ganz Ost- und Südosteuropa zuzüglich des größten Teiles des Reiches besetzen. Vor diesem einschließlich der Sowjetunion riesigen Territorium würde sich sofort ein eiserner Vorhang hinuntersinken.“⁵ Es ist nicht verbürgt, dass Churchill diesen Aufsatz kannte; jedoch ist sicher, dass Goebbels' Äußerungen in England wie in den anderen Krieg führenden Staaten aufmerksam verfolgt worden sind. [60:] Jedenfalls benutzte Churchill den Begriff *Eiserner Vorhang* exakt in dem von Goebbels vorgezeichneten Sinn.

In den USA und vor allem in Großbritannien gab es nicht nur vor dem Zweiten Weltkrieg, sondern auch während des gemeinsamen Anti-Hitler-Bündnisses mit der UdSSR eine starke antisowjetische Kräftegruppierung, die für die Nachkriegszeit auf die unbedingte Durchsetzung eines vom expandierenden Kapitalismus beherrschten weltweiten Freihandels orientierten. Diese Zielsetzung kollidierte mit dem vermuteten expansionistischen weltrevolutionären Anspruch der Sowjetunion so stark, dass eine Konfrontation unausweichlich schien. Demgegenüber setzten Roosevelt und seine Anhänger, die ihrerseits auch auf eine „open door“-Politik festgelegt waren, auf die Möglichkeit, eine auf dem Machtprinzip beruhende Annäherung mit der UdSSR herbeiführen zu können. In der UdSSR waren alle diese Bestrebungen stets aufmerksam beobachtet worden. Die Verzögerungen bei der Errichtung einer zweiten Front, Separatverhandlungen der US-Streitkräfte mit kapitulationswilligen Wehrmachts- und SS-Einheiten in Norditalien, vor allem aber Churchills Versuch, die in Nordwestdeutschland in britischer Hand befindlichen deutschen Truppen mitsamt deren Waffen einsatzbereit zu

¹ Keesings Archiv der Gegenwart, 5.3.1946, S. 669 f.

² Das geheime Telegramm wurde erst 1954 bekannt, als Churchill es in seinen Memoiren zitierte. Winston Churchill: *Triumph and Tragedy, The Second World War*, London 1954, Bd. 6, S. 498-499: „An iron curtain is drawn down upon their front. We do not know what is going on behind.“ [„Ein eiserner Vorhang ist über ihre Front gezogen. Wir wissen nicht, was dahinter vor sich geht.“]

³ Winston Churchill: *His Complete Speeches 1897-1963*, New York 1974, Bd. 7, S. 7214.

⁴ Mehrere Nachweise unter dem entsprechenden Begriff bei Wolfgang Mieder: *Deutsche Sprichwörter in Literatur, Presse und Werbung*, Hamburg 1983.

⁵ *Das Reich*, 25.2.1945, S. 1.

halten⁶, sowie viele andere als sowjetfeindlich und vertragswidrig zu interpretierende Verhaltensweisen der westlichen Alliierten, die häufig auf Churchills Initiativen zurückgingen, erhöhten das permanente Misstrauen der Moskauer Führung. Die Briten und US-Amerikaner hingegen registrierten genau, auf welche Weise die Sowjetunion in den von ihren Truppen besetzten Gebieten durch die Entmachtung antisowjetischer Eliten neue Machtkonstellationen schaffte, um Garantien für eine künftige nicht-sowjetfeindliche Politik Polens, Rumäniens, Bulgariens und Ungarns zu erhalten. Mangels anderer Mittel dominierten im Vorgehen der Sowjetunion häufig polizeistaatliche Methoden, womit sie oppositionelle Kräfte auf den Plan rief, die sich, „von der amerikanischen Selbstbestimmungsrhetorik geblendet, ... wenig kompromissbereit“ zeigten. „Die Folge waren ... scharfe innenpolitische Spannungen und als Ergebnis dieser Spannungen ein verstärkter Zugriff der von der Roten Armee gedeckten Kommunisten.“⁷

Hatte Roosevelt noch gewusst und auch ausgesprochen, dass nach dem Sieg Russen wie Amerikaner jeweils ihr System in ihren künftigen Einflusszonen durchsetzen würden⁸, so nutzten jetzt Churchill und ihm gleich gesonnene Politiker in den USA das Vorgehen der UdSSR, die so genannten Säuberungen, Verurteilungen und Verbannungen, [61:] das Etablieren kommunistischer Eliten in den osteuropäischen Ländern, um ohnehin vorhandene antikommunistische Stimmungen in den westlichen Ländern zu fördern und mit den unermüdlich wiederholten Warnungen vor sowjetischen Expansionsabsichten einen Umschwung in der US-Außenpolitik zu erreichen.

Während es die Westmächte als selbstverständlich ansahen, jede Mitsprache der UdSSR in ihren Einflusszonen abzulehnen und sie gegebenenfalls strikt zu unterbinden, wurden der UdSSR immer wieder Forderungen unterbreitet und in teilweise ultimativer Form Bedingungen gestellt, die diese als unzulässige Einmischung in Angelegenheiten ansah, für die sie allein zuständig war. Das Problem des von Churchill so genannten *Eisernen Vorhangs* war also gar nicht so sehr eine Frage der Undurchsichtigkeit der sowjetischen Pläne, Absichten und Handlungen, obwohl ja tatsächlich viel unsinnige Geheimniskrämerei und eine Informationspolitik betrieben wurden, die stets den Eindruck erweckten, man habe mehr zu verbergen, als wirklich zu verbergen war. Das Problem bestand vielmehr darin, dass der so genannte *Eiserne Vorhang* militärisch geschützte Grenzlinie darstellte, den die konfrontativ gesonnenen Politiker Großbritanniens und der USA weder politisch, noch ökonomisch oder militärisch zu durchbrechen in der Lage waren. „Eindämmung“, „roll back“, überhaupt eine „Politik der Stärke“ wurden als angemessen angesehen, um diesen Zustand zumindest langfristig zu verändern. Für jene Bürger der osteuropäischen Staaten, die ihr Land aufgrund der ökonomischen Anziehungskraft der seit den 50er Jahren prosperierenden westeuropäischen Staaten oder aus politischen Gründen verlassen wollten, erwies sich die Ost-West-Grenzlinie allerdings ebenfalls als ein *Eiserner Vorhang*.

Für Großbritannien, das seinen Status als Großmacht trotz des Sieges über Hitler-Deutschland eingebüßt hatte, war es naheliegend, mit der Berufung auf historische und aktuelle angloamerikanische Gemeinsamkeiten nunmehr ein Sonderbündnis mit den USA anzusteuern. Dies wurde auch in der Rede Churchills in Fulton dezidiert ausgeführt. Dem anderen großen Kriegsverbündeten, der UdSSR,

⁶ Vgl. besonders Arthur Smith: Churchills deutsche Armee. Die Anfänge des Kalten Krieges/1943-1947, (Bergisch-Gladbach 1978).

⁷ Wilfried Loth: Die Teilung der Welt, 1941-1955, (München 1983), S. 146.

⁸ Auf einem Treffen mit Senatoren im Januar 1945 äußerte sich Roosevelt folgendermaßen: „Die Besatzungsmächte hatten Gewalt in den von ihnen besetzten Gebieten, und jeder wusste, dass die anderen die Auseinandersetzung nicht forcieren würden.“ Der Präsident fügte hinzu, was offensichtlich war: „Die Russen besaßen in Osteuropa die Macht.“ ... Man musste die Welt so nehmen, wie sie war; Russland würde die seine Grenzen betreffenden Sicherheitsinteressen selbst definieren. Bei mancher Gelegenheit konnte es nicht nur unnützlich, sondern sogar gefährlich sein, Russland den amerikanischen Willen aufzwingen zu wollen.“ Nach der Konferenz von Jalta sagte Roosevelt in einer Privatunterhaltung über Deutschland: „... offensichtlich werden die Russen in den von ihnen besetzten Gebieten nach eigenem Gutdünken handeln.“ In: Daniel Yergin: Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas, (Frankfurt/Main 1979), S. 70. Stalin soll im August 1945 gegenüber dem Stellvertreter Titos, Milovan Djilas, gesagt haben: „Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann ja nicht anders sein.“ In: Milovan Djilas: Gespräche mit Stalin, Frankfurt a. M. 1962, S. 146.

wurde mit dem Hinweis auf den *Eisernen Vorhang* bedeutet, dass sein politisches Vorgehen unakzeptabel sei und zudem „eine wachsende Gefahr für die christliche Zivilisation“ darstelle. Demgegenüber dürfe man sich nicht „mit einer knappen Überlegenheit zufrieden“ geben. „Wenn die englisch sprechende Bevölkerung des Commonwealth zu derjenigen der Vereinigten Staaten hinzugefügt wird mit alledem, was [62:] eine solche Zusammenarbeit in der Luft, auf dem Meer, in der Wirtschaft und in der Industrie erfordert, wird es kein Gleichgewicht schwankender Kräfte geben, die eine Versuchung zu Abenteuern darstellen.“

In Moskau wurde diese Rede, die mit der erkennbaren allmählichen Abwendung der Außenpolitik Trumans von der seines Vorgängers Roosevelt korrespondierte, als Drohung mit möglicherweise militärischen Konsequenzen aufgefasst, zumal Diplomaten der Westmächte schon des Öfteren auf die alleinige Verfügung der USA über die Atombombe hingewiesen hatten. So hatte Truman den Beginn der Potsdamer Konferenz hinausgezögert, um näher an den Termin der ersten amerikanischen Atomtestzündung heranzurücken. US-Kriegsminister Stimson sagte seinerzeit über Außenminister Byrnes, „die Atombombe sieht er quasi als Waffe in der Hüfttasche an, um sich ... durchzusetzen“.⁹ Hinzu kamen die immer offenkundiger werdenden Bestrebungen der USA, nicht auf eine Wirtschaftsverflechtung zu beiderseitigem Gewinn, sondern auf eine ökonomische Durchdringung der Sowjetunion und Osteuropas durch die USA hinzuarbeiten und damit tendenziell das gesamte sowjetische Sicherheitssystem in Osteuropa in Frage zu stellen. Die neue Frontenbildung, die sich schon vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs abgezeichnet hatte, begann jetzt deutlich Gestalt anzunehmen. Die UdSSR sah sich – wie schon zu Beginn der 20er Jahre – der Gefahr einer Einkreisung ausgesetzt und verstärkte ihre sicherheitspolitischen Vorkehrungen, indem sie den osteuropäischen Staatenkordon noch stärker an sich band, die Schwerindustrie weiter vorrangig entwickelte und den Bau einer eigenen Atombombe forcierte.

Somit kann die Rede Churchills in Fulton als endgültiger Beginn des Kalten Krieges gelten, als Abkehr von jenen Prinzipien, die in Jalta ausgehandelt worden waren und in denen beide Seiten ursprünglich „nichts anderes als die Anerkennung des sich neu einpendelnden Gleichgewichts der Supermächte“ gesehen hatten¹⁰, in dessen Rahmen „jedem in seiner eigenen Sphäre freie Hand“ gelassen wurde.¹¹ Der Westen begann, das politische Vorgehen der UdSSR in der ihr zugebilligten Einflusszone, das er bisher als Wahrnehmung legitimer sowjetischer Sicherheitsinteressen anerkannt hatte, nunmehr als Ausdruck einer expansiven und aggressiven Politik zu charakterisieren, die es konsequent zu bekämpfen gelte.

Der Begriff *Eiserner Vorhang* wurde zu einem in der Öffentlichkeit immer öfter verwendeten Schlagwort. In den westlichen Besatzungs-[63:]zonen in Deutschland und dann in der BRD, wo die fortschreitende Abschottung der DDR und die dort vor sich gehenden sozialen und politischen Veränderungen besonders spürbar waren, wurde er rascher als anderswo aufgegriffen. Die 1961 errichtete Berliner Mauer galt schließlich als massivstes materielles Symbol für das tatsächliche Bestehen eines *Eisernen Vorhangs*.

Im Zuge der Ende der 60er Jahre beginnenden Entspannungspolitik, die u. a. zu stärkerer wirtschaftlicher Kooperation, zu Abrüstungsvereinbarungen und schließlich zur KSZE sowie zum Grundlagenvvertrag zwischen der DDR und der BRD führte, verlor der Begriff *Eiserner Vorhang* in der Öffentlichkeit rasch an Bedeutung. Der Fall der Berliner Mauer brachte den endgültigen Bedeutungsverlust dieses Schlagworts, obwohl in der Welt ökonomische und administrative Mauern und undurchdringliche Vorhänge weiter bestehen und neu errichtet werden, die das Zusammenleben und Zusammenkommen der Menschen erschweren oder verhindern.

⁹ Yergin, a. a. O., S. 123 f.

¹⁰ Lothar Gruchmann: Der 2. Weltkrieg. Kriegführung und Politik, dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 10, (München 1975), S. 460 f.

¹¹ Yergin, a. a. O., S. 119.

Bonn ist nicht Weimar

Von Günter Platzdasch

Es gibt Bücher, deren Titel Flügel bekommen und in die Weite schweben. Als 1929 Friedrich Sieburgs Buch „Gott in Frankreich?“ in rotem Leinen mit Golddruck erschien, war eine neue Metapher für die Bezeichnung französischer Lebensart geboren und das Fragezeichen des Buchtitels vergessen. 1956 las man in Golddruck auf dem roten Leinen einer Neuerscheinung: *Bonn ist nicht Weimar*. Das Buch des 1910 in Basel geborenen Journalisten Fritz Rene Allemann fand mehr Beachtung als der ebenso betitelte Aufsatz, der zuvor in der Zeitschrift „Der Monat“, zu dessen Herausgebern Allemann zählte, erschienen war. Das Buch mit dem optimistisch klingenden Titel wurde in Westdeutschland gern und viel zitiert, seltener studiert.¹

Im Erscheinungsjahr 1956 wurde in der Bundesrepublik die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, die linke Opposition gegen die Remilitarisierung und Spaltung Deutschlands in Gestalt der bereits in den Rang einer Splitterpartei abgesunkenen KPD wurde vom Bundesverfassungsgericht, insbesondere wegen ihres „Programms der [64:] nationalen Wiedervereinigung“, für verfassungswidrig erklärt und von der Verwaltung verboten, wobei – anders als in der bisherigen deutschen Verfassungsgeschichte, anders als unter den „Sozialistengesetzen“ gegen die SPD im Kaiserreich – sogar Wahlmandate anerkannt wurden. Welchen Weg die beiden erst sieben Jahre zuvor gegründeten Staaten BRD und DDR weiter beschreiten würden, schien noch ungewiss. Das westdeutsche Staatsgebilde verstand sich selbst als Provisorium: Der Sozialdemokrat Carlo Schmid beantragte, die Grundgesetz-Erbeiter sollten zeigen, „wie ernst es uns mit dem provisorischen Charakter“ war und „in einer Barackenstadt an der Demarkationslinie tagen“. Statt einer „Verfassung“ gab man sich ein „Grundgesetz“, das in Präambel und Schlussartikel die Vorläufigkeit betonte und Selbstaufhebung regelte. Wie sollte das Ende dieser Bundesrepublik aussehen – wenn anders als das der Republik zwischen 1930 und 1933, das dem Großteil der Zeitgenossen noch als Erlebtes im Gedächtnis haftete?

Allemanns Buch beinhaltete schon im Titel eine Aufsehen erregende Antwort auf diese Frage. Der 1996 in Deutschland gestorbene Schweizer, bei dessen Tod anstelle von Blumen um Spenden für ehemalige KZ-Häftlinge gebeten wurde, hatte zeitlebens Wert auf die Feststellung gelegt, dass sein Buch keine Prognose, sondern eine Diagnose gewesen sei. Die besagte, dass der Bonner Staat demokratisch stabilisiert sei und auf dem richtigen Wege der Integration in den Westen. Da ein Jahrzehnt später bekannt wurde, dass Allemanns publizistisches Umfeld, der „Kongress für kulturelle Freiheit“ und die Zeitschrift „Der Monat“, vom USA-Geheimdienst CIA subventioniert, zensiert und mit Stipendien unterstützt wurde², wäre es reizvoll zu untersuchen, inwiefern hier ein Autor und das Interesse der westlichen Führungsmacht an der „Konsolidierung ihres westdeutschen Vorfeldes im Kalten Krieg“ – so Allemann im Buch über den Hintergrund des Erstarkens Westdeutschlands – zusammenfanden. Aber der Hinweis auf einen dunklen Hintergrund in West oder Ost sollte nie von der Notwendigkeit, sich mit den geäußerten Positionen auseinander zu setzen, entbinden.

Allemann hatte 1930 bis 1932 in Berlin verbracht und die Entwicklung der BRD seit 1949, als er für die Zürcher „Die Tat“ nach Bonn kam, von Anfang an beobachtet. Die das Buch durchziehende These von der demokratischen Stabilität stieß seinerzeit in den Medien nicht nur auf Skepsis, sondern auch auf erbitterten Widerspruch. Dann kam die Karriere von der Außenseitermeinung zur [65:]

¹ Erschienen bei Kiepenheuer & Witsch, Köln – Berlin/W. 1956. Neuauflage: R. G. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2000. Einen Rückblick nach 30 Jahren veröffentlichte Allemann in: „Der Monat“, Weinheim/Bergstraße, Nr. 297/1986. An Allemanns Gedanken wird angeschlossen in dem ebenfalls begriffsprägend gewordenen Buch von Johannes Gross: Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1995. Bonn ist nicht Weimar sei die „Stereotype Beschwichtigungsformel, die jedesmal dann rezitiert wird, wenn irgend etwas in der neudeutschen Demokratie schief läuft“, meinte Wolfgang Ullmann in seinem Artikel Weimar – Achtzig Jahre danach. Ein Synonym für das Scheitern von Demokratie? In: Freitag, 05.22.1999.

² Inzwischen ist dies durch mehrere Veröffentlichungen detaillierter belegt. Siehe Horst H. Lehmann: Freiheit der Kultur- von Geheimdiensten gesteuert. In: Neues Deutschland, 23./24.06.2001; Ulrike Ackermann: Leuchtfeuer in der Sonnenfinsternis. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.06.2001; Verena Lueken: Mein Onkel aus Amerika/Im Kalten Krieg spielte die CIA das Kultusministerium: Neue Namen aus der geheimen Stipendiatenliste. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.06.2001.

schmückenden Staatsdoktrin. Betrachtet man nun am Anfang der Berliner Republik die Bonner ebenso vom Ende her wie die Weimarer, so wird deutlich, wie wertvoll Allemanns Analyse ist. Denn die Stabilität der BRD, die vier Jahrzehnte nach ihrer Gründung beim Untergang der DDR machtvoll triumphierte, wird besser verstehbar, legt man neben die vielen klugen, linken Analysen von Eliten und ökonomischen Strukturen³ auch Allemanns Durchleuchtung der Mentalitäten, der Mechanismen des politischen Systems, der Verschränkung von Außen- und Innenpolitik sowie ökonomischer Entwicklung der Bonner Republik. Der Verfasser riskierte nur einmal, „kühn und spekulativ“ zu werden: Er sprach über die „Entideologisierung“ der FDP und erklärte, dass damit „die ‚Amerikanisierung‘ Westdeutschlands aus dem Bereich der Wirtschaft und gewisser sozialer Lebensformen in den Bereich der Politik übergreifen würde.

Gewiss gehört zu den Anfängen der Bonner Republik auch jene Schattenseite, die Allemann kaum betonte: Adenauers Kanzleramt führte Hans Globke, der in Hitlers Innenministerium Verfasser eines Kommentars zu den Juden entrechtenden „Nürnberger Gesetzen“ war. In dieser Schrift wurde empfohlen, dem traditionell juristisch-exakten Begriff „außereheähnlicher Verkehr“ im „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ so weit auszulegen, dass „z. B. gegenseitige Onanie“ als Rassenschande mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft werden konnte.⁴ An BRD-Hochschulen der 50er Jahre herrschte ein Klima, das der Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth als linker Außenseiter beschrieb: „Die schlimmste Belastung, welche man an der Universität und unter Intellektuellen in jener Zeit mit sich herumtrug, war die, gegen den Faschismus gekämpft zu haben.“ Die Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer widmete sich erst im Jahre 2000 dem Thema Staatsrechtslehre im Nationalsozialismus. Theodor Maunz, der einst das NS-Polizeirecht bearbeitet hatte – dessen Sturz als bayerischer Kultusminister 1964 durch eine Veröffentlichung des DDR-Juristen Gerhard Haney veranlasst wurde – und der dann jahrzehntelang Auflagen des bundesrepublikanischen Standard-Staatsrechtslehrbuchs schrieb, rühmte nach dessen Tod 1993 Gerhard Frey, den rechtsextremen Führer der „Deutschen Volksunion“ und Gebieter über die „Deutsche National-Zeitung“, als „treuen Wegbegleiter und maßgeblichen Berater“, mit dem er sich ein vierteljahrhundertlang allwöchentlich montags getroffen habe. Dass Sozialdemokraten in den Verfassungsberatungen erfolglos Garantien für eine demokratische Richterschaft forderten [66:] und dass über Artikel 131 und 132 des Grundgesetzes Nazi-Richtern und – Beamten eine Tür offengehalten wurde, durch die fast alle zurückkamen⁵ – derartige personelle Kontinuitäten und ihre Folgen problematisierte Allemann kaum, obwohl er fürchtete, „dass Globkes Herrschaft über zunehmend wichtigere und breitere Teile des Staatsapparats weiterdauern könnte, wenn die Herrschaft seines Herrn und Meisters eines Tages zu Ende geht“.

Allemann wandte sich ausdrücklich gegen den, beispielsweise in den „Frankfurter Heften“, Anfang der fünfziger Jahre von den linkskatholischen Publizisten Walter Dirks und Eugen Kogon erhobenen Vorwurf der Restauration des Alten: „Keine Restauration ist bloß Rückkehr zum Vergangenen.“ Er starrte nicht auf die Fassade, die aus den Trümmern des Alten wieder aufgebaut wurde, sondern fahndete nach dem Neuen dahinter und entdeckte dabei mit scharfem Blick Etwas, das andere Analytiker übersahen

³ Hervorragend, obwohl kürzer, dennoch allumfassend wie Allemanns Buch, aber begründet kritisch er, die bereits 1950 vorgelegte Studie des vor den Nazis in die USA geflüchteten sozialistischen Juristen und Politikwissenschaftlers Franz L. Neumann: Deutsche Demokratie. In: Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930-1954, Frankfurt/M. 1978, S. 327-372.

⁴ Der Globke-Kommentar überbot in Schärfe den solche Handlungen straffrei lassenden Nazi-Gesetzeskommentar von Bernhard Lösener/Friedrich A. Knost: Die Nürnberger Gesetze, Berlin 1936, S. 53: „Gemeint ist lediglich Geschlechtsverkehr (conjunctio membrorum).“ Beachtung verdient ein Versuch der Rehabilitierung Globkes, der nicht in irgendeinem rechtsextremen, sondern in einem renommierten Großverlag erschien. Da wird der Alt-Nazi Globke zum Opfer von DDR-Propaganda verklärt. Im Buch findet man den Namen Globke an sieben Stellen, jedoch immer nur als „Bonner Staatssekretär“ der Regierung Adenauer, nie als Kommentator der Nürnberger Gesetze. Die anhand von DDR-Materialien geführte Klage über braune Tendenzen in der Bundesrepublik, Materialien über Globke oder Maunz publizierten BRD-Medien leider erst später, erscheint so schlimmer als die Rückkehr der Altnazis. Das Buch stammt von dem jahrelangen Mitarbeiter der „Gauck-Behörde“ Hubertus Knabe: Der diskrete Charme der DDR/Stasi und Westmedien, Berlin 2001.

⁵ Die Frist für die Reinigung des Staatsdiensts von Nazis betrug nur sechs Monate ab Zusammentreten des Bundestags. Dieser trat am 07.09.1949 zusammen. Am 17.02.1950, also 18 Tage vor Fristablauf, wurde die entsprechende Verordnung erlassen. Durchführungsbestimmungen hierzu kamen am 23.02. und 01.03.1950 heraus.

und das zur Stabilität dieses Staats beitrug. Er wusste um die Erschöpfung am Kriegsende und die Fähigkeiten des Wendehalses – nicht einmal ein Symbolstreit wird durchgemacht: Schwarz-Rot-Gold, „in der ersten Republik bitter umkämpft, geschmäht und besudelt, werden heute fast allgemein akzeptiert“. Er vertraute darauf, dass die neuen Institutionen sich als stärker erweisen würden als diejenigen, die umstürzlerisch den Marsch in diese antreten könnten: anders als bei dem Pakt des SPD-Reichskanzlers Ebert mit der Obersten Heeresleitung, die damit bereits am Anfang der Weimarer Republik als selbstständige Macht neben die Regierung trat, sei erst der Bonner Staat da gewesen, der dann Soldaten ihren Platz zuwies, und dass dies „erst“ 1956 und nicht schon unter dem Vorwand der Koreakrise geschah – Allemann belegt mit einer Studie die braune Gesinnung von Ex-Berufssoldaten 1952 –, all das „fällt ungleich mehr ins Gewicht als die Wünsche und Sehnsüchte abgetakelter Heerführer, die etwa davon träumen könnten, gegenüber Bonn das Spiel zu wiederholen, dass sie gegenüber Weimar trieben“.

Schaute man sich damals tonangebende Politiker und die Versammlungen an, die das Grundgesetz erarbeiteten, so schien Bonn doch Weimar zu sein. Denn da saßen die alten Männer der Weimarer Republik, denen zwölf Jahre Verfassungspraxis fehlte, und debattierten die Gestaltung der neuen Verfassung ausschließlich mit rückwärtsgewandtem Blick auf die Weimarer Reichsverfassung von 1919 (WRV), mit keinem Blick die weitere europäische oder amerikanische Verfassungsentwicklung würdigend. Weimar war ihnen aber ein [67:] Negativvorbild, von dem sie sich abgrenzten.⁶ Ihre Art, Lehren aus dem Untergang zu ziehen, widersprüchliche und fragwürdige, prägte das Bonner Grundgesetz. Den Rechtsnihilismus der NS-„Volksgemeinschaft“ vor Augen, stellte man, im Gegensatz zur WRV, an den Anfang der Verfassung unmittelbar bindende Individual-Grundrechte, erklärte Teile des Grundgesetzes für unabänderlich, schuf durch Ausdehnung der Justizkontrolle einen Rechtswegestaat und krönte diesen mit einem Bundesverfassungsgericht als Hüter der Verfassung, in dem, anders als in der sonstigen Nachkriegsjustiz, überwiegend „unbelastete“ Juristen wirkten. Konrad Adenauer und Theodor Heuss, der dem Ermächtigungsgesetz für Hitler zugestimmt hatte, Carlo Schmid und Kurt Schumacher (umstrittenere wie Heinrich Brüning, Otto Braun oder Carl Severing fehlten) verhinderten mit ihrem Misstrauen vor dem Volk die Einführung plebiszitärer Elemente, warnten andererseits davor, die demokratiefeindliche Machtaufteilung zwischen Parlament und Staatspräsident zu wiederholen. Hermann Brill, der im KZ Buchenwald gesessen hatte und erster Nachkriegsregierungschef Thüringens war, bevor er in den Westen ging, meinte in den Grundgesetzberatungen als SPD-Vertreter Hessens: „Einen Bundespräsidenten halte ich schlechterdings für entbehrlich ... Ich sehe nicht ein, warum wir in einer staatlichen Ordnung, die hoffentlich nur zwei oder drei Jahre dauert, uns mit einem solchen Requisite versehen sollten.“

Westdeutschen Alleingängen standen Besatzungsrecht und die Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen in dem auf Weisung der westlichen Besatzungsmächte zustande

⁶ Vgl. Friedrich Karl Fromme: Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz. Die verfassungspolitischen Folgerungen des Parlamentarischen Rates aus der Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur, 2. Aufl., Tübingen 1962. Für die DDR-Verfassungsdiskussion maßgebend war die Schrift von Karl Polak: Die Weimarer Verfassung, ihre Errungenschaften und Mängel, Berlin 1948. Carl Schmitt, umstrittener Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik und NS-Zeit, beeinflusste die Nachkriegsverfassungsgebung. Für die Gründung Israels wurde in Deutschland seine „Verfassungslehre“ angefordert, bei der Erarbeitung des Grundgesetzes beerbte man ihn faktisch, teilweise sogar ausdrücklich. Hans Lietzmann: Vater der Verfassungsväter? Carl Schmitt und die Verfassungsgründung in der Bundesrepublik. In: Ders./Klaus Hansen (Hrsg.): Carl Schmitt und die Liberalismuskritik, Opladen 1988, S. 107 ff. – Die Problematik des negativen Bezugs auf die WRV sei wenigstens kurz erwähnt: Irrig ist die Annahme, Hitler wäre legal an die Macht gekommen – weder an einer „Überdemokratisierung“ noch an juristischem Positivismus oder an der Verfassung ging die Republik unter. Das Elend war, dass Verfassung und demokratisch legitimierte Gesetze mehrheitlich antidemokratisch-republikfeindlichen Juristen anvertraut waren. Siehe für die Jahre 1925-33 die Zusammenstellung der sozialdemokratischen Juristen Hugo Sinzheimer/Ernst Fraenkel: Die Justiz in der Weimarer Republik. Eine Chronik, Neuwied/Berlin 1968. Aus der linken Debatte der 30er Jahre um die Weimarer Verfassung, zu der KPD-Juristen nichts Wesentliches beisteuerten, ragen bis heute zwei Analysen (eine die Widersprüche, eine andere die Errungenschaften betonende) hervor. Otto Kirchheimer: Weimar – und was dann? (1930) In: Ders., Politik und Verfassung, Frankfurt/M. 1964, S. 9 ff. – Ernst Fraenkel: Abschied von Weimar? (1932) in: Ders., Zur Soziologie der Klassenjustiz und Aufsätze zur Verfassungskrise 1931-32, Darmstadt 1968, S. 57 ff. Als neuere Publikation sei erwähnt: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Die Weimarer Verfassung von 1919. Anspruch, Ambivalenz, Erbe. Hrsg. von der Bundesstiftung Rosa Luxemburg und dem Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft, Berlin 1999.

gekommenen Grundgesetz entgegen. Die Effekte negativer Parlamentsmehrheiten neutralisierte das Grundgesetz mit dem „konstruktiven Misstrauensvotum“: Kanzlersturz nur bei gleichzeitiger Neuwahl eines anderen – so konnte Adenauer, der nur über (s)eine (eigene) Stimme Mehrheit verfügte, dennoch jahrelang regieren. Anders als in der Weimarer Republik, wo zwischen Notverordnungen und Reichstagsauflösung sich die politische Macht, unter dem Beifall überwiegend republikfeindlicher Wissenschaftler und Juristen, aus dem Parlament heraus zum Reichspräsidenten, zur Bürokratie, zum Militär und auf die Straße verlagerte, kennzeichnen große Stabilität und Integrationsvermögen den Bonner Parlamentarismus, der erst von der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) zu Zeiten der Großen Koalition Ende der 60er Jahre in Frage gestellt wurde – mit dem Ergebnis, dass APO-Aktivistin inzwischen als Vizekanzler auf [68:] der Regierungsbank („Joschka“ Fischer) oder im Planungsstab des Auswärtigen Amtes („Joscha“ Schmierer) sitzen.

Kurz und bündig: Obwohl beide Republikgründungen Produkte einer Kriegsniederlage waren, habe man die Weimarer Republik als Absturz von stolzer nationaler Höhe, die Bundesrepublik hingegen, trotz geteilter Nation, individuell und kollektiv als Mittel des Wiederaufstiegs empfunden. „Weimar“ fühlte sich drangsaliert von äußeren Mächten und inneren, die über Bürgerkriegsformationen verfügten- von SA und Stahlhelm bis Reichsbanner oder Rot-Frontkämpfer-Bund; „Bonn“ war Protektorat der westlichen Besatzungsmächte, die es als ihren Vorposten gegen die sozialistischen Länder politisch und wirtschaftlich (Marshallplanhilfe) allmählich aufpäpkelten.

Allemann sorgte sich am Ende seines Buches, was oft unterschlagen wird, dennoch um die Stabilität bei einem „wirtschaftlichen Orkan, wie er nach 1929 über Deutschland dahinbrauste“, der die nach Faschismus und rekonsolidiertem Kapitalismus sich von der Weimarer Republik unterscheidende „Wirtschafts- und Sozialstruktur Westdeutschlands noch gefährlicher treffen könnte als seinerzeit“. Dieselbe Sorge trieb Demokraten ein Jahrzehnt später, noch zu Zeiten von „Wirtschaftswunder“ und Vollbeschäftigung, zu Protesten gegen die „Notstandsverfassung“. Sie befürchteten, eine Renaissance des Diktaturartikels 48 der Weimarer Reichsverfassung zu erleben. Wolfgang Abendroth, damals der einzige Marxist auf einem bundesdeutschen Hochschullehrstuhl, schrieb im Hinblick auf die kapitalistische, d. h. krisenhafte Kontinuität: „Es ist für undemokratisch denkende Oberschichten durchaus einleuchtend, dass während der Konjunkturperiode bereits die juristischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um von der Konjunkturperiode und ihrem politischen System zu dem politischen System während der Krise übergehen zu können.“

Die Selbstberuhigung *Bonn ist nicht Weimar* wirkt heutzutage noch. Anders als 1929 sich nicht plötzlich ein bodenloser Abgrund auftut, wenngleich der neue Volkssport „Börse“ vielen bereits das Gruseln vor schockierenden Entwicklungen gelehrt hat. Doch nicht zuletzt im Hinblick auf die kontinuierliche „Freisetzung“ der Ware Arbeitskraft mahnen wichtige Stimmen, dass Weimarer Verhältnisse im Zeitlupentempo wiederkehren könnten: „In mancher Hinsicht steht das gegenwärtige politische System im Vergleich zur späten Weimarer Republik vor ähnlichen Herausforderungen“, schrieb 1999 der Historiker Hans Mommsen und warnte davor, sich „selbstgerecht“ mit der Formulierung Allemans „schmücken“ zu wollen.⁷ Bonn war nur vorübergehend Weimar, als nach der Wiedervereinigung Anfang der 90er Jahre beide die Postleitzahl 5 300 hatten- aber wie schützt man „Berlin“ davor, „Weimar“ zu werden?

⁷ Hans Mommsen: Lehren aus der Geschichte der Weimar Republik bei der Demokratiegründung des Parlamentarischen Rates 1948/49. In: Dieter Dowe (Hrsg.), Lernen aus der Vergangenheit!? Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz. Bonn, 1998. Ein anderer Historiker fordert eingedenk wachsender sozialer Ungleichheit staatliche Regulierung des Wirtschaftslebens; Chancen zum Ausgleich in der durch neoliberale Ökonomie schroffer gespaltenen Gesellschaft erhofft sich so Hans-Ulrich Wehler: Umbruch und Kontinuität. Essays zum 20. Jahrhundert. München 2000. Vor seiner Berufung ins Auswärtige Amt schrieb Joscha Schmierer über „Hausordnung und Weltwirtschaft“. In: Kommune 3/1997, S. 6 ff.: „Lange galt die Beschwörung ‚Bonn ist nicht Weimar‘ als unbestreitbar. Als wichtiger Beleg diente der Hinweis auf die geringe Arbeitslosigkeit. Aber Berlin scheint Berlin zu sein. Vor dem Umzug von Parlament und Regierung hat jedenfalls die Arbeitslosenquote aufgehört, als Unterscheidungsmerkmal zwischen Bonn und Weimar herhalten zu können ... Die ökonomischen und sozialen Probleme der Bundesrepublik sind, wenn man nur die Arbeitslosigkeit als Vergleichsmaßstab nimmt, schon vor dem Umzug der Hauptstadt größer als die der Weimarer Republik – und vor allem anders.“

Wir Wunderkinder

Von Jörg Roesler

Im Jahre 1959 lief in der Bundesrepublik mit bemerkenswertem Erfolg ein Film, der mit komödian-tischen Mitteln den Lebenslauf zweier Bundesbürger von den 20er bis Ende der 50er Jahren schil- derte. Einem der beiden, einem ehemaligen Nazi, gelang es nach dem Kriege, zunächst als Schwarz- händler beginnend, dann den sich inzwischen schon vielfach als Wirtschaftswunder apostrophierten Wiederaufbau zum Geschäftemachen nutzend, wirtschaftlich und politisch aufzusteigen, während der andere, in der Nazizeit sauber geblieben, es in den 50er Jahren gerade einmal schaffte, seine unter- brochene journalistische Karriere fortzusetzen. *Wir Wunderkinder* nannte der Regisseur Kurt Hoff- mann seinen Film in Anspielung auf die Generation, die Anfang der 50er Jahre in das Wirtschafts- wunder hineingewachsen war. Zunächst nur als ironische Anspielung auf die Generation entstanden, die in den 50er Jahren das Wirtschaftswunder gestaltete bzw. erlebte, verwendet inzwischen die Pub- lizistik *Wir Wunderkinder* als Anspielung auf die Bürger der (alten) Bundesrepublik überhaupt. So gab der Publizist Peter von Becker einem Anfang 2001 im Tagesspiegel erschienen Beitrag über „Erinnerung und Legenden der alten Bundesrepublik“ gleichfalls den Titel *Wir Wunderkinder*.

Gedanklicher Ausgangspunkt war bei ihm – wie schon bei Kurt Hoffmann zuvor – das Wirtschafts- wunder. Als das Goethe-Institut, die „kulturelle Vertretung der Bundesrepublik im Ausland“, nach der Wiedervereinigung von 1990 weltweit eine Propagandaoffensive zum besseren Kennenlernen der erweiterten Bundesrepublik startete, tat sie das u. a. auch anhand der Veröffentlichung einer Bro- schüre mit zwölf kommentierten „Schlagworten der deutschen Vergangenheit“. [70:] Unter denen befand sich selbstverständlich auch das Wort „Wirtschaftswunder“. Was dort noch eingereiht stand – zwischen „Persilschein“ und „Halbstarke“ übrigens – war seit Jahren bereits zum Kern des politi- schen Selbstverständnisses der Bundesrepublik geworden. Es diene als „ein Substitut für den weithin fehlenden Nationalstolz“ und basiere auf dem „Selbstbewusstsein einer erfolgreichen Wirtschaftsna- tion“, stellte im März 1990 der Philosoph Jürgen Habermas in einem seinerzeit vielbeachteten Beitrag zum „DM-Nationalismus“ in der „Zeit“ fest.¹

Der Nationalstolz der Westdeutschen beruhte und beruht darauf, das Wirtschaftswunder gestaltet zu haben. Was aber ist das Wirtschaftswunder? Es gilt als Synonym für das lang anhaltende Wirtschafts- wachstum in den Jahren nach der von Ludwig Erhard im Sommer 1948 im Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen unternommenen Währungs- und Wirtschaftsreform. Das Wirtschaftswunder ist demnach ökonomisch charakterisiert durch außergewöhnliche Steigerungsraten des Bruttosozialpro- dukts und des Außenhandels, sozial gekennzeichnet durch die Ablösung der kargen Nachkriegsjahre durch das Zeitalter des Massenkonsums, das „Wohlstand für alle“ brachte – so auch der Titel eines 1957 von Erhard publizierten Bestsellers.² Als Ursache gilt die gelungene Umstellung der westdeut- schen Wirtschaft von der Lenkung durch Notpläne zur Einsetzung des Marktes in seine Rechte; selbstverständlich sozial flankiert. („Soziale Marktwirtschaft“ war der Slogan, mit der die CDU erst- mals 1949 in die Bundestagswahlen zog.) Durch die von ihm persönlich initiierte „ordnungspolitische Wende“ wurde es nach Aussagen von Erhard möglich, „die Bevölkerung dieses Landes aus der Apa- thie des verlorenen Kriegs zu lösen und dem Einzelnen wieder die Zuversicht zu geben, dass er sein Schicksal durch persönlichen Einsatz selbst werde gestalten können“. Die Bevölkerung trug zum Wirtschaftswunder bei, indem sie „hart arbeitete“ und „bienenfleißig“ war.

Dieser Vorstellung von Wirtschaftswunder fehlte jegliche kritische Note, wie sie etwa Kurt Hoff- manns Film, der sicherlich auch aus diesem Grunde Anfang der 60er Jahre auch in der DDR gespielt wurde, aufwies und wie sie im Refrain eines beliebten Hits der 70er Jahre „Wir steigern das Brutto- sozialprodukt“ noch deutlich wurde.

¹ Der Artikel erschien am 30.03.1990. Vollständig wiedergegeben ist er in Volker Granzow/Konrad H. Jarausch: Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991, S. 148-152.

² Ludwig Erhard: Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957 (Erstaufgabe).

Es verwundert angesichts dieser Vorstellung vom Wirtschaftswunder nicht, dass im Westen 1990 die Vorstellung weit verbreitet war, ein zweites Wirtschaftswunder könnte in Osten Deutschlands stattfinden, auch die ehemaligen DDR-Bürger könnten Wunderkinder [71:] werden. Schienen doch die im Osten Deutschlands 1990 vorgefundenen Bedingungen der Situation Westdeutschlands von 1948 sehr ähnlich: Ablösung eines ineffektiven Planungssystems durch Marktregulierung, ein Vorgang, unterstützt durch namhafte Finanzhilfe von außen – damals Marshallplan, jetzt „Fonds Deutsche Einheit“. Großer Beliebtheit erfreute sich 1990 ein aus Erhard-Zitaten der 50er Jahre zusammengestelltes journalistisches Puzzle in dem der „Vater des Wirtschaftswunders“ dem Fragesteller bescheinigte, dass das zweite deutsche Wirtschaftswunder stattfinden werde, weil „in politischer, wirtschaftlicher und menschlicher Beziehung die Wiedervereinigung Deutschlands Kräfte freimachen wird, von deren Stärke und Macht sich die Schulweisheit der Planwirtschaftler nichts träumen lässt“.³

Es kam allerdings anders. Jener selbsttragende Aufschwung, der der Bundesrepublik einst nach dem Urteil der Wirtschaftshistoriker ungeachtet anfänglicher Probleme ab 1952 tatsächlich gelang und weitere wirtschaftliche Hilfe von außen überflüssig machte, ist auf dem Gebiet der Ex-DDR auch elf Jahre nach der Wiedervereinigung noch nicht zu erkennen. Die Ursache glaubte Thomas Roethe, ein Hamburger Soziologe, gefunden zu haben. In seinem im Westen viel beachteten und im Osten viel getadelten Buch vertrat er die Meinung: Statt aus ihrer zu Zeiten der Planwirtschaft ja verständlichen Apathie herauszufinden, säßen die Ostdeutschen noch ein Jahrzehnt nach dem Mauerfall da „wie halluzinative Sozialismus-Junkies ... und warteten auf die nächste Finanzspritze“.⁴

Am angeblich „faulen Ossi“ lag es aber keineswegs, dass das zweite Wirtschaftswunder nicht stattfand. Es lag am Wirtschaftswunder selbst, genauer: daran, dass der Westen versucht hatte, eine Legende zum Rezept für die Heilung einer realen Krankheit zu machen.

Denn das Wirtschaftswunder war zu einer Legende geworden, die 50er Jahre wurden zum „goldenen Zeitalter“ der Bundesrepublik hochstilisiert. In den 80er Jahren hatten die Bundesbürger die harten Tatsachen der ersten Jahre nach Erhards Währungsreform verdrängt. Hohe Arbeitslosigkeit, ein Nachhinken der Löhne gegenüber den Profiten, ein Konsum, den der Sozialhistoriker Michael Wildt anhand von Untersuchungen der Einnahmen und Ausgaben von Arbeitnehmerhaushalten „bis weit in die 50er Jahre hinein“ als „bescheiden, ja kärglich“ charakterisierte.⁵

Stärker aber noch als im Bereich der Erscheinungsformen, wo im Prinzip nur eine Verkürzung der Zeithorizonte stattgefunden hatte, [72:] ging die Wirtschaftswunder-Legende aus den letzten Jahren der alten Bundesrepublik hinsichtlich der Ursachen des Wirtschaftsaufschwungs der Nachkriegszeit in vieler Hinsicht auch prinzipiell fehl. Das betraf vor allem die Rolle der Marktregulierung selbst. Einer der sich durch gründliches Nachdenken auszeichnenden Geschichtsschreiber der Bundesrepublik, Arnold Sywottek, hat ausdrücklich festgestellt, „dass die Vorstellungen von einer streng nach Marktprinzipien arbeitenden Volkswirtschaft im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik Legenden sind“.⁶ Investitionshilfen für die Ruhr, die Umverteilung von Vermögen durch den Lastenausgleich, die Auflegung von staatlichen Infrastrukturprogrammen und die Förderung des landwirtschaftlichen Strukturwandels seien einige Marksteine der ausgiebigen Einmischung des Staates in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der jungen Bundesrepublik gewesen.

Einige Besonderheiten, die für alle kriegszerstörten Länder galten, sowie eine Reihe historischer Zufälle, einmalig und nicht wiederholbar, kamen hinzu, um die alle Erwartungen der Nachkriegszeit übertreffende rasche wirtschaftliche Erholung der Bundesrepublik und deren rasanten Aufstieg zur zweitstärksten Wirtschaftsnation des Westens während der 50er Jahre zu bewirken. Zu den

³ Peter Gillies: Die Wiedervereinigung wird Kräfte freimachen. Interview mit Ludwig Erhard. In: P(olitische)Z(eitung), Ausgabe 62, Bonn, August 1990, S. 22 f.

⁴ Thomas Roethe: Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl. Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist, Frankfurt a. M. 1999, S. 35.

⁵ Michael Wildt: Privater Konsum in Westdeutschland in den 50er Jahren. In: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 276

⁶ Arnold Sywottek: Wege in die 50er Jahre. in: Ebenda, S. 37.

„historischen Zufällen“ gehört der Koreakrieg. Er veranlasste die Verbündeten der USA, ihre Rüstungsproduktion auf Kosten des zivilen Sektors auszubauen. Da der Wiedereinstieg in das Rüstungsgeschäft für die Bundesrepublik durch alliierte Verbote zunächst blockiert war, konnten sich die westdeutschen Unternehmen darauf konzentrieren, die Auslandsnachfrage nach zivilen Investitions- und Konsumgütern zu befriedigen und sich auf diese Weise bei ihren Konkurrenten Märkte zu erobern.

Werner Abelshäuser, der erste Verfasser einer „Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik“, wies mit Nachdruck noch auf ein anderes Moment hin, dass das Wirtschaftswachstum Westdeutschlands wie auch anderer kriegszerstörter Länder während der 50er Jahre verursacht hatte. Er stellte fest, dass Volkswirtschaften, die durch besondere Ereignisse (etwa einen Krieg) von ihrem „natürlichen Gleichgewichtspfad“ abgewichen waren, relativ schnell wieder auf ihren langfristigen Wachstumspfad zurückfinden können, wenn die Industrieanlagen nicht grundlegend zerstört und qualifizierte Arbeiter und Ingenieure noch vorhanden sind. Beides traf für die Bundesrepublik zu. Dadurch war ein „weiches Wirtschaftswachstum“ möglich. Hohe Wachstumsraten konnten durch bessere Koordination und volle Aus-[73:]nutzung der vorhandenen Anlagen sowie mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte erreicht werden.⁷ Das bundesrepublikanische Wirtschaftswunder war also ein, wie es der Wirtschaftshistoriker und Erhard-Biograf Volker Hentschel einmal nannte, „erklärliches Wunder“.⁸

Übrigens mochte auch der „Vater des Wirtschaftswunders“ das Wort nicht. Der beispiellose wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland nach dem Kriege war nach Erhard alles andere als ein Wunder. Er war seiner Meinung nach auf ein von ihm bereits vor Kriegsende Vorbedachtes und ausgearbeitetes Konzept zurückzuführen.⁹ Erhard war während der gesamten 50er Jahre Bundeswirtschaftsminister. Insofern hatten seine Auffassungen zu wirtschaftlichen Fragen besonderes Gewicht. Das mag erklären, warum der Begriff Wirtschaftswunder in zeitgenössischen offiziellen Reden und Verlautbarungen nicht auftauchte und es offensichtlich bis heute nicht gelungen ist, exakt zu ermitteln, wann und wo der Begriff das erste Mal Verwendung fand. Aber bereits Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre gehörte das Wirtschaftswunder zum sprachlichen Allgemeingut.

Sogar auf die DDR-Wirtschaft wurde der Begriff bezogen. Das mag heute nach einer zehnjährigen Kampagne zur Charakterisierung der DDR-Wirtschaft als „marode“ und als von Anfang an „fehlgeschlagenes ordnungspolitisches Experiment“ schwer nachvollziehbar sein. In den 60er Jahren sah man das im Westen noch anders. Zudem konnte die DDR ebenfalls jene Bedingungen einer rasches Wachstum begünstigenden Nachkriegskonstellation für ihre Wirtschaft reklamieren, die auch für die Bundesrepublik galten. Allerdings hatten in Ostdeutschland Demontagen den Kapitalstock weit mehr angegriffen als in den Westzonen. Auch wanderte das in der DDR nach dem Krieg ebenfalls noch reichlich vorhandene gut ausgebildete Arbeitskräftepotential während der 50er Jahre zu Hunderttausenden über die bis zum 13. August 1961 offene Grenze in die Bundesrepublik ab. Ungeachtet dessen konnte die DDR während der 50er und in den 60er Jahren ein erstaunliches Wirtschaftswachstum verzeichnen, das als ersten den amerikanischen Publizisten Hans Apel in seinem 1966 in Köln erschienenen Buch „Wehen und Wunder der Zonenwirtschaft“ veranlasste, davon zu sprechen, dass das eigentliche deutsche Wirtschaftswunder, wenn man die gegenüber der Bundesrepublik schlechteren Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen zwischen 1945 und 1961 bedenke, in der DDR stattgefunden habe. Hans Apels Übertra-[74:]gung des bisher nur auf die Bundesrepublik gemünzten Begriffes auf die Wirtschaft ihres kleinen deutschen Nachbarn fand in journalistischen Kreisen bald Nachahmer, aber auch in Analysen mit wissenschaftlichem Anspruch. So gab Fritz Schenk 1969 seiner in Stuttgart erschienenen Beschreibung der DDR-Wirtschaftsentwicklung den Titel „Das rote Wirtschaftswunder“.

Nicht verwunderlich war es, dass der Begriff Wirtschaftswunder bald auch in den in der DDR erscheinenden Publikationen zur Wirtschaftsgeschichte des zweiten deutschen Staates Einzug hielt. Im

⁷ Werner Abelshäuser: *Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland 1980*, Frankfurt a. M. 1983, S. 94.

⁸ Volker Hentschel: *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, München 1996, S. 165.

⁹ Vgl. Ebenda.

Jahre 1968 erschien ein dickleibiger Band „Wirtschaftswunder DDR“. Die Autoren benutzten das Wort vom Wirtschaftswunder allerdings nicht ohne sich – ähnlich wie Erhard argumentierend – zunächst einmal von der diesem Begriff anhängenden Zufälligkeit und Unerklärbarkeit der wirtschaftlichen Entwicklung zu distanzieren. Sie erklärten: „Wir stimmten dem ‚Wunder‘ in dem Sinne zu, dass die revolutionäre Arbeiterpartei, der sozialistische Staat und das souveräne Volk der DDR in etwas mehr als zwei Jahrzehnten tatsächlich Wunderbares vollbracht haben, um aus den materiellen Trümmern und dem geistigen Verfall der imperialistischen Hinterlassenschaft ein blühendes Land zu schaffen, in dem des Volkes eigen ist, was seine Hände und sein Geist schaffen.“¹⁰

¹⁰ Hans Müller/Karl Reißig: Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968, S. 5 f.

Keine Experimente

Von Ludwig Elm

Im Bundestagswahlkampf 1957 traten CDU und CSU mit dem Slogan *Keine Experimente* an. Spitzenkandidat war der inzwischen 81jährige Konrad Adenauer. Er hatte in den beiden vorangegangenen Legislaturperioden seit 1949 bereits die Regierungskoalitionen der Unionsparteien mit der Freien Demokratischen Partei (FDP) – bzw. deren zeitweiliger Abspaltung Freie Volkspartei (FVP) 1956/57– und der Deutschen Partei (DP) als Kanzler geführt. Dem zweiten Kabinett Adenauer hatte zunächst auch der Gesamtdeutsche Block – Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB-BHE) angehört, dessen Minister Waldemar Kraft und Theodor Oberländer jedoch 1955 zur CDU übertraten. 13 Parteien bewarben sich 1957 um 494 Mandate des dritten Deutschen Bundestages. Die Mehrzahl hatte keine Chance, [75:] die seit 1953 als bundesweite Hürde eingeführte 5-Prozent-Klausel zu überwinden. Die KPD war daran bereits 1953 gescheitert und am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht verboten worden. Die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) hatte sich im Mai 1957 aufgelöst. Mehrheitlich schlossen sich ihre Mitglieder, darunter Gustav Heinemann, Diether Posser und Helene Wessel, der SPD an.

Zum Verständnis des Entstehens und der Wirksamkeit der Formel *Keine Experimente* ist ein Blick auf die inneren und äußeren Rahmenbedingungen jenes dritten Bundestagswahlkampfes zu werfen. Die zeitgeschichtlichen Konstellationen waren durch den im Mai 1955 erfolgten Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union und zur NATO gekennzeichnet. Die östliche Seite hatte dies mit der Gründung des Warschauer Paktes am 14. Mai 1955 erwidert, dem unter Führung der Sowjetunion auch die DDR angehörte. Auf beiden Seiten folgten nunmehr weitere Schritte zur Wiederaufrüstung. Die Dienststelle Blank wurde im Juni 1955 in das Bundesministerium für Verteidigung umgewandelt, und im Januar 1956 nahmen die ersten Einheiten der Bundeswehr ihren Dienst auf. Im Juli 1956 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

Internationale Krisen wie die um den Ungarn-Aufstand und um den Suez-Kanal im Oktober/November 1956 verschärfen die Spannungen ebenso wie sie von beiden Seiten als Vorwand für weitere Rüstungen und Konfrontationen genutzt wurden. Die dabei zutage tretenden Gefährdungen und Unwägbarkeiten begünstigten bei großen Wählergruppen sozialpsychologisch die Empfänglichkeit dafür, vor allem das Erworbene zu bewahren und zu sichern sowie wesentliche Änderungen auszuschließen.

Im Januar 1957 behauptete Bundesaußenminister Heinrich von Brentano in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag erneut den Fortbestand des Deutschen Reiches in den deutschen Grenzen von 1937 und erklärte, dass die Oder-Neiße-Grenze nicht akzeptiert werden könne. Im April übernahm der ehemalige General der Hitler-Wehrmacht, Hans Speidel, als erster deutscher General den Oberbefehl über die NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa. Die von Adenauer befürwortete Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen wurde wie zuvor die Kontroversen um die Einführung der Wehrpflicht im Vorfeld der Wahl zu einer vorrangigen Streitfrage. Die Auseinandersetzungen erreichten ihren Höhepunkt, als 18 Atomwissenschaftler – darunter die Professoren Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Max von Laue und Carl Friedrich von Weizsäcker – im [76:] „Göttinger Manifest“ vom 12. April 1957 den Verzicht auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr forderten und damit großen Widerhall und viel Unterstützung in der Öffentlichkeit fanden. Adenauer zeigte sich vor dem Bundesvorstand der CDU am 11. Mai 1957 in Hamburg beeindruckt von den bei Umfragen sichtbar gewordenen deutlichen Mehrheiten gegen atomare Aufrüstung, die sich in der bevorstehenden Wahl gegen die Union richten könnten.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik waren in der Mitte der 50er Jahre wesentliche Verbesserungen für Millionen Menschen spürbar geworden. Das gilt vor allem für den Rückgang der Arbeitslosigkeit und den Anstieg der Löhne und Gehälter, den Wohnungsbau, die mit Wirkung vom 1. Januar 1957 – rechtzeitig vor der Bundestagswahl in Kraft gesetzte Reform der Rentenversicherung und Schritte zur Verkürzung der Arbeitszeit. Auch im Vergleich mit der geringeren wirtschaftlichen Dynamik in der DDR sowie den dort aus sozioökonomischen Umwälzungen und außenwirtschaftlichen Gegebenheiten

resultierenden Problemen sahen viele den in der Bundesrepublik eingeschlagenen Weg als erfolgreicher und als bejahenswert an. Solche Erfahrungen speisten den traditionsreichen Antikommunismus; sie förderten seine Anpassung an die zeitgeschichtliche Situation und an veränderte ideologische Bedürfnisse der herrschenden Kreise in der Nachkriegsperiode.

Im Sommer jenes Jahres vollzog die Bundesrepublik den Beitritt zu den Römischen Verträgen über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (F.W.G) und die Europäische Atomgemeinschaft (EU-RATOM). Ihr entsprach auf der anderen Seite die Zugehörigkeit der DDR zum Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) der östlichen Staatengruppe. Die deutsche Teilung hatte durch die Einbindung beider Staaten in die jeweiligen Militär- und Wirtschaftsblöcke eine fortgeschrittene Stufe erreicht und ließ ihre zuvor von verschiedenen Kräften in Ost und West noch angestrebte relativ kurzfristige Überwindung immer unwahrscheinlicher werden. *Keine Experimente* bedeutete auch, gesamtdeutsche Bemühungen und Pläne – von welcher Seite auch immer – abzuweisen, die neue Unsicherheiten bescheren könnten und der westlichen Politik nicht unmittelbar dienlich waren.

Zur innenpolitischen Befriedung mit Millionen ehemaliger Mitläufer und Täter des Dritten Reiches hatten bis zu diesem Zeitpunkt die weitgehende Einstellung staatlicher Ermittlungen zu NS-Verbrechen, die jeweils frühestmöglich durchgeführten Maßnahmen wie [77:] Straffreiheit, Verjährung und Amnestien für diese Straftatbestände und die ab 1951 erfolgte Gesetzgebung zu Artikel 131 GG beigetragen. Die davon betroffenen Wähler verstanden *Keine Experimente* als wünschenswerte Fortsetzung jener Politik, die sie nicht nach Schuld und Sühne fragte und ihnen überwiegend zu völliger Rehabilitierung und Wiedereingliederung verhalf.

Das Ausmaß personeller Kontinuität von der NS-Diktatur zur Bundesrepublik gerade auch in allen gesellschaftlichen Führungsetagen hatte die vorherrschende Atmosphäre von Verdrängung und Schlussstrichmentalität ermöglicht und setzte sie voraus. Als rechte Hand des Kanzlers und – wie Bundesminister Theodor Oberländer – seither als Verkörperung jener Kontinuität angesehen, amtierte weiterhin Staatssekretär Hans Globke als Chef des Bundeskanzleramtes und Strippenzieher der höheren bundesdeutschen Personalpolitik nach Hitler. In der Konjunktur militanter Spielarten der Totalitarismus-Konzeption in Bildung, Wissenschaft und Medien äußerte sich der Vorrang eines entschiedenen Antikommunismus sowie seines innen-, deutschland- und außenpolitischen Feindbildes.

Im Bundestagswahlkampf 1957 standen außen- und wirtschaftspolitische Themen im Mittelpunkt. Die Unionsparteien hatten mit dem Motto *Keine Experimente* offensichtlich die Befindlichkeiten eines beträchtlichen Teils der Wähler angesprochen, die vor dem Hintergrund einer angespannten internationalen Situation, der offenkundigen Entwicklungsprobleme in der DDR und einer chronischen Massenflucht aus dem ostdeutschen Staat sowie angesichts des verbreiteten eigenen Zugewinns an Wohlstand und Lebensmöglichkeiten zu einem „Weiter-so“ neigten.

Der Slogan signalisierte die vollzogene Restauration und den darauf gründenden konservativen Trend, in einer unruhigen Welt die eigenen Besitzstände zu bewahren und gegen reformerische Vorhaben und Ideen im Innern abzusichern. Er war geeignet, die Unionsparteien als die eigentlichen Repräsentanten der Bundesrepublik, ihrer außenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Erfolge sowie als Garanten der steten Fortsetzung eines erfolgreichen Weges erscheinen zu lassen. Die SPD – noch zwei Jahre von der systemkonformen Läuterung mit dem Godesberger Programm entfernt – sollte vor dem Hintergrund ihrer nach dem Krieg verkündeten Sozialisierungspläne, ihrer ursprünglichen Gegnerschaft zu Aufrüstung und NATO-Beitritt als unsicherer Kantonist erscheinen, bei dem angeblich mit der Gefahr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher „Experi-[78:]mente“ gerechnet werden müsste. Bei noch mehr Wahlkampfauftritten als 1953 ließ Adenauer kein Bundesland aus: „Noch dichter als damals strömen jetzt die Massen zusammen, wenn Lautsprecherkolonnen das Herannahen des Bundeskanzlers ankündigen. Die Wahlen sind erneut ein Kanzlerplebiszit. Auch die Wahlwerbung ist noch perfektionierter. Als Clou wird allgemein der Slogan ‚Sicherheit – keine Experimente‘ betrachtet – zum Schlagwort verdichteter Sekuritätswunsch Mitte der 50er Jahre.“¹

¹ Hans-Peter Schwarz: Adenauer, München 1994, Bd. 2: Der Staatsmann. 1952-1967, S. 344.

CDU/CSU gewannen in der Wahl am 15. September 1957 das einzige Mal in der Geschichte der Bundesrepublik mit 50,2 Prozent der Stimmen und 270 Mandaten die absolute Mehrheit. Außer ihnen konnten nur die SPD mit Stimmengewinnen gegenüber 1953 (31,8 Prozent, 169 Mandate) und die FDP mit Verlusten (7,7 Prozent, 41 Mandate) die 5-Prozent-Hürde überschreiten. Der DP gelang bei nur 3,4 Prozent der Stimmen (17 Mandate) der Wiedereinzug dank der mit kräftiger Hilfe der CDU erzielten Direktmandate.

Adenauer notierte später in seinen Erinnerungen befriedigt: „Das deutsche Volk entschied am 15. September 1957: Keine Experimente!“² Das Votum für die Union sei vor allem für die Außenpolitik bedeutsam gewesen. Adenauer wurde am 22. Oktober 1957 zum dritten Mal zum Bundeskanzler gewählt. Es entstand eine Regierung aus CDU/CSU und DP, obwohl für eine parlamentarische Mehrheit die Stimmen der kleinen, wesentlich regional verankerten, rechtskonservativen Partei gar nicht benötigt worden wären. Die Aufnahme der DP verstärkte die restaurativen und konservativen Züge der Bundespolitik und war insofern sowohl ein folgerichtiges Ergebnis als auch ein politisch-ideologischer Faktor des mit *Keine Experimente* umschriebenen Programms.

Während der Regierungserklärung Adenauers am 29. Oktober 1957 wurde nochmals an den Wahlslogan erinnert: Es liege ihm besonders am Herzen, bemerkte der neugewählte Regierungschef, „auch auf Folgendes hinzuweisen: Der Sinn und die Erfüllung des Lebens liegen nicht im übersteigerten Lebensstandard und übertriebenen Luxus, nicht in Hast und Jagd nach dem Geld und materiellem Genuss.

Abg. Bauer (SPD): Das ist nach der Wahl gesagt worden!

Weitere Zurufe von der SPD

Aber da werden Sie mir doch wohl zustimmen!

Abg. Wehner (SPD): „Keine Experimente!“

Also sehen Sie, meine Herren, es hat mir ja in der Feder gezuickt, [79:] das Wort ‚keine Experimente‘ anzubringen. Ich habe es mit Rücksicht auf Sie unterlassen.

Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien

Abg. Wehner: Familienminister!

Der Mensch, seine seelischen Werte, seine Gesundheit und seine Familie müssen in den Mittelpunkt der Betrachtungsweise gestellt werden“.

Die Fraktion der DP löste sich am 1. Juli 1960 auf; neun der noch fünfzehn Mitglieder – darunter die beiden Minister Hans-Joachim von Merkatz und Hans-Christoph Seebohm – traten im September der Unionsfraktion bei. Das dritte Kabinett Adenauer endete demzufolge 1961 mit einer reinen Unionsbesetzung.

Noch spektakulärer waren das Wahlergebnis und seine Auswirkungen in Bayern. Die CSU hatte auf einem Wahlplakat verkündet, dass die SPD „vier Jahre lang immer und überall nein gesagt hat“, und gefordert: „Darum keine sozialistischen Experimente. Jede Stimme dem Kandidaten und der Landesliste der Christlich-Sozialen Union.“

Sie gewann 57,2 Prozent der Stimmen und alle 47 Direktmandate. Daraufhin kündigten BHE und Bayernpartei ihre Zugehörigkeit zu der von Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD) geführten bisherigen Landesregierung. Unter Ministerpräsident Hanns Seidel (CSU) wurde in München eine Koalition aus CSU, FDP und BHE gebildet. Es war keineswegs zufällig, dass die weiter rechts stehende Unionspartei aggressiver den Antisozialismus für ihre Wahlkampfzwecke instrumentalisierte. Jahre später schlug sich diese auf Konfrontation orientierte und polarisierende Wahlkampfstrategie in dem Slogan „Freiheit oder Sozialismus“ nieder. Die von der Rechten gepflegten und in der Regel überzogenen Feindbilder sind stets Voraussetzung solcher Strategien und der Mobilisierung nicht nur

² Konrad Adenauer: Erinnerungen bis zur Bundestagspräsidentenwahl 1959, Augsburg 1996, S. 52.

gegen wirkliche Gegner und Gefahren, sondern auch gegen vermeintliche, nicht selten dramatisierte Bedrohungen.

Dem im Bundestagswahlergebnis sichtbar gewordenen Konzentrationsprozess entsprachen im rechten Spektrum die parteipolitischen Umgruppierungen zugunsten der CDU/CSU. Sie profitierte ab Ende der 50er Jahre vom Einflussverlust bzw. dem Ende des GB-BHE, der DP und der Bayernpartei. Deren Mitglieder schlossen sich in der Folgezeit mehrheitlich den Unionsparteien an und brachten damit auch überwiegend das entsprechende Wählerpotential ein. Die Anziehungskraft auf rechtskonservative bis rechtsextreme Wählergruppen erwuchs aus der konservativ-nationalistischen Profilierung insbesondere der CSU und des rechten Flügels der CDU und verstärkte umgekehrt diese Grundtendenzen.

Angesichts solcher Entwicklungen gab es selbst aus dem ehemals engeren Umfeld Adenauers kritische Stimmen zum ideell-politischen Zustand der Bundesrepublik. Gustav Heinemann schrieb am 7. Mai 1957 an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr für den nächsten Bundestag kandidieren wollte. Heinemann erinnerte an die Gemeinsamkeiten und Erwartungen nach dem Krieg: „Da wir uns in den letzten Jahren kaum noch begegnet sind, vermag ich nicht zu beurteilen, wie Sie es ansehen, was aus allem geworden ist, was uns einmal verbunden hat. Kann es anders sein, als dass Sie über dem heutigen Bild von Volk und Staat ein großer Kummer ergreift? Mit solcher Frage will ich Ihnen das Herz nicht schwer machen.“³

Eine kritische Bilanz und Analyse der reformfeindlichen, geistig-politisch stagnierenden Bundesrepublik unter Adenauer legte Karl Jaspers 1960 vor. Er benannte die rückwärtsgewandten Züge des Staatswesens und die nach 1945 ausgebliebene demokratische Erneuerung unter Einbeziehung breiter Schichten der Bevölkerung: „Den Deutschen, denen die Freiheit geschenkt wurde, wurde keine Diktatur aufgezwungen, aber unter dem Namen der Freiheit die Herrschaft politisch diskreditierter Parteiorganisationen und ihrer alten Parlamentarier. Die durch das Schicksal kompromittierten Politiker der Weimarer Zeit konnten nun wieder mit dem geistig heute so arm gewordenen Parteiwesen das politische Treiben fortsetzen, wohlbehütet durch die Amerikaner, solange es die Weltsituation gestattet.“⁴ In einem Abschnitt „Adenauer“ würdigte er dessen Leistung bei der Wiedererrichtung eines deutschen Staates nach 1945 und einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung. Jedoch sei ihm dessen Innenpolitik im Wesentlichen unklar geblieben und habe „kein überzeugendes Gesicht“ gewonnen: „Die Wahlkämpfe und ihre Vorbereitung durch die Art der Regierungsakte sind das große Feld der politischen Selbsterziehung der Bevölkerung. Dass diese nicht stattgefunden hat, ist der dunkle Schatten auf der Zukunft der Bundesrepublik. Wie die Wahlkämpfe geführt wurden, ist bekannt. Adenauer und seine Partei haben es nicht besser gemacht als die anderen. Adenauer ist dabei zwar Sieger, aber kein Vorbild geworden.“⁵

Im geschichtlichen Rückblick erweist sich *Keine Experimente* als Symptom der ideologischen, politischen und geistig-kulturellen Stag-[81:]nation, in der sich die Bundesrepublik unter Adenauer trotz fortschreitender Westbindung und dynamischen Wirtschaftswachstums befand. Die restaurativen gesellschaftlichen und geistigen Verkrustungen verfestigten sich und wurden erst mit den außenpolitischen Wandlungen und außerparlamentarischen Bewegungen der späten 60er Jahre aufgebrochen.

³ Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl. Hg. u. eingel. v. Tilman Mayer, Köln 1988, S. 676.

⁴ Karl Jaspers: Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik, München 1960, S. 60.

⁵ Ebenda, S. 87.

Ho, Ho, Ho-Chi-Minh

Von Günter Platzdasch

„... man muss diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!“ Diese Devise aus Karl Marx’ Einleitung „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ fehlte in kaum einer Schrift der linken BRD-Studentenbewegung Ende der 60er Jahre.

Diese Protestbewegung übte anfangs systemimmanente Kritik, denn der Kontrast zwischen beanspruchtem bundesdeutschem Ideal und schnöder gesellschaftlicher Wirklichkeit wurde offensichtlich. Im Bemühen, diesen Widerspruch theoretisch zu ergründen, entwickelte die Kritik sich zum Infragestellen der anfangs noch als Messlatte akzeptierten bürgerlichen Ideale, sie wurde zur Systemkritik. Mobilisierend waren insbesondere die Bildungsmisere und die sich abzeichnende perspektivische Deklassierung der Intelligenzschicht, die sich nicht länger guter Positionen nach Studienabschluss sicher sein konnte. Die Diskussion um die Einführung von Notstandsgesetzen weckte Argwohn, dass wie vor 1933 die Republik wieder durch Systemveränderer von rechts bedroht sein könnte. Die viel gepriesene Meinungsfreiheit erschien als Farce gegenüber der Medien- und Manipulationsmacht des gegen Linke hetzenden Springer-Konzerns („BILD“). Die 1967 einsetzende Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zeigten, dass die Schönwetterzeit des Kapitalismus nicht ewig währt. Zwar fehlte in Deutschland nach dem KPD-Verbot von 1956 eine Linkspartei, was deutsche Studenten mehr als die Frankreichs oder Italiens für den Linksradikalismus anfällig machte, aber die bisher in kleineren Zirkeln betriebene Aufarbeitung von in BRD und DDR verdrängten linken Denkern erregte nun massenhaft das Interesse von Studenten zur Erklärung jener Widersprüche.

[82:] Wie die USA als BRD-Hegemonialmacht die „freie Welt“ auf Vietnams Reisfeldern mit Flächenbombardements und Napalm „verteidigten“, schockierte besonders westdeutsche Studenten, deren Ausbildung sich infolge der „Umerziehungs“-Maßnahmen amerikanischer Besatzungsbehörden nach 1945 an US-amerikanischen Idealen orientierte, wie die seinerzeit in West-Berlin studierende Sigrid Rüger berichtete: „Was uns die Presse und die Frontstadtpolitiker einreden wollten, in Vietnam werde von unserer Schutzmacht Nr. 1, den USA, die Freiheit Berlins verteidigt, na das war doch nichts als Kalte-Kriegs-Propaganda. Wir sahen doch die Bilder von den Napalm-verbrannten Kindern, von den mit Agent-Orange entlaubten Wäldern, von den leichenübersäten Reisfeldern und Straßen nach dem Massaker der US-Armee in Mylai und wir sahen das Bild, auf dem ein Vietkong mit einer an der Schläfe aufgesetzten Pistole hingerichtet wurde.“

Dass Westdeutschland ein Musterschüler der Führungsmacht USA war, zeigten noch die Demonstrationstechniken jener Opposition, die mit Happenings, Go-ins, Sit-ins oder Teach-ins gegen das Establishment protestierte. In den Liederheften der antimilitaristischen Ostermarschbewegung fand man bis 1968 angloamerikanische Folk- und Protestsongs sowie Hymnen der amerikanischen Bürgerrechts- und Gewerkschaftsbewegung, aber kein deutsches politisches Liedgut.

Provozierende Parolen gegen den Vietnamkrieg, die an bekannte Klischees anknüpften, aber durch Verfremdungseffekte Aufmerksamkeit erheischten, ertönten auf dem Berliner Kurfürstendamm schon am 10. Dezember 1966, als einige von der „Subversiven Aktion“ der „Situationistischen Internationale“ Guy Debords inspirierte Mitglieder des „Sozialistischen Deutschen Studentenbunds“ (SDS) ein Happening mit Sprechchören wie „Weihnachtungswünsche werden wahr, Bomben made in USA“ und „Am toten Vietnamesen soll die freie Welt genesen“ veranstalteten.

Mächtig äußerte sich der Vietnamkriegsprotest zuerst in den USA, später dann beim treuesten Verbündeten BRD. Am 21. Oktober 1967 marschierten 200.000 Kriegsgegner zum Pentagon. Als dabei die Underground-Musikgruppe „Fugs“ plötzlich „Weicht, Dämonen, weicht!“ intonierte, verbreitete sich dieser Ruf in der Masse. Paradox wendete man sich auf einer politischen Veranstaltung statt mit vernünftiger, politischer Argumentation mit Hokusfokus gegen eine wissenschaftlich durchorganisierte Militärmaschinerie, die damit jedoch als Teufelszeug dargestellt wurde.

[83:] Später kamen Ho-Chi-Minh-Rufe auch in den USA auf.¹ Zeitzeugen berichten, dass neben den Reimen „One, two, three, four / We don't want your bloody war!“ oder „Hey! Hey! LBJ! How many kids did you kill today?“ auch „Ho, Ho, Ho Chi Minh / Viet Cong are going to win!“² jedenfalls im April 1968 im Lafayette-Park in Washington DC gerufen wurde.

Der am 19. Mai 1890 geborene Ho Chi Minh (so sein Deckname beim Aufbau eines Spionagenetzes), kritisierte 1924 als Redakteur des Parteiorgans der französischen Kommunisten in Paris das Desinteresse kommunistischer Parteien an der kolonialen Frage. Am 2. September 1945 proklamierte er in Hanoi die Unabhängigkeit von Frankreich und die Geburt der Sozialistischen Republik Vietnam. Er blieb bis zum Tod am 2. September 1969 (offiziell, um die Volksfreude am Nationaltag nicht zu trüben, auf den 3. September festgesetzt) in seinem kleinen Zwei-Zimmer-Pfahlhaus, den Palast des französischen Generalgouverneurs zu beziehen, kam ihm nicht in den Sinn. Mit dem Abkommen vom 6. März 1946 erkannte Frankreich „die Republik Vietnam als freien Staat“ an. Deren Unabhängigkeitserklärung berief sich einleitend auf die „unsterblichen Worte“ der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten und die Menschenrechtserklärung der Französischen Revolution. Aber drei Jahrzehnte Krieg waren zu bestehen, bis der Norden gesichert, der Süden Vietnams vom imperialistischen Zugriff befreit und aus der Hauptstadt Südvietsnams nach dem USA-Abzug Ho-Chi-Minh-Stadt wurde. Drei Millionen Vietnamesen und 50.000 US-Amerikaner wurden getötet.

Am 17. und 18. Februar 1968 fand im Auditorium Maximus der Technischen Universität Berlin (West) mit rund 5000 Teilnehmern der Internationale Vietnam-Kongress statt, veranstaltet vom SDS und zehn weiteren sozialistischen Organisationen. Die vorgesehene Abschlussdemonstration wurde vom SPD-Innensenator verboten, trotz des Protests so prominenter europäischer Intellektueller wie Michelangelo Antonioni, Lelio Basso, Ernst Bloch, Helmut Gollwitzer, Hans Werner Henze, Eric J. Hobsbawm, Herbert Marcuse, Alberto Moravia, Luigi Nono, Pier Paolo Pasolini, Bertrand Russell, Jean-Paul Sartre, Giorgio Strehler mit dem Piccolo Teatro Milano, Luchino Visconti oder Peter Weiss. Erst durch ein Verwaltungsgerichtsurteil am Vortag wurde das Demonstrationsverbot aufgehoben – erstritten von Horst Mahler, später Mitgründer der Untergrundgruppe Rote Armee-Fraktion und heute Prozessvertreter der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht.

[84:] 12.000 zogen daraufhin unter roten und Fahnen der FNL sowie Bildern von Ho Chi Minh durch West-Berlin, an der Spitze über hundert Sozialdemokraten mit Schildern: „Ich protestiere gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam. Ich bin SPD-Mitglied!“ (was Parteiausschlussverfahren zur Folge hatte). In der Schlussresolution forderten die Kongressteilnehmer die „Zerschlagung der NATO“ und eine Desertionskampagne von GI's.³

Bei der französischen Delegation, der trotzkistischen „jeunesse Communiste Revolutionnaire“ (JCR), schaute man sich eine neue Demonstrationstechnik ab. Einzelne Demonstrationenblöcke stürmten, zu Ketten untergehakt und „Ho-Ho-Ho-Chi-Minh“ und „Wir-sind-eine-kleine-radikale-Minderheit“ skandierend, nach vorn. Anders als die deutsche hatte die gewitztere französische Linke neben Marx auch Asterix gelesen. Sarah Haffner, das jüngste Kind des 1998 verstorbenen Publizisten Sebastian Haffner, berichtete, dass sie ihren Vater zur Demonstration mobilisieren konnte: „Rechts und links von mir Erich Fried und meinen Vater untergehakt, riefen wir Ho Ho Ho Chi Minh.“ Ein Foto zeigte zwei Dichter mit geballter Faust an der Spitze des Demonstrationszugs unter einem Transparent der

¹ Aufsehererregend war der Ausdruck „ho“ in den USA nicht nur wegen des „Ho, ho, ho“-Gebrummtes als Weihnachtsritus bei Santa Claus, sondern auch wegen der abfälligen Bezeichnung einer Frau mit „HO“ im Slang, wie in Bob Dylans 1967 geschriebenen Lied „Tiny Montgomery“.

² „Eins, zwei, drei, vier/Wir wollen deinen blutigen Krieg nicht!“ – „Hei! Hei! LBJ! Wie viele Kinder hast du getötet heute?“ (LBJ = US-Präsident Lyndon B. Johnson) – „Ho, Ho, Ho Chi Minh/Die Vietkong wird siegen!“ David Horowitz, dessen Kritik der USA-Außenpolitik Ende der 60er Jahre Standardwerk der BRD-Linken war, schrieb 1999, dass ihm ein führender Stratege der Demokratischen Partei im Hinblick auf den Aufstieg einiger Ex-Linker in dieser Partei geantwortet habe: „You have to understand that in the 1960s these people were chanting Ho, Ho, Ho Chi Minh, the NLF is gonna win!“ („Sie müssen verstehen, dass diese Leute in den 60er Jahren riefen, Ho, Ho, Ho Chi Minh, die FNL wird siegen!“ NLF, engl. = FNL, franz.: Nationale Befreiungsfront/Südvietsnam).

³ Ursprünglich militärische Ausrüstungsabkürzung für galvanized iron (verzinktes Eisen), dann für government oder general issue, alles Militärische, insbesondere für US-Armeeangehörige.

JCR, den jungen Gaston Salvadore und den alten Erich Fried, welcher letzterer mit einem Motorradhelm sich vor etwaigen Übergriffen wappnete.

Vermutlich stimulierte nicht zuletzt die seinerzeit gerade über Rockmusik erlangte Befreiung des Körpers aus tradierten Disziplinen und Verhaltenscodes dieses dynamische Auftreten. Der Dichter Hans Magnus Enzensberger schrieb wenig später in einem der Theorieorgane jener Revolte: „Wenn ich mobilisieren sage, so meine ich mobilisieren ... das heißt ... die Menschen beweglicher machen, als sie sind. Frei wie Tänzer, geistesgegenwärtig wie Fußballspieler, überraschend wie Guerilleros.“

Die Atmosphäre, das Zusammengehen von Wort und Bewegung, Staccato und Laufschrift, schilderte der damalige Herausgeber der linken Zeitschrift „konkret“ im Kapitel „Springprozession mit Ho Chi Minh“ seiner Autobiographie: „Dann machte irgendeine ausländische Gruppe den Anfang, und besonders die Führungsgruppe Dutschke-Lefèvre-Salvatore-Semler nahm die neue Methode begeistert auf: Die erste Reihe einer Hundert- oder Zweihundertschaft blieb stehen, hakte sich unter, Fahnen-träger vorweg. Fest miteinander verhakt, springt die ganze Reihe plötzlich im Wechselschritt nach vorn, ein paar hundert Meter, zu dem skandierten, laut anschwellenden Sprechgesang ... Und wieder stehen bleiben und noch eine Welle und [85:] noch eine und noch eine ... Eine Flut ... so fest geknüpft schien die Gemeinschaft ... Es war ein Rausch.“

Überrascht vom machtvollen Auftreten der Vietnamkriegskritiker zogen sich einige hundert Gegen-demonstranten zum Bahnhof Zoo zurück. Der Schriftsteller Günter Grass forderte in einem Brief an Willy Brandt, dass eine Demonstration „gegen die Studenten zu unterbleiben hat“. Wenige Tage später zeigte sich jedoch die „schweigende Mehrheit“, teilweise gewalttätig, mit pogromartigen Ausschreitungen gegen langhaarige Bart- und Brillenträger und mit Transparenten mit mörderischen Parolen, zur Kundgebung „Berlin steht für Freiheit und Frieden“ auf dem Kennedy-Platz vor dem Schöneberger Rathaus: Zehntausende solidarisierten sich mit der USA-Politik – Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sowie zahlreicher Privatbetriebe hatten freibekommen, die Reden wurden in Seh- und Hörfunk direkt übertragen.

Noch vor dem Berliner Vietnamkongress skandierten in Frankfurt am Main, allerdings ohne den Demonstrations-“Tanz“, am 11. Febru-[86:]ar 1967 die etwa 200 Teilnehmern einer Kundgebung vor der Opernhausruine den Ho-Chi-Minh-Ruf. Hauptredner war Rudi Dutschke, Spendenbüchsen zur Unterstützung des vietnamesischen Befreiungskampfs wurden herumgereicht, dann zog man zum USA-Konsulat.⁴

Einer, der in der 68er-Protestbewegung und später führend im maoistischen Kommunistischen Bund Westdeutschlands engagiert war, deutete die Parteinahme für die weise, väterliche Figur Ho Chi Minhs, für den Repräsentanten des Kriegsgegners der Führungsmacht im eigenen Lager, nicht nur politisch, sondern auch sozialpsychologisch mit der Besonderheit schweigender oder gestorbener Väter im nachfaschistischen Westdeutschland: „Und für eine Rebellion gegen die Autoritäten, zumal für eine so ‚vaterlose‘ Generation wie in Deutschland, war nichts dringender benötigt als eine alternative Vaterfigur.“⁵

In Karlsruhe wurde am Faschingsdienstag 1968 versucht, ohne Erfolg, mit Ho-Chi-Minh-Rufen den Karnevalsanzug zu sprengen.⁶ Erfolglos blieb auch der Versuch westdeutscher Studenten unter Führung des SOS-Vorsitzenden Karl-Dietrich Wolff, während der Weltjugendfestspiele in Sofia Ende Juli 1968 eine Spontandemonstration zur USA-Botschaft zu veranstalten und dabei „den Ho, Ho, Ho-Chi-Minh-Ruf zu dem bestimmenden Slogan zu eskalieren“, wie es im veröffentlichten Protokoll eines deutschen Delegationsteilnehmers hieß.

⁴ Wolfgang Kraushaar: Frankfurter Schule und Studentenbewegung – Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946 bis 1995, I. Band, Hamburg 1998, S. 246.

⁵ Gerd Koenen: Die großen Gesänge – Lenin, Stalin, Mao, Castro ... Sozialistischer Personenkult und seine Sänger, Frankfurt a. M. 1987, S. 189.

⁶ Roland Lang: Ein Hai in der Suppe oder Das Glück des Philipp Ronge, Berlin/DDR 1976 (zuerst: München/Gütersloh/Wien 1975), S. 93 ff.

Der Massen ergreifende Klang der Straße fand immerhin Eingang in die hohe Kunst. Am 9. Dezember 1968 scheiterte in Hamburg die Uraufführung von Hans Werner Henzes Oratorium „Das Floß der Medusa“, denn der Chor des Westberliner Senders RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) weigerte sich, unter einer roten Fahne zu singen. Der Komponist ließ das Werk, dessen Geschichte bereits das Klima vor der Revolution von 1848 beeinflusst hatte, enden mit dem Wort „Umstürzen“, bei dem das die Podiumsmitte besetzende Schlagwerk dem Rhythmus des Rufes „Ho, Ho, Ho Chi-Minh“ folgte. Henze berichtet über den Abend: „Da war ein Che-Guevara-Poster auf dem Konzertpodium angebracht worden, welches der Programmdirektor des Rundfunks kurzerhand zerriss ..., obwohl er wusste, dass dieses Stück Che Guevara zu Ehren geschrieben ist ... Dann haben andere Genossen eine rote Fahne angebracht, anstelle des Che-Posters. Ich wurde nun vom Justitiar des Rundfunks aufgefordert, die Fahne entfernen zu lassen, sonst wäre ich für die Konsequenzen verantwortlich. Da sagte ich, ich pfeife auf die Konsequenzen, weil ich mir eine solche [87:] Nötigung nicht bieten lassen wollte.“ Zu Henzes 70. Geburtstag setzte das Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin das Oratorium 1996 auf seinen Spielplan -der RIAS-Kammerchor wirkte mit; keinen echauffierte das Werk mehr.

Ein Widerhall der Demonstrationsparole ist sogar in der Trivialkultur zu vernehmen. Im April 1968 startete die auch heute noch bei Fernsehausstrahlungen beliebte „Lümmel-Reihe“, in der die Jugendbewegung der 60er Jahre zwar aufgegriffen, aber auf Schülerstreichniveau verharmlost wird: „Ho-Ho-Hosen runter!“, heißt es im Film „zum Teufel mit der Penne“. Tatsächlich blieb aber die damalige Schülerbewegung, auch wenn sie den Ruf variierte, politisch-kritisch. So wurde aus Oers über eine Schülerdemonstration am 1. Mai 1968 berichtet: „Aus kurz aufflackernden Rufen wie *Ho, Ho, Ho-Chi-Minh* formten sich Sprüche wie ‚Ho Ho Holthoff weg!‘“, womit der damalige SPD-Kultusminister Nordrhein-Westfalens gemeint war.

Bis ins rechte Lager, ins großdeutsche Verbindungswesen ist die Ausstrahlung belegt: „Auf einer Festkneipe wurde der Ruf *Ho, Ho, Ho-Chi-Minh* angestimmt, dem sich ca. zehn Mitglieder anschlossen. Verweis von der Kneiptafel. Einzug der Ausgeschlossenen eingehängt und die Internationale singend. Abermaliger Verweis. Disziplinarische Maßnahmen am nächsten BC. Entzug des Rechts, Farben zu tragen für einige Zeit usw.“⁷

Als 1975 der Vietnamkrieg zu Ende ging, versammelten sich Studenten der renommierten USA-Universität Berkeley nochmals mit *Ho-Ho-Ho-Chi-Minh-Rufen* in den Straßen. Ein Jahrzehnt nach dem Niedergang sozialistischer Staaten meinte ein Vietnamreisender in seinem Reisebericht frohlocken zu dürfen: „Ho, Ho, Ho Chi Min – capitalism is gonna win“.⁸

Vielleicht die Parole „Unsubscribe“ der Internet-Generation vor Augen, erinnerte die Pop-Sängerin Ina Deter jetzt in dem Lied „Die Frauen früher“ an jene Zeiten: „Man rannte durch die Straßen und schrie Ho-Ho-Ho-Chi-Minh“. Vielen kommt der Ruf heute vor wie ein Motto aus längst untergegangener Zeit, von Interesse nur noch als Detail in den Biographien des tonangebenden Personals in Medien und Politik, vom Ex-DKP-Mitglied bzw. „Spiegel“-Redakteur Cordt Schnibben bis zum Ex-Straßenkämpfer bzw. Kosovo- und Afghanistan-Krieger Joseph Fischer. Aber trotz Wendehälsen, Entpolitisierung, Nostalgie und linker Melancholie würde sich gerade für Linke, denen Gegenwind ins Gesicht bläst, die Besinnung auf den in diesem Schlachtruf Angesprochenen lohnen: „Den wirklichen Revolutionär [88:] Ho Chi Minh mit eiserner Energie, langem Atem, der Bereitschaft zu tausend Kompromissen, ohne den Weg zu verlieren, und den unermüdlichen Lehrmeister hat die Linke bis jetzt nicht zur Kenntnis genommen.“⁹

⁷ Helmut Stockhammer: „Der Männerbund ÖCV um 1970 – Soziologische Strukturanalyse des Cartellverbandes der katholischen Österreichischen Studentenverbindungen“. Auch das Buch „Die politischen Ideen von Hobbes bis Ho Chi Minh“ des Politikwissenschaftlers Bernard Willms (Stuttgart 1971) belegt das Echo der Ho-Chi-Minh-Rufe jenseits der Linken.

⁸ Chris Matthews in „Jewish World Review“ vom 27.7. 1999 („Ho, Ho, Ho Chi Minh – Der Kapitalismus wird gewinnen“).

⁹ Andreas Buro. In: Edmund Jacoby (Hg.): Lexikon linker Leitfiguren, Frankfurt a. M. 1988, S. 181.

Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren

Von Georg Fülberth

Im Jahre 1967 erregte ein Pressefoto Aufsehen in der gesamten Bundesrepublik. Es zeigte Professoren der Universität Hamburg, die sich zu einer akademischen Feier entweder begaben oder diese gerade verließen, darunter offenbar der Rektor mit Amtskette und sonstigem Ornat. Zwei Studierende trugen ein Transparent mit der Aufschrift *Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren*. Die Aktion provozierte durch den Überraschungseffekt – offenbar hatten die beiden Demonstranten sich ganz plötzlich vor den Würdenträgern platziert; es war ein „Happening“ –, aber auch durch den Text. Drei Begriffe wirkten in ihrer Kombination erregend: Talare- Muff-1000 Jahre.

Talare: Die Amtstracht von Professoren, Rektoren und Dekanen forderte 1967/68 den Spott von Studierenden heraus. (Zur gleichen Zeit fiel Wolfgang Abendroth bei einer akademischen Feier in Marburg bei seinen Kollegen unangenehm, bei vielen Kommilitoninnen und Kommilitonen aber angenehm auf, weil er auf seinen Talar verzichtet hatte – auch das war eine Demonstration.) In Großbritannien wird sie dagegen auch heute noch benutzt, ohne dass sich jemand darüber aufregt.

Woher kommt dieser Unterschied? Die feierliche Gewandung wirkte in der Bundesrepublik rückständig, weil sie als ein Sinnbild für Ineffizienz und Demokratiemangel erschien. Tatsächlich war seit einigen Jahren schon offenkundig, dass die Hochschulen ihren Aufgaben nicht gewachsen waren. Diese bestanden nämlich nicht mehr vor allem in der Ausbildung einer Elite. Gebraucht wurde vielmehr die Intelligenz als eine Massenschicht, die in der Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur Spitzen-, sondern auch Breitenfunktionen zu erfüllen hatte.

Dabei handelte es sich nicht um ein ausschließlich deutsches Problem: Dieser Wandel vollzog sich in allen hochentwickelten – [89:] kapitalistischen wie sozialistischen – Industriegesellschaften. In der Bundesrepublik war er allerdings erst verspätet wahrgenommen worden. Über die offene Grenze zur DDR kamen bis 1961 Abiturient(inn)en und Hochschulabsolvent(inn)en in die BRD, welche deshalb in den Bildungssektor nur wenig zu investieren brauchte. Mit dem Bau der Mauer blieb dieser Zustrom aus. 1963 verkündete der Philosoph Georg Picht die „deutsche Bildungskatastrophe“. Relativ schnell setzte sich in der veröffentlichten Meinung die Einsicht durch, dass in Schulen und Universitäten mehr investiert werden musste. Sie waren überfüllt, die Zahl der Hochschullehrer reichte nicht aus.



Studenten in Hamburg, 1967

Allerdings handelte es sich nicht nur um ein quantitatives Problem, sondern auch um ein strukturelles. Der streng hierarchische Aufbau der Universitäten, an deren Leitung nur die Ordentlichen Professoren beteiligt waren, wurde dem arbeitsteiligen Charakter der Produktion von Wissen nicht mehr gerecht. Dies hatten Teile der wirtschaftlichen Eliten durchaus schon erkannt, und Kultusadministratoren sowie Landesparlamente sorgten zumindest in den sozialdemokratisch regierten Ländern für Gesetze, welche auch Studierenden und Nichtprofessoren Mitspracherechte garantierten. Dabei handelte es sich in erster Linie um technokratische Veränderungen. Es zeigte sich aber, dass sie in den Universitäten zunächst nicht durchzusetzen waren: Die Ordinarien wehrten sich gegen die Einschränkung ihrer Macht und blockierten. Zum Beispiel verweigerten sie Studierenden den Zugang zu Gremien, in denen diesen laut Gesetz Sitze zustanden. Die staatlichen Instanzen wären hilflos gewesen, hätten sie in dieser Frage nicht eine Bundesgenossin gehabt: die Opposition der bislang Ausgeschlossenen. Bereits 1961 hatte der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) eine Denkschrift mit [90:] dem Titel „Hochschule in der Demokratie“ veröffentlicht. Seine Vorschläge gingen allerdings von Anfang an über rein technokratische Maßnahmen hinaus. Das Demokratiegebot des Grundgesetzes sollte in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht werden, also auch in den Hochschulen.

Die Ordinarien hatten es in den Universitäten nunmehr mit einer heterogenen Reformfront, bestehend aus der Kultusverwaltung mit technokratischer und Studierenden mit radikaldemokratischer Tendenz, zu tun. Deren Gemeinsamkeit wurde in der Regel mit der Forderung nach „Reform“ zusammengefasst.

Ihnen gegenüber erschienen die Ordinarien als konservativ und rückschrittlich (in der Sprache radikaler Studierender: „reaktionär“). Der Talar wurde in der Außensicht zum Symbol dieser Gesinnung.

Muff: Die suggestive Vokabel Muff reichte über die Kritik an Hochschul-Zuständen hinaus. Sie bezeichnete die Kritik an allgemeineren gesellschaftlichen, auch soziokulturellen Tatsachen. Die „Ära Adenauer“ war gerade zu Ende gegangen: Ihr Namensgeber musste 1963 als Bundeskanzler zurücktreten. 1967 starb er. Damit schien sich auch eine Epoche überlebt zu haben, die nun zunehmend als „Restauration“ wahrgenommen wurde. Adenauer selbst, 1917-1933 Oberbürgermeister von Köln, erschien als Repräsentant alter Eliten, welche nach 1945 einen radikalen Bruch mit der deutschen Vergangenheit verhindert hatten. Vom Bildungswesen über die Betriebsverfassung, das Strafgesetzbuch, das Ehe- und Familienrecht bis zur Außenpolitik wurde nun Reformbedarf sichtbar, dem durch institutionelle Änderungen und Auswechselung des Führungspersonals Rechnung getragen werden sollte. Die jungen Wortführer solcher Forderungen stellten sich zugleich als eine neue Generation dar, welche eine Art Greisenregime abzulösen habe.

Das leicht anrühige Substantiv Muff in der Verbindung mit der im Bild dargestellten wenig anziehenden Körperlichkeit der würdigen Professoren enthielt für die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen eine weitere Konnotation. In diesen Jahren begann sich das Sexualverhalten eines Teils der Studierenden in einer neuen Weise zu artikulieren. Bis dahin hatten sie in der Regel „möbliert“ – also bei privaten Vermieter(innen) – gewohnt. Dort war es verboten, dass Studentinnen und Studenten nach 22 Uhr „Herren-“ bzw. „Damenbesuch“ hatten. In Wohnheimen galten ähnliche Regeln. Vermieter, die dagegen verstießen, konnten wegen Kuppelei verurteilt werden. Diese Normen standen im Widerspruch zum- auch durch die Entwicklung der phar-[91:]mazeutischen Industrie: chemische Ovulationshemmer – veränderten realen Sexualverhalten. Die ersten Wohngemeinschaften – „Kommunen“ – wurden anders als heute nicht als pragmatische Veranstaltungen zwecks Minderung des Gemeinkostenanteils an der Miete verstanden, sondern als kulturevolutionäre Projekte. Das Gegenteil dieser neuen Lebensform war der Muff.

Tausend Jahre: Die Redewendung Tausend Jahre spielte auf das sogenannte „Tausendjährige Reich“ Hitlers an. Vor 1933 in ganz Deutschland und nach 1945 in den Westzonen und der Bundesrepublik hatten sich die Universitäten als „unpolitisch“ dargestellt. Durch dieses Selbstverständnis sollte auch ihr Verhalten im Faschismus gedeckt werden. In Wirklichkeit aber hatten viele Professoren – insbesondere in den Rechts- und Geisteswissenschaften – spätestens ab 1933 faschistisches Gedankengut vertreten und waren in ihrer großen Mehrheit ab 1945 unbehelligt im Amt geblieben. Ab Anfang der 60er Jahre begannen Studierende deren Schriften aus der Nazi-Zeit zu untersuchen und öffentlich zu zitieren. An einigen Universitäten fanden Ringvorlesungen zur „Braunen Universität“ statt. Viele Ordinarien waren jetzt durch ihre Vergangenheit diskreditiert.

Der Hinweis auf die Tausendjahre spielte allerdings nicht nur auf die Zeit des Nationalsozialismus an, sondern war zugleich Ausgangspunkt für Überlegungen zur Gegenwart. Diese enthielten einen unter linken Studierenden damals weit verbreiteten Faschisierungs-Verdacht. Mit der Bildung der Großen Koalition 1966 war die Opposition im Bundestag auf die 50 Abgeordneten der FDP zusammengeschrumpft. Das Parlament galt in linker Kritik als weitgehend „gleichgeschaltet“. Der Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) war ein ehemaliges Mitglied der NSDAP. Im Mai 1968 verabschiedeten CDU/CSU und SPD die Notstandsverfassung, welche polemisch als „NS-Gesetzgebung“ bezeichnet wurde. Dabei stand „NS“ zugleich als Abkürzung für „National-Sozialismus“. Als am 2. Juni 1967 in Berlin bei einer Demonstration gegen den Schah von Persien der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen wurde, sahen viele hier den Beginn staatlicher Gewaltanwendung mit faschistischen Zügen.

In diesen Analogiebildungen äußerte sich eine These: Kapitalistische Gesellschaften hätten, so wurde vermutet, eine Tendenz zur Beseitigung der Demokratie. Der Krieg der USA gegen Vietnam erschien als Ausdruck imperialistischer Politik, die in Deutschland von 1939 bis 1945 ihre rabiateste Form angenommen habe. Bei der größ-[92:]ten Kundgebung gegen die Notstandsverfassung – im Mai 1968 im Bonner Hofgarten – wiederholte der Bundesvorsitzende des SDS, K. D. Wolff, in seiner Rede

einen Slogan, der während der vorangegangenen Demonstration skandiert worden war: „Kapitalismus führt zum Faschismus, Kapitalismus muss weg“.

Ein Übergang: Das Transparent mit der Aufschrift *Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren* enthielt keine sozialistische Parole. Es gehört insofern noch zur radikaldemokratischen Phase der Studierendenbewegung, die jetzt allerdings auch schon zu Ende ging. Im Winter 1967/68, spätestens aber nach einem Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke im April 1968 setzten sich sozialistische und anarchistische Tendenzen durch.

Dass der Hamburger Auftritt von 1967 noch einer recht frühen Phase der Studierendenbewegung angehörte, zeigte auch der Habit der beiden Studenten (die übrigens nicht Mitglieder des SDS, sondern des Sozialdemokratischen Hochschulbundes, SHB, waren): Sie trugen schwarze Anzüge. Heute wirkt das wie eine Persiflage. In Wirklichkeit aber gab es ein Stück damaliger Realität wieder: Zu Immatrikulationsfeiern und Prüfungen kamen die männlichen Studierenden damals noch in dieser Kleidung. Ohne einen solchen Anzug hätten die beiden Demonstranten vielleicht gar keinen Zugang zu der Veranstaltung, gegen die sie demonstrierten, erhalten. So dokumentieren die Parole *Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren* und ihre Präsentation eine Zwischentappe in der Entwicklung studentischen Protestes.¹

¹ Der Beitrag stützt sich insbesondere auf Gerhard Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin, Köln 1977; Tilmann Fichter/Siegward Lönnendonker: Macht und Ohnmacht der Studenten. Kleine Geschichte des SOS, Hamburg 1998; Hochschule in der Demokratie. Denkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Frankfurt a. M. 1961.

Geistig-moralische Wende

Der Amtsantritt der Regierung Kohl 1982/83 war vom Anspruch einer *Geistig-moralischen Wende* begleitet, über deren Sinn und Ziel seither durchaus unterschiedliche Interpretationen vertreten werden. „Wende“ wovon und wohin? – Das blieb für die Mehrheit der Zeitgenossen im Ungewissen und erlaubte den Politikern und Publizisten unterschiedliche Auslegungen. Weniger umstritten ist, dass sie schließlich in der angekündigten Weise gar nicht stattgefunden hat. Als die ursprüngliche und grundlegende Intention jenes Slogans [93:] erweist sich die einer modernisierten konservativ-nationalistischen Profilierung der Unionsparteien. Ansätze dazu wurden in der politisch-ideologischen Entwicklung der CSU unter ihrem langjährigen Vorsitzenden (seit 1961) und bayerischen Ministerpräsidenten (seit 1978) Franz Josef Strauß und bei dem von Alfred Dregger repräsentierten rechtskonservativen Flügel der CDU gesehen. Dabei ist eine enge Verwandtschaft, wenn nicht gar weitgehende Identität mit der seit den 70er Jahren als „Tendenzwende“ umschriebenen Mischung von rechtsintellektuellen Bemühungen und diffusen konservativen Erwartungen gegeben.

Am 1. Oktober 1982 war Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) durch ein konstruktives Misstrauensvotum mit 256 Stimmen von CDU/CSU und FDP gestürzt und Helmut Kohl (CDU) zu seinem Nachfolger gewählt worden.¹ Im April 1972 war der Versuch der Unionsparteien gescheitert, auf diesem Weg Kanzler Willy Brandt (SPD) durch die Wahl von Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU und der Bundestagsfraktion von CDU/CSU, abzulösen. Nunmehr wurde erstmals und bisher das einzige Mal in der Geschichte der Bundesrepublik das konstruktive Misstrauensvotum erfolgreich angewandt. Vorausgegangen waren längere Auseinandersetzungen zwischen den bisherigen Koalitionspartnern SPD und FDP, insbesondere auf den Gebieten der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Unter Führung des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher, Vizekanzler und Außenminister, entschied sich eine Mehrheit in Vorstand und Fraktion der FDP für einen Wechsel des Koalitionspartners. Ihre vier Bundesminister leiteten mit dem Rücktritt am 17. September 1982 den Koalitions- und Regierungswechsel ein.

Der Übergang von Schmidt zu Kohl war von den fünf Kanzler-wechseln seit 1949 der vierte, der innerhalb einer Wahlperiode stattfand und damit nicht das Ergebnis eines Wählervotums darstellte. Um dieses Legitimationsdefizit wettzumachen, kündigte Kohl bereits in der Regierungserklärung am 13. Oktober 1982 vorgezogene Neuwahlen für den 6. März 1983 an. Umstritten war der dafür gewählte parlamentarische Weg: Kohl stellte am 17. Dezember 1982 im Bundestag die Vertrauensfrage. Durch Stimmenthaltung der Unions- und fast aller FDP-Abgeordneten (248) sowie Nein-Stimmen der SPD und sieben weiterer Abgeordneter (218) bei acht Ja-Stimmen konnte der Kanzler bei Bundespräsident Karl Carstens (CDU) die Auflösung des Bundestages beantragen. In der Bundestagswahl am 6. März 1983 erzielten CDU/CSU 48,8 Prozent und errangen trotz der Verluste der [94:] FDP gegenüber 1980 (34 statt zuvor 53 Mandate) und des erstmaligen Einzugs der Grünen eine sichere Mehrheit für die Koalition.

Mit dem Untertitel „Signale einer Tendenzwende“ war 1974 der erste Band der von Gerd-Klaus Kaltenbrunner herausgegebenen Taschenbuchreihe „Herderbücherei INITIATIVE“ erschienen, von der schließlich bis etwa 1988 mehr als 70 Sammelbände herauskamen. Anliegen und Angebot der Reihe waren symptomatisch für eine fundamentale neokonservative ideelle und politische Reaktion auf die kapitalismuskritischen, sozialreformerischen und vielfach auch sozialistischen Vorstellungen und Diskurse seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre. Letztere bezeichnete Kaltenbrunner als „die Renaissance eines neuen Irrationalismus“. Die „Krise der westlichen Gesellschaft“ sei eine Krise ihrer Institutionen, aber vor allem eine „Krise der Vernunft“: „Der neue Irrationalismus, der im Namen der Vernunft zu sprechen vorgibt, ist unverständlich ohne Kenntnis seiner zum Teil weit zurückreichenden geistesgeschichtlichen Wurzeln. Und er kann nur dann angemessen kritisiert werden, wenn man

¹ Das erfolgte auf der Grundlage von Art. 67 GG Abs. 1: „Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Misstrauen nur dadurch aussprechen, dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muss dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen.“

die grundlegende Tatsache nicht verdrängt, dass der Gedanke einer Zerstörung der Vernunft im Namen der Vernunft in den westlichen Gesellschaften – und nur hier! – innerhalb weniger Jahre zu einer gesellschaftsverändernden und kulturrevolutionären Macht ersten Grades geworden ist.“²

Der Begriff der Tendenzwende wurde auch in kritischen Beiträgen zum neokonservativen Aufbruch aufgegriffen und als Äußerung einer tatsächlich stattfindenden Wandlung ernst genommen. Martin Greiffenhagen schrieb 1975: „Wir erleben in diesen Jahren einen politischen Klimawechsel. Der Zeitgeist weht nicht mehr von links, sondern von rechts. Wer heute in einem politischen Wahlprogramm der Bevölkerung ‚mehr Demokratie‘ versprechen würde, hätte wenig Aussicht, damit Stimmen zu gewinnen. Das Wort ‚konservativ‘, bis vor kurzem von allen großen Parteien gemieden, gehört wieder zum politischen Wortschatz, nicht nur der Rechtsparteien, sondern auch der SPD.“³ Im Ergebnis dieser Veränderungen wurden weitreichende Erwartungen in die seit Ende der 70er Jahre immer wahrscheinlichere politische Umgruppierung auf Bundesebene gesetzt.

Unter dem Einfluss konservativer und antisozialistischer Politiker, Publizisten und Wissenschaftler geriet die Forderung nach einer dabei als notwendig erachteten *Geistig-moralischen Wende* oder Erneuerung zu einem Schlüsselbegriff, dessen sich auch Kohl bediente. Nach [95:] seinem Amtsantritt wurde er in einem ZDF-Interview am 3. Oktober 1982 darauf angesprochen, dass er den Blick „in den letzten 48 Stunden“ immer wieder auf „die geistig-moralische Situation“ gelenkt habe, obwohl die Öffentlichkeit vor allem wirtschaftliche Besserung erwarte. Kohl erwiderte, dass das eine vom anderen nicht zu trennen sei: „Wir werden eine Wiederbelebung unserer Wirtschaft, eine Wiederbelebung unseres Leistungswillens, unserer Leistungskraft, die notwendige Opferbereitschaft, etwa um den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, nur dann in der Tat bewegen können, wenn eine geistig-moralische Herausforderung erkannt und angenommen wird.“ Er erinnerte an den „geistig-moralischen Antrieb bei der Wiederbegründung in der Stunde Null unseres Landes“. Jeder müsse seinen Beitrag leisten; es solle nicht nur über die Rechte, sondern auch über die Pflichten geredet werden.

Die Regierungserklärungen Kohls vom 13. Oktober 1982 und 4. Mai 1983 gingen über Bekenntnisse zu einer „Politik der Erneuerung“ oder zu „geistiger Erneuerung“, zu mehr Selbstverantwortung und weniger Sozialstaat, nicht hinaus. Die konservative Grundstimmung und die Absicht zur Interessenvertretung privilegierter sozialer Gruppen waren unverkennbar. Zugleich wurden die Spannungen zwischen seinen politischen Handlungsspielräumen einerseits und den ideologischen Ambitionen nationalkonservativer Wortführer andererseits deutlich. Den Zwängen zur Kontinuität in der Ostpolitik und selbst im Umgang mit der DDR, die im Staatsbesuch Erich Honeckers in Bonn im September 1987 kulminierten, konnte sich schließlich nicht einmal Strauß entziehen. Er nahm dafür die innerparteilichen Auseinandersetzungen und Anfeindungen ebenso in Kauf wie eine daraus im Herbst 1983 folgende Abspaltung aus der CSU, die zur Gründung der rechtsextremistischen Partei „Die Republikaner“ führte.

Nikolaus Lobkowicz, Präsident der katholischen Universität Eichstätt, beklagte auf einem CSU-Parteitag Ende 1984, dass die Hoffnungen auf eine geistige Wende enttäuscht wurden: „Nach Brandts Regierungserklärung beim Antritt der sozial-liberalen Koalition herrschte im ganzen Lande eine Aufbruchsstimmung; nichts dergleichen erfolgte nach dem endgültigen Amtsantritt der Regierung Kohl, obwohl viele es erhofft hatten.“ Die letzte Ursache läge darin, „dass nie deutlich gesagt wurde, wie heutzutage so etwas wie eine geistige Wende aussehen könnte.“⁴ Die geschichtsideologischen Zwie-späl-[96:]tigkeiten in der Union wurden angesichts des 8. Mai 1985 in den sich widersprechenden Stellungnahmen von Dregger, Kohl und Bundespräsident Richard von Weizsäcker deutlich.

Bald war zu erkennen, dass das Kohlsche pragmatische Verständnis von *Geistig-moralischer Wende* weder für irgendeinen ernst zu nehmenden ideellen und kulturellen Neubeginn taugte noch die von rechtsaußen geäußerten Hoffnungen auf eine weitgehende Rechtsverschiebung zu erfüllen imstande

² Vorwort des Herausgebers: In: Plädoyer für die Vernunft. Signale einer Tendenzwende. Herderbücherei INITIATIVE, 1. Hg. v. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, München 1974, S. 8.

³ Martin Greiffenhagen: Freiheit gegen Gleichheit? Zur ‚Tendenzwende‘ in der Bundesrepublik, Hamburg 1975, S. 7.

⁴ Nikolaus Lobkowicz: „Wo bleibt die geistige Wende?“ In: Deutschland-Magazin, 1/1985, S. 28.

war. Gegen Führungskreise der CDU entwickelte sich eine aggressive Kampagne von Rechtsintellektuellen, deren Wortführer der Stuttgarter Philosoph Günter Rohrmoser im Zusammenwirken mit der Zeitschrift „Criticon“, München, wurde. Dort hatte er bereits Anfang 1981 skeptisch gefragt, ob sich die CDU „den neuen Themen“ stelle; bisher sei sie zu konzeptionellen und strategischen Antworten nicht fähig. Bereits kurz nach Kohls Amtsbeginn äußerte er, dass dieser die Konsequenzen der Überzeugung, „dass die geistig-moralische Krise in unserem Volke das eigentliche Problem darstelle, nicht hinreichend und tief genug bedacht hat“.

Ende 1984 schrieb Rohrmoser: „Die Koalition in Bonn hat eine historische Chance verspielt. Sie hat ihr Versprechen einer geistigen Wende in der Bundesrepublik Deutschland nicht erfüllt, sie hat es nicht gekonnt und sie hat es wohl auch nicht gewollt. Aber auch die geistige Wende, die nicht stattfand, hat Folgen.“⁵ Grüne und alternative Bewegungen hätten die geistige Führung übernommen und zwängen den etablierten Parteien das Gesetz des politischen Handelns auf. Dagegen bewiese Amerika, „dass es ohne eine geistige Wende auch keine neue oder andere Politik geben kann“. Wenig später sah er in der Schlappe der CDU in der Landtagswahl Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 1985 eine weitere Bestätigung der „für eine Partei viel gefährlicheren Tatsache, dass die CDU nicht mehr in der Lage ist, eine überzeugende Antwort auf die Frage zu geben, warum man sie überhaupt noch wählen soll“. Jetzt stelle sich heraus, „dass die CDU für die Wende weder eine Philosophie, ein Konzept, noch gar eine Strategie hatte“.⁶

Unter dem Rohrmosers Aufsatz entlehnten Titel „Das Debakel“ erschien im rechtsextremen Sinus Verlag Krefeld eine Sammlung unionskritischer Beiträge des Stuttgarter Philosophen und weiterer Publizisten und Politiker.⁷ Der Verlag brachte im gleichen Jahr einen zweiten Sammelband zu diesem Problemkreis heraus. Der Herausgeber forderte darin von der CDU nachzuweisen, „ob sie ihren Auf-[97:]trag politischer Erneuerung und geistiger Führung erfüllen wird“: „Wende‘ muss ganz gewiss auch die Felder der Außen- und Sicherheitspolitik, der Deutschland-, Rechts- und Kulturpolitik einbeziehen und dies im Sinn einer notwendig gewordenen tief greifenden geistigen und politischen Erneuerung angesichts zahlreicher Symptome der Dekadenz und Erschlaffung.“⁸ Die neonazistische Gesellschaft für freie Publizistik stellte ihren deutschlandpolitischen Kongress vom 28.-30. September 1984 in Kassel unter das Leitwort „Mut zur geistigen Wende“ und veröffentlichte die Referate im NATION EUROPA VERLAG Coburg.

Einer der Initiatoren des Wechsels vom Herbst 1982, Otto Graf Lambsdorff (FDP), trat im Juni 1984 im Zusammenhang mit der Flick-Spendenaffäre als Bundesminister für Wirtschaft zurück. Zuvor war der Versuch der Koalition gescheitert, sich in dieser Angelegenheit selbst zu amnestieren. Wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung wurde Lambsdorff 1987 zu einer Geldstrafe von 180.000 DM verurteilt. Im Ergebnis der Affäre musste Barzel im Oktober 1984 sein erst im Vorjahr übernommenes Amt als Bundestagspräsident niederlegen. Kohl konnte damals den Skandal äußerlich unbeschadet überstehen. Die gerade auch von ihm salbungsvoll vorgetragenen Ankündigungen einer *Geistig-moralischen Wende* fanden mit der Aufdeckung gesetzwidriger Zuwendungen an die Partei, deren Vorsitzender er seit 1973 war, ihre höchst lebensnahe Illustration. 1999 wurde bekannt, dass das verfassungswidrige Gebaren ungeachtet der damaligen Kritik in der Folgezeit fortgesetzt wurde. Ein Kommentator erinnerte in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 5. März 2001 an die Vorgeschichte: „Sich selbst hat die CDU allerdings schwer beschädigt. Dass die Partei, die mit dem Anspruch einer ‚geistig-moralischen Wende‘ die Regierung übernommen hatte, an ihren eigenen Maßstäben gemessen

⁵ Günter Rohrmoser: Geistige Wende? In: Criticon, 86, November/Dezember 1984, S. 261. Vgl. auch ders.: Geistige Wende warum, Mainz 1984.

⁶ Ders.: Das Debakel. In: Criticon, 89, Mai/Juni 1985, S. 109.

⁷ Ders.: Das Debakel. Wo bleibt die Wende? Fragen an die CDU. Eingeleitet von Caspar von Schrenck-Notzing. Mit Beiträgen von Ursula Besser, Heinz Burneleit, Manfred Abelein, Uwe Greve, Emil Schlee, Krefeld 1985 (edition d).

⁸ Klaus Hornung (Hg.): Mut zur Wende. Grundlagen und Auftrag einer Politik der Erneuerung, Krefeld 1985, S. 11. Unter den Autoren sind: Nikolaus Lobkowicz, Hans Graf Huyn, Herbert Hupka, Dieter Farwick, Christa Meves, Heinz Karst und Heinz-Dietrich Ortlieb.

sen wurde, war nicht unbillig. Kohl gab mit seinem Verstoß gegen das Parteiengesetz und mit der Weigerung, die Spendernamen zu nennen, der CDU in der parteipolitischen Auseinandersetzung eine Blöße, die sie bis heute schwächt.“

Das Dilemma, entweder sozialkonservative Volkspartei oder konservativ-nationalistische Vorhut und Sammelbecken aller Schattierungen der Rechten zu sein, dauert für die Unionsparteien am Beginn des 21. Jahrhunderts an. Es wurzelt in den Zwiespältigkeiten der sozialen Basis und der Interessenpolitik, die die Partei für die Oberschichten wahrzunehmen hat und die gleichzeitig einer sozial breit gefächerten Wählerschaft als in ihrem Interesse liegend vermittelt [98:] werden sollen. Die intellektuelle Vertiefung einer konservativen Position führt in der Regel zu einer Rechtsverschiebung, vor der einfluss-reiche Kräfte schließlich immer wieder zurückschrecken. Die Erinnerung an die Resultate eines radikalen Konservatismus in der Weimarer Republik – die Konservative Revolution – ist noch nicht gebannt. Die Gratwanderung zwischen Ideologisierungskonzepten à la *Geistig-moralische Wende* und machtpolitischem Pragmatismus wird andauern; ihr schließlicher Ausgang wird von den historisch-politischen Bedingungen und Kräfteverhältnissen abhängen.

[99:]

KAPITEL 2 SPRÜCHE, FORMELN UND LEGENDEN

Ran wie Blücher an der Katzbach

Von Kurt Pätzold

Die Deutschen, denen das Sprachbild für lange Zeit ein weit verbreitetes und oft verwendetes Sprichwort wurde, mochten weder wissen, wo der Fluss sich der Oder zuwand, von dem da die Rede war, noch mit dem Ereignis, das seinen Namen wohl nur Geschichtskundigen über Schlesiens Grenzen hinaus bekannt gemacht hatte, eine genauere Vorstellung verbinden. Die Wendung *Ran wie Blücher* – in dem im Schlesischen geläufigen Gebrauch wohl meist mit der auf das wirkliche oder vermeintliche Verdienst der Vorfahren gemünzten Ergänzung *an der Katzbach* – besagte in vieler Munde einfach: eine Arbeit oder Aufgabe kurz und äußerst entschlossen anzupacken und sie zum beabsichtigten guten Ende zu bringen.

Der Ursprung der Wortwendung liegt wie die vieler ähnlicher im Dunkeln und dürfte am wahrscheinlichsten unter den Soldaten der schlesischen Armee zu suchen sein, die Gebhard Leberecht von Blücher an jenem 26. August 1813 in der Schlacht an jener Katzbach (heute polnisch: Kaczawa) befehligte und gegen ein etwa 100.000 Mann starkes Heer unter dem französischen Marschall Jaques Etienne Joseph Alexandre Macdonald zum Siege führte. Der war, das mag die Erinnerung zusätzlich geprägt haben, da die Gewehre in Nässe und Regen meist versagten, vorwiegend im mörderischen Kampf Mann gegen Mann mit Bajonett und Kolben errungen worden. Sechs Tage nach der Schlacht schrieb der Armeebefehlshaber seiner Frau, er habe die letzten Franzosen „Über die Grentze nach Saxen gejagt“.¹

Blücher wurde von da an und vermehrt durch seinen Part in den folgenden Kriegsereignissen und über seinen Tod hinaus bei den Soldaten, die unter seinem Befehl an den Gefechten und Schlachten teilgenommen hatten, ein hochverehrter Held. Beteiligte am Kriege und später dessen Veteranen eigneten ihm einen Hymnus zu, verfassten ein Katzbachlied und schrieben Gedichte auf den Heerführer. Zum Kult aber steigerte sich die Blücherverehrung im Zusammen-[100:]hang mit den ein Jahrhundert nach der Schlacht veranstalteten Jubelfeiern, die sich den ideologischen Vorbereitungen des Deutschen Kaiserreiches auf einen Krieg einordneten, in dem wiederum Frankreich der Kriegsgegner sein würde. Da griffen Autoren und Zeichner in Scharen zur Feder, um in „Volks- und Jugendbüchern“ die Geschehnisse von 1813/1814 „lebendig“ zu schildern und auszumalen. Mit der Völkerschlacht bei Leipzig bildete die Schlacht im Niederschlesischen mehrfach das Thema von Publikationen. Sie gab auch den Gegenstand für ein „Vaterländisches Festspiel“. *Ran wie Blücher* – der Ruf erhielt nun einen Unterton, den viele sich noch nicht entschlüsseln konnten, den sie aber ein Jahr später – 1914 – gewahr wurden. Nur wer in der deutschen Sozialdemokratie und deren Umfeld gelesen hatte, was der Historiker Franz Mehring über diese Art schrieb, sich der Geschichte zu erinnern und sie für Machtinteressen zu verwenden, war gewarnt. Das galt für eine Minderheit.

Die Schlacht an der Katzbach trug sich nach jener Wendung europäischer Geschehnisse zu, die sich ein Jahr zuvor im fernen Moskau angebahnt hatte. Die Soldaten des Kaisers der Franzosen waren in der Schlacht bei Borodino zwar nicht besiegt worden, sie hatten auch in die Trümmer und Ruinen Moskaus nach dem Brand der Stadt einziehen können, aber sie waren erschöpft und zermürbt. So mussten sie sich westwärts auf den Rückzug begeben. Dann waren sie an der Beresina vernichtend geschlagen worden. Demoralisiert, zerlumpt, mit Wunden des Kampfes und der Erfrierungen bedeckt, wälzte sich nach Mitteleuropa, was von der Großen Armee geblieben war. Maler haben die Szenerie in Bildern festgehalten. In einem zeitgenössischen Gedicht hieß es: Mit Mann und Ross und Wagen,/so hat sie Gott geschlagen; häufig wurde es später zitiert, leicht abgeändert in die Worte: hat sie der Herr geschlagen.

¹ Blücher in seinen Briefen. Hg. v. J. R. Haarhaus, Leipzig 1913.

Erst nach dieser Wende vermochten sich in Preußen jene Reformer durchzusetzen, die insgeheim schon die Erhebung gegen das napoleonische Regiment vorbereitet hatten. Sie waren es auch, die bei König Friedrich Wilhelm III. die erneute Aktivierung Blüchers und seine Betrauung mit dem Befehl über die aus Linien- und Landwehreinheiten bestehende preußische Armee durchsetzten, die von da an im Bündnis mit Truppen des Zaren kämpften. Der General war, als er den Militärrock wieder anzog, 70 Jahre alt, und er tat das zum dritten Mal in seinem Leben. Zuerst war er als junger Bursche in die schwedische Armee eingetreten, von der er nach drei Jahren in die preußische Friedrichs II. wechselte. Die verließ er 1770 verärgert, weil er sich [101:] seinem Verdienst gemäß nicht befördert fühlte. 1787, der Wechsel auf dem Thron war eben erfolgt, kehrte der Gutsbesitzer in die Armee zurück und war in den folgenden Jahren an Feldzügen der verbündeten feudalen Mächte beteiligt gewesen, die das revolutionäre Frankreich bekriegten. Nach der verheerenden Niederlage, die Preußen 1806/07 erlitt, verblieb Blücher in der Armee, bis er im Jahre 1812 seine Entlassung bekam. Nicht für lange Zeit, wie gesagt.

Der preußische General, der in den beiden folgenden Jahren auf vielen Schlachtfeldern befehligte, Siege erfocht und Niederlagen zu quittieren hatte, dessen Name sich mit den legendären Schlachten von Leipzig und bei Waterloo verband, der von seinem König zum Feldmarschall befördert und zum Fürsten von Wahlstatt (nach dem Namen des auf einer Anhöhe gelegenen Ortes und Klosters, von dem aus sich das Schlachtfeld an der Katzbach übersehen ließ) erhoben wurde, dem der Monarch einen eigenen Orden stiftete und verlieh, den die Universität Oxford, das kann wohl die kurioseste seiner Ehrungen genannt werden, zum Doktor der Rechte machte, und der mit Gutsbesitz in Schlesien reich beschenkt wurde, war und blieb unter den nicht so wenigen Nationalhelden der antinapoleonischen Befreiungskämpfe und -kriege von Scharnhorst und Gneisenau bis zu den Lützower Jägern und dem Korps des Majors Schill der populärste. Unter den russischen Truppen, die ihm zeitweilig unterstellt gewesen waren, soll die dann erst ins Deutsche übersetzte anerkennend-bewundernde Bezeichnung Blüchers als „Marschall Vorwärts“ aufgekommen sein. In einem diesen Ehrentitel schon in der Überschrift benutzenden mordspatriotischem Gedicht überlieferte Friedrich Rückert diese Version und half sie bekannt machen.

Was trug dem Manne schon zu Lebzeiten so viel Verehrung ein? Was bewirkte, dass ihm in seiner Geburtsstadt Rostock schon kurz vor seinem Tode, am 6. Jahrestag der Schlacht an der Katzbach, ein Denkmal errichtet wurde, das Johann Gottfried Schadow geschaffen, zu dem Goethe einen Spruch beigesteuert und auf dessen Verlangen der Bildhauer Blüchers Abbild in antikem Gewand auf einen Sockel gestellt hatte? Wie erklärt sich, dass so bald nach seinem Ableben die Aufrichtung von Bronzestatuen 1826 in Berlin und 1827 Breslau folgten, beide von Christian Rauch, der die eine im Auftrag des Königs, die andere auf Bestellung der Provinz Schlesien angefertigt und zuvor schon die Büste für das Grabmal des Marschalls geschaffen hatte? (Bemerkenswert ist an diesen Denkmälern übrigens, dass keines den Kavalleristen Blücher zu Pferde zeigt.)

[102:] Wodurch wurde Blücher ein so lang dauerndes Andenken bewahrt, das bis heute auch in öffentlichen Räumen wachgehalten wird? Was verschaffte ihm gar Eingang in den Sprichwortschatz der Deutschen?

Vor allem war das seine Rolle in entscheidender Zeit. Friedrich Engels urteilte in einem Brief an Karl Marx, Blücher habe „durch einen Sieg und eine tüchtige Verfolgung (Katzbach) eine kompakte Armee bilden“ können, „die zu allem kapabel war“, und rühmte den Marschall, ohne den die Kampagne von 1813 und 1814 „ein ganz andres Ende genommen haben würde“. Blücher befehligte in Frankreich die gesamte preußische Armee, welche Napoleon die definitive Niederlage bereiten half. Seine Verdienste waren in einem Kriege errungen, der den Namen Befreiungskrieg erhielt und an Denkwürdigkeit alle militärischen Aktionen übertraf, an denen sich Preußen im Jahrhundert zuvor beteiligt hatte. Blücher war bei seinen Soldaten und unter seinen Offizieren ein angesehener Mann, der ungeachtet seines hohen Alters die Strapazen dieses Kriegszuges auf sich nahm. Er von imponierendem Äußeren, wusste sich als Kavallerist nicht nur noch immer auf Pferderücken, die ihm von Jugend an vertraut war, zu halten, sondern konnte selbst Unfälle noch glücklich überstehen. Wer unter Blücher gekämpft hatte, verbreitete Geschichten und Legenden, sie sich um seine Person rankten. Um seine

Person entstanden Anekdoten, die dafür sprechen, dass der Mann zwischen seinem und anderer Verdienst zu unterscheiden wusste. So soll er sich später bei einem Empfang gerühmt haben, er könne seinen eigenen Kopf küssen. Zum Beweise dessen ging er auf Gneisenau zu und küsste seinen einstigen Generalstabschef, dessen Hirn so viele Ideen entsprungen waren, die den Ruhm des „Marschall Vorwärts“ angehäuft hatten.

Für die Rückblickenden kam hinzu, dass die Kavallerie mit der fortschreitenden Waffentechnik zunehmend an Bedeutung verlor und auf sie mehr und mehr ein romantisierender Glanz zu fallen begann. Blücher stand – jedenfalls für die Kriege unter Beteiligung deutscher Truppen – auch für das Ende jener Blütezeit, da die Berittenen als die beweglichste Truppe Schlachten auf deren Höhepunkt zu entscheiden, mitunter zu wenden vermochten.

Eine Folge dieser Entwicklung mochte es sein, dass *Ran wie Blücher an der Katzbach* später weniger die Bedeutung einer ermunternden Weisung oder eines strikten Befehls auf Kasernenhöfen, Manöverfeldern oder in Kriegen besaß. Die Wortwendung zivilisierte sich [103:] gleichsam. Dann wurde sie – ungeachtet dieses Wandels – immer weniger gebraucht und ging zunehmend verloren. Ihre kriegerische Herkunft und das geschichtlich ferne Kriegsbild passten schlecht in eine Zeit, da die Deutschen den Zweiten Weltkrieg hinter sich hatten und unter ihnen eine – wenn auch, wie sich am Ende des 20. Jahrhunderts zeigen sollte, nicht durchweg gefestigte – Ablehnung von Kriegen sich herausbildete. Zudem: Hinter den massenmörderischen Schlachten von Verdun und bei Stalingrad waren diejenigen verblasst, die vor Generationen an der Katzbach und bei Waterloo sich ereigneten und an die nur Inschriften in Kirchen und kaum noch Soldatengräber erinnern.

Das hat auch bewirkt, dass eine andere früher oft gebrauchte sprichwörtliche Wendung, die sich mit dem Namen Blüchers verbindet, weitgehend aus dem Alltagsgebrauch verschwand. Sie lautete: Ich wollte, es wäre Nacht und die Preußen kämen. Der dringliche Wunsch nach der Verstärkung seiner Kräfte ist dem britischen Oberbefehlshaber Feldmarschall Arthur Wellesley, Duke of Wellington, in den Mund gelegt worden. Er bezieht sich auf die schwierige Lage, in der er sich 1815 in der Schlacht bei Waterloo vis-à-vis den Truppen sah, über die der aus Elba zurückgekehrte Napoleon gebot. Blüchers preußische Streitmacht, wiewohl soeben bei Ligny geschlagen, konnte nach einem Plan des Generalstäblers Neidhardt von Gneisenau dennoch rechtzeitig in die Schlacht geführt werden. Sie wurde zur letzten des Kaisers der Franzosen. Ein Waterloo erleben, das hieß später: eine absolute Niederlage erleiden. Auch in diesem Sinne wurde in der Umgangssprache an den Ort erinnert, bis – ohne dass der Bezug eine ähnliche Verbreitung fand – an die Stelle des belgischen Dorfes in der Provinz Brabant der Name der sowjetischen Stadt Stalingrad gesetzt wurde. Das Wellington zugeschriebene Wort lebte nicht nur im Gebrauch durch diejenigen fort, die Preußen eine durch den Lauf der Geschichte ungedeckte militärische Unbesiegbarkeit andichteten. Im Alltag drückte die Redewendung schlicht einen Stoßseufzer aus. Es benutzte sie, wer hoffte, aus verzwickter Lage mit fremder Hilfe hinausgelangen zu können.

Blüchers Name lebte und lebt fort. Heute in den Bezeichnungen von Straßen und auch von Kasernen der Bundeswehr, nachdem die Namensgebung von Regimentern – das Königlich preußische Husarenregiment (Pommersches) Nr. 5 nannte sich nach Blücher – aus der Mode kamen. Die Biographie des Marschalls wurde hingegen immer weniger zur Kenntnis genommen. Schon zu einer Zeit, als lebende wie [104:] tote Kriegshelden aus deutscher Vergangenheit stark gefragt waren, im Zweiten Weltkrieg, wurde in einer herben Kritik an der sinkenden Allgemeinbildung der Studierenden beispielhaft vermerkt, davon zeuge auch, dass Blücher für einen Feldherrn des Siebenjährigen Krieges gehalten werde.²

² Meldungen aus dem Reich, Nr. 323, 5. Oktober 1942, Bd. 11, S. 4282.

Gelobt sei, was hart macht

Von Heinz Malorny

Der Satz *Gelobt sei, was hart macht* wurde durch Friedrich Nietzsche zu einem geflügelten Wort von großer gesellschaftlicher Tragweite. Wir finden den Satz in seinem bekanntesten und meistgelesenen Werk „Also sprach Zarathustra“, im 1884 erschienenen dritten Teil. Nietzsche lässt dort den altperischen Religionsstifter Zarathustra, dem er seine Gedanken in den Mund legt, über seinen „Weg der Größe“ sprechen, über den härtesten Weg des Aufstiegs zu seinem Gipfel, auf dem er auf seinen eigenen Kopf und über sein eigenes Herz steigen müsse, auf dem das Mildeste an ihm noch zum Härtesten werden müsse: „Wer sich stets viel geschont hat“, lesen wir, „der kränkelt zuletzt an seiner vielen Schonung. Gelobt sei, was hart macht! Ich liebe das Land nicht, wo Butter und Milch – fließt!“¹

Nietzsche hat sich in seinem Zarathustra-Buch und den nachfolgenden Schriften und Nachlass-Aufzeichnungen wiederholt für größte Härte ausgesprochen; er umgab sie mit dem Nimbus der Vornehmheit, der Auserwähltheit, des Adels; er verband sie mit den Wertvorstellungen einer aristokratischen Herrenmoral, den Eigenschaften Stärke, Männlichkeit und Mut, Unabhängigkeit, Freiheit und Selbstbestimmtheit, mit Strenge und Macht über sich selbst und Kraft zum Schaffen, zugleich aber vorrangig auch mit dem Bösen im Menschen als „seine(r) beste(n) Kraft“², mit den „starken und gefährlichen Trieben wie Unternehmungslust, Tollkühnheit, Rachsucht, Verschlagenheit, Raubgier, Herrschsucht“³, mit Kampflust, Kriegstüchtigkeit und Lust am Vernichten, mit Grausamkeit und Raubtierhaftigkeit.

Es sei hier darauf hingewiesen, dass Härte als Eigenschaft von Menschen und gesellschaftlichen Phänomenen je nach Grad und [105:] Zielrichtung im Alltagsbewusstsein und der Literatur sehr unterschiedliche Bewertungen erfährt. Es ist niemand zu verwehren, hart in seinen Forderungen an sich selbst im Sinne von Selbsterziehung zu Selbstbeherrschung, Leistungswillen und Ausdauer, zum Durchstehen großer Anstrengungen und schwieriger Situationen, zum Aushalten von Niederlagen und Schicksalsschlägen, von Krankheit, Leid und Schmerzen zu sein, „Härte im Hinnehmen“ zu zeigen. Solches Verhalten erfreut sich in der Regel hohen Ansehens.

Ganz anders zu beurteilen ist die egoistische Härte im Verhalten gegenüber anderen Menschen, die diese als bloßes Objekt willkürlicher Einwirkung betrachtet und mit Unterdrückung ihres Willens, ihrer Gedanken, Gefühle und Zielstellungen verbunden ist. Diese Härte erscheint als Gefühllosigkeit, Rücksichtslosigkeit, Mitleidlosigkeit, als Beiseitedrängen und Ruinieren im Konkurrenzkampf, als Ausbeutung, Erpressung, Gewalttätigkeit und Terrorismus, als tyrannische Herrschaft, drakonische Gesetzgebung und Rechtsprechung; sie gipfelt in der Bereitschaft zum Wahnsinn des massenhaften Hinschlachtens von Menschen in Raub- und Eroberungskriegen und Mordaktionen großen Stils.

Gerade eine solche menschenverachtende Härte propagiert Nietzsche in seinem „Philosophieren mit dem Hammer“ im letzten Jahrzehnt seines bewussten Lebens vom Anfang der 80er Jahre bis zum geistigen Zusammenbruch im Januar 1889. Der persönlich empfindsame Mensch Nietzsche sieht im Schonen und Mitleiden seine größte Gefahr und fordert sich selbst zur größten Härte auf, um stark genug zur Erfüllung seiner selbst gestellten Aufgabe zu sein: der Umwertung aller Werte, die die Weltgeschichte in zwei Teile zerbrechen und damit den bisherigen geschichtlichen Irrweg der Menschheit beenden soll. Der Pfarrerssohn aus Röcken erklärt Gott für tot und sich selber zum Antichristen⁴, zum „erste(n) vollkommene(n) Nihilist(en), zum ersten Immoralisten“ und damit zum „Vernichter par excellence“.⁵

¹ Friedrich Nietzsche, Kritische Studienausgabe. Hg. v. G. Colli und M. Montinari, Deutscher Taschenbuch Verlag, de Gruyter, 2. durchges. Aufl., Bd. 4, S. 194. Im folgenden wird aus dieser Ausgabe zitiert (Band, Seite). Alle Hervorhebungen im Original.

² 4, 274.

³ 5, 122.

⁴ 3, 481; 6, 302.

⁵ 13, 190; 6, 366.

Seine Umwertung der Werte ist die gnadenlose Zerstörung der Werte, Ideale, Leitbilder und Verhaltensnormen der überkommenen Moral, der Glaubenssätze der christlichen Religion und der Kategorien der europäischen Philosophie seit Sokrates und Plato. Für Nietzsche ist all das die „Verlogenheit von Jahrtausenden“⁶, die in die Welt durch den „Sklavenaufstand in der Moral“⁷ kam, den die jüdischen Priester in Gang gesetzt und die christlichen Theologen weitergeführt und in der Welt verbreitet haben.⁸ Das Christentum, die [106:] Herdenreligion⁹ und seine Moral der Demut, des Mitleids und der Nächstenliebe führte unter dem Vorwand der „Verbesserung des Menschen“, seiner Wandlung zu einem „guten Menschen“ jene „krankhafte Verzärtlichung und Vermoralisierung“, Verweichlichung und Verweiblichung herbei, „vermöge deren das Getier ‚Mensch‘ sich schließlich aller seiner Instinkte schämen lernt“.¹⁰

Nietzsche machte die christliche Religion und ihre in seinen Augen größte Lüge, die „Gleichheit der Seelen vor Gott“¹¹, verantwortlich für die aufklärerischen Ideen Rousseaus und – in deren Gefolge – für die Französische Revolution und ihre Losungen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und für alle nachfolgenden Revolutionen: „... christliche Werturteile sind es, welche jede Revolution bloß in Blut und Verbrechen übersetzt!“¹² Das Christentum erklärt er zur historischen Wurzel für alles, was er als das Unheil und die Dekadenz seiner Zeit ansah und vehement bekämpfte: den Vormarsch von „Pöbelbewegungen“ und ihrer „modernen Ideen“, die Verbreitung einer „dick wattierten Humanität“¹³, die Idee der Volkssouveränität und der gleichen Rechte für alle, den Liberalismus und Konstitutionalismus, die moderne Demokratie und den „parlamentarischen Blödsinn“ als „die historische Form vom Verfall des Staates“¹⁴, die Frauenemanzipation, die soziale Frage, die Arbeiterbewegung, den Anarchismus und den Sozialismus.

An die Stelle der von ihm widerlegt geglaubten tausendjährigen „Lügen“ setzte Nietzsche seine neuen „Wahrheiten“, seine Werte und Leitbilder: die Lehren vom Willen zur Macht, von der ewigen Wiederkehr des Gleichen und dem „amor fati“, von der Sklaverei als Bedingung jeder höheren Kultur und der Naturgemäßheit einer strengen Rang- und Kastenordnung, von der Notwendigkeit „neuer Herren der Erde“ und der zielstrebigem Züchtung des Übermenschen. Alle diese Lehren beruhen auf dem Imperativ „Werdet hart“, sie begründen philosophisch eine mitleidlose, menschenverachtende Härte auf Seiten der Herrschenden. Zentrale Bedeutung hat dabei der Wille zur Macht, verstanden nicht als darwinscher bloßer „Kampf ums Dasein“, sondern als Kampf um unaufhörliches Wachstum der Macht, um Übermacht, als Verdrängungswettbewerb, der die Menschen einander gegenüberstellt, der als Überwältigung, Unterwerfung, Versklavung und Ausbeutung des Schwächeren durch den Stärkeren fungiert. Für Nietzsche ist das kein Unrecht, insofern das Leben selbst „essentiell, nämlich in seinen Grundfunktionen verletzend, vergewaltigend, ausbeutend, vernichtend fungiert“¹⁵, weil der [107:] Wille zur Macht eben der Wille des Lebens und sogar das innerste Wesen alles Seins, die Essenz der Welt sei.¹⁶

Diese Lehre ist von einer völligen Blindheit gegenüber der einfachen Tatsache, dass nicht der Kampf der Menschen gegeneinander, ihre Lust an der Zerstörung und am Töten, sondern ihre Gemeinschaftlichkeit, ihre Humanität, ihre Solidarität, ihr Zusammenwirken bei der Schaffung ihrer Lebensgrundlagen in der materiellen Produktion, alles das, was Nietzsche als die Herdentierhaftigkeit des Menschen diffamiert, die Bedingungen für das Leben der Gesellschaft schafft, dass der Mensch kein Robinson, sondern ein gesellschaftliches Wesen ist.

⁶ 6, 365 f.

⁷ 5, 268.

⁸ 6, 101 f.

⁹ 12, 569.

¹⁰ 5, 302.

¹¹ 6, 252; 13, 424.

¹² 6, 218.

¹³ 6, 137.

¹⁴ 5, 139; 2, 306.

¹⁵ 5, 312.

¹⁶ 5, 208; 13, 260; 5, 107.

Doch nicht genug damit. Nietzsche begeistert sich für das barbarische Wüten des Adels aus den Frühzeiten der Völker. Auf dem Grunde dieser „vornehmen Rassen“ sei „das Raubtier, die prachtvolle, nach Beute und Sieg lüstern schweifende blonde Bestie nicht zu verkennen“. Sie erweisen sich in ihrem Vorgehen den Menschen außerhalb ihrer Kaste und Fremden gegenüber als „frohlockende Ungeheuer, welche vielleicht von einer scheußlichen Abfolge von Mord, Niederbrennung, Schändung und Folterung mit einem Übermute und seelischem Gleichgewichte davongehen, wie als ob nur ein Studentenstreik vollbracht sei, überzeugt davon, dass die Dichter für lange nun wieder etwas zu singen und zu rühmen haben“.¹⁷ Nietzsche findet diese „prachtvollen“ Bestien zwar zum Fürchten, will sie aber dennoch bewundern. Der klassische Humanismus hatte am Menschen nicht seine mögliche Raubtierhaftigkeit bewundert, sondern ihn aufgefordert, „edel hilfreich und gut“ zu sein, „denn das allein unterscheidet ihn von allen Wesen, die wir kennen“ (Goethe). Nietzsche dagegen sieht im „guten Menschen“ einen „decadent“, das „Herdentier“, „die größte Gefahr aller Menschen-Zukunft“, „die schädlichste Art Mensch“.¹⁸ „Zerbrecht, zerbrecht mir die Guten und Gerechten!“¹⁹ fordert Zarathustra.

Nietzsches Selbstermutigung zur größten Härte erreicht ihre schlimmste Ausprägung in seinen Züchtungs- und Vernichtungsphantasien. Der Mensch sei etwas, das überwunden werden soll²⁰ durch bewusste Züchtung einer kleinen europäischen Herrscherkaste mit unumschränkter Gewalt, der starken und gesunden „neuen Herren der Erde“ und, noch über ihnen, eines „Übermenschen“, eines „Typus höchster Wohlgeratenheit“, eines „Luxus-Überschusses der Menschheit“.²¹ Nietzsche entwirft dafür ein Programm von Maßnahmen, die er als „große Politik“, gerichtet auf Eroberung der Erd-[108:]herrschaft²², der in seinen Augen bornierten kleinen Politik der europäischen Nationalstaaten, darunter der Politik Bismarcks, gegenüberstellt. Er hält „eine Kriegs-Erklärung der höheren Menschen an die Masse“ für erforderlich.²³ Es bedürfe „einer Lehre, stark genug, um züchtend zu wirken: stärkend für die Starken, lähmend und zerbrechend für die Weltmüden“. Er zählt auf: „Die Vernichtung der verfallenden Rassen. ... Die Vernichtung der sklavenhaften Wertschätzungen. Die Herrschaft über die Erde, als Mittel zur Erzeugung eines höheren Typus. Die Vernichtung der Tartüfferie, welche ‚Moral‘ heißt. ... Die Vernichtung des suffrage universel: d. h. des Systems, vermöge dessen die niedrigsten Naturen sich als Gesetz den höheren vorschreiben.“²⁴

Um die weitere Vermehrung der Viel-zu-Vielen, der Minderwertigen zu verhindern, hält er „härteste Zwangs-Maßregeln, Freiheits-Entziehungen, unter Umständen Kastrationen“²⁵ für unumgänglich, fordert er dazu auf, „jene ungeheure Energie der Größe zu gewinnen, um durch Züchtung und anderseits durch Vernichtung von Millionen Missratener, den zukünftigen Menschen zu gestalten und nicht zu Grunde zu gehen an dem Leid, das man schafft, und dessen Gleichen noch nie da war!“²⁶ An anderer Stelle schreibt er: „... wir machen einen Versuch mit der Wahrheit! Vielleicht geht die Menschheit dran zu Grunde. Wohl an!“ Darüber setzte er die ebenso falsche wie zynisch-amoralische Losung des gefürchteten islamischen Assassinen-Ordens aus dem 12. Jahrhundert: „Nichts ist wahr, alles ist erlaubt.“²⁷

Nietzsche musste allerdings das Lob und die Moral der mitleidlosen Härte und „Energie der Größe“ nicht erfinden; sie sind schon sehr alt. Schon in den Frühzeiten der Völker entwickelten sich gleichzeitig mit der Wertschätzung harter und scharfer, damit effektiver Werkzeuge bei der Schaffung der Lebensgrundlagen im Arbeitsprozess auch die Hochschätzung ebensolcher Werkzeuge zur Tötung

¹⁷ 5, 275.

¹⁸ 13, 604 ff.; 13, 608; 4, 267.

¹⁹ 4, 267.

²⁰ 4, 14.

²¹ 6, 300; 12, 462.

²² 5, 140.

²³ 11, 60.

²⁴ 11, 69.

²⁵ 13, 599.

²⁶ 11, 98.

²⁷ 11, 88.

von Menschen, der Waffen und derer, die sie in Kämpfen erfolgreich zu führen verstanden. Die ältesten Heldensagen der Völker berichten von kampffrohen, starken und harten Recken und ihren Siegen, die Geschichtsschreibung seit der Antike bezeichnete vor allem jene Herrscher und Feldherren als groß, die in Schlachten und Eroberungszügen siegten und mächtige Reiche schufen und vergrößerten. In der gesamten Menschheitsgeschichte bildeten Habsucht und Herrschsucht, Ruhmsucht und Rachsucht, besonders ausgeprägt bei den Herrschenden und Besitzenden und Immer-mehr-besitzenden [109:]Wollenden, bei dem speziellen Berufstand der Waffenträger und den Erfindern und Produzenten immer neuer Waffen mit vergrößerter Tötungs- und Zerstörungskraft die Antriebe zu immer neuen Kriegs- und Eroberungszügen; sie machten bis heute die Geschichte zu einer Schlachtbank der Völker. Und dienstbeflissene Ideologen, Dichter, Denker und Mythenschöpfer, Politiker und Militärtheoretiker, Philosophen, Theologen, Historiker und Pädagogen schufen ein umfassendes teils zynisch-offenes, teils heuchlerisch-demagogisches System der theoretischen Begründung und Rechtfertigung, der Glorifizierung, Heiligung und Deifizierung des Krieges, der siegreichen Feldherren, der Helden und des Heldentodes. Das Recht zum Kriegführen und die Rüstung zum Kriege wurde zum Ausdruck der Souveränität des Staates erklärt, die Armee erzog in einer Dressur die Männer zur technischen Fähigkeit und körperlichen und psychischen Härte zum Töten und zum Sterben. Der Satz *Gelobt sei, was hart macht* kann als Losung über jeder Kadettenanstalt und Kaserne stehen. Politik und Ideologie lieferten Kriegsgründe und Feindbilder für den Marsch ins Feld. Zu Lebzeiten Nietzsches entwickelten sich die menschenverachtenden Ideologien des Chauvinismus, Rassismus, Kolonialismus, Sozialdarwinismus und der Eugenik zur Blüte.

Nietzsche kannte das alles. Er hatte im Dienst bei der Feldartillerie in Naumburg die Härte der militärischen Ausbildung und durch eine kurze freiwillige Teilnahme als Sanitäter am Deutsch-französischen Krieg 1870 auch die Härte und die Schrecken des modernen Krieges und die Leiden der Verwundeten kennen gelernt. Aber das hielt ihn nicht davon ab, im letzten Jahrzehnt seines bewussten Denkens in seiner Umwertung aller Werte die umfassendste und wirksamste weltanschaulich-theoretische Begründung für eine Moral der brutalen Härte, des Krieges, der Menschenzüchtung und der massenhaften Ausmerzungen der als minderwertig Hingestellten zu entwerfen, verbunden mit der böartigen Herabsetzung des solidarisch-humanen Denkens und Verhaltens und des menschlichen Strebens nach Frieden, Sicherheit und Glück.

Nietzsches Philosophie hat im 20. Jahrhundert eine außerordentlich vielfältige Wirkung auf allen Gebieten des Geisteslebens ausgeübt; er hat auch zahlreiche Menschen fasziniert, berauscht, verwirrt und irregeführt, die eigentlich hätten seine Gegner sein müssen. Nicht erstaunlich ist dagegen die verhängnisvolle Wirkung seiner Ideen bei der Entwicklung und Ausbreitung reaktionärer menschenfeindlicher Ideologien. Es ist gewiss kein Zufall, dass sein „Zarathustra“ in 150.000 [110:] Exemplaren einer Feldpostausgabe in die Tornister der Soldaten schon des ersten Weltkrieges gelangte,²⁸ doch wohl um den Kampfgeist der Truppe zu stärken. Im Dreck des Schützengrabens, während der Pausen des Trommelfeuers sollten sie lesen, was Zarathustra verkündet: „... der gute Krieg ist es, der jede Sache heiligt ... Der Mann soll zum Kriege erzogen werden und das Weib zur Erholung des Kriegers ... So will ich Mann und Weib; kriegstüchtig den Einen, gebärfreudig das Andre“.²⁹

Nietzsche hielt „die größten und furchtbarsten Kriege“ als zeitweilige „Rückfälle in die Barbarei“ für unentbehrlich: „Es ist eitel Schwärmerei und Schönseelentum, von der Menschheit noch viel (oder gar: erst recht viel) zu erwarten, wenn sie verlernt hat, Kriege zu führen. Einstweilen kennen wir keine anderen Mittel, wodurch mattwerdenden Völkern jene raue Energie des Feldlagers, jener tiefe unpersönliche Hass, jene Mörder-Kaltblütigkeit mit gutem Gewissen, jene gemeinsame organisierende Glut in der Vernichtung des Feindes, jene stolze Gleichgültigkeit gegen große Verluste, gegen das eigene Dasein und das der Befreundeten, jenes dumpfe, erdbebenhafte Erschüttern der Seele ebenso stark und sicher mitgeteilt werden könnte, wie dies jeder große Krieg tut.“³⁰

²⁸ Steven E. Aschheim: Nietzsche und die Deutschen. Karriere eines Kults, Stuttgart/Weimar 2000, S. 138.

²⁹ 4, 59; 4, 85; 4, 264.

³⁰ 311 f.

Eine Hochzeit ihrer Wirkung erlangte Nietzsches „Philosophieren mit dem Hammer“ in der Ideologie des so genannten Jungkonservatismus in der Weimarer Republik (Oswald Spengler, Ernst Jünger u. a.), vor allem aber in den faschistischen Diktaturen, zuerst in der Mussolinis in Italien, dann in Deutschland unter Hitler. So wünschte sich Hitler seine Jugend: „... flink wie die Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Krupp-Stahl.“ Hart sollte das ganze deutsche Volk sein, angefangen beim kleinen Pimpf des Jungvolks über die Hitlerjugend, die Männer des Arbeitsdienstes und der SA bis zur Wehrmacht und Waffen-SS, das war die Forderung. Hart wie Krupp-Stahl wofür? Für den größten und blutigsten Krieg der Weltgeschichte mit dem Ziel der Eroberung der Weltherrschaft, für einen entsetzlichen rassistisch begründeten Völkermord.

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg war Nietzsches Ideenspenderrolle für die faschistische Ideologie im Osten und verbreitet auch im Westen, wenn auch nicht unwidersprochen, anerkannt. Im Zuge der weltweiten so genannten Nietzsche-Renaissance wurde die faschistische Ausbeutung seiner Ideen als „Missbrauch“ dargestellt, der erst durch die Verfälschung seines Werkes durch die Schwester Elisabeth Förster-Nietzsche ermöglicht worden sei. Welche Ideen [111:] Nietzsches sollen denn missbraucht worden sein? Die Begriffe von Freiheit, Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit, Humanität und Menschenliebe lassen sich missbrauchen und verfälschen, Nietzsches Lehren vom Willen zur Macht, von der ewigen Wiederkehr des Gleichen, der Notwendigkeit der Sklaverei oder von der Vernichtung von Millionen Misstratener lassen sich nicht missbrauchen, man kann sich zu ihnen bekennen und sie praktizieren oder aber ablehnen und entschieden bekämpfen. Letzteres ist angesichts der Virulenz dieser Lehren in Kreisen der Rechtsextremisten dringend geboten.

Seefahrt tut Not

Von Richard Lakowski

Die Redewendung *Seefahrt tut Not* wandelt den Titel des 1913 erschienenen Romans von Gorch Fock ab, der „Seefahrt ist Not!“ lautet. Dessen Autor, der eigentlich Johannes Kienau hieß, wurde am 22. August 1880 in Finkenwärder bei Hamburg geboren. Aus einer alteingesessenen Fischerfamilie stammend, konnte er aus physischen Gründen den schweren Beruf seines Vaters nicht ergreifen. Er lernte in Hamburg Kaufmann. In Geschichten und Versen beschrieb Fock seine norddeutsche Heimat und die Seefahrt. Damit folgte er einem Geschmack seiner Zeit. Seine Arbeiten machten ihn über Norddeutschland hinaus bekannt. Während des Weltkrieges diente er in der Kaiserlichen Marine, gehörte 1916 in der Seeschlacht vor dem Skagerrak zur Besatzung des Kleinen Kreuzers „Wiesbaden“ und überlebte dessen Untergang nicht.

Focks Buchtitel bot selbst schon die Abwandlung eines Satzes, der sich bei dem altgriechischen Schriftsteller Plutarch findet. Der erzählt von Pompeius, dieser sei, als Seeleute aufgrund eines Sturmes nicht auslaufen wollten, als erster an Bord gesprungen und habe die sich verweigernde Besatzung mit den Worten, „navigare necesse est, vivere non est“ (Seefahrt ist notwendig, leben ist nicht notwendig) bewogen, sich auf die gefährliche Fahrt zu begeben. Ähnlich markige Zitate sind uns von anderen mehr oder weniger berühmten oder bekannten Persönlichkeiten der Weltgeschichte überliefert und wurden zu verschiedensten Zeiten mit unterschiedlichen Zwecken und Zielen kolportiert.

[112:] In einer „Geschichte des preußischen Hofes“, die kritisch, aber nicht ungerecht verfasst ist, wird von Friedrich dem Großen berichtet, er habe die Gardes und die Kavallerie in seiner übermäßigen Verzweiflung über den Verlauf einer Schlacht mit den – später vielberufenen und abgewandelten – Worten ins Gefecht zurückgetrieben „Ihr Racker, wollt Ihr ewig leben?“¹ Mehr als zehntausend „Racker“ fielen im weiteren Verlauf des Kampfes. Nicht ihr Leben hatte ewig gewährt, das wurde nur von dem Ruhm behauptet, den sie errungen haben sollen.

Napoleon I. wird eine als besonders geistreich geltende Redewendung nachgesagt, die aus der Zeit nach der 1812 in Russland erlittenen Niederlage stammen soll: „... aber vom Erhabenen bis zum Lächerlichen ist nur ein Schritt.“ Auch der Franzosenkaiser kolportierte Vorläufer. Die Schreckensbilanz des Feldzuges aber lautete: Zu Tode kamen allein mehr als eine halbe Million Menschen, die der „Grande Armee“ zugehörten, wovon – was sich der „große“ Korse später zugute hielt – der geringste Teil Franzosen waren. Hinzu kamen die Umgekommenen der europäischen „Hilfsvölker“ und die gegnerischen Russen samt deren Heloten. Es bleibt das Geheimnis des Franzosenkaisers und seiner Bewunderer, in diesem blutigen Geschehen einen Schritt „zum Lächerlichen“ zu sehen. Ein ebenso gern und oft kolportierter Ausspruch ist die literarische Version der Worte des Kommandeurs der Alten Garde Napoleons während der Schlacht bei Waterloo, die gelautet haben sollen: „Die Garde fällt, aber sie ergibt sich nicht.“

Die als Geistesblitze ausgegebenen Worte der „großen Männer“ der Weltgeschichte und mancher ihrer Epigonen bezahlten die kleinen Leute, die ihren Befehlen folgten, häufig genug mit dem Leben und dem Elend derer, die sie zurückließen. Heinrich Heine, „(...) des großen Spötters und Napoleonverehrer (...)“, hat das aus einer anderen Perspektive und auf seine Weise mit den Versen ausgedrückt, die er zwei überlebenden Grenadiern des napoleonischen Russland-Abenteurers in den Mund legte: „Was schert mich Weib, was schert mich Kind! Ich trage weit bessres Verlangen; Lass sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind – Mein Kaiser, mein Kaiser gefangen!“²

Zurück zur See! Die Worte des Pompeius stehen noch heute als Inschrift am Lloyd-Haus in Bremen. Ihre verkürzte, im 19. Jahrhundert besonders in Deutschland populäre Version drückt im Grunde genommen eine Binsenwahrheit aus, die beispielsweise in Bezug auf den Straßenverkehr nie eine adäquate Formel gehabt hatte. Das [113:] „Seefahrt ist Not“ hatte es leicht, zur populären Losung zu

¹ Eduard Vehse: *Illustrierte Geschichte des preußischen Hofes, des Adels und der Diplomatie vom großen Kurfürsten bis zum Tode Kaiser Wilhelm I*, 1. Bd., Stuttgart 1901, S. 328.

² Heinrich Heine: *Buch der Lieder, Die Grenadiere*. In: *Gesammelte Werke*, Bd. 1, Berlin 1956, S. 172 f.

werden, da der vordergründigen Aussage nicht zu widersprechen war und sie zu einem Zeitpunkt Verbreitung fand, als das Deutsche Reich einen Gipfelpunkt seiner maritimen Bestrebungen erreichte. Dass sich dahinter zugleich eines der unerfreulichsten, aber bestimmenden Kapitel der Weltgeschichte verbarg, wurde als Selbstverständlichkeit hingenommen. Goethes Vers aus dem zweiten Teil seines Faust: „Ich müsste keine Schiffahrt kennen: Krieg, Handel und Piraterie, dreieinig sind sie, nicht zu trennen“, kannten die gebildeten Kreise, doch blieb es eine „akademische“ Feststellung. Deutsche fuhren zwar zur See, das „Navigare necesse est“ in die Realität von Seemacht umzusetzen blieb über Jahrhunderte jedoch Völkern vorbehalten, die in Staaten mit einer starken Zentralgewalt lebten.

Zur See zu fahren, zu fischen oder Seehandel zu betreiben, entsprang unterschiedlichen, in den seltensten Fällen, romantischen Motiven. Es waren profane Ziele, die im 15. Jahrhundert den aktivsten Teil der portugiesischen und spanischen Bevölkerung nach dem Ende der Reconquista hinaus auf See führten. Die arbeitslosen Krieger der iberischen Halbinsel lockten die Schätze des Orients, zu denen vor allem die in Europa buchstäblich mit Gold aufgewogenen Gewürze Ostasiens gehörten. Hierfür konnten die Vertreter des unterentwickelten Europa dem fortgeschrittenen Asien kein Äquivalent an Handelsgütern bieten. Um ihren Drang nach Reichtum zu befriedigen, griffen sie auf Raub und Krieg zurück.

Als nach der Ausrottung der Indianer, die so genannte Urbevölkerung, im wiederentdeckten Amerika nicht mehr genügend Arbeitskräfte zur Verfügung standen, ging man dazu über, eines der ersten und ältesten Handelsartikel der Menschheit nach Amerika zu importieren, Menschen. Anfänglich auch Europäer. Aber vor allem und zunehmend waren es Afrikaner, die entweder eingefangen oder wie schon seit Jahrhunderten von Händlern des Mittelmeerraumes bzw. Arabern, im Komplott mit einheimischen Größen, gegen billigste Artikel eingetauscht, in die Laderäume der europäischen Schiffe gepfercht und als wohlfeile Ware auf Märkten verkauft wurden. Die Folgen dieser Art von Seehandel waren für Afrika katastrophal. Er dezimierte die Bevölkerung, vernichtete blühende Kulturen, zerstörte Staaten und deformierte und hemmte die gesellschaftliche Entwicklung des Kontinents.

Der Reichtum, der von Amerika zunächst nach Portugal und Spanien gelangte, war viel zu verlockend, als das ihn sich andere [114:] europäische Mächte entgehen lassen wollten. In blutigen Auseinandersetzungen auf See und zu Lande traten auch diese auf den Plan, um ihren Anteil an den Schätzen der überseeischen Welt zu erjagen. „Navigare necesse est“ war stets vor allem die Jagd nach dem goldenen Kalb. Die Niederländer liefen in Ostindien Portugal bald den Rang ab, ihr Erbe und das Spaniens trat wiederum England an. Die Pioniere des „rule Britannia, rule the waves“ waren Piraten, wie der für seine „Erfolge“ geadelte Sir Francis Drake. Die im Gegensatz zu dem von der Filmindustrie geprägten Bild edler Räuber wenig rücksichtsvollen englischen und französischen Freibeuter plünderten nicht nur die spanischen Silberflotten. Sie waren die aktivsten und rücksichtslosesten Wegbereiter für den Handel mit Amerika, dessen einträglichste Seite der Sklavenhandel wurde.

Schärfster Konkurrent der britischen Seemacht wurde das absolutistische Frankreich, das seinerseits die Reichtümer zu gewinnen suchte, die sich nur durch die Beherrschung der See erreichen ließen. Nahezu das gesamte 18. Jahrhundert war von dem Ringen um die Schätze des Orients und der Neuen Welt geprägt.

Die napoleonischen Kriege hatten, wie zuvor die Kabinettskriege des 18. Jahrhunderts, eine entscheidende Ursache in den französisch-britischen Gegensätzen. In Europa wurde dieser Versuch des „Griffs nach der Weltmacht“ vor allem auf deutschem Boden ausgetragen, wobei die Souveräne der deutschen Einzelstaaten die Subsidien der Großmächte kassierten und ihre Untertanen sich „tapfer“ für fremde Interessen schlagen mussten. Sarkastisch, aber nicht zu unrecht schreibt der russisch-sowjetische Historiker Eugen Tarlé in seiner Napoleon-Biographie: „Als William Pitt der Jüngere Millionensubsidien an Russland, Österreich und Preußen zahlte, um sie gegen die Französische Revolution und gegen Napoleon auszurüsten, tat er ganz genau das Gleiche wie 40 Jahre vorher sein Vater

William Pitt der Ältere, als er die Irokesen und andere Indianerstämme unterstützte, um sie gegen die Franzosen in Kanada zu schicken.“³

Nach 1815 war der Rivalenkampf entschieden, England war nicht allein die stärkste Industrie-, sondern auch die beherrschende Seemacht. Zunächst in ihrem Schatten entwickelten sich im Zusammenhang mit der Industrialisierung und den Einheitsbestrebungen auch in Deutschland Tendenzen für den Aufbau einer nationalen Seefahrt. Der Nationalökonom Friedrich List forderte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts völlig im Sinne seiner Zeit neben dem verstärkten Eisenbahnbau und der Schaffung eines nationalen Marktes die Hinwendung zur See. „Die See ist die fette Gemeintraft, auf welche alle wirtschaftlichen Nationen ihre Herde zur Mastung treiben. Wer an der See keinen Anteil hat, der ist ausgeschlossen von den guten Dingen und Ehren der Welt ...“, schrieb der welfenfahrene Schwabe.⁴ Daher gehörte die Schaffung einer Reichsflotte zu den grundlegenden Projekten, die während der Revolution von 1848 in der Frankfurter Nationalversammlung verfochten wurden. Beide, Nationalversammlung und Reichsflotte scheiterten. Die Idee der Flotte aber setzte der wirtschaftlich stärkste und prosperierende deutsche Teilstaat, das Königreich Preußen, zunächst in Gestalt der Flotte des Norddeutschen Bundes, sodann als Kaiserliche Marine durch.

Der Auf- und Ausbau einer eigenen Seemacht, also von Seestreitkräften, einer Handelsmarine sowie einer Fischereiflotte, war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr als ein ideeller Akt. Für den Schiffbau war die Aufwendung des gesamten wissenschaftlich-technischen Fortschritts jener Zeit notwendig, heute würde man von Hochtechnologie sprechen. In den Anfangsjahren stammten die modernsten und größten Schiffe auch der Kaiserlichen Marine vor allem aus England, wie überhaupt die Royal Navy das Vorbild für die deutschen Seestreitkräfte wurde. Doch änderte sich dieser Zustand bald. 1872 wurde der Bau eines Panzerschiffes für die deutsche Marine letztmalig ins Ausland vergeben. Elf Jahre später war die Kaiserliche Marine nach der Flotte Englands und Frankreichs die Drittstärkste der Welt. Seit den 90er Jahren besaß die deutsche Handelsmarine mit ihren nach der Kaiserfamilie benannten Passagierschiffen das Modernste, was die Technik jener Jahre zu bieten hatte.

Bestandteil der etwa auch seit dieser Zeit sich verschärfenden Gegensätze zwischen den europäischen Großmächten war der Versuch des deutschen Kaiserreiches, den Platz Großbritanniens als führende See- und Weltmacht einzunehmen. Nahezu alle führenden Politiker und Militärs jener Jahrzehnte blieben dem Denken des vorhergehenden Jahrhunderts verhaftet und sahen zur militärischen Auseinandersetzung um den Platz an der Sonne keine Alternative. Auf britischer Seite steht hierfür die Haltung von Sir John Fisher, seit 1904 Erster Lord der Admiralität. In dieser Stellung leitete er den Übergang zum Bau von Großkampfschiffen ein, womit sich der maritime Rüstungswettlauf zu Beginn des 20. Jahrhunderts verschärfte. Charakteristisch für das bei ihm ausgeprägte Seemachtdenken ist sein Kommentar am Rande der Haager Friedenskonferenz von 1899, an der er [116:] offiziell teilnahm: „... Schlag deinen Gegner in den Bauch, tritt ihn, wenn er am Boden liegt, koche die Gefangenen – falls du welche machst – in Öl und quäle deine Gegner Frauen und Kinder. Dann wird man dich in Frieden lassen ...“ Sein Motto war „ruthless, relentless, remorseless“ (unbarmherzig, unnachgiebig, unerbittlich).⁵

Der deutsche Gegenspieler Fishers war der spätere Großadmiral Alfred von Tirpitz. 1897 zum Staatssekretär des Reichsmarineamtes berufen, wurde Tirpitz zur bestimmenden Persönlichkeit der Marine. Seine Zähigkeit bei der Durchsetzung der von ihm angestrebten Ziele äußerte sich auch in dem geradezu modern anmutenden Geschick, sie der Öffentlichkeit als notwendig zu präsentieren. Die Abteilung für Nachrichtenwesen und Allgemeine Parlamentsangelegenheiten knüpfte Verbindungen zur Presse, zu Verlegern und Schriftstellern. Sie förderte flottenfreundliche Veröffentlichungen, so dass „Stöße von Romanen und Broschüren“ auf den Buchmarkt gelangten.⁶ Da die eigene Produktion nicht

³ Eugen Tarlé: Napoleon, Berlin 1961, S. 170.

⁴ Friedrich List. Werke, VI., S. 57, ff. Zit. nach Willi A. Boelcke: So kam das Meer zu uns, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1981, S. 13 f.

⁵ Zit. nach Patrick O'Sullivan: Die Lusitania. Mythos und Wirklichkeit, Hamburg/Berlin/Bonn 1999, S. 21.

⁶ Alfred v. Tirpitz: Erinnerungen, Berlin 1920, S. 97.

ausreichte, wurden auch britische Seeromane übersetzt, darunter sämtliche des schriftstellernden Marineoffiziers Frederick Marryat.⁷ Auch eine nicht geringe Zahl von Universitätsprofessoren, vor allem Nationalökonomern, stellten sich in den Dienst der tirpitzschen Propaganda. Unter ihnen befand sich auch der Historiker an der Berliner Universität, Dietrich Schäfer, der hierfür den Spitznamen Flotten-Schäfer erhielt.

Es waren die Jahre, in denen die Kinder aus „besserem Hause“ Matrosenkleidung trugen, das Bürgertum Seeurlaub machte und Gruppen von Reichstagsabgeordneten auf Einladung des Reichsmarineamtes Werften und Kriegsschiffe besichtigten durften. In den Volksschulen waren die Lehrer angehalten, den Kindern im Geschichtsunterricht nahe zu bringen, dass es sich beim Flottenbau um etwas Neues, Werdendes handelt, Kriegsschiffe wären „teuer, aber notwendig“. Erwähnt werden sollte, dass „wir politisch ohnmächtig waren, bei der Verteilung der Welt leer ausgingen, dass andere Völker (England, Holland und Frankreich) besser wegkamen als wir, dass wir erst nachkommen konnten, als wir im Deutschen Reich ein großes Volk wurden“.⁸ Ein Lied aus der Operette „Unsere Marine“ mit den Versen „Stolz weht die Flagge Schwarz-weiß-rot von unseres Schiffes Mast“ avancierte zum „Deutschen Flaggenlied“.

Für Wilhelm II., seit 1888 Deutscher Kaiser, war die Marine „das liebste Kind“ und er, der Kaiser, ihr größter, wenn auch nicht immer der geschickteste Lobbyist. Auf einem Festbankett der Freien und Hansestadt Hamburg verkündete er 1898: „... und bitter Not ist uns [117:] eine starke deutsche Flotte!“ Wenige Wochen zuvor hatte Wilhelm II. während der Einweihung des Stettiner Freihafens die Rede des Stadtoberhauptes durch den später immer wieder verulkten Ausruf: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ ergänzt. Einer Sammlung von Meeresgedichten wurde das Kaiserwort vorangestellt.⁹ Derart kernige Sprüche zierte beliebte Postkarten, auf denen Matrosen abgebildet wurden. Auf anderen wieder fanden sich Texte aus Schlagern oder Operetten, in welchen die Seefahrt besungen wurde. Der 1898 gegründete „Deutsche Flottenverein“ sollte Verständnis und Interesse weiter Bevölkerungskreise für die Bedeutung und Aufgaben einer starken Kriegsflotte wecken, stärken und pflegen. 1908 zählte er über eine Million Mitglieder in 5 000 Ortsgruppen. Gorch Focks „Seefahrt ist Not“ wurde zum Schlüsselroman dieser Propaganda, der Titel zum Schlagwort.

Der zweite Teil der pompeianischen Aufforderung – zu „leben ist nicht notwendig“ – wurde ein Jahr nach dem Erscheinen des Buches mit dem Weltkrieg blutiger Ernst. Das harte, entbehrensreiche und gefährliche Leben der Seeleute und Matrosen, die den Reedern nahezu rechtlos ausgeliefert oder dem Drill und der Disziplin der Marine unterworfen waren, zeigte nun sein völlig unromantisches, wahres Gesicht vollkommen. Nicht allein die See verlangte nunmehr ihre Opfer. Von Granaten zerrissen, von Minen und Torpedos in die Luft gejagt, starben die „blauen Jungs“ als „des Kaisers Kulis“.¹⁰ Von ihnen bezahlten 34.833 Mann den gescheiterten Kampf um die Vorherrschaft zur See mit ihrem Leben. 1918, als der deutsche Fehlgriff nach der Weltmacht bereits zu Tage lag, hielten die Besatzungen [118:] der Hochseeflotte ihr Leben für wichtiger als die Seefahrt. Ihre Rebellion wurde Ausgangspunkt der revolutionären Erhebung des November 1918.

Zwischen 1918 und 1945 blieb *Seefahrt ist Not* ein beliebtes, aber nicht das zentrale Schlagwort deutscher Großmachtbestrebungen. Nicht zuletzt, weil sich die Schwerpunkte deutscher Expansionspolitik im Dritten Reich auf kontinentale Ziele verlagerten. Mit deren Scheitern waren auch alle überseeischen Kolonial- und entsprechende Flottenbaupläne gegenstandslos geworden. Im Mai 1945 gab es weder ein Reich noch eine deutsche Seemacht.

Am Ende des 20. Jahrhunderts wurde die klassische Seemacht in ihrer wirtschaftlichen, technologischen und strategischen Bedeutung von der Weltraumfahrt abgelöst. Sie bildet heute durch ihre

⁷ Eine Neuübersetzung des „Peter Sempel“ erschien im Kinderbuchverlag der DDR 1987 in 6. Auflage.

⁸ Wilhelm Hering: Methodik des Geschichtsunterrichts in der Preußischen Volksschule, Leipzig 1907, S. 45 f.

⁹ Der Titel: Ahoi! Deutsche Meereslyrik. Für alle Freunde deutscher Seefahrt und der deutschen Flotte: Ausgew. und eingel. v. Maximilian Bern, Berlin 1899; 1910 folgte eine weitere Sammlung von Julius Lohmeyer. Der Titel: Zur See mein Volk! Die besten See-, Flotten- und Meerespoesien.

¹⁰ So der Titel eines bekannten Antikriegsromans von Theodor Plivier, „Des Kaisers Kulis“, erschienen 1929.

nachrichten- und navigationstechnischen Möglichkeiten die Voraussetzungen für eine moderne Handelsschiffahrt und Fischerei. Daneben ist sie, was nicht selten übersehen wird, die entscheidende Grundlage dafür, dass Seemacht politische und militärische Wirkung über die Schussweite der Kanonen ausüben kann. Seemacht hat „Einfluss ... auf die Geschichte“¹¹, sie ist jedoch im Begriff ihre Schlüsselfunktion an die Weltraumfahrt abzutreten.

¹¹ Der Offizier der US-Navy Alfred Th. Mahan veröffentlichte 1890 ein Buch unter dem Titel „The Influence of Sea Power upon History, 1660-1783“. Ihm folgte eine Fortsetzung, die die Jahre bis 1812 behandelte. Das Werk wurde zur „Bibel“ des Seemachtdenkens auch in Deutschland.

Deine Ehre heißt Treue

Von Kurt Pätzold

Die Devise trugen die schwarzuniformierten deutschen Faschisten, zusammengeschlossen in den so genannten Schutzstaffeln, der SS, wie eine Auszeichnung vor sich her. Tatsächlich war sie ihnen 1934, fünf Jahre nach der Gründung dieser paramilitärischen Organisation, zugesprochen worden. Unter allen, die der Fahne mit dem Hakenkreuz folgten, sollten sich ihre Angehörigen in der Treue zum „Führer“ von niemandem je übertreffen lassen.

Schwer vorstellbar ist, dass in den SS-Reihen jemand dem Ursprung der Wortwendung nachgegangen wäre. Er hätte eine überraschende Entdeckung gemacht. Der Spruch zitierte den Vers aus einem Gedicht. Es war von einem Mann geschrieben worden, der den Leuten mit dem Totenkopf an ihren Uniformen als Rassenschänder gegolten haben müsste. Sie würden ihn mit der Forderung drang-[119:]saliert haben, sich von seiner Ehefrau scheiden zu lassen und sie derart für den Transport in eine Vernichtungsstätte frei zu geben, in denen spezielle Formationen von SS-Leuten seit Dezember 1941 die Juden systematisch ausrotteten. Denn: Friedrich von Schlegels Gattin Dorothea, die bei ihrer Geburt den Vornamen Brendel erhalten hatte, besaß einen jüdischen Vater, einen berühmten dazu. Moses Mendelssohn, Buchhalter und Seidenfabrikant, gebührt in der Geschichte der Aufklärung in Deutschland ein denkwürdiger Platz. In seiner Geburtsstadt Dessau war ihm 1890 ein Denkmal errichtet worden. Die Nazidiktatoren ließen es schleifen. Die DDR setzte ihm ein neues an gleicher Stelle.

Der Umstand, dass ein nach NS-Terminologie „Jüdisch-versippter“ der Urheber des Spruches war, der Ehre und Treue in Beziehung setzte, war dadurch nicht gemildert, dass die Tochter des Mendelssohn sich von der Religion ihrer Vorfahren abgewandt hatte. Sie war zum evangelischen, dann mit ihrem zweiten Ehemann zum katholischen Glauben konvertiert. Aber das bedeutete für das Dogma, dem die SS huldigte und das sie gnaden- und seelenlos praktizierte, nichts. Nicht die Religion, die Rasse machte demnach „die Schweinerei“ aus, wie sie in Hassrufen schon verkündet hatten, als sie die Macht erst noch erobern wollten. Unter der Herrschaft der Rassisten war mit dem Übertritt zum Christentum das rettende Ufer nicht erreicht. Selbst Taten, die als patriotisch galten und, von anderen Personen begangen, höchste Wertschätzung erfuhren, vermochten den Rassemakel nicht aufzuwiegen. Diese nämlich hatte der Programmatiker der Romantik Friedrich von Schlegel durchaus vorzuweisen. 1808 war er mit seiner Ehefrau aus der Monarchie der Hohenzollern in die der Habsburger gewechselt. Sie lebten noch nicht lange in Wien, als am Hofe entschieden wurde, es erneut mit dem Franzosenkaiser aufzunehmen und gegen ihn in den Krieg zu ziehen. In dieser Situation hatte Schlegel sein Gedicht „Gelübde“ verfasst. Es enthielt die Verszeilen „Die Treue ist der Ehre Mark,/wankt nicht, wenn Stürme schnauben“.

Mit dem Gedicht wünschte der Autor, der als kaiserlicher Hofsekretär in Staatsdienst getreten war und sich im Hauptquartier des Befehlshabers der habsburgischen Streitmacht Erzherzog Karl befand, dessen am 6. April 1809 erlassene Proklamation zu unterstützen. Die sollte nicht nur die Untertanen der Monarchie, sondern auch die Bewohner der mit Napoleon verbündeten Rheinbundstaaten zum Kampfe mitreißen. Das Unternehmen schlug rasch und total fehl. [120:] Nach der Kriegserklärung verging wenig mehr als ein Monat und französische Truppen zogen ein zweites Mal in Wien ein. Auf die verheerende Niederlage von Austerlitz, die noch keine vier Jahre zurücklag, folgte die von Wagram und dem Frieden von Pressburg jener von Wien, der das einstige Riesenreich wiederum amputierte.

Wie also die Biographien Friedrich von Schlegels und seiner Gattin auch immer gewendet werden mochten, echte Deutsche, „Arier“ gar, waren aus beiden nicht zu machen. Nur gehörten derlei Details nicht zum Schulungsprogramm der SS. Und selbst wenn ein Aufgeweckter hinter die Herkunft der Devise gekommen wäre, es hätte die im Lügen nie verlegene SS-Führung lieber ein Dutzend Urheber erfunden, als sich dem Hohn gelächter preiszugeben, das sich freilich nur heimlich erhoben hätte, würde ihre Beziehung zu einem „Rassenschänder“, der in „Mischehe“ gelebt hatte, bekannt geworden sein.

Zudem ließ sich eine andere und blitzsaubere Herkunftslinie präsentieren. Der 1934 verewigte Feldmarschall Paul von Hindenburg hatte sich die Worte von Ehre und Treue zum Wahlspruch erkoren und gewünscht, dass noch an seinem Sarge von ihnen gesprochen würde. Dazu war von ihm das Bibelwort aus der Offenbarung des Johannes 2,10 gewählt worden: „Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben.“ Darüber predigte ein Feldbischof im Denkmalkomplex von Tannenberg, als 1934 der Sarg mit dem Leichnam des einstigen kaiserlichen Feldmarschalls dort mit einem gigantischen militärischen Zeremoniell beigesetzt wurde. Eine nähere Untersuchung der Frage, wie es Hindenburg mit der Treue gehalten hatte, war freilich auch nicht anzuraten. Der zum Überhelden des Ersten Weltkriegs erhobene Marschall hatte den seinem Kaiser geleisteten Treueschwur schnöde gebrochen und dem einen Eid auf die republikanische Weimarer Verfassung folgen lassen. Der wiederum war vollkommen ernst nicht gemeint gewesen, wie sich spätestens am 30. Januar 1933 gezeigt hatte, als der Reichspräsident mit Hitler den ärgsten Feind dieser Verfassung an die Regierungsspitze berief. Treue war, das bewies dieses deutsche Heldenleben, ein sehr relativer Begriff, ebenso unterworfen nacktem Kalkül wie mancherlei Nützlichkeitsabwägungen. Bedarfsweise wurde sie geschworen, gehalten, gebrochen und wieder geschworen. Aber auch die Details der Hindenburg-Biographie zählten nicht zum Lehrstoff der Schulung in den SS-Reihen.

Treue war, wie sich nicht nur aus der deutschen Geschichte lernen ließ, immer in erster Linie eine Sache für das Volk gewesen. Sie wurde [121:] zu jenen Tugenden gezählt, die Regierenden, Herrschenden, ganz allgemein den jeweils Machthabenden zu bezeugen waren. Für diese Haltung warben die Prediger der christlichen Kirchen Sonntag für Sonntag vor Altären und von Kanzeln. Und auch die gekrönten und ungekrönten Häupter standen nicht an, ihre Untertanen zu ermahnen und manchen auch zu belohnen. Ein Markgraf von Baden-Durlach war 1715 gar darauf verfallen, einen Hausorden der Treue zu stiften. Treusein erhielt der gemeine Mann als absoluten Wert bezeichnet. Wer Treue bezeugte, verhielt sich Gott wohlgefällig.

Kurzum: das kultische Gerede und Getue um die Treue war nichts weniger als eine Erfindung der SS-Leute. Doch sollten sie sich – wie gesagt – als die Treuesten zeigen. Hitler war ihr Abgott, Heinrich Himmler ihr Führer. Nur ihnen hatte die Treue zu gelten. Deren Befehle waren strikt und fraglos zu befolgen. Dass sie das taten, bezeugten SS-Einheiten am 30. Juni 1934 mörderisch. Sie schossen SA-Führer und einige wirkliche oder vermeintliche Regimegegner kurzerhand nieder, die einen im Zuchthaus München-Stadelheim und in der Kadettenanstalt Berlin-Lichterfelde, andere in ihren Wohnungen und Büros. Das wurde als ihr Verdienst bei der „Niederschlagung“ eines bevorstehenden Putsches ausgegeben, der eine Erfindung war. Damals war den Schwarzuniformierten das Schlegelwort abgewandelt und verkürzt als Parole zugerufen worden: SS-Mann! Deine Ehre heißt Treue. Sie bezweckte Bindung und war zugleich Ehrung und Heraushebung. Das Mark, Schlegels ins körperlich-materielle weisende Vokabel, war entfallen. Doch wurden in Himmlers Truppe künftighin beide Fassungen, also auch die ursprüngliche, benutzt.

In deren Reihen las man die Parole, das entsprach der Erziehung im sich an religiösen Orden orientierenden Schwarzen Korps, auch drohend: Wer treulos wird, ist auch ehrlos. Und: Wer die Treue nicht über alles hoch hält, macht erkennbar, dass er kein Deutscher ist. Denn Treue galt unter allen Eigenschaften der Deutschen und schon ihrer germanischen Vorfahren, von denen jene angeblich in reiner Blutlinie herstammten, als deren Charakteristikum schlechthin. Das hatten auch nicht erst die Bitterleute bestimmt. Ernst Moritz Arndt rühmte die alte deutsche Treue und dichtete „Wo Treue hell vom Auge blitzt, da sei des deutschen Vaterland“. In Ludwig Uhlands gleichnamigem Drama hörte Herzog Ernst von Schwaben sagen, „Die Treue sei des deutschen Volkes Ruhm“ und er wollte daran fest glauben trotz mancher gegenteiliger Erfahrung. Ein dichtender Schulrat in Augsburg wiederum wandte sich anbetend an Deutschland, das er [122:] „Du heil’ges Land der Treu“ nannte. Kein Anklang findet sich hier und in ähnlichen hymnischen Lobpreisungen an Shakespeares Gedanken, es könne Treue Torheit werden.

An diese, jedes sozialen oder politischen Bezugs entkleidete Verherrlichung der Treue, an die Inanspruchnahme aller wirklich oder vermeintlich Getreuen aus deutscher Geschichte knüpften die Faschisten an. Sie ließen, wie ein Schriftleiter der NS-Zeitung „Angriff“ reimte, die Deutschen „der

Treue reine Kathedrale“ errichten. Treue zu Hitler, zur Idee, zur Fahne und das bis in den Tod – die Hitlerjugend sang „die Fahne ist mehr als der Tod“ – so tönten die Demagogen in mystischen Wendungen und Bildern unausgesetzt. Derlei verspotteten Gegner dieses braunen Dunkelmannertums drastisch mit den Worten Treu, Deutsch und Doof. Das traf den Kern, denn der Treue-Mythos war ein Bestandteil der Verblödung der Massen. Wissen und Prüfen, Denken, Zweifeln und Verstehen sollten ausgeschaltet werden. In der faschistischen wie insbesondere in der SS-Verwendung verkam Treue zu einem Nebelwort, das vor den in Wahrheit gemeinten, aber diskreditierten Kadavergehorsam gesetzt wurde.

Das pervertierte Treueverständnis im Schwarzen Korps, namentlich in den aus seinen Angehörigen formierten Einheiten der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes und im Personal der KZ- und Vernichtungslager, mündete in der Verübung des Massenmordes an den europäischen Juden und der Ausrottung der Sinti und Roma. Es verwirklichte sich in einer Kette von Kriegsverbrechen. Der Internationale Gerichtshof in Nürnberg erklärte 1946 die SS zur verbrecherischen Organisation.

Treue, für sich genommen, bildet keinen Wert. Es fragt sich, wem sie zugewendet und gehalten wird. Sie kann, wie die Geschichte des Faschismus erweist, Politikern gelten, auf deren Kurs furchtbarste Untaten begangen werden. Und sie vermag sich, dafür steht gleichzeitig die Geschichte des Antifaschismus, ebenso auf humanistische Ideen und aus ihnen entspringendes Handeln zu richten.

[123:]

Koloss auf tönernen Füßen

Von Manfred Weißbecker

Es ist ein altes Bild, das im Wort vom *Koloss auf tönernen Füßen* aufscheint. Von ihm wird bereits im Buch Daniel (2,31-35) des Alten Testaments erzählt. Da soll dem König Nebukadnezar im Traum eine große, hohe und glänzende menschliche Gestalt erschienen sein, ganz aus Gold, Silber und Eisen gebildet. Ihre Füße bestanden teils aus Eisen, teils aber auch aus Ton. Ein herabstürzender Felsbrocken habe ihre Füße getroffen und die ganze Figur zerfallen lassen. Das Wort, wurde es verwendet, meint seitdem stets eine Sache, die groß und mächtig zu sein scheint, jedoch nicht fest begründet und darum leicht zu zerstören ist.

Erstmals sprach in der neueren Zeit der französische Enzyklopädist Denis Diderot von einem „colosse aux pieds d'argile“, womit er Russland unter der Herrschaft der Zarin Katharina II. bezeichnet haben soll. Bekannt wurde der Slogan indessen vor allem, als er an die Stelle des Bildes vom starken „russischen Bären“ trat und ihn die Deutschen in den 30er Jahren sowie noch zu Beginn der 40er Jahre reichlich verwendeten. Zusammen mit zahllosen Erklärungen über die Bedrohung des Reiches durch den „jüdisch-bolschewistischen“ Staat bildete er eine unauflösbare Ganzheit. In jeder Hinsicht handelte es sich bei den Vorstellungen, die deutsche Faschisten sich von Russland und den Russen zu machen pflegten, um ein arges Feindbild, das schließlich – tatsächliche und vermeintliche Rückständigkeit Russlands nutzend – allen politischen, geistigen und selbst den militärischen Vorbereitungen des Krieges gegen das Land im Osten zugrunde lag.

Ganz in diesem Sinne hatte Adolf Hitler bereits in seinem Buch „Mein Kampf“ frohlockt, das Riesenreich im Osten sei „reif zum Zusammenbruch“. Die Deutschen, die „genügend großen Raum auf dieser Erde“ zu erobern hätten, seien vom „Schicksal ausersehen, Zeugen einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der völkischen Rassetheorie sein wird“. ¹ Im Sommer 1940 jubelte Hitler am dritten Tage nach dem Sieg über Frankreich: „Jetzt haben wir gezeigt, wozu wir fähig sind ... ein Feldzug gegen Russland wäre dagegen nur ein Sandkastenspiel.“ Als der Krieg gegen die UdSSR direkt geplant und vorbereitet wurde, sprach er am 9. Januar 1941 – gestützt auf Berichte deutscher Diplomaten und [124:] Militärführer – auch davon, dass „die russische Wehrmacht“ ein „tönerner Koloss ohne Kopf“ sei. Seine Schlussfolgerung lautete: „Da Russland auf jeden Fall geschlagen werden muss, so sei es besser, es jetzt zu tun, wo die russische Wehrmacht über keine Führer verfüge und schlecht gerüstet sei.“ ²

Doch schon zwei Monate nach dem Beginn des Überfalls auf die UdSSR sollte sich das Wort vom tönernen Koloss selbst als hohltönend erweisen, zumal sich damals auch die – von allen westlichen Großmächten bislang ebenfalls gehegte – Hoffnung auf ein Auseinanderfallen des multinationalen Sowjetstaates nicht erfüllte. Nur wenige unter den Deutschen, so besorgt sie auch zunächst auf die Nachricht vom Beginn des Krieges gegen die UdSSR reagiert hatten, wollten dies jedoch wahrnehmen und erwarteten einen siegreichen Ausgang des Krieges. Allzu nachdrücklich hatte der Propagandaapparat des Reiches die Aussicht auf rasche, große und andauernde Erfolge des am 22. Juni 1941 eröffneten Krieges – absichtsvoll nur als „Feldzug“ bezeichnet – gepriesen.

Beide Bestandteile nationalsozialistischer Agitation gegen Russland – sowohl das Herausstellen der von diesem Land und seinem Gesellschaftssystem ausgehenden Gefahren als auch die Darstellung seiner Schwächen – dienten dem, was das eigentliche Programm der Führung von NSDAP und Drittem Reiches ausmachte: Die deutschen Ostgrenzen weit in den europäischen Osten zu verlegen und „Raum“ zu gewinnen. Im Vordergrund standen aggressive Beuteziele und kolonialistische Zukunftspläne. Sie

¹ Adolf Hitler: *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe, München 1939, S. 728 und 742 f.; Siehe dazu auch Manfred Weißbecker: „Wenn hier Deutsche wohnten ...“ Beharrung und Veränderung im Russlandbild Hitlers und der NSDAP. In: *Das Russlandbild im Dritten Reich*. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann (künftig: Volkmann, *Russlandbild*), Weimar/Wien 1994, S. 9-54.

² Albert Speer: *Erinnerungen*, Frankfurt a. M. u. a. 1969, S. 188; Fall Barbarossa. S. 147 f.

nahmen in Osteuropa konkrete Gestalt an, als die UdSSR überfallen wurde und Hitler am 16. Juli 1941 zunächst intern das Ziel vorgab, „den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen“, damit ihn Deutschland „erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten“ konnte.³ Am 29. Juni 1941 erhielt Hermann Göring außerordentliche Vollmachten zur Leitung [125:] des gesamten Apparates für die wirtschaftliche Ausplünderung und Kolonisierung der Sowjetunion. Unter seiner Regie entstanden Dokumente, die eine grundlegende Orientierung für die Ausplünderung und die Unterjochung der sowjetischen Bevölkerung enthielten. Dazu gehörten u. a. die als „Grüne Mappe“ bezeichnete „Richtlinie für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten“ und die „Wirtschaftspolitischen Richtlinien für die Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft“ – Dokumente, die ein anschauliches Bild von der Ungeheuerlichkeit der Kriegszielplanung des deutschen Faschismus bieten. Einige Ämter der NSDAP-Reichsleitung – darunter das Rassenpolitische Amt und das Rassen- und Siedlungshauptamt – sowie das von Heinrich Himmler geleitete Amt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, in dem sich der Agrarpolitiker und Professor der Berliner Universität Konrad Meyer als Planungschef hervortat, bereiteten den langfristigen „Generalplan Ost“ vor.⁴

Dieser heute nur noch in Bruchstücken bzw. in der Fassung von 1941 bekannte Plan wurde am 12. Juni 1942 von Himmler bestätigt und seit Ende 1942 als „Generalsiedlungsplan“ bezeichnet. Das ihm zugrunde liegende rassistische Konzept zielte auf die Dezimierung der slawischen Bevölkerung um 30 Millionen und die Zwangsausweisung großer Teile vor allem der russischen Bevölkerung nach Sibirien. 80 bis 85 Prozent der Bevölkerung Polens, 64 Prozent der Bevölkerung der Westukraine und 75 Prozent der Bevölkerung Weißrusslands sollten aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben werden. Seine Verfasser betrachteten lediglich ca. 14 Millionen Menschen, die in diesen Gebieten lebten, als „eindeutschungsfähig“. Die Kosten der Vertreibung – dafür war ein Zeitraum von 20 Jahren vorgesehen – wurden mit ca. 46 Milliarden RM beziffert. In diese Rechnung waren auch jene Summen eingeschlossen, die für eine Neuansiedlung von mindestens zehn Millionen Deutschen in den eroberten Gebieten Osteuropas vorgesehen waren.

Indessen hatte es im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges auch Stimmen von Politikern und Wissenschaftlern gegeben, die vor dem zu erwartenden Schaden warnten. So maß der Verfasser einer auf den 11. April 1938 datierten Analyse des deutschen Schrifttums über die UdSSR weder den in Deutschland weit verbreiteten propagandistischen Schriften, noch den persönlichen Erinnerungen von Emigranten und Rückkehrern irgendeinen Wert für die „politische Arbeit“ bei. Er schlussfolgerte, jedes „Wunschbild“ müsse vermieden werden, da ihm allzu leicht eine „fehlerhafte Wertung der tatsächlichen [126:] Kräfteverhältnisse“ folgen würde. Er beklagte ferner die Tatsache, dass es in Deutschland keine wirkliche Russlandforschung gebe und da, wo solche betrieben würde, sie inhaltlich unzureichend wäre, weil sie zu eng an die „Beschäftigung mit der Judenfrage“ gebunden sei. Drastisch sprach er von einem „Zustand der Verwahrlosung und wissenschaftlichen Gewissenlosigkeit“. Etwas sarkastisch, aber wohl begründet legte er seinen Standpunkt dar: Allein „die Festlegung einer weltanschaulichen Haltung gegenüber der Sowjetunion und den sie tragenden Kräften gibt noch keine Auskunft über die Erfolgsaussichten der roten Machthaber“.⁵

Eines hatte aber in Deutschland für alle Verantwortlichen von vornherein feststanden: Die expansionistischen und auf eine deutsche Vormachtstellung in der Welt zielenden Pläne ließen sich nicht anders als durch Krieg erreichen. Das braune Regime benötigte den Krieg und plante ihn als einen

³ Zit. nach Wolfgang Ruge u. a.: *Dokumente zur deutschen Geschichte 1939-1942*, Berlin 1977, S. 77.

⁴ Siehe Mechthild Rösler/Sabine Schleiermacher (Hrsg.) unter Mitarbeit von Cordula Tollmien: *Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1993; Dietrich Eichholtz: *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945*, Bd. 2, Berlin 1985, S. 430 ff.; Götz Aly/Susanne Heim: *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt a. M. 1993, S. 394 ff.; Rolf-Dieter Müller: *Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik*, Frankfurt a. M. 1991, S. 83 ff.

⁵ Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch), NS 8/217, Bl. 209 ff.

Vernichtungskrieg⁶, es bedurfte dazu jedoch auch vieler Menschen, die ihn zu führen gewillt und für ihn selbst zu sterben bereit waren. Alles, was in Hitlerdeutschland an Nachrichten und Kenntnissen über Russland verbreitet worden ist, ordnete sich dem zwangsläufig unter. Einerseits war, um den ins Auge gefassten Krieg rechtfertigen zu können, das Schreckgespenst des „jüdischen Bolschewismus“ zu propagieren, andererseits der Krieg als leichtes, kaum eigene Verluste bringendes und rasch gewinnbares Unternehmen hinzustellen. Das Bestreben, die Gefährlichkeit des Gegners maßlos zu übertreiben, schloss daher dessen Unterschätzung in keiner Weise aus. Im Gegenteil: Beide Rechtfertigungs- und Argumentationsstränge zogen sich – nach dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939 behutsam zurückgenommen, aber keineswegs aufgegeben – wie ein roter Faden durch die Geschichte der nationalsozialistischen Propaganda gegenüber der UdSSR. Vorurteile und unzureichende Kenntnisse, Überbewertung der Mitte der 30er Jahre einsetzenden Stalinschen Repressivmaßnahmen gegen die Rote Armee und deren schwache Kampfkraft im finnisch-sowjetischen Winterkrieg von 1939/40, ideologisch bedingte Beschränktheiten und ein häufig nach aktuellem Erfordernis pragmatisch vorgenommener Bildwechsel kennzeichnen die Parallelität der auf den ersten Blick so gegensätzlichen Thesen von der „jüdisch-bolschewistischen Weltgefahr“ und vom schwachen Koloss, der leicht von seinen tönernen Füßen zu stoßen sei.

Nachhaltig sollte sich schließlich auch auswirken, dass deutsche Militärs, als sie die Aufmarschpläne vorbereiteten, ebenfalls jenem [127:] Denken verfallen zu sein schienen, das dem so häufig propagierten Slogan zugrunde lag, obgleich sie selbst über zureichende Nachrichtenquellen verfügten. Fatale Fehleinschätzungen waren die Folge. So teilte der Oberbefehlshaber des Heeres Walther von Brauchitsch bereits am 22. Juli 1940 Hitler mit, ein Feldzug gegen die Sowjetunion werde lediglich vier bis sechs Wochen dauern und nur 80 bis 100 Divisionen erfordern. Optimistisch, genauer: leichtfertig meinte er am 30. April 1941, der geplante Krieg könne nach „voraussichtlich heftigen Grenzschlachten“ nach vier Wochen im Wesentlichen beendet sein. Danach werde es sich allenfalls um Säuberungsaktionen gegen „geringfügigen Widerstand“ handeln.⁷ Im Handbuch über die „Kriegswehrmacht der UdSSR“, das am 1. Januar 1941 erschien, wurde behauptet, die Rote Armee sei „für einen modernen Krieg nicht geeignet und nicht in der Lage, einer kühn geführten, modern ausgerüsteten Streitmacht entscheidend Widerstand entgegenzustellen“.⁸ Erst einige Monate nach dem 22. Juni 1941 erkannten einige der deutschen Militärs, wie sehr sich die Führung des Reiches fast jeden einigermaßen realistischen Blick auf Russland verbaut hatte. Zwar griff Ernüchterung um sich, doch sie führte nicht zu einer strategischen Neuorientierung.

Zunächst hatte es nach dem am 22. Juni 1941 den Anschein, als würden die Nachrichten vom raschen Vormarsch der deutschen Wehrmacht und von deren Einsichten in den Zustand der besetzten Gebiete das Bild vom *Koloss auf tönernen Füßen* bestätigen. Völlig unkritisch aufgenommen halfen sie, dünkelfhafte Überheblichkeit und nationalistisch-rassistisches Selbstbewusstsein bis zur Hybris zu steigern. Dennoch hatte sich eine völlig neue Situation ergeben: Je länger sich der Krieg gegen die UdSSR hinzog, desto mehr geriet er zu einer Nagelprobe für die Richtigkeit des nationalsozialistischen Russlandbildes. In der militärischen Konfrontation mit den Völkern der UdSSR und im Alltag der faschistischen Okkupationspraxis hatte sich zu erweisen, ob und in welchem Maße das Feindbild den Realitäten entsprach, ob die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Schlussfolgerungen aus diesem Bild erfolversprechend sein konnten oder nicht.

Das Bild vom *Koloss auf tönernen Füßen* erhielt im Sommer und Herbst 1941 zunehmend Kratzer und Risse. Es erwies seine Haltlosigkeit vollends am Ende des Jahres, als die Schlacht vor Moskau tobte und die sowjetische Hauptstadt nicht, wie großspurig angekündigt, erobert werden konnte. Die tatsächliche Kriegslage und das bislang propagierte parteiamtliche Russlandbild passten seitdem

⁶ Dieser fand seinen völkerrechtswidrigen Ausdruck u. a. im „Erlass über die Ausübung der Gerichtsbarkeit im Gebiet Barbarossa“ vom 13.5.1941, im „Kommissar-Befehl“ vom 6.6.1941 sowie in der Vereinbarung von Wehrmacht und SS über die „Regelung des Einsatzes der Sicherheitspolizei und des SD im Verbands des Heeres“ vom 28.4.1941.

⁷ Volkmann, *Russlandbild*, S. 127.

⁸ Ebenda, S. 135.

immer [128:] weniger zusammen. Zu offensichtlich war geworden, dass alle in der Presse verbreiteten optimistischen Behauptungen, der Krieg sei bereits gewonnen⁹, nicht der Wahrheit entsprachen. Obgleich der Zeitplan schon über den Haufen geworfen war, tönte Hitler noch am 8. November, mit dem „letzten gigantischen Hieb“, der „über alle Maßen gelungen“ sei, werde „das Schicksal Europas für die nächsten 1000 Jahre entschieden.“¹⁰ Den schlichten Negativ-Klischees von den bösen und schwachen Russen stand die militärische Situation an den Fronten gegenüber, die Tatsache, dass diese erfolgreich zu kämpfen verstanden; später traten auch Erfahrungen hinzu, die mancher Deutsche im Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen und mit den nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitern machen konnte. Mehr und mehr wurde in der deutschen Bevölkerung das ideologisch präformierte Russlandbild an den Realitäten gemessen und sein Aussagewert in Frage gestellt. Es begann die Suche nach Erklärungen, weshalb man sich geirrt habe ...

Als erste bekamen die deutschen Soldaten zu spüren, dass sie in einen Krieg getrieben worden waren, der nicht so rasch und so erfolgreich zu Ende gebracht werden konnte wie die Feldzüge im Westen und im Süden Europas. Dass man es auf keinen Fall mit einem *Koloss auf tönernen Füßen* zu tun hatte, erkannten auch deutsche Generäle, was u. a. im Kriegstagebuch Franz Halders, seines Zeichens Chef des Generalstabes des Heeres, nachzulesen ist. Später reagierte auch die politische Führung des Reiches, bemüht um Schlussfolgerungen für weitere propagandistische Aktivitäten. Mit dem Blick auf den ernüchternden Ausgang der Schlacht vor Moskau stellte ein führender Mitarbeiter der Reichspropagandaleitung der NSDAP in einem Brief an Goebbels fest, es seien in diesem Kriege „die Russen in jeder Hinsicht unterschätzt“ worden.¹¹ Gefragt wurde, wo die Ursachen des militärischen Desasters und welche Auswege zu suchen seien. Ein Jahr später plädierte Alfred Rosenberg als „Reichskommissar für die besetzten Ostgebiete“ sogar für eine „Neubearbeitung aller bisherigen Grundlagen“ der Ostforschung. Wie wenig er selbst indessen lernfähig war, geht aus dem hervor, was er seiner Forderung einschränkend hinzufügte: „In allem Wesentlichen hat der Nationalsozialismus die bolschewistische Gefahr in ihrer jüdischen Führung und in ihrer ganzen brutalen Minderwertigkeit vollkommen richtig erkannt, er hat deshalb erst recht die Pflicht, diese ganze satanische ‚Weltanschauung‘ auf Grund der neuen Unterlagen noch einmal zu überprüfen, die Äußerungen unserer Gegner zu ergänzen und das Bild immer voll-[129:]ständiger zu machen, um niemals bei einer rein oberflächlichen Darstellung stehen zu bleiben, sich aber auch nicht etwa durch die eine oder andere spezielle Erscheinung unsicher machen zu lassen. In neuer Form tritt die Wildheit der Steppe uns entgegen, ein pervertierter Neu-Messianismus des Ostens, in Auswertung primitiver Heimatgefühle ein hochgezüchteter Fanatismus“.¹² Im Prinzip ging es ihm also lediglich darum, ein detaillierteres Feindbild zu erhalten, um den Gegner besser kalkulieren zu können.

Erschrocken und besorgt beobachtete der Sicherheitsdienst der SS, dass sich in der deutschen Bevölkerung die Zweifel an der Richtigkeit bisher getroffener Einschätzungen häuften.¹³ Schon nach der ersten Woche des Krieges hatte er festgestellt, unter der Bevölkerung sei die „Unterschätzung der russischen Kampfkraft ... einer klaren Einschätzung des Gegners“ gewichen, denn es habe allgemein überrascht, „dass sich der russische Soldat so zäh und verbissen verteidigt“.¹⁴ Ständig befasste er sich damit, das Reagieren der Deutschen auf einzelne Triumphe oder Abfuhren an der deutschen Ostfront zu analysieren. Schließlich erarbeitete der SD ein ausführliches, mit dem 17. August 1942 datiertes Material, das den Titel trug „Das Russlandbild in der Bevölkerung“ und gesondert in die geheimen „Meldungen aus dem Reich“ aufgenommen wurde. Folgende Fragen der Deutschen wurden dort als

⁹ Der „Völkische Beobachter“ erschien am 10.10.1941 mit dem Haupttitel: „Die große Stunde hat geschlagen: Der Feldzug im Osten entschieden!“

¹⁰ Völkischer Beobachter, 10.11.1941.

¹¹ Brief von Haeger an Goebbels vom 13.4.1942. In: BArch, NS 18/224 (unpag.).

¹² BArch, NS 8/69, Bl. 109.

¹³ Unmittelbar nach dem Überfall hatte der SD Siegeszuversicht konstatiert: „Der militärische Sieg über Russland in kurzer Zeit ist bei diesem Krieg so sehr Allgemeingut jedes einzelnen Volksgenossen wie noch bei keinem der bisherigen Feldzüge.“ Zit. nach Heinz Boberach (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Bd. 7, Herrsching 1984, S. 2440.

¹⁴ Ebenda, S. 2470.

verbreitet aufgeführt: Woher rühren die überraschende Tapferkeit und Zähigkeit der russischen Soldaten, woher deren Vaterlandsliebe und ihr offensichtlich positiveres Verhältnis zum Bolschewismus als vermutet und dargestellt worden war? Weshalb verfügen die als primitiv dargestellten Russen über Waffen von hoher technischer Qualität? Wie lassen sich die vielfach festgestellte Intelligenz sowie „das geistige und charakterliche Verhalten“ und die Arbeitsleistungen der „Ostarbeiter“ in Deutschland erklären? Können diese tatsächlich schulisch so schlecht vorgebildet sein, wenn sie komplizierte maschinelle Bearbeitungsvorgänge so schnell begreifen und rasch die deutsche Sprache lernen? Sei man möglicherweise einer Täuschung zum Opfer gefallen? In den verschiedensten Reichsgebieten und in allen Bevölkerungsschichten würde immer mehr zum Ausdruck gebracht, dass „sich alle bisherigen Vorstellungen im Laufe des Krieges vielfach verschoben haben und eine Reihe von Widersprüchen bestehe, für die man kaum eine befriedigende Erklärung“ finde. Deshalb sei vielfach der Gedanke anzutreffen, dass man bis zum Krieg sehr wenig über die wahren Verhältnisse in Russland gewusst habe und jetzt immer noch sehr wenig wisse.¹⁵

[130:] Die Versuche führender NSDAP-Politiker zur Beantwortung solcher und anderer Fragen blieben kümmerlich und nichtssagend. Hauptsächlich wurde die nationalsozialistische Rassentheorie bemüht und beispielsweise die Kampfeshärte russischer Soldaten mit dem finnischen Bluteinschlag im russischen Volk erklärt.¹⁶ Doch dürfe nicht von Tapferkeit und Heldentum gesprochen werden, da diese wesenseigene Tugenden der Germanen seien; es konnte also – frei nach Wilhelm Busch – auf sowjetischer Seite nicht sein, was nicht sein durfte. So schrieb ein Reichsamtseiter der Reichspropagandaleitung der NSDAP, bei den Russen, so gut sie auch zu kämpfen verstünden, handele es sich doch nur „um Menschen von absolut animalischer Primitivität, die den Krieg an sich mit urweltlichen Vorstellungen sehen und ohne große Kunst in eine tierische Furcht vor Gefangenschaft oder ein Hörigkeitsverhältnis gegenüber ihren Antreibern versetzt werden können. Was die Reaktion dieser Kreaturen im Kampf angeht, so könnte man es ebenso gut mit Wölfen oder Bären zu tun haben“.¹⁷

Erst im weiteren Verlauf – vor allem, als der Mangel an Arbeitskräften in der deutschen Kriegswirtschaft riesige Ausmaße annahm und von einem sowjetischen *Koloss auf tönernen Füßen* überhaupt keine Rede mehr sein konnte – zeigten sich einige der nationalsozialistischen Experten geneigt, die Russen eher als „Helfer“ denn als „Heloten“ zu betrachten. Selbst die Hilfe, die der in Gefangenschaft geratene sowjetische General Wlassow anbot – er wollte aus Kriegsgefangenen zwei Divisionen für den Kampf um die „Befreiung Russlands vom Bolschewismus“ formieren – , wurde von Hitler und Himmler im Oktober 1944, als die militärische Lage schon völlig ausweglos war, „angenommen“.

Alles Denken im Sinne des seit 1942 nicht mehr verwendeten Schlagwortes vom *Koloss auf tönernen Füßen* blieb unzulänglich, widersprüchlich und realitätsfern – und dies bis zum 8. Mai 1945. Mit Fug und Recht darf jedoch bezweifelt werden, ob seither solche Art von Unterschätzung und Herabwürdigung außen- oder innenpolitischer Gegner – wie auch immer das neue Schlagwort lauten mag – und ob jedwede maßlose, bis zur Hybris reichende Selbstüberhebung tatsächlich aus der Welt geraten sind ...

¹⁵ Ebenda, Bd. 11, S. 4084-4086.

¹⁶ BArch, NS 8/66, Bl. 43.

¹⁷ BArch, NS 18/604, Bl. 4.

[131:]

Davon geht die Welt nicht unter

Von Almuth Püschel

Sie ist nach Paris gekommen – Hanna Holberg, der gefeierte Star des Berliner Revue-Theaters Scala. Man schreibt das Frühjahr 1941. Deutschland befindet sich im zweiten Kriegsjahr. In einem repräsentativen Saal singt die attraktive Frau mit dunkel samtiger Stimme an den Flügel gelehnt von Traurigkeit und dunklen Stunden und verbreitet die Gewissheit, dass es wieder bessere Zeiten geben wird. „Wenn mal mein Herz unglücklich liebt, ist es vor Kummer unsagbar betrübt. Dann denk ich immer: Ach, alles ist aus, ich bin so allein. Wo ist ein Mensch, der mich versteht, so hab ich manchmal voll Sehnsucht gefleht.“ Soweit die Klage und so dann die überraschende und erlösende, ja aufmunternde, befreiende, obendrein im Gewand einer Erkenntnis daher kommende Wendung, denn im direkten Anschluss heißt es: „Ja aber dann gewöhnt ich mich dran und sah es ein“. Was? Das sagt der Refrain:

„Davon geht die Welt nicht unter,
sieht man sie manchmal auch grau.
Einmal wird sie wieder bunter,
einmal wird sie wieder himmelblau.
Geht's mal drüber und mal drunter,
wenn uns der Schädel auch raucht,
davon geht die Welt nicht unter,
die wird ja noch gebraucht.“

Flugs ist aus der Ich-Klage eine Uns-Betroffenheit geworden, denn: uns raucht der Schädel, doch wir wissen, das dauert nicht. Der Text nimmt diejenigen mit, an die er sich wendet, und im weiteren sackt er sie gleichsam ein. In der zweiten Strophe wird der Adressat, der „deutsche Volksgenosse“, die „Volksgenossin“, direkt und einzeln angesprochen, denn es lautet: „Geht dir einmal alles verkehrt, scheint dir das Leben gar nichts mehr wert, dann lass dir sagen: Das ist zu ertragen, ja, hör auf mich. Denkst du einmal: Ich kann nicht mehr, kommen auch Stunden so glücklos und schwer, ach, jedes Leid, das heilt mit der Zeit, darum sing wie ich“. Was? Den Refrain: Davon geht die Welt nicht unter. Das Feldgrau tragende Filmpublikum ist begeistert, es stimmt nicht nur ein, es schunkelt, als sei die Melodie des Refrain gerade dazu komponiert worden.

Die Szene entstammt dem am 15. Juni 1942 uraufgeführten Film [132:] „Die große Liebe“, den der Regisseur Rolf Hansen drehte. Erzählt wird die Geschichte der Liebe zwischen der Sängerin Hanna (Zarah Leander) und dem Fliegeroffizier Paul Wendlandt (Viktor Staal). Der kommt auf einer Dienstreise nach Berlin. Den Abend verbringt er in der Scala und verliebt sich in Hanna. Mit Geschick gelingt es ihm, die abweisende Künstlerin für sich zu gewinnen. U. a. kommt ihm sein couragiertes Auftreten im Luftschutzkeller von Hannas Haus entgegen. Am nächsten Morgen muss Wendlandt wieder fort. Er geht, ohne Hanna von seinem Beruf erzählt zu haben. Es wird eine Beziehung mit Hindernissen. Immer wieder wird Wendlandt zu seiner Truppe zurückgerufen. Selbst am Tag, als Hanna und er heiraten wollen, folgt er widerspruchslos diesem Ruf und entsagt dem persönlichen Glücksanspruch. Während eines Konzertes in Rom erfährt Hanna, dass Paul bei einem Luftkampf abgeschossen wurde und verletzt im Lazarett liegt. Hanna gibt ihre Karriere auf. Schlussbild: eine in den Kampf ziehende Fliegerstaffel. Nach seiner Genesung wird auch Paul wieder mitfliegen. Ihr Glück ist auf die Zeit des Genesungsurlaubs begrenzt.

„Die große Liebe“ war der erste NS-Film, dessen Handlung der Gegenwart ganz dicht auf den Fersen war. Sie führt in den Frühling und Frühsommer 1941. Schauplatz des Films: die Heimatfront. Zum ersten Mal fanden Auswirkungen des Krieges auf die Zivilbevölkerung, wie Luftangriffe, Lebensmittelrationierungen und Trennung von Partnern, wenn auch geschönt, Eingang in eine Spielfilmhandlung. Deren Darstellung war ganz darauf zugeschnitten, diese Lasten als erträglich und zeitbedingt erscheinen zu lassen. Und dafür gab es Gründe.

Die Versorgung der Bevölkerung war seit Kriegsbeginn ein ernstes Problem für die nationalsozialistischen Machthaber. Um eine desastreuse Situation wie im Ersten Weltkrieg zu vermeiden, waren Lebensmittel schon im September 1939 kontingentiert worden. Die Rationen wurden im Kriegsverlauf sukzessive gesenkt, führten aber bis Ende 1943 nicht zu einer wesentlichen Verschlechterung der Ernährung der Bevölkerung.¹ Wachsende Unzufriedenheit brachte aber die mangelhafte Versorgung mit höherwertigen Lebensmitteln, wie Südfrüchten und Genussmitteln hervor. Auf diese Situation spielt der Film an. Die Garderobiere von Hanna Wendlandt hat durch ein Missverständnis ein Päckchen heißbegehrten Bohnenkaffees bekommen. Im Luftschutzkeller lässt Wendlandt diesen Kaffee kochen und trägt so zur Verbesserung der anfänglich gereizten Stimmung bei, galt doch der [133:] Luftschutzraum als der Ort, „der am allerwenigsten geeignet sei, persönlicher Verärgerung Luft zu machen“.² Mit diesen Worten hatte 1941 ein Berliner Gericht ein Urteil gegen einen Mann begründet, der den Hauswirt im Luftschutzkeller beschimpft hatte.

Neben der Ernährung waren es die Luftangriffe, die am stärksten auf die Stimmung der „Volksgegnossen“ einwirkten. Sie hatten im Mai 1940 eingesetzt. Zum Zeitpunkt der Filmpremiere zerstörte die Royal Air Force bereits systematisch deutsche Städte, namentlich deren Zentren. Den Angriffen war im Februar 1942 die Entscheidung der britischen Regierung vorausgegangen, die deutsche Zivilbevölkerung durch diese Bombardements zu demoralisieren. In der Nacht vom 28. zum 29. März war die Lübecker Innenstadt zerstört worden. Rostock wurde in der letzten Aprildekade mehrfach Ziel schwerer Luftangriffe. In der Nacht vom 30. zum 31. Mai 1942 fügten 1046 britische Bomber Köln schwere Schäden zu. Am Ende des Jahres 1942 hatte die Royal Air Force 17 dieser Angriffe geflogen. Waren zwischen Oktober 1940 und Februar 1942 monatlich 120 Wohnhäuser zerstört und 219 Menschen getötet worden, so fielen diesen Attacken zwischen März 1942 und Februar 1943 in jedem Monat 1330 Wohnhäuser und 679 Menschen zum Opfer.³

Auch mit den Szenen, die Schutz suchende Menschen in einem Luftschutzkeller zeigten, nahm der Film Probleme auf, die realen Sorgen und Befürchtungen der Menschen entsprachen. Das Ausmaß und die Folgen des Krieges wurden immer offensichtlicher und das Scheitern des Plans eines „Blitzkrieges“ gegen die Sowjetunion hatte mit dem hereinbrechenden Winter 1941/42 die Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende zunichte gemacht. Immer mehr Männer wurden eingezogen und immer öfter brachte auch der Briefträger die Nachricht, dass der Sohn, der Mann oder Vater gefallen war. Die Bevölkerung hatte sich auf einen langen Krieg und auf eine zunehmende Zahl von Einschränkungen einzustellen.

Das Ziel des Films war es, die deutsche Bevölkerung für diese Entwicklungen zu konditionieren und an aller Opferbereitschaft zu appellieren. Jeder, so seine Botschaft, müsse in der Kriegsgemeinschaft der Deutschen unabhängig von seinem sozialen Status sein Opfer bringen. Derlei Verklärung wurde gebraucht und so bedachte das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda den Film doppelt mit Prädikaten. Er wurde für „staatspolitisch und künstlerisch wertvoll“ und dazu für „volkstümlich wertvoll“ erklärt.

Dieser Hervorhebung hätte es zu Reklamezwecken kaum bedurft. [134:] Denn zu keiner Zeit waren die Deutschen – auch infolge des Fehlens anderer Vergnügungsmöglichkeiten und Gelegenheiten der Ablenkung vom immer grauer werdenden Alltag – so oft ins Kino gegangen wie während jener Jahre. „Die große Liebe“ konnte bereits nach zweieinhalb Monaten 367.700 Besucher verzeichnen. Ihre Zahl stieg bis Kriegsende auf 27,8 Millionen. Die Kritik war begeistert. So schrieb die Zeitschrift „Der Film“ am 13. Juni 1942 „Der Film packte seine Zuschauer, weil seiner äußeren Wahrheit eine höhere innere Wahrheit entsprach. Er wurde von einem intensiv angesprochenen Publikum mit allen Zeichen uneingeschränkter Zustimmung aufgenommen ...“ Die „Filmwoche“ schrieb angesichts des anhaltenden Erfolges des Films am 26. November 1942: „Zarah Leander, deren Aufnahmen auf

¹ Vgl. Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Bd. II: 1941-1943, Berlin 1985, S. 254.

² Zit. nach: Ufa-Magazine, Nr. 18: Die große Liebe; Hg. Rainer Rother, Berlin 1992, S. 15.

³ Vgl. Olaf Groehler: Geschichte des Luftkriegs, Berlin 1981, S. 377 ff.

hervorragende Weise überraschen, lässt ihren Gefühlen, ihrer Nostalgie, ihren Zweifeln und ihrer Hoffnung in den Liedern von Jary freien Lauf ...“

Die banale Filmhandlung und auch der Propagandazweck würden heute sicher vergessen sein, wären sie nicht mit dem Mythos der Hauptdarstellerin und den eingängigen Liedern des Erfolgsduos Michael Jary (Musik) und Bruno Balz (Text) verbunden.

Die damals 35jährige Schauspielerin Zarah Leander, die 1907 im schwedischen Karlstadt geboren wurde und 1981 in Stockholm verstarb, war der weibliche Star im Film des Dritten Reiches. In den Jahren zwischen 1937 und 1943 spielte sie die Hauptrolle in zehn deutschen Filmen. Die dunkelhaarige Frau mit der eindringlichen Altstimme, die von den nach geeigneten Darstellern spähen den Abgesandten der Universum-Film AG 1936 in Wien, wo sie seit 1935 Theater spielte, entdeckt worden war, kam nach Deutschland, als der Exodus deutscher und ausländischer Künstler und Künstlerinnen aus Deutschland begonnen hatte. Ihre Landsmännin Greta Garbo und Marlene Dietrich, die Entdeckung der frühen dreißiger Jahre, die mit ihrer Rolle der Tengel-Tangel-Sängerin in „Der blaue Engel“ über Nacht zu internationalem Ruhm gelangt war, hatten dem nationalsozialistischen Regime den Rücken gekehrt. Henny Porten war wegen der Treue zu ihrem jüdischen Ehemann vom Propagandaminister Joseph Goebbels kaltgestellt worden. Das schuf Nachfrage.

Zarah Leander passte eigentlich so gar nicht in das Frauenbild, das die Machthaber zu vermitteln wünschten. Daher war sie auch nicht die Wunschkandidatin von Goebbels als First Diva im Film des Dritten Reiches. Die Leander erinnerte sich, Goebbels habe es als Armutszeugnis angesehen, dass das Regime nicht in der Lage war, eine eigene [135:] Diva hervorzubringen. Jedenfalls habe er sie nicht besonders gemocht und anfangs nur wenig beachtet.⁴ Was sich als nachträgliche Rechtfertigung für ihre Karriere im faschistischen Deutschland liest, entspricht allerdings den Tatsachen. Der Minister tat sich schwer mit der Neuentdeckung der UFA. In seinem Tagebuch titulierte er sie anfänglich als „Deutschenfeindin“ (15. Januar 1937) und hielt sie „für sehr überschätzt“ (21. März 1937). Erst nachdem sich ihre Filme als große Kassenerfolge erwiesen hatten, wandelte sich seine Haltung.

Die Künstlerin verfügte, verglichen mit Marika Röck oder Kristina Söderbaum, zwei anderen weiblichen Stars jener Jahre, über differenzierte Gestaltungsfähigkeiten. Sie war Vamp und liebende Frau, mütterlich und emanzipiert. Mit ihrer tiefen Stimme brachte die rothaarige Frau über die Gestaltung ihrer Filmheldinnen, die nicht selten Ausländerinnen waren und in fernen Ländern Glück wie Leid erfuhren, einen Hauch von Erotik und Exotik in das uniforme Leben der deutschen Bevölkerung. Für die damalige Zeit wirkte ihre Darstellung zuweilen unerhört verrucht.

1943 verließ Zarah Leander Deutschland. Die UFA konnte ihre Gagen nicht mehr in schwedischen Kronen bezahlen, sie sollte auch endlich die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen. Zudem war die Villa des Stars in Berlin-Dahlem von Bomben getroffen worden. Für die NS-Propaganda war sie fortan eine Abtrünnige, eine Verräterin. Mit Kriegsende galt die Leander in Schweden als Sympathisantin und Kollaborateurin der Nazis. Hier und in Deutschland und Österreich erhielt sie zunächst Auftrittsverbot. Doch seit 1948 durfte sie in Schweden wieder arbeiten. 1949 kehrte sie anlässlich einer Konzerttournee mit Michael Jary nach Deutschland zurück. In den 50er und 60er Jahren trat sie erfolgreich in der Bundesrepublik und in Österreich als Sängerin und Darstellerin in Musicals auf. An ihre Filmerfolge konnte sie allerdings nie wieder anknüpfen.

Den Textdichter Bruno Balz, ein Mann, der zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Films 40 Jahre alt war und 1988 im bayerischen Bad Wiessee starb, bewahrte der Film „Die große Liebe“ vor dem Konzentrationslager und dort vor der Zuordnung zu den Trägern des Rosa Winkels. Wegen angeblich unsittlicher Annäherung an einen Hitlerjungen befand er sich in Gestapo-Haft in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße. Balz hatte sich den 20er Jahren unter dem Eindruck der Arbeiten von Magnus Hirschfeld und der Bekanntschaft mit ihm aktiv in der Schwulenbewegung der 20er und frühen 30er Jahre engagiert und für deren verschiedene Zeitungen geschrieben. Sein ein wenig [136:] jüngerer, aus Oberschlesien stammender heterosexueller Freund, der Komponist Michael Jary, der in Berlin im gleichen

⁴ Vgl. Zarah Leander: Es war so wunderbar, Hamburg 1973, S. 170.

Jahre wie Balz verstarb, hatte zu dessen Gunsten aber erfolgreich bei Goebbels intervenieren können. Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, dass Balz und Jary u. a. den bei der Wehrmacht sehr populären Schlager „Das kann doch einen Seemann nicht erschüttern“ geschaffen hatten, der inzwischen, von einem Trio gesungen, dem Heinz Rühmann angehörte, zu den Höhepunkten der allsonntäglichen Rundfunksendung „Wunschkonzert“ gehörte, mit der eine „Brücke“ zwischen Front und Heimat geschlagen werden sollte. Unmittelbar nach seiner Haftentlassung, noch gezeichnet von den Erlebnissen in der Prinz-Albrecht-Straße entstanden die Texte zu „Davon geht die Welt nicht unter“ und „Ich weiß es wird einmal ein Wunder geschehen“, die nach der Filmpremiere beliebte Schlager wurden. Vor dem Hintergrund der persönlichen Geschichte von Balz lassen beide auch eine andere Lesart zu als die bloße Dienstleistung für die Machthaber. Nicht die Welt nach dem Endsieg der Nationalsozialisten, sondern die nach dem Ende des Nationalsozialismus werde schöner und bunter sein als diese Herrschafts- und Kriegszeiten. Indessen: Ob Balz die Phrase *Davon geht die Welt nicht unter* prägte, lässt sich nicht eindeutig nachweisen. Berühmt machte sie aber auf jeden Fall sein Liedtext.

Der Titel fehlt heute in der Regel auf keinem Tonträger, der die Lieder der Leander verbreitet, und ist auch den nach dem Krieg Geborenen bekannt. Er befriedigte in seiner Entstehungszeit ein latentes Bedürfnis der Bevölkerung nach Hoffnung und Trost. Das Arrangement des Titels war raffiniert. Die Sängerin beginnt traurig und melancholisch und durchbricht diese Stimmung mit dem Einsetzen des Refrains. Kurt Tucholsky hatte 1923 fast 20 Jahre vor der Liedpremiere über einen Karnevalsschlager geschrieben, dass dieser den „vollendetsten Ausdruck der Volksseele enthält, den man sich denken kann“, und der „so recht zeigt, in welcher Zeit wir leben, wie diese Zeit beschaffen ist, und wie wir uns zu ihr zu stellen haben.“⁵ Für den Balz/Jary/Leander-Schlager traf das exakt zu.

Fast auf den Tag genau, vierzig Jahre nach der Premiere des Liedes, das für Unerschütterlichkeit Reklame machte, gewann die siebzehnjährige bis dahin unbekannte Sängerin Nicole am 24. April 1982 in Harrogate den Grand Prix Eurovision de la Chanson. Auch ihr Lied „Ein bisschen Frieden“ in dem sie von er Hoffnung singt, „dass nichts geschieht“, traf ein Massengefühl, es wurde und blieb populär. Denn [137:] hochgerüstet standen sich die politischen Blöcke gegenüber. Die Waffen waren effizienter geworden und ein falscher Knopfdruck oder menschliches Versagen genügten damals und reichen heute hin, den Erdball bis zur Unbelebbarkeit zu verwüsten.

⁵ Kurt Tucholsky: Ein deutsches Volkslied. In: Ders., Ein Pyrenäenbuch. Auswahl 1920 bis 1923, Berlin 1976, S. 492.

Dimitroff-Formel

Von Kurt Pätzold

Im politischen wie im wissenschaftlichen Sprachgebrauch tauchen mitunter Begriffe auf, die nichts sind als Schlagetats gegen das Nachdenken. Zu ihnen gehört in den Sozialwissenschaften die Wortwendung von der *Dimitroff-Formel*. Mit ihr soll eine definatorische, also hochgradig verknappte und begrifflich verdichtete Charakteristik der faschistischen Diktaturen verunglimpft werden, die dem bulgarischen Kommunisten zugeschrieben wird, von dem sie aber nicht stammt. Denn als sie zuerst niedergeschrieben und publiziert wurde, befand sich Georgi Dimitroff in der Gewalt der deutschen Justiz. Vor dem Leipziger Reichsgericht wurde er der Teilnahme an jener Brandstiftung bezichtigt, der in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 das Reichstagsgebäude in Berlin zum Opfer gefallen war und die nach der Version der ihre Herrschaft befestigenden neuen Machthaber angeblich dazu bestimmt gewesen sei, das Fanal für einen kommunistischen Aufstand zu geben.

Während dieser Zeit also – Dimitroff verteidigte die deutschen Kommunisten wie ihre ausländischen Gesinnungsgenossen gegen die frei erfundene Anklage, Putschisten zu sein, und nutzte den Prozess, das faschistische Regime als gewalttätige, terroristische Macht bloßzustellen – tagte im Dezember des Jahres 1933 in Moskau das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und verabschiedete Thesen, die eine Charakteristik der faschistischen Staaten enthielten, wie es dort hieß: des Faschismus an der Macht. Deren Kernsatz lautete: „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“¹

Als Dimitroff, den die Leipziger Richter hatten freisprechen müssen und der den Faschisten entkommen konnte, weil ihm die Sowjetunion ihre Staatsbürgerschaft verlieh, eineinhalb Jahre später im [138:] Jahre 1935 in seiner neuen Eigenschaft als Generalsekretär dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau einen Rechenschaftsbericht vorlegte, übernahm er die 1933 getroffene Kennzeichnung wörtlich. Das erklärt, obwohl Dimitroff ausdrücklich von einem Zitat sprach, die falsche Zuschreibung. Denn das Referat machte den Text weithin bekannt, weiter als es der ursprüngliche Beschluss getan hatte. Wer aber die Autoren der Definition waren, hochwahrscheinlich theoretisch beschlagene Mitarbeiter aus dem Apparat der Kommunistischen Internationale, ist unbekannt geblieben. Ohne besonderen Aufwand lässt sich erkennen, dass ihre Formulierung Ergebnis eines längeren Prozesses gedanklicher und praktischer Auseinandersetzung mit der neuartigen Konkurrenz war, der sich nicht nur die Kommunisten gegen übersahen: Kräften der äußersten politischen Rechten, die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges entstanden waren und ihren ersten Durchbruch 1922 in Italien mit der Errichtung des monarcho-faschistischen Regimes unter dem Duce Benito Mussolini errungen hatten.

Die Wortwendung von der Dimitroff-Formel soll etwa besagen: Zu mehr als einer starren Formel haben es die Kommunisten, denen hartnäckige antifaschistische Gegenwehr und viele im Kampf gegen den Faschismus gebrachte Opfer nicht abgesprochen werden können, bei der Durcharbeitung ihrer Erfahrungen und ihres Kampfes mit den Faschisten nicht gebracht. Folglich lohne es sich nicht, sich bei dem geistigen Erbe, das die kommunistische Strömung der internationalen Arbeiterbewegung zu diesem Gegenstand hinterlassen hat, aufzuhalten, ja es überhaupt genauer zur Kenntnis zu nehmen. So verfahren denn auch nicht wenige, die gegenüber anderen historischen Erscheinungen es an Gewissenhaftigkeit der Analyse nicht fehlen lassen. Die in Deutschland dominierende Gruppe von Sozialwissenschaftlern vertritt die Ansicht, dass es zwar einen italienischen Faschismus gegeben habe, dass jedoch die Verwendung des Begriffs Faschismus zur Kennzeichnung des (deutschen) Nationalsozialismus, des spanischen Francismus und weiterer Bewegungen nicht zulässig sei, dass der Begriff Faschismus in seiner internationalen Verwendung eine unechte Abstraktion darstelle. Die Wesensverwandtschaft, die sich in der Frontstellung der Faschisten aller Zungen gegen Aufklärung und Liberalismus, Demokratie und Sozialismus sowie in ihren brutalen Methoden, Herrschaft zu erringen

¹ Die Kommunistische Internationale. (Auswahl von Dokumenten und Reden vom VI. Weltkongress bis zur Auflösung der Kommunistischen Internationale. 1928-1943). Hg. v. der Parteischule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin 1956, S. 266 f.

und zu behaupten, ausgedrückt hat, wird damit als sekundär abgetan, jede faschistische Partei und jedes faschistische Regime als ein eigener Typ angesehen. [139:] Deren von niemandem bestrittene nationale Besonderheiten gelten jeweils als ihr wesentliches Kennzeichen. In Deutschland wird sogar in den Schulbüchern, ist von den Faschisten die Rede, zumeist von Nationalsozialisten geschrieben, mithin der Etikettenschwindel benutzt, mit dem die von Adolf Hitler geführte Partei ihre Mitglieder und Wähler und schließlich die Masse der Deutschen zu täuschen verstand. Gelegentlich drückt sich eine Distanz von diesem Gebrauch im ebenfalls übernommenen Kürzel NS-Diktatur (-Herrschaft, -Regime, -Verbrechen usw.) aus.

Dennoch: die Frage, wie die Parteien und Regime begrifflich zu erfassen sind, die sich in den 20er bis 40er Jahren teils aus eigenen Kräften (Italien 1922, Deutschland 1933), teils mit ausländischer Hilfe (Spanien 1939, Slowakei 1939, Kroatien 1941, Ungarn 1944) zu etablieren vermochten und ihre Länder und weite Teile Europas mit so vielen Verbrechen überzogen, beschäftigt weiter nicht nur Theoretiker, die von einem von Marx geprägten Geschichtsverständnis herkommen. Verfechter von Strömungen des historischen Idealismus benutzen den Faschismus-Begriff ebenfalls, wenn sie ihn auch ausschließlich oder vorwiegend durch die Gemeinsamkeit oder enge Verwandtschaft der Ideologie der Faschisten gerechtfertigt sehen.

Wo indessen auf jede Anstrengung der Verallgemeinerung verzichtet wird, äußert sich ein Rückschritt in der Analyse einer gesellschaftlichen Erscheinung, mit deren Verständnis sich seit den 20er Jahren Theoretiker und Ideologen verschiedener geistiger und politischer Strömungen befassten. Die Abfertigung *Dimitroff-Formel* erspart zumeist die Auseinandersetzung mit einem Gedankenweg, der durch die Namen von Clara Zetkin, Antonio Gramsci, Leo Trotzki, Otto Bauer und viele weitere gekennzeichnet ist. Der Hinweis auf die „Formel“ ist wie ein Sofa, auf dem es sich bequem lang machen lässt. Wer es besonders gemütlich haben will, spricht von der „Holzhammerformel Dimitroffs“.²

Als das Exekutivkomitee der Komintern elf Monate nach der in Deutschland erfolgten Machtübergabe an die Regierung Hitler tagte und die in Rede stehende Bestimmung traf, hatte die Regierung in Deutschland einen Generalrat der Wirtschaft berufen, der sich aus namhaften Vertretern des Monopolkapitals zusammensetzte. Auf den Platz des Wirtschaftsministers war nach Alfred Hugenberg, dem einstigen Krupp-Direktor und Machthaber eines Medien-Konzerns, der Führer einer großen Versicherungsgesellschaft, Kurt Schmitt, gefolgt. Den Sessel des Präsidenten der Reichsbank konnte Hjalmar Schacht [140:] wieder einnehmen, der wie kein zweiter rechtens von sich zu sagen vermochte, dass Hitlers Platzierung in der Wilhelmstraße in besonderem Grade sein Werk gewesen war. Der mächtige Reichsverband der deutschen Industrie hatte sich „hinter“ die Regierung gestellt und verbürgte sich für ihr friedfertiges Wollen propagandistisch im In- und – was wichtiger war – im Ausland. Wenn der Nachweis für die Wesensbestimmung des Regimes verlangt wurde, konnte Verlegenheit nicht aufkommen, obgleich das Kräfteverhältnis zwischen den neuen Inhabern der politischen Macht und den alten auf den wirtschaftlichen Kommandohöhen noch nicht fest bestimmt war und ihr Zusammenspiel sich erst noch in einem von Unsicherheiten und Unwägbarkeiten mit geprägtem Frühstadium befand.

Klar aber zeichnete sich ab: Was sich als „nationalsozialistische Revolution“ ausgab, ließ die Grundstruktur der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur unangetastet, sondern erhielt Beifall und Unterstützung von eben jenen Kräften, die 15 Jahre zuvor die Novemberrevolution überdauert hatten und jetzt von deren ungeliebten politischen Folgen befreit wurden. Eine Gegenrevolution wurde vollendet. Wer Reklamenebel und Wirklichkeit zu sondern imstande war, dem fiel die Bestimmung der sozialen Charakteristik des neuen Regimes nicht eben schwer. Das galt für alle Theoretiker der Linken und ebenso für viele an Marx geschulte Arbeiter in den antifaschistischen Parteien.

Die Kommunisten stellten drei politische Anforderungen an die Begriffsbestimmung des Faschismus, denn es ging ihnen nicht um das Schreiben eines Lehrbuchbeitrages – in den Worten Dimitroffs: „Wir

² Hans Ulrich Wehler: Deutschland um 5.000.000 vor Christus. In: Süddeutsche Zeitung, 5.12.2001.

sind keine dem Leben fernstehenden Historiker, wir sind Kämpfer der Arbeiterklasse, die verpflichtet sind, eine Antwort auf die Frage zu geben: Ist es möglich den Sieg des Faschismus zu verhindern und auf welchem Wege?“.³ Dafür hatten 1934/ 35 vor allem Erfahrungen in Frankreich, Österreich und Spanien neue Erfahrungen geliefert. Mit der Kennzeichnung des Faschismus an der Macht sollte erstens der eigenen Orientierung in den veränderten Zuständen gedient, zweitens eine Abgrenzung von anderen als fehlerhaft und schädigend angesehenen Auffassungen erkennbar gemacht und drittens eine geistige Basis für die Fortsetzung des Kampfes gegen den Faschismus gegeben werden. Von dieser ganz auf die Praxis gerichteten Sichtweise kann nicht absehen, wer die Definition historisch-kritisch diskutiert und d. h. sowohl ihre Gebundenheit an die konkreten Zeitumstände wie ihren Zweck in Ansatz zu bringen.

[141:] Zunächst: Die Hauptaussage der 1933 gegebenen Faschismus-Definition besteht in der Feststellung, dass es sich um eine Diktatur einer Minderheit handelt und zwar eben jener Kräfte, die bisher aufgrund ihrer überragenden ökonomischen Macht die deutsche Geschichte seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts trotz aller Wechselfälle maßgebend bestimmt hatten. Damit waren zeitgenössische Ansichten zurückgewiesen, welche die soziale Basis der faschistischen Parteien, deren Kern kleinbürgerliche Schichten ausmachten, mit dem Wesen der Herrschaft gleichsetzten und fälschlich meinten, jetzt hätten die zu kurz gekommenen Aktivisten der Mittelschichten die Staatsmacht ergriffen. Gleiches galt für das an der Marxschen Analyse des Regimes von Napoleon III. festgemachte Bild, wonach das faschistische Regime aus einer Art Remis in den Kämpfen der Hauptklassen hervorgegangen sei und sich über diese erhebe.

Die Betonung, nun würden die künftigen Geschicke durch die am meisten reaktionären und chauvinistischen Kräfte des Finanzkapitals bestimmt werden, sollte sich in unbegrenzten Revanche- und Eroberungsgelüsten, die sich, die verfehlten Ziele von 1914 und mehr erstrebend, seit 1939 austobten, als vollständig gerechtfertigt erweisen. Damit war gesagt, dass die faschistische Macht nicht die Interessen aller Kapitalisten, selbst nicht aller großen, repräsentierte und verfocht. Das war aber nur eingeschränkt richtig. Auch erhebliche Kreise der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, die – antisozialistisch und antirevolutionär gesinnt – ohnehin eine geistig-politische Beziehung zum Faschismus entwickeln konnten, profitierten alsbald von der wesentlich durch die Hochrüstung erzeugten Konjunktur und bestimmten aufgrund dieser Erfahrungen ihre positive Haltung zum Regime. Jedenfalls bedeutete die Feststellung, dass nun expansionistische Kräfte an die Macht gelangt waren, die Aufrichtung eines Warnsignals. In einer denkwürdigen, später prophetisch anmutenden Rede, die 1935 auf die Dimitroffs folgte, begründete der italienische Kommunist Palmiro Togliatti, dass und warum die Geleise der europäischen Entwicklung in Richtung auf den Krieg gelegt würden.

Der offenkundige Mangel, den die Hervorhebung der Rolle des Finanzkapitals aufwies, lag in der Aussage, dass die faschistische Macht in den Händen der mächtigsten Bank- und Industrieherrn selbst läge. Wenngleich, wie erwähnt, einzelne Angehörige dieser Oberschicht Ministerämter besetzten, später während des Krieges eine erhebliche Zahl auf Posten gelangte, die ihnen zur wirtschaftlichen [142:] auch direkte Staatsgewalt eintrugen, existierte aufs Ganze gesehen doch eine gesellschaftliche Machtteilung zwischen der Kaste der neuen Politiker um den Reichskanzler und Parteiführer Adolf Hitler und der traditionellen Wirtschaftselite. Die erstere wusste, dass sie ohne das Ja einer einflussstarken Minderheit aus den Kreisen der letzteren nie (pseudo-)legal in den Besitz der Staatsmacht hätte gelangen können. Ihre Stellung war eine abgeleitete, die ihrer Förderereine originäre. Jedoch: In dem Maße, in dem sich die Diktatur festigte, gewann sie eine auf ihre Organe gestützte Festigkeit, ihre Exponenten erhielten vermehrte Bewegungsfreiheit. Der ihnen einmal erteilte Auftrag, an den sie sich im Wesentlichen gebunden fühlten, war nicht rückrufbar. Die relative Selbstständigkeit des Staates auch gegenüber Mächtigen der Wirtschaft nahm, ohne ins Absolute zu gleiten, eine andere Qualität an. Das sollte sich deutlich in der Krise des Regimes zeigen, als sich die politischen und militärischen Führer, dann entgegen dem Willen ihrer Installateure, bis fünf Minuten nach 12 behaupteten, was die Eigner des großen Kapitals zwar nicht mit in den Untergang riss, aber sie

³ Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften in drei Bänden, Bd. 2: 1921-1935, Berlin 1958, S. 542.

doch stärker noch als 1918 in eine Zwangssituation stürzte, aus der sie ohne den Beginn des Kalten Krieges schwerlich a tempo hätten herausfinden können.

Diese verwickelten Beziehungen zwischen den Subjekten der Politik und der Wirtschaft waren 1933/35 nicht zu analysieren und ließen sich auch später nicht in eine knappe Definition fassen. Dass aber die in der Komintern gegebene Kennzeichnung die faschistischen politischen Führer als bloße Büttel der Finanzkapitalisten verstanden habe, ihnen einzig die Rolle von Agenten zumaß, gehört in das Reich absichtsvoller Fälschungen durch Übertreibung. Damit soll den Kommunisten über den umstrittenen Gegenstand weit hinaus eine nur Dogmen gebärende Primitivität des Denkens angedichtet werden. Der Anwurf stützt sich auf die Passage im Beschluss des Weltkongresses von 1935, die besagte, dass der deutsche Faschismus „lediglich die Rolle eines Lakaien der Großbourgeoisie spielt“.⁴ Eine ähnliche Formulierung („die deutschen Faschisten, diese Lakaien der Großbourgeoisie“) findet sich in Dimitroffs Rede vor den Delegierten.⁵ Mitunter wird die Beziehung von „Staat und Wirtschaft“ im Faschismus von antikapitalistischen Agitatoren noch heute derart vereinfacht und verballhornt dargestellt.

Die Entdeckung, Entwirrung und Bewertung der Beziehung zwischen der Politikergruppe um Hitler und den Herren der Großindustrie und der Großbanken war (und ist) keine „kommunistische Spezifität“. Sie bildete auch, bevor es nach dem Zweiten Weltkrieg zu neuen wirtschaftlichen und politischen Interessenverflechtungen und daraus hervorgehenden Bündnissen zwischen Siegern und Besiegten kam, einen Gegenstand der besonderen Aufmerksamkeit und der Analyse von US-amerikanischen Fahndern, Wissenschaftlern und Juristen. Diese mündeten in die zu den so genannten zwölf Nachfolge-Prozessen gehörenden, vor Gerichtshöfen der USA stattfindenden Prozesse gegen Gruppen von Kapitaleignern und Kapitalmanagern der IG Farben-, des Krupp- und des Flick-Konzerns; Haftstrafen wurden ausgesprochen und Beschlagnahmungen erheblicher Besitztümer angeordnet.

Dass es sich bei den faschistischen Diktaturen und namentlich bei der auch als „klassisch“ angesehenen in Deutschland um terroristische Regime handelte, bedarf keiner Diskussion. Die Wirklichkeit hat das in einer alle düsteren Vorahnungen übertreffenden Weise bestätigt. Mörderisch bis zum Genozid wüteten die Machthaber innerhalb und vor allem außerhalb der Reichsgrenzen. Aber wie steht es um die Bestimmung, dass sie den Terror offen ausüben würden? Sie wurde 1933 unter dem Eindruck brutaler Verfolgungen aller Regimegegner, der Racheprozesse gegen Kommunisten mit Todesurteilen, für die sich Richter zur Verfügung stellten, und insbesondere der Errichtung von Konzentrationslagern getroffen. Letztere stellten unbezweifelbar einen neuen Typ der Anwendung und Organisation von Staatsgewalt dar. Doch bedeutete das nicht, dass jede Untat in aller Öffentlichkeit begangen oder gar frank und frei eingestanden worden wäre. Vielmehr erhielt die schärfste Repression Rechtfertigungen und Drapierungen und war von Versuchen begleitet, dem Regime in Italien ebenso wie in Deutschland aus innenpolitischen und mehr noch aus außenpolitischen Rücksichten ein gesittetes Äußeres aufzuschminken. So offen wie der Terror 1933 und 1934, da er in Deutschland auch gegen der Abtrünnigkeit verdächtige SA-Führer und bürgerliche und adlige Politiker wütete, wurde er in den folgenden Jahren – mit der Ausnahme des Pogroms gegen die Juden vom 9./10. November 1938 und der folgenden Verschleppung jüdischer Männer in die Konzentrationslager am helllichten Tage – nicht angewendet, wenn er auch, schon um seine disziplinierende Wirkung zu sichern, nie strikt geheim gehalten worden ist. Erst 1944 im Zusammenhang mit dem Attentat des 20. Juli und dann in der Agonie des Regimes, als nicht mehr kampfwillige Soldaten und Zivilisten nach kurzem Prozess zur Abschreckung öffentlich hingerichtet [144:] wurden, konnte in uneingeschränktem Sinne von offenem Terrorismus gesprochen werden.

⁴ Zit. nach Wilhelm Pieck/Georgi Dimitroff/Palmiro Togliatti: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale (1935), Berlin 1960, S. 271 f.

⁵ Georgi Dimitroff, a. a. O., S. 528. Mit der Kennzeichnung „Lakai der Bourgeoisie“ wurde in der gleichen Rede Karl Kautsky beschimpft. Ebenda, S. 546.

Was der „Dimitroffschen“ Charakteristik der faschistischen Regime als ein Mangel anhaftet, ist das Fehlen jeder Kennzeichnung der eigenartigen Massenbasis des Regimes, über die es in Dimitroffs Referat von 1935 längere Passagen gibt, die freilich die Absicht deutlich erkennen lassen, sich und allen Delegierten im Kampf gegen den Faschismus Mut zu machen und Optimismus zu verbreiten. 1933 konnte, wiewohl sich deutlich die Sogwirkung zeigte, die auf Millionen Deutsche allein von der „Machtübernahme“ ausgegangen war, immer noch geglaubt werden, dass dieser Anhang als Folge von krisenhaften Entwicklungen sich als unstabil erweisen und alsbald wieder zerfallen werde. Obwohl es auch Mitte 1935 irritierende Faktoren gab – so waren die Beziehungen zwischen Staatsmacht und Kirchen vor allem wegen des Absolutheitsanspruchs des Regimes im Hinblick auf die Jugenderziehung gestört und es zeichneten sich soziale Folgen der in Gang gebrachten Aufrüstung ab – ließ die unveränderte Übernahme der Definition von 1933 doch erkennen, dass es in den Reihen der Kommunisten auch eine Verweigerung gab, die gewonnene Festigkeit der Regime in Italien und Deutschland wahrzunehmen. (Dabei ist an die Stimme des britischen Kommunisten Palme Dutt zu erinnern, der ausdrücklich verlangt hatte, nicht bei der Definition von 1933 stehen zu bleiben.) 1936, nach den begeisterten Massenkundgebungen in Italien bei Beginn des Abessinien-Krieges und dem „friedlichen“ Massenfest anlässlich der Olympischen Sommerspiele in Berlin, hätte die ernüchternde Analyse der fanatisierten Gefolgschaft hinter Mussolini und Hitler und deren Ursachen kaum unterbleiben können. Jedoch erst nach der deutschen Erfahrung, dass Millionen diesem Führer bis in die ungeheuerlichste Katastrophe folgten, während sich in Italien Massen dieser Unterordnung schon verweigert hatten, nahm sich die historisch-materialistische Faschismusforschung des Themas an, und auch dann nicht konzentriert. Sie begann den geschichtsmächtigen Einfluss von Terror und Befehlsgewalt, Ideologie und Demagogie, Führerkult und Erfolgsbestechung und damit das wohl größte Geheimnis dieser Regime zu ergründen.

Zu den Vorwürfen, die gegen die Charakteristik des Faschismus durch die Komintern regelmäßig erhoben werden, gehört, dass sie die Rolle von Antisemitismus und Judenverfolgung nicht beachtet habe. Dass letztere falsch platziert worden sei, wurde auch den Richtern der [145:] Siegermächte vorgehalten, die ein Jahrzehnt später und aufgrund geschichtlicher Erfahrungen, die 1935 noch in niemandes Phantasie existierten, sich ein Urteil zu bilden hatten. Wie die Kritik an dem Fehlen einer Aussage über die Massenbasis, deren Zusammensetzung und Stabilität trifft auch dies nicht die Autoren der Jahre 1933 und 1935, sondern die Marxisten, die später an der Definition keinerlei Abstrich oder Ergänzung vornahmen und sich – häufig mit der Rechtfertigung, sie nicht durch eine Aufblähung unscharf werden zu lassen – weigerten, neue Erkenntnisse begrifflich-definitiv zu verdichten. Denn in Wirklichkeit waren die über die faschistische Diktatur gewonnenen Aufschlüsse, zu denen DDR-Forscher mit ihren Arbeiten beigetragen hatten, über den Wissensstand der Mitte der dreißiger Jahre hinausgelangt. Zurückgewiesen wurde die Ansicht, die in der faschistischen Diktatur einen Idealtyp der Kapitalherrschaft sehen wollte, so etwas wie die höchste und insgeheim unausgesetzt erstrebte Organisationsform von Ausbeutung, Unterdrückung und Expansion. Die Lesart der „Nationalsozialisten“ verspottend, hatte Dimitroff schon 1935 gesagt: Ihre neugebacknen Geschichtsschreiber „bemühen sich die Geschichte Deutschlands so darzustellen, als ob sich, kraft einer ‚historischen Gesetzmäßigkeit‘, durch 2000 Jahre wie ein roter Faden eine Entwicklungslinie zöge, die zum Erscheinen eines nationalen ‚Retters‘ auf dem Schauplatz der Geschichte geführt habe – eines ‚Messias‘ des deutschen Volkes: des bekannten ‚Gefreiten‘ österreichischer Herkunft.“⁶ Es setzte sich ein Denken in Alternativen durch und die Auffassung, dass der Faschismus eine mögliche Form bürgerlicher Herrschaft darstellt und nicht deren notwendige Durchgangs- oder Endstufe. Die Erkenntnis festhaltend, dass den kapitalistischen Staaten des 20. Jahrhunderts eine antidemokratische Tendenz inneohnt, wurde zu einer differenzierteren Analyse der Faktoren geschritten, die diese Tendenz abschwächen oder verstärken können.

Mit dem Blick auf die Stufe, welche von der nichtmarxistischen Faschismusforschung erreicht worden war, stellte Dietrich Bracher, der sich früh Verdienst auf diesem Felde erworben hatte, 1986 fest,

⁶ Georgi Dimitroff, a. a. O., S. 606.

dass die Wissenschaft von „einer brauchbaren Theorie“ noch weit entfernt sei.⁷ Eine anspruchsvolle Wunschliste, die sich mit der zu lösenden Aufgabe verbindet, hat in der DDR der Schriftsteller Franz Fühmann 13 Jahre zuvor aufgeschrieben: „Angesichts des inflationären Gebrauchs des Wortes ‚fascistisch‘ täte eine genaue Bestimmung schon Not. Die klassische Definition Dimitroffs trifft das politische [146:] Wesen, doch die Erscheinungsformen differieren sehr. Gemeinsam im Ideologischen scheint mir bei allen Spielarten jüngster Vergangenheit und Gegenwart: elitäre Massenverachtung bei gleichzeitiger Sehnsucht nach dem Aufgehen im Anonymen („Magie der Viererreihe“); militanter Nationalismus bei gleichzeitigem Bemühen, eine Internationalität herzustellen; starres Schwarz-Weiß-Denken; Verherrlichung des Brutalen, Grausamen, Blutigen, Vorgesellschaftlichen bei gleichzeitiger Faszination durch Technisch-Industrielles; Verlangen nach Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen, ja persönlichen, ja privaten Lebens bei gleichzeitiger Bejahung des anarchischen Kampfes aller gegen alle; Denunziation von Vernunft, Gewissen und Bewusstsein; Führerprinzip; Demagogie; Fanatismus; extremer Antikommunismus – und eben dies alles zusammen, nicht isoliert.“⁸

⁷ Siehe später auch Karl Dietrich Bracher: Nationalsozialismus, Faschismus, Totalitarismus – Die deutsche Diktatur im Macht- und Ideologiefeld des 20. Jahrhunderts. In: Ders./Manfred Funke/Hans Adolf Jacobsen (Hg.): Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn 1993, S. 566 ff. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, 314).

⁸ Franz Fühmann: Zweiundzwanzig Tage oder Die Hälfte des Lebens, Rostock 1973, S. 94.

Verlorene Siege

Von Kurt Pätzold

Kein Wortpaar machte nach dem Zweiten Weltkrieg in den alten Ländern der Bundesrepublik unter einstigen deutschen Kriegsteilnehmern, vor allem unter dem ehemals kommandierenden und befehlenden Personal der Wehrmacht rascher die Runde als dieses. Zitiert wurde der gleichermaßen eindrucksvolle wie einprägsame Titel eines im Jahre 1955 erschienenen Buches. Sein Verfasser (oder der Verlag?) wählten ihn mit Bedacht. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges war verbreitet worden, der greifbar nahe Sieg sei durch den Dolchstoß in den Rücken der Front verloren gegangen. Dies oder Ähnliches ließ sich nach der Niederlage im Zweiten nicht verbreiten. Als die Kapitulation im Mai 1945 erfolgte, hatten sich die Truppen der Kriegsgegner inmitten Deutschlands bereits getroffen. Einen Rücken besaß die deutsche Front nicht mehr ...

Hingegen: *Verlorene Siege* – das sprach eine Behauptung aus, für die aus der Geschichte von Kriegen beispielhaft Beweise beigebracht werden konnten. Ihr Wahrheitsgehalt war zudem schwer überprüfbar. Denn *Verlorene Siege* bezog sich auf den Ausgang einzelner mitunter wechselvoller Feldzüge und Schlachten, in deren Verlauf sich Sieg oder Niederlage auf des Messers Schneide befunden haben mochten. Im konkreten Fall ging es vor allem um die kriegsentscheidenden [147:] Schlachten an der Ostfront zwischen 1941 und 1943. An sie knüpfte der Buchtitel den Gedanken, wo das deutsche Heer Niederlagen erlitt, wären eigentlich Siege noch zu erringen gewesen. Aber: auf irgendeine Weise seien diese verloren gegangen ...

Nur wenige Leser von *Verlorene Siege* besaßen Vermögen und Detailkenntnisse, darüber fachgestützte Urteile zu fällen. Eine Handvoll deutscher Befehlshaber und höhere Generalstabsoffiziere gehörten dazu und natürlich deren Kontrahenten auf der jeweils anderen Seite der Front. Die eben noch „Landser“ gewesen waren, konnten dagegen dem Autor glauben oder nicht, dass es so und nicht anders gewesen war oder hätte werden können. Sie stellten die Masse der Käufer. Denn *Verlorene Siege* erlebte eine Auflage nach der anderen und dies, wenn auch nicht mehr in der anfänglichen Dichte, bis in die 90er Jahre: 1958 bereits erschien die zweite, 1964 die achte, 1991 die 12., 1998 die 15. Auflage. Das Buch fand mithin auch unter Deutschen, die so glücklich waren, in keinen Krieg ziehen zu müssen, immer wieder Interessenten. Militärs im Ausland studierten übersetzte Ausgaben. Selbstverständlich lasen es auch Offiziere der sich formierenden Streitkräfte der Bundesrepublik.

Verlorene Siege erhielt in der Flut der Erinnerungsbücher die höchste Bewertungsnote. Ein Historiker schrieb: „Turmhoch“ rage das Buch des „Heerführers aus Passion“ aus aller Memoirenliteratur und es sei dessen „Lektüre ein Genuss“.¹ Der Text galt als authentischer Bericht. Das bewirkte allein schon der Name des Verfassers, eines hochdekorierten Feldmarschalls. Der schilderte und beurteilte nicht nur – wie er einleitend einschränkte – militärische Operationen. Er entwarf, in dem er das tat, ein Bild, wie der Krieg doch hätte anders verlaufen und an seinem Ende für Deutschland anders ausgehen können. Derlei Möglichkeiten wurden nicht nur an Stammtischen zwischen Rhein und Elbe wieder und wieder diskutiert. Sie beschäftigten viele Deutsche, denn dieser Krieg hatte noch tiefer in das Leben von Millionen eingegriffen als der von 1914 bis 1918 geführte.

Mussten so viele Menschen im Kriege umkommen? So viele Städte in Trümmer gehen? Millionen ihre Heimat verlieren? Kosten und Folgen des Krieges so teuer ausfallen? Das waren Fragen von bedrängender, aber noch harmloser Natur. In eine andere Kategorie gehörten jene, die zu ergründen suchten, ob dieser Krieg nicht ein wenig mit gewonnen oder ein wenig weniger verloren gehen konnte. Die danach forschten, bediente der Autor. Nicht vordergründig agitatorisch oder gar markt-schreierisch. Er referierte im Gestus des Feld-[148:]herren, der sich in der Materie sicher auskennt und mit unbestechlichem Geist Geschehenes analysiert.

¹ Walter Hubatsch: Deutsche Memoiren 1945-1950. Eine kritische Übersicht deutscher Selbstdarstellung im ersten Jahrzehnt nach der Katastrophe, Laupheim 1956, S. 32 (= Geschichte und Politik. Eine wissenschaftliche Schriftenreihe, 8). Das war die zweite und erweiterte Auflage der zuerst 1953 erschienenen Arbeit.

Feldmarschall Erich von Manstein hatte nicht bis in die sprichwörtlich gewordenen fünf Minuten nach zwölf militärische Verbände befehligt. Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Obersten Befehlshaber und dem (seit 1942) Oberbefehlshaber der im Süden der Ostfront eingesetzten Heeresgruppe führten dazu, dass der Marschall am 31. März 1944 in Ehren und mit hohem Kriegsorden außer Dienst gestellt wurde. Bis zum Mai 1945 fand er nie wieder Verwendung. Hitler hatte sich mit einem seiner fähigsten Militärs über der Frage entzweit, wie in der Phase der Defensive und der Rückzüge zu operieren sei. Solange es vorwärts gegangen war, konnte an diesen Bruch kein Gedanke aufkommen. Denn von Manstein stammte der später unter der Bezeichnung Sichelschnitt bekannt und berühmt gewordene Plan, der 1940 dem Feldzug gegen Frankreich zugrunde gelegen hatte. 1941 befehligte er die Armee, welche die Krim eroberte und nach langwierigen Kämpfen auch die Festung Sewastopol einnahm. 1942 stand er, zum Generalfeldmarschall befördert und auf dem Höhepunkt seiner militärischen Karriere, an der Spitze der Heeresgruppe, die bis Stalingrad vorstieß und zu der die 6. Armee unter Friedrich Paulus gehörte. Hitlers Befehl, der sie dem Untergang preisgab, wurde von ihm mitgetragen. 1943, die Zeit der Niederlagen, Rückzüge und Fluchten hatte begonnen, gelang den von ihm befehligten Truppen die Rückeroberung Charkows. 1944 verschwand dann der Marschall in der so genannten Führerreserve. Bei Kriegsende gelangte er in die Kriegsgefangenschaft der Briten.

1945/46 befand Manstein sich während des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher im Zeugenrakt des Nürnberger Gefängnisses. Dort füllte er zum Zwecke der Verteidigung der beiden militärischen Spitzengremien, des Oberkommandos der Wehrmacht und des Generalstabs, „Hunderte von Seiten“.² Am 10. August 1946 trat er vor dem Internationalen Gerichtshof in den Zeugenstand. Doch ist es eine Legende, dass es sein Verdienst gewesen sei, für OKW und Generalstab einen Freispruch erwirkt zu haben. Die Richter nahmen von deren Verurteilung Abstand, weil sie Schwierigkeiten sahen, den Kreis der Angehörigen der Gremien exakt abzugrenzen. Dass es aber unter denen, die ihnen angehört hatten, Generale und Offiziere gab, die sich wegen verbrecherischer Handlungen vor Gerichten würden verantworten müssen, stand für die Juristen außer Frage. Das geschah dann auch in einem der Nürnberger Nachfolgeprozesse vor [149:] einem US-amerikanischen Gerichtshof, der als OKW-Prozess in die Geschichte eingegangen ist.

Manstein selbst geriet erst 1948 unter Anklage. Er hatte sich vor einem britischen Militärgericht, dem sieben Offiziere angehörten, zu verantworten. Der Prozess fand in Hamburg statt und hieß später nach dem Ort seines Stattfindens auch Curio-Prozess. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen Manstein den Vorwurf, für Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilisten und auch für den Massenmord an den Juden der Krim mitverantwortlich zu sein. Im Verfahren wurden etwa 600 Dokumente herangezogen. Das Protokoll der Verhandlungen wuchs auf 3397 Seiten an. Fünf Rechtsanwälte traten als Verteidiger auf. Gegen die Anklage brachten sie vor, dass die deutsche Regierung und nicht der jeweilige Armeeführer für die Behandlung der Kriegsgefangenen verantwortlich gewesen sei. Sie bezeichneten es als völkerrechtlich zweifelhaft, ob den Politischen Kommissaren der Sowjetarmee die Behandlung als Kriegsgefangene zugestanden habe. Sie behaupteten, die Ermordung der Juden wäre in größter Heimlichkeit erfolgt und von ihr hätten die Bäcker im rückwärtigen Dienst mehr gewusst als der Feldmarschall, den keiner seiner Offiziere über das mörderische Geschehen unterrichtet habe. Nichts davon war überzeugend, Manstein herauszupauken. Das Gericht verurteilte ihn zu 18 Jahren Haft. Schwer hatte dabei ein Befehl Mansteins vom 20. November 1941 gewogen, der den Offizieren und Soldaten seiner 11. Armee für das grausige Hinmorden der Juden ausdrücklich Verständnis abforderte.³ Darin war den Untergebenen erklärt worden, der Krieg gegen die UdSSR, „das jüdisch-bolschewistische System“, könne „nicht ... allein nach europäischen Kriegsregeln geführt“ werden. Sie müssten die „Notwendigkeit der harten Sühne am Judentum“ einsehen, das zudem hinter allem Widerstand stünde. So im Kern argumentierten auch Hitler und Himmler.

Der Oberbefehlshaber der britischen Besatzungstruppen setzte die ausgeworfene Strafe bald schon auf 12 Jahre herab. Auch die brauchte der Gefangene vollständig nicht zu verbüßen. 1953 befand sich

² Siegfried Westphal: Der deutsche Generalstab auf der Anklagebank. Nürnberg 1945-1948, Mainz 1978, S. 104.

³ IMT, Dok. PS 4064 u. US 927.

Manstein auf freiem Fuß. Zwei Jahre später erschien *Verlorene Siege*. Vom Zeitpunkt an gerechnet, da Manstein seinen Befehlshaberposten verlassen musste, hatte er also mehr als ein Jahrzehnt Zeit gehabt, sich über seine Rolle als Militär unter Hitlers Oberbefehl schlüssig zu werden. Was war seiner Überlegungen Resultat? Zuvörderst der Entschluss, sich jedes Urteils über Ursachen und Ziele des Krieges zu enthalten. Er wie andere Militärs an der Spitze des Heeres hätten, so [150:] wenig sie sich mit der Endgültigkeit der Grenze gegen Polen abfinden wollten, an keinen Angriff auf dieses Nachbarland gedacht. Da Manstein vor Kriegsbeginn an jenem Befehlsempfang teilnahm, zu dem Hitler die Spitzen der Wehrmacht auf den Obersalzberg geladen hatte, konnte er die politische Begründung, die ihm dort für den Beginn des Krieges vorgetragen worden war, nicht gut übergehen. Sein Bericht darüber ist unaufrichtig. Kein Wort darüber, dass der „Führer“ ihnen mit sozialdarwinistischen Argumenten auseinandergesetzt hatte, dass es um Eroberungen gehe, die mit unnachsichtiger Härte durchgesetzt werden sollten. Stattdessen: Es sei von einem „etwaigen Kriege gegen Polen“ geredet worden. Er und andere hätten gemeint, Hitler werde weiter ohne Krieg auf dem Wege der Erpressung vorankommen.⁴

Im Zentrum von *Verlorene Siege* steht jedoch der vor die Darstellung der „Tragödie von Stalingrad“ gesetzte Abschnitt, in dem sich der Autor zu Hitlers „Ausübung des militärischen Oberbefehls“ äußert und seine kritische Auffassung darüber entwickelt. Hitler habe „einige wesentliche Eigenschaften“ eines Feldherrn besessen, wie „einen starken Willen, Nerven, die selbst in schwersten Krisen standhielten, einen unleugbar scharfen Verstand und ... neben einer gewissen Begabung auf operativem Gebiet, die Fähigkeit, die in der Technik liegenden Möglichkeiten zu erkennen.“⁵ Jedoch hätte ihm das „auf Erfahrung beruhende militärische Können“ gefehlt, „die wirkliche strategische und operative Schulung“, die Bereitschaft zu einem Risiko während eines Feldzugs, die „alles an den Erfolg“ setze, der „Blick für das Mögliche“, der mit einer Überschätzung der „Macht des Willens“ einhergegangen sei.⁶ In der Zeit der Rückzüge wäre Hitler von der Vorstellung der „vor unseren Linien verblutenden feindlichen Massen“ gebannt gewesen.⁷ Demgegenüber charakterisierte Manstein sich und seinesgleichen als die Könner, die souveränen Beherrscher der Kriegskunst, welche im Kampf gegen die Sowjetarmee die Rolle des „eleganten Fechters“ suchten – ein aus vergangenen Kriegszeiten entnommenes Bild, das inzwischen in die Welt des Sports gehört, bei vielen Memoiren schreibender Generale angetroffen werden kann und deren gemeinsame Denkweise verrät. Auch in der strategischen Defensive sollte eine bewegliche Kriegführung bewahrt werden, die Rückzüge aus eigenem Entschluss mit Gegenangriffen verband. Hitlers Kurs aber, jeden beliebigen Quadratmeter Boden aus Prinzip zu verteidigen, habe dazu geführt, dass [151:] „die Überlegenheit der deutschen Führung und Truppe“ nicht zur vollen Geltung kommen konnte.⁸

Aus dieser gegen Ende seines voluminösen Werkes getroffene Feststellung spricht der ganze Dünkel des Marschalls, der noch nach der verheerendsten Niederlage, die ein Heer in der jüngeren Kriegsgeschichte erlitt, auf der Behauptung beharrt, man selbst sei aber der eigentlich Überlegene gewesen. 1918 – der Dolchstoß, 1945 – der Führer, der die Kriegskünstler gleichsam an die Ketten seines Dogmas gelegt habe. Manstein pflegte – nicht anders als Hitler – noch ein Jahrzehnt nach dem Kriegsende die Illusion, es wäre 1943 „eine Erschöpfung der Angriffskraft der Sowjets zu erreichen“ gewesen, nur eben nach seiner Methodik der „beweglichen Operationsführung“. Und die mit ihr bewirkte Erschöpfung des Gegners, so malte er sich das Weitere aus, hätte sodann „den Weg zu einem politischen Remis im Osten“ eröffnen können.⁹ Was sich Manstein darunter vorzustellen vermochte, hat er dem Leser von *Verlorene Siege* nicht verraten. Der mag, je nach der Schärfe eigenen Verstandes und der Bereitschaft, ihn zu mobilisieren, das Buch denn auch entweder zweifelnd beiseite gelegt haben oder selbst ins Träumen über ungeschehene und unwahrscheinliche Geschichtsverläufe geraten sein.

⁴ Erich von Manstein: *Verlorene Siege*, München 1976 (6. Aufl.), S. 20 f.

⁵ Ebenda, S. 313.

⁶ Ebenda, S. 305 ff.

⁷ Ebenda, S. 310.

⁸ Ebenda, S. 618.

⁹ Ebenda.

Manstein machte – das passte auch in die Zeit des sich verschärfenden Kalten Krieges – mit seinem Buch im Kern geltend, er hätte nach dem Ende der deutschen Siege im Osten das Heer so zu führen vermocht, dass der Vormarsch der sowjetischen Armee nach Mitteleuropa und Deutschland aufgehalten worden wäre. Dies wenigstens zu einem gewichtigen Bruchteil erreicht zu haben, rühmen ihm bis in jüngste Zeit Historiker nach: Der Feldmarschall und seine Truppen hätten 1942/43 im Süden der Ostfront einen Kampf von „historischer Dimension“ und Nachhaltigkeit geführt. Dieser habe erst am Beginn der 90er Jahre „mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Lagers“ sein Ende gefunden. Ein „finis Germaniae“, damals eingeleitet am Südflügel der Ostfront, so ein Horrorszenario, würde hingegen den ganzen Kontinent „in seinen Strudel gerissen“ haben.¹⁰ Manstein müsse zu den „großen Heerführern“ des Zweiten Weltkrieges gerechnet werden. Ihm komme das Verdienst zu, dass die Armeen der Alliierten an der Eibe und nicht an der Seine aufeinander trafen.¹¹

Von Manstein ließ auf *Verlorene Siege* drei Jahre später einen Memoirenband folgen.¹² Doch betätigte er sich nicht nur als Militärschrift-[152:]steller. Er wurde auch als Berater in den Aufbau der Bundeswehr einbezogen. Hitlers einstiger Marschall erreichte im Unterschied zu vielen seiner Soldaten ein hohes Alter. Anlässlich seines 80. Geburtstages im Jahre 1967 wurde eine Festschrift unter dem Titel „Nie außer Dienst“ publiziert, die ein Geleitwort des Bundeswehrgenerals Adolf Heusinger erhielt. In ihr unternahm ein anderer Historiker, Andreas Hillgruber, den Versuch, die Argumente des britischen Militärgerichts zu entkräften. Eine „genauere Analyse des Wortlauts“ des inkriminierten Befehls vom November 1941 würde zeigen, dass „bei partieller Übernahme der vorgeschriebenen Phraseologie eher späte Nachwirkungen des Schocks der bolschewistischen Revolution auf den konservativen Offizier“ sich erkennen lassen „als eine Übereinstimmung mit der für v. Manstein seiner Herkunft wie seinem Weltbild nach völlig unfassbaren Vernichtungspolitik Hitlers“.¹³ In dieser Interpretation lieferte die Tat des 7. November 1917 den Stoff, wenn schon nicht für eine Generalabsolution, so doch für eine entlastende Erklärung. Dass Manstein Hitler nicht entgegengetreten war, wurde damit begründet, er sei in Kreisen der Generalität der Favorit für den Oberbefehl über das ganze Ostheer gewesen, wurde ihm doch zugetraut, die Rote Armee aufzuhalten und den Krieg – da wird das verwaschene Bild aus *Verlorene Siege* gehorsamst übernommen – zu einem „Remis“-Ende zu führen. Erich von Manstein starb am 10. Juni 1973. Er wurde mit militärischen Ehren begraben.

In einem 1999 publizierten Aufsatz, der den Umgang mit dem Erbe der Wehrmacht im ostdeutschen Staat zum Gegenstand hat, heißt es lakonisch: „Publikationen zur Auswertung (des Zweiten Weltkrieges – K. P.) in der Art der ‚Verlorenen Siege‘ ... gab es in der DDR nicht.“¹⁴ Die ehemaligen Generale und Offiziere der Wehrmacht, die im ostdeutschen Staat Erinnerungen publizierten, hatten zum Geschehenen und ihrer eigenen Rolle eine kritische Distanz gewonnen. Sie drückten sich vor allem nicht um die Frage, wessen Krieg sie da mit welchen Zielen geführt hatten.

¹⁰ Hans Breithaupt: Zwischen Front und Widerstand. Ein Beitrag zur Diskussion um den Feldmarschall von Manstein, Bonn 1994, S. 112.

¹¹ Ebenda, S. 9 und 106.

¹² Erich von Manstein: Aus meinem Soldatenleben 1887-1939, Bonn 1958.

¹³ Andreas Hillgruber: In der Sicht des kritischen Historikers. In: Nie außer Dienst. Zum achtzigsten Geburtstag von Generalfeldmarschall Erich von Manstein, 24. November 1967, Köln 1967, S. 76 ff.

¹⁴ Rüdiger Wenzke: Das unliebsame Erbe der Wehrmacht und der Aufbau der DDR-Volksarmee. In: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hg.): Die Wehrmacht, München 1999, S. 1135.

[153:]

Soldaten wie andere auch

Von Kurt Pätzold

In den Zeiten des Zweiten Weltkrieges hätten sie diese Bezeichnung strikt zurückgewiesen. Nicht Soldaten wie andere auch wollten sie sein, sondern die Elite unter den Elite-Formationen der deutschen Streitkräfte. Durch nicht zu übersehende Sonderkennzeichen an ihrer Uniform herausgehoben, auszumachen vor allem durch die Zeichen mit dem Totenkopf, galten sie sich und anderen als Truppe, deren Angriffsgeist, Tapferkeit und Durchhaltevermögen niemand zu übertreffen vermochte. Als es in die Gefangenschaft ging, entfernten die Angehörigen der Waffen-SS dann klammheimlich die sie verrätenden Zeichen oder suchten eine andere Militärkleidung zu ergattern. Was sie häufig verriet, war die an ihrem Körper vorgenommene, nur operativ und dann auch nicht spurlos zu entfernende Markierung, die über ihre Blutgruppe Auskunft gab, so dass sie im Falle schwerster Verwundungen aus den richtigen Konserven versorgt werden konnten. Die Entdeckung, in welcher Truppe sie am Kriege teilgenommen hatten, mussten sie als Gefangene mit Gründen fürchten, die auch ihnen bewusst waren. Erfolgte sie, war die Überführung in besondere Lager sicher und eine Tiefenprüfung ihrer Rolle im Kriege stand bevor. Denn die Blutspur, die Einheiten der Waffen-SS nahezu durch ganz Europa gezogen hatten, war lang, Grauen erregend überall und am breitesten in Ost- und Südosteuropa.

Gewiss: Nicht nur sie hatten sich um das vereinbarte Kriegsvölkerrecht und die Gebote und Verbote des deutschen Militärstrafgesetzbuches nicht geschert. Doch von den SS-Männern waren Verbrechen begangen worden, die bis dahin unbekanntes Ortschaften einen Namen in der europäischen Geschichte verschafften, einen traurigen. Im französischen Oradour-sur-Glane hatte die 3. Kompanie des Regiments „Der Führer“, das zur SS-Panzer-Division „Das Reich“ gehörte, am 10. Juni 1944 ein Massaker angerichtet, dessen Opfer 642 Zivilisten waren. Die Männer des Ortes wurden erschossen, die Frauen und Kinder in der Kirche verbrannt. Im italienischen Städtchen Marzabotto nahe Bologna und in den umliegenden Dörfern wurden im September 1944 etwa 1830 Personen, meist Frauen, Kinder und Greise in ihren Häusern zusammengeschossen, verbrannt oder auf Friedhöfen niedergemacht. Haupttäter waren hier Angehörige der 16. SS-Panzer-Grenadier-Division, denen ausdrücklich befohlen worden war, ihre [154:] Operationen gegen Partisanen ohne Rücksicht auf Zivilpersonen zu betreiben. Andere Angehörige der Waffen-SS metzelten US-amerikanische Kriegsgefangene während der Ardennen-Offensive im Dezember 1944 bei Malmedy nieder.

Von diesen Untaten war bereits während des ersten großen Kriegsverbrecher-Prozesses in Nürnberg immer wieder die Rede gewesen. Das Gericht gelangte zu dem Urteil, dass die Waffen-SS wie die gesamte SS als eine verbrecherische Organisation zu beurteilen sei, in deren Reihen auch als Folge der Erziehung zum Herrenmenschentum und zu einem auf ganz Europa gerichteten Eroberungsgelüst Verbrechen „zur Selbstverständlichkeit, ja zum Gegenstand des Stolzes“ geworden wären.¹ Die besondere SS-Gerichtsbarkeit, der die Angehörigen der Waffen-SS unterlagen, schützten sie früher und noch stärker als Soldaten in anderen deutschen Streitkräften vor Bestrafungen, selbst wenn sie barbarisch auf eigene Faust gehandelt hatten. Zugleich wussten die alliierten Richter, dass die Waffen-SS, die bis 1940 eine Organisation ausschließlich von Freiwilligen gewesen war, in den folgenden Jahren auch durch Zwangsrekrutierungen aufgefüllt wurde, die insgesamt auf ein Drittel ihres Bestands geschätzt wurden.² Daher schlossen sie sich dem Standpunkt des sowjetischen Hauptanklägers an, dass „die Verantwortlichkeit für die Teilnahme an verbrecherischen Organisationen nur dann festgestellt (werden kann), wenn die persönliche Schuld erwiesen ist. Nationale Gerichtshöfe werden also die Frage der individuellen Verantwortlichkeit entscheiden“.³ So wurde auch im Falle des Kommandeurs der SS-Division verfahren, der den Befehl erteilt hatte, der die Untaten von Marzabotto

¹ Urteil des Gerichtshofes. Zit. nach Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. Peter Adolf Steiniger, Bd. I. Berlin 1957, S. 224.

² Ebenda, S. 222.

³ Ebenda, S. 105.

auslöste und decken sollte. Er wurde von einem italienischen Gericht zum Tode verurteilt, dann aber begnadigt und alsbald auf freien Fuß gesetzt.

Die Hervorhebung der Verbrechen der Waffen-SS nutzten juristische und nichtjuristische Verteidiger der Wehrmacht und von dessen Oberkommando, die den Eindruck zu erwecken wünschten, es seien die Verbände und Einheiten der Waffen-SS, die im Rahmen des Heeres und unter dem Befehl von Wehrmachtsgenerälen operiert hatten, allein gewesen, auf deren Kontenjegliche im Kriege begangene Untaten zu schreiben wären, während die Wehrmacht „anständig“ und „ritterlich“ gekämpft und gehandelt habe. Ungewollt enthält auch der Untertitel eines Buches von Robert M. W. Kempner, der als Ankläger in Nürnberg so viel zur Feststellung der faschistischen Verbre-[155:]chen getan hat, eine Übertreibung, wenn die SS als „die Elite, die Europa in Scherben schlug“, bezeichnet wird.⁴ Daran hatten die Wehrmachtseinheiten einen noch größeren Anteil. Gegen ihre negative Abhebung von Heer, Marine und Luftwaffe formierten die einstigen Angehörigen der Waffen-SS ihre Nachkriegsfront. Wie Offiziere und Soldaten anderer militärischer Formationen des faschistischen Regimes konnten sie sich in der Bundesrepublik zu Traditionsverbänden zusammenschließen, um ihre Interessen, ideologische und nicht zuletzt materielle, zu verfechten, die alte Kameraderie zu pflegen und sich gegenseitig durch die Nachkriegsjahre zu helfen. Jetzt wollten sie *Soldaten wie andere auch* gewesen sein.

Die einprägsame Formulierung fand sich auf der Titelseite eines Buches, das bei seinem ersten Erscheinen im Jahre 1953 noch Waffen-SS im Einsatz hieß und erst, nachdem davon mehrere Auflagen ausgeliefert worden waren, diese Umtaufe erfuhr. Ihr Autor war Paul Hausser, einer der höchst gestellten Befehlshaber der Waffen-SS, dessen militärischer Rang etwa dem eines Generalobersten gleichkam. Sein Lebensweg war – verglichen mit denen der Masse der SS-Generäle und -Offiziere – insofern untypisch, als er ursprünglich nicht aus dem Schwarzen Korps stammte. Er hatte nach dem Ersten Weltkrieg zur Minderheit der nicht demobilisierten Offiziere des kaiserlichen Heeres gehört und seine Karriere in der Reichswehr fortgesetzt, bis er 1932 im Range eines Generalleutnants entlassen wurde. 1934 stellte er seine Kenntnisse in den Dienst des militärischen Drills der SS. Diese bestand bis 1939 aus der so genannten Allgemeinen SS, die ihre Mitglieder neben ihren zivilen Berufen ausbildete, und aus kasernierten Einheiten, der SS-Verfügungstruppe (geschaffen aufgrund eines Befehls von Heinrich Himmler vom 14. Dezember 1934), welche als Bürgerkriegsarmee bereitstand, als solche aber nicht verwendet werden musste, und aus den Totenkopf-Verbänden, deren Aufgabe die Bewachung der Konzentrationslager war und die in Standorten in deren unmittelbaren Nähe stationiert wurden. Durch einen Erlass Hitlers vom 18. Mai 1939 – der Krieg gegen Polen befand sich schon fest im Visier der Militärführer – wurde aus der Verfügungstruppe eine SS-Division gebildet, für die eine Höchststärke von 20.000 Mann vorgesehen war. Damit begann im eigentlichen Sinne die Geschichte der Waffen-SS, eine Bezeichnung, die noch gegen Ende des gleichen Jahres aufkam. Bei Kriegsende existierten schließlich 38 solcher Divisionen. Sie waren nicht mehr alle ideologisch und militärisch so [156:] durchgebildet wie die ersten. Auch ihr Auftrag, Europa zu erobern, „um diesen Erdteil einmal zu beherrschen“⁵, war auf eine träumerische Erinnerung zusammengeschrumpft.

Im Kriege hatte Hausser eine SS-Division, später Armeen und zuletzt am Südflügel der Westfront eine Heeresgruppe befehligt. 1946 war er, als sich die Richter darüber klar zu werden suchten, ob die Waffen-SS als verbrecherische Organisation einzustufen sei, in Nürnberg als Zeuge der Verteidigung aufgetreten. Er hatte das Gericht vergeblich davon zu überzeugen gesucht, dass in dieser Spezialtruppe „die bewährten alten soldatischen Tugenden mit den Forderungen unserer sozialistischen Zeit“ vereinigt gewesen wären.⁶ 1948 wurde Hausser aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Auch zwei Jahre strafweise Arbeitslager, die ihm zudiktiert worden waren, galten als verbüßt. Fünf Jahre darauf erschienen seine Erinnerungen. Die spätere Veränderung des Titels machte deutlich aus, worum es dem

⁴ Roben M. W. Kempner: *SS im Kreuzverhör. Die Elite, die Europa in Scherben schlug*, Köln 1991, 2. Aufl. (= Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 4).

⁵ Rede Heinrich Himmlers vor dem Führerkorps der SS-Division „Das Reich“ am 19. Juni 1942 (Auszug). Zit. nach *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*. Hg. v. Reinhard Opitz, Köln 1977, S. 896.

⁶ *IMT*, Bd. XX, S. 393.

Verfasser von Anfang an zu tun gewesen war. *Soldaten wie andere auch* drückte ein Gleichstellungsverlangen und das Interesse aus, nicht anders als alle bewaffneten Formationen angesehen und beurteilt zu werden und davon zu profitieren, dass diese inzwischen in den Zeiten des Kalten Krieges eine Neubewertung erfahren hatten, namentlich was ihren Einsatz gegen den „Bolschewismus“ betraf.⁷

Indessen schien einstigen SS-Offizieren schon bald nach dem 1955 erfolgten Eintritt Deutschlands in die NATO die bloße Verteidigung der Waffen-SS als ein zu gering bemessenes und nicht mehr zeitgemäßes Ziel. Sie beanspruchten nun, die Pioniere im europäisch-abendländischen Ringen mit dem als Einbruch Asiens in Europa dargestellten Kommunismus gewesen zu sein. Am dreistesten tat das ein anderer SS-General, dessen Erinnerungen 1958 auf dem westdeutschen Buchmarkt erschienen. Auch er hatte seine militärische Karriere, die ähnlich der Haussers verlaufen war, nicht erst in den SS-Formationen begonnen. Felix Steiner war als Fahnenjunker vor Beginn des Ersten Weltkriegs in die kaiserliche Armee eingetreten und hatte bis 1933 zur Reichswehr gehört. Danach trat er in die Dienste der SS über. Steiner brachte es bis zum Rang eines Obergruppenführers und Generals der Waffen-SS. In den Maitagen 1945 kommandierte er, mit Orden hoch dekoriert und im Wehrmachtbericht wegen seiner Rolle bei den Rückzugskämpfen an der Ostfront belobigt, das III. Germanische SS-Panzerkorps. Noch in Kämpfen nördlich von Berlin und in Mecklenburg befahl er die Soldaten einer nach ihm benannten, aus versprengten Wehrmachtseinheiten zusammen-[157:]mengeworfenen Armeegruppe auf das Schlachtfeld. Auch er war 1948 bereits aus britischer Gefangenschaft auf freien Fuß gelangt.

Schon 1951 – es wurde am später scheiternden Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gearbeitet, der die Bundesrepublik mit einer eigenen Armee angehören sollte – veröffentlichte Steiner eine Schrift mit dem Titel „Die Wehridee des Abendlandes“. Da hielt es der Verlag noch für geboten zu verschweigen, dass es sich bei seinem Autor um einen General der Waffen-SS handelte. Steiner hatte inzwischen entdeckt, dass im Zweiten Weltkrieg die Soldaten, jene in den Armeen der USA und auch die in den deutschen Streitkräften, für die Freiheit gekämpft hätten, wenn auch nicht gemeinsam. Ihre „Opfer“ könnten jedoch Sinn nur erhalten, wenn sich das Abendland nun geschlossen dem „Bolschewismus“ entgegenstelle und zu diesem Zweck eine hoch technisierte Freiwilligenarmee nach dem Vorbild der einst von ihm kommandierten Einheit schaffe.⁸ Die „Stunde der reifen Lösungen“ sei gekommen.⁹

Unverhohlen bekannte sich Steiner auch in seinem 1958 veröffentlichten Buch „Die Freiwilligen. Idee und Opfergang zum Kampf gegen den Bolschewismus“ („die rote Flut“, „die roten Massen“, den „roten Massensoldaten“, den „roten Imperialismus“, den „Erzfeind“) zu einem Krieg für „Europa“. Dass es nicht die Sowjetunion gewesen war, sondern Deutschland unprovokiert den Krieg begonnen hatte, interessierte den Autor ebenso wenig wie irgendeines der in öffentlichen und geheimen Auftritten der Faschistenführer einbekannten Kriegsziele. Steiner schien während seiner gesamten SS-Karriere nie eine Rede des Reichsführers SS gehört zu haben. Er setzte die Waffen-SS und namentlich die von ihm geführten Verbände an den Anfang einer Traditionslinie und behauptete, von ihren deutschen und ausländischen Angehörigen- Niederländern, Flamen, Norwegern, Dänen und Angehörige weiterer Nationen –, sie hätten ihr Leben „einer großen Idee geopfert“.¹⁰

Dass sich Angehörige der Waffen-SS noch zu einem Zeitpunkt, da die totale Niederlage nur noch eine Frage von Tagen war, immer wieder in Schlachten und Gefechte eingelassen hatten anstatt zu kapitulieren, war Steiner ein „Heldenepos“ vergleichbar der „Schlacht an den Thermopylen“. Sich und die einst von ihm kommandierten, nun freilich nicht mehr Germanen genannten Truppen, deren

⁷ Paul Haussner: *Waffen-SS im Einsatz*, Göttingen 1953 (in vielen weiteren Aufl.) Erweiterte Fassung unter dem Titel *Soldaten wie andere auch. Der Weg der Waffen-SS*, Osnabrück 1966.

⁸ Felix M. Steiner (Das seinem Namen hinzugefügte M. ließ der SS-General dann wieder fallen): *Die Wehridee des Abendlandes*, Frankfurt a. M. 1951, S. 58. Von der Ausrichtung des Verlages zeugt ein im gleichen Jahr erschienenes Buch, in dem gefragt wurde „Was tun, wenn der Iwan kommt?“ (Paul Lüth: *Bürger und Partisan. Über den Widerstand gestern, heute und morgen*, Frankfurt a. M. 1951).

⁹ Ebenda, S. 13.

¹⁰ Felix Steiner: *Die Freiwilligen. Idee und Opfergang*, Göttingen 1958, S. 9.

Vorfahren er wiederum in bunt-gewaltsamer Mischung in den Freischärlern der antinapoleonischen Befreiungskriege, den griechischen Kämpfern gegen die osmanische Herrschaft, den italienischen Ver-[158:]bänden Giuseppe Garibaldis und den mordspatriotischen Toten des Schlachtfeldes von Langemarck ausmachte¹¹, stilisierte er zu Traditionsstiftern des NATO-Militärbündnisses. Die Tragik der faschistisch gesonnenen oder ahnungslosen Freiwilligen, die er auch „Freiheitskämpfer universellen Charakters“ nannte, habe darin bestanden, dass sie „fünfzehn Jahre zu früh“ begriffen, wo „Europas Todfeind“ stehe. Der Gedanke, dass die „Germanen“ in den von ihm befehligten Einheiten der Waffen-SS *Soldaten wie andere auch* gewesen seien, musste Lesern von Steiners Buch geradezu als deren Herabsetzung erscheinen. Im Bilde des Autors waren sie die durch Ideal und Einsatz unübertroffene Truppe gewesen, die einzige, die den Forderungen des Jahrhunderts angemessen gewesen sei.

Die Erinnerungen unter den europäischen Völkern waren jedoch zu frisch und zu nachhaltig, als dass sich Militärs wie Steiner der NATO auch praktisch hätten andienen können. Mit ihrer Rechtfertigung des Krieges gegen die UdSSR und dessen dumpfer und stumpfer Weiterführung bis nahezu zur letzten Patrone speisten sie den Hauptstrom der antikommunistischen Propaganda aber nach Kräften. Die einstigen SS-Generäle suchten den Schulterchluss mit den ehemaligen Generälen der Wehrmacht und lobten deren Verdienste. Steiner pries Guderian und von Manstein als Erneuerer und distanzierte sich von dem auf militärischem Gebiet nach seinem Urteil angeblich konservativ denkenden Hitler.¹²

Als Ideologen waren die gewesenen Befehlshaber und Kommandeure der Waffen-SS noch willkommen, militärisch und politisch jedoch direkt nicht mehr verwendbar. Dazu trug bei, dass Prozesse gegen SS-Angehörige vor Gerichten im Ausland, in der DDR und in der BRD schon bekannten Tatsachen über die verbrecherische Rolle der SS-Truppen neue hinzufügten. Auch die Geschichtsforschung tat das. Von alledem unbeeindruckt, demonstrieren in deutschen Städten im Jahre 2001 vorwiegend junge Faschisten und andere Rechtsextreme mit der Losung „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“, von der sie sich offenbar eine besonders provokatorische Wirkung versprechen. Und in der Justiz des Freistaates Sachsen ist zwischen dem Minister und dem Generalstaatsanwalt eine Auseinandersetzung entstanden, ob diese öffentliche Verherrlichung strafbar sei oder nicht.¹³

¹¹ Ebenda, S. 14 ff.

¹² Steiner, *Die Wehridee des Abendlandes*, S. 22.

¹³ Minister contra Generalstaatsanwalt. In: *Neues Deutschland*, 07.11.2001, S. 5.

[159:

Recht auf Heimat

Von Kurt Pätzold

„Riesengebirge, deutsches Gebirge ...“. So sangen und singen die meist in der Bundesrepublik geborenen Teilnehmer von Erinnerungstreffen, die in Wäldern und auf Höhen um Schneekoppe und Reifträger nie, wie es im Liedtext heißt, „gesungen und gelacht“ hatten und eigene Erinnerungen an die vom Dichter personifizierte „liebe Heimat, du“ nicht besitzen können. Andernorts erklingen das Ostpreußen- und das Pommern-Lied, wenn sich Mitglieder der in den Jahren 1948/1949 gegründeten Landsmannschaften¹ treffen, von den einen inbrünstig, von anderen ein wenig verlegen gesungen. Nur die an Zahl und Kräften immer weniger werdenden Alten mögen Kindheits- und Jugenderinnerungen an Jahre besitzen, in denen sie in Gebieten lebten, die einmal der Osten des Deutschen Reiches waren. Aber aller Emotionen, auch derjenigen, die weit westwärts geboren wurden, aufwuchsen und leben, sind geweckt, sobald von der viel bedichteten und besungenen Heimat die Rede ist, die für die einen nicht verloren und für andere weit ist, die dritte nicht lassen wollen und aus der für viele die Sterne noch am fernsten Ort strahlen. In der verbreiteten Version der Fischer-Chöre klingt „deutsches Gebirge“ nicht anders denn „Es braust ein Ruf wie Donnerhall ...“

Noch immer postulieren Führer dieser Vertriebenenverbände das *Recht auf Heimat* als ihre zentrale Forderung. Sie besagt nicht mehr das Gleiche wie einst, als der Kampf ruft aufkam. Ursprünglich bedeutete er das Verlangen nach der Revision der im Potsdamer Abkommen bestimmten, durch weitere Vereinbarungen der Siegermächte bestätigten Grenzen. Er konnte nur erhoben werden, weil gleichsam noch auf der Schwelle zum Kalten Krieg die USA die deutschen Ostgrenzen zum ausgangsoffenen Verhandlungsgegenstand eines Friedensvertrages erklärten. Inzwischen ist schon ein Jahrzehnt vergangen, seit sich die Bundesregierung zur Dauerhaftigkeit auch der Ostgrenzen bekannte. Ohne diesen Schritt wäre das Ja des Auslandes zum einheitlichen deutschen Staat 1990 nicht zu haben gewesen. Außenpolitisch passt folglich die Forderung nach dem *Recht auf Heimat*, sofern sie wie ursprünglich für Grenzrevision steht, nicht mehr in die Konzepte. Die Führer des Bundes der Vertriebenen, der am 14. Dezember 1958 aus einem Zusammenschluss bis dahin konkurrierender Organisationen entstand, und der Landsmannschaften haben sich diesem Zug der [160:] Zeit meist, wenn auch gezwungenermaßen, gebeugt und die der ostpreußischen bemühen sogar Richter gegen jene, die ihnen vorwerfen, sie würden durch das Erheben von Gebietsansprüchen in Europa Unfrieden stiften.²

Genau das hatten sie über Jahrzehnte getan, ob sie selbst noch an Rückkehr in die verspielten und verlorenen Ländereien glaubten oder andere daran berechnend nur glauben machten. Sie vermeinten, ein historisch und juristisch legitimes oder auch ein „natürliches“ *Recht auf Heimat* zu besitzen, was in ihrem Verständnis nicht den Anspruch bedeutete, in ihre Städte und Ortschaften zurückkehren und unter Polen oder Tschechen als nationale Minderheit leben zu können. Sie vermeinten Grenzrevisionen mit der Fortdauer des Kalten Krieges durchsetzen zu können. Dabei hätten sie aus ihrem Geschichtsunterricht wissen können, dass Grenzfragen seit eh und je Machtfragen waren. Über Jahrhunderte wurden sie auch zwischen deutschen Staaten stets nach dem Prinzip des Rechtes des Stärkeren gelöst. Die Schlesier hatten jedenfalls von der Schlacht bei Leuthen gehört und wussten, dass ihre Vorfahren flugs aus Untertanen der Habsburger zu solchen der Hohenzollern geworden waren. Nur hatten diese bleiben können, wo sie eben lebten. Waren sie steuerpflichtig, zahlten sie in eine andere Staatskasse. Interessierte sich der neue Staat für ihre „Wehrkraft“, gelangten sie, freiwillig oder gezwungen, in eine andere Uniform und unter andere Fahnen. Diesmal stand Millionen

¹ Der Zeitpunkt der Gründung – sie erfolgte zuerst auf der Ebene der Länder und mündete im Zusammenschluss im Gesamtgebiet der Bundesrepublik – war dadurch bedingt, dass die westlichen Alliierten nicht mehr auf dem von ihnen erlassenen Verbot derartiger Organisationen bestanden.

² In erster Instanz, vor der 5. Zivilkammer beim Landgericht Lüneburg, kamen die Führer der ostpreußischen Landsmannschaft nicht durch. Ihr Ansinnen, die Wiederholung der Behauptung, die Landsmannschaft verlange immer noch, „Ostpreußen heim ins Reich zu holen“, mit hoher Geld- oder ersatzweise mit einer Haftstrafe zu bedrohen, wiesen die Richter ab. Siehe *junge Welt*, 06.03.2001, S. 6.

Deutschen nicht bevor, Untertanen eines anderen Staatswesens zu werden. Sie fanden sich am Ende eines Krieges mehr oder weniger fern der Städte und Dörfer, in denen sie bis dahin gewohnt hatten, oder befanden sich als Reste in Staaten, welche den Verbleib von Deutschen nicht wünschten, so dass ihnen Vertreibung oder Aussiedlung bevorstanden.

Wie sollte nach diesem Kriege und unter diesen Umständen ein *Recht auf Heimat*, von dem (zu im Westen Deutschlands lebenden Geflohenen und Vertriebenen) als einer der ersten, wenn nicht überhaupt als erster der Kardinal Frings sprach, geltend gemacht und durchgesetzt werden? Die Machtfrage stellte sich alsbald im vis-à-vis von Armeen, die mit atomaren Sprengköpfen bestückte Raketen besaßen. 1939 hatte eine französische Zeitung gefragt: „Für Danzig sterben?“ Die absichtsvoll so fragten, verweigerten die Solidarität mit dem bedrohten Polen. Nach 1945 lautete sie abgewandelt: „Für Danzig, Breslau, Stettin und Königsberg einen Atomkrieg riskieren?“ Derlei ernüchternde Sicht herrschte nie vor, wenn sich Landsmann-[161:]schaften versammelten. Da wallten Gefühle, großdeutsche, antislawische, antikommunistische. Und mitunter indirekt auch antijüdische, so wenn der Verkehrsminister der Bundesrepublik Seebohm, der dem Adenauer-Kabinett angehörte, sich zu einer „Sittlichen Wiedergutmachungspflicht“ gegenüber den Juden dann verstehen konnte, „wenn auch die übrigen Kräfte in der Welt bereit sind, ihre Wiedergutmachungspflicht gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen zu erfüllen“. Allen Ernstes setzte er Judenverfolgung und Judenmord „den Methoden zur Seite, die gegen die deutschen Heimatvertriebenen angewandt worden sind“.³ Wägender Verstand war verabschiedet. Noch Jahrzehnte später angesichts von Forderungen nach der überfälligen Zahlung einer ohnehin nur gestenhaften finanziellen Entschädigung an jüdische und nichtjüdische Zwangsarbeiter wurde vom Beauftragten der Bundesregierung Otto Graf Lambsdorff der Vergleich mit den deutschen „Heimatvertriebenen“ gezogen, um zu beweisen, dass es einen „gerechten Ausgleich“ nicht geben könne.⁴ Einen Schritt weiter ging jener Abgeordnete des Deutschen Bundestages, der seine Zustimmung zum Gesetzentwurf über Zahlungen an Zwangsarbeiter mit dem Hinweis verweigerte, es sei bisher nichts Ähnliches für geschädigte Deutsche vorgesehen.⁵

Auch in ihrem inzwischen gewandelten Sinngehalt ist die Parole *Recht auf Heimat* zu nichts weniger geeignet als zur Stiftung guter Nachbarschaft. Tschechen und Polen wird das Bekenntnis begangenen Unrechts abgefordert. Versucht wird, ihnen das Geständnis zu begleichender Schuld abzuwingen. Durchgesetzt werden soll ein Recht auf Ansiedlung in Orten, in denen die „Vertriebenen“ selbst oder deren Vorfahren einst lebten. In dieser Abwandlung weist die Parole hochgradige Verträglichkeit mit der Außenpolitik der Regierung auf und ist gut geeignet, ein der diplomatischen Vertretung „deutscher Interessen“ günstiges Klima zu schaffen. Die lange gehegte, teils hasserfüllte Ablehnung von Polen und Tschechen, vermischt mit der Feindschaft gegen die dort bis 1990 existierende politische Ordnung, wird allmählich abgebaut. Wirtschaftliche Interessen erfordern das und der bevorstehende Zutritt von osteuropäischen Staaten zur Europäischen Union legt es nahe.

Wie hatten Ostpreußen, Danziger, Pommern, Brandenburger und Schlesier ihre Heimaten eigentlich verloren? Die Antwort der Betroffenen lautete meist: durch Vertreibung. Wer hatte sie vertrieben? Angeblich durchweg Russen, Polen – die Sieger. Das war in Millionen [162:] Fällen wahr, in ebenso vielen anderen nicht. Denn zunächst hatten Deutsche ihre Städte und Dörfer Anfang 1945 massenhaft aus eigenem, freilich nicht freiem Entschluss verlassen. Der Zwangsaussiedlung war die Flucht vorausgegangen und die Umsiedlung gefolgt. Von diesen unterscheidbaren Etappen im Kriegs- und Nachkriegsgeschehen, deren Wahrnehmung ihnen nichts an Leid, Grausamkeit und Tod nimmt, wollte kaum jemand etwas bemerken. Dabei war ihre Abfolge den Zeitgenossen erinnerlich und in Geschichtsbüchern längst geschildert.

Zunächst hatten sich im Spätsommer 1944 die Kräfte der Sowjetarmee im Mittelabschnitt der Front vor der Grenze Ostpreußens noch einmal erschöpft. Als sie aufgefrischt waren, begann am 11. Januar

³ Zit. nach Constantin Goschler: Wiedergutmachung, Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus, München 1992, S. 203.

⁴ Zit. nach Rudolf Augstein: Wir sind alle verletztbar. In: Der Spiegel, 30.11.1998.

⁵ So geschehen in der Sitzung am 6. Juli 2000, Deutscher Bundestag, 114. Sitzung, Plenarprotokoll 13/245.

1945 jene Offensive, die binnen 20 Tagen an die Oder führte. Der Traum deutscher Militärs, an der verkürzten „inneren“ Linie standhalten zu können, war ausgeträumt. Ostpreußen, weiteste Teile Pommerns und Schlesiens sowie rechts der Oder gelegene Gebiete Brandenburgs gingen verloren. Vor dieser nahenden Front hatten sich die Deutschen westwärts aufgemacht: Dorfbewohner auf Wagen, von Traktoren oder Pferden gezogen, Städter, auf Schienenwegen, mit Lastwagen oder – überstürzt und unbesonnen – zu Fuß, nicht wenige einen Koffer auf einem Schlitten hinter sich schleppend.

Nicht alle wollten sich in Frost und Ungewissheit begeben und meinten, irgendwo müssten sie schließlich das nahe geglaubte Kriegsende zu überleben suchen und dies würde ihnen am ehesten noch in ihnen vertrauter Umgebung gelingen. Tatsächlich wurde der Entschluss zur Flucht für nicht wenige verderblich. Manche erfroren, andere gerieten in unkämpftes Gebiet und kamen zu Tode. Warum hatten dennoch so viele Haus und Hof, Wohnung und Habe im Stich gelassen? Zum einen aus Furcht vor den Kriegshandlungen. Wie zerstörerisch sie waren, hatten ihnen die Filmwochenschauen vor Augen geführt. Eigene Erinnerung an Landesbesetzung in einem Kriegsverlauf besaßen nur einige Tausend Ostpreußen, die den Einfall der Truppen des russischen Zarismus 1914 erlebt hatten. Die Masse der Ostdeutschen kannte dergleichen nur aus Schulbüchern, in denen von der napoleonischen Besetzungszeit berichtet und Bildchen von „Deutschen Wirten und französischen Gästen“ zu sehen waren. Doch den Deutschen war durch Zeitungs- und Rundfunkberichte, mittels Spielfilmen und Plakaten schon seit Jahren der heillose Schrecken vor dem „Bolschewismus“ und der hereinbrechenden Steppe eingepflanzt worden. Der hätte so tief nicht gesessen, hätten sie nicht auch [163:] gewusst, wie viel Unheil sie mit ihrem Krieg namentlich über die Völker Osteuropas gebracht hatten und das mit den feindlichen Truppen auch Rächer nahten. Denen wollten sie nicht in die Hände fallen. So mussten die NSDAP-Leiter, Bürgermeister, Polizisten und Wehrmachtsbeauftragte keine Schwerarbeit leisten, um die Einwohner nach Westen auf die Beine zu bringen. Meist genügten Aufrufe. So wurde eine Vorbedingung dafür hergestellt, dass der Krieg weitergeführt werden konnte.

Nach Schätzungen verließ von den etwa 9,5 Mill. Menschen, die östlich von Oder und Neiße gelebt hatten, etwa die Hälfte vor Kriegsende ihre Wohnorte. Das schuf nicht nur freies Schussfeld. Auch wäre es unmöglich gewesen, beispielsweise die zur Festung erklärte Stadt Breslau bis in die Maitage 1945 zu verteidigen, wären darin die weit mehr als eine halbe Million Einwohner geblieben, die sie noch Mitte Januar 1945 bewohnten. Allein die Vorräte an Nahrungsmitteln hätten nicht gereicht. Aber der verbliebene Rest an Zivilisten und die in der Stadt zusammengezogenen Truppen vermochten den Kampf fortzusetzen, obgleich da niemand und nichts, auch keine Heimat mehr, zu verteidigen war.

Wie viele Deutsche aus den Gebieten jenseits von Oder und Lausitzer Neiße vor dem Kriegsende geflohen waren, wie viele nach dem Ende der Kämpfe zurückkehrten, wie viele aufgrund der Abmachungen zwischen den Alliierten ausgesiedelt, umgesiedelt, vertrieben worden sind, wie viele während und nach dem Kriege auch Ungarn, Rumänien und Jugoslawien verlassen mussten, darüber liegen nur geschätzte Zahlen vor. Nach der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 befanden sich in den vier Besatzungszonen insgesamt 9,5 Mill. Deutsche, die ihre Heimat verloren hatten, 3,6 Millionen in der sowjetischen, 3,6 Millionen in der britischen, 2,7 Millionen in der amerikanischen Zone, weitere 100.000 in Berlin und 60.000 in der französischen Zone.⁶ Diese Zahlen vergrößerten sich in den folgenden Jahren. In der Bundesrepublik stammten 1950 16,5 Prozent ihrer Bewohner aus Gebieten, aus denen sie vor den Kriegseignissen geflohen waren oder die sie später hatten verlassen müssen.

⁶ Zahlen nach Flucht und Vertreibung. In: Legenden Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte. Hg. v. Wolfgang Benz, München 1999, 10. Aufl., S. 84 ff. Andere Angaben weichen davon mehr oder weniger stark ab. Für den 1. April 1947 wird die Verteilung von 10,096 Mill. Menschen, die vordem nicht in den Gebieten gelebt hatten, die nun die vier Besatzungszonen ausmachten, wie folgt angegeben: 3,949 Mill. in der sowjetischen, 3,193 Mill. in der britischen, 2,904 in der amerikanischen und etwa 50.000 in der französischen Besatzungszone. Bis 1950 seien in das zur Bundesrepublik zusammengeschlossene Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen aus der Tschechoslowakei 2,921 Mill. Menschen gekommen, die Zahl der so genannten Volksdeutschen aus südosteuropäischen Staaten wird mit 1,865 Mill. genannt. Siehe Dokumente der Vertreibung, Bd. I, auf die sich die Darstellung von Christoph Kleßmann stützt: Die Doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1991, 5. Aufl., S. 40 f. (= Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 298).

Jeder sechste Bürger zählte zu den Vertriebenen, deren Belange das Bundesministerium für „Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“ vertrat, das auch propagandistisch aktiv wurde.⁷

Wie immer die einstigen Ost- und „Volks“-Deutschen in eine der vier Besatzungszonen gelangt waren, sie hatten nicht nur das meiste von ihrer Habe, ihre Wohnungen und Häuser und ihre Arbeitsplätze [164:] verloren und die Gräber ihrer Vorfahren zurückgelassen. Familien, Verwandte- und Freunde waren auseinander gerissen. Sie waren losgetrennt von den Landschaften, in denen sie groß geworden und die ihnen vertraut waren. Sie lebten in Gegenden, die sie vordem nicht einmal von Namen und Bildern her kennen mochten, unter Menschen, die nicht nur einen ihnen fremden Dialekt sprachen, sondern meist für die „Zugereisten“ wenig Sympathie empfanden, mussten sie doch in ihren Behausungen Menschen Platz machen, zu denen sie keine Beziehung besaßen und häufig auch schwer fanden.

Je langwieriger die Integration, je andauernder existentielle Sorgen, je spürbarer die Ungleichbehandlung, umso schmerzender die Wunden und umso populärer die Losung vom *Recht auf Heimat*. Diese Devise begegnete den aus dem einstigen Ostdeutschland und aus osteuropäischen Ländern Hergekommenen in einer Flut von Publikationen, in denen von Menschenrecht, Naturrecht oder historischem Recht geschrieben wurde. Mit dem Thema befassten sich wissenschaftliche Tagungen und von Universitätsfakultäten angenommene Dissertationen, Artikel in Zeitschriften und Zeitungen der rasch expandierenden Vertriebenenpresse.

Auch im neuen Osten Deutschlands⁸ wurden anfänglich Hoffnungen auf die Rückkehr eines Teils der Pommern, Brandenburger und Schlesier gehegt. Die Führer der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, manche stammten selbst aus diesen Gebieten oder hatten in ihnen gelebt, vermeinten, dass eine demokratische Entwicklung Deutschlands Chancen für eine partielle Revision der Entscheidung der Alliierten über die deutsche Ostgrenze eröffnen könnten. Spätestens mit dem Görlitzer Abkommen, das die Regierungen in Berlin-Ost und Warschau am 6. Juli 1950 durch ihre Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und Józef Cyrankiewicz schlossen, war klargestellt, dass es auch keine geringfügige Ostverschiebung der Grenze geben werde. Damit hatte sich die DDR, kaum etabliert, zu einer schweren politischen und wirtschaftlich-sozialen Hypothek bekannt und den in ihren Grenzen lebenden Bürgern aus den einstigen Ostprovinzen definitiv bedeutet, sie müssten sich bemühen, eine neue Heimat zu gewinnen, heimisch zu werden suchen, wohin es sie verschlagen hatte. Grenzrevisonistische Propaganda war und blieb verboten. Indessen erleichterten Reformen und staatlichen Maßnahmen das Leben der hier als Umsiedler bezeichneten Menschen. Das tat 1945 die Bodenreform, die Landzuteilungen an Bauern und Landarbeiter aus dem Osten ermöglichte, und auch die Bildungs-[165:]reform, weil sie jungen Leuten Möglichkeiten der Schul- und Hochschulbildung eröffnete, die sie vordem nicht besaßen. Zeitweilig existierten auch in der Sowjetischen Besatzungszone und anfänglich noch in der DDR spezielle Verwaltungen, die für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Umsiedler zuständig waren.

Scharf gegensätzlich blieb das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zur Grenzfrage. Die Bonner Regierung lehnte den zwischen der DDR und Polen geschlossenen Vertrag strikt ab, so u. a. in einer Regierungserklärung ihres Außenministers vom 31. Januar 1957. Sie erklärte die Rechtsgültigkeit der Grenzen vom 31. Dezember 1937 und unterstrich dies in allen unter ihrer Verantwortung herausgegebenen politisch-geographischen Kartenwerken, in denen die Gebiete ostwärts von Oder und Neiße stets als „unter polnischer Verwaltung“ stehend bezeichnet wurden. Sie nährte Hoffnungen auf Rückkehr. Seit die Parteien der BRD um Wähler warben, konkurrierten sie mit Versprechungen um die Stimmen der „Vertriebenen“. Anfang 1951 etablierte sich im Bundesgebiet der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Er erhielt 1953 bei der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag 5,9

⁷ Die Bezeichnung Flüchtlinge meinte nicht die 1944/1945 vor der herannahenden Ostfront geflohenen Deutschen, sondern Personen, die aus der DDR in die Bundesrepublik kamen, was bis 1961 bei offenen Grenzen relativ leicht geschehen konnte. Am 20. Oktober 1969 wurde das Ministerium aufgelöst. Zeitweilig – in der 1953 beginnenden zweiten Legislaturperiode unter Konrad Adenauer – hatte es ein Politiker geleitet, der dem BHE angehörte.

⁸ Siehe Manfred Wille (Hg): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente, Bd. I/II, Wiesbaden 1998 und 1999.

Prozent der Stimmen, gelangte mit 27 Abgeordneten in das Parlament, trat in die von Adenauer geführte Regierungskoalition ein. Dauerhaft konnte er größeren Einfluss nicht gewinnen, da seine Forderungen und die der großen Parteien zwar unterschiedlich scharf akzentuiert waren, im Kern jedoch übereinstimmten. Das verdeutlichte Bundesverkehrsminister Hans-Christoph Seebohm in Nürnberg am 17. Mai 1964 in einer Rede, in der er, sich auf das Münchener Abkommen von 1938 berufend, die Abtretung der Sudetendeutschen Gebiete verlangte. Seines Verkehrsministers Forderung schwächte Bundeskanzler Ludwig Erhard ab, territoriale Forderungen würden nicht erhoben, sondern lediglich das Rückkehrrecht für Deutsche verlangt.

Die geistige Atmosphäre verbarrikadierte die bittere Erkenntnis, dass die einst Ostdeutschen den Hauptpreis für einen Krieg zahlen müssen, in den sie von einem Regime gestürzt worden waren, dem auch sie zumeist bis in die Zeit der militärischen Siege zujubelten. Weder vom Anteil der deutschen Minderheiten an der Zerstörung des tschechoslowakischen und des polnischen Staates noch von ihrer von der Billigung bis zur Mitwirkung reichenden Rolle bei der Vertreibung von Polen zum Zwecke der „Germanisierung“ – sie betraf etwa 1,2 Millionen Menschen, die ihre in den neuen „Reichsgauen“ liegenden Wohngegenden zu verlassen hatten und in das General-[166:]gouvernement „abgeschoben“ wurden – konnte da die Rede sein. Auch nicht von den vertriebenen Tschechen, so den aus Terezín/Theresienstadt Zwangsausgesiedelten, in deren Stadt ein als „Altersghetto“ getarntes KZ für Juden entstand. Ebenso wenig von deutschen und nichtdeutschen Juden, denen nicht nur die Heimat, sondern mörderisch das Leben genommen worden war. Je lauter die Forderung nach dem eigenen Recht, desto stärker die Fähigkeit, alles zu vergessen, was die heimatlose Situation von Millionen Deutschen verursacht hatte. Nicht nur, dass behauptet und geglaubt wurde, die „Vertreibungsverbrechen“ an den Deutschen wögen alles auf, was diese während des Krieges an Untaten begangen hatten, die zudem damit erklärt wurden, damals sei eben Krieg gewesen. Ungeachtet aller in ihrem Ausmaß unvorstellbaren Zerstörungen, welche die deutschen Eroberer über die Nachbarn brachten, erhebt der Bund der Vertriebenen bis heute Eigentums- und Wiedergutmachungsforderungen, deren Anerkennung zum Eintrittsbillet osteuropäischer Staaten in die Europäische Gemeinschaft deklariert wurden.

Die als Folge der begangenen Untaten um Heimat und Habe gebrachten Deutschen vermochten sich auf ein *Recht auf Heimat* nicht zu berufen. Kurz und knapp kennzeichnete das Prager Institut für Politik und Ökonomik in einer 1959 in tschechischer und deutscher Sprache herausgegebenen Veröffentlichung den Zusammenhang zwischen Vorkrieg, Krieg und Nachkrieg; ihr Titel lautete: Was sie wollen – gestern ‚Heim ins Reich‘, heute ‚Recht auf Heimat‘. Im Ganzen wurde der Propagandafut, der die einstigen Flüchtlinge und Vertriebenen in der Bundesrepublik ausgesetzt waren, wenig entgegengesetzt. Das gilt auch für die DDR, zum einen wohl in dem Bewusstsein, dass die eigenen Arme viel zu kurz und die Emotionen viel zu verdorben waren, als dass vom ostdeutschen Staat aus eine Stimme der Vernunft zwischen der Nordsee und den Alpen sich hätte hörbar machen können. Die lautete einfach und warnend im Titel einer in Leipzig gedruckten Publikation *Mein Recht auf Heimat ... liegt im Frieden*. Im ostdeutschen Staat galt alsbald die Devise, an die eben vernarbenden Wunden vieler ehemaligen Ostpreußen, Pommern, Schlesier und Ostbrandenburger nicht zu rühren. Auch die deutsche Geschichte wurde – abgesehen von ausnahmsweisen Bezugnahmen, zu denen Biographien von Politikern, Wissenschaftlern und Künstlern, der Weberaufstand in Schlesien und natürlich Kriegsereignisse gehörten – geschrieben, ohne regionale und lokale Ereignisse zu erwähnen, welche Gedanken auf die verlorenen Territorien richten [167:] mussten. Die Veröffentlichung von Bildbänden und Geschichten aus den ehemaligen Ostgebieten, der Druck von Bildern und Postkarten, von Kochbüchern mit Empfehlungen regionaler Kost und von geographischen Karten, an denen in der Bundesrepublik bald ein Überangebot existierte, unterblieb im ostdeutschen Staat. Erst in einer späteren Phase der DDR-Geschichte hat sich die Literatur dem Erleben derjenigen, die einst im äußersten Osten des Reiches gelebt hatten, zugewandt. Berühmtheit erlangte Christa Wolfs Roman „Kindheitsmuster“, der geographisch in das Landsberg an der Warthe führte. Viel gelesen wurde der 1985 erschienene autobiographische, unter Verwendung historischer Quellen gegebene Bericht „Wir Flüchtlingskinder“ von Ursula Höntsch-Harendt.

Doch nicht nur aus historischen und mithin politisch-moralischen Gründen konnten die Deutschen kaum einen Anspruch auf die verlorene Heimat überzeugend geltend machen. Ein derartiges Recht existierte als Teil des Völkerrechts nicht. Das kennt das Recht nationaler Minderheiten, von denen es in europäischen Staaten vor dem Zweiten Weltkrieg viele gab (und bis heute gibt) – in Spanien, Frankreich und Italien und vor allen in den ost- und südosteuropäischen Staaten. Starke Minderheiten bildeten einmal Deutsche in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien, die dort seit Generationen lebten. Durch völkerrechtliche Verträge und in bilateralen Abkommen waren Rechte und Pflichten solcher Minderheiten fixiert, in der Praxis aber immer wieder verletzt worden, was seit der Existenz des 1919 geschaffenen Völkerbundes zu Klagen vor dessen Gremien geführt hatte. Keine nationale Minderheitengruppe aber verging sich gegen die Pflichten gegenüber den Staaten, in denen sie lebten, derart eklatant wie die Deutschen in der Tschechoslowakei und in Polen. Sie ließen sich zu Helfern der Totengräber beider Staatswesen machen und beteiligten sich danach an Vertreibungen von Polen, Tschechen und Juden.

Das gab die historische Rechtfertigung für die Entscheidungen der Alliierten in Teheran (1943) und Jalta (1945). Unbezweifelbar spielten in sie machtpolitische Interessen und Kalküle der UdSSR wie der Westmächte hinein. Aber sie zielten im Kern nicht auf Bestrafung, Vergeltung und Rache, sondern auf ethnische Situationen, die Wiederholungen des Geschehenen ein für allemal ausschlossen. Diese Frage hatte Winston Churchill und den Chef der polnischen Exilregierung Władysław Sikorski früh beschäftigt und den Gedanken geboren, die Deutschen und die Polen auseinander zu siedeln. Dass [168:] die Herstellung dieser Nachkriegsverhältnisse selbst von Unrecht – vor allem gegenüber deutschen Hitlergegnern, die sich Nationalchauvinisten und „Heim-ins-Reich“-Politikern widersetzt hatten – und von Racheakten bis zu mörderischen Exzessen begleitet wurde, war nach aller Vorgeschichte unvermeidlich. Alte und neue Deutschenfeindschaft erhob sich auch in Staaten der einstigen Verbündeten Nazideutschlands, so in Ungarn und Rumänien, und mündete auch dort in Zwangsausiedlungen. Das Recht, als Minderheit in Osteuropa in den Staaten ihrer nahen und ferneren Nachbarn zu leben, hatten die Deutschen weithin verwirkt. Daran trugen sie, wenn auch nicht gleichermaßen, die Schuld. Das machte auf andere Weise die Geschichte der Elsässer und Lothringer deutlich, die sich nicht zu einer Reserve oder zu einer „fünften Kolonne“ des eroberungslüsternen Faschismus gemacht hatten. Sie blieben nach dem Kriegsende, wo sie seit Generationen gelebt hatten, mit der Ausnahme der Aktivisten der Nazipartei und derjenigen, die auf den Bauernhöfen angesiedelt worden waren, deren französische Inhaber im Zuge der „Germanisierung“ 1940 in den damals noch unbesetzten Teil Frankreichs vertrieben worden waren.

Im Kreml brennt noch Licht

Von Eberhart Schutz

In der DDR wurde die Redewendung *Im Kreml brennt noch Licht* vor allem von Funktionären der SED und des Staates benutzt. Aber auch anderen Bürgern war sie durchaus geläufig. Dabei gab es zu den verschiedenen Zeiten unterschiedliche Interpretationen; ihre Wertung änderte sich im Laufe der Jahre sogar beträchtlich. Während sie am Ende der 40er und zu Anfang der 50er Jahre noch voller Überzeugung, ja getragen von Achtung und Bewunderung gebraucht wurde, diente ihre Verwendung später in zunehmendem Maße dazu, die Sache zu belächeln, zu ironisieren und zu verspotten. Mitunter schwang Zynismus mit.

Die Floskel geht auf ein Gedicht des proletarisch-revolutionären Dichters Erich Weinert zurück. Es entstand in der zweiten Hälfte des Jahres 1939 und erschien im gleichen Jahr in dem Band „Dem Genius der Freiheit. Dichtungen um Stalin. Zusammengestellt und redigiert [169:] von Erich Weinert“ im Staatsverlag der Nationalen Minderheiten der UdSSR in Kiew. Es lautet:

„Wenn du die Augen schließt und jedes Glied
Und jede Faser deines Leibes ruht, –
Dein Herz bleibt wach; dein Herz wird niemals müd’;
Und auch im tiefsten Schläfe rauscht dein Blut.
Ich schau aus meinem Fenster in der Nacht;
Zum nahen Kreml wend ich mein Gesicht.
Die Stadt hat alle Augen zugemacht.
Und nur im Kreml drüben ist noch Licht.
Und wieder schau ich, weit nach Mitternacht,
Zum Kreml hin. Es schläft die ganze Welt.
Und Licht um Licht wird drüben ausgemacht.
Ein einz’ges Fenster nur ist noch erhellt.
Spät leg ich meine Feder aus der Hand,
Als schon die Dämmerung aus den Wolken bricht.
Ich schau zum Kreml. Ruhig schläft das Land.
Sein Herz blieb wach. Im Kreml ist noch Licht.“¹

Weinen verfasste dieses Gedicht, nachdem er bis Februar 1939 als Mitarbeiter des Kriegskommissariats der XI. Internationalen Brigade in Spanien gegen die Franco-Faschisten gekämpft hatte, in Frankreich interniert worden und im Sommer 1939 von dort in die Sowjetunion ausgereist war. Der seit Jahren betriebene Kult um die Person Jossif Wissarionowitsch Stalins hatte auch den Dichter nicht unberührt gelassen, auch wenn es als blanker Hohn anmuten mag, dass angesichts der verbrecherischen Verfolgungen in der Sowjetunion seit 1936 ausgerechnet Stalin von ihm zu einem „Genius der Freiheit“ hochstilisiert wird. Verdrängte Weinen die grausigen Vorkommnisse? Aus dem faschistischen Deutschland geflohen, war er als Emigrant in besonderem Maße auf das Wohlwollen des Gastlandes angewiesen. Außerdem ist die konkrete Situation des Jahres 1939 zu berücksichtigen. Gerade die Ereignisse in Spanien hatten gezeigt, dass die westlichen Demokratien keine verlässlichen Partner im Kampf gegen die faschistischen Aggressoren darstellten. Im Gegenteil, ihre so genannte „No-Appeasement-Politik“ hatte es der rechtmäßigen Regierung der spanischen Republik fast unmöglich gemacht, sich die erforderlichen Mittel zu beschaffen, um sich der bewaffneten Angriffe der Putschisten unter General Francisco Franco zu erwehren, während [170:] diese die offene militärische Unterstützung der faschistischen Staaten Deutschland und Italien genossen. Die Putschisten hatten schließlich mit Hilfe dieser Mächte die spanische Republik besiegt und mit dem Franco-Regime war ein weiteres faschistisches Machtgebilde entstanden. Besonders die in Spanien Besiegten, aber auch alle anderen antifaschistischen Kräfte der Welt suchten nach einer Kraft, die imstande war, den faschistischen Aggressoren Einhalt zu gebieten. Zu dieser Zeit hatten sich nach den Annexionen des

¹ Erich Weinert: Gesammelte Gedichte; Bd. 5, Berlin/Weimar 1975, S. 473.

faschistischen Deutschlands von März 1938 bis März 1939 die dunklen Wolken eines drohenden Krieges bereits zusammengezogen. So erschien die UdSSR trotz aller dubiosen Aktionen bei der Unterstützung der spanischen Republikaner mehr denn je als der einzige staatliche Machtfaktor, auf den sich die antifaschistischen Kräfte der Welt zur Abwehr der Faschisten stützen konnten.

Sowohl die Einordnung des Gedichtes in einen Band zur Verherrlichung Stalins, als auch die Verszeile „Ein einz’ges Fenster nur ist noch erhellt“ stellt es eindeutig in die Reihe der Arbeiten, die der Huldigung Stalins dienen. Er erscheint als das „Herz“ der Sowjetunion, als die nie ermüdende Kraft, die letztlich die gesamte menschliche Gesellschaft voranbringt. Zugleich wird damit suggeriert, dass die einfachen Menschen, die Bürger des Landes keine Sorgen haben brauchten, sich unbesorgt der Ruhe hingeben könnten, im Vertrauen darauf, dass er, der „große Stalin“ in weiser Voraussicht, in unermesslicher Klugheit alles richtig leiten und lenken, alles für die Sicherheit und das Wohl des Volkes tun würde.

Revolutionärer Geist, den Weinert in der Weimarer Republik und in seiner Auseinandersetzung mit der NSDAP immer zu erkennen gegeben hatte, ist in diesem Gedicht kaum zu spüren. Es rief nicht zur Aktivität, zum Engagement auf, sondern tendierte zur Beruhigung nach dem Motto: Habt Vertrauen, alles wird gut! Gewollt oder ungewollt unterstützte es das vielen Menschen innewohnende Bestreben nach Bequemlichkeit, nach einem Ausweichen vor Entscheidungen und das daraus resultierende Verhalten. In dieser Hinsicht ist seine Aussage verwandt mit Verszeilen aus dem 1840 entstandenen Lied „Kein schöner Land“, in denen es heißt: „Nun, Brüder, eine gute Nacht,/Der Herr im hohen Himmel wacht,/In Seiner Güte /Uns zu behüten/Ist Er bedacht.“

Mit seinem Gedicht drückte Erich Weinert natürlich auch das für Emigranten verständliche Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit vor den Verfolgungen durch die faschistischen Mächte aus. Auch [171:] Dankbarkeit gegenüber dem Gastland, das den Künstlern außerdem viele Möglichkeiten beruflichen Schaffens eröffnete, schwingt mit. Unter den konkreten innenpolitischen Verhältnissen am Ende der 30er Jahre wurden allerdings solche durchaus gerechtfertigten Empfindungen völlig unangemessen allein auf den führenden Repräsentanten dieser Gesellschaft konzentriert.

Die Tendenz, führenden Persönlichkeiten ein im wörtlichen Sinne unermüdliches und ununterbrochenes Wirken für das Wohl des jeweiligen Landes zu unterstellen, ist übrigens keineswegs auf die Sowjetunion oder andere sich als sozialistisch bezeichnende Länder beschränkt. In Deutschland geschah Ähnliches wohl zuerst in Bezug auf Kaiser Wilhelm II. Zumindest lässt eine Karikatur in der Nr. 1 der Zeitschrift „Simplicissimus“ aus dem Jahre 1908 solches vermuten. Sie trug den Titel „Aus unseres Kaisers Tagewerk“ und unter der Zeichnung stand: „Wenn der Morgen graut,/Wenn das Frührot taut,/Hat der Kaiser schon an der Flotte gebaut.“² Jahrzehnte später wurden in Deutschland Postkarten mit Aufdrucken ähnlicher Texte herausgegeben. Einer davon lautete 1943/1944: „Der Führer kennt nur Kampf, Arbeit und Sorge. Wir wollen ihm den Teil abnehmen, den wir ihm abnehmen können.“³

Weithin bekannt wurde Erich Weinerts Gedicht „Im Kreml ist noch Licht“ erst zehn Jahre nach seiner Entstehung. Anlässlich des 70. Geburtstages von Stalin am 21. Dezember 1949 setzte in der kurz zuvor gegründeten DDR die Förderung des Kultes um seine Person in breitem Umfang ein. Die Aktionen der SED-Führung waren in die Bestrebungen der Sowjetunion eingebettet, angesichts der Zuspitzung des Kalten Krieges die übrigen Länder des „sozialistischen Lagers“ fester an sich zu binden und sie in ihrer weiteren Entwicklung eindeutig auf das sowjetische Gesellschaftsmodell zu fixieren; alle national bedingten und begründeten Varianten waren von nun an als schädlich verteufelt. Dementsprechend wurde die Bedeutung des Mannes, der diese Entwicklung ersonnen und durchgesetzt hatte, immer stärker hervorgehoben. Bereits in den Losungen und in der Grußadresse an das Zentralkomitee der KPdSU wurde Stalin als der Führer des Weltproletariats und der Weltfriedensbewegung, als großer Revolutionär, genialer Steuermann der Sowjetunion, als weiser Staatenlenker bezeichnet.

² Zit. nach: „Majestätsbeleidigung“. Die Hohenzollern in der Karikatur, Berlin 1998, S. 130.

³ Hans Meier zu Eisen: Borek-Ganzsachen-Spezialkatalog Deutschland ab 1933, Braunschweig 1976, S. 160.

Stalin, so hieß es, sei ein großer Wissenschaftler, tiefgründiger Forscher und kühner Denker, der den Marxismus-Leninismus in seiner Reinheit verteidige und diesen durch neue Erkenntnisse bereichert und entwickelt habe. Bei seinem Tode 1953 [172:] gab es in den Gedenkartikeln noch weitere Steigerungen solcher Verherrlichung; so nannte ihn z. B. Fred Oelßner „die größte Koryphäe der Wissenschaft“ und Walter Ulbricht erklärte ihn zum „größten Menschen unserer Epoche“.

Derartige Lobeshymnen umreißen indessen nur grob die Atmosphäre ununterbrochener Huldigungen Stalins. Hinzu kam beispielsweise die Angewohnheit, auf repräsentativen Tagungen der SED – aber auch der Massenorganisationen und staatlicher Organe – neben dem Tagungspräsidium noch ein so genanntes „Ehrenpräsidium“ zu wählen, an dessen Spitze natürlich der stets mit dem Titel „Generalissimus“ geschmückte Stalin stand. Reden und Veröffentlichungen waren allenthalben mit Stalin-Zitaten gewürzt, mit denen jedes Gegenargument wirksam zerschlagen werden konnte. In vielen Veranstaltungen kam nun Weinerts Gedicht zum Vortrag, so in Feierstunden zu Stalins Geburtstag, zu Jahrestagen der Oktoberrevolution und ähnlichen Anlässen. In dieser Zeit setzte sich die Verszeile „Im Kreml ist noch Licht“ im Gedächtnis vieler Menschen fest, und sie wurde durchaus ernst genommen. Freilich nicht im wörtlichen Sinne, dass Stalin nicht auch geruht und ausgespannt hätte, aber man war davon überzeugt, dass er alle Fäden in der Hand hätte, dass unter seiner Leitung die Sache des Weltfriedens in guten Händen sei. Erklärlich, denn die Gefahr neuer militärischer Auseinandersetzungen war ja keineswegs gebannt, die Drohung eines Kernwaffenkrieges hing wie ein Damoklesschwert über der Menschheit.

Bei allem Verständnis für die Sorge der Menschen um die Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens und dem daraus resultierenden Gefühl der Unsicherheit einerseits wie andererseits der Sehnsucht nach Geborgenheit, die sich viele Menschen von der Politik der Sowjetunion erhofften, bleiben dennoch Fragen, wie es zu einer solchen Vergötterung der Person Stalins kommen konnte. Man denke nur daran, wie bedeutende deutsche Schriftsteller bei Stalins Tod 1953 reagierten: Johannes R. Becher erklärte, Stalin bedeute Friede und Freiheit, er sei gemeinsam mit Lenin eine „Glücksunendlichkeit“, Bertolt Brecht bezeichnete ihn als „Verkörperung unserer Hoffnung“ und selbst die stets zurückhaltende, bedachtsame Anna Seghers verglich ihn mit einem nimmermüden, treusorgenden Familienvater, der stets Rat gewusst habe.

Dass die Bewunderung einer Person solche Ausmaße annahm und so viele Menschen erfüllte, mag auch damit zusammenhängen, dass es [173:] generell in den 20er, 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts Kult um die Führer politischer Parteien und Staaten gab. Nicht nur in den bürgerlichen Parteien des Weimarer Deutschlands, sondern auch in der KPD hatte sich ein regelrechter „Führerkult“ entfaltet, ganz zu schweigen von dem, was Deutschland während der Zeit der faschistischen Diktatur erlebte. Trotz der eklatanten Niederlage und der damit verbundenen Desillusionierung waren nach 1945 nicht alle Faktoren verschwunden, die einen Kult um führende Persönlichkeiten begünstigen konnten. Eine große Rolle spielte, dass in Stalin der Mann geachtet wurde, unter dessen Führung die Sowjetunion von einem rückständigen Agrarland zu einer Weltmacht geworden war, dass er als der Repräsentant jenes Staates angesehen wurde, der den entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus geleistet hatte.

Natürlich gab es trotzeiner solchen Grundhaltung gegenüber der Sowjetunion und Stalin auch verbreitet Skepsis und Unbehagen. Diese wuchsen in gleichem Maße wie die maßlose Lobhudelei und Glorifizierung. Manche Spöttelei wurde ausgesprochen, wenn auch nur verstohlen und mit aller Vorsicht. Das änderte sich allmählich nach Stalins Tod, vor allem nach der Aufdeckung der Verbrechen, die unter seiner Verantwortung geschehen waren, auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956. Weinerts Gedicht war schon lange nicht mehr öffentlich rezitiert worden und kaum noch bekannt, wohl aber die Titelzeile. Wurde sie jetzt zitiert, dann ironisierend oder sarkastisch, womit die bisher übliche Heroisierung der Sowjetunion und besonders ihrer Führung, aber auch die des eigenen Machtapparates in Frage gestellt und zugleich der Anspruch der höheren Funktionäre in Zweifel gezogen, unentwegt und ununterbrochen tätig zu sein, um den Gang der Entwicklung aufrecht zu erhalten.

Zudem glitt der Gebrauch der Redewendung *Im Kreml brennt noch Licht* ins Triviale ab. So gab es im Süden der DDR eine Schule, deren Direktor in den 60er und 70er Jahren mit Vorliebe am späten Abend bis in die Nacht hinein in seinem Dienstzimmer arbeitete. Da das Schulgebäude auf einer Erhebung am Rande des Stadtzentrums lag, war das Licht aus diesem Zimmer weithin zu sehen. Die Eingeweihten wussten, dass sie in den folgenden Tagen mit neuen grundlegenden Plänen oder Initiativen des Schulleiters konfrontiert werden würden und zitierten ironisch den Weinertschen Ausspruch ...

Schon in den 80er Jahren war die Redewendung unter den jüngeren Menschen kaum noch bekannt. Sie wurde indessen auch nach [174:] dem Ende der DDR verwendet: 1998 erschien eine Dokumentation über die Spitzenkontakte zwischen der SED/PDS und der KPdSU 1989-1991, deren Herausgeber *Im Kreml brennt noch Licht* als Titel wählten.⁴

⁴ Detlef Nakath/Gero Neugebauer/Gerd-Rüdiger Stephan: *Im Kreml brennt noch Licht. Die Spitzenkontakte zwischen SED/PDS und KPdSU 1989-1991*, Berlin 1998.

Kunst ist Waffe

Von Eberhart Schutz

Im Jahre 1928 gab der Arbeiter-Theater-Bund Deutschlands eine kleine, von dem Arzt, Dramatiker und Kommunisten Friedrich Wolf verfasste Schrift mit dem Titel „Kunst ist Waffe! Eine Feststellung“ heraus. In ihr setzte sich Wolf leidenschaftlich für eine Politisierung der Kunst und für ihre Einbeziehung in die revolutionären Kämpfe der Arbeiterbewegung ein. Er schrieb: „Der *Glaube* an eine *neue Ordnung*, die kommen wird, *dieser Glaube*, der heute Millionen Mühseliger und Beladener beseelt, er ist nicht geringer und kleiner als der Jenseitsglaube, der vor zweitausend Jahren die Sklaven und Entrechteten des römischen Imperiums emporgeflammt! Nur dass wir heute die Verwirklichung unseres Glaubens auf *dieser* Erde wollen, dass wir für die Hungernden nicht mehr Worte wünschen, sondern Brot!

In dieser *Zeitenwende* sitzt der *Dichter* nicht mehr in seinem rosenumrankten Dachkammerlein, in dieser Schicksalsstunde marschiert der *Dichter als Trommler neben der Fahne*.“ Namentlich der „wirkliche Dramatiker kann heute nicht mehr im luftleeren Raum arbeiten oder in der Museumskammer der Vergangenheit, auch für ihn heißt es: ‚Die Szene wird zum Tribunal! ... die Bühne wird zum Zeitgericht und Zeitgewissen!‘“¹

Diese von seinem Wunsch und Willen zur Weltveränderung bestimmte Forderung verband sich für Wolf mit schroffer Ablehnung des kulturellen Erbes. In den politischen Auseinandersetzungen seiner Zeit seien die Werke der Aufklärung und der Klassik nutzlos, die Masse des Volkes könne mit ihnen nichts anfangen; vonnöten seien aktuelle Kurzszenen, Reportagen und andere agitatorisch nutzbare Formen. Kunst sei „weder ein Erbauungsmittel in der Hand von Pädagogen, Studienräten und Rauschebärten, die auf den ‚bildungshungrigen‘ Handarbeiter losgelassen werden, noch ist sie Luxus, [175:] Kaviar und Opium, das uns die Hässlichkeit des ‚grauen Alltags‘ vergessen macht. Die Kunst heute ist Scheinwerfer und Waffe!“² Die Dichter hätten aus dem „eisenharten Material unserer Tage“ die Waffen zu schmieden, die Arbeiter hätten sie zu ergreifen, das heißt, sie müssten diese neue Kunst nicht nur aufnehmen, sondern auch selbst gestalten, sei es im Arbeiter-Theater-Bund, im Volksfilmverband oder in den Spieltrupps und Sprechchören. Wolf fasste seine Gedanken in einem Gedicht zusammen, aus dem die folgenden Zeilen sein Anliegen besonders deutlich werden lassen:

„Aufgewacht! Wir reichen Euch kein Schlafpülverlein,
wir stellen Euer Leben in Scheinwerferschein,
dass Ihr's endlich seht und Euer Antlitz sich straffe:
Kunst ist nicht Dunst noch Bildungsgegaffe ...
Kunst ist Waffe!“³

Die Vorstellung, Kunst habe in die gesellschaftliche Entwicklung einzugreifen, stellte, wie Wolf in seiner Schrift ausführlich darlegte, keine Neuentdeckung des 20. Jahrhunderts dar. Sie hatte bereits in der Antike existiert. Im 19. Jahrhundert hat Ludwig Börne Literatur und Kunst nachdrücklich auf ihre gesellschaftliche Aufgaben gelenkt. Als Waffe ist wohl Kunst zuerst von Heinrich Heine verstanden worden, der 1830 verkündete: „Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme. Ich habe euch erleuchtet in der Dunkelheit, und als die Schlacht begann, focht ich voran, in der ersten Reihe.“ Gegen Ende seines Lebens hat Heine das Fazit gezogen: „Doch fall ich unbesiegt, und meine Waffen/Sind nicht gebrochen – Nur mein Herze brach.“⁴ Heine wehrte sich indessen gegen eine Beschränkung der Kunst auf politische Zwecke, weil sie nur dann, wenn sie sich als Kunst voll ausbilde, auch ihre gesellschaftliche Rolle umfassend wahrnehmen könne.

Den Gedanken, Kunst als Mittel der politischen Auseinandersetzung zu nutzen, griff die sich formierende sozialistische Arbeiterbewegung auf. In diesem Sinne wirkten vor allem Georg Herwegh und

¹ Friedrich Wolf: *Kunst ist Waffe*. Aufsätze, Leipzig 1969, S. 16 f. (Hervorhebungen im Original).

² Ebenda, S. 21.

³ Ebenda, S. 24.

⁴ Heinrich Heine: *Werke in fünf Bänden*, Bd. 1, Weimar 1959, S. 143 und 309.

Georg Weerth. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wuchs die Buch- und Zeitschriftenproduktion sprunghaft an und weitete sich der Leserkreis aus. Diese Entwicklung verband sich zugleich mit einer enormen Verbreitung von Trivilliteratur, zu deren Kennzeichen der soziale Kitsch gehörte. Dagegen schuf sich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ihr eigenes System der Literaturverbreitung, über das zahlreiche Liederbücher und Anthologien in Arbeiterhände gelangten. Nicht nur die Literatur, die Kunst insgesamt sollte den Volksmassen erschlossen, Teil ihres Lebens und Ansporn in ihren Kämpfen werden.

[176:] Nach Krieg, Inflation und langen Notzeiten gewannen neue Medien wie Film und Rundfunk rasch an Bedeutung. Seit Mitte der 20er Jahre brach sich auch ein Unterhaltungsbedürfnis Bahn, das mehr und mehr durch eine sich kommerzialisierende Kulturindustrie befriedigt wurde. Für viele, wenn auch nicht für alle kleinbürgerlichen und proletarischen Kreise, wurde Unterhaltung erschwinglich. Sensationen, Zerstreung und Flucht in die Illusion dominierten und förderten einen Zug zur Entpolitisierung. Wolf sah sich außerdem mit einer gegenläufigen Tendenz konfrontiert, denn auch die Politisierung der Kunst schritt voran, vornehmlich und immer stärker nationalistischer Ideologie dienend.

Gegen solche hatten sich demokratische Künstler schon seit Anfang der 20er Jahre gewandt, wie Gedichte von Erich Weinert, Grafiken von George Grosz oder Fotomontagen von John Heartfield zeigen. In den letzten Jahren der Weimarer Republik nutzten vor allem die Mitglieder des „Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller“ ihr literarisches Können für die Auseinandersetzung mit zunehmenden nationalistischen, militaristischen und faschistischen Erscheinungen. Wolf griff mit seiner eingangs erwähnten Rede in die Diskussion um Ziele, Aufgaben und Methoden sozialistischer Kunst ein. Den Verhältnissen geschuldet hob er deren Eigenständigkeit besonders hervor, orientiert auf das Agitatorische und pflegte radikale Töne. Wolf verallgemeinerte und förderte mit seiner Losung eine bereits vorhandene Tendenz, er spürte indessen nicht, dass eine solche Auffassung die unterschiedlichen kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und erst recht die ihrer potentiellen Verbündeten im Bürgertum ignorierte. Da angesichts des vorrückenden Faschismus gerade ein Bündnis aller antifaschistischen Kräfte enorm an Bedeutung gewann, bemühte sich der „Bund“ seit Beginn der 30er Jahre um ein gemeinsames Agieren aller demokratisch gesinnten Autoren.

Die Auffassung, Kunst sei eine Waffe, wurde in der internationalen kommunistischen Bewegung auch nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland vertreten. Man schrieb Literatur und Kunst eine aktivierende Funktion im Kampf gegen Faschismus und Krieg zu; in der UdSSR war es Maxim Gorki, der das Konzept entwickelte, Sowjetliteratur müsse eine „Verteidigungsliteratur“ sein. In diesem Sinne haben während des Krieges sowjetische Schriftsteller ihren Beitrag zum Sieg über die faschistischen Aggressoren geleistet.

Nach 1933 nutzten viele der in die Illegalität und ins Exil getriebenen deutschen Künstler ihr Schaffen bewusst als antifaschistische [177:] Waffe. Neben Friedrich Wolf wirkten viele andere, so Ernst Barlach, Johannes R. Becher, Bertolt Brecht, Willi Bredel, Ernst Busch, Alfred Frank, Hans und Lea Grundig, John Heartfield, Käthe Kollwitz, Heinrich Mann, Otto Pankok, Fritz Schultze, Anna Seghers, Erich Weinert und Arnold Zweig. Sie entlarvten und bekämpften die Propaganda der „Nationalsozialisten“, prangerten deren Terror, die Judenverfolgung und den Krieg an, nahmen kritisch den Alltag in „Dritten Reich“ unter die Lupe und würdigten Solidarität und Widerstand.

Nach der Zerschlagung des Faschismus, also in einer völlig veränderten geschichtlichen Situation, hat Wolfs Forderung *Kunst ist Waffe* auch über seinen Tod am 5. Oktober 1953 hinaus eine bedeutende Rolle gespielt. Zwar knüpfte zunächst in Deutschland niemand unmittelbar daran an, doch entsprechend der schon von Karl Marx und Friedrich Engels formulierten Aufgabenstellung, Bildung, Kunst und Wissenschaft aus einem Monopol der herrschenden Klasse in ein Gemeingut der ganzen Gesellschaft zu verwandeln, betrachteten Sozialisten und Kommunisten die Künste als organischen Bestandteil der Gesellschaft. Nach ihren Vorstellungen sollten Künstler aktiv an den notwendig gewordenen Veränderungen teilnehmen. Sie sollten helfen, nie wieder Krieg und Faschismus zuzulassen und die Massen in den von ihnen angestrebten revolutionären Prozess einzubeziehen. In der Sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR galt besonders der Literatur und ihrer Rolle im

politisch-ideologischen Umerziehungsprozess der Deutschen große Aufmerksamkeit. Höchster Wert wurde darauf gelegt, den Menschen die ihnen bisher vorenthaltenen Werke der antifaschistischen Exilanten, der russischen bzw. sowjetischen Schriftsteller, aber auch die des humanistischen Erbes nahe zu bringen.

Es gab in der DDR durchaus unterschiedliche Sichtweisen auf die Funktion von Kunst und Literatur. Während einige der führenden Funktionäre in ihnen nur eine Waffe des Klassenkampfes erblickten, sahen andere darin ein aufklärerisches Mittel zu Erklärung und Erkenntnis der Wirklichkeit, manche verwiesen gar allein auf Zweck, die Menschen zu unterhalten. Zwischen allen Auffassungen bestanden vielfältige Abstufungen und Übergänge. Offiziell erklärte die Regierung der DDR in der Kulturverordnung vom 16. März 1950, hauptsächlich eine Kunst fördern zu wollen, welche „die demokratische Erziehung des Volkes und seine Lebens- und Arbeitsfreude“ steigern. Anlässlich der Berufung der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten am 31. August 1951 forderte Ministerpräsident Otto [178:] Grotewohl sogar: „Die Idee der Kunst muss der Marschrichtung des politischen Kampfes folgen ... Was sich in der Politik als richtig erweist, ist es auch unbedingt in der Kunst.“⁵

Diese extreme Ansicht vertraten Künstler kaum, obwohl viele von ihnen gerade die im Exil und Widerstand geschaffene Kunst als ein Mittel notwendiger gesellschaftlicher Umgestaltung ansahen. Darüber hinaus hatten viele der von den Erlebnissen des Zweiten Weltkrieges geprägten jungen Künstler das Bedürfnis, mit ihren Werken Bewusstseinsveränderungen zu bewirken. Der Dichter und Kulturpolitiker Johannes R. Becher meinte, die Literatur der DDR müsse „gewaltige Energien“ wecken, „unsere Ansichten, unsere Weltanschauung, unsere Staatsauffassung verständlich ... machen und die besten Deutschen für sie ... gewinnen.“⁶ Der Schriftsteller Arnold Zweig begründete die Notwendigkeit dieser Funktion der Kunst mit dem Gedanken, dass sich gesellschaftliche Veränderungen nur in Bewegung bringen ließen, indem man den Massen die angestrebten Ziele als begehrenswert und erreichbar darstelle; Phantasie erst erfülle Thesen und Programme mit Leben.

Damit wurden aber auch Auffassungen bestärkt, das Tempo des sozialistischen Aufbaus könne wesentlich beschleunigt werden, wenn es gelänge, die Wirkungsmöglichkeiten des künstlerischen Schaffens für die Stärkung des sozialistischen Bewusstseins voll zu nutzen. Mehrfach war auch wieder davon die Rede, das künstlerische Wort stelle eine Waffe im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt dar. Dem stand allerdings Johannes R. Becher recht skeptisch gegenüber. In seinem 1957 veröffentlichten Werk „Das poetische Prinzip“ trat er solchem „Kampflärm“ entgegen und meinte, zumindest sei das „Waffenarsenal“ recht geräumig. In diesem habe „der Holzhammer ebenso Platz wie die Zauberflöte“ und manches sei gar zur Verschrottung reif.⁷

Verstärkt wurde seit Anfang der 60er Jahre den Vorstellungen und Wünschen mancher Funktionäre von einer unmittelbaren Wirkung der Kunst auf die Menschen auch von Kulturpolitikern der SED entgegengehalten, Kunst wirke nicht direkt auf den Produktionsprozess ein, sondern die „Entwicklung der gebildeten sozialistischen Persönlichkeit“ sei Voraussetzung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Natürlich könne ein Kunstwerk auch kurzfristig Wirkung erzielen, aufrütteln, Emotionen hervorrufen, Stimmungen erzeugen; doch diese Wirkung werde zumeist nur von kurzer Dauer sein. Bewusstseinsentwicklungen bedürfen einer „kontinuierlichen und lang andauern-[179:]den“ Einwirkung, sie würden außerdem nur dann eintreten, wenn zumindest die meisten anderen gesellschaftlichen Faktoren, besonders auf den Gebieten der Politik und der Wirtschaft, in die gleiche Richtung zielten.

Dennoch: Die alte Auffassung blieb noch lange wirksam. Die Begrenzungen und Einengungen des der Kunst zustehenden gesellschaftlichen Feldes wurden nur schrittweise und partiell durchbrochen. Tatsächlich kann Kunst weder vorrangig noch ausschließlich als Waffe, als Mittel zur Entwicklung des Bewusstseins betrachtet werden. Sie dient viel stärker der Bildung, dem Erkenntnisgewinn, aber auch der Unterhaltung, der Entspannung, dem Vergnügen der Menschen; sie soll Genuss bereiten.

⁵ Otto Grotewohl: Deutsche Kulturpolitik, Dresden 1952, S. 156.

⁶ Johannes R. Becher: Geist und Macht. In: Gesammelte Werke, Bd. 18, Berlin/Weimar 1981, S. 82.

⁷ Ders., Bd. 14, Berlin/Weimar 1972, S. 359.

Aus Wolfs im Jahre 1928 erhobener Forderung lässt sich allenfalls eine Mahnung an die Künstler ableiten, sich den sozialen, politischen und geistigen Kämpfen unserer Zeit nicht entziehen zu wollen. Dies mag indessen – angesichts der existentiellen Bedrohung der Menschheit – sogar noch an Bedeutung gewonnen haben. Es obliegt jedoch der persönlichen Entscheidung jedes Künstlers selbst, ob und wie er dem gerecht werden will, entweder mit den unverwechselbaren Mitteln seiner Kunst oder als politisch handelnder Bürger mit dem besonderen Gewicht seiner Stimme.

Heldenstadt

Von Ernst Röhl

Es war einmal ein Land, in dem begannen die Märchen so: Dieses Jahr, Genossen, sind wir wieder ein gutes Stück vorangekommen. Es war das Land der Schlagwörter und Schlachtrufe, das Land der Losungen und Parolen, der Wink- und Sichtelemente, der XXXL-Begriffe und Monumentalvokabeln. In niveaувollen Kaderunterlagen hieß der Lagerarbeiter Mitarbeiter für warenbewegende Prozesse und der Filmvorführer Facharbeiter für Bedienprozesse an optisch-akustisch-mechanischen Apparaturen. Die Zeitungen erhöhten die Ernte gern zur Ernteschlacht, den Mähdrescherpiloten zum Erntekapitän, und die Mauer, die das Land umgab, war, wie es hieß, ein antifaschistischer Schutzwall.

[180:] Der Schriftsteller Stefan Heym unternahm Ende der 70er einen Selbstversuch. Vier Wochen lang sah er sich im Fernsehen Abend für Abend pünktlich neunzehn Uhr dreißig die Nachrichten der Aktuellen Kamera an und resümierte: „Die Sprache ist Hoch-DDRsch, gepflegt bürokratisch. Hätte man den Kanal versehentlich eingeschaltet, man würde den Sender sofort identifizieren: So redet man nur im Fernsehen der DDR. Veränderung ist immer tiefgreifend, Gedankenaustausch immer umfassend, die Verwirklichung vollinhaltlich, die Zustimmung millionenfach, die Anerkennung weltweit.“

Die Spontaneität der politischen Massendemonstrationen war erstklassig organisiert. Den Erfolg der Sichtwerbung sollten rot-weiße Spruchbänder garantieren, deren unfreiwillige Komik oftmals übers Ziel hinausschoss. Es stand am Chapiteau des staatlichen Zirkus Aeros: 30 Jahre DDR – 30 Jahre sozialistischer Zirkus! Es stand am Büro des Demokratischen Frauenbunds: Frauen und Mädchen, ran im Wettbewerb von Mann zu Mann! Es stand an der Hilfsschule: Wir sind die Kinder der neuen Zeit! Es stand an der Kartoffelstärkefabrik: Wir stärken die Deutsche Demokratische Republik! Es stand an der Nervenklinik: Alles, was wir sind, sind wir durch die Partei!

Die Bulletin-Redaktion des XI. und letzten Parteitags der SED (1986) gab der sozialistischen Presse eine Skala zur Beschreibung der begeisternden Parteitagsatmosphäre vor. Es begann mit „Beifall“ und steigerte sich über „starken Beifall“, „herzlichen Beifall“, „anhaltenden Beifall“, „lang anhaltenden Beifall“, „Stürmischen Beifall“, „anhaltenden starken Beifall“, „lang anhaltenden starken Beifall“, „lang anhaltenden stürmischen Beifall“, „stürmischen lang anhaltenden Beifall“, „lang anhaltenden Beifall, Hoch- und Hurra-Rufe“, „minutenlangen stürmischen Beifall“, „anhaltenden rhythmischen Beifall“ zu „rhythmischem, anhaltendem stürmischem Beifall mit Sprechchören“. Dieses Superlativistische Selbstwertgefühl hatte gute Gründe; immerhin war die DDR das Land mit der höchsten Planerfüllung in der ganzen Welt. DDR-Bonsais waren die größten der Welt. Wir waren im Weltmaßstab führend im Stolz auf uns selbst. Kein Volk der Welt war so unbändig stolz auf uns wie wir.

Die Geschichte indes liebt die jähen Wendungen, und diese bleiben selten ohne Folgen für die Sprache. Die „Berliner Zeitung“ berichtete am 11. Oktober 1989, die Volkspolizei habe am 7., 8. und 9. Oktober „ungesetzliche Zusammenrottungen“ auflösen müssen, an denen „aufgeputzte Störer“, „kriminelle Elemente“, „Unruhestifter“, „Rowdies“, „Aufwiegler“ und „Randalierer“ beteiligt gewesen [181:] wären. Am 12. Oktober versicherte dieselbe Zeitung, „die sozialistische Arbeiter-und-Bauern-Macht“ sei durch solche „konterrevolutionären Attacken“ nicht „erpressbar“. Am 16. Oktober meldete sie, „Arbeiter und Politiker“ befänden sich im „Dialog“. Am 18. war dann von Rowdies, kriminellen Elementen, Randalierern, Provokateuren, Krawalleuren, von Rädelsführern, kurz, vom „Mob“ keine Rede mehr, nur noch von „vermeintlichen oder tatsächlichen Demonstranten“, mit denen der „Dialog“ geführt werden müsse. Am 19. stellte die Zeitung den neuen Generalsekretär Egon Krenz vor, der – wie Jahre vor ihm Helmut Kohl – eine „Wende“ eingeleitet habe. „Unser Gesicht“, sagte Krenz, sei nun „dem Volke zugewandt“, was helle Köpfe zu der Frage veranlasste, welchen Körperteil ihnen die DDR-Partei- und Staatsführung bis dahin wohl zugewandt haben mochte. „Wir“, so Krenz fortfahrend im Plural der kollektiven Führung, „verfolgen weiterhin die Politik des Dialogs“.

Es war kein Dialog schlechthin, sondern, wie die Zeitung am 20. schrieb, ein "freimütiger Dialog in einer Atmosphäre der Offenheit“. Schlagzeile am 24.: „150.000 demonstrierten friedlich in Leipzig“. Am 25.: Zum „Öffentlichen“, „vielfältigen“, „weiterführenden“ und „inneren gesellschaftlichen“

Dialog gesellen sich, zunächst nur sprachlich, „Meinungsvielfalt“ und „Reformen“. Am 26. Berichtete der Ostberliner Polizeipräsident über „Vorkommnisse“ und räumte ein, die Volkspolizei habe „an jenen Tagen Fehler begangen“. Am 28./29. zitierte die Zeitung die „Dialogpartner“ mit den Worten des bis dahin herzlich ungeliebten sowjetischen Glasnostikers Michail „Gorbi“ Gorbatschow: „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen“. Am 30. bezeichnete sie die „Vorkommnisse“ vom 7. bis 9. Oktober rückblickend als „Übergriffe der Schutz- und Sicherheitsorgane“.

Längst ist die „breite Zustimmung“ der Werktätigen „kontroversen Debatten“ gewichen. Damit hat die Stunde der Tautologen geschlagen. Jahrzehntlang war der sozialistische Meinungsstreit ein zärtliches Aufeinanderprallen deckungsgleicher Ansichten gewesen. Verschlossene Blabla-Wörter wie etwa Ökonomie, Kreativität, Information oder Wirklichkeit erwiesen sich plötzlich als sinnentleert und untauglich für die Kommunikation; nun war der kontroverse Meinungsstreit gefragt, ebenso die wirtschaftliche Ökonomie, die schöpferische Kreativität, echte Tatsachen, informative Information, die reale Wirklichkeit.

Am 1. November bereits wurden erste Ergebnisse der „Wende“ [182:] bilanziert; die „Berliner Zeitung“ zitierte Krenz mit den Worten: „Unsere Partei hat ihr Gesicht ganz dem Volke zugewandt und schaut der Wahrheit ins Auge.“ Am Montag, dem 6., referierten BZ-Berichterstatte auf drei Zeitungsseiten die Massendemonstration auf dem Alexanderplatz vom Sonnabend, dem 4. November. Als hätten diese Journalisten eine Zensur nie gekannt, gaben sie lustvoll den Wortlaut mitgeführter Spruchbänder und Plakate wieder. Jede einzelne dieser Parolen hätte jeder Staatsanwalt in den Farben der DDR noch wenige Tage zuvor als konterrevolutionären Angriff auf die Grundlagen der Arbeiter- und Bauern-Macht geahndet: Wir sind das Volk! Vorwärts zu neuen Rücktritten! Freie Wahlen-wahre Zahlen! Es lebe die Oktoberrevolution 1989!

An diesem 4. erreichte das Pathos neuen Typus seinen Höhepunkt. „jede revolutionäre Bewegung befreit auch die Sprache“, rief die Schriftstellerin Christa Wolf auf dem Alexanderplatz den Hunderttausenden zu. „Was bisher so schwer auszusprechen war, geht uns auf einmal frei von den Lippen: Demokratie – jetzt oder nie!“

„Der Sozialismus, den wir endlich erbauen wollen“, so Stefan Heym, „ist nicht denkbar ohne Demokratie, und das heißt: Herrschaft des Volkes!“ Der Schriftsteller Christoph Hein erinnerte an die Montagsdemonstrationen in Leipzig, die durchaus keine „konterrevolutionären Attacken“ gewesen seien, sondern „Demonstrationen des Volkes“. Unter dem Jubel der Menge fügte er in pathetischem Überschwang hinzu, der Berliner Oberbürgermeister solle dem Staatsrat der DDR vorschlagen, Leipzig zur *Heldenstadt* zu ernennen.

Gemessen am friedlichen Charakter der Volksbewegung in der DDR erschien schon 1989 und erscheint erst recht Jahre später dieser Vorschlag schwärmerisch weit überhöht. Immerhin war der Begriff *Heldenstadt* längst historisch besetzt; *Heldenstadt* war bekanntlich ein Titel, den das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR der Bevölkerung sowjetischer Städte für opferreiche Verteidigung im Großen Vaterländischen Krieg zuerkannte, beispielsweise den Bewohnern der Städte Moskau, Leningrad, Kiew, Wolgograd, Odessa und Kertsch.

Höher hinaus ging es in der nach oben offenen Skala der sprachlichen Emphase nun nicht mehr. Der *Heldenstadt*-Vorschlag bedeutet zugleich den Abschwung in ein gänzlich verändertes, gegensätzliches Pathos. Die einstigen Verhüllungsjournalisten der „Berliner Zeitung“ bezeichnen in ihrer Ausgabe vom 11./12. November 1989 den porös gewordenen Antifaschistischen Schutzwall erstmals als „Mauer“, und zwar gleich dreimal.

[183:] Die deutsche Sprache der DDR – schon nach kurzem Siechtum ist sie eine Sprache töter als Latein. Neue Euphemismen treten an die Stelle der obsoleten sozialistischen Schönfärberei – die Warteschleife, die Nullstundenkurzarbeit, die Abwicklung, das Gesundschumpfen, die Betriebsoptimierung, die Freisetzung von Personal, das soziale Abfedern, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die Werktätigen von einst werden zu Arbeitslosen, günstigen Falles zu Arbeitnehmern und Arbeitsplatzbesitzern. In den fünf neuen Bundesländern nimmt eine marktwirtschaftlich geprägte schleichende

Analphabetisierung des Bewusstseins ihren Lauf. Neue, hohl tönende Großvokabeln und phrasenhafte Sprachregelungen ziehen sieghaft herauf am Horizont: Wo einst „der“ Sozialismus und „der“ Frieden die Szene beherrschten, setzt nun das ebenso gebetsmühlenartige wie folgenlose Gerede von der Schaffung neuer Arbeitsplätze ein. Europa, Globalisierung, Flexibilisierung, Chancengleichheit und Wohlfühlklima, so und so ähnlich lauten die neuen Verheißungen, auch und vor allem Freiheit und Demokratie, von den Menschenrechten ganz zu schweigen.

1966 schlossen die Vereinten Nationen den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der allen Menschen der Welt das Recht auf Arbeit, auf gerechte Arbeitsbedingungen und auf soziale Sicherheit garantieren soll. Der deutschen Regierung ist an solchen utopistischen, arbeitgeberfeindlichen Garantien wenig bis gar nichts gelegen. Eisern beschweigt sie diesen Pakt; so dass zu den bestgehüteten Geheimnissen der deutschen Politik der Umstand gehört, dass die Bundesregierung ihm bereits 1973 beigetreten ist.

[184:]

KAPITEL 3 AUS UNSEREN TAGEN

Verordneter Antifaschismus

Von Kurt Finker

So lautet ein Schlagwort, das seit dem Ende der 80er Jahre von antisozialistischen Kräften verbreitet wurde, um den antifaschistischen Neubeginn in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR seit 1945 zu diffamieren und andererseits die neofaschistische Restauration in den Westzonen/der BRD zu verschleiern. Die Formulierung geht zurück auf den Publizisten Ralph Giordano, der – als Jude in den letzten Monaten vor der Befreiung in Deutschland illegal lebend, seit 1946 als Journalist und Fernsehdokumentarist tätig – die Entwicklung in West- und Ostdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg untersuchte. Er kritisierte Weiterexistenz und Restauration faschistischer Wesenszüge in Westdeutschland und verurteilte zugleich scharf die von der SED-Führung in Ostdeutschland betriebene Politik. Sein Wort vom verordneten Antifaschismus begründete er so: „Weil er ein Staats- und Partei-Antifaschismus ist, ein von oben summarisch dekretierter, und dies unter Vergewaltigung leicht nachprüfbarer Historie. Staat und Bevölkerung der DDR sind von der Führung dort offiziell zu Mitsiegern des Zweiten Weltkrieges erklärt worden, sozusagen posthum zu einem Teil der Anti-Hitler-Koalition, und das natürlich Seite an Seite mit der Sowjetunion ... Das Parteidekret hat in der DDR jede tiefer gehende Massenseinsetzung mit der Nazivergangenheit von vornherein verbaut. Es delegierte die Verantwortung für das Dritte Reich ausschließlich an die Bundesrepublik und seine Bevölkerung, entließ die DDR also aus dieser Verantwortung kraft staatlicher Regelung ...“¹

Diese Äußerungen enthielten zutreffende Beobachtungen und Wertungen, die in allen Untersuchungen zur Geschichte der DDR nicht unberücksichtigt bleiben sollten. Dennoch: Sie ignorierten wichtige nationale und internationale Zusammenhänge und zeugten von beträchtlicher antikommunistischer Arroganz des Autors. Sie beleidigten nicht nur die Widerstandskämpfer, sondern auch Millionen Menschen, die begonnen hatten, Lehren aus dem eigenen [185:] Erleben zu ziehen und nun tatkräftig, unter großen Entbehrungen, die Trümmer des Krieges beseitigten und den Neuaufbau im Zeichen des Antifaschismus, der Demokratie und des Friedens in Angriff nahmen.

Obwohl ansonsten Ratschlägen jüdischer Antifaschisten gegenüber nicht gerade aufgeschlossen, griffen in diesem Falle westdeutsche Politmanager diese Formel begierig auf, um sie sowohl zu einer „Delegitimierung“ der DDR als auch zur Vernebelung der BRD-Nazivergangenheit zu instrumentalisieren. Inzwischen ist sie in den ständigen Sprachgebrauch von Politikern, Publizisten und Historikern übergegangen. Sogar die von der Bundestagsmehrheit 1992 bis 1994 eingesetzte Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ bediente sich ihrer als Agitationsformel: „Der teils als Mythos, teils als politisches Konzept gefasste Antifaschismus diente der Legitimation der SED-Herrschaft. Die SED beanspruchte für sich das Erbe des antifaschistischen Kampfes. Die Führungspositionen waren lange Zeit überwiegend mit ‚Antifaschisten‘ besetzt, was diesen einen spezifischen Nimbus verlieh und sie gleichsam unangreifbar machte. Der Antifaschismus wurde offensichtlich bewusst als Element der Machtbehauptungsstrategie der SED eingesetzt ... Ein gewisses Gefühl moralischer Überlegenheit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland resultierte aus dem Vorwurf, der Westen habe mit dem Faschismus nicht endgültig gebrochen. Verschwiegen wurden die erheblichen Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland, die seitens der DDR kein Pendant hatten. Aufs Ganze gesehen hat der Antifaschismus offenbar nicht unwesentlich zur Identifikation mit der SED beigetragen. Dies gilt insbesondere für Intellektuelle, die aufgrund des ‚verordneten Antifaschismus‘ das wahre Wesen des DDR-Regimes zunächst verkannt und entsprechend verharmlost haben. Inwieweit zwischen dem ‚verordneten Antifaschismus‘ und

¹ Ralph Giordano: Die zweite Schuld oder Von der Last ein Deutscher zu sein, München 1990, S. 219.

einem demokratischen unterschieden werden kann, bedarf noch eingehender wissenschaftlicher Diskussion.“² Diese Begründungen erfordern einen Blick auf die Geschichte.

Während des Zweiten Weltkrieges hatte das Ziel der Anti-Hitler-Koalition nicht nur in der Erringung des militärischen Sieges über Nazideutschland bestanden, sondern auch in der Ausrottung der faschistisch-militaristisch-rassistischen Ideologie, die als Begründung und Rechtfertigung für Aggression und Völkermord genutzt worden war. „Es ist unser unbeugsamer Wille“, hieß es in dem offiziellen [186:] Bericht über die Dreimächte-Konferenz in Jalta vom Februar 1945, „den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören“. Das bedeutete nicht nur die Zerschlagung des faschistischen Machtapparates, sondern auch, „alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen sowie eine genaue, durch Leistung von Sachwerten erfolgende Wiedergutmachung der von den Deutschen verursachten Zerstörungen zu bewirken; die Nationalsozialistische Partei, die nationalsozialistischen Gesetze, Organisationen und Einrichtungen zu beseitigen, alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten und in Übereinstimmung miteinander solche Maßnahmen in Deutschland zu ergreifen, die für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit der Welt notwendig sind.“³ Diese Festlegungen stimmten im Wesentlichen mit dem Kampf und den Zielen der deutschen antifaschistischen Widerstandskämpfer unterschiedlicher politischer Richtungen überein. In der gemeinsamen Erklärung der KPD, SPD, CDU und LDP der SBZ vom 14. Juli 1945 über die Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien stand an erster Stelle der Hauptaufgaben: „Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Kampf gegen das Gift der Naziideologie wie gegen alle imperialistisch-militaristischen Gedankengänge.“⁴ Aufgrund der eigenen Erlebnisse im gerade beendeten Krieg wurde diese Notwendigkeit in wachsendem Maße von den [187:] Menschen als ihre ureigenste Angelegenheit begriffen und musste nicht verordnet werden.

In diesem Sinne hatte der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor einem Internationalen Militärgerichtshof von November 1945 bis Oktober 1946 zu verhandeln und zu urteilen. Doch bereits in den von den USA-Behörden in den Jahren 1947 bis 1949 in Nürnberg durchgeführten zwölf „Nachfolge“-Prozessen gegen vier Kategorien von Hauptkriegsverbrechern- Militärs, Ministerialbürokratie, Industrielle, NSDAP- und SS-Funktionäre – zeigte sich ein Abrücken von den Prinzipien der Anti-Hitler-Koalition. So wurden alle Angeklagten des „Wilhelmstraßen-Prozesses“ (Auswärtiges Amt), der von Januar 1948 bis April 1949 stattgefunden und für viele mit mehrjährigen Haftstrafen geendet hatte, bis 1950 freigelassen. Der Prozess gegen 23 Hauptvertreter des IG-Farben-Konzerns von August 1947 bis Juli 1948 endete trotz der Fülle belastenden Materials für zehn Angeklagte mit Freispruch, für die anderen mit Gefängnisstrafen zwischen eineinhalb und acht Jahren, doch bis Anfang der 50er Jahre waren alle frei. Der Rüstungsindustrielle und Kriegsgewinnler Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, der in seinen Betrieben massenhaft Kriegsgefangene, Juden und ausländische Zwangsarbeiter vielfach bis zum Tode ausgebeutet hatte, erhielt 1948 zwölf Jahre Haft – im Februar 1951 befahl USA-Hochkommissar John McCloy – selbst Bankier – Freilassung und Rückgabe des Vermögens. Naziförderer Friedrich Flick erhielt 1947 sieben Jahre Haft – im Januar 1951 war er frei und wieder Besitzer seines Milliardenvermögens. In der US-Zone, später auch in den anderen Westzonen, bildete man 1946 „Spruchkammern“, die aufgrund von Fragebögen alle Einwohner über 18 Jahre in Kategorien einzuteilen und Sühne festzulegen hatten für: 1. Hauptschuldige,

² Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Hg. vom Deutschen Bundestag, Band 1. Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Baden-Baden 1995, S. 278 ff.

³ Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente aus der Zeit des zweiten Weltkrieges, Berlin 1961, S. 50 f. (Die Erstauflage erschien bereits 1949 im Kongreß-Verlag).

⁴ Deutsche Geschichte. Bd. 9. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Autorenkollektiv, Leitung Rolf Badstübner, Berlin 1989, S. 67.

2. Belastete, 3. Minderbelastete, 4. Mitläufer, 5. Entlastete. Es setzte eine wechselseitige Versorgung mit Entlastungserklärungen, im Volksmund „Persilscheine“ genannt, und anschließend eine Rehabilitierungsflut ein, so dass die Spruchkammern bald die Bezeichnung „Mitläuferfabriken“ erhielten. Alfred Hugenberg z. B. – er trug als DNVP-Vorsitzender und Minister im ersten Hitler-Kabinett gerütteltes Maß an Verantwortung für die Errichtung der faschistischen Herrschaft – wurde als „Mitläufer“ eingestuft. Kirchenbehörden halfen bei der Flucht schwer belasteter Nazis nach Südamerika. Zu den Verbrechern, die diesen als „Rattenlinie“ bezeichneten Weg nutzten, gehörten 1946 der SS-Obersturmbannführer und Leiter des „Judenreferates“ im Reichs-[188:]sicherheitshauptamt Adolf Eichmann, und 1949 der Chefarzt im KZ Auschwitz Josef Mengele. Auch um alles dies abzuleugnen bzw. zu bagatellisieren, verordnete man später für Ostdeutschland den *verordneten Antifaschismus*.

In dem von der Bundeszentrale für politische Bildung neu herausgegebenen „Handbuch zur deutschen Einheit“ heißt es: „Mit dem selbstgerechten moralischen Anspruch der DDR, ein antifaschistischer Staat zu sein, wurde der Aufgabe der Vergangenheitsbewältigung des Nationalsozialismus entsagt. Die Rechtsnachfolge Deutschlands bzw. des Dritten Reiches wurde von der Bundesrepublik beansprucht, die DDR leistete in keiner Weise Wiedergutmachung, weder moralisch noch finanziell. Die Nazivergangenheit wurde praktisch aus der politischen Kultur ausgeblendet, sie wurde externalisiert [nach außen verlagert] und auf die Bundesrepublik übertragen.“⁵ Es macht Hoffnung, dass dies selbst im eigenen Lager nicht von allen geglaubt wird. So schrieb der Mannheimer Kenner der DDR-Geschichte Hermann Weber: „Die ungünstige Ausgangslage der Wirtschaft wurde vor allem durch die Reparationsleistungen noch erheblich erschwert ... Insgesamt dürften die Reparationen die Wirtschaft der späteren DDR mit 66 Milliarden Mark belastet haben ... Damit musste das von der UdSSR besetzte Gebiet zur Wiedergutmachung der von Deutschland im Krieg verursachten Schäden unvergleichlich mehr beitragen als die Westzonen.“⁶ Zum Vorwurf, in der SBZ/DDR sei die Nazivergangenheit „ausgeblendet“ worden, sei hier nur auf wenige Tatsachen verwiesen: Bis Februar 1948 mussten 520.734 faschistisch belastete Personen, vorwiegend im öffentlichen Dienst, ihren bisherigen Arbeitsplatz räumen, darunter fast 80 Prozent der Lehrer und 85 Prozent der Richter und Staatsanwälte. Letztere wurden durch unbelastete, zunächst nur kurzfristig ausgebildete „Neulehrer“ und „Volksrichter“ ersetzt. Von Mai 1945 bis Dezember 1964 wurden in der SBZ/DDR insgesamt 12.807 Personen wegen Beteiligung an Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit verurteilt. Obwohl die Bevölkerungszahl der BRD dreimal so groß war wie die der DDR und die meisten Nazi- und Kriegsverbrecher 1945 in die Westzonen geflüchtet waren, wurden dort bis 1. Januar 1964 nur 5234 Personen rechtskräftig verurteilt. Bis zum 31. Dezember 1987 standen 12.879 verurteilten Naziverbrechern in der SBZ/DDR 6482 Verurteilte in den Westzonen/der BRD gegenüber. Jedoch wurden Nazis nicht nur ihrer verdienten Strafe entzogen, viele von ihnen gelangten in hohe Führungspositionen der Bundesrepublik, wie es der liberale Publizist [189:] Peter Bender charakterisierte: „Unter den Kanzlern und Ministern in Bonn bildeten Widerstandskämpfer, Naziopfer und Emigranten die Ausnahme, in der Führungsspitze Ost-Berlins waren sie die Regel. Die Politiker der Bundesrepublik hatten in ihrer Mehrzahl das ‚Dritte Reich‘ mitgetragen oder in irgendwelchen Nischen überstanden. Die Kommunisten hatten die größten Blutopfer gebracht; der Kampf- und Widerstand gegen Hitler bildeten die prägende Erfahrung der Generation, die nach 1945 in Ost-Berlin an die Macht gelangte.“⁷ Hermann Weber bemerkte: „Im Gegensatz zu den Westzonen, wo eine recht widersprüchliche Entnazifizierung einen klaren Trennungsstrich zur Vergangenheit nicht ermöglichte und wo beim Neuaufbau des Berufsbeamtentums ehemalige NSDAP-Mitglieder wieder ihre alten Stellungen einnehmen konnten, war die Säuberung in der SBZ durchgreifend und so zunächst die ‚Vergangenheitsbewältigung‘ auch eindeutiger.“⁸ Es war seitens der DDR ein Beitrag zur Gesundung der politischen Kultur, diese Erscheinungen öffentlich anzuprangern. Allerdings sei nicht verschwiegen, dass diese notwendigen Enthüllungen von der SED-Führung auch dazu benutzt wurden, Defizite im eigenen Lande zu

⁵ Felix Philipp Lutz: Geschichtsbewusstsein. In: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte: Handbuch zur deutschen Einheit, Neuausgabe 1996, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1996, S. 345.

⁶ Hermann Weber: Die DDR 1945-1986, München 1988, S. 9 f.

⁷ Peter Bender: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, 2. Aufl., München 1996, S. 35.

⁸ Weber, S. 8.

überspielen und ihre autoritäre Herrschaft zu legitimieren. Aber der tatsächliche Anteil so vieler Nazis bei der Konstituierung und Entwicklung der BRD, insbesondere im Zusammenhang mit gleichzeitiger neuer Verfolgung von Kommunisten und anderen linken Kräften in den 50er und 60er Jahren – also einem *verordneten Anti-Antifaschismus* –, blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Atmosphäre im Osten, insbesondere auf die dortige Sicherheitspolitik und das „Feindbild“.

Angesichts der geistigen Verwirrung, die der Faschismus und sein Ende im deutschen Volk hinterlassen hatten, kam der politischen Aufklärung und Bildung erstrangige Bedeutung zu. Bereits 1945/46 erschienen im Osten Veröffentlichungen und Filme, die diesem Anliegen dienten. Zahlreiche antifaschistische Schriftsteller und Künstler kehrten aus der Emigration zurück und suchten hier ihr Wirkungsfeld. Romane, Erinnerungsberichte und wissenschaftliche Abhandlungen erschienen schon bald nach Kriegsende, so z. B. „Stalingrad“ (1945) von Theodor Plivier, „Das siebte Kreuz“ (1946) von Anna Seghers (1942 in englisch und deutsch erschienen, 1943 in portugiesisch, spanisch, niederländisch, schwedisch, dänisch, norwegisch, russisch, französisch, 1944 in den USA verfilmt, 1962 – nach Querelen – auch in der BRD veröffentlicht), „Nackt unter Wölfen“ von Bruno Apitz (von 1958 bis 1992 über zwei Millionen Exemplare, in über [190:] 30 Sprachen übersetzt, 1963 verfilmt), „Der Irrweg einer Nation“ von Alexander Abusch (1947, geschrieben 1946 in Mexiko). Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus bestimmte sowohl den Geschichts- und Literaturunterricht in den Schulen als auch die Publizistik. Aufklärung über Ursachen und Wesen des Faschismus und der imperialistischen Kriege, gestützt auf die eigenen Erlebnisse der Menschen, hatten nachhaltige Wirkung auf einen immer größeren Teil der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, so dass der Kampf um die Erhaltung des Friedens zu einem Bestandteil des Antifaschismus wurde.

Dazu kam, dass an der Spitze der Staatsorgane in der SBZ und der DDR zum großen Teil Menschen standen, die sich im illegalen Widerstand im Lande selbst, im Kampf außerhalb Deutschlands oder auch an den militärischen Fronten des Krieges bewährt hatten. Ihr Wirken diente einer antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung der Verhältnisse, doch vollzog sich diese nicht konfliktlos. Manche, die für die Freiheit gekämpft hatten, entwickelten sich später – nun im Besitz von Macht, Träger eines autoritärer werdenden Systems, ohne demokratische Kontrolle – selber zu kleinen oder großen Diktatoren und warfen die Ideale über Bord, die einst ihr Leben bestimmt hatten. Politisch-ideologische Basis dieser Entartungen war das dem demokratischen Wesen des Antifaschismus widersprechende Dogma, dass die gesellschaftliche Entwicklung „gesetzmäßig“ zum Sozialismus führe und dass diese Entwicklung nur unter der „führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei“ erfolgreich verlaufen könne. In den Mittelpunkt des Geschichtsbildes wie auch der aktuellen Politik traten immer stärker die KPD bzw. die SED, andere politische Kräfte wurden in wachsendem Maße marginalisiert. Auch das Bild des Antifaschismus verengte sich und wurde auf die Partei reduziert. Erst im Verlauf der 80er Jahre begann langsam eine Korrektur. Die stalinistischen Verzerrungen beeinträchtigten Ausstrahlung und Wirkung des Antifaschismus – sie erfordern nach wie vor konsequente Abgrenzung und Verurteilung – bedeuteten jedoch keine grundsätzliche Änderung des antifaschistischen Charakters des Staates und der Gesellschaft; antifaschistische Politik und antifaschistische Erziehung blieben in jedem Falle Grundprinzipien des gesellschaftlichen Lebens. Der Antifaschismus ist ein humanistisches und demokratisches Erbe der DDR, das es gerade in der heutigen Zeit verschärfter nationaler und internationaler Gegensätze zu bewahren gilt.

[191:]

Wissenschaftswüste

Von Eckart Mehls

Vom 20. bis 22. Juni 1990 hielt die Max-Planck-Gesellschaft (MPG), eine der großen und einflussreichen Wissenschaftsorganisationen der Bundesrepublik Deutschland, in Lübeck ihre Jahresversammlung ab. In ihrem Rahmen übernahm auf der 41. ordentlichen geschlossenen Hauptversammlung der Mitglieder am 21. Juni der neu gewählte Präsident der Gesellschaft, Prof. Dr. Hans Zacher, sein Amt von seinem Vorgänger. Noch bevor er in der aus diesem Anlass gehaltenen Rede die strikt ablehnende Haltung der MPG gegenüber den gewachsenen Wissenschaftsstrukturen der DDR bekräftigte, hatte er seine Sicht auf den Zustand der Wissenschaft im anderen deutschen Staate, dessen Tage bereits gezählt waren, der Öffentlichkeit kundgetan. In überregionalen Blättern der Bundesrepublik ließ sich am 21. Juni 1990 in einer AP-Meldung über die Lübecker Tagung der MPG lesen: „Der Nachfolger von Staab, der Münchner Professor Hans F. Zacher, bezeichnete sogar die Geistes- und Sozialwissenschaften in der DDR als ‚eine Wüste‘. Es werde noch sehr lange dauern, bis sich an dem jetzigen Zustand etwas ändere.“

Als bald wurde der einprägsame Begriff *Wissenschaftswüste* wieder und wieder kolportiert. Jedem intimen Kenner der Situation war indessen klar, dass mit ihm nichts weniger denn eine objektive Zustandsbeschreibung von Wissenschaft und Bildung in den kurz darauf als Neue Bundesländer bezeichneten Gebieten Ostdeutschlands gegeben worden war. Vielmehr handelte es sich um eine strategische Zielvorgabe für den Umgang mit einem wichtigen Bereich des gesellschaftlichen Lebens in der spätestens mit der Übernahme der DM zum 1. Juli 1990 bereits unwiderruflich zum Untergang verurteilten DDR.

Nun kann und soll hier keine wissenschaftsgeschichtliche Bestandsaufnahme von Forschung, Lehre und Bildungswesen der DDR vorgenommen werden. Dass es Unterschiede, ja auch Diskrepanzen in beträchtlichen Dimensionen, etwa im Vergleich der Strukturen, der Leistungsfähigkeit, der materiell-technischen Ausstattung und sicher auch der internationalen Geltung von Wissenschaft und Bildung von BRD und DDR gab, ist unbestritten. Was nicht heißen soll, dass es etwa nur ein einseitiges „Gefälle“ gegeben hätte. Aber über Zachers Einstufung der DDR als wissenschafts- und bildungspoliti- [192:]sches Entwicklungsland kann nicht einmal ernsthaft gestritten werden. Sie ging weit über meist schon bald korrigierte überhebliche Vorurteile hinaus, die auch viele andere Wissenschaftler der BRD zeitgerecht abgaben.

So bleibt von dem Wort *Wissenschaftswüste*, dem inmitten der Agonie der DDR nur verhalten widersprochen wurde, was ihm von Anfang an zgedacht war: nicht objektive Bewertung, sondern Auftakt für einen Feldzug gegen die Intelligenz des in historischer Auseinandersetzung unterlegenen Gegners gewesen zu sein. Dieser Feldzug wiederum bildete einen Bestandteil der allgemeinen Kampagne zur Delegitimierung und Kriminalisierung des (letztendlich an eigener Unvollkommenheit gescheiterten) Versuchs eines Teils des deutschen Volkes, sich aus den Fesseln einer nach den Maßstäben der Kapitalverwertung und nicht der menschlichen Entwicklung strukturierten Gesellschaft zu befreien.

Das Signal verfehlte seine Wirkung nicht. Unmittelbar nach vollzogener Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik wurde eine gegen die Vertreter der DDR-Wissenschaft gerichtete Hetz- und Rufmordkampagne begonnen, deren Ziele so eindeutig waren wie die angewandten Instrumentarien primitiv und schmutzig. Die Öffentlichkeit, ohnehin mit vielen anderen Sorgen und Problemen belastet, sollte „weich geklopft“ werden, aufnahmebereit für Diskriminierung, Verfolgung und Ausschaltung fast einer ganzen Berufsgruppe. Der Vorwurf, korrumpiert und zu willfährigen Apologeten und Verwaltern von „Herrschaftswissen“ degradiert worden zu sein, war noch der harmloseste. Sozialneid wurde angestachelt, wenn es darum ging, Forderungen aus den wissenschaftlichen Einrichtungen nach sachgerechter Bewertung und daraus abzuleitender selbstbestimmter Erneuerung in personeller und inhaltlicher Hinsicht sowie rechtsstaatliche Normen bei der Umstrukturierung und Erneuerung vom Tisch zu wischen. Der Berliner Wissenschaftssenator Prof. Dr. Manfred Erhardt unterlegte

seinen rigiden Abwicklungskurs gegenüber den Ostberliner Hochschulen mit dem zynischen Hinweis: „Die Humboldt-Universität ist kein Sozialinstitut zur Verhinderung von Professorenarbeitslosigkeit.“¹ Als ob es darum gegangen wäre! Aber ein solcher Slogan, hineingestellt in eine Situation, in der sich allgemein berechtigte Existenzangst verbreitete, zielte ungeschminkt darauf ab, die politische Auseinandersetzung in eine „soziale Frage“ umzumünzen und die Betroffenen als die eigennütigen Verteidiger der ihnen in der DDR-Zeit mit Gründen gewährten Privilegien hinzustellen. Das [193:] Motto „Warum soll es Professoren anders gehen als den normalen Treuhandopfern!“ erzeugte Entsolidarisierung, führte die Öffentlichkeit über die wahren Absichten hinter das Licht und warb um Sympathien für den Feldzug der neuen Obrigkeit gegen die Wissenschaft der ehemaligen DDR.

Unmittelbar nach dem Vollzug der staatlichen Einheit begann in den neuen Ländern flächendeckend die Kampagne zur „Renaturierung“ der proklamierten *Wissenschaftswüste*. Geistes- und sozialwissenschaftliche Lehr- und Forschungsstätten wurden „abgewickelt“, die Akademien der DDR schrittweise liquidiert. Der „Staatsnähe“ verdächtig oder einer kritischen Haltung gegenüber der freiheitlich demokratischen Ordnung der Bundesrepublik beschuldigt und mit dieser Begründung für „persönlich nicht geeignet“ erklärt, wurden Wissenschaftler massenhaft entlassen. Dies und die kritiklose Übernahme der Strukturen und Inhalte des altbundesdeutschen Hochschulwesens bestimmten in den folgenden Jahren das Geschehen in Wissenschaft und Forschung im Osten Deutschlands. Mit der parallel verlaufenden Deindustrialisierung wurde zugleich das in der DDR qualitativ und quantitativ bedeutende Potenzial industrienahe Forschung und Entwicklung auf unter 20 Prozent seines vorherigen Umfangs reduziert.

Eine Schweizer Zeitung² hatte unmittelbar nach dem Inkrafttreten der Währungsunion als logische Folge des bereits sichtbar gewordenen „rüden Umgangs mit großen Teilen der ehemaligen DDR-Elite“ vorausgesagt, es werde dies in eine wahre „Hexenjagd“ münden. Diese vollzog sich tatsächlich in einem Umfang und in Formen, die bisher in der deutschen Geschichte Bekanntes weit in den Schatten stellten. In seiner die Wirklichkeit noch abmildernden Betrachtung stellte 1992 – also knapp zwei Jahre nach Beginn dieses beispiellosen Prozesses, der bis in die späten 90er Jahre mit verbissenem Eifer vorangetrieben werden sollte – ein westdeutscher Gewerkschafter voller Besorgnis fest: „Nicht nur die Maßstäbe für Qualifikation und Belastung sind verrückt, auch die für Recht und Gesetz. Rechtsstaatlichkeit, die nun im Osten ohne Wenn und Aber herrschen soll, gerade weil sie dort besonders lang und schmerzlich vermisst wurde, scheint bei der personellen Erneuerung außer Kraft gesetzt. Das Indiz gilt als Beweis; der Gremienbeschluss ersetzt das Argument; rechtliches Gehör und Akteneinsichtsrecht sind Fremdworte. Wer sich wehrt, klagt sich an; der Beschuldigte hat den Nachweis der Unschuld zu liefern.“³

[194:] In der Bewertung des Geschehens gibt es, soweit es den Stil und die angewandten Instrumentarien betrifft, inzwischen weitgehende Übereinstimmung der Urteile neutraler Beobachter. Der exakten Bezifferung des Ergebnisses stehen indessen einige Schwierigkeiten entgegen. Einigkeit herrscht da lediglich seit langem darüber, dass es sich um Dimensionen handelt, angesichts derer es nicht übertrieben ist, von einem weitgehenden Kahlschlag zu sprechen. Früh, der Prozess hatte gerade erst begonnen, urteilte „Der Spiegel“: „Die Folgen sind derart drastisch, dass sich im Osten nun wissenschaftliche Ödnis breit macht.“⁴

Die Bundesregierung, nicht nur mittelbar beteiligt, wurde mehrfach parlamentarisch um Auskunft darüber ersucht, in welchem Umfang Wissenschaftler und andere Angehörige der Intelligenz von ihren Arbeitsplätzen und aus ihren Funktionen entfernt worden waren. Sie gab stets den Ignoranten. „Kultur, Bildung und Wissenschaft“ seien „Ländersache“. Auf die nahe liegende Idee, bei den Länderrégierungen nachzufragen, mussten Ministerialbeamte in Bonn nicht kommen, zumal es ihren

¹ Berliner Zeitung, 12.02.1991.

² Die DDR kapituliert total (Leitartikel), Tages-Anzeiger (Zürich), 07.07.1990, S. 5.

³ Hansjürgen Otto: Öffnung statt Austausch der Köpfe. Plädoyer eines (Besser-)Wessi. In: Hilde Schramm (Hg.): Hochschule im Umbruch, Berlin 1993, S. 25.

⁴ „Der Pistolero darf gehen!“ Wie in Ostdeutschland die Forschungsinstitute abgewickelt werden. In: Der Spiegel, Nr. 34/1992, S. 76.

Ministern angesichts der international bekannten (und mehrfach besorgt hinterfragten⁵) Dimension des skandalösen Vorgangs angeraten schien, den Mantel regierungsamtlichen (Ver)Schweigens nicht zu lüften. Mit Ausflüchten abgespeist wurden auch Gelehrte des Auslands, denen die Dinge nicht verborgen geblieben waren und die mehrfach besorgt fragten, was mit Einrichtungen und Personen im Osten Deutschlands geschehe, die ihnen Partner gewesen waren.

Ungeachtet der absichtlich aufgetürmten Hindernisse lassen sich aufgrund von Angaben der einzelnen Universitäten im ostdeutschen Raum, mit Hilfe von offiziellen Verlautbarungen der Ministerien der neuen Bundesländer und durch die Auswertung offizieller Statistiken sowie einer Vielzahl wissenschaftlicher Untersuchungen der letzten Jahre⁶ natürlich gültige Aussagen treffen. Die in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ genannte Zahl von 70 Prozent der alten Angehörigen der Humboldt-Universität, die im Zuge der Umwälzungen entlassen wurden⁷, ist danach für den gesamten Wissenschaftsbereich der ehemaligen DDR nicht übertrieben. Natürlich gibt es regionale Unterschiede (an der Universität Leipzig verblieben von über 10.000 ehemaligen Angehörigen 1440, d. h. etwa 14 Prozent). Der Anteil entlassener Hochschullehrer ist in der Regel höher als der Anteil der Entlassenen im sogenannten akademischen Mittelbau (an den Hohen Schulen im Ostteil von Berlin waren bis Jahresanfang 1994, also noch [195:] weit vor dem Ende der „personellen Erneuerung“, bereits 76,8 Prozent der Hochschullehrer entlassen worden). Die Entlassungen betrafen die einzelnen Wissenschaftszweige in unterschiedlichem Umfang. Interessante Aufschlüsse gäbe im Übrigen eine ausstehende genauere Untersuchung der Veränderungen, die auch Rückschlüsse auf die Strategie des Vorgehens zuließe. Zu erfassen wären dann sowohl die Entlassenen wie die aus den alten Bundesländern Neuberufenen nach ihrem Lebensalter und ihrer Stellung in der akademischen Hierarchie.

Aber auch ohne weiteres Vertiefen der Details bestätigt sich die Aussage, dass es sich um einen Kahlschlag bisher unbekannter Dimension gehandelt hat. Und es wäre ganz und gar verfehlt, den unter der strategischen Losung der *Wissenschaftswüste* geführten Feldzug nur auf den Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften zu beschränken. Betroffen war das gesamte Wissenschaftsspektrum der DDR, auch wenn es anfangs bei einigen Vertretern der sogenannten unpolitischen Wissenschaften die fatale Illusion gegeben haben mag, dass der Kelch an ihnen vorübergehen könnte. Allein die Zugehörigkeit zur Intelligenz der DDR war Grund genug, den kritischen Blick auf sich zu ziehen und dem Ostrazismus unterworfen zu werden.

Viel ist in den vergangenen Jahren über die politischen Ziele der Aktion und die ihnen zugrunde liegenden Motive diskutiert worden. Unstrittig hat der mehr oder weniger dominante blinde Antikommunismus das Denken in allen maßgebenden politischen Gremien der Bundesrepublik und ebenso vieler Einzelner beherrscht und in dem Geschehen seinen Niederschlag gefunden. Der Wunsch nach Ächtung und Bestrafung jener, die, im Unterschied zu eigenen Vorstellungen, eine andere Welt als die bestehende für möglich und wünschenswert hielten und die auch mit guten Gründen sich gegenüber den „Wir sind ein Volk“-Demonstrationen voller Skepsis verhielten, ist mit Sicherheit eine gewichtige Antriebskraft für Verbissenheit und Rigorosität des Handelns gewesen. Der Berufungsstau im bundesdeutschen Hochschulwesen ließ bisher unterdrückte Karriereträume aufblühen. Selbst noch für drittklassigen Nachwuchs öffneten sich erstklassige Stellen im Osten. Plastisch und treffend schilderte dies Prof. Dr. Dieter Simon in einer resignierenden Bilanz, der er die Überschrift „Verschleudert und verschludert“ gab und die den Untertitel „Die Wissenschaftsruinen des Westens waren das Vorbild für die Reform im deutschen Osten“ erhielt. Der seinerzeitige

⁵ So stellte der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO in seinen Empfehlungen zum Bericht der BRD (1998) über die Verwirklichung der Artikel 16 und 17 des internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (veröffentlicht als UN-Dokument HR/ESC/98/46 v. 4. Dezember 1998) fest, es sei zu befürchten, dass die Mehrheit der Betroffenen (Angestellte des öffentlichen Dienstes im Bereich Wissenschaft und Technik der früheren DDR, einschließlich Lehrer, Wissenschaftler und andere Fachkräfte) unter Verletzung gültiger internationaler Völkerrechtsnormen eher aus politischen als aus berufsmäßigen oder ökonomischen Gründen entlassen worden sind.

⁶ Vgl. u. a. Fritz Vilmar: Soziale Liquidation und Diskriminierung ostdeutscher Eliten. Das Beispiel der Wissenschaftler. In: Ders. (Hg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und Alternativen, Berlin 2000, S. 8-92.

⁷ Wilhelm Krelle: Gehörte er der Waffen-SS an?, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.02.1996, S. 36.

Vorsitzende des Wissenschaftsrates der BRD, der in hoher Verantwortung für [196:] Bewertung und Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft in der DDR zuständig gewesen war, schrieb rückblickend: „Sie alle [die Fußkranken und Bedächtigen, die am Wegrand lagern; die müden Wiederkäufer und Uninspirierten, denen die Provinz Schicksal wird] haben mit der Wende die große Chance erhalten. Häufig war sie zu groß für die geringe Fassungskraft der Begünstigten. Deren Auftritte im Osten hallen bis weit in den Westen ... Unhabilitierte Sitzenbleiber eigneten sich von heute auf morgen den Habitus des Großordinarius von vorgestern an ... Die Westtheorie besagte, dass die Besten und von diesen wieder die Idealisten nach Osten ziehen würden. Gelegentlich war das so. Kein kundiger Beobachter würde dies bestreiten. Aber wenn heute auch hintere Ränge völlig geräumt sind, wenn noch die drittklassigste Begabung aus dem Wartestand erlöst wurde und sich mit souveränem Schulterklopfen als Kollege zu erkennen gibt, wo sie bestenfalls zum Taschenträger bestimmt schien – wenn dies so ist, dann hat offenbar die Praxis die Theorie erschlagen.“⁸

Freilich lautete die eigentliche Frage aber, warum Leute mit den hier geschilderten verbreitet anzutreffenden individuellen Motivationslagen zum Zuge kamen. Bei genauerem Hinsehen scheint ein viel weiter reichendes, gewichtigeres politisches Ziel handlungsbestimmend gewesen zu sein. Unter einem Wust von Verheißungen und aus einem „beratergesteuerten“ politischen Chaos der Endzeit der DDR war der Anschluss der DDR an die BRD fast komplikations- und widerstandslos herbeigeführt worden. Es galt, die Gunst der Stunde zu nutzen und den schnell errungenen Vorteil zu stabilem Sieg auszubauen. „Gefahren“ eines dauerhaften Gegendruckes, und das sind Träger und Vermittler bestehender Identität einer im Rahmen des anderen Staates entstandenen eigenen Gesellschaft allemal, waren einzudämmen. Funktionseleiten im weitesten Sinne eingeschlossen die Frauen und Männer der Wissenschaft und Künste – mussten zwangsläufig neutralisiert, in ihrer und für ihre Gesellschaft funktionsunfähig gemacht werden. Wie beschrieb doch Jean-Paul Sartre einen wichtigen Aspekt der französischen Politik zur Kolonisierung Algeriens? „Die Zerschlagung der Kader wurde systematisch gefördert; in erster Linie, weil sie die Widerstandskräfte beseitigte und die Kollektivkräfte durch einen Flugsand von Individuen ersetzte.“⁹

Ein Einwand, die BRD sei nicht Frankreich und die DDR nicht Algerien, wäre völlig berechtigt. Genauso, wie Sartre in der Beschreibung dieses Mechanismus Recht hat.

⁸ Die Zeit, Nr. 15/1995, S. 39.

⁹ Jean Paul Sartre: Wir sind alle Mörder, Reinbek b. Hamburg 1988, S. 20.

[197:]

Marode Wirtschaft

Von Katharina Schreiner

Seit die DDR untergegangen ist, geistert das Wort von ihrer *maroden Wirtschaft* durch die Lande, verwendet in unterschiedlichster Deutung und Absicht. Anfangs wurde es von seriösen Fachleuten als Warnung vor den voraussehbaren negativen Folgen einer schnellen Währungsunion verwendet. So sah der ehemalige Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl darin eine große Gefahr für die tatsächlich stark angeschlagene Wirtschaft der DDR; der kurz darauf folgende Absturz hat seine Befürchtungen mehr als bestätigt. In den folgenden Jahren besaß solche Wertung fast ausschließlich Alibifunktion: Sie soll nun erklären helfen, weshalb der versprochene, jedoch auch nach fast zwölf Jahren immer noch nicht eingetretene wirtschaftliche Aufschwung Ostdeutschlands ausblieb. Die Wirtschaft der DDR sei eben total marode gewesen, und das erkläre alles! Doch erklärt diese Behauptung wirklich alles?

Tatsächlich handelt es sich bei der Bewertung der DDR-Wirtschaft um ein äußerst kompliziertes Geflecht von Ursachen und Wirkungen, das jedes Pauschalurteil verbietet, und zwar sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Dennoch hat der allzu häufige Gebrauch des Wortes marode für die DDR-Wirtschaft inzwischen zu der vielfach hüben wie drüben vertretenen Auffassung geführt, sie wäre in einem solchen Maße bankrott gewesen, dass das Ende der DDR in erster Linie darauf zurückgeführt werden müsse. Doch diese Betrachtungsweise lenkt vom Zusammenwirken vieler Faktoren ab, die zum Zusammenbruch des zweiten deutschen Nachkriegsstaates geführt haben. Die autoritäre Erstarung des politischen Systems, eine geistig-kulturelle Stagnation und wachsende Repression ließen die Folgen unzureichender ökonomischer Effizienz und mangelnder Innovationsfähigkeit seit dem Sommer 1989 deutlich hervortreten. Auch sind verabsolutierenden Thesen einige Tatsachen entgegenzuhalten. Im eigentlichen Sinne hatte in der DDR vor allem die herrschende politische Führung „abgewirtschaftet“. Nicht zuletzt belegen dies auch alle Forderungen der Demonstranten in der Wendezeit bis zur Maueröffnung am 9. November 1989. Die Frage, inwieweit die Wirtschaft der DDR marode und „pleite“ gewesen ist, bedarf näherer Untersuchungen.

Wenn die DDR auch nicht, wie vielfach von ihrer Führung behauptet worden ist, zu den zehn führenden Industrienationen der Welt gehörte, so besaß sie doch eine hoch entwickelte Wirtschaft und ist niemals als eine Industriebrache betrachtet worden. Das Lebensniveau ihrer Bevölkerung war bedeutend höher als das der Einwohner südeuropäischer Länder wie der Türkei, Griechenlands, Süditaliens, Spaniens und Portugals, die alle Markt- und nicht „Planwirtschaft“ betrieben. Die DDR verfügte auch über ein höheres Industrialisierungs- und Lebensniveau als die anderen sozialistischen Länder, mit Ausnahme der ČSSR, die ein etwa ähnliches Niveau hatte.¹

Im Vergleich zur BRD hingegen war die DDR, wie übrigens auch viele andere Länder der Welt, die selten als marode bezeichnet werden, ein armes Land: Sie hatte, um nur zwei der gravierendsten Negativ-Faktoren zu nennen, durchschnittlich nur etwa 50 Prozent der Arbeitsproduktivität der BRD erreicht und verfügte über bedeutend ältere Produktionsanlagen. Das Durchschnittsalter der Anlagen der DDR-Industrie betrug 18 Jahre, das der BRD-Industrie acht Jahre.² Dennoch gab es bis zum Schluss auch Produktionsbereiche mit modernen Ausrüstungen und Produkten. Dazu zählten z. B. die Erdöl- und Erdgasverarbeitung, die Produktionslinien der Chemie, der Walzstahlverarbeitung, der Elektronik, des Werkzeugmaschinenbaus u. a., nicht zuletzt die landwirtschaftliche Großproduktion. Völlig veraltete Anlagen existierten hingegen im Gießereiwesen, in der Aluminiumproduktion, der Lebensmittelindustrie, im Verkehrswesen, bei der Post, im Fernmeldewesen und auch im Gesundheitswesen.

¹ Klaus Steinitz/Fritz Vilmar: Deindustrialisierung. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung 1989-1999. In: Fritz Vilmar (Hg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, trafo verlag, Berlin 2000, S. 121.

² Ebenda, S. 120.

Der Rückstand der DDR gegenüber der BRD war indessen nicht nur hausgemacht. Er resultierte auch aus schlechteren Ausgangsbedingungen. Als stark vom Krieg zerstörtes, rohstoffarmes Land hatte die SBZ und spätere DDR in der Zeit von 1946 bis 1953 einen hohen Anteil (22 Prozent) ihres Brutto sozialprodukts als Reparationen an die Sowjetunion zu entrichten. Hinzu kam die Demontage industrieller und verkehrstechnischer Ausrüstungen.³ Dieser Aderlass machte der DDR schwer zu schaffen und behinderte sie nachhaltig bei der notwendigen Erneuerung ihrer eigenen technisch-industriellen Basis. Westdeutschland kam stattdessen in den Genuss der Marshallplan-Hilfe und konnte bedeutend schneller wieder auf die eigenen Beine kommen.

Zudem bewirkte die deutsche Teilung Disproportionen im wirtschaftlichen Profil der DDR. Die industriellen Standorte für lebenswichtige Lieferungen wie Roheisen, Walzstahlerzeugnisse, Steinkohle und Koks lagen in Westdeutschland, so dass die DDR auf diese [199:] Lieferungen im Rahmen des innerdeutschen Handels lebensnotwendig angewiesen war. Der innerdeutsche Handel aber wurde für den Kalten Krieg instrumentalisiert. Abgesehen davon, dass z. B. im Herbst 1960 durch die Bundesrepublik ein seit 1951 laufendes Handelsabkommen gekündigt wurde und damit zahlreiche spezifische Zulieferprodukte – von denen ganze Produktionszweige der DDR abhängig waren⁴ – einfach ausfielen, kam im innerdeutschen Handel noch ein Umstand hinzu, der gerade in den 80er Jahren der DDR-Wirtschaft gravierend zugesetzt hat: die Preispolitik der BRD gegenüber der DDR. Je mehr die Valuta-Schulden der DDR bei der BRD anwuchsen, umso besser konnten westdeutsche Wirtschaftspartner die Preise für DDR-Waren drücken. Die DDR-Seite hatte am Ende jeden Preis zu akzeptieren, um überhaupt westliche Devisen erwirtschaften zu können. Daher musste eine immer größere Warenmenge eingesetzt werden, um wenigstens die Valutamenge zu erlösen, die für die Bedienung des Schuldendienstes unerlässlich war.

Man mag entgegenhalten, dass diese Entwicklung hätte vermieden werden können, wenn durch das eigene Wirtschaftssystem ein gleichwertiges Leistungsniveau erreicht worden wäre. Das ist schon richtig, und es hat auch immer wieder Versuche dieser Art gegeben, am nachhaltigsten in den 60er Jahren unter Walter Ulbricht, im Rahmen des „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“. Es gelang aber aus externen und internen Gründen nicht, die vorhandenen Defizite aufzuholen oder gar Vorsprung zu erzielen.

Neben den inneren Ursachen, die im eigenen Wirtschaftssystem begründet waren, spielten äußere Faktoren eine große Rolle. Sie entzogen der DDR-Wirtschaft viel Boden. Zum einen wirkte sich der internationale Ölpreisschock in den 70er Jahren negativ aus. Mit den Ölpreisen stiegen die Preise auch aller anderen Rohstoffe. Die Sowjetunion kürzte ihre Öllieferungen an die DDR von 20 Millionen Tonnen pro Jahr auf 17,5 Millionen Tonnen, um selbst mit ihrem Erdöl Devisen auf dem Weltmarkt zu erwirtschaften. Außerdem stieg der Preis pro Tonne sowjetisches Erdöl von 13 Rubel 1970 auf 168 Rubel 1985.⁵ Das führte zu großen Belastungen für die Volkswirtschaft der DDR. Durch ein ehrgeiziges Programm zur Öleinsparung wurde allerdings erreicht, dass mehr als ein Drittel der Importe aus der UdSSR eingespart und über den zollfreien Handel mit der BRD in den Westen verkauft wurde. Dadurch konnte eine weitere Verschuldung vermieden werden. Als dann 1985 die Erdölpreise um mehr als die Hälfte fielen, schrumpften entsprechend auch die Einnahmen der [200:] DDR aus den Ölexporten in den Westen, und die Verschuldung stieg in der Periode 1986 bis 1989 schnell an.⁶ Zum anderen ist das Embargo der NATO gegen die Staaten des Ostblocks zu nennen. Wenngleich die Wirkungen hieraus nicht in Zahlen quantifizierbar sind, so ist doch wahrscheinlich das, was damit gegen die sozialistischen Länder erreicht wurde, als äußerst schwerwiegend einzuschätzen.

In den 60er Jahren hatte sich in den westlichen Industrieländern, ausgehend von den USA, die Mikroelektronik in einem Tempo entwickelt, mit dem die Volkswirtschaften der Länder des Rates für

³ Karl Mai: Wie marode war die DDR 1989? Halle, 30.9.1999, S. 11.

⁴ Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Berlin 2000, S. 48.

⁵ Siegfried Wenzel/Hermann Jacobs/Jürgen Elsässer: Die DDR war nicht bankrott, Konkret-Gespräch. In: Konkret, H. 10/1999, S. 3.

⁶ Ebenda, S. 4.

gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), im Westen als COMECON bezeichnet, nicht Schritt halten konnten. Es gelang dem Westen, mit Hilfe des Embargos für Produkte der Hochtechnologie den Osten von den neuesten Entwicklungen auf diesem Gebiet abzukoppeln. Höchst aufschlussreich äußerte sich 1986 dazu Franz Josef Strauß: „Geschichtliche Veränderungen werden in Europa nicht mehr auf den Schlachtfeldern und auch nicht auf den Barrikaden der Revolution entschieden. Die systembedingte Auseinandersetzung wird ausgetragen mit den Mitteln des Geistes, der Wissenschaft, der technischen Entwicklung und ihrer wirtschaftlichen Anwendung. Die Entscheidungen fallen in den Labors der Wissenschaftler, in den Sälen der Entwicklungstechniker, in den Hallen der modernen Produktion, auf den Gebieten der Elektronik, der Mikroelektronik, der Gen-Technik und anderen, noch gar nicht voll übersehbaren und absehbaren Forschungsfeldern der modernen Wissenschaft.“⁷

Die Embargo-Maßnahmen der USA und ihrer Verbündeten wurden schon im Jahr 1950 in Kraft gesetzt. Zunächst betrafen sie „nur“ Waffen, Kernkraftwerke und andere Produkte mit strategischer Bedeutung. Die so genannte COCOM-Liste wurde Mitte der 70er Jahre durch die US-Administration unter den Präsidenten Carter und Reagan so erweitert, dass sie faktisch die gesamte Hochtechnologie, vor allem die Mikroelektronik erfasste. Mitte der 80er Jahre trat eine weitere Verschärfung ein.

Hätte nicht aber bei der Entwicklung von Hochtechnologien im Rahmen des RGW eine effektive Arbeitsteilung organisiert werden können und müssen? Diese Frage mag hypothetisch sein, sie ist indessen nicht unberechtigt. Musste tatsächlich die kleine DDR die gigantischen Aufwendungen für eine eigene Mikroelektronik aufbringen? War die Sowjetunion wirklich auf die DDR angewiesen, wenn es um Weltraum-, Militärtechnik, Elektronikmaschinen, Speicherschaltkreise der Höchstintegration und andere High-Tech-Produkte ging? Das ist [201:] kaum anzunehmen. Auf jeden Fall aber war sie der DDR gegenüber auf diesem Gebiet weniger gebende als der nehmende Teil. Die DDR war absolut abhängig von den sowjetischen Rohstofflieferungen und hatte deshalb vermutlich auch keinen allzu großen Spielraum, um eine bessere Zusammenarbeit auf dem Hochtechnologiesektor zu erzwingen. Im Gegenteil.

Der Alleingang der DDR auf diesem Gebiet hat zu ihren wirtschaftlichen Problemen nicht wenig beigetragen. Trotzdem musste sie diesen Weg gehen, wollte sie den Rückstand zum Westen nicht noch größer werden lassen. Das war keine Frage des Verhältnisses von Kosten und Nutzen mehr, sondern des wissenschaftlich-technischen Schritthaltens – wenn auch im Nachlauf – um jeden Preis. Der Effektivitätsrückstand der DDR ist in der Mikroelektronik besonders deutlich zu erkennen. So lag der in den 80er Jahren in die Produktion übergeleitete 256-Kbit-Speicher acht bis zehn Jahre hinter der Weltentwicklung zurück. Die Selbstkosten betragen 534 Mark der DDR, der Weltmarktpreis zur gleichen Zeit aber nur sechs DM.⁸

Im Zeichen des SDI-Programmes der USA, der Vision eines weitraumgestützten Raketenabwehrsystems ihres Präsidenten Ronald Reagan, und der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 über die Stationierung bodengestützter atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II) und Marschflugkörper (Cruise Missiles) in Europa forderte die UdSSR ein verstärktes Engagement ihrer Verbündeten im militärischen Bereich. Als z. B. im April 1983 der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Ustinow in die DDR kam, besuchte er das Kombinat Carl Zeiss Jena, das zu den bedeutendsten Unternehmen im High-Tech-Bereich gehörte. Er forderte bei diesem Besuch eine Steigerung der Rüstungsproduktion des Kombinates auf das Drei- bis Vierfache.⁹ Die sowjetischen Forderungen sind in dieser Höhe allerdings nicht verwirklicht worden, weil mit Gorbatschow in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die internationale Abrüstung einsetzte.

⁷ Franz Josef Strauß: Die geopolitische Herausforderung des Westens. In: Politische Studien – Zeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Verlag P. S. Schulz, Nr. 238/1986, S. 389. In: Otto Bernd Kirchner: Waferstepper und Megabit-Chip. Die Rolle des Kombinats Carl Zeiss Jena in der Mikroelektronik der DDR, Promotionsarbeit an der Fakultät für Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Stuttgart, Juni 2000, S. 135.

⁸ Siegfried Wenzel: Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Scripta Mercaturae Verlag, St. Katharinen 1998, S. 110.

⁹ Gerhard Barkleit: Der geheime Traum vom Anti-Sternenkrieg, SPECIAL vom 27./28.1.2001, S. B 7.

Dass der Zustand der DDR-Wirtschaft 1989 alles andere als gut war, hatte nicht zuletzt schwerwiegende interne Ursachen, die in den Fehlern des Wirtschaftssystems zu suchen sind. Ja, man kann sogar sagen, dass gerade in der zugespitzten Situation 1988/89, z. B. auf Kombinati- und Betriebsebene, teilweise sicher auch in zentralen Wirtschaftskreisen der DDR, die Auffassung vertreten wurde, das eigene starre System sei das größte Hindernis, es gelte, endlich das eigene Wirtschaftssystem zu reformieren, den Betrieben mehr Eigenverantwortung zu geben, flexibler zu werden, die Planbürokratie zu reduzieren usw. Solche Gedanken konzentrierten sich damals sehr stark auf Reformen der Planung und Leitung im eigenen Land. Sie wurden jedoch nicht laut und schon gar nicht öffentlich artikuliert.

Aus der Fülle von Daten, die inzwischen für das Jahr 1989 über die Wirtschaft der DDR veröffentlicht worden sind, lässt sich nicht ableiten, dass sie kurz vor der „Pleite“ gestanden hätte. Sie war trotz hoher Auslandsverschuldung bis zum letzten Tag ihrer Existenz zahlungsfähig, und sie hatte auch gegenüber den Bürgern des eigenen Staates keine Schulden. Löhne, Renten, Gehälter und Sozialleistungen wurden stets pünktlich bezahlt.¹⁰ Einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), das sicher nicht übermäßiger Sympathien für das Wirtschaftssystem der DDR bezichtigt werden kann, ist die Einschätzung zu entnehmen: „Die Situation in der ehemaligen DDR war im Grunde sozial und wirtschaftlich stabil. Sie war stabil insofern, als es keine Arbeitslosigkeit gab, die Einkommen sich durchaus entwickelten, mäßig zwar, aber sich immerhin entwickelten; der Lebensstandard stieg.“¹¹ Ein anderes Urteil lautet: „Die herrschende Meinung im Westen, dass die Ostprodukte Mist seien, ist ein grundsätzlicher Irrtum. Es gibt zahlreiche Produkte, die mit der mehr oder weniger notwendigen Anpassung – etwa im Design – marktfähig sind.“ So äußerte sich Tyll Necker, ehemaliger Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in der „Wirtschaftswoche“ Nr. 5/92. DIW-Präsident Lutz Hoffmann wertet den tiefen Einbruch der DDR-Produktion 1990/91 „als Resultat eines durch die Währungsunion herbeigeführten Preis-Kosten-Verhältnisses, bei dem eine kostendeckende Produktion nicht möglich ist.“¹² Und noch einmal Tyll Necker: „Die Produzenten wären wettbewerbsfähig, wenn die Kosten- und Absatzstrukturen nicht derart verzerrt worden wären wie beim Zusammenbruch des sozialistischen Systems.“¹³

Auch dies wäre zu berücksichtigen, wenn allein mit der Bewertung der DDR-Wirtschaft als marode der Zusammenbruch des zweiten deutschen Nachkriegsstaates erklärt wird. Und ebenso wenig kann die Tatsache, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung der neuen Bundesländer 1999, im zehnten Jahr der Einheit, noch nicht einmal die Leistung von 1989 erreicht hat und die Produktionsleistung sogar auf etwas mehr als die Hälfte zurückgegangen ist¹⁴, immer noch auf das Konto einer *maroden Wirtschaft* der DDR geschrieben werden.

¹⁰ Siehe Wenzel/Jacobs/Elsässer, S. 1.

¹¹ Heiner Flassbeck: Studie des DIW. Zit. nach Mai, Wie marode war die DDR 1989?, S. 14.

¹² Zit. nach Mai, Wie marode war die DDR 1989?, S. 8.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Siehe Steinitz/Vilmar, Deindustrialisierung, S. 123.

[203:]

Blühende Landschaften

Von Siegfried Prokop

„Wir wollen erreichen, dass die neuen Bundesländer dort schon bald blühende Landschaften sein werden. (Beifall) Deutschland muss auch wirtschaftlich und sozial möglichst bald eins werden.“¹ Diese Worte sprach Helmut Kohl in seiner Grundsatzrede auf dem Vereinigungsparteitag von CDU-Ost und CDU-West am 1. Oktober 1990 in Hamburg. Die Vision von den *blühenden Landschaften* entwickelte der CDU-Vorsitzende und deutsche Bundeskanzler als Sprecher der „Allianz für Deutschland“ (CDU, DSU und DA) erstmals in seinen sechs Reden vor den Wahlen am 18. März 1990 in der DDR.² Dieses Zukunftsbild erwies sich zugkräftiger als die Prophezeiung von FDP-Politikern, die in Wahlveranstaltungen von dem im Osten zu erwartenden „Aufbauwunder“ sprachen. Unter dem Eindruck von Umfragen, die einen klaren Vorsprung der SPD vor der CDU auswiesen, setzte Kohl auf eine schnelle Einführung der D-Mark in der DDR. Am 13. März 1990 versprach er den Teilnehmern einer Kundgebung in Cottbus einen Umtausch für Kleinsparer der DDR im Verhältnis 1:1. Das Kabinett fasste einen entsprechenden Beschluss erst einen Tag danach. Kohl legte von Wahlrede zu Wahlrede zu. Niemandem sollte es schlechter gehen, dafür vielen besser. Auch Rentner, Kranke, Arbeitslose, Kriegsveteranen und Sozialhilfeempfänger in den alten Ländern brauchten wegen der deutschen Einheit keine Leistungskürzungen zu fürchten: „Für die Menschen in der Bundesrepublik gilt: Keiner wird wegen der Vereinigung auf etwas verzichten müssen.“³ Bestenfalls würden Teile dessen, was künftig erwirtschaftet werde, für die Einheit zur Verfügung gestellt. Mit der Fokussierung auf die Person Kohls gelang es den Wahlkampfstrategen der CDU, den Hauptaussagen der Partei, „Einheit und Wohlstand, einen Namen und ein Bild zu geben“.⁴ Das war das Rezept für den raschen Wahlerfolg, während Aufbauerfolge im Osten auf sich warten ließen. Kohl hielt an der Vision der *Blühenden Landschaften* auch noch zu einer Zeit fest, da die aus „eiskaltem wahltaktischem Kalkül“⁵ und gegen alle Warnungen überstürzt durchgeführte Währungsunion bereits negative Folgen zeitigte.

Die Zahl der ostdeutschen Arbeitslosen stieg 1990 von 142.000 im Juni auf 445.000 im September und erreichte im Monat der ersten gesamtdeutschen Wahlen, im Dezember, schon 642.000. Die Industrie-[204:]produktion fiel auf 50,3 Prozent ab. Das war auch ein Ergebnis der Neuaufteilung der ostdeutschen Binnenmärkte zugunsten westdeutscher Produzenten und Handelsketten.

Innerdeutscher Warenverkehr 1989 bis 1994 (in Mrd. DM)

Jahr	Bezüge der neuen Bundesländer aus dem früheren Bundesgebiet	Lieferungen der neuen Bundesländer in das frühere Bundesgebiet	Saldo im innerdeutschen Warenverkehr
1989	8,1	7,2	-0,9
1990	21,3	8,3	-13,0
1991	46,7	9,0	-37,7

-
- ¹ 1. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Protokoll. Hamburg, 1.-2. Oktober 1990, S. 24.
- ² In seiner ersten Wahlkampfreden auf dem Erfurter Domplatz am 20. Februar verwandte Helmut Kohl drei Lesarten: „Und wenn Sie oder die Generation Ihrer Eltern damals die gleichen Chancen gehabt hätten, wäre auch die Stadt Erfurt ein blühendes Gemeinwesen mit all dem, was heute selbstverständlich zu einer modernen Stadt gehört.“ – „Wenn Sie frei über Ihr Leben entscheiden können, wenn Sie Ihr persönliches Glück finden können, wenn Sie zum Beispiel mit einer harten D-Mark gutes Geld für Ihre Arbeit bekommen, dann werden auch Thüringen und diese alte Stadt Erfurt – genau wie die Länder und Städte in der Bundesrepublik Deutschland – bald wieder blühende Landschaften sein.“ – „Denn wer jetzt 18 oder 20 ist, der hat alle Aussicht, noch in jungen Jahren zu erleben, wie diese Stadt Erfurt, wie dieses wunderschöne Thüringen erblühen werden.“ In: Wir wollen gemeinsam die Zukunft gestalten. Rede des CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf der Wahlkampfkundgebung der „Allianz für Deutschland“ am 20. Februar 1990 in Erfurt. CDU-DOKUMENTATION 8/1990, 4, 8 und 11.
- ³ Zit. nach Der Spiegel, Nr. 48/1990, S. 21.
- ⁴ Wolfgang Jäger: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/90, Stuttgart 1998, S. 406.
- ⁵ Fritz Vilmar (Hg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, Berlin 2000, S. 9.

Jahr	Bezüge der neuen Bundesländer aus dem früheren Bundesgebiet	Lieferungen der neuen Bundesländer in das frühere Bundesgebiet	Saldo im innerdeutschen Warenverkehr
1992	63,4	10,2	-53,2
1993	65,0	10,7	-54,3
1994	68,7	13,7	-55,0

Quelle: Wolfgang Kühn: Vom „zehntgrößten Industrieland“ zur „Wachstumsregion Nummer 1“ in Europa. In: Klaus Steinitz (Hg.): Vereinigungsbilanz. Fünfjahre deutsche Einheit, Hamburg 1995, S. 23.

Auch die traditionellen Ostmärkte der DDR wurden überwiegend von westdeutschen Unternehmen übernommen, was in offiziellen Verlautbarungen beschwichtigend „Wegbrechen der Ostmärkte“ genannt wurde.

Die Durchführung der Währungsunion in ihrer radikalen Planungsvariante hatte die ostdeutsche Wirtschaft schutzlos einem Aufwertungsschock ausgesetzt. Wer zu sehen vermochte, ahnte schon, wohin die Reise gehen werde. Aber bei einer Mehrheit Ostdeutscher waren Optimismus und Hoffnung zum Jahresende 1990 noch nicht gebrochen. Noch stützte die neue Automarke ihr Selbstwertgefühl.

Erwähnt werden muss an dieser Stelle, dass Wirtschaftsminister Helmut Haußmann in Abstimmung mit Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl einen Plan entwickelt hatte, der vorsah, die Währung der DDR mit Hilfe der Bundesrepublik schrittweise konvertibel zu machen. Diesen Weg hatte auch der Sachverständigenrat empfohlen. Bundesbankpräsident Pöhl hatte Bundeskanzler Kohl in einem Schreiben vom 30. März 1990 vor einer überhasteten Währungsumstellung gewarnt und deren Folgen vorausgesagt. Die Wirtschaft [205:] der DDR würde dem internationalen Wettbewerb mit einem Kostenniveau und einer Verschuldung ausgesetzt, „dem die meisten Betriebe nach unserer Auffassung nicht gewachsen wären“.⁶ Die Folge wäre ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit in der DDR, schlussfolgerte Pöhl. Doch Kohl setzte sich im Verbund mit Theo Waigel (CSU) und Otto Graf Lambsdorff (FDP) über alle Warnungen hinweg. In Parteivorstand und Fraktion der SPD gab es unterschiedliche Auffassungen zur Währungsunion. Während auch Ingrid Matthäus-Maier für die unverzügliche Einführung der D-Mark in der DDR eintrat, übte Oskar Lafontaine heftige Kritik an dem von Kohl eingeschlagenen Weg. Schließlich sorgte die SPD dafür, dass der Vertrag über die Währungsunion den von ihr dominierten Bundesrat ungehindert passierte. Die Grünen setzten sich für einen Devisenfonds als Übergang zur vollen Konvertibilität der DDR-Mark ein.

Nach der gewonnenen Wahl im Dezember 1990 musste sich Kohl bald in anderer Weise den Problemen stellen. Die Illusion, die deutsche Einheit aus der Portokasse zu bezahlen, war nicht mehr aufrecht zu halten. Auch drängten bereits zum Jahreswechsel 1990/91 zahlreiche Fragen, die aus dem Niedergang der Wirtschaft in den neuen Ländern herrührten. Doch der Bundeskanzler beschwichtigte die aufkommende Unzufriedenheit. Im Laufe des kommenden Jahres, dafür sprächen alle Anzeichen, werde es in den neuen Ländern aufwärts gehen. In drei bis fünf Jahren würden diese *blühende Landschaften* sein und „annähernd gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland“⁷ herrschen.

Kohl setzte weiter auf die illusionären Grundannahmen vom Beginn der Vereinigung, die da lauteten:

Prozentsatz der registrierten Arbeitslosen im Verhältnis zur Erwerbsbevölkerung		
Jahr	West	Ost
1991	6,3	10,3
1992	6,6	14,8
1993	8,2	15,8
1994	9,2	16,0
1995	9,3	14,9
1996	10,1	16,7
1997	11,0	19,5
1998	10,5	19,5
1999	8,	9,0
2000	7,8	18,8

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2000

⁶ Deutsche Einheit. Dokumente zur Deutschlandpolitik. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, Bd. 21, Dok. Nr. 239.

⁷ Helmut Kohl: Bilanzen und Perspektiven, Bonn 1992, S. 808.

Auf eine kurze, vielleicht etwas schmerzhaftes Übergangsphase werde ein selbsttragender Wirtschaftsaufschwung folgen. Noch herrschte die Hoffnung vor, dass es sich bei der DDR-Transformation um etwas Ähnliches handle wie bei dem Wirtschaftswunder der alten Bundesrepublik. Die neuen Bundesländer sollten durch ihr Hinzukommen die Bundesrepublik vergrößern, die sich aber selbst keineswegs zu verändern brauche: „Im Osten sollte sich danach alles, im Westen nichts ändern, mit Ausnahme vielleicht der Postleitzahlen.“⁸

Die konservative Vereinigungspolitik basierte auf der Vorstellung, dass die Herstellung der institutionellen Gleichheit mit dem westdeutschen Institutionensystem wichtiger sei als die bestmögliche Entwicklung der bestehenden Potentiale oder eine möglichst verlustarme Anpassung an den weltwirtschaftlichen Kontext. Das war die Entscheidung für einen exogenen Transformationstyp. Diesem entsprach der Institutionen-, Eliten- und Ressourcentransfer von West- nach Ostdeutschland in einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Der soziale und politische Wandel in den neuen Bundesländern erfolgte durch Außensteuerung, während endogene Faktoren zunehmend an Gewicht gewannen. Der politische Transformationsprozess verdrängte alles, was die demokratische Volksbewegung im Jahre 1989/90 in der DDR hervorgebracht hatte. Die konservative Elite aus dem Westen schlug das Erbe des demokratischen Aufbruchs im letzten Jahr der DDR aus. Mit dem Oktober 1990 endete der Dialog der Ostdeutschen über ihr Woher und Wohin. Auf den 89er demokratischen Aufbruch folgten in Ostdeutschland ein Demokratietief, Apathie und Depression. Als neue Norm galten nur noch westdeutsche Institutionen, Parteien, Medien, Politikformen, Diskurse, Deutungen und Wertorientierungen. Ostdeutschland war in der Sicht der konservativen Akteure ein „nachhinkendes Sondergebiet“. Viele Ostdeutsche gewannen folglich den Eindruck, sie seien in der Bundesrepublik unerwünscht. Der radikale Elitenaustausch machte über 100.000 Wissenschaftler der DDR zu Rentnern, Vorrentnern und Arbeitslosen. Nicht nur die Positionselite wurde deklassiert, auch große Teile der Funktionselite. Lebensläufe, Lebensentwürfe, Qualifizierungen, Leistungen, Berufs- und Bildungsabschlüsse, individuelle und gesellschaftliche Wertorientierungen galten, da in der „zweiten Diktatur“ erworben, nur noch als Erblasten.

Die Folgen dieser objektiven und subjektiven Entwertung erwiesen sich als noch gravierender als die der Deindustrialisierung. Ostdeutsche machten 1997 in der Bundesrepublik einen Bevölkerungsanteil von 20 Prozent aus. Hingegen betrug ihr Anteil am Führungspersonal in der Justiz und beim Militär 0 Prozent, in der Wirtschaft 0,4 Prozent, in der Verwaltung 2,5 Prozent, in der Wissenschaft 7,3 Prozent, in den Medien 11,8 Prozent und in den Gewerkschaften 12,4 Prozent. Selbst in Ostdeutschland war die knappe Hälfte des Führungspersonals nicht mehr von Einwohnern der Region besetzt.⁹ Diese Gegebenheit schuf kulturell-mental ein Problem zwischen Außenseitern (Mehrheit) und Etablierten (Minderheit). Ein politischer Ordnungsrahmen kann zwar übertragen werden, aber die dazugehörige zivile Gesellschaft und politische Öffentlichkeit nicht.

Die alten Länder, die zwei Jahre von einer einigungsbedingten Sonderkonjunktur profitiert hatten, konnten sich bald der weltweiten Konjunkturschwäche nicht mehr entziehen. Trotz einer Vielzahl von [207:] Steuer- und Abgabenerhöhungen im Umfang von etwa 50 Milliarden DM kamen rasch Leistungskürzungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger auf die Tagesordnung. Ostdeutschland erlebte 1992 einen Tiefpunkt, der nicht mehr zu überbieten war. Von den 9,95 Millionen Arbeitsplätzen im Jahre 1989 wurden bis zur Jahreswende 1991/92 5,15 Millionen abgebaut. Bis Ende des ersten Halbjahres 1992 verschwanden 60 Prozent der Industriearbeitsplätze. Die Privatisierungspolitik der Treuhand führte zu „Schlimmeren Verwüstungen als die Demontagen der Russen nach dem Zweiten Weltkrieg“.¹⁰ Ostdeutschland glich einer Industriebrache. Es rangierte nun als strukturschwächste Region in der Europäischen Union hinter Portugal und Griechenland. Der anvisierte „selbsttragende Aufschwung Ost“ war schon 1992 in weite Ferne geraten. Die Erwerbslosenquote pegelte sich im Vergleich zu den

⁸ Rolf Reißig: Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung, Berlin 2000, S. 23.

⁹ Vgl. Wilhelm Bürklin/Hilke Rebensdorf u. a.: Eliten in Deutschland, Opladen 1997.

¹⁰ Heinrich Jaenecke: Wir sind zwei Völker. In: Stern, Nr. 33/2001, S. 58.

westdeutschen Ländern auf einem doppelt so hohen Niveau ein. Sie betrug 1997 19,5 Prozent und verringerte sich bis 2000 auf 18,8 Prozent, um ab dem zweiten Halbjahr 2001 erneut anzusteigen.

Die Regierung Kohl fand zu keiner kritischen Bewertung der bei der Herstellung der deutschen Einheit gemachten fundamentalen Fehler. Stattdessen verstärkte der Bundeskanzler die Schuldzuweisungen an die „SED-Diktatur“, die eine „Misswirtschaft“ betrieben und „marode“ Betriebe hinterlassen habe. In seiner Regierungserklärung vom Februar 1991 führte er aus: „Eingehende Prüfungen und Analysen haben unsere Befürchtungen bestätigt: Die Erblast aus 40 Jahren Sozialismus und Kommunismus ist zutiefst bedrückend.“¹¹ Solch schwer wiegende Probleme wie mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und der von ihnen produzierten Produkte interpretierte Kohl als Hinter-[208:]lassenschaft der DDR. Die „Ex-DDR“ wurde als „Unrechtsstaat“ bzw. „Beitrittsgebiet“ bezeichnet und in der Formel „zweite deutsche Diktatur“ mit dem faschistischen Verbrechersystem auf eine Stufe gestellt. Die Schuldzuweisungen richteten sich anfangs gegen das System der DDR. In einer zweiten Stufe wurde die ganze ostdeutsche Bevölkerung einbezogen.

Der Abschlussbericht der Deutschen Bundesbank über die Auslandsschulden der DDR, der zu einem weniger dramatischen Resultat kam als Gerhard Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR, in seiner „ungeschminkten Analyse“ vom Herbst 1989¹², konnte erst nach dem Ende der Kanzlerschaft Kohls veröffentlicht werden. Nettoschulden in Höhe von über 19 Milliarden Valutamark (1 VM entspricht einer DM) gegenüber westlichen Ländern stand ein Nettoguthaben in Höhe von 9 Milliarden VM bei sozialistischen Ländern einschließlich der UdSSR gegenüber. Diese Auslandsverschuldung berechtigte nicht zu der seinerzeit gängigen Pauschalisierung, dass die DDR 1989 „pleite“ gewesen sei.

Zahlungsbilanz der DDR 1975 und 1989 (Mio. VM)

	Jahr	Forderungen	Verbindlichkeiten	Saldo
Forderungen und Verbindlichkeiten der DDR gegen über dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (insgesamt)	1975	8120	16.983	-8120
	1989	28.957	48.844	-19.887
Forderungen und Verbindlichkeiten der DDR gegenüber der UdSSR*	1975	433	0	688
	1989	1351	258	3085
Forderungen und Verbindlichkeiten der DDR gegenüber den sozialistischen Ländern*	1975	1750	188	1814
	1989	4447	691	6111

* Unter Berücksichtigung laufender Verrechnungssaldo bei der JBWZ

Quelle: Zahlungsbilanz der DDR 1975 bis 1989, Deutsche Bundesbank 1999.

Mitte der 90er Jahre gelang zeitweilig eine Stabilisierung und ein durch Kapitaltransfers aus dem Westen unterstütztes Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft. Das Bruttosozialprodukt wuchs in den neuen Bundesländern schneller als in den alten, was zu der Hoffnung Anlass [209:] gab, die Aufholjagd verlaufe erfolgreich. Einige „Leuchttürme“ wie die Jenoptik GmbH, Siemens in Dresden, VW in Mosel (Sachsen), Opel in Eisenach und Bayer in Bitterfeld zeugten von der Inangriffnahme großer Investitionsprojekte. Unübersehbar setzten einige Privatisierungen Maßstäbe. Der aus Norwegen stammende Multi „Kvaerner“ investierte in die Warnowwerft in Rostock-Warnemünde 555 Millionen DM. Es entstand ein 320 Meter langes Trockendock, das den Bau von Schiffen bis zu einer Tragfähigkeit von 180.000 Tonnen erlaubt. Eine noch höhere Summe investierten italienische und belgische Konzerne in die EKO Stahl AG in Eisenhüttenstadt, die durch ein Warmwalzwerk ergänzt

¹¹ Helmut Kohl: Reden und Erklärungen zur Deutschlandpolitik, Bonn 1991, S. 19.

¹² Schürer war von einer Nettoverschuldung in Höhe von 20,6 Mrd. US-\$ ausgegangen. Vgl. Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen. In: Das Parlament, Nr. 38 vom 23.9.1995, S. 13 f.

wurde. Angesichts der schwelenden Stahlkrise und neuer Fusionen gilt die Perspektive der Stahl AG bis heute als ungewiss. Insgesamt wurde weniger verwirklicht als angekündigt. Große Konzerne zogen ihre Projekte, nachdem sie sich wie Daimler in Ludwigsfelde die Immobilien gesichert hatten, wieder zurück und investierten in die westdeutschen Stammbetriebe oder im Ausland. Die Bremer Vulkan Verbund AG, die die Werften in Stralsund (Volkswerft), Wismar (MTW-Werft) und Rostock (Neptun Werft) übernommen hatte, betrieb Subventionsbetrug, indem sie Investitionsmittel beträchtlicher Größenordnung in leistungsschwache Betriebe des Vulkanverbundes lenkte. In den neuen Bundesländern entstand lediglich eine deformierte Unternehmensstruktur. Jenoptik ist das einzige Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten, in dem alle Funktionen (Verwaltung, Forschung/Entwicklung und Produktion) an einem Ort zu finden sind. Die wenigen anderen ostdeutschen Großbetriebe sind verlängerte Werkbänke westdeutscher Stammbetriebe.

Lediglich fünf Prozent des industriellen Erbes der DDR fiel an ostdeutsche Gründer. Betriebsleiter und Mitarbeiter ehemaliger volkseigener Betriebe vollzogen auf dem Wege des Management-Buy-Out (MBO) die Privatisierung. Zu denen, die relativ schnell auf dem Markt Fuß fassen konnten, gehörten die Florena Cosmetic GmbH Waldheim-Döbeln, die Schilkin GmbH & Co. KG Berlin und die Halberstädter Würstchen und Konservenfabrik GmbH (halko). Eine Spezialform der MBO waren die Management-By-Ins (MBI), die Osterfahung mit Westmanagement und -finanzen verbinden. Das bekannteste Beispiel ist die Sektkellerei Rotkäppchen GmbH in Freyburg/Unstrut, die im Osten schnell Marktführer wurde und die 2001 die westdeutsche Sektmarke Mumm zu übernehmen vermochte. Jedoch hat die Mehrheit der etwa 2700 MBO's eine ungewisse Zukunft. Obwohl ostdeutsche Bewerber für eine Privatisierung von einer ungleichen Start-[210:]position im Vergleich zu westdeutschen Bietern ausgingen, behandelte sie die Treuhand gleich. Diese folgenschwere Entscheidung trug „viel zu den unter MBO's verbreiteten Erscheinungen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit, erzwungener Genügsamkeit und mangelnder wirtschaftlicher Stabilität bei“.¹³

Während die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands wächst, verharrt die industrielle Basis bei 40 Prozent dessen, was für einen selbsttragenden Aufschwung erforderlich wäre.¹⁴ Ostdeutschland verbraucht seit Beginn der 90er Jahre etwa 200 Mrd. DM Jahr für Jahr mehr als es produziert. Diese Produktionslücke besteht trotz aller Investitionen bis in die Gegenwart. Die gerade begonnene Aufholjagd brach bereits 1996/97 wieder ab. Das wirtschaftliche Wachstum in Ost und West driftete auseinander.

Hier wäre der Wechsel zu einer an einem neuen Leitbild orientierten Reformpolitik erforderlich gewesen: ein neues Signal, das auf das Aufholen durch den Osten setzt und mit Investitionen dafür Voraussetzungen schafft. Auch Kohls Nachfolger Bundeskanzler Gerhard Schröder raffte sich nicht zu einem solchen Signal auf. Die Fortsetzung der Fehlsteuerung bewirkte neue ernste Probleme, die Ostdeutschland an den Scheideweg führten, strukturschwache, abhängige und alimentierte Sonderzone oder zukunftsfähige Wachstumsregion in der Mitte Europas zu sein.

Bleibt es bei der eingeschlagenen Entwicklungsrichtung, dann wird sich Ostdeutschland als wirtschaftlich rückständige und von Massenarbeitslosigkeit gepeinigte Region festigen. Gefördert durch Wegzugprämien werden die neuen Bundesländer immer mehr junge und kreative Leute verlieren und so nur noch eine Seniorenheimperspektive haben. Im Jahre 2001 fiel die wirtschaftliche Entwicklung hinter das im Jahre 2000 erreichte Niveau zurück. Die Rot-Grüne Koalition versuchte die Öffentlichkeit mit der Behauptung zu beruhigen, dass erst 50 Prozent des Aufbaus Ost verwirklicht worden seien. Mit dem Solidarpakt II und dem Programm „Stadtumbau Ost“ werde für weitere Transfers bis zum Jahre 2020 gesorgt. Jedoch bewegt sich diese Politik noch immer auf den Pfaden Helmut Kohls. Der Gesetzestext des Solidarpaktes II begründete die Geldtransfers noch immer mit dem „teilungsbedingten Nachholbedarf“. Bündnis 90/Die Grünen, die infolge der Nichtwahrnehmung ostdeutscher

¹³ Jörg Roesler: Der Einfluss unterschiedlicher Privatisierungsziele auf Stabilität. In: Die Wirtschaft im geteilten und vereinten Deutschland. Hg. v. Karl Eckert/Jörg Roesler, Berlin 1999, S. 254.

¹⁴ Vgl. Claus von Dohnanyi: Warum die ostdeutsche Wirtschaft am Boden liegt. In: Die Zeit, Hamburg 1999, Nr. 14, S. 15.

Interessen ohnehin in keinem Parlament Ostdeutschlands vertreten sind, wurden erst in jüngster Zeit gewahrt, dass die Partei auf dem besten Wege ist, eine Regionalpartei West zu werden.

[211:] Zwei Drittel der Ostdeutschen halten die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik für nicht gerecht. Sie sehen ihre Chancengleichheit eingeschränkt. Jeder zweite Ostdeutsche beklagt, dass die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit in der Bundesrepublik nicht gewährleistet ist. Die im Vergleich zu den Westdeutschen kritischere Problemsicht der Ostdeutschen resultiert aus den schlechteren sozialökonomischen Rahmenbedingungen, aus den Enttäuschungen im Vereinigungsprozess und dem nur ihnen möglichen Systemvergleich. Ostdeutsche sind benachteiligt beim Produktivvermögen, beim Kapital, beim privaten Vermögen, bei den Immobilien, der Elitenzusammensetzung, der Deutungskompetenz und bei den Zugangschancen zu Arbeit, Bildung und Eigentum. Zwischen West und Ost entstand ein spezifisches sozialökonomische Verhältnis: zwischen westdeutschen Kapitaleignern und ostdeutschen Lohnabhängigen, zwischen westdeutschen Immobilieneigentümern und ostdeutschen Mietern und Pächtern und zwischen westdeutschen Investoren und ostdeutschen Schuldnern.¹⁵ Die Frage der inneren Einheit ist also nicht nur ein kulturell-mentales Problem. Die Vereinigungspolitik hat die historisch entstandene kulturelle Differenz nicht beseitigt. Nach vollzogener Systemintegration stehen die tatsächliche Vereinigung der Gesellschaften und die Sozialintegration noch aus.

Die optimistischen Grundannahmen vom Jahre 1990 sind keineswegs Wirklichkeit geworden. Zehn Jahre nach der Herstellung der äußeren Einheit Deutschlands hatte die CDU Schwierigkeiten, die selbst gebastelten Legenden vom „Kanzler der Einheit“ und den im Osten bald *blühenden Landschaften* aufrechtzuerhalten. Trotzig inszenierte die Vorsitzende der CDU, Angela Merkel, am 27. September 2000 den Kongress „Europa und die deutsche Einheit“. Dem durch Finanzaffären reichlich angeschlagenen Helmut Kohl wurde eine Ersatz-Tribüne geschaffen, nachdem er von seinem einstigen Rivalen Kurt Biedenkopf nicht in die Rednerliste der offiziellen Feier am 3. Oktober in Dresden aufgenommen worden war. Ein Plakat der CDU suggerierte „UND SIE BLÜHEN DOCH. 10 Jahre ein Deutschland“. Die CDU erinnerte mit dieser Formulierung absichtsvoll an keinen Geringeren als Galileo Galilei, der wegen seines Eintretens für das heliozentrische Weltbild von der römischen Kirche am 22. Juni 1633 zum Abschwören und zu lebenslanglichem Hausarrest verurteilt wurde. Dessen legendärer Ausspruch „Und sie (die Erde) bewegt sich doch“ sollte dem Mann aus Oggersheim zu neuem Glanz verhelfen. Bei dem gewagten historischen Bezug war geflissentlich zu übersehen, [212:] dass Kohl, wäre er schon 1633 dabei gewesen, auf der Seite derer gestanden hätte, die Galilei bekämpften.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse wählte Anfang des Jahres 2001 den Osten auf der Kippe. Einen Erfolg der Transformation hielt er für möglich, wenn es zu einem interessen- und wertorientierten Handeln der Bürger käme. Ein neuer politischer Anlauf könne zu einem selbsttragenden und auf hoher Wertschöpfung beruhenden Wirtschaftsaufschwung führen, der positive Effekte für das ganze Land haben würde. Damit aber trat Thierse ins Fettnäpfchen. Kanzler Schröder bevorzugte eine Politik der „ruhigen Hand“. Sein 1998 gegebenes Wahlversprechen, den „Aufbau Ost“ werde er zu seiner Chefsache machen und die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf die Marke von 3,5 Millionen zurückgeführt werden, hielt er nicht ein.

¹⁵ Vgl. Ulrich Busch: Vermögensdifferenzierung und Disparität der Lebensverhältnisse im vereinigten Deutschland. In: Berliner Debatte Initial, H. 5/1996, S. 103-119.

Die roten Kapos

Von Hans Canje

Worte können sein wie winzige Arsendosen, sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.

(Victor Klemperer, LTI)

Im Frühjahr 1992 „entdeckte“ die Historikerin Leonie Wannemacher im Zentralen Parteiarchiv der SED/PDS insgesamt 17 „Vernehmungsprotokolle von ehemaligen KZ-Häftlingen und Mitgliedern des Parteiaktivs des KZ Buchenwald“. Die Akten bezogen sich auf parteinterne Untersuchungen über, wie es hieß, „problematisches Verhalten“ bekannter kommunistischer „Funktionshäftlinge“ während der KZ-Haft. Sie lagerten dort, so berichtete am 9. Juni 1994 die „Thüringische Landeszeitung“, von Oktober 1946 bis 1992 „wohl behütet und geschützt vor den Augen der Allgemeinheit“. Was auch anderenorts in Archiven nicht unüblich sein soll, zumal dann, wenn es sich um personenbezogene Daten handelt, für die in nicht wenigen Fällen gerade die Bundesrepublik Deutschland besonders rigide Archiv- und Datenschutzverordnungen verfügte. Diese aber wurden nach der Eingliederung der DDR und der Übernahme aller relevanten Archivalien partiell außer Kraft gesetzt, um Muniton gegen den „verschwundenen“ Staat zu gewinnen.

Die Reaktion auf die „Entdeckung“ Wannemachers blieb relativ zurückhaltend. Die Zeitungen des Landes waren wesentlich damit beschäftigt, in der Leitung der Gedenkstätte auf dem Ettersberg nach „roten Socken“, also ehemaligen Mitgliedern der SED, derzeitigen der PDS oder gar einstigen Mitarbeitern der Staatssicherheit zu suchen. Erst durch Veröffentlichungen der „Bild“-Zeitung kam das historische Thema in die breite Öffentlichkeit. In der Debatte gerieten die Überlebenden, insbesondere die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora und Kommandos, in die Rolle der Angegriffenen. Ihre Loyalität gegenüber den anderen Häftlingen im Lager und vor allem ihre moralische Integrität wurden nicht nur in Frage gestellt, einige Presseberichte stellten gar ihr Handeln und ihre Motive auf eine Stufe mit der SS im Konzentrationslager. Mit den Verdächtigungen und Vorwürfen gegen die Häftlingsgruppe erfolgte ein massiver Angriff gegen jene Verfolgten des Naziregimes, welche zu Zeiten der DDR Idole und zugleich unangefochtene Interpreten des kommunistischen Widerstandes gewesen waren.¹ Das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald, die größte Mahn- und Gedenkstätte der DDR, bot sich aus vielerlei Gründen an als Exerzierfeld zur – so auch die staatlicherseits vorgenommene Bezeichnung des Zieles – „Delegitimierung des Antifaschismus der DDR“. Die durch das Haupt- und die zahlreichen Nebenlager des größten KZ im so genannten Altreich gegangenen über 230.000 Häftlinge kamen aus fast allen europäischen Ländern. Über 50.000 Menschen starben im Lager. Buchenwald stand in der Geschichtsschreibung der DDR – wie kein anderes deutsches Konzentrationslager – beispielhaft für den antifaschistischen Widerstand hinter Kerkermauern und elektrisch geladenem Stacheldraht. Hier war Ernst Thälmann ermordet worden. Hier war es durch das von Kommunisten inspirierte und geleitete Internationale Lagerkomitee zum bewaffneten Sturm der Häftlinge auf die Wachtürme und beim Herannahen der alliierten Truppen zur Selbstbefreiung gekommen. Hier hatte der Buchenwaldhäftling Bruno Apitz seinen Roman „Nackt unter Wölfen“ angesiedelt, der am Beispiel der Rettung eines jüdischen Kindes ein bewegendes Bild von Solidarität und Menschlichkeit in der Wolfsgesellschaft zeichnet.

Für mit der Materie beschäftigte Historiker boten die Akten kaum Neues. Bereits unmittelbar nach der Befreiung des Lagers hatten, was [214:] auf den ersten Blick seltsam anmuten mag, sich dann aber als recht weit blickend erweisen sollte, US-amerikanische Spezialisten der Abteilung für psychologische Kriegsführung (PWD) des Hauptquartiers der 12. Armeegruppe etwa 450 der 21.000 Überlebenden nach ihren Erfahrungen im Konzentrationslager befragt. Offiziell ging es zwar um die Rolle der SS und der KZ-Leitung. Dennoch listete ein Großteil dieses Berichts dann Beschuldigungen gegen Funktionshäftlinge auf, vorwiegend gegen Kommunisten und den so genannten Lagerschutz. Dieser Bericht erwies sich später auch als Vorarbeit zum Dachauer Buchenwald-Prozess, in dem neben erwiesenen SS-Schergen auch kommunistische Funktionshäftlinge der Mittäterschaft an Verbrechen gegen die

¹ Siehe Hasso Zimmer: Der Buchenwald-Konflikt, Münster 1999, S. 186.

Menschlichkeit angeklagt werden sollten. 300 deutsche Kommunisten hätten, wurde konstatiert, im Lager ein eigenes Privilegiensystem errichtet.² Die in diesem Zusammenhang während der Vorermittlungen beschuldigten und festgesetzten Buchenwaldhäftlinge Otto Kipp und Wilhelm Hammann mussten allerdings nach einem Jahr Haft aus dem Internierungslager Dachau wieder freigelassen werden. Der Landesvorsitzende der hessischen CDU, Dr. Werner Hilpert, selbst ehemaliger Buchenwaldhäftling, hatte sich für sie verbürgt.³

Nachdem dann 1946 ein Bericht des Amerikaners Robinson über „kommunistische Grausamkeiten in Buchenwald“ erschienen war, untersuchten Kommissionen der KPD/SED in der Sowjetischen Besatzungszone das Verhalten ihrer Funktionäre in der NS-Zeit. Das Ergebnis ist in den eingangs erwähnten „Geheimakten“ enthalten. Es besagt verkürzt: Auch kommunistische Häftlinge waren unter den Bedingungen der KZ-Gesellschaft zusammengebrochen, hatten sich auf Kosten anderer Vorteile verschafft, hatten sich von der SS gegen ihre Mithäftlinge missbrauchen lassen. Die Namen wurden ermittelt. Untersuchungsverfahren fanden statt. Einige derjenigen, die Buchenwald durchlitten hatten, Opfer und Täter in einem gewesen waren, wurden nun Opfer. Einige von diesen sicher berechtigt, andere, will man nicht in Spekulationen verfallen, aufgrund nicht mehr nachvollziehbarer innerparteilicher Prozesse.

Die Tragik dieser Geschichte veranlasste den Hamburger Historiker Hermann Kaienburg zu der nachdenklichen Feststellung: „Die Achtung vor dem, was Menschen in den Konzentrationslagern erlitten, gebietet heute, bei Beurteilungen Zurückhaltung zu wahren und moralischen Rigorismus zu meiden. Alle KZ-Insassen, auch die Funktionshäftlinge, handelten unter Bedingungen, die sie nicht selbst, [215:] sondern die SS geschaffen hatten. Sie wurden in Grenzsituationen gestellt, in denen es um ihre nackte Existenz ging. Selbst die brutalsten Schergen unter den Funktionshäftlingen waren Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungsmethoden. Deshalb verbietet es sich, einzelne Gruppen von KZ-Gefangenen moralisch zu verurteilen.“⁴ Derlei Zurückhaltung widersprach aber politischen Interessen. Am 23. Februar 1994 eröffnete die Thüringer Ausgabe der „Bild“-Zeitung unter Verwendung von Bruchstücken und aus dem Kontext genommenen Zitaten ihre Kampagne mit dem Titel „Aus der SED-Geheimakte. So halfen Kommunisten Nazis beim Morden“. Der Kommentar zur Schlagzeile lautete: „Mörderische Kumpanei zwischen den Nazis und Kommunisten war die Realität in diesem Konzentrationslager.“ Wenige Tage vor den traditionellen Veranstaltungen zum Jahrestag der Selbstbefreiung am 11. April 1945 – auch diese war da schon in Frage gestellt –, schrie es am 8. April in großen Lettern von der Titelseite: „Neue Enthüllungen aus der SED-Geheimakte Buchenwald. SS und rote Bonzen – Syndikat der Mörder.“

Der von Wannemacher gebrauchte Begriff *rote Kapos* eroberte die Schlagzeilen. Der „Stoff“ jedoch versprach mehr. Dosiert eingesetzt wie Arsen eignete er sich als langfristig wirkende Waffe, mit der sich der kommunistische Widerstand gegen das NS-Regime diskriminieren ließ, sofern seine Existenz nicht überhaupt bestritten wurde. Das vermochte eine „Bild“-Kampagne allein nicht zu bewirken, zumal es auch um die Schädigung des internationalen Ansehens der deutschen Kommunisten ging. Die Betreuung der aus dem SED/PDS-Archiv stammenden Akten wurde in die Hände des aus Essen an die Universität Jena gerufenen Historikers Lutz Niethammer gelegt. Dieser, nun auch Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Gedenkstätte Buchenwald, gab im September 1994 die von Wannemacher benutzten Akten in einer 600 Seiten umfassenden Edition mit dem Titel „Der ‚gesäuberte‘ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald“ heraus. In nur sechs Monaten waren die Dokumente erschlossen, bearbeitet und kommentiert worden. Geliefert wurden, so Niethammer, eine „vorläufige Skizze und ein Interpretationsversuch ..., wie man die Aussagen aus diesen Verhören der Nachkriegszeit in ein Bild des kommunistischen Widerstandes in Buchenwald einsortieren könne“.⁵

² Buchenwald. Ein vorläufiger Bericht. 24.4.1945. Zitiert auch in Lutz Niethammer: Der ‚gesäuberte‘ Antifaschismus, Berlin 1999, S. 180-198.

³ Erklärung der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora und Kommandos, o. D. (1994).

⁴ Hermann Kaienburg: Widerstand in Neuengamme. In: Abgeleitete Macht – Funktionshäftlinge zwischen Widerstand und Kollaboration“, Bremen 1999, S. 43.

⁵ Niethammer, a. a. O.

Verwirrend und die Seriosität des Vorgehens in Frage stellend, waren nicht nur häufig auftauchende Vermutungen wie „das lässt ahnen“ oder der ohne Namensnennung erfolgende, folglich unüber-[216:]prüfbarer Hinweis „das wurde uns mündlich mitgeteilt“. Schwerwiegender noch war, dass Historiker offenkundig ausgewählte Presseorgane wie die „Bild“-Zeitung, die das Vorhandensein eines „Syndikats der Mörder“, bestehend aus SS und Kommunisten behauptet hatte, gezielt politisch aufmunitioniert hatten. Dazu schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 11. April 1994: „Dem Vorwurf, einer Boulevardzeitung die Information über das brisante Material überlassen zu haben, entgegnet er (Lutz Niethammer, H. C.) mit der Selbstkritik, als Westdeutscher ‚das Interesse der Öffentlichkeit im Osten‘ daran verkannt zu haben.“ Solche Ahnungslosigkeit schien angesichts der Begleitumstände und der Interpretation der Dokumente einstigen Häftlingen unglaublich, die den Verdacht äußerten, es solle vielmehr der Öffentlichkeit im Osten ein von Kommunisten „gesäuberter Antifaschismus“ oktroyiert werden. Ein Berliner Faschismusforscher hat Niethammer in einer umfassenden Betrachtung angelastet, die Inhalte der Dokumente „weniger zur notwendigen Kritik an der innerkommunistischen Behandlung der ehemaligen Funktionshäftlinge zu nutzen, als zur Verunglimpfung des kommunistischen Widerstands und Herabsetzung der Verdienste der kommunistischen Häftlinge im Lager“.⁶

Die Arbeit der Wissenschaftler um Niethammer kennzeichnete am 9. Juni 1994 die „Thüringische Landeszeitung“ mit ihrer Überschrift „Ein Denkmal wird von Historikern jetzt demontiert“. Freilich ließ sich nicht leugnen, dass in der ersten Phase des Auf- und Ausbaus des KZ Buchenwald die politischen Gegner des NS-Regimes – nächst den so genannten Arbeitsscheuen – die an Zahl zweitgrößte Häftlingsgruppe dargestellt und dass in dieser wieder deutsche Kommunisten die stärkste Gruppe ausgemacht hatten. Schon den 1945/46 gegen diese erhobenen Vorwürfen stand das Urteil des mit der KPD nicht sympathisierenden ehemaligen Buchenwaldhäftlings Eugen Kogon entgegen: „Das Verdienst der Kommunisten um die KL-Gefangenen kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. In manchen Fällen verdanken ihnen die Lagerinsassen buchstäblich die Gesamterrettung, wenn auch die Beweggründe selten reiner Uneigennützigkeit entsprangen, sondern meist dem Gruppen-Selbsterhaltungstrieb, an dessen positiven Folgen dann eben manchmal ein ganzes Lager teilnahm.“⁷ Der katholische Schriftsteller Ernst Wiechert hatte nach seiner Befreiung aus dem KZ sachlich vermerkt: „Die Helden und Märtyrer jener Jahre, sie sind nicht diejenigen, die mit dem Kriegslorbeer aus den eroberten Ländern zurückkehren“; und dann die „in [217:] den Lagern des Totenwaldes“ aufrecht gebliebenen deutschen Arbeiter gerühmt. Dieser sei es gewesen, der „mit einer Kameradschaft ohnegleichen den Zusammenbrechenden stützte, mit einer Zartheit des Herzens, die mich noch heute ergreift. Hochverräter und Kommunisten, einer wie der andere, und Samariter einer wie der andere, die sich niederbeugten und die Wunden wuschen, indes andere zur Seite blickten und weitergingen“.⁸

Karin Hartewig, mit Niethammer an der Edition der SED-Akten beteiligt, vermochte an diesen und ähnlichen Zeugnissen, die in der Publikation über die *roten Kapos* ignoriert wurden, dennoch nicht ganz vorbeizugehen. Sie spricht von der „geliehenen, begrenzten Macht und gestaffelten Macht“, aufbauend „auf einem System, das Hilfe für alle Häftlinge unmöglich machte und das die Funktionshäftlinge in das Dilemma brachte, sehr eingeschränkt im Sinne einer Bevorzugung weniger Häftlinge handeln zu können“.⁹ Dieser relativierenden Feststellung stellt sie das Diktum von der „disziplinierenden Macht kommunistischer Funktionshäftlinge über die Mehrheit der Lagerinsassen“ voran. Sie erklärt, dass die „von der SS verliehene Machtposition ... die kommunistischen Funktionshäftlinge seit 1943 zu einer privilegierten und auch gefürchteten Zwischenschicht im Lager werden ließ“ und gelangt auf diese Weise, alle vordem vorgenommene Differenzierung zurücknehmend, zum Generalurteil: „Die KPD (! – H. C.) in Buchenwald hat sich weitgehend auf eine unter KZ-Bedingungen

⁶ Kurt Pätzold: Sauberer Anti-Antifaschismus. In: Konkret, Heft 7/95, S. 20-23.

⁷ Eugen Kogon: Der SS-Staat, München 1974, S. 310.

⁸ Ernst Wiechert: Rede an die deutsche Jugend 1945. Zit. nach: Buchenwald. Ein Konzentrationslager, Bonn 2000, S. 146.

⁹ Karin Hartewig: Wolf unter Wölfen? Die prekäre Macht der kommunistischen Kapos im Konzentrationslager Buchenwald. In: Die nationalsozialistischen Konzentrations-Lager. Entwicklung und Struktur, Band II, Göttingen 1998, S. 939-958.

machtvolle und privilegierte Position in der von der SS definierten sozialrassistischen Hierarchie der Häftlingsgesellschaft eingelassen.“¹⁰

Auch diese Geschichte besitzt wie alle ihre Vorgeschichte. Als deren Beginn könnte eine 150-seitige Broschüre angesehen werden, die im Oktober 1990 unter dem Titel „Bedeutung und Funktion des Antifaschismus“ vorgelegt wurde. Das von dem CDU-Politiker Wolfgang Schäuble geleitete Bundesinnenministerium hatte sie, gleichsam als Beitrag des Hauses zum „Tag der deutschen Einheit“ in der hauseigenen Schriftenreihe „Texte zur Inneren Sicherheit“ in beachtlicher Auflage drucken lassen.¹¹ Zu den Autoren gehörte der Professor der Bonner Universität Hans-Helmuth Knütter, ein Vordenker und Wortführer der Anti-Antifa-Bewegung, der mittlerweile ganz auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums angekommen ist. In dessen Beitrag „Internationale Antifaschismuskampagnen und ihre Auswirkungen auf die Bundesrepublik“ finden sich schon die Grundthesen für jene Kampagne, die sich vorgeblich gegen den *verordneten Anti-[218:]faschismus* wendet, in Wahrheit aber eine Bundesrepublik ohne Antifaschisten erstrebt und mit der die Relativierung der Verbrechen des deutschen Faschismus einhergeht. Knütter bezeichnet den Antifaschismus, dessen Fortleben er fürchtet, als „Kampf- und Erpressungsmittel“. Von der künftigen Geschichtsschreibung wünscht er „die Herausstellung kommunistischer Verbrechen“, um „die Auseinandersetzung um die ‚Einmaligkeit der nationalsozialistischen Verbrechen‘ wieder zu beleben, die vor wenigen Jahren den sog. ‚Historikerstreit‘ prägte. Die Aufdeckung kommunistischer Untaten legt es nahe, nationalsozialistische Taten zu relativieren, und eben nicht als einmalig und unvergleichbar erscheinen zu lassen“.¹²

Schäuble schrieb im Vorwort zum Anliegen der Kampfschrift: „Auf diesen Missbrauch und die Instrumentalisierung des Antifaschismus will der Bundesminister des Innern mit dieser Broschüre aufmerksam machen, denn dieser Begriff behält seine Bedeutung in der innenpolitischen Auseinandersetzung und für die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland.“ In dieser Kultur besetzt die Entdeckung der *roten Kapos* ihren Platz. Mit ihr wird eine jener Arsendosen verabreicht ...

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Bedeutung und Funktion des Antifaschismus. Texte zur Inneren Sicherheit, Bundesministerium des Inneren, Bonn Oktober 1990.

¹² Ebenda, S. 109.

Zwei Diktaturen in Deutschland

Von Ludwig Elm

In der Geschichtsdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland hat seit dem Ende des zweiten deutschen Staates 1990 die Formel von den *Zwei Diktaturen in Deutschland* Karriere gemacht. Sie korrespondiert mit der Wendung von der „zweiten deutschen Demokratie“, als die sich die Bundesrepublik in der Nachfolge der Weimarer Republik bezeichnet. Das deutsche Kaiserreich von 1871 bis 1918 bleibt in dieser schlichten, politisch motivierten Einteilung der neueren deutschen Geschichte in Gut und Böse unberücksichtigt. Das ist im Rahmen der in Politik, Medien, Bildung und Wissenschaft überwiegend mit Fleiß und Ehrgeiz beachteten Political Correctness sowie der von ihr vorgegebenen Sprachregelungen kaum vermerkt, geschweige denn beanstandet worden.

Die Formel selbst wurde zum Leitbegriff einer ebenso rigorosen wie unnachsichtigen, personell und finanziell überaus großzügig [219:] geförderten Aufarbeitung von – besser: Abrechnung mit – Geschichte und Gesellschaft der DDR. Das fand außer in unzähligen akademischen Qualifizierungsschriften, Tagungen und sonstigen Veröffentlichungen sowie in der Einrichtung spezifischer Forschungs- und Publikationskapazitäten (darunter eine Abteilung der Gauck/Birthler-Behörde, der „Forschungsverbund SED-Staat“ in Berlin, das Hannah-Arendt-Institut in Dresden, das Institut für Zeitgeschichtliche Forschungen in Potsdam und ein zeitgeschichtliches Institut in Leipzig) seinen auffälligsten Ausdruck darin, dass der 12. und der 13. Deutsche Bundestag Enquete-Kommissionen zu diesem Gegenstand einsetzten. Damit war ein vielgestaltiger konzeptioneller und institutioneller Rahmen geschaffen, um mit einer großzügig subventionierten Geschichtspolitik die Totalitarismuskonzeption neuerlich aufzuwerten und ihr wiederum zu einer dominierenden Rolle zu verhelfen. Es konnte angesichts des vorrangigen politischen Auftrags nicht überraschen, dass es auf diesem Weg keinerlei nennenswerten Erkenntnisgewinn zu NS-Diktatur und Zweitem Weltkrieg gab. Diese fungieren im Wesentlichen als Bezugsfeld für ein dämonisiertes DDR-Bild.

Vergleichbare geschichtspolitische Anstrengungen hatte es nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben. Sie waren weder zur Auseinandersetzung mit den Ursachen, Verbrechen und Erbschaften des nationalsozialistischen Regimes von 1933 bis 1945 – der „ersten Diktatur“ – noch zu kritikwürdigen Seiten westdeutscher Nachkriegsgeschichte von politisch-parlamentarischen Mehrheiten als wissenschaftlich notwendig oder politisch wünschenswert angesehen worden. Ab 1990 wurde der Diktatur-Begriff als Schlüsselbegriff für die Charakteristik des politischen und gesellschaftlichen Systems der DDR eingeführt, um semantisch die beabsichtigten Analogien zum Dritten Reich vorzubereiten und zu fördern. Er signalisierte auch die Rückkehr zu den Schwarz-Weiß- bzw. simplen Freund- und Feindbildern der 50er und frühen 60er Jahre, die in der späteren Entspannungspolitik widerlegt worden und schließlich weitgehend aus der ernst zu nehmenden politisch-wissenschaftlichen Debatte verschwunden waren.

Die Enquete-Kommissionen hießen: „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (1992-1994) und „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (1995-1998). Durch das Aufgebot an politischen und wissenschaftlichen Autoritäten, eine aufwendige Öffentlichkeitsarbeit und die vollständige Publikation sämtlicher Materialien beider Korn-[220:]missionen trugen diese Bemühungen dazu bei, der am Totalitarismuskonzept orientierten Darstellung des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts einen exklusiven Einfluss zu verschaffen. Die Wirksamkeit dieser Anstrengungen ist in tagespolitischen Argumentationen, in den Medien und in Publikationen sowie im Bildungsbereich nicht zu übersehen.

Die erste Enquete-Kommissionführerteam 3. und 4. Mai 1994 eine öffentliche Anhörung „Zur Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart“ in Sachsenhausen durch. Die Wahl eines Tagungsortes mit „doppelter Vergangenheit“ – KZ bis 1945 und anschließend bis 1950 sowjetisches Speziallager – war bereits Teil des Konzepts, durch Parallelisierung der Lager zu Analogien der politischen Systeme vor und nach 1945 zu gelangen. Selbstverständlich konnte das überdimensionierte Thema ungeachtet eines großen Aufgebotes an Wissenschaftlern, Publizisten und Politikern auch nicht annähernd bewältigt werden. Das war auch nicht beabsichtigt.

Vielmehr bestand das tatsächliche Anliegen darin, unter der gewählten Überschrift die DDR weitgehend in Analogie zur faschistischen Diktatur zu beschreiben und zu interpretieren. Im einleitenden Referat von Horst Möller, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, wurde diesem politischen Ziel in hohem Maße entsprochen. Sein Plädoyer für die Totalitarismus-Theorie mündete in Gleichsetzungen, bei denen unablässig und absichtlich fundamentale Unterschiede nicht nur zwischen Faschismus und „Kommunismus“, sondern auch zwischen dem Stalinschen Terror-Regime und poststalinistischer Machtausübung – darunter in der DDR – verwischt wurden. Im Interesse einer solchen Nivellierung auch gegensätzlicher und unvereinbarer Erscheinungen verdrängte Möller sogar die spezifische barbarische Dimension der rassistisch begründeten Massenvernichtung zwischen 1941 und 1945. Begründete Einwände gegen solche Geschichtsdeutungen blieben in späteren Verlautbarungen der Kommissionsmehrheit weitgehend unberücksichtigt.

Wolfgang Wippermann hat in einem Abriss der Geschichte der Totalitarismustheorien auch deren Renaissance seit den 80er Jahren sowie ihren Doppelcharakter als Theorie und Ideologie erörtert. Zu den inzwischen grassierenden Vergleichen zwischen der DDR und dem Dritten Reich bemerkte er: „Wenn man diese und andere Vergleiche anstellt, abstrahiert man vom nationalsozialistischen Rassenkrieg und Rassenmord, für den es in der DDR kein Äquivalent gab. [221:] Kann und darf man von Auschwitz abstrahieren? Führen Vergleiche zwischen der kleinen DDR und dem ‚Großdeutschen Reich‘ nicht automatisch zu einer strukturellen Relativierung der Schrecken des nationalsozialistischen ‚Rassenstaates‘? Ich meine, dass dies so ist, und plädiere daher dafür, von diesen Vergleichen Abstand zu nehmen oder zumindest eine Theorie aufzustellen, durch die die Möglichkeiten und Grenzen derartiger Diktaturvergleiche bestimmt werden.“¹

Die internationale Forschung und Diskussion bestätigen diese Skepsis gegenüber einem extensiv ausweiteten Verständnis von Totalitarismus, das als eine Version des militanten Antikommunismus daherkommt. Ian Kershaw äußerte, dass die Defizite des Totalitarismusbegriffs als analytischer Begriff unübersehbar und der Vergleich des „Nationalsozialismus mit dem post-stalinistischen Staatssystem der Sowjetunion und deren Satelliten“ nur „von stark begrenztem analytischen Wert“ seien. Der Vergleich mache insgesamt „eher wesentliche Unterschiede als Ähnlichkeiten zwischen beiden Systemen kenntlich“. Er folgerte: „Der Totalitarismusbegriff sollte lediglich dazu verwandt werden, um eine außergewöhnliche Phase eines autoritären Regimes – eine revolutionäre Übergangsphase, die von außerordentlicher Gewalt gegen die eigene Gesellschaft begleitet war – zu beschreiben. Er beinhaltet demnach kein dauerhaftes Herrschaftssystem.“² Auch insofern sei der Nationalsozialismus einmalig, da er die totalitäre Phase nicht überwinden und sich nicht „in ein eigentliches Herrschaftssystem zu verwandeln“ vermochte.

Im Schlussbericht der zweiten Enquete-Kommission vom 10. Juni 1998 wurden die Folgerungen des am konservativen Totalitarismuskonzept orientierten Geschichtsbildes in Empfehlungen für die Gedenkstättenkonzeption des Bundes festgeschrieben: „Am Ende des 20. Jahrhunderts müssen die Deutschen mit der Erinnerung an zwei deutsche Diktaturen und ihre Opfer leben. Die Notwendigkeit von Aufarbeitung und Erinnerung an die beiden Diktaturen ist heute Teil des demokratischen Selbstverständnisses im vereinten Deutschland. Die Erinnerung an die beiden Diktaturen, die die Feindschaft gegen Demokratie und Rechtsstaat verbunden hat, schärft das Bewusstsein für den Wert von Freiheit, Recht und Demokratie. Dies, wie die notwendige Aufklärung über die Geschichte der beiden Diktaturen, ist der Kern des antitotalitären Konsenses und der demokratischen Erinnerungskultur der Deutschen.“³ Die Aussage läuft sprachlich und substantiell auf eine weitgehende Gleichsetzung der DDR

¹ Wolfgang Wippermann: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997, S. 117.

² Ian Kershaw: Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft. Möglichkeiten und Grenzen eines Vergleichs. In: Eckhard Jesse (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Bonn 1999, S. 222 (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 336).

³ Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hg. v. Deutschen Bundestag. Acht Bände in 14 Teilbänden, Baden-Baden 1999, Bd. I, S. 587.

mit [222:] dem nationalsozialistischen „Verbrecherstaat“ (Karl Jaspers) hinaus, die durch an anderer Stelle genannte Unterschiede kaum relativiert wird.

Damit wird die in der Weltgeschichte einzigartige Dimension faschistisch-rassistischer Eroberungs- und Ausrottungspolitik und der durch sie verursachten riesigen, viele Länder umfassenden Opfergruppen, in zuvor und außerhalb des Rechtsextremismus unvorstellbarer Weise verdrängt und verharmlost. Inzwischen war dies auch durch die „Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl“ vorbereitet worden: „In der Gestalt der ‚Neuen Wache‘, deren Pietá sich auf den ersten Weltkrieg bezieht und die Mordpraxis des NS-Regimes gar nicht zum Gegenstand hat, zeigen sich die Folgen einer Entkonkretisierung im Einzelnen. Die traditionelle Gedenkformel – den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft – schließt contra voluntatem auch ein Gedenken für den obersten Justizmörder des Dritten Reiches, Roland Freisler, ein; er wurde Anfang Februar 1945 durch eine Bombe getötet.“⁴ Das „größte Verbrechen der deutschen Geschichte, die Ermordung der Juden „, so fügt Joachim Perels hinzu, rückt bei dieser Gedenkstätte „ins zweite Glied, hinter die Kriegs- und Vertreibungsoffer“.

Um in der bundesrepublikanischen Gedenkpolitik Opfer der DDR (beispielsweise ihres Grenzregimes) unablässig neben den Millionen Opfern des Faschismus hervorzuheben und mehr oder weniger beide Herrschaftssysteme gleichzusetzen, werden zugleich andere große Opfergruppen der neueren deutschen Geschichte der Vergessenheit überantwortet. Das betrifft die Opfer deutscher Expansions-, Kolonial- und Kriegspolitik von China 1900 und Südwestafrika 1904-1907 bis zu Millionen Toten, Versehrten und Waisen des Ersten Weltkrieges ebenso wie Hunderte Menschenleben, die vor allem der rechtsextreme, vielfach bereits rassistisch motivierte Terror der Nachkriegsjahre und der Schlussphase der Weimarer Republik gefordert hatte. Der konservative Geschichtsrevisionismus bedient sich des Totalitarismuskonzepts, um die Geschichte seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert im Dienste der herrschenden politischen Vorstellungswelten umzuschreiben.

Ungeachtet der im Ergebnis der Bundestagswahl vom Oktober 1998 veränderten Mehrheitsverhältnisse wurde dieses geschichtsideologische Konzept von der Regierungskoalition SPD und Bündnis 90/Die Grünen aufgenommen und bestätigt. Ihre „Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes“ vom Juli 1999 wird nach [223:] dem Bezug auf die Empfehlungen der Enquete-Kommission mit folgendem ersten Grundsatz eingeleitet: „Die Pflege der Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft und die SED-Diktatur sowie das Gedenken an deren Opfer wird in der demokratischen Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland vor allem von bürgerschaftlichem Engagement getragen.“⁵ Letztlich unvergleichliche Geschehnisse und Opfer werden nivelliert, um den Vorrang des überlieferten illiberalen Antikommunismus gegenüber antifaschistischen Wertvorstellungen weiterhin zu gewährleisten. Das Totalitarismus-Konzept der *Zwei Diktaturen in Deutschland* soll bis in die künftige Erinnerungs- und Gedenkpolitik sowie in das Geschichtsbild nachwachsender Generationen nachhaltig umgesetzt werden. Das geschieht auch um den Preis der Entsorgung deutscher Geschichte von den Wahrheiten über die weltgeschichtliche Einzigartigkeit der Nazibarbarei und ihre zwischen 1939 und 1945 durchgeführten Verbrechen gegen die Menschheit.

⁴ Joachim Perels: Vorwort. In: Sabine Moller: Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl, Hannover 1998, S. 8.

⁵ Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode, Drucksache 14/1569, 27.07.1999: Unterrichtung durch die Bundesregierung: Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes und Bericht der Bundesregierung über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, S. 3.

Unrechtsstaat

Von Uwe-Jens Heuer

Am 4. Mai 1997 hatte im Kulturhaus Berlin-Mitte in einer Debatte der CDU-Politiker Heinrich Lummer, zur Empörung der Zuhörer und auch der meinen, das Schlagwort vom *Unrechtsstaat* am deutlichsten auf den Begriff gebracht: „Was war das wirkliche Unrecht? Die Existenz der DDR.“¹ Gemeinsam mit der Formel von den zwei deutschen Diktaturen und dem – erst etwas später verkündeten – Totalitarismusverdikt bildet das Schlagwort vom *Unrechtsstaat* seit Jahren das zusammengefasste Urteil über die DDR, abgegeben von Journalisten und Politikern, aber auch vielen anderen. Diese Vokabel schallte uns, den Abgeordneten der Partei des Demokratischen Sozialismus, im Deutschen Bundestag von Anfang an entgegen. Als ich in einer meiner ersten Reden am 28. Februar 1991 die Charakterisierung der DDR als *Unrechtsstaat* und die damit verbundene „Gleichsetzung mit der Nazi-Justiz“ kritisierte, wobei ich „erhebliche rechtsstaatliche Defizite“ anerkannte, bekam ich aus den Reihen der CDU/CSU sofort zu hören: „Das war ein Unrechtsstaat“ und „Er hat immer noch nicht gebrochen mit seiner Vergangenheit“. Bereits der am 13. September [224:] 1990 von der Volkskammer beschlossene und am 20. September 1990 in Kraft getretene Vertrag beider deutschen Staaten, der das Ende der DDR besiegelte, hatte im Artikel 17 vom SED-Unrechtsregime gesprochen. Das setzte sich in der Gesetzgebung fort.

Wer heute der Entstehung dieser Formel nachgeht, stößt auf ein interessantes Phänomen. So inflationär der Gebrauch des Wortes *Unrechtsstaat* seit 1990 wurde und bis heute ist, so selten war es vorher gebraucht worden und zwar weder für den NS-Staat, noch für die DDR. Auch Lexika und Einzeldarstellungen zur Justiz im NS-Staat benutzten es nur in wenigen Einzelfällen. Eine Ausnahme bildeten zwei Sammelbände der Zeitschrift „Kritische Justiz“ zum Thema „Recht und Justiz“, die ausdrücklich den Titel „Der Unrechtsstaat“ trugen.² Es war für den NS-Staat wie für die DDR von Diktatur die Rede, auch von Totalitarismus, dieses hinsichtlich der DDR seit den sechziger Jahren immer weniger. Die Gleichstellung mit dem NS-Staat, seit 1990 unablässig vorgenommen, war in der alten Bundesrepublik zur Randerscheinung geworden.

Was aber erklärt den massenweisen Gebrauch seit 1990? In den öffentlichen Debatten wird stets von dem Gegensatzpaar Rechtsstaat-*Unrechtsstaat* ausgegangen und dabei stillschweigend unterstellt, dass jeder Staat entweder Rechtsstaat oder *Unrechtsstaat* ist. Für den ersten Begriff steht die Bundesrepublik Deutschland, für den zweiten Begriff die DDR. Ein solcher Ansatz ist für den Gebrauch von Schlagworten, von Kampfbegriffen – also in der Gegenüberstellung von gut und böse – durchaus üblich, findet aber in der bisherigen Geschichte des Rechtsstaatsbegriffs keinerlei Rückhalt.

Der Begriff des Rechtsstaates ist als ein polemisch-politischer Begriff aufgekommen im Kampf gegen Polizeistaat und Absolutismus. Für die Verfechter des liberalen Rechtsstaats im Vorfeld der Revolution von 1848 wie Carl Theodor Welcker und Rudolf von Mahl stand er im Gegensatz zum Despotismus. Im Interesse der Freiheit der Bürger sei er „ein Staat der Vernunft“, der seine „Wirksamkeit beschränkt, genaue Gesetze erlässt und Gerichte zum Schutz der Untertanen bereitstellt“.³

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts erwies sich in Deutschland der Rechtsstaat als Defensivveranstaltung des Bürgertums, das sich mit dem überlieferten monarchischen Obrigkeitsstaat arrangiert und dafür mit dem Vorbehalt des Gesetzes für Eingriffe in Freiheit und Eigentum eine Garantie seiner Eigentümerinteressen eingetauscht hatte. Die Schranken des Staates galten für den christlich-konservativen [225:] Rechtsphilosophen Friedrich Julius Stahl und andere nicht für die Gesetzgebung, sondern vor allem für die Verwaltung, die gerichtlicher Kontrolle unterworfen werden sollte.

¹ Sturm der Entrüstung fegte Lummer fort. In: Die Welt, 5.5.1997.

² Redaktion Kritische Justiz (Hg.): Der Unrechts-Staat Recht und Justiz im Nationalsozialismus, Bd. 1, Baden-Baden 1983, Bd. 2, Baden-Baden 1984.

³ R. Bäuml-H. Ridder. In: Kommentar zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (Reihe Alternativkommentare), 2. Band, 1984, S. 1351.

Die Lage änderte sich grundlegend, als durch die Revolution von 1918 und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für alle Parlamente neue politische Gefahren für die Bourgeoisie sichtbar wurden. Der Rechtsstaatsbegriff wurde zu einem Verteidigungsbegriff gegen die Demokratie. War das Gesetz bis dahin zum Schutze des Eigentums da, musste nunmehr mit der möglichen Eroberung des Parlaments durch die Arbeiterbewegung das Eigentum auch vor dem im Parlament beschlossenen Gesetz geschützt werden. Es mehrten sich die Stimmen, die eine Prüfung der Gesetze durch die weitgehend reaktionäre Justiz bejahten. Der sozialistische Staatsrechtslehrer und Politikwissenschaftler Hermann Heller forderte demgegenüber 1929 gegen den aufkommenden Faschismus und die „anarchische Raserie unserer kapitalistischen Produktion“ den sozialen Rechtsstaat als Alternative zur faschistischen Diktatur.⁴ Im „Dritten Reich“ fiel mit dem Ermächtigungsgesetz und dem Verbot aller nichtfaschistischen Parteien die Furcht vor dem Einfluss eines demokratischen Parlaments weg. Der liberale Rechtsstaat wurde beseitigt wegen seiner prozeduralen und justiziellen Formalisierung, soweit diese die Durchsetzung der Ziele des NS-Staates behinderte.

Nach der verheerenden Niederlage des Deutschen Reiches in dem von ihm angezettelten Zweiten Weltkrieg wurde in Westdeutschland die entscheidende Konsequenz nicht wie im Osten in einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse, sondern in der Schaffung einer bürgerlich parlamentarisch demokratischen Ordnung gesehen. Ihre Verfassung sollte eine Wiederholung des Vergangenen ausschließen und die Schwächen und Mängel der Weimarer Verfassung überwinden. Im Grundgesetz, das am 23. Mai 1949 verkündet wurde, ist nicht im Artikel 20 über die Grundlagen staatlicher Ordnung, wohl aber im Artikel 28 über die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern von Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates die Rede.

Tatsächlich gewann der Rechtsstaat immer größeres Gewicht, drängte er als Kategorie immer mehr den demokratischen Staat und den Sozialstaat zurück. An die Stelle der (demokratischen) Herrschaft des Volkes sollte die Herrschaft des Rechts treten. Mit der sich dann weitgehend durchsetzenden Orientierung auf den Rechtsstaat als oberster Kategorie war es nicht mehr eine Eigenschaft des Staates, [226:] Rechtsstaat zu sein, der Staat war schlechthin, in allem was er tat, zum Rechtsstaat geworden. Der Rechtsstaat bedeutete also einerseits durch die Bindung der Gesetzgebung an die Verfassung mitsamt Menschenrechten, sowie der Exekutive und der Justiz an die Gesetze, eine zivilisatorische Errungenschaft, ein Kampffeld. Andererseits wurde mit ihm ein Mythos verbunden, indem die dahinter stehenden Interessen, sein Charakter als Machtstaat geleugnet wurde.

Dass der NS-Staat kein Rechtsstaat war, lag auf der Hand. Ihn mit dem Kampfbegriff *Unrechtsstaat* abzuwerten, schien allerdings bis 1990 keineswegs geboten. Die Grundentscheidung der Westalliierten, die Bundesrepublik mit Hilfe der alten Eliten wieder aufzubauen, hatte nicht nur die Strafverfolgung untergraben. „Das wahre Organ des NS-Verbrechens, der tüchtige Beamten-, Militär-, Industrie- und Justizapparat, war, dergestalt ins Kommando zurückversetzt, jeglichem Zugriff entzogen, weil es sein eigener hätte sein müssen.“⁵ Die langdauernde personelle Kontinuität von Rechtswissenschaft und Justiz bis hin zum Bundesgerichtshofverbot die Abwertung des Vorgängerstaates als *Unrechtsstaat*. Der dem *Unrechtsstaat* verwandte Begriff der Regierungskriminalität, für die DDR im Zusammenhang mit der politischen Strafverfolgung jetzt immer wieder gebraucht, wurde von Konrad Adenauer für den NS-Staat bereits am 25. Februar 1950 zurückgewiesen: „So etwas klingt immer nach dem Recht des Siegers.“ Mit dem Jahre 1990 trat eine neue Situation ein. Prinzipiell neue Tatsachen wurden weder über die DDR noch über den NS-Staat bekannt, was jedoch nur für die Wissenschaft, nicht aber für politische Kampfbegriffe von Belang ist. Jetzt galt es, die Auseinandersetzung mit dem DDR-Recht auf den Begriff zu bringen. Die Übertragung des Bundesrechts, die weitgehende Durchsetzung des Grundsatzes „Rückgabe vor Entschädigung“, die Abwicklung des öffentlichen Dienstes, die politische Strafverfolgung, das alles bedurfte einer ideologischen Rechtfertigung. Sie wurde in Gestalt des Gegensatzpaares Rechtsstaat-*Unrechtsstaat* gefunden.

⁴ Hermann Heller: Rechtsstaat oder Diktatur. Gesammelte Schriften, Bd. 2, Leiden/Tübingen 1971, S. 461 f.

⁵ Jörg Friedrich: Die kalte Amnestie, München/Zürich 1994, S. 517.

Das Recht war in der DDR weitgehend nur Instrument der Politik, nicht ihr Maßstab. Das galt jedenfalls für alle grundsätzlichen politischen Entscheidungen. Es gab weder eine gerichtliche Kontrolle der Verwaltung, noch eine Möglichkeit, Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen. Die führende Rolle einer Partei schloss ein Gericht wie das BVerfG als letzte Instanz aus. Ein Rechtsstaat schon gar nach dem Maß des Grundgesetzes der Bundesrepublik konnte und wollte die DDR deshalb nicht sein. Auch im offiziellen Selbstver-[227:]ständnis war vom Rechtsstaat nur zeitweise, bis 1948, von 1963 bis 1967⁶ und dann gegen Ende seit 1988 die Rede.

Aber jetzt stand nicht die Überwindung derartiger Defizite – und der Streit darüber, ob es eine sozialistische Rechtsstaatlichkeit hätte geben können – auf der Tagesordnung, sondern die Abrechnung mit der DDR. Sie erforderte zweierlei, die Überhöhung des westdeutschen Rechtsstaates auf der einen und die Totalabwertung des ostdeutschen *Unrechtsstaates* auf der anderen Seite. Der Rechtsstaat sollte nicht nur als eine – wünschenswerte – Eigenschaft des Staates gelten, sondern mythisch, als Überordnung des Rechts über den Staat, dem Machtstaat gegenübergestellt werden. Der *Unrechtsstaat* andererseits war nicht nur ein Staat, der Unrecht begangen hat, sondern ein Staat, der als Ganzes Unrecht ist, der als solcher bekämpft werden und, wenn er schon untergegangen ist, jedenfalls in Gestalt seines Oberhaupts vor Gericht gestellt werden muss. Die gleichzeitige Benennung des NS-Staates als *Unrechtsstaat* ermöglichte die moralische Gleichsetzung mit diesem Staat. Konsequenzen analog denjenigen gegenüber der DDR konnten allerdings schon infolge Zeitablaufs nicht mehr gezogen werden. So konnte nachträglich noch die nach 1945 weitgehend ausgebliebene Auseinandersetzung mit den NS-Eliten durch den Ersatzkampf gegen die DDR-Elite erfolgen.

Dass die Einbeziehung des NS-Staates nur Mittel zum Zweck ist, zeigt die Tatsache, dass es im Bild der „Öffentlichen Meinung“ in diesem Jahrhundert nur zwei Unrechtsstaaten gibt, dass weder für das Apartheid-Regime Südafrikas oder das Pinochet-Regime Chiles noch für die Türkei entsprechende Wertungen erfolgten. Die Schlussfolgerung, kein Rechtsstaat, also ein *Unrechtsstaat*, gilt nur für zwei deutsche Fälle. Es gab in der DDR, wie in jedem Staat, auch staatliches Unrecht und dies leider in bedrückendem Umfang. Die Gleichsetzung mit dem NS-Staat, mit seiner Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, dem millionenfachen Mord an Juden und Angehörigen „minderwertiger“ Ostvölker soll gleichermaßen die DDR verteufeln und den NS-Staat entlasten.

Es bleibt die Erklärung Christa Wolfs: „Das groß angelegte Unterfangen, die DDR auf den Begriff ‚Unrechtsstaat‘ zu reduzieren, sie dem Reich des Bösen zuzuordnen und damit historisches Denken zu blockieren, war nützlich für die ebenfalls groß angelegte massenhafte Enteignung und Infragestellung des Eigentums von DDR-Bürgern ... Der Normalfall der deutschen Nachkriegsgeschichte war die Bundesrepublik. Die DDR: Ein Unfall der Geschichte ...“⁷

[228:] Ging es bei der DDR um einen anderen Staat, welcher der Bundesrepublik angegliedert wurde, so erleben wir heute eine Fortsetzung auf internationaler Ebene. Vor allem die USA nehmen für sich in Anspruch, ihre Truppen überall in der Welt auch ohne völkerrechtliches Mandat, wann immer es in ihrem Interesse liegt, einzusetzen. Die Legitimation bildet der Schutz von Menschenrechten, im Übrigen spielt das Völkerrecht, insbesondere der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, keine Rolle mehr. Dabei wird entsprechend den Interessen der USA zwischen „guten Staaten“ und „Schurkenstaaten“ unterschieden.⁸ Das Völkerrecht, der einzige einschlägige Rechtszweig, kennt weder den Begriff des Unrechtsstaates, noch den des Schurkenstaates. Es kennt (UNO-Charta Art. 4) nur das Kriterium des friedliebenden Staates bei Aufnahme in die UNO.

Die USA-Doktrin ist jetzt wiederum in beängstigender Weise praktisch geworden. Als Antwort auf die verbrecherischen Terroranschläge am 11. September 2001 sprach der USA-Präsident George W.

⁶ Programm der SED, Berlin 1963, S. 26; Walter Ulbricht: Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967; siehe auch K. Sieveking: Die Entwicklung des sozialistischen Rechtsstaatsbegriffs in der DDR, Berlin 1975.

⁷ Christa Wolf: Dresdner Rede 1994. Auf dem Wege nach Tabou, Köln 1994, S. 331.

⁸ Eric Chauvistré: Schurken sind die Länder mit schlechten Beziehungen zu den USA. In: Frankfurter Rundschau, 04.02.1998.

Bush vom ersten Krieg des 21. Jahrhunderts, und der stellvertretende Verteidigungsminister gebrauchte die Formulierung „ending of states“. In der Nacht zum 21. September stellte Bush den afghanischen Taleban ein nicht verhandelbares und unannehmbares Ultimatum und erklärte: „Unsere Antwort beinhaltet mehr als einen sofortigen Gegenschlag und einzelne Angriffe. Amerikaner sollten nicht eine einzige Schlacht erwarten, sondern einen langen Feldzug, wie wir ihn bisher noch nicht erlebt haben. Jede Nation, in jeder Region, muss sich nun entscheiden: Entweder sind Sie mit uns oder mit den Terroristen. Von diesem Tag an werden die Vereinigten Staaten jede Nation, die weiterhin Terroristen beherbergt oder unterstützt, als feindliches Regime betrachten.“⁹ Hier werden Schlagworte unmittelbar im gefährlichsten Wortsinne zu Schlachtrufen.

⁹ Wir stehen vor einem langen Feldzug, Neues Deutschland 22./23.9.2001.

[229:]

Moralkeule Auschwitz

Von Gerd Wiegel

Die ausschließliche Wahrnehmung der deutschen Verbrechen im Faschismus als moralische Waffe gegen Deutschland eint all jene, die endlich wieder Angehörige einer „normalen“ Nation sein wollen, die einem positiven Nationalbewusstsein das Wort reden und die deutsche Macht- und Interessenpolitik von den Belastungen der Vergangenheit befreien wollen. Begleitet dieses Bedürfnis die westdeutsche Geschichte schon seit 1945, so lassen sich doch seit den 80er Jahren verstärkte Bemühungen ausmachen, die verbrecherische Seite dieser Nationalgeschichte, eben den deutschen Faschismus, in seiner Bedeutung zu relativieren. Mit der Vereinigung von 1990 und der Rückkehr Deutschlands auf die – auch militärische – Weltbühne hat sich diese Wahrnehmung der NS-Vergangenheit als Hindernis offensichtlich noch verstärkt. Neben professionell mit der Geschichte und ihrer nationalen Ausdeutung befassten konservativen Historikern und Publizisten¹ waren es auch Schriftsteller wie Botho Strauss und Martin Walser, die nun ihr nationales Coming-out verkündeten. Letzterem blieb es dabei überlassen, diese Sicht auf die Vergangenheit auf den Punkt zu bringen, indem er Auschwitz zur gegen die Nation gerichteten Moralkeule verkommen sah und die Erinnerung daran, in Form des geplanten Holocaustdenkmals², als „fußballfeldgroßen Alptraum“ und „Monumentalisierung unserer Schande“ bezeichnete.³ Walser ging es in seiner am 11. Oktober 1998 in der Frankfurter Paulskirche gehaltenen Friedenspreisrede, die zunächst von fast allen Anwesenden stürmisch gefeiert wurde und der diese Äußerungen entstammen, nicht darum, vor dem routinehaften Gebrauch von Auschwitz als jederzeit einsetzbarem moralischem Maßstab zu warnen. Erkennbar ging es ihm um die von der Last der Vergangenheit befreite normale Nation, welche die Verbrechen der eigenen Geschichte zumindest öffentlich nicht mehr thematisiert.

Moralkeule Auschwitz? Wer schwingt hier die Keule und wer wird von ihr getroffen? Der „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein, einer der eifrigsten Verteidiger Walsers in der Debatte um dessen Rede, sieht vor allem das Ausland als Keulenschwinger und die Deutschen als Opfer. Das als „Schandmal“ bezeichnete Holocaustmahnmal wird von ihm als gegen die Hauptstadt Berlin und das sich „neu formierende Deutschland“ wahrgenommen, oktroyiert durch die jüdische [230:] Lobby in den USA. Den Deutschen werde ein „steinernes Brandmal aufgezwungen“, dessen Verweigerung „Prügel in der Weltpresse“ bedeuten würde.⁴

Diese Sichtweise der Erinnerung an den Faschismus als Waffe gegen Deutschland treibt als Sorge auch all jene um, die sich nach 1990 Gedanken über den zu beschreitenden Weg zu einer neuen deutschen Hegemonialpolitik in Europa machten. Der Historiker Arnulf Baring, einer der freudigsten „Tabubrecher“ auf diesem Weg, sieht diese „Gefahr“ der instrumentalisierten Vergangenheit ganz nüchtern: „Man erinnert uns gern, wenn auch diskret, an die berüchtigten zwölf Jahre, um den Deutschen ihren minderen Status vor Augen zu führen.“ Wie bestellt folgt in dem Interview-Band mit dem bezeichnenden Titel „Deutschland, was nun?“ die Rückfrage des Mitdiskutanten Dirk Rumberg: „Wird der Hinweis auf Auschwitz uns auch künftig erpressbar machen?“⁵ Das rein instrumentelle

¹ Als Historiker sind ohne Vollständigkeit hier zu nennen: Ernst Nolte, Michael Stürmer, Horst Möller, Rainer Zitelmann, Arnulf Baring; auf publizistischer Seite ist es neben der FAZ vor allem das Umfeld der sogenannten „Neuen Rechten“ mitsamt der Zeitung „junge Freiheit“.

² Walsers Rede fiel in eine entscheidende Phase der öffentlichen Debatte um die Errichtung ein es zentralen Holocaustmahnmals in Berlin; vgl. zu dieser Debatte: Michael S. Cullen (Hg.): Das Holocaust-Mahnmal. Dokumentation einer Debatte, Zürich/München. Einwände gegen das geplante Mahnmal und seine konkrete Ausgestaltung gab es von vielen Seiten. Umstritten war und ist etwa die Frage, ob mit der spezifischen Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden nicht andere Opfergruppen ausgeschlossen werden. Walser ging es jedoch um die Frage der öffentlichen Erinnerung generell.

³ Zit. nach dem Abdruck der Rede in der Frankfurter Rundschau vom 12.10.1998.

⁴ Rudolf Augstein: Wir sind alle verletztbar. In: Der Spiegel, 49/1998, S. 32 f. Vgl. zur Debatte um die Rede von Martin Walser insgesamt Johannes Klotz/Gerd Wiegel: Geistige Brandstiftung. Die neue Sprache der Berliner Republik, Berlin 2001.

⁵ Arnulf Baring: Deutschland, was nun?, Berlin 1991, S. 146.

Verhältnis zur Vergangenheit, zum Umgang mit dem deutschen Faschismus, ist hier offensichtlich. Die Verbindung von Moral und NS-Vergangenheit kann in diesem Verständnis nur als Moralkeule gegen die Nation aufgefasst werden. Schuld, Verstrickung und Verantwortung für den Faschismus werden nicht im Adornoschen Sinne – alles zu tun, damit Auschwitz sich nicht wiederhole – thematisiert, sondern um der Welt zu demonstrieren: Seht her, wir haben aus der Vergangenheit gelernt, wir haben einen Anspruch auf Anerkennung und Zugehörigkeit. Der Blick nach außen leitet die Bereitschaft zur Thematisierung des deutschen Faschismus. Fühlt sich die Nation wieder stark und mächtig, wie es nach 1990 zunehmend der Fall ist, dann sinkt diese Bereitschaft des kritischen Blicks zurück und wird schließlich, wie bei Augstein zu sehen, zur aggressiven Abwehr solcher „Zumutungen“ durch das Ausland.

Die sehr positive Aufnahme und weite Verbreitung eines Buches des US-amerikanischen Historikers Norman Finkelstein mit dem Titel „Die Holocaust-Industrie“⁶ verdeutlicht diese Abwehrhaltung. Finkelsteins wüste Angriffe gegen jüdische Organisationen, denen er einen Missbrauch der Erinnerung an den Holocaust vorwarf, wurden in Deutschland teilweise als Bestätigung einer moralischen Erpressung durch das Ausland, namentlich durch die Juden, gewertet.⁷

Aber nicht nur das Ausland bedroht die Nation mit der Moralkeule, auch im Inneren finden sich diese Feinde der normalen Nation. Hier ist es der Antifaschismus, der die Keule schwingt, und folgerichtig nennt der rechtskonservative Politikwissenschaftler Hans-[231:]Helmuth Knütter eines seiner Bücher: „Die Faschismus-Keule: das letzte Aufgebot der deutschen Linken“.⁸ Der Antifaschismus erscheint in der Bundesrepublik als „Fundamentalnorm“, durchgesetzt von der 68er Linken, die damit den antitotalitären Konsens ersetzt habe. Letztlich ist für Knütter aber auch der Antifaschist nur ein Adept des feindlichen Auslandes, wiederhole er doch die Thesen der antideutschen Propaganda aus dem Zweiten Weltkrieg: „Der ‚Antifaschist‘ wird damit automatisch zum Gegner deutschen Wesens, deutscher Tradition und nationalen Selbstbewusstseins.“⁹

Letztendlich auf den Punkt gebracht wird eine solche Sicht durch Ulrich Schacht, Mitarbeiter der Tageszeitung „Die Welt“ und Mitherausgeber der neurechten Bekenntnisschrift „Die selbstbewusste Nation“. Die gegen die Deutschen gerichtete Moralkeule mache diese zu den eigentlichen Opfern der Geschichte, gleichgestellt der „begehrtesten“ Opfergruppe, den Juden: Wenn Antisemitismus nach Theodor W. Adorno „das Gerücht über die Juden“ sei, dann sei das „Gerücht über die Deutschen“ eine weitere „Quelle des Inhumanen“. Es gebe somit kein Recht, „die Deutschen mit Auschwitz zu stigmatisieren“. Die mit der NS-Vergangenheit begründete und dem linken Antifaschismus unterstellte „unbarmherzige“ Verurteilung der deutschen Nation ist für Schacht „identisch mit dem totalen Vernichtungswillen NS-Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk“.¹⁰ Die Deutschen erscheinen hier als die neuen Juden und die Moralkeulen schwingenden Antifaschisten als Exekutoren der SS. Die politische Funktionalität solcher Weltbilder für den Rechtskonservatismus auf dem Weg zu neuem nationalem Selbstbewusstsein ist offensichtlich. Strategisch vorwärtsweisender auf dem Weg zu einer neuen hegemonialen Interessenpolitik war jedoch ein anderer Umgang mit der NS-Vergangenheit, der sich den ohne Zweifel vorhandenen moralischen Mehrwert von Auschwitz zunutze machte. Als Moralkeule im wahrsten Sinne des Wortes wurde diese Vergangenheit im Jahre 1999 von Seiten der Bundesregierung bei der Legitimierung der deutschen Beteiligung am NATO-Krieg gegen Jugoslawien eingesetzt, der mit ebenjenem Hinweis auf die Lehren aus Auschwitz begründet wurde, so vor allem vom Außenminister Joschka Fischer und auch vom Verteidigungsminister Rudolf Scharping.

⁶ Norman G. Finkelstein: Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird, München 2001.

⁷ Vgl. Ernst Piper (Hg.): Gibt es wirklich eine Holocaustindustrie? Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein, Zürich 2001.

⁸ Hans-Helmuth Knütter: Die Faschismus-Keule: das letzte Aufgebot der deutschen Linken, Frankfurt a. M. 1993.

⁹ Ebenda, S. 93.

¹⁰ Ulrich Schacht: Stigma und Sorge. Über deutsche Identität nach Auschwitz. In: Heimo Schwilk/Ulrich Schacht (Hg.): Die selbstbewusste Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, 3. erw. Aufl., München/Berlin 1996, S. 63.

Ist die *Moralkeule Auschwitz* somit eine tatsächliche Gefahr der Trivialisierung von Vergangenheit und Erinnerung? Der Historiker Ulrich Herbert warnt vor der Tendenz, dass die Erinnerung an Auschwitz zur „kleinen Münze“, zum jederzeit einsetzbaren Gebrauchsartikel geworden ist. Diese Trivialisierung hat ihren Grund in der zumeist nur noch moralischen Betrachtung der Vergangenheit, hinter der die Fragen nach Interessen und sozialen Trägern des Faschismus zunehmend verschwinden. Diese Fragen wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken, würde auch die Absichten der vergangenheitsverdrängenden Nationalapologeten konterkarieren.

Standort Deutschland

Von Christoph Butterwegge

In der öffentlichen Diskussion über die Arbeitslosigkeit und Krisenerscheinungen des Sozialstaates spielt der Begriff *Standort D* seit vielen Jahren eine Hauptrolle. Damit werden Massenentlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen des Kapitals ebenso legitimiert wie politische Entscheidungen, die der Gewinnsteigerung dienen. Suggestiert wird, Deutschlands Position als „Exportweltmeister“ sei dadurch gefährdet, dass andere Wirtschaftsstandorte zunehmend in der Lage seien, bei (annähernd) gleicher Qualität billiger zu produzieren. Das einheimische Kapital sei aufgrund der Standortvorteile anderer Länder gezwungen, dort zu investieren und Arbeitsplätze hier abzubauen. Ähnliches gelte für Sozial-, Umwelt- und Lohnstandards, die in der Bundesrepublik Deutschland viel zu hoch seien und internationale Anleger eher abschreckten.

Ursprünglich wurde das Wort „Standort“ für eine Garnison benutzt. Diese Herkunft verweist auf einen militärischen Hintergrund, der in dem politischen Kampfbegriff *Standort D* nachwirkt. In der Raumwirtschaftslehre bezeichnet der Standort den geografischen Punkt, wo sich ein Unternehmen, Betrieb oder Betriebsteil befindet. Dass die Standortlogik bzw. -politik des Neoliberalismus die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik zuletzt so stark beeinflusst hat, ist wiederum ein Indiz für die Ökonomisierung des gesellschaftlichen Lebens.

Globalisierung, „Standortsicherung“ und Umbau des Sozialstaates bilden eine konzeptionelle Trias im neoliberalen Wettbewerbsmodell. Umso notwendiger wäre es, deutlich zwischen diesem Modell mächtiger Interessengruppen zur Reorganisation fast aller Gesellschafts-[233:]bereiche nach Konkurrenzmechanismen und marktwirtschaftlichen Funktionsprinzipien, das die Regierungen aller westlichen Industriestaaten präferieren, sowie der Globalisierung als einem Prozess mit der Tendenz zur Überwindung territorialer, national (staatlich) er Grenzen zu differenzieren, welche seit jeher ein Menschheitsraum war.

„Globalisierung“ ist zur Chiffre für grenzenloses Profitstreben, „Standortsicherung“ zum Schlachtruf erfolgreicher Lobbyisten im gesellschaftlichen Verteilungskampf geworden. Großunternehmer und Topmanager blieben dadurch weitgehend von öffentlicher Kritik an ihrem Handeln verschont. Nur wenn auf den Bilanzpressekonferenzen gleichzeitig Milliardengewinne und Massenentlassungen verkündet wurden, nahmen Medienvertreter/innen gelegentlich Anstoß am Treiben multinationaler Konzerne, das dem Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes, vor allem aber seiner Maxime „Eigentum verpflichtet“ widersprach.

In der Standortdebatte prallen unversöhnliche Positionen aufeinander: Während die Kapitaleseite den eigenen Wirtschaftsstandort schwächeln sieht, um daraus weitere Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Flexibilisierungsmaßnahmen der staatlichen Politik ableiten zu können, verweisen ihre Kritiker auf das beständige Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und die Rekordgewinne in vielen Branchen. Die „deutsche Standortchwäche“ resultiert nach Auffassung der Unternehmerverbände aus einer Steigerung der (gesetzlichen) Lohnnebenkosten, wobei sie verkennen, dass diese durch die im Vergleich mit anderen Ländern gestiegene Arbeitsproduktivität kompensiert wird.

Globalisierung: „Wirtschaftsstandorte“ im Bann der Weltmarktentwicklung

Dass der Terminus „Globalisierung“ eine so große Resonanz in Fachwissenschaft und Öffentlichkeit findet, hängt wesentlich mit seiner Ambivalenz zusammen: Er transportiert sowohl die Hoffnung von Millionen Bürger(inne)n, viele Jahrtausende alte Fesseln, Beschränkungen und soziale Borniertheiten abschütteln zu können, wenn ferne Länder und Kontinente einander durch moderne Informations-, Kommunikations- und Transporttechnologien näher rücken, als auch die verbreitete Furcht, durch die Art und Weise ihrer Anwendung seitens der (ökonomisch) Herrschenden traditionelle Bindungen und bewährte Sicherungsgarantien einzubüßen.

„Globalisierung“ gilt als Kind der Moderne, das auf die frühbürgerliche Gesellschaft und den europäischen Kolonialismus zurückgeht. David Harvey zufolge war die Globalisierung spätestens

seit 1492 im Gange; sie stellt für ihn einen Bestandteil der kapitalistischen Entwicklung dar. Der britische Historiker Harold James datiert den Beginn dieses Prozesses auf den 15. November 1975, jenen Tag, an dem in Rambouillet der erste „Weltwirtschaftsgipfel“ stattfand. Spätestens mit dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 und dem nachfolgenden Kollaps „realsozialistischer“ Systeme in Ost- bzw. Ostmitteleuropa erfasste die Herrschaft des Marktes den ganzen Planeten. Die privatkapitalistische Wirtschaft war zwar immer schon auf den Weltmarkt orientiert, konnte ihn jedoch so lange nicht herstellen, wie der Staatssozialismus in Ost- und Mitteleuropa den Kapitalfluss begrenzte.

Man kann drei Grundpositionen der Globalisierungsdiskussion unterscheiden, die als „Sachzwang“- , „Ideologie“- und „Projektthese“ bezeichnet werden. Erstere sieht in der Globalisierung ein Übel, das wie eine Naturkatastrophe über die entwickelten Industriestaaten kommt und sie mittelfristig zwingt, ihr Reallohniveau, ihre Sozialleistungen und ihre Umweltvorschriften dem niedrigeren Stand anderer Konkurrenten um die Gunst der internationalen Großinvestoren anzupassen. Die zweite Lesart betrachtet die „Globalisierungs“- bzw. die „große Standortlüge“ (Herbert Ehrenberg) als ideologischen Trick des Arbeitgeberlagers, das durch negative Kennziffern des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften zu Konzessionen nötigt. Und in der dritten Variante erscheint die Globalisierung, genauer ihre gegenwärtig dominante Form einer neoliberalen Modernisierung, als gesellschaftspolitisches Projekt von Interessengruppen, das darauf gerichtet ist, sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens (Bildung, Soziales, Kultur usw.) nach dem Vorbild der Ökonomie zu ordnen, sie betriebswirtschaftlichen Effizienzgeboten zu unterwerfen und ihr Funktionieren gemäß kapitalistischer Konkurrenzprinzipien zu gestalten.

Durch eine Vielzahl unterschiedlicher Ereignisse und Entwicklungstendenzen, die transnationalen Akteuren („global players“), besonders weltweit operierenden Großunternehmen, gewisse Vorteile verschaffen, entsteht der Eindruck, „Globalisierung“ sei ein quasi eigengesetzlicher, aus sich selbst heraus Wirkungsmacht entfaltender Prozess. Die ökonomische Globalisierung erfolgt jedoch weder naturwüchsig, noch ist der darunter subsumierte Prozess bloß ein „Phantom“, wie linke Kritiker des Neoliberalismus mutmaßen. [235:] Nicht die Globalisierung selbst, sondern der weit verbreitete Glaube, ihre Deformation zur neoliberalen Modernisierung mehre den Wohlstand aller Wirtschaftsstandorte (Städte, Regionen, Nationen) und Bürger/innen gleichermaßen, ist ein Mythos, welcher von den im Gegenwartskapitalismus bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen ablenkt.

Der US-amerikanische Ökonom Paul Krugman vertritt die Auffassung, dass Volkswirtschaften nicht (etwa in ihrer Eigenschaft als „Wirtschaftsstandorte“) miteinander konkurrieren, sondern nur einzelne Unternehmen. Zu bemängeln ist ferner, dass der Wettbewerb zwischen Wirtschaftsstandorten einem „Rattenrennen“ gleicht, bei dem sich diese im Hinblick auf (Gewinn-)Steuersätze, Sozialleistungen sowie Arbeits- und Umweltschutzstandards so lange wechselseitig unterbieten, bis überhaupt kein daran beteiligtes Land irgendwelche „Standortvorteile“ mehr erlangen kann und die Infrastruktur aller Staaten einschließlich der Lebensqualität ihrer Bürger/innen gänzlich ruiniert ist.

„Standortwettbewerb“ als neoliberales Projekt: Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?

Seinen bis heute dauernden Siegeszug trat der Neoliberalismus, zuerst meist „Neokonservatismus“ genannt, bereits gegen Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre an. Damals wurden in den USA und Großbritannien (unter Ronald Reagan bzw. Margaret Thatcher) liberalkonservative Regierungen gebildet, die den lange dominierenden Keynesianismus durch eine „Angebotsökonomie“, verbunden mit einer Schwerpunktverlagerung von der Fiskal- zur Geldmengenpolitik (Monetarismus) und restriktiver Budgetpolitik (Austeritätskurs) des Staates, ersetzten. Der moderne Wohlfahrtsstaat wurde ganz in den Dienst des Marktes gestellt und den Gewinninteressen seiner kapitalkräftigsten Teilnehmer untergeordnet. Aus einer Wirtschaftstheorie, die durch Steuererleichterungen bessere Verwertungsbedingungen für das Kapital schaffen wollte, entwickelte sich eine Sozialphilosophie, welche die ganze Gesellschaft nach dem Modell der Leistungskonkurrenz (re)organisieren will, wobei ihr der Wettbewerb zwischen „Wirtschaftsstandorten“ zum Wundermittel für die Lösung aller sozialen Probleme gerät.

Unter dem wachsenden Druck neoliberaler Strömungen in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft wurde die Kritik am vorgeblich überhöhten Leistungsniveau und massenhaften Leistungsmissbrauch [236:] des Sozialstaates seit Mitte der 70er Jahre zur Institutionenkritik verdichtet. Sie gewann gegen Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre eine neue Qualität, weil soziale Sicherheit jetzt als „Standortrisiko“ für die Allgemeinheit, nicht mehr bloß als Gefahr für die Freiheit des einzelnen Bürgers, erschien.

Im Mittelpunkt der neoliberalen Standortlogik/-politik steht nicht der Mensch, sondern der Markt. Wenn ganze Gesellschaften als bloße „Wirtschaftsstandorte“ fungieren, deren Wettbewerbsfähigkeit über das Wohlstandsniveau ihrer Bürger/innen entscheidet, kann das Soziale keine (große) Rolle mehr spielen. Tatsächlich bedeutet die Herrschaft des Marktes aber mitnichten, dass Abschied vom (Wohlfahrts-) Staat genommen wird. Vielmehr werden die Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik nur anders justiert, die Staatsapparate umstrukturiert sowie Ziele und Aufgaben staatlicher Politik modifiziert. Durch die Dominanz der „Standortsicherung“ kehrt sich das Verhältnis von Ökonomie und (Sozial-)Politik, die mediatisiert und zur abhängigen Variablen der Volkswirtschaft degradiert wird, um.

Betrachtet man die Bundesrepublik Deutschland nur noch oder primär als „Wirtschaftsstandort“, stehen ökonomische Kennziffern im Vordergrund, wohingegen soziale und kulturelle Gegebenheiten höchstens als „weiche Standortfaktoren“ Berücksichtigung finden. Stärken und Schwächen eines Wirtschaftsstandortes, anders gesagt: Standortvorteile und -nachteile, werden aus der beschränkten, auf die Profitmaximierung im Unternehmerinteresse bezogenen Perspektive des Kapitals und nicht aus der Interessenlage einer Mehrheit der Bevölkerung, die abhängig beschäftigt oder arbeitslos ist, bestimmt.

Das neoliberale Projekt einer Standortpolitik bezweckt eine Neuverteilung von Reichtum, Macht und Lebenschancen. Es versteht Globalisierung als „Gegenreform“ (Jörg Huffschild), als Restauration des Kapitalismus vor John Maynard Keynes. Was als „Modernisierung“ klassifiziert wird, ist teils nur die Rücknahme demokratischer und sozialer Reformen bzw. Regulierungsmaßnahmen, mit denen die Staaten das Kapital einer gewissen Kontrolle unterwarfen. Es geht um die Ökonomisierung (fast) aller Gesellschaftsbereiche, deren Restrukturierung nach dem privatkapitalistischen Marktmodell und die Generalisierung seiner betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und Konkurrenzmechanismen.

Maßnahmen der Privatisierung öffentlicher Unternehmen, sozialer Dienstleistungen und allgemeiner Lebensrisiken, zur Deregulierung gesetzlicher Schutzbestimmungen sowie zur Flexibilisierung der [237:] Arbeitsverhältnisse und -zeiten sind Schritte auf dem Weg in eine Gesellschaft, die Konkurrenz und Kommerz prägen. Privatisierung führt zur Entsolidarisierung, weil sich die „besseren Risiken“ aus den Sozial(versicherungs)systemen zurückziehen, wodurch diese noch unattraktiver werden. Es findet eine „Reindividualisierung“ sozialer Risiken statt, worunter Personen mit relativ niedrigen Einkommen und einem hohen Gefährdungspotenzial am meisten zu leiden haben. Allgemein gilt: Nur die Reichen können sich einen „schlanken“ (d. h. in Wahrheit: magersüchtigen) Staat leisten. Häufig schicken sie ihre Kinder auf Privatschulen und ausländische Eliteuniversitäten, kaufen alles, was ihr Leben verschönt, selbst und sind daher nicht auf öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken oder kommunale Einrichtungen angewiesen.

Standortlogik und neoliberale Hegemonie als Gefahren für die Demokratie

Die neoliberale Hegemonie – wie man die Meinungsführerschaft des Marktradikalismus nennen kann – verschärft nicht nur die soziale Asymmetrie (Polarisierung zwischen Arm und Reich), sie ist vielmehr auch eine Gefahr für die Demokratie, weil sie Politik, als gesamtgesellschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess begriffen, durch sozialökonomische Selektionsmechanismen substituiert. Privatisierungstendenzen stärken die gesellschaftliche Bedeutung und den Einfluss des transnational operierenden Kapitals. Privatisierung läuft auf Entpolitisierung, diese auf Entdemokratisierung hinaus, weil nunmehr der Bourgeois auch jene Entscheidungen trifft, die eigentlich dem Citoyen, dem Gemeinwesen sowie seinen gewählten Repräsentant(inn)en vorbehalten bleiben sollten.

Zuerst werden die Grundrechte von Menschen angetastet, denen man einen Missbrauch staatlicher Sozialleistungen umso eher vorwerfen kann, als sie sich als Leistungsempfänger/innen ohnehin in einer prekären Situation und extrem schwachen Rechtsposition befinden. Genannt sei nur die äußerst restriktive Handhabung des Ausländer- und Asylrechts im Sinne einer „Festungsmentalität“, bei der man von „institutionellem Rassismus“ sprechen kann.

Durch seine wahnhaftige Fixierung auf den Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten schafft der Neoliberalismus einen Nährboden für jene Ideologie, die ich „Standortnationalismus“ nenne. Seit der welthistorischen Zäsur 1989/90 teilt sich der Nationalismus fast überall in zwei Strömungen: einen völkisch-traditionalistischen, protektionistisch orientierten Abwehernationalismus, der besonders in Staaten [238:] der früher so genannten Zweiten Welt überwiegt, die ihre Marktöffnung als „Globalisierungsverlierer“ mit sozialen Verwerfungen bezahlen, sowie einen Standortnationalismus, der als Legitimationsbasis des Neoliberalismus fungiert und einer ökonomisch-technologischen Aufrüstung bzw. ideologisch-moralischen Aufwertung des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes dient, wo Industrieländer mit Erfolg modernisiert werden.

Die so genannte Neue Rechte schlägt die Brücke zum Konservatismus über den Wirtschaftsliberalismus. Dass der Standortnationalismus gegenüber dem traditionellen Bezug auf das Volk an Bedeutung gewinnt, liegt an einer strategischen Umorientierung des Rechtsextremismus, der sich gleichzeitig als konsequentester Kritiker und eigentlicher Retter des Sozialstaates zu profilieren sucht. Schließlich korrespondiert die modernste Spielart des Nationalismus mit Niedergangsvisionen neokonservativer Kulturpessimisten und Warnungen reaktionärer Publizisten vor „Versorgungsstaat“ und „sozialer Vollkasko-mentalität“. Der modernisierte, wirtschaftsliberale Rechtsextremismus will nicht mehr fremde Länder, sondern neue Märkte erobern.

Standortnationalismus ist ein auf die Weltökonomie angewandter Sozialdarwinismus, welcher unter Berufung auf „nationale Tugenden“ die Überlegenheit des eigenen Industriestandortes gegenüber anderen Volkswirtschaften einklagt. Er kommt – wie bisher noch jede Gefahr für die Demokratie – aus dem Zentrum, also nicht etwa von den „Rändern“ bzw. „Randgruppen“ der Gesellschaft, wobei er die Überzeugung vieler Deutscher ausnutzt, einem besonders fleißigen, tüchtigen und intelligenten Volk anzugehören. Was den Standortnationalismus für Eliten in Wirtschaft, Politik und Verwaltung besonders attraktiv macht, ist die damit verbundene Möglichkeit, den Arbeitnehmer(inne)n „zwecks Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ materielle Opfer abzuverlangen.¹

¹ Der Beitrag stützt sich vorrangig auf folgende Literatur: Christoph Butterwegge: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl., Opladen 2001; Ders./Rudolf Hickel/Ralf Ptak: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin 1998; Christoph Butterwegge/Martin Kutscha/Sabine Berghahn (Hg.): Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?, Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, Baden-Baden 1999; Meinolf Dierkes/Klaus W. Zimmermann (Hg.): Wirtschaftsstandort Bundesrepublik. Leistungsfähigkeit und Zukunftsperspektiven, Frankfurt a. M./New York 1990; Herbert Ehrenberg: Die große Standortlüge. Plädoyer für einen radikalen Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, Bonn 1997; Stefan Immerfall/Peter Franz: Standort Deutschland. Stärken und Schwächen im weltweiten Strukturwandel, Opladen 1998; Paul Krugman: Der Mythos vom globalen Wirtschaftskrieg. Eine Abrechnung mit den Pop-Ökonomen, 2. Aufl., Frankfurt a. M./New York 1999; Peter Köpf: Stichwort Globalisierung, München 1998; Stefan Müller/Martin Kornmeier: Internationale Wettbewerbsfähigkeit. Irrungen und Wirrungen der Standort-Diskussion, München 2000; Rolf Simons/Klaus Westermann (Hg.): Standortdebatte und Globalisierung der Wirtschaft, Marburg 1997.

[239:]

Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein

Von Kurt Pätzold

„Die wohlfeilste Art des Stolzes hingegen ist der Nationalstolz. Denn er verräth in dem damit Behafteten den Mangel an INDIVIDUELLEN Eigenschaften, auf die er stolz seyn könnte, indem er sonst nicht zu dem greifen würde, was er mit so vielen Millionen theilt. Wer bedeutende Vorzüge besitzt, wird vielmehr die Fehler seiner eigenen Nation, da er sie beständig vor Augen hat, am deutlichsten erkennen. Aber jeder erbärmliche Tropf, der nichts in der Welt hat, darauf er stolz seyn könnte, ergreift das letzte Mittel, auf die Nation, der er gerade angehört, stolz zu seyn: hieran erholt er sich und ist nun dankbarlich bereit, alle Fehler und Thorheiten, die ihr eigen sind, (...) zu vertheidigen.“

(Arthur Schopenhauer: *Parerga und Paralipomena*)¹

Warum, wie oft, bei welchen Gelegenheiten und aus welchen Anlässen Deutsche sich wegen ihres Deutschseins stolz fühlten und das öffentlich bekundeten, hat niemand gezählt. Die Skala mit den Begründungen derartiger Bekenntnisse ist indessen weit. Sie reicht in deutscher Geschichte bis in Zeiten zurück, da es noch keinen deutschen Nationalstaat gab oder Bestrebungen, dahin zu gelangen, sich in einem frühen Stadium befanden. Aber seit dieser Staat, der 1871 entstand, existierte, wollten sich viele Deutsche in ihrem Nationalstolz wie auch auf anderen Feldern- von niemandem übertreffen lassen. Jubelgesänge wie „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben“ verblassten hinter *Deutschland, Deutschland über alles*. Dies auf den Lippen, betrachteten sich die Deutschen als eine ganz außergewöhnliche historische Schöpfung. Die Nationalhelden ihrer Schulbücher waren Personen, die in mehr oder weniger enger Beziehung zur Reichsgründung gestanden hatten und vorzugsweise in Militäruniformen abgebildet wurden: Kaiser Wilhelm I., Fürst Otto von Bismarck, Helmuth Graf Moltke (der Ältere), der preußische Kriegsminister Albrecht Graf Roon.

War vom Stolz auf die Nation die Rede, verwiesen die einen auf Dichter und Denker, andere auf die deutsche Kriegsflotte, dritte auf Wissenschaftler, Techniker und Erfinder, wieder andere auf Helden kriegerischer Kämpfe, Generäle Friedrichs II. oder Offiziere der antinapoleonischen Befreiungskriege. Alle bezogen sich auf Perso-[240:]nen, Sachen oder Leistungen, die andere wirklich oder vermeintlich nicht aufzuweisen hätten, auf Taten, die jene nie hätten vollbringen können und zu denen sie auch in Zukunft nicht befähigt sein würden. Je weniger die Deutschen von Rousseau und Balzac, von Shakespeare und Bacon, von Miskiewicz und Chopin wussten, gelesen oder gehört hatten, desto leichter fiel ihnen Selbstbespiegelung ohne Maß, die im Irrglauben an eigene absolute Überlegenheit, ja Auserwähltheit gipfelte, und die, so weit sie sich auf die Unbesiegbarkeit des „deutschen Soldaten“ und der „deutschen Waffen“ erstreckte, im 20. Jahrhundert zweimal in nationale Katastrophen führte. Diese dämpften und brachten Gefühlswallungen nationalen Selbstmitleides hervor. Mit ihnen verband sich die erneute Überhebung, gerade in Notzeiten unübertrefflich zu sein. In solchen Situationen stieg der politische und emotionale Gebrauchswert der Schiller-Worte vom untrennbaren „einzig‘ Volk von Brüdern“ erheblich. Als junge Leute 1945 in Weimar auf die Idee verfielen, „Wilhelm Tell“ aufzuführen, erhielten sie von der sowjetischen Militäradministration den Wink, dass dafür wohl rechte Zeit nicht sei.

Der Glaube an die Einmaligkeit und Unübertrefflichkeit eigener Leistungen sitzt in deutschen Köpfen und Herzen fest. An der Wende von den 80er zu den 90er Jahren des eben beendeten Jahrhunderts äußerte er sich in der Behauptung, die friedliche Vereinigung zweier Staaten, wie der Beitritt der ostdeutschen Länder in den Staat Bundesrepublik auch genannt wird, mache ihnen wiederum keiner nach. Nur, dass die Deutschen im Massenmorden unübertroffen waren und es die von ihnen zwischen 1941 und 1945 begangenen Verbrechen in der Menschheitsgeschichte bisher geblieben sind, fällt vielen schwer, sich selbst und vor anderen einzugestehen. Während bei den positiven Leistungen sich

¹ Arthur Schopenhauer: *Parerga und Paralipomena* I. In: *Sämtliche Werke*, 4. Bd. Hg. v. Paul Deussen, München 1913, S. 398 (Auch: Lütkehaus-Ausgabe, S. 357).

im Denken das Wir in den Vordergrund drängt, tut es bei unrühmlichen und schändlichen das Die-anderen-auch ...

Jüngst war das Bekenntnis *Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein* auf Straßen und Plätzen der Bundesrepublik wieder aufgetaucht, ablesbar an Aufschriften an der Kleidung zumeist junger Personen, die dadurch ihre politische Haltung kenntlich machten, die von übersteigertem, borniertem Nationalismus geprägt ist. Deren Stolzsein drückt die Verweigerung eines nüchternen und kritischen Blickes in die Gegenwart und mehr noch in die Vergangenheit Deutschlands und der Deutschen aus. Die dafür werben, tragen die meist kahl geschorenen Köpfe hoch wie zur Parade. So bewegen sie sich in Städten während ihrer von Polizeikräften begleiteten und beschützten Aufmärsche. Sie [241:] dünken sich als Elite der Nation. Sie „bekämpfen“ Fremde, politische Gegner, Obdachlose und auch Behinderte mit Fäusten, Stiefeln und Schlagwerkzeugen. Sie nehmen jenes Selbstbild der Deutschen wieder auf, das nationalistisch und rassistisch geprägt, in den Jahren der Nazidiktatur seine weiteste, zu Verbrechen hinführende und sie rechtfertigende Verbreitung fand.

Der Beifall, den ihr Kampf *Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein* fand, war lange gedämpft, eher zu vermuten als nachzuweisen. Inzwischen ist die Situation übersichtlicher geworden. Die Neonazis und andere Rechtsextremisten haben das Monopol auf die Parole eingeübt. Weitere bekannten sich öffentlich und laut, solchen Stolz zu teilen. Nicht nur an Stammtischen, auch in Gesellschaftskreisen, die als kultiviert gelten, artikulieren sich Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ungleich ungeheimer als in den Nachkriegsjahren und selbst noch vor einem Jahrzehnt.

Was sich nun offenbart, bereitete sich lange vor. Am Ende des Zweiten Weltkrieges befanden sich die Deutschen an einem Tiefpunkt ihrer Geschichte. Die Bilder von Majdanek und Auschwitz, Bergen-Belsen und Buchenwald, die sie doch gemacht hatten, ließen das Ansehen Deutschlands und der Deutschen in der Welt auf einen Tiefpunkt sinken. Dass es ein anderes Deutschland gegeben hatte, wussten viele. Doch seine Anstrengungen und Verdienste vermochten nicht aufzuwiegen, was an Untaten geschehen war. Sie stellten mehr eine Hoffnung für die Zukunft dar. Wer hätte da hervortreten und sagen wollen, er sei stolz, ein Deutscher zu sein? Das taten nicht einmal die dreiesten Verteidiger der Angeklagten während der Nürnberger Prozesse. Sie mussten sich darauf beschränken, das Geschehene als die Tat weniger zu erklären, und versuchen, die Mehrheit der Deutschen entweder von der Tatbeteiligung ganz freizusprechen oder sie als Verführte und Irregeleitete, Unwissende, Ahnungslose und bloße Befehlsempfänger darzustellen.

Früh begann dann im Westen Deutschlands das Sortieren der eigenen Taten, die aufgewertet, und der Unterlassungen, die mit der Behauptung, es hätte sich gegen die Machthaber nichts ausrichten lassen, begründet wurden. Das setzte seit der Wende von den 40er zu den 50er Jahren vor allem in den sich formierenden Soldatenverbänden ein. Zwar war der Endsieg nicht errungen worden, aber wie vieles sei auf Schlachtfeldern doch geleistet worden, auf das sich stolz zurückblicken ließe! Vorausgesetzt, es wurden all diese kriegerischen Leistungen von Zwecken und Zielen ganz abgekoppelt und über [242:] begangene oder geduldete Verbrechen geschwiegen. Die Fotos von den Wiedersehenstreffen der Ehemaligen zeigten wieder stolze Deutsche. Bald erschienen in Büchern die bekannten Bilder der mit dem Ritterkreuz geschmückten, strahlenden Kriegshelden aller Wehrmachtsteile und Waffengattungen.

Wichtiger noch wurde etwas anderes: Wie tapfer verhielten sich die eben noch Front- und Heimatkrieger doch im Chaos und Elend, in Zuständen, von denen sie nicht zugeben wollten, dass sie das Ergebnis allein ihres Verhaltens, ihrer Anmaßung und ihrer Gefolgschaftstreue waren! Die Lobgesänge der Politiker, die um Anhänger und Wähler warben, ließen nicht auf sich warten. „Ich bin stolz auf den Starkmut, mit dem das deutsche Volk sein Schicksal erträgt, stolz darauf, wie jeder einzelne duldet und nicht verzweifelt, wie er versucht, nicht unterzugehen, sich und die Seinigen aus diesem Elend hinüberzuretten in eine bessere Zukunft.“ So sprach Konrad Adenauer auf dem Parteitag der Christlich-Demokratischen Union in der britischen Zone 1946. Er sei deshalb „wieder stolz ... ein

Deutscher zu sein“.² Adenauer hatte in einem Satz alles aufgerufen, was den in Sachen Weltgeschichte nicht oder wenig bewanderten Deutschen gefallen konnte. Zuvörderst, dass ihre Lage durch Wege des Schicksals und nicht durch sie selbst entstanden war. Sodann die Hervorhebung ihrer „deutschen“ Eigenschaften wie starker Mut, Fähigkeit des Duldens, Abwehr von Zweifeln in die eigenen Kräfte, Widerstand gegen das Elend. Schließlich die Verheißung: eine bessere Zukunft. Derlei Text war – pianissimo noch – so etwas wie ein Rütlichswur unterlegt.

Jahre später klang es unverkennbar trutzig. Die Deutschen hätten keinen Grund mehr, das Büßerhemd zu tragen – als ob sie das je getan hätten. Sie wären nicht dazu verdammt, dauernd auf der Schattenseite der Geschichte zu stehen – als hätte das jemand von Einfluss von ihnen verlangt. Es stünde ihnen uneingeschränkt zu, was auch anderen Nationen gebühre oder von diesen beansprucht werde. Mit derlei Bildern der Klage, des Protestes und der Forderung wurde verlangt, die Jahre von 1933 bis 1945 und das, was die Deutschen während des Zweiten Weltkrieges in Europa und noch über den Kontinent hinaus angerichtet hatten, als abgegolten und gutgemacht zu betrachten. Wieder und wieder wurde zudem darauf verwiesen, dass die deutsche Geschichte nicht nur aus jenen zwölf Jahren zwischen 1933 und 1945 bestünde. Diese Argumente vertraten nicht nur Parteien und Organisationen auf der äußersten politischen Rechten. Franz Josef Strauß, [243:] Bayerns Ministerpräsident und –erfolgloser – Kanzlerkandidat, wurde der prominenteste Propagandist eines neuen deutschen Geschichts- und Nationalbewusstseins.

Mit deutscher Vergangenheit und Nationalgeschichte fand bald nach der Befreiung in Politik, Publizistik und zunehmend im Alltag auch im ostdeutschen Staat nach 1945 eine Auseinandersetzung statt, deren kritische Grundlinie sich knapp in dem von dem kommunistischen Emigranten Alexander Abusch gewählten Buchtitel „Der Irrweg einer Nation“ ausdrückte. Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und der Wahl des von Eisler vertonten Gedichttextes von Johannes R. Becher zur Staatshymne, die mit den Worten „Auferstanden aus Ruinen“ einsetzt, war ebenfalls ein deutlicher Bezug auf die Leistungen genommen, die in den ersten Nachkriegsjahren bei der Überwindung der materiellen und geistigen Folgen von Faschismus und Krieg zwischen Oder und Elbe vollbracht worden waren. Doch der Zukunftsbezug war und blieb völlig anders bestimmt als im westdeutschen Staat. Er verband sich fest mit der Vorstellung eines von den arbeitenden Massen und nicht mehr von einer Kapital besitzenden Minderheit bestimmten gesellschaftlichen Zustandes. Stolz auf die DDR-Bürgerschaft gründete sich auf die revolutionäre Umwälzung sozialer und politischer Verhältnisse und deren Früchte, die sich mit den vielfach bescheideneren in anderen sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas messen konnten. In mehrfacher Hinsicht wurde die DDR ein „Schaufenster des Ostens“ für Besucher aus der „westlichen Welt“ anziehend und abschreckend. Im Innern des Landes verminderte sich das Selbstwertgefühl aber in dem Grade, wie die Entwicklung nicht so gestaltet wurde, dass sie den höher gesteckten Erwartungen von Millionen entsprach, an eine nicht zu überwindende Grenze zu stoßen schien, das Staatswesen politisch, ökonomisch und geistig eine krisenhafte Entwicklung nahm und in eine Sackgasse geriet. Nichtsdestoweniger ist der nach dem Untergang der DDR unternommene, bis heute fortgesetzte, von antisozialistischen Gegenwarts- und Zukunftsinteressen geleitete Totalversuch gescheitert, die Lebensleistung von Generationen Deutscher abzuwerten, die diesen Staat schufen und auf das von ihnen in Gemeinschaft Vollbrachte mit Recht stolz sein konnten und, über das Eingeständnis des geschichtlichen Scheiters hinaus, in kritischer Distanz auch blieben.

Es war im Jahre 1990, als die Bundesrepublik Deutschland in ihren jetzigen Grenzen entstand und die Politik ihrer Regierung auf [244:] Befürchtungen naher und ferner Nachbarn über den künftigen Weg des 80-Millionen Staates Rücksichten zu nehmen hatte, nicht vorauszusehen, dass im Jahre 2001 ein Gedränge so vieler um das Bekenntnis einsetzen werde, sich als stolze Deutsche erkennbar zu machen. Jedoch: Zehn Jahre nach der Ausdehnung der Bundesrepublik bis zur Oder und Lausitzer Neiße, etwa ein Jahr nach der deutschen Beteiligung an dem von den USA angeführten Krieg der Staaten des Nordatlantikkpakt gegen Jugoslawien, während der permanenten, sich in steigenden Exportziffern

² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.01.2001

ausdrückenden Anstrengungen im Kampf um den Standort Deutschland liegt den Herrschenden viel daran, die Deutschen für den „Weg nach Europa“ auch ideologisch und emotional weiter zu konditionieren. Denn die Losung *Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein* soll keineswegs nur Empfindungen ausdrücken, sondern selbst wieder Ansporn sein, außerordentliche Leistungen zu vollbringen.

Darauf deutet nichts mehr hin als die Begründungen, die für diese Haltung gegeben werden. Sie stehen ganz in der Traditionslinie jener Adenauer-Rede von 1946. Die Bekennenden unterscheiden sich nur dadurch, welche Leistungen sie jeweils anrufen. Die Jüngsten, von denen schon in der Schule die Parole nachgeplappert wird, verweisen auf die ihrer Eltern und Großeltern. Alle zeigen in deutscher Vergangenheit auf Techniker und Naturwissenschaftler, die einen nennen Wernher von Braun, andere Ernst Abbe. Albert Einsteins wird weniger gedacht. In den erbittert geführten Auseinandersetzungen um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ hoben deren Gegner die Leistungen der deutschen Soldaten heraus, vollbracht in vorgeblich ritterlichem Kampfe. Doch gibt dieser Bezug kein Unterscheidungsmerkmal zwischen Extremisten der Rechten und Gemäßigten her. Die Bundeswehr ehrt bis heute – und das unter Verteidigungsministern aus der Partei der christlichen wie der sozialen Demokraten – Kriegshelden wie den Werner Mölders, der ungeachtet vieler Proteste Namensgeber von Kasernen und Kriegsgerät geblieben ist, und nimmt keinen Anstoß daran, dass der Jagdflieger im Kriege in Spanien schießend half, einer Republik den Garaus zu machen und eine faschistische Diktatur zu etablieren.

Und dennoch: Wie kamen die Politiker von Regierung und rechter Opposition dazu, sich plötzlich gar auf einen Verdrängungskampf um den angemessenen Stolz auf ihr Deutschsein einzulassen? Was veranlasste den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler, den Minister-^[245:]präsidenten Bayerns, mehr oder weniger namhafte Parlamentarier, sich in dieser Sache laut zu Worte zu melden? Eine Erklärung dafür bietet der Mangel an Alternativen in der Innen-, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Regierende und Oppositionelle voneinander unterscheidbar machen könnten. So besitzt der Streit auf ideologischem und politisch-moralischem Felde neben seiner selbstständigen, auch eine Ersatzfunktion im fortdauernden, immer stärker auf die Bundestagswahl des Jahres 2002 gerichteten Kampf von Politikern um Regierungsmacht. Der mag ausgehen, wie er will, zurückbleiben wird ein reaktivierte eitles Selbstbild, das sich vom Wunsch des Antifaschisten Bertolt Brecht immer weiter entfernt, dass Deutschland sich entwickeln möge, wie ein anderes gutes Land.

[246:]

KAPITEL 4

„... UNSERE HOCH GERÜHMTE DEUTSCHE NATION“

Der deutsche Michel

Von Peter Franz

Die sprichwörtliche Redeweise vom deutschen Michel hat sich im deutschsprachigen Raum über die Jahrhunderte zu einem geflügelten Wort entwickelt. Mittlerweile führt es ein bestimmtes Eigenleben, das kaum noch an seine ursprüngliche Herkunft erinnert. Wie so vieles im so genannten christlichen Abendland hat der Name Michael seinen literarischen Ursprung in der jüdisch-christlichen Tradition der Bibel. Die besondere Einengung auf den Begriff *deutscher Michel* bildet erst eine weitere, zweite Geschichte, die einer besonderen Betrachtung bedarf.

Das älteste literarische Zeugnis für das Vorkommen findet sich im Buch Daniel des Ersten („Alten“) Testaments. In ihm legte ein Israelit seine zeitgeschichtlich-apokalyptischen Visionen nieder, die ihm – einem persischen Hofbeamten bei König Kyros um 555 v. Chr. – zuteil geworden sind. Daniel beschreibt in einer dem biblischen Erzählstil eigenen Farbigkeit, wie er am Fluss Tigris einem Mann mit seltsamer Gestalt begegnet. Der redet ihn an, und zwar so „gewaltig“, dass Daniel davon ohnmächtig hinsinkt, aber – von dem merkwürdigen Fremden liebevoll aufgerichtet – sogleich wieder zu sich kommt. Was er nun hört, ist noch um einiges erstaunlicher: Er, Daniel, sei von dem Gott, dem auch er, der Bote, diene, erhört worden um der Lauterkeit seines Flehens und Bittens willen. Dieses Flehen richtete sich – der Leser weiß es aus den vorangehenden Kapiteln – auf die sehnsüchtig erwartete Heimkehr aus babylonischer Verbannung in das heimatliche Israel. Der Bote weiht nun Daniel in den Plan ein, den der heiß angeflehte und innig geglaubte Gott mit diesen Verbannten vorhat: Er will sie zurückführen „am Ende der Tage“. Für Daniel ist also die Gegenwart Endzeit, Zeit der Erfüllung. Konkret sieht das so aus, dass dieser Bote – es handelt sich um einen der Engel, die jeden Gläubigen umgeben – berichtet, wie ihm der Engelfürst (auch Erzengel genannt) Michael zu Hilfe kommt. Er ficht mit den „Engeln“ der persischen Großmacht einen Kampf aus und schlägt ihn dabei aus dem Felde:

[247:] „Und siehe, Michael, einer der Ersten unter den Engelfürsten, kam mir zu Hilfe, und ihm überließ ich den Kampf mit dem Engelfürsten des Königreichs Persien. [...] Und es ist keiner, der mir hilft gegen jene, außer eurem Engelfürsten Michael.“ (Daniel 10,13.21) Und tatsächlich: Nach der Ablösung der babylonischen durch die persische Oberherrschaft durften ab 538 v. Chr. durch ein Edikt des Königs Kyros die ersten Exilanten nach Jerusalem zurückkehren. Die Heilsprophetie des Daniel hatte sich erfüllt.

In der Spätgeschichte des alten Israel, in der die Vorstellung von einem „Weltgericht“ oder „jüngsten Gericht“ im damaligen Zeitverständnis eine zunehmende Rolle spielte und sich diese Vorstellung in vielen Varianten verbreitete, wurde das Handeln dieses Erzengels verbunden mit der Vorstellung, er könne den frommen und gerechten Israeliten am Ende seines Lebens auf Gottes Waage „wiegen“ und so seine Treue gegenüber dem Gott Israels „feststellen“. Angesichts schwerer Schicksalsschläge ringt der sein Leben durchforschende Hiob um Erkenntnis möglicher Fehler, aber zugleich auch um die Vergewisserung, in entscheidenden Fragen richtig gehandelt zu haben: „Gott möge mich wiegen auf rechter Waage, so wird er erkennen meine Unschuld!“ (Hiob 31,6) Hiob muss bei dieser Vorstellung bereits ein Bild Gottes bzw. seines ersten Dieners, des Erzengels Michael, vor Augen gehabt haben, der mit einer Waage das moralische Gewicht menschlichen Handelns beurteilt.

Die Darstellung des schwertschwingenden Engels hat auch in die christliche Ikonografie Eingang gefunden. Michael als Drachentäter gibt es z. B. auf einem Alabasterrelief von 1467 in der Erfurter Severikirche oder als hölzerne Schnitzfigur in der Jenaer Stadtkirche, deren Namenspatron er ebenfalls ist. Aber auch die oben beschriebene Kombination des Schwertrügers mit dem „Seelenwäger“ findet sich in der Kunstgeschichte. Auf eine jüngere, nachreformatorische Gestalt, die zwar bereits die Figur einer weiblichen „Justitia“ angenommen hat, aber dabei immer noch ihre Engelsflügel trägt,

hat der Dichter Werner Bergengruen in seiner „Deutschen Reise“ hingewiesen.¹ Sie steht auf dem Marktplatz des thüringischen Städtchens Ohrdruf und ziert den dortigen „Gerechtigkeitsbrunnen“.

Wer nun fragt, wie denn der Michel zu den Deutschen kam, wie die Michael-Gestalt auf die Nation der Deutschen zugeschrieben worden ist, der sieht sich geschichtlichem Dunkel ausgesetzt. Erstmals erwähnt wird *der deutsche Michel* in der Sprichwörtersammlung des Sebastian Franck von 1541. Immerhin taucht der heilige Michael [248:] schon früh im deutschen Reichsbanner auf, auch geltend als „Schutzheiliger der Deutschen“. Ungeachtet dessen ist seine Gestalt in Frankreich mindestens genauso, wenn nicht noch häufiger, verbreitet. Interessanterweise wurde Hans Michael Elias Obentraut, ein Reitergeneral im Dreißigjährigen Krieg, von seinem spanischen Kriegsgegner spöttisch der „Aleman Miguel“ genannt. Offenbar kannte der spanische Heerführer bereits dieses Idiom des Tölpels, das im Deutschen bereits im Schwange gewesen sein muss.

Nach 1840 wurde *der deutsche Michel* zunehmend häufig zur allegorischen Darstellung des Deutschen in der Karikatur verwendet und gilt dabei als Inbegriff der Verkehrtheiten und Unzulänglichkeiten der deutschen Nation. Der Brackhaus schreibt: „Meist wird der deutsche Michel in Bauernkleidung und mit Zipfelmütze dargestellt, scherzhaft als schwerfälliger, ungeschickter, langsam denkender und handelnder, etwas verschlafener, aber doch offener, ehrlicher, einfacher Mensch charakterisiert.“² Ein literarisches Zeugnis ersten Ranges liefert uns der Spötter Heinrich Heine, der in seinem Gedicht „Michel nach dem März“³ den verschlafenen, rückwärtsgewandten Bürger des Nachmärz abbildet, der die quasi in der Luft liegenden politischen Fortschrittsmomente anstehender Strukturänderungen in den deutschen Ländern in Dumpfheit und Autoritätsgehorsam ignoriert:

[249:]

„Solang ich den deutschen Michel gekannt,
War er ein Bärenhäuter;
Ich dachte im März, er hat sich ermannt
Und handelt fürder gescheuter.

Wie stolz erhob er das blonde Haupt
Vor seinen Landesvätern!
Wie sprach er – was doch unerlaubt –
Von hohen Landesverrätern.

Das klang so süß zu meinem Ohr
Wie märchenhafte Sagen,
Ich fühlte, wie ein junger Tor,
Das Herz mir wieder schlagen.

Doch als die schwarz-rot-goldne Fahn,
Der altgermanische Plunder,
Aufs neu erschien, da schwand mein Wahn
Und die süßen Märchenwunder.

Ich kannte die Farben in diesem Panier
Und ihre Vorbedeutung:
Von deutscher Freiheit brachten sie mir
Die schlimmste Hiobszeitung.

Schon sah ich den Arndt, den Vater Jahn –
Die Helden aus andern Zeiten
Aus ihren Gräbern wieder nahn
Und für den Kaiser streiten.

¹ Werner Bergengruen: *Deutsche Reise*, Berlin 1934, S. 185.

² Brockhaus. *Enzyklopädie in 24 Bänden*, Mannheim 1988, S. 394 f.

³ Heines Werke in fünf Bänden. *Ausgew. und eingel. v. Helmut Holtzhauer*, Bd. 1, Weimar, 1956, S. 210 f.

Die Burschenschaftier allesamt
Aus meinen Jünglingsjahren,
Die für den Kaiser sich entflammt,
Wenn sie betrunken waren.

Ich sah das sündenergraute Geschlecht
Der Diplomaten und Pfaffen,
Die alten Knappen vom römischen Recht,
Am Einheitstempel schaffen-

[250:]

Derweil der Michel geduldig und gut
Begann zu schlafen und schnarchen,
Und wieder erwachte unter der Hut
Von vierunddreißig Monarchen.“

Gutgläubig und gutmütig, aber eben auch verschlafen und damit leicht zu täuschen – so wird *der deutsche Michel* etwa um die Jahrhundertwende in einer Karikatur aus dem „Wahren Jacob“ dargestellt.

Der leichtfertige Glaube an „das Gute“ im Menschen, das Nichtbedenken der Folgen seines Verhaltens und Tuns, die Eigenschaft, im Handumdrehen getäuscht und betrogen werden zu können – so begegnet uns die bezipfelte Allegorie bis in die Gegenwart. Von dem einst bewunderten Engel-Mythos mit Schwert und Waage ist nicht viel übrig geblieben. Vielleicht weil *der deutsche Michel* eben auch seine eigene Geschichte nicht kennt? Und daher folgerichtig die Gegenwart und die Forderungen des Tages verschläft. Eine ähnlich peinliche Metamorphose hat ja der Bischof Nikolaus von Myra durchlaufen, der vom sozial engagierten Beschützer deklassierter Frauen über den zur Ehre der Altäre erhobenen Hl. Nikolaus schließlich zum trottelligen Weihnachtsmann abendländischer Supermärkte mutiert ist ...

Üb' immer Treu' und Redlichkeit

Von Karl Gass

Kaum eine Redewendung wurde jüngst in Brandenburg so häufig zitiert wie dieses *Üb' immer Treu' und Redlichkeit*. Man gab ihr die Rolle einer zündenden Schlagzeile, worauf die Aufzählung der so genannten preußischen Tugenden folgte. Politiker, Abgeordnete, Journalisten, gelegentlich auch Schriftsteller und Pädagogen schmückten ihre Reden und Artikel mit diesem preußischsten aller preußischen Zitate: *Üb' immer Treu' und Redlichkeit*. Viele wissen eben noch, wie die nächste Zeile dieses Tugendaufrufes lautet: „... bis an dein kühles Grab“. Sattelfeste Gläubige mögen mit den folgenden beiden Zeilen fortfahren können:

„Und weiche keinen Finger breit
Von Gottes wegen ab.“

Doch damit endete die Mahnung nicht, die den Untertanen vom [251:] Turm der „Königlichen Hof- und Garnisonskirche zu Potsdam“ zugerufen wurde. Die zweite Strophe verspricht Lohn jenen, die dem Gebot der ersten folgen würden:

„Dann wirst du, wie auf grünen Au'n
durchs Pilgerleben gehen,
dann kannst du sonder Furcht und Graun
dem Tod ins Antlitz sehen.“

Vom Turme herunter erklang natürlich nur die Melodie. Der Glockengießer hatte sie 1797 dem Mechanismus eingegeben. Er war dem Auftrag einer hochadeligen Dame gefolgt, jener mecklenburgischen Prinzessin, die vor Ablauf des gleichen Jahres an der Seite ihres Gemahls Friedrich Wilhelm III. Königin werden sollte. Seither erklangen die Töne zu jeder halben Stunde, also 24-mal am Tage. Für die vollen Stunden hatte Luise das „Lobet den Herrn“ auswählen und dem Spielprogramm hinzufügen lassen, Klänge die aus dem 17. Jahrhundert und von Joachim Neander stammten. So waren durch die beiden Zusätze, wenn die Hörenden die Texte nur kannten, Gottesverehrung und Todesbereitschaft für Gott, König und Vaterland in der klingenden Nachricht vom Turm vereint.

Dieses Glockenspiel, das seine Möglichkeiten bei den verschiedensten Anlässen, die der Hof bestimmte, entfaltete, war ein Meisterwerk des Holländers Jan Albert de Grave aus Amsterdam. In einer Höhe von 64 Metern in den Turmbau eingehängt, ließ es Kirchen- und Trauerlieder erklingen, wenn sie bei Predigten, nach Gefechten, bei der Rückkehr von Truppen aus siegreicher Schlacht, anlässlich von Gedenk-, Geburts- und sonstigen Ehrentagen abgerufen wurden, nicht so selten begleitet von Paraden, Gewehrsalven und Geschützdonner. Das Glockenspiel gehörte zum Staatsritual und -kultus der Herrschenden. Die Prinzessin hatte erkannt, dass es mehr als nur Begleitmusik lieferte und die ganze Kirche, die sie und ihr Ehegemahl regelmäßig besuchten, ein Machtinstrument des Königshauses darstellte. Was sie freilich dahin gebracht hat, das Spiel verändern zu lassen, ist nicht bekannt. Vielleicht erschien ihr das bis dahin Gebotene zu eintönig und nicht volksnah genug. Jedenfalls war sie die Anregerin. Darauf wird zurückzukommen sein.

Nötig ist zuvor ein Wort zu Preußen und über dieses Potsdam, wie das Paar, Friedrich Wilhelm III. und die aus dem kleinen Nachbarstaat gekommene Luise, und wie Johann Gottfried Schadow die Verhältnisse zuvor angetroffen hatten. Der Bildhauer schilderte sie so: „Zur Zeit Friedrich Wilhelms II. herrschte die größte Liederlichkeit. Alles [252:] besoff sich mit Champagner, fraß die größten Leckereien, frönte allen Lüsten. Ganz Potsdam war wie ein Bordell, alle Familien dort suchten nur mit dem König, mit dem Hof zu tun zu haben; Frauen und Töchter bot man um die Wette an, die Adligen waren am eifrigsten. Die Leute, die das wüste Leben mitgemacht haben, sind alle früh gestorben, zum Teil elendiglich.“ Das letzte galt auch für den König.

Die Untertanen, vorwiegend Leibeigene, dürften von diesen Vorgängen am und um den Hof kaum berührt worden sein. Sie litten unter ihren unmittelbar gegenwärtigen Despoten. Auf dem Gut und in der Kaserne waren das die gleichen Schinder, ausbeuterische Gutsherrn und befehlende Offiziere in ein und derselben Person. Hier wie dort herrschte ein brutales Regime, rücksichtslos und unmenschlich

wie zu Zeiten des Soldatenkönigs. Der permanent misshandelte Knecht oder Soldat schwankte hin und her zwischen Verzweiflung, Angst vor blutiger Züchtigung und Selbstmordgedanken.

So viel über die preußischen, speziell die Potsdamer Zustände zum Zeitpunkt, da aus dem Liebes- und Ehepaar ein Königspaar geworden war. Das hat der Historiker Franz Mehring so despektierlich geschildert wie Schadow die Verhältnisse: „Friedrich Wilhelm III. zählte 27 Jahre, als er das traurige Erbe seines Vaters antrat, schlecht erzogen wie dieser, aber von Natur noch weniger begabt, blöden, beschränkten und versteckten Geistes, unfähig selbst nur einen Satz zu sprechen, mit der physischen Tapferkeit eines Unteroffiziers eine moralische Feigheit verbindend, die auch vor der ärgsten Demütigung nicht zurückschreckte, dabei beherrscht von allen dünkelfhaften Marotten des Gottesgnadentums, war er doch weder ein Frömmeler noch ein Wüstling. Er lebte in ehrbar bürgerlicher Ehe mit seiner Frau, einer kleinen mecklenburgischen Prinzessin, die später als Königin Luise zur preußischen Nationalheiligen avanciert ist ... Sie ging ganz und gar im höfischen Treiben auf, und ohne Zweifel war sie nicht so borniert wie der König ...“

Für die Königin mehr als für ihren Gemahl gilt, dass ihr Charakterbild schwankte, und das nicht erst in der Nachwelt, sondern schon unter ihren Zeitgenossen. Während sie für die einen die „preußische Madonna“ wurde, beurteilten andere ihren Einfluss auf den König und das Land kritisch, ja unheilvoll. Alexander von Humboldt sprach von einer „äußerst selbstsüchtigen, verschlagenen und versteckten Person“, anderen schien sie ganz damit beschäftigt, beim Tanzen und Reiten zu gefallen, was ihr aufgrund ihrer äußerlichen Vorzüge und [253:] Reize nicht schwer fiel. Der Freiherr von und zum Stein nannte sie eine „angenehme, sehr gutmütige Frau“, aber auch „gefällsüchtig“ und beschrieb „ihre Bildung mangelhaft, ihre Gefühle für's Gute leicht auflodernd“. Sie sei „wegen der Oberflächlichkeit ihres Geistes“ in „der Wahl ihrer Mittel, unglücklich und in deren Anwendung wenig ausdauernd“ gewesen.

Und Generalfeldmarschall von Gneisenau stellte unverblümt fest: „Sie liebte einen anderen und machte nicht einmal einen Hehl daraus.“ Dieser andere war der erste Lebemann des preußischen Hofes, Prinz Louis Ferdinand, Luisens Schwager, ein Neffe Friedrichs II., eine durch vielseitige Bildung und musische Begabung außergewöhnliche Person in der Reihe der Hohenzollern. Doch er war in einer Weise wieder nicht gebildet genug, denn als der Krieg Preußens gegen das überlegene napoleonische Frankreich geführt wurde, stürzte er sich am 10. Oktober 1806 bei Saalfeld in eines der ersten Gefechte und kam darin um. Bei seiner Leiche soll sich ein Liebesbrief seiner königlichen Dame gefunden haben, mit der er den eben aufgekommene Wiener Walzer, den „Taumeltanz“, gekonnt dargeboten hatte. Es ist nicht sicher, aber denkbar, dass eines Tages nach den Wirren des Krieges bei einem Trauergedenken für den Prinzen auch dieses *Üb' immer Treu' und Redlichkeit* erklang.

Gewiss aber ist, dass die Melodie, welche die Königin dem Glockenspiel hatte hinzusetzen lassen, schon Popularität besaß, bevor sie vom Turme zum ersten Male herunterklang. Denn sie war für den älteren Liedtext nicht eigens geschaffen, sondern mit ihm nur kombiniert worden. Das Original entstammte Mozarts berühmter Oper „Die Zauberflöte“ und war bei deren Uraufführung am 30. September 1791 in Wien im „kaiserlichen und königlichen privilegierten Theater auf der Wieden“ von Papageno mit den sich mehrfach wiederholenden Worten gesungen worden

„Ein Mädchen oder Weibchen
Wünscht Papageno sich!
O, so ein sanftes Täubchen
Wär' Seligkeit für mich!“

Der Text war für die Zwecke des Militärtempels freilich völlig ungeeignet, wenn auch nicht verhindert werden konnte, dass das inzwischen als Gassenhauer in Berlins Straßen gesungene und gesummte Lied diesem Glockenspiel von Leuten unterlegt wurde, die es hörten. Gedacht werden sollte aber jenes Textes mit dem Treuegebot und der war für seine neue Verwendung auch nicht erdacht worden. Das [254:] Gedicht stammte von Christoph Heinrich Hölty, einem empfindsamen Lyriker, der dem Göttinger Hainbund, einem Dichterkreis, angehört hatte und 1776 in Hannover erst 28jährig verstorben war. Dem hatte nichts weniger im Sinne gelegen, als den Tod auf Schlachtfeldern zu

rühmen. Die Verse des Lyrikers beschrieben die schlichte Lebensweise der bäuerlichen Bevölkerung und widerspiegelten deren innige Frömmigkeit. Wer den volksverbundenen Text Hölty's mit der volksliedhaften Mozart-Melodie für diesen ganz entgegengesetzten Zweck des Militärtempels zusammenbrachte und die Verdienste zweier Nichtpreußen derart ausbeutete – wer weiß davon?

Jedenfalls wurde beides zu einer missionarischen Botschaft verschmolzen, die den Potsdamern und namentlich den Grenadieren Seiner Majestät immer gegenwärtig war. Die mochten, wenn sie von ihnen denn je gehört hatten, bei den Klängen vom Turme weder an den Text- noch an den Tondichter denken. Das Spiel der Glocken hatte sich verselbstständigt und nahm ganz den Sinn und Geist auf, der in dieser ebenso „Geisterhöhle“ genannten Kirche regierte. Vergessen mochte ebenso sein, wer den Residenzstädtern gerade dieses klingende Spiel hinterlassen hatte. Die Königin, die mit vollem Namen Auguste Wilhelmine Amalie Luise hieß, war früh, sie hatte die Mitte der Dreißiger noch nicht erreicht, verstorben. Man schrieb das Jahr 1810. Preußen war ein besetztes Land und der Hof, vor den Truppen Napoleons nach Ostpreußen geflohen, hatte noch immer nicht in seine brandenburgischen Schlösser zurückkehren können.

Die Namen der Könige wechselten, Generationen lösten einander ab, das zur halben Stunde ertönende *Üb' immer Treu' und Redlichkeit* blieb und erklang auch, als die deutschen Faschisten gemeinsam mit den Konservativen am 21. März 1933, dem „Tag von Potsdam“, die Kirche für ihren ersten Staatsakt ausersahen. Sie wählten die Mozart-Melodie gar zum Pausenzeichen für ihren Langwellen –, den Deutschland-Sender, so dass das Gebot von nun an und von immer mehr Menschen täglich aus Rundfunkapparaten gehört wurde. Dann verstummten in den Feuerbränden des Zweiten Weltkrieges zuerst die Potsdamer Glocken und an dessen Ende auch das Sendezeichen. Im Volksbewusstsein sanken gerade in jenen Landesteilen, in denen sie einst groß geworden waren, Preußens Könige und Königinnen weit in den Negativbereich aller Bewertungen. Ihr Wiederaufstieg begann westwärts.

Am 17. Juni 1987 wurde in der Bundesrepublik Deutschland ein dem Potsdamer nachgebildetes Glockenspiel feierlich eingeweiht. Die [255:] Kopie umfasste wie das Original 40 einzelne Glocken und ihr Guss war durch Spenden finanziert worden. Initiiert wurde das Unternehmen von einem Oberstleutnant der Bundeswehr, der seit 1983 Vorsitzender der von ihm gegründeten „Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e. V.“ war. Dass eine Rekrutenvereidigung den Rahmen des Festes auf dem Kasernengelände in Iserlohn gab, unterstrich nur, wie ungebrochen hier preußische Tradition aufgenommen wurde. Nicht zufällig war dafür wohl eine Garnisonsstadt ausgewählt worden, die im Bundesland Nordrhein-Westfalen liegend, einst zu einem preußischen Regierungsbezirk gehört hatte.

Zum militärischen Zeremoniell begrüßte der Bataillonskommandeur die „Soldatenverbände mit vielen hochrangigen, ehemaligen Angehörigen der Streitkräfte“, die Mannen des örtlichen Schützenvereins, Vertreter eines Preußeninstituts, die großen Geldgeber und die kleinen Spender. Zu ihnen sprach der Militärdekan der Bundeswehr, der denen, die das erneuerte Spiel hören werden, wünschte, dass sie „neue Kraft bekommen und auffahren mit Flügeln wie Adler“. Da war er wieder: der preußische Adler, der außen wie innen die im Kriege ruinierte Kirche in Potsdam geziert hatte mit seinem *Nec Soli Cedit*, zu deutsch: Er weicht der Sonne nicht. Zu Worte kam auch der Bundeswehrgeneral a. D. und Ehrenpräsident der Clausewitz-Gesellschaft, Ulrich de Maizière, der die Traditionspflege als Auftrag charakterisierte, „die auch heute noch gültigen Kräfte der Vergangenheit so zu stärken und für uns fruchtbar zu machen, dass sie uns helfen, Gegenwart und Zukunft zu bestehen“. Und weiter und richtig sagte der vordem höchste Offizier des Bundesheeres: „Tradition ist Auswahl aus der Geschichte.“ Der Tag bezeugte, was da ausgewählt wurde und zu welchen Zwecken. Denn ein dritter Redner, Generalmajor a. D. Gerhard Wessel, der vordem auch Präsident des Bundesnachrichtendienstes gewesen war, erinnerte an die „großen ethischen Werte“, die aus eben dieser preußischen Tradition zu beziehen seien und die auch heute und morgen noch gelten würden. Und für die Spender – es waren insgesamt 470.000 DM notwendig gewesen und aufgebracht worden -sowie für die Förderer nannte der General stellvertretend zwei Namen: Richard von Weizsäcker und „Seine Kaiserliche Hoheit, Dr. Prinz Louis Ferdinand von Preußen“, den Präsidenten einer Republik und den Nachfahren jener Hohenzollern, die ein bis in die Stunde seiner Agonie halbabsolutistisches Regime repräsentiert und zu behaupten gesucht hatten.

Was gewollt wurde, war schon einige Monate zuvor, am 20. März, [256:] deutlich gemacht worden, als der Guss der beiden größten Glocken des Spiels bei feierlicher Umrahmung erfolgte. Auch dabei hatte ein Militärpfarrer gesprochen. Der sagte, dass das *Üb' immer Treu' und Redlichkeit* „eine dem Soldaten recht vertraute Aufforderung nicht nur auf dem Kasernenhof“ sei, sondern „in ganz besonderer Weise soldatisches Dasein“ kennzeichne. Eine unschwer zu deutende Sprache ging auch von der Namenstaupe der Glocken aus. Selbstverständlich erhielt eine den Namen der „deutschesten aller deutschen Frauen“, andere hießen nach den Preußenkönigen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II, wieder eine andere erinnerte an Bismarck. Programmatisch war auch die Benennung von Glocken nach den „verlorenen deutschen (einst durchweg preußischen) Ostgebieten“. Dafür gaben die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesien und die Städte Königsberg, Stettin und Breslau ihre Namen her. Zudem waren noch hinreichend Glocken unterschiedlicher Größe verfügbar, mit denen an „verdienstvolle“ Truppen preußischer und deutscher Streitkräfte erinnert werden konnte. Die leichteste der Glocken, sie wiegt sieben Kilogramm, wurde auf den Namen des Potsdamer Infanterie-Regiments 9 (IR 9) getauft, die schwerste mit einem Gewicht von 1900 Kilogramm, trägt den Text des Deutschlandliedes. Auch der aktuelle Familienchef des „Hauses Hohenzollern“ fand seinen Namen auf eine der Glocken geprägt.

Dem Vorspiel des Glockengusses war die Übergabe an die Fallschirmjäger nicht zufällig an einem 17. Juni gefolgt, dem zum „Tag der deutschen Einheit“ erklärten Datum, einem Staatsfeiertag der Bundesrepublik, für dessen politischen Sinn die Bundesbürger wenig Verständnis aufbrachten und den sie vorzugsweise für Frühlingsausflüge zu nutzen pflegten. Denn es ließ sich an diesem Tage beziehungsreich unterstreichen, dass nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit das Glockenspiel an die Stadt Potsdam übergeben werden solle. Das geschah am 14. April 1991.

Zu diesem Zeitpunkt waren die kritiklosen Preußenbewunderer nicht mehr nur im Geiste, sondern in persona nach Potsdam zurückgekehrt und mit ihnen auch jener Oberstleutnant a. D., ein Preußenfanatiker, der sich nun an die Spitze von Bestrebungen für den Wiederaufbau der Garnisonskirche stellte, welcher mit der Errichtung des Turmes beginnen soll. Das Glockenspielgeschenk versteht sich so als Vorbote. Platziert wurde es im Zentrum der Stadt in einer Straße und gegenüber einer Schule, die beide an einen Preußen mit dem Namen Maximilian Dortu erinnern. Die Straße erhielt ihren Namen [257:] 1948, als in der damals sowjetisch besetzten Zone an die eben ein Jahrhundert zurückliegende Revolution erinnert wurde, in deren Verlauf Dortu als Kämpfer für eine deutsche Republik eingestanden war. Dafür erschoss ihn ein Kommando der preußischen Interventionstruppen am 31. Juli 1849 in Freiburg in Baden.

Der Name von Straße und Schule und jener Preußensinn, der mit dem Glockenspiel unablässig verbunden zu sein scheint, passen so wenig zueinander wie vordem schon der Sinngehalt der Mozart-Oper und des Hölty-Gedichts. Denn wo ist jemals ein preußischer Soldat auf „grünen Au'n“ gewandelt? Wer kam je auf die Idee, das mörderische preußische Soldatendasein „Pilgerleben“ zu nennen? Und wem soll glaubhaft gemacht werden, dass auch nur ein einziger preußischer Söldner „Ohne Furcht und Grau'n“ gegen feindliches Feuer angerannt wäre? Doch den Potsdamern und den die Stadt besuchenden Touristen wird unmittelbar vor dem Glockenspiel in einem dort wettergeschützt aufgestellten Text, der für Spenden zum Wiederaufbau des Turmes wirbt und ausdrücklich auf deren steuerliche Abzugsfähigkeit verweist, wieder die andere geschönte und verlogene preußische Geschichte erzählt. Und die liest sich so: „Preußen dachten patriotisch aber nicht nationalistisch. Sie waren religiös geprägt und lehnten daher jede von Menschen erdachte Ideologie ab. So entwickelte sich Preußen zum modernsten Staat Europas und wurde zur Brücke zwischen Ost und West, seine Bevölkerung setzte sich aus vielen Nationalitäten zusammen. Es war ein Kleineuropa auf deutschem Boden.“ Die gelinde, aber treffende Kritik dessen hat gleichsam im voraus Theodor Fontane, mit preußischen Besonderheiten bestens vertraut, in einem Zweizeiler formuliert: „Andauernde Treue gegen das Alte macht die Treue gegen das Neue- nahezu unmöglich!“

Gold gab ich für Eisen

Von Wolfgang Büttner

„Was find’ ich hier? Gold? kostbar flimmernd rotes Gold?“ – Im Freudentaumel über den Goldfund beschwört William Shakespeares Dramenheld Timon von Athen voller Aufregung die Macht, die dieser Schatz auszuüben vermag: „So viel hiervon“, weiß er, „macht aus schwarz weiß, ... aus schlecht gut“ oder aus „niedrig edel“. Der „rote [258:] Sklave“, so preist er weiterhin die Macht des Goldes, „ehrt“ sogar einen „Dieb und gibt ihm Rang, gebeugtes Knie und Geltung im Rat der Senatoren ...“.¹ Seiten ließen sich füllen mit Zitaten über die nahezu magische Macht, die Gold, Geld oder Reichtum ausstrahlen und ebenso über den Eifer der Menschen, dies alles zu erlangen. Seltener wird Gold als Wohltat gepriesen, wie z. B. von Miguel de Cervantes: „Die Sorgen des Armen ... verschwinden, wenn er sich ein wenig Gold verschaffen kann ...“²

Aber Gold weggeben, opfern, ohne Gegenwert! Das war und ist vielleicht sogar einmalig. Doch gerade dies ist die erstaunliche Botschaft des Spruches *Gold gab ich für Eisen*. Auch er hat seine Geschichte. Im Original lautete der Text vollständig: „Gold gab ich für Eisen 1813“.³

Im Frühling dieses Jahres, das mit der Vertreibung der napoleonischen Heere vom deutschen Boden enden sollte, spendeten für die Aufstellung und Ausrüstung eines schlagkräftigen preußischen Heeres etwa 160.000 Bürgerinnen und Bürger ihre goldenen Trauringe und erhielten dafür eiserne mit ebenjener Gravur: „Gold gab ich für Eisen 1813.“

Was bewog Menschen, das begehrte edle Metall gegen für sie wertloses Eisen einzutauschen? Es war letztlich die Politik Napoleons I., des Kaisers von Frankreich, welche die Bereitschaft zu diesem seltenen Opfer bewirkte. Nach der vernichtenden Niederlage gegen die Armeen des Eroberers in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt begannen 1806 für Preußen harte Jahre. Nicht nur hohe Steuern musste das Volk aufbringen, damit der Staat die unmäßige Kriegskontribution leisten konnte, die Napoleon forderte. Die französischen Besatzer raubten, plünderten und drangsalierten die Bevölkerung. Als ihr Kaiser im Jahre 1812 zum, wie er hoffte, entscheidenden Schlag gegen Russland ausholte, zog sein gewaltiges Heer, nahezu eine halbe Million Soldaten, durch Preußen. Wieder hatte die Bevölkerung zu leiden. Sie musste die Heeresmacht unterhalten, und die fremden Soldaten pressten den Bewohnern häufig genug die letzte Habe ab. Alles das geschah, obwohl Friedrich Wilhelms III., der König von Preußen, ein Jahr zuvor zum Verbündeten des Franzosenkaisers avanciert war und nun auch seine Soldaten dem Befehl Napoleons unterstellt hatte. Verständlicherweise fand dieses Bündnis im Volk wenig Sympathie.

Als der Russlandfeldzug der Großen Armee Napoleons mit einer Katastrophe endete, geriet auch Preußens König in die Klemme. [259:] „Gott allein weiß“, klagte er seinem Staatskanzler Hardenberg, „wie das alles enden wird!“ Denn nun werde, vermutete der König, Napoleon wieder neue Soldaten von ihm fordern. Widerstand zu leisten und auf die Kraft des Volkes zu bauen, daran dachte der preußische Monarch nicht, obwohl vielfach im Land der Kleinkrieg gegen die Franzosenherrschaft bereits begonnen hatte. Berichte über Berichte erhielt der Staatskanzler von seinen Behörden, dass französische Offiziere auf Straßen angefallen, entwaffnet und niedergeschlagen worden waren. In Landsberg an der Warthe löste das „anmaßende Auftreten“ eines französischen Soldaten eine Schlägerei aus, worauf, so der offizielle Bericht, die „männlichen Einwohner niedriger Klasse ... mit Säbeln, Knüppeln, Heugabeln und Dreschflegeln“ herbeieilten und die Franzosen „auf eine schreckliche Weise“ verprügelten. Einen ähnlichen Vorfall meldete ein Polizeirapport aus Müncheberg, einer brandenburgischen Kleinstadt östlich von Berlin. Ein Bericht aus Schlesien besagte, „unter tausend“

¹ William Shakespeare: Timon von Athen, 4. Aufzug, 3. Szene.

² Miguel de Cervantes Saavedra: Die beispielhaften Novellen, Leipzig 1978, S. 362.

³ Alle Zitate und Angaben im weiteren Text sind folgenden Publikationen entnommen: Friedrich Förster: Geschichte der Befreiungskriege, Berlin 1856; Hermann Müller-Bohn/Paul Kittel: Die deutschen Befreiungskriege, Berlin o. J.; Friedrich Donath/Walter Markov (Hg.): Kampf um Freiheit. Dokumente, Berlin 1954; Percy Stulz: Fremdherrschaft und Befreiungskampf. Die preußische Kabinettspolitik und die Rolle der Volksmassen in den Jahren 1811-1813, Berlin 1969.

Bürgern sei „nicht einer aufzufinden“, der noch länger gewillt sei, das Bündnis Preußens mit Napoleon zu unterstützen. Patriotische Offiziere drängten den König zur Wiederaufnahme des Krieges gegen Napoleon. Scharnhorst legte dem König nahe, einen Aufruf zur Bildung freiwilliger Formationen zu erlassen. „Gute Idee“, bemerkte Friedrich Wilhelm in seiner trockenen, abgehackten Art zu reden, „aber keine kommen!“ Doch schließlich unterschrieb er den Appell, der am 3. Februar 1813 veröffentlicht wurde. Und Tausende Freiwillige meldeten sich in wenigen Tagen. Das Lützower Freikorps ist die bekannteste Truppe, die in dieser Zeit gegründet wurde. Alt und jung verstand den Aufruf als Aufforderung zum Kampf gegen die Fremdherrschaft, obwohl davon im Text kein Wort stand. Der König müsse, erklärte Hardenberg dem Gesandten Frankreichs, „das Volk bewaffnen, damit es sich nicht gegen ihn bewaffne“. Der englische Diplomat Ompteda ließ seine Regierung wissen: „Wenn der König noch lange zaudert, so sehe ich die Revolution für unvermeidlich an.“ Soviel Hass auf Napoleons Unterdrückungsregime hatte sich im Volk angestaut. Und deshalb war es auch zu den größten Opfern für die Vertreibung des Franzosenkaisers bereit. Der Patriotismus des Volkes zwang den König zu handeln.

Am 16. März 1813 erklärte Preußen Frankreich den Krieg. Tags darauf erschien in den Zeitungen, in Extrablättern und auf Tausenden Plakaten der Aufruf Friedrich Wilhelm III. „An mein Volk!“ Erstmals in der Geschichte des Landes wandte sich ein Monarch an das [260:] Volk, um die Gründe seines Schrittes zu erklären, freilich mit Worten, die niemandem etwas Neues sagten: „Das Mark des Landes ward ausgesogen ..., der Ackerbau ward gelähmt sowie der sonst so hochgebrachte Kunstfleiß unserer Städte. Die Freiheit des Handels ward gehemmt und dadurch die Quelle des Erwerbes und des Wohlstands verstopft. Das Land ward ein Raub der Verarmung ...“.

Krieg kostet Geld. Die Opferbereitschaft des Volkes schaffte es herbei. Einige Beispiele demonstrieren sie anschaulich. Ein Breslauer Schneidermeister gab 100 Taler, und zwei Knaben, Alexander und Theodor, zwei Dukaten für die Ausrüstung der „schwarzen Jäger“. Neben Geldspenden wurden goldene Halsketten, Ohrringe, Medaillen, aber auch silberne Löffel, Becher, Uhren und andere Wertgegenstände zu den Sammelstellen gebracht. Säbelklingen waren dabei, und ein ausgemusterter Soldat brachte eine silberne Degenscheide, die er einem französischen Offizier abgenommen hatte. Ein Berliner Kunstliebhaber verkaufte, wie die Spenersche Zeitung meldete, „eine Harfe von vorzüglich gutem Ton nebst Kasten“ und spendete den Erlös. Goldene Trauringe spielten bei dem historischen preußischen Volksoffer im Frühjahr 1813 eine besondere Rolle für den Ursprung des Rufes *Gold gab ich für Eisen*. Der Kupferschmied Seeling und seine Gattin brachten ihre goldenen Trauringe zur Sammelstelle und erklärten: „Wir haben durch des Krieges Unglück alles verloren – nichts blieb uns von Wert übrig wie einliegend unsere Trauringe. Hier sind sie mit Freuden.“ Und der Berliner Bürger Rudolf Werkmeister hatte die Idee, eiserne Ringe anzufertigen, die gegen goldene oder andere Schmuckstücke eingetauscht werden könnten, und sie mit der Inschrift zu versehen „Gold gab ich für Eisen 1813“. Er selbst erbot sich, die damit verbundenen Arbeiten zu übernehmen. Der Appell hatte erstaunlichen Erfolg. Im Verlauf weniger Tage meldeten sich bei ihm 150 Bürger, die bereit waren, Gold für Eisen zu geben. Ein Spender hatte seinem goldenen Trauring Verse beigefügt:

„Du bist mir wert seit 25 Jahren
Und solltest mich bis in mein Grab begleiten,
Doch geh', ich weihe dich den Jünglingsscharen,
Die für des Vaterlandes Freiheit streiten;
Verwandle dich, oh Ring, jetzt in ein Schwert,
Dir bleibet auch als Stahl dein heil'ger Wert!“

Zahl und Vielfalt der Spenden, die in die dafür eingerichteten Sammelstellen gebracht wurden, sind mit den genannten Beispielen noch lange nicht erschöpft. Zu einem Opfer besonderer Art entschloss sich die 18jährige Ferdinande von Schmettau in Breslau. Sie schnitt ihr vielbewundertes, langes blondes Haar ab, für das ein Friseur zehn Taler geboten hatte. Auch Mitglieder des Königshofes wollten nicht zurückstehen. Nach einem Bericht des spanischen Gesandten an seine Regierung trennte sich die Schwester des Königs von ihrem sämtlichen Schmuck, „damit er zu dem Kriege verwendet werde“. Und viele Frauen folgten diesem Beispiel.

Der Wert aller damals von allen Klassen und Schichten des Volkes freiwillig erbrachten Gaben wird auf etwa 10 Millionen Taler geschätzt, die nun die vordem leere Kriegskasse des Königs füllten.

In den Oktobertagen 1813 wurde Napoleon von den verbündeten Heeren Preußens, Russlands und Österreichs auf den Schlachtfeldern vor Leipzig die kriegsentscheidende Niederlage beigebracht. Im März 1814 zogen die Verbündeten in Paris ein, im April dankte Napoleon ab.

Ein Kriegsziel war erreicht. Doch wurde die Freiheit erkämpft, für die das Volk so große Opfer gebracht hatte? Die nachfolgende Restaurationsperiode brachte weder ein einiges Deutschland noch bürgerliche Freiheiten und Rechte für seine Bewohner.

Fast 100 Jahre später, zwei Jahre vor dem Ersten Weltkrieg, erinnerte der deutsche Generalstabschef v. Moltke d. J. an die „Opfer-[262:]willigkeit“ des Volkes, die das Kaiserreich bei einem künftigen Krieg brauchen würde, weshalb der „Casus belli“ so formuliert werden müsste, „dass die Nation einmütig und begeistert zu den Waffen greift“.⁴ Zwei Jahre später war es so weit, doch der Reichsregierung schien es sicherer, den Agiohandel mit Goldmünzen als „eine Sünde am Vaterland“ zu verbieten. Das Ersatzangebot einer eisernen Münze mit der Aufschrift *Gold gab ich für Eisen* hat jedenfalls im Volk keine dem Jahre 1813 vergleichbare Opferwilligkeit gefunden.⁵



Medaille des Flottenbundes Deutscher Frauen

⁴ Vgl. Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1, Berlin 1968, S. 412.

⁵ Zit. nach Deutsches Münzen Magazin, H. 4/1999, S. 4.

Was ist des Deutschen Vaterland?

Helmut Bock

Kaum vorstellbar, dass man Briten und Franzosen agitierend oder zweifelnd fragen müsste, was denn ihr Vaterland sei. Ob the native country oder la patrie – im einen wie im andern Fall sind sich die Nachbarn Deutschlands ihrer staatspolitischen und territorialen Realitäten gewiss; spätestens seit der „Glorious Revolution“ von 1688/89 oder der „Grande Révolution“ hundert Jahre danach. Anders die Deutschen. Wann immer die patriotische oder nationalistische Gretchenfrage an sie gestellt wurde, finden wir die Befindlichkeiten verworren, die Antworten zwiespältig, die Zustände oft krisenhaft. Selbst vor kurzem noch: Mit dem Massenruf „Wir sind das Volk, wir bleiben hier!“ hatten Leipziger Montagsdemonstranten die Regierung Honecker auf der Straße abgewählt, aber die Losung der „besseren DDR“ noch nicht preisgegeben. Nur wenige Wochen darauf skandierten sie unter den Farben Schwarz-Rot-Gold, aber auch dem Adler des Wilhelminischen Reichsbanners den Vers des kommunistischen Dichters Johannes R. Becher: „Deutschland, einig Vaterland!“ Indes bot der Bayerische Rundfunk deutsch-deutsche Historiker auf, damit sie Geschichte und Gegenwart in mehrwöchiger Sendefolge unter dem Titel reflektierten: *Was ist der Deutschen Vaterland?* Darin findet sich die Mahnung: „Vielleicht sind sich die Rufer [...] nicht darüber im Klaren, dass ihr [...] Fäusterecken und Fahenschwingen auch die unselige Tradition des Nationalismus beleben könnte.“¹

Woher kam die tradierte Fragestellung nach dem Vaterland? Und [263:] mit welchem Recht konnte in diesem Zusammenhang von einer Tradition des Nationalismus gesprochen werden?

Wir müssen uns in eine Zeit zurückversetzen, in der die Briten seit einem guten Jahrhundert eine staatlich geeinte Nation und die Franzosen dies soeben geworden waren. Damals lag Deutschland, von den lockeren Bindungen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nur mit Mühe zusammengehalten, in 296 Territorialstaaten zersplittert, die sämtlich feudalen Charakter besaßen. Alle Ideen und Taten, die bürgerlich-nationalen Wandel erstrebten, verfrachten sich in den Barrieren der Kleinstaaterei. Aber die Revolution, die in Frankreich den bürgerlichen Nationalstaat hervorbrachte, vertiefte bei den Nachbarvölkern, zumal bei den Deutschen, die Frage nach der eigenen nationalen Wesenheit. Hatten die Völker Großbritanniens und Frankreichs ihre Nationalstaaten begründet, sich folglich als „Staats-Nationen“ konstituiert, so gaben deutsche Dichter und Denker ihrer Nation und deren Charakter einen anderen Sinn. Sie sahen in den Deutschen ein Volk, das nicht durch die Existenz eines wirklich vereinigenden Staats, wohl aber durch die Gemeinsamkeit von Sprache und Mentalität, Sitten und Gebräuchen, Literatur und Künsten, also durch eine eigentümliche Kultur gekennzeichnet war. Die Idee der „Kultur-Nation“ – anstatt der „Staats-Nation“ sollte diese Besonderheit ausdrücken. Freilich, der oft beschworene „deutsche Genius“, dieses fiktive Gebilde aus Intellektuellengeist und Volksseele, führte ein zerrissenes Dasein: Er strebte zu den hohen Werten einer aufgeklärten Menschheit empor, während er an den Bleigewichten der politischen Misere schleppete. „Gedankenvoll“ und „tatenarm“, wurden die Deutschen getadelt von Hölderlin.² Schiller ermutigte, resignierte aber zugleich: „Ringe, Deutscher, nach römischer Kraft, nach griechischer Schönheit!//Beides gelang dir; doch nie glückte der gallische Sprung.“³

Die Kraft der Revolution, die deutsche Grenzzäune niederlegte, kam in der Tat von außen, von „Gallien“ her (was der antikisierende [Antike nachahmend] Name für Frankreich war). Sie konfrontierte die Deutschen mit gewaltsamer Umwälzung, mit Zwängen zu eigenem Fortschritt und Nationalbewusstsein, und sie trägt in der historischen Erinnerung einen Namen: Napoleon Bonaparte. Um Frankreichs Vorherrschaft auf dem Kontinent zu sichern, vollzog der Revolutionsgeneral die Annexion des linken Rheinufers. Er missbrauchte den ewigen Landhunger deutscher Potentaten als die Axt, die dem brüchigen Staatsgefüge des tausendjährigen Reiches den Todeshieb versetzte: Denn [264:] für den

¹ Was ist der Deutschen Vaterland? Einheit – umstritten wie eh und je. Essays zur fünfteiligen Hörfunk-Sendereihe des Bayerischen Rundfunks, München 1990, S. 30 f. (Original „... des Deutschen ...“ ist abgewandelt vom Singular zum Plural).

² Friedrich Hölderlin: An die Deutschen. In: Hölderlins Werke, Bd. 1, Berlin/Weimar 1968, S. 179.

³ Friedrich Schiller: Deutscher Genius. In: Schillers Sämtliche Werke, Bd. 1, Leipzig (Hesse) o. J., S. 265.

Preis von Gebietsgewinn und Rangerhöhung kündigten die Fürsten ihrem habsburgisch-deutschen Kaiser die Gefolgschaft auf. Sie schlossen sich 1806 unter der Schirmherrschaft Napoleons, der jetzt „Kaiser der Franzosen“ hieß, im Rheinbund zusammen. Dabei mussten sie erfahren, dass dieser in seinen rechtsrheinischen Protektoratstaaten fortsetzte, was im Linksrheinischen schon angefangen war. Er dekretierte liberalistische Reformen, womit die bürgerliche Umwälzung von Staat und Gesellschaft in etlichen deutschen Territorien begann. Der Jenenser Philosoph Hegel begrüßte diesen Wandel als ein Fortschreiten des „Weltgeistes“ und nannte Napoleon dessen genialen „Geschäftsführer“. Doch der Vernunftglaube der Aufklärung und der freiheitliche Enthusiasmus für die Große Revolution waren längst eingetrübt. Kriege, Plünderungen, Annexionen verheerten Länder und Völker. Der Revolutionsgeneral mauserte sich zum Imperator, Haupt eines bürgerlichen Militärdespotismus, der sein Volk im eigenen Land ausnutzen und auf den Schlachtfeldern des Kontinents verbluten ließ – überdies Frankreichs Nachbarvölker in halbkoloniale Abhängigkeit zwang. Dort warfen seine verordneten Gesetzbücher des frühen Liberalismus den Schatten der Fremdherrschaft.

„Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung“ (1806) – so wurde das Ende des Reiches in jener patriotischen Streitschrift betitelt, für deren Druck und Verbreitung der Nürnberger Buchhändler Palm unter den Kugeln eines französischen Exekutionskommandos fiel. Unter den aufschreckenden Zeitgenossen findet sich nun der Mann, der Urheber unserer Frage nach dem Vaterland ist: Ernst Moritz Arndt, Bauernsohn von der Insel Rügen, zeitweilig Professor an der schwedischen Universität Greifswald und dank Schusters Rappen mit mehreren Ländern Europas bekannt. Auch er nahm den Sturz des alten Kaiserreiches, das von Goethes Studenten in Auerbachs Keller verspottet wird, mit großer Bestürzung auf: „jetzt war das Letzte geschehen, alles einzelne Deutsche, das Kleinste wie das Größte, das Ruhmvollste wie das Dunkelste, lag nun in einem großen gemeinsamen Jammer über- und untereinander hingeworfen und der übermütige welsche Hahn krächte sein Viktoria! [...] Als Deutschland durch seine Zwietracht nicht mehr war, umfasste mein Herz seine Einheit und Einigkeit.“⁴

Arndt war kein Konservativer, der überalterte Strukturen erhalten oder wiederherstellen wollte. Er war der publizistische Weggefährte jener Erneuerer Preußens, die gegen Napoleons Politik des bürgerlichen Fortschritts, gepaart mit nationaler Unterdrückung, ein Alter-[265:]nativkonzept des bürgerlichen Fortschritts und der nationalen Unabhängigkeit verfochten: Männer und Frauen um Karl vom und zum Stein, Scharnhorst, Gneisenau und Clausewitz. Den meisten galt Frankreich als Land einer unerhört radikalen Revolution, deren sprichwörtliche „Liberté! Egalité! Fraternité!“ überdies durch Napoleons Hegemonialsystem diskreditiert wurden. Sie suchten in England ihr Vorbild, wo die Überwindung des Feudalismus letzten Endes durch Ausgleich zwischen der adligen Aristokratie und dem bürgerlichen Besitzstand vollzogen war. Sie erstrebten die revolutionierende Umwälzung von Staat und Gesellschaft durch Reformpolitik – kraft der Autorität eines aufgeklärten Monarchen und der Billigung eines Adels, der sich gemäß ihren Wünschen bereit finden sollte, mit Bürgertum und Volk eine vaterländische Koalition gegen Frankreich zu bilden.

„Preußische Reformer“ ist bekanntlich der Titel, mit dem sie in der Historie überliefert sind. Gleichwohl waren sie die Avantgarde eines Patriotismus, der nicht bloß auf Preußen, viel mehr auf Deutschland zielte. Aus ihren Reihen erwachsen die Konzeptionen, die sich vom intellektuellen Selbstverständnis einer deutschen „Kultur-Nation“ zum politischen Entwurf einer „Staats-Nation“ vorwagten. Im Widerstreit zu den Potentaten des Rheinbundes begrüßten sie alle Deutschen als ihre Brüder und luden diejenigen, die mit ihnen „unter gemeinschaftlichen Gesetzen leben“ wollten, zum Bündnis gegen Frankreich ein. Von den territorialen und rechtlichen Bedingungen wurde gesagt: „Für den preußischen Staat wird eine freie Konstitution proklamiert.“⁵ Diese Denkschriften (1808) betonten die Freiwilligkeit des Anschlusses – enthielten aber nichts Geringeres als das Konstrukt eines norddeutschen Verfassungsstaats unter Preußens Führung. Das unmittelbare Ziel von Reform und Bündnis war ein vielleicht letztmaliger Krieg: Er sollte keine Annexionen, aber die nationale Befreiung

⁴ Ernst Moritz Arndt: Erinnerungen aus dem äußeren Leben, Rudolstadt 1953, S. 97.

⁵ August Wilhelm Anton Neithardt v. Gneisenau: Konstitution für die allgemeine Waffenerhebung des nördlichen Deutschlands gegen Frankreich vom August 1808. In: Ausgewählte militärische Schriften. Hg. v. G. Förster/Ch. Gudzent, Berlin 1984, S. 123.

und eine europäische Friedensordnung herbeiführen, in der die Völker in „wechselseitiger Unabhängigkeit“ gedeihen könnten.⁶

Auch diese Ideen waren von der Aufklärung, zumal vom „klassischen“ Idealismus Kants und Schillers befruchtet. Sie wurzelten aber vor allem im Epochenerlebnis der Französischen Revolution – und entsprachen einer weltgeschichtlichen Entwicklungstendenz: Indem sich die Nation in Großbritannien und in Frankreich bereits als eine Existenz- und Entwicklungsform der Gesellschaft erwies, musste ihre politische Konstituierung früher oder später auch in Deutschland [266:] erfolgen. Die Reformer wirkten daher für einen Fortschritt, der mit dem Ziel, die von Privilegien entfesselte Gesellschaft und den Nationalstaat hervorzubringen, die nationale Unabhängigkeit von Frankreich erforderte. Obwohl von Napoleon und deutschen Konservativen übel beleumundet, zeitweilig gar ins Exil getrieben, waren sie Wegbereiter und Organisatoren der breiten Volksbewegung, die im historischen Jahr 1813 ihre Fürsten zum Kampf gegen Napoleon zwang.

Alles in allem geschah damals eine tatsächliche Erhebung, wobei viele Deutsche ihr nationales Fühlen und Denken entdeckten – und doch sind die Umstände dieser Bewusstwerdung für Deutschland und Europa nicht als glücklich zu bezeichnen. Man denke an den Barden Theodor Körner, der „Leier und Schwert“ nicht zu scheiden vermochte: an „Lützows wilde, verwegene Jagd“ auf „fränkische Schergen“ und „winselnde Feinde“, auf „Henkersblut und Tyrannen“.⁷ Wie alle Völker in der Geschichte ihre Widerstandskraft gegen fremdländische Bedrücker durch eine radikale Mobilisierung des Patriotismus verschärften, so glorifizierten deutsche Dichter und Sänger den Franzosenhass, den „heiligen Krieg“, die blutige Rache und den Opfertod. Dieser vaterländisch empfundene Aufbruch zur Unabhängigkeit von Frankreich trug Merkmale eines irrationalen Exzesses, lebend und fortlebend in vielen deutschen Generationen.

Insbesondere Arndt war die Posaune dieser Erhebung. Ein Propagandist von lutherischer Sprachgewalt, den die Allmacht des Imperators und seiner rheinbündischen Kollaborateure nicht schreckte. Sein „Kurzer Kalender für teutsche Soldaten“ (1812), die er zum Abfall von Napoleons Russlandfeldzug bewegte, bezeugt nationales Rebellentum: „[...] Das ist teutsche Soldatenehre, dass der Soldat fühlt: er war ein teutscher Mensch, ehe er von teutschen Königen und Fürsten wusste: es war ein teutsches Land, ehe Könige und Fürsten waren; dass er es tief und inniglich fühlt: das Land und das Volk sollen unsterblich und ewig seyn, aber die Herren und Fürsten mit ihren Ehren und Schanden sind vergänglich.“⁸

Aus diesem Nationalgefühl, das seinen erzwungenen Mangel an Politikfähigkeit durch die Beihilfe der Rhetorik kompensieren wollte, entstand Arndts Gedicht „Des Teutschen Vaterland“ (1813). Ein denkwürdiger Hochgesang, der den deutschtümelnden Zeitgeist treffend dokumentiert, jedoch uns Heutigen problematisch erscheint:

„Was ist des Teutschen Vaterland?
Ist's Preußenland? Ist's Schwabenland?
Ist's, wo am Rhein die Rebe blüht?

[267:]

Ist's, wo am Belt die Möwe zieht?
O nein! nein! nein!
Mein Vaterland muss größer sein!“

Auf derart fragende Weise die deutschen Landschaften abschreitend, mitsamt Österreich und der Schweiz, gibt Arndt die Antwort:

⁶ Ders., Denkschrift vom Sommer 1808 über die Idee des Volksaufstands. In: Ebenda, S. 117 ff.

⁷ Theodor Körner: Lützows wilde Jagd. In: Leyer und Schwert (Berlin 1814). Neu hg. v. F. M. Kircheisen, Berlin 1913, S. 66 ff.

⁸ Ernst Moritz Arndt: Kurzer Katechismus für teutsche Soldaten, Petersburg 1812. Neu hg. v. K.-H. Hädicke, Berlin 1956, S. 46 f.

„[...] So weit die teutsche Zunge klingt
Und Gott im Himmel Lieder singt,
Das soll es sein!
Das, wack'rer Teutscher, nenne dein!“

Das zehnstrophige Gebilde radikalisiert sich zur tödlichen Drohung gegen jeden Franzosen und alle von Frankreich kommenden bürgerlich-liberalistischen Errungenschaften.⁹

Goethe passte die ganze Richtung nicht. Indem er an der aufklärerischen Humanitätsidee festhielt, wonach schöpferische Individuen aller Völker und Nationen mit möglichster Teilnahme ihrer Regierungen daran wirken sollten, den bürgerlichen Fortschritt der Menschheit zu beflügeln, bewahrte er sich den Blick für die historische Größe Napoleons, missfiel ihm der eifernde Nationalismus von 1813. Nachgeborene Kritiker haben Arndt sogar einen Wegbereiter deutscher Expansionen, zumal des Hitlerfaschismus geheißen und mit den literarischen Klopffechtern des Dritten Reiches verglichen. Hier aber wird das originäre Erbe mit dem späteren Missbrauch gleichgesetzt und ein Einspruch des Historikers herausgefordert: Denn Ideen und Handlungen können primär nur innerhalb ihrer unverwechselbaren Zeitbedingungen interpretiert werden. Mit Arndt reagierte ein deutschtümelnder Nationalismus auf die Provokationen des Nationalismus napoleonischer Hegemonialpolitik. Die Vorstellungskraft des Deutschen, der die nationale Defensive verfocht, war eine geistige Entgegnung auf die tatsächlichen Expansionen des Kaisers der Franzosen, der ein permanenter Angreifer und Eroberer war. Aber auch so bleibt zu sagen, dass in Arndts Gedichten und Schriften ein Nationalgeist wirkte, der mit den weltbürgerlichen Humanitätsideen der Aufklärung brach. Der Mann, der die vaterländischen Grenzen „mit Gottes Hilfe“ so weit verrückte, dass sie in die Lebenssphären anderer, allerdings deutschsprechender Völker hineinragten, zeugt für die Anfänge eines Ideologiewandels, der für das herrschende Denken im Deutschland des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts paradigmatisch wurde: des Wechsels vom aufgeklärten Kosmopolitismus der „Kultur-Nation“ zur nationalistischen Projektion der „Staats-Nation“.

[268:] Die Kriege von 1813 bis 1815 zeitigten zwar den Sturz des napoleonischen Regimes und somit die Unabhängigkeit von Frankreich. Doch was den Wunsch vaterländischer Einheit und verfassungsrechtlicher Freiheit betraf, so blieb Deutschland eine Staatenföderation, basierend auf dem Prinzip unantastbarer Legitimität von über 30 Fürstenthümern. Es war die studentische Burschenschaft, die den Widerstand organisierte und Arndts patriotische Frage „Was ist des Teutschen Vaterland?“ an den Anfang ihrer Verfassungsurkunde setzte. Indes bewirkte das Wartburgtreffen (1817) unter der Fahne Schwarz-Rot-Gold und Arndts geistiger Infiltration, dass Preußen sein reformpolitisches Image abschminkte und sein Polizeigesicht vorwies: die Anhänger bürgerlich-nationaler Einheit erlagen mitsamt ihrer Fahne und des Bonner Professors Arndt den reaktionären „Demagogenverfolgungen“. Auf dem Hambacher Fest (1832), der ersten deutschen Massenkundgebung für „Einheit“ und „Freiheit“, wurde Arndts Lied vom Festchor gesungen. Hier aber lebte noch die Idee der Völker-verbüderung: Neben dem verbotenen Schwarz-Rot-Gold wehte das ebenso geächtete Weiß-Rot der polnischen Fahne, und die Deutschen fraternisierten sogar mit französischen Republikanern. Überflüssig zu sagen, dass sie auf die schwarzen Listen der „Restauration“ gerieten.

Was dann kam, war ein stetig wachsender Nationalismus, der die Völker entzweite. Der alte Streit, ob der Rhein Frankreichs „natürliche Grenze“ oder „Deutschlands Strom“ sein müsse, brach 1840 ein weiteres und keineswegs letztes Mal hervor. Auf französische Gebietsforderungen reagierte eine deutsche Nationalbewegung. Arndt, der gerade erst vom inthronisierten Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. rehabilitiert worden war, witterte sogleich den Gebrauchswert seines Talents, Kriegsgesang anzustimmen: „Zum Rhein! Über'n Rhein! All' Deutschland, all' Deutschland, in Frankreich hinein!“¹⁰ Das war der Pferdefuß, der Mühen und Opfer für ein neues Deutschland fragwürdig machte: Patrioten, die sich vom kosmopolitischen Denken, von Menschenrechten und Völker-verbüderung

⁹ Ders., *Des Teutschen Vaterland* (Breslau 1813). In: *Ausgewählte Gedichte und Schriften*, hrsg. v. G. Erdmann, Berlin 1969, S. 66 ff.

¹⁰ Ders., *Kriegslied gegen die Wälschen vom Jahre 1840* (Flugblatt), Lehr 1859.

verabschiedet hatten, tradierten den „Geist von 1813“, mit ihm den Dauerhass gegen den französischen „Erbfeind“. Heinrich Heine nannte Arndt einen der „berühmtesten Franzosenfresser“, und er konfrontierte ihn mit Ludwig Börne, dem „berühmten Patriot“. ¹¹ Dieser hatte in seiner Streitschrift „Menzel der Franzosenfresser“ (1837) den „falschen“ Patriotismus, der die Völker gegeneinander verfeinde, wobei er dem „Egoismus der Fürsten und der Völker“ diene, den „wahren“ Patrio- [269:]tismus entgegengestellt: Der wahrhaftige Patriot stehe vor allem im Kampf gegen die inneren Feinde, die Bedrücker seines eigenen Volkes und Vaterlandes – er müsse zugleich ein Bundesgenosse der um Freiheit ringenden Volkskräfte anderer Länder sein. ¹²

Die beiden widersprechenden Auffassungen des Patriotismus und somit der Vaterlandsliebe stehen seither wie Kain und Abel in der deutschen Geschichte. Stets konnten die Regierungen und die jeweils herrschende Klasse beruhigt sein, wenn Bürgertum und Volk gegen einen „äußeren Feind“ wüteten. So auch in der Revolution von 1848, dem Höhepunkt der deutschen Nationalbewegung: Das frei gewählte Parlament in der Frankfurter Paulskirche verweigerte den Polen die nationale Unabhängigkeit und ließ sie durch preußisches Militär unterdrücken. Eine wahrhaft demokratische Alternative vertrat hingegen die „Neue Rheinische Zeitung“: „In den Fesseln, womit wir fremde Völker umketten, nehmen wir unsere eigene [...] Freiheit gefangen. Deutschland macht sich in demselben Maß frei, worin es die Nachbarvölker freilässt.“ ¹³ Die Revolution, die „Einheit“ und „Freiheit“ schaffen sollte, scheiterte. Es war Bismarck, der die Frage nach des Deutschen Vaterland auf dem Weg dreier Kriege gegen Dänemark (1864), Österreich (1866) und wiederum Frankreich (1870/71) beantwortete. Während nicht wenige Achtundvierziger zu ihm überliefen, blieb der Revolutionsdichter Georg Herwegh unbeirrt: Der „schlimmste Feind“ des deutschen Volkes stehe nirgendwo anders als „an der Spree“. ¹⁴ Der Akt, den Preußenkönig im Spiegelsaal von Versailles zum deutschen Kaiser zu küren, war eine Demütigung der französischen Nation. Und die Annexion Elsass-Lothringens war das Schlangenei, das Bismarck dem preußisch-deutschen Reich in die Wiege legte. Das daraus hervorstachsende Unheil wurde von den Sprechern der ersten Arbeiter-Internationale warnend vorausgesagt: Die Annexion werde in Zukunft das „unfehlbarste Mittel“ sein, um „Deutschland und Frankreich durch wechselseitige Selbstzerfleischung zu ruinieren“. ¹⁵ Eine gesamteuropäische Katastrophe in Gestalt eines deutschen Zweifrontenkriegs, bei dem sich Frankreich mit Russland verbünden werde – das war die zeitigste und genaue Ankündigung des Weltkriegs, der 1914 begann.

Das Deutsche Reich, das sich in dreifacher Staatsform als Kaiserreich, Weimarer Republik und faschistische Diktatur behauptete, endete nach 75jähriger Existenz – und immer geriet Arndts vaterländisches Denken in Missbrauch sowohl gegen den „Erbfeind“ als auch andere Völker. Weil aber Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion [270:] mit Napoleons Russlandfeldzug und Katastrophe vergleichbar war, erinnerten sich das Nationalkomitee Freies Deutschland (1943) und antifaschistische Widerstandskämpfer im Reich an Arndt, der im russischen Exil als entschiedener Agitator gegen den Aggressor seiner Zeit gewirkt hatte. Diese Rezeption überdauerte in der DDR, erhob den Literaten und Professor zum Schutzpatron seiner früheren Universität Greifswald. In der BRD indessen gereichte die Frontstellung, die im Kalten Krieg gegen den „Osten“ gewendet war, zur aktuellen Überwindung des deutschtümelnden Erbes von 1813: Das deutschfranzösische Bündnis wurde zu einem Grundstein der Vereinigung Europas. Doch am Ende der DDR, in deutsch-deutscher „Wende“, schien die Warnung vor einer Wiederbelebung des Nationalismus nicht unangemessen. Das haben neofaschistische Exzesse in ganz Deutschland erwiesen.

¹¹ Heinrich Heine: Geständnisse (1854). In: Werke und Briefe, Bd. 7. Hg. v. H. Kaufmann, Berlin/Weimar 1972, S. 108.

¹² Ludwig Börne: Menzel der Franzosenfresser (1837). In: Sämtliche Schriften. Hg. v. I. u. P. Rippmann, Düsseldorf 1964, S. 918 ff.

¹³ Friedrich Engels: Auswärtige deutsche Politik (Neue Rheinische Zeitung, Nr. 33 v. 3. Juli 1848). In: Marx-Engels, Werke (MEW), Bd. 5, Berlin 1959, S. 155.

¹⁴ Georg Herwegh: Der schlimmste Feind. In: Der Freiheit eine Gasse. Aus dem Leben und Werk Georg Herweghs. Hg. v. B. Kaiser, Berlin 1948, S. 213.

¹⁵ Karl Marx/Friedrich Engels: Brief an den Ausschuss der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (veröff. 5. September 1870). In: MEW, Bd. 17, Berlin 1962, S. 268.

Die historische Aufgabe hingegen ist eine andere: Unser Land und die Welt, unser Volk und die Völker sind unteilbar. Und gerade wir Deutschen stehen in besonderer Friedenspflicht. Die Antwort auf die alte Frage, was denn des Deutschen Vaterland sei, kann heute nur lauten: ein europäisches Deutschland- und vor allem: Europa als Teil der Welt. Historisch gewachsene Ansprüche und Pflichten der „Staats-Nation“ und der „Kultur-Nation“ sollten einander nicht ausschließen.

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern

Von Wolfgang Büttner

So viel oder so wenig die Schüler einer deutschen Schule über die Geschichte der Schweizer und den deutschen Dichter Friedrich Schiller erfuhren – eines hatten sie mit Sicherheit kennen gelernt: die zum Schlagwort gewordene Passage aus dem auf der Rütliwiese geleisteten Schwur. In des Dichters Worten lautet sie: *Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern*.¹

Die historischen Ereignisse entnahm Schiller weitgehend der „Schweizerchronik“ des Aegidius Tschudi, einem älteren Werk über die Geschichte des Alpenlandes, auf das Johann Wolfgang Goethe seinen Freund aufmerksam gemacht hatte. Einen Verteidigungsbund, den die Schweizer Kantone Uri, Schwyz und Unterwalden schlossen, hat es gegeben, und der Rütli Schwur fand nach Aussage der Quellen [271:] im Jahre 1307 statt. Die Schweizer Bauern, Hirten, Jäger und Fischer haben sich damals erfolgreich gegen die Eingliederung ihres Landes in die Hausmacht der Habsburger gewehrt. In der Schlacht im Engpass am Moorgarten 1315 siegte das Bauernheer der Eidgenossen über das Ritterheer des Herzogs Leopold von Österreich.

Schiller war beeindruckt vom Mut und von der Tapferkeit der Schweizer, mochte ihr damaliger Kampf auch stark von rein lokalen Interessen beeinflusst gewesen sein. Hier wehrte sich ein Volk gegen Fremdherrschaft, die ihm aufgezwungen werden sollte. Und derartige historische Ereignisse boten dem Dichter einen bestens geeigneten Schauplatz für ein politisch aktuelles Theaterstück. Denn Deutschland befand sich zur Zeit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in einer Situation, die den Bezug zu jener Epoche der Schweizer Geschichte geradezu aufdrängte.

In dem im Jahre 1801 zwischen Frankreich und Österreich geschlossenen Frieden zu Luneville wurde ja nicht nur das gesamte linksrheinische Territorium an Frankreich abgetreten. Kaiser Franz musste auch die von Napoleon gegründeten Satellitenstaaten anerkennen, darunter die Helvetische Republik, wie der frühere Bund der Eidgenossen nun hieß. Von der „schweizerischen Freiheit“, vermerkte dazu Schiller in einem Brief an seinen Schwager Wilhelm von Wolzogen, ist „jetzt ... desto mehr die Rede, weil sie aus der Welt verschwunden ist“. Und noch einem anderen Gesichtspunkt maß Schiller aktuelle Bedeutung bei. Nach der alten Chronik hatten sich einfache Landleute gewehrt, und zwar mit Erfolg. Er ergänzte in jenem Brief, dass „die Leute“ in Deutschland „auf solche Volksgegenstände ganz verteufelt erpicht“ seien. Auch das sollte berücksichtigt werden in dem neuen Stück mit dem Titel „Wilhelm Tell“, an dem er bereits seit zwei Jahren arbeitete.²

Die Stoßrichtung gegen Napoleons Eroberungspolitik war somit vorgegeben. Aber war dieser Machtmensch nicht auch Erbe und Testamentsvollstrecker der Großen Französischen Revolution? Denn er versetzte in den vergangenen Jahren der historisch überholten Feudalgesellschaft tödliche Schläge und genoss deshalb bei nicht wenigen Zeitgenossen Bewunderung und sogar Sympathie. Schiller hatte als 30-Jähriger den Sturm auf die Bastille, die feierliche Proklamation der Rechte des Menschen und des Bürgers durch die Nationalversammlung Frankreichs erlebt und ein Jahr später den auf dem Marsfeld zu Paris beschworenen „Bund der Brüderlichkeit“, der eine neue Epoche in der Geschichte der Völker zu begründen versprach. [272:] Dieser Tradition, in der der Dichter sein Schaffen verstand, folgte Napoleons Politik nicht. „Zu dem Eroberer“, vermerkte Karoline von Wolzogen, „hatte Schiller nie Neigung und Vertrauen, nie hoffte er, dass irgend etwas Gutes der Menschheit durch ihn werden könne ... wir hörten ihn (Schiller) sagen: ... dieser Charakter ist mir durchaus zuwider“.³ So verbinden sich im Rütli Schwur des Dramas „Wilhelm Tell“ sowohl der Appell an die Kraft des Volkes, fremder Eroberung zu widerstehen, als auch Willensbekundungen, die ihren Ursprung haben in der Großen Französischen Revolution. Nicht um die Einheit des Landes und um Einigkeit schlechthin geht es in der ersten Forderung dieses Schwurs. Ein einzig Volk von Brüdern wollen die Schweizer Landleute sein. Standesunterschiede, wie sie in Deutschland noch immer unvermindert galten, sollten

¹ Friedrich Schiller: Wilhelm Tell, 2. Aufzug, 2. Auftritt.

² Friedrich Schiller an Wilhelm von Wolzogen vom 27.10.1803. In: Schiller. Werke in drei Bänden, Leipzig, S. 104.

³ Karoline von Wolzogen über Schiller. In: Ebenda.

dem Gedanken der Brüderlichkeit weichen, Freiheit proklamierte der Dichter als Voraussetzung erfolgreichen Kampfes, aber auch Gottvertrauen und keine Furcht „vor der Macht der Menschen“, wie es in der dritten und letzten Passage des Schwures heißt.

In der politischen Aktualität dieses Volksschwures liegt sehr wesentlich das Geheimnis der Popularität, die die Forderung *Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern* schon bei den Zeitgenossen erwarb. Sie erklärt auch die Begeisterung, mit der das Schauspiel von Schiller seit der Uraufführung in Weimar im März 1804 aufgenommen wurde. Denn schon im nächsten Jahre, mit dem Sieg Napoleons in der Dreikaiserschlacht bei Austerlitz im Dezember 1805 und schließlich mit der vernichtenden Niederlage der preußischen Heeresmacht in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt im Oktober des Folgejahres begann für nahezu ganz Deutschland die Epoche der drückenden Fremdherrschaft. So wuchs die aktuelle Bedeutung des von Schiller poetisch gestalteten Kampfes der Urschweizer. Ohne Zweifel trug sein Schauspiel mit der weit verbreiteten Kampflösung zur Entfaltung jener starken Volksbewegung in Deutschland bei, die dem militärischen Aufgebot des Jahres 1813 die erforderliche Schlagkraft verlieh, den für unbesiegbar gehaltenen Schlachtenkaiser Napoleon zu überwinden.

Dennoch blieben die im Rütlichwur erhobenen Forderungen unerfüllt. Die Deutschen waren, wie Franz Mehring der bürgerlichen Schillerverklärung entgegenhielt, „nur einig in der Abschüttelung des fremden Jochs, ohne jedes klare Ziel darüber, was danach werden sollte, so dass sie eine wehrlose Beute der heimischen Schakale wurden, als der fremde Löwe vertrieben worden war“.⁴ Der Fürsten-[273:]kongress zu Wien schuf keinen gesamtdeutschen Staat, und von einem einzig Volk von Brüdern konnte ebenfalls nicht die Rede sein. Bürgerliche Reformen hatten zwar einen Ausgangspunkt für die Überwindung historisch überholter gesellschaftlicher Zustände geschaffen, doch Fürsten und Adel dachten nicht daran, die „unteren Volksschichten“, wie sie heute gern bezeichnet werden, als ihre Brüder und Schwestern zu betrachten und zu behandeln. Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49 schuf ebenfalls kein *einzig Volk von Brüdern*. Sie vermochte nicht einmal den Traum von einem einigen Vaterland zu verwirklichen. Und das Deutsche Kaiserreich von 1871 vereinte zwar die deutschen Fürsten, doch ein *einzig Volk von Brüdern* repräsentierte es noch weniger. Aber der zum Schlagwort hochgelobte erste Satz des Rütlichswures wurde über ein Jahrhundert auf Bühnen und Pulten unvermindert strapaziert und abgenutzt. Selbst als Schmuckelemente dienten Schillerworte aus „Wilhelm Tell“, so beim Bau der Deutschen Bücherei in Leipzig, wo unter einem der in Mosaikarbeit ausgeführten Wappenadlern des deutschen und des Österreichischen Kaiserreichs der Spruch *Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern* zu lesen war. 1913 wurde der Bau der bedeutenden deutschen Bibliothek begonnen. Ein Jahr später schickten die nach den Symbolen brüderlich verbundenen Reiche die einen Brüder in die Schützengräben des Ersten Weltkriegs, während die anderen die Dividenden des Rüstungsgeschäfts kassierten. 1948 wurden die Mosaikarbeiten unter dem Eindruck der jüngsten erneuten Kriegskatastrophe mit ihren unvorstellbaren Opfern als unzeitgemäß empfunden und mit einer Mörtelschicht überzogen. Restauriert erstrahlen Wappen und Sprüche im Nachwendeglanz heute erneut.

Ernst genommen wurde die im Rütlichwur ausgesprochene Forderung nach Brüderlichkeit in der deutschen Arbeiterbewegung, die in der zweiten Hälfte des 19. und im 20. Jahrhundert zu bedeutender Stärke anwuchs. Der Sozialdemokrat Franz Mehring würdigte bei aller Kritik an Schillers Schauspiel „Wilhelm Tell“ anlässlich einer Aufführung im Jahre 1909 besonders den revolutionären Kern des Bühnenwerks, den er in der Initiative sah, die die Landleute zur Befreiung von Willkürherrschaft ergreifen. Er schrieb in der Berliner „Volksbühne“: „vor allem aber das Bekenntnis vom Rütli wird immer die geheimste Fiber in der Seele des modernen Revolutionärs erzittern lassen.“⁵

⁴ Franz Mehring: Wilhelm Tell. In: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 10, Berlin 1961, S. 264.

⁵ Ebenda, S. 265.

[274:]

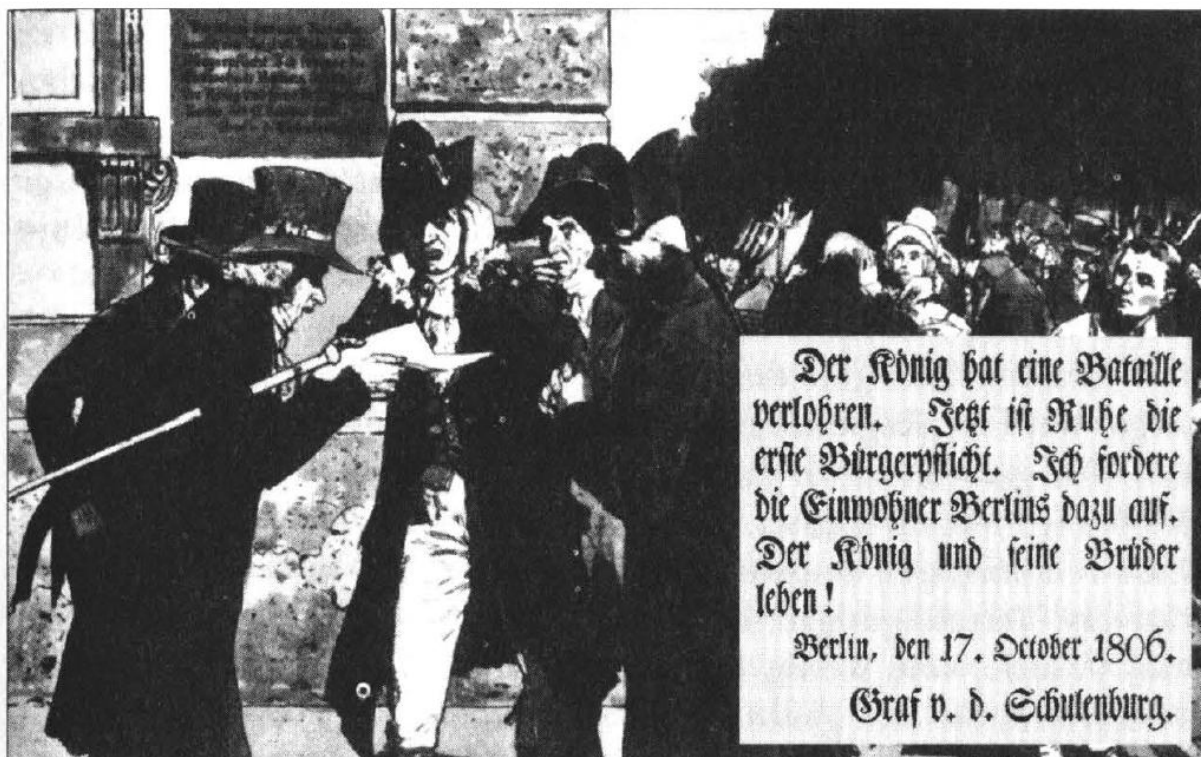
Ruhe ist die erste Bürgerpflicht

Von Wolfgang Büttner

Am 16. Oktober des Jahres 1806 verbreiteten sich in den Straßen Berlins bedrückende Gerüchte. Sie handelten von einer verlorenen Schlacht, von einer katastrophalen Niederlage gar, welche die preußische Armee im Kampf gegen die Truppen des französischen Kaisers Napoleon I. in Thüringen erlitten hätten. Einen Tag später folgte die amtliche Bekanntmachung des Grafen von der Schulenburg, Minister des Königs, die das fatale Geschehen unter Vermeidung aller Einzelheiten bestätigte. Sie lautete: „Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht. Ich fordere die Einwohner Berlins dazu auf. Der König und seine Brüder leben! Berlin, den 17. Oktober 1806. Graf v. d. Schulenburg.“¹

Die Mitteilung, der König habe „eine Bataille“ verloren, spielte allerdings das Geschehen auf ein bloßes Vorkommnis herunter, während die so genannte Bataille tatsächlich bereits eine Vorentscheidung über die bevorstehende Niederlage im Kriege war. In Wahrheit hatte die französische Armee gegen die preußische und die mit ihr verbündete sächsische Armee zwei Schlachten gewonnen. Ein Kontingent, von Napoleon angeführt, erfocht den Sieg bei Jena. Bei Auerstedt trafen wesentlich schwächere französische Einheiten auf die vom Karl Wilhelm Ferdinand, Herzog von Braunschweig, befehligte preußische Hauptarmee, bei der sich auch der König, Friedrich Wilhelm III., befand. Marschall Louis Nicolas Davout, einer der fähigsten Heerführer Napoleons, der die neue Kriegstaktik, die durch die Große Französische Revolution begründet wurde, nicht schlechter beherrschte als der Kaiser selbst, schlug die zahlenmäßig und waffentechnisch überlegene, aber von überalterten, lebensfremden und zum Teil unfähigen Generälen und Stabsoffizieren geführte preußische Armee so vernichtend, dass die Niederlage in der Nacht vom 14. zum 15. Oktober in eine Katastrophe mündete. Tote, Verwundete, Deserteure und kopflos fliehende Soldaten – dieses Bild bot die Armee, bis dahin der Stolz des preußischen Staates. Es war letztlich der überalterte, historisch überlebte Staat selbst, der auf den Schlachtfeldern bei Jena und Auerstedt seinen Bankrott offenbart hatte. Das aus der Großen Revolution hervorgegangene bürgerliche Frankreich dagegen mit seiner in zahlreichen Schlachten ungeschlagenen Armee [275:] demonstrierte erneut seine Überlegenheit im Kampf gegen die mächtigsten feudalen Mächte Europas.

¹ Zit. nach Gerd Fesser: Die Schlacht bei Jena und Auerstedt 1806, Illustrierte historische Hefte Nr. 41, Berlin 1986, S. 34.



Der Aufruf des Ministers Friedrich Wilhelm Graf von der Schulenburg-Kehnert wird von Einwohnern Berlins verlesen.

Betrachtet man die Verluste – rund 20.000 Soldaten waren auf preußischer Seite gefallen oder verwundet worden, etwa 13.000 in Gefangenschaft geraten – so wird die geschönte, schon damals übliche Kriegsberichterstattung auch in der Proklamation Schulenburgs mehr als deutlich. Sie war letztendlich auch ein Eingeständnis, dass dieser preußische Staat in seiner derzeitigen Verfassung nicht mehr die Kraft besaß, nach einer verlorenen „Bataille“ noch weiter Widerstand zu leisten. Ruhe wurde zur ersten Bürgerpflicht erklärt. Diese Einstellung charakterisierte die Haltung der Stützen dieses Staates nicht nur in der Hauptstadt. Die meisten der starken Festungen mit Besatzungen von Tausenden Soldaten, gut ausgerüstet, kapitulierten, ohne einen Schuss abgegeben zu haben, sobald französische Soldaten vor den Toren erschienen. In Berlin ging die Sorge um den Erhalt der Ruhe sogar soweit, dass der Gouverneur der Hauptstadt, Franz Ludwig Fürst von Hatzfeld, den Abtransport von 40.000 neuen Gewehren aus dem Zeughaus verhinderte, „weil dies die in einigen Tagen zu erwartenden Franzosen übelnehmen könnten“.²

Man hätte die Ruhe wohl gar nicht zur ersten Bürgerpflicht erklären müssen, denn weder oppositionelle Bewegungen noch der Wille zur Fortsetzung des Widerstands waren – von wenigen Ausnahmen [276:] abgesehen – im Königreich nach dieser Katastrophe vorhanden. Es gab keinen Grund, ernsthaft besorgt zu sein, denn gegen den Monarchen und seine Regierung war keine Unruhe zu befürchten, obwohl ein paar Berliner Gassenjungen respektlos sangen: „Unser Dämel sitzt in Memel.“³ Der Spott galt dem König, der in die kleine nordöstlichste Hafenstadt des Reichs geflohen war.

Das Schlagwort *Ruhe ist die erste Bürgerpflicht* charakterisiert treffend die Bemühungen der Machthaber aller Staaten, Einfluss der Bürger auf ihre Regierungsführung zu beschränken oder zu verhindern. Das galt schon vor Jahrtausenden. Auf derartige Praktiken verwies bereits Martin Luther, als er sich in Worms 1521 vor Kaiser und Reich rechtfertigen musste. Er könne, schrieb er in seinem Manuskript der Verteidigungsrede, es mit vielen Beispielen aus der Bibel „vom Pharao, vom König Babels und den Königen Israels veranschaulichen, die sich gerade dann am sichersten zugrunde richteten, wenn sie mit besonders klugen Plänen darauf ausgingen, Ruhe und Ordnung in ihren Reichen zu behaupten“.

² Ebenda, S. 35.

³ Ebenda, S. 39.

Zum Schlagwort jedoch wurde der in die Form einer amtlichen Verfügung gegossene Spruch Schulenburgs erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Wesentlichen Anteil an seiner Popularität hatte ein in dieser Zeit viel gelesener Roman des Schriftstellers Willibald Alexis, mit bürgerlichem Namen Wilhelm Häring, der unter dem Eindruck der Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49 geschrieben wurde und 1852 erschien. Nach den Erschütterungen ihrer Herrschaft im ersten Revolutionsjahr war die preußische Regierung mehr denn je um Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ besorgt. Schon im März 1850 hatte sie neue Gesetze über das Vereins- und Versammlungsrecht erlassen, mit denen die öffentliche politische Betätigung vor allem demokratischer Kräfte und deren Vereinigungen empfindlich eingeschränkt worden waren. Für ihre peinliche Einhaltung sorgte nicht zuletzt der Berliner Polizeipräsident Karl Ludwig von Hinckeldey, der durch strenge Amtsführung vorgeblich im Interesse von Ruhe und Ordnung fatale Bekanntheit erwarb.⁴

Willibald Alexis gab seinem Roman den zeitgemäßen und beziehungsreichen Titel *Ruhe ist die erste Bürgerpflicht*, waren doch die revolutionären Kämpfe, die in Berlin mit der Barrikadenschlacht am 18. und 19. März 1848 einen Höhepunkt erreicht hatten, namentlich in der preußischen Hauptstadt noch in frischer Erinnerung. Er hatte einen historischen Roman geschrieben und dafür die Geschichte [277:] Preußens in den Jahren vor der Katastrophe von Jena und Auerstedt gewählt. Die Charakteristik des Verfalls in den vornehmsten Gesellschaftskreisen bildet das wesentliche Anliegen des Autors.

Es war nicht Alexis' erster historischer Roman. Doch dieser war anders als die Vorgänger. Mit seinem Werk korrigierte er früher vertretene Standpunkte. Bis dahin hatte er, wie er 1849 einem Freunde schrieb, „als Dichter in der Idee des Preußentums, der Hohenzollernschen Mission mit allen Kräften, aus vollster Überzeugung gelebt“. Die Revolution hatte ihn zu kritischer Überprüfung seiner Haltung und neuer Wertung der preußischen Geschichte angeregt. Nun fühlte er sich, so schrieb er weiter, „gedrungen ..., gegen dieses spezifische Preußentum mit allem, was mir an Kraft blieb, zu kämpfen“.⁵ Und da bot ihm gerade dieser Abschnitt deutscher Geschichte ein dankbares Feld, denn er sah nach den Revolutionsjahren jenes Preußentum unter der Parole Ruhe ist die erste Bürgerpflicht wiedererstehen, dem er die Hauptschuld an der Katastrophe des Jahres 1806 zuschrieb.

Die Forderung nach Ruhe und Ordnung und die behördlichen Maßnahmen, sie zu gewährleisten, traten in der Geschichte immer dann prononciert zutage, wenn Regierungen darum bangten, ihre volksfeindliche Politik durchsetzen zu können oder gar um die Behauptung ihrer Macht fürchten mussten, kurzum: wenn die Gefahr existierte, dass das Volk sich in Bewegung setzte und aufstand. Aber auch, wenn den Massen außerordentliche Anstrengungen abverlangt wurden und sie dafür aufs Äußerste diszipliniert werden sollten. So gehörte es bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu den ersten Maßnahmen der kaiserlichen Regierung, mit dem Erlass eines „Belagerungszustandsgesetzes“ eine amtliche Grundlage für die Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten zu schaffen, um damit auch jede Friedensinitiative wirkungsvoll unterdrücken zu können. Die vollziehende Gewalt ging mit diesem Gesetz uneingeschränkt an die Militärbehörden über. Seinen diktatorischen Charakter hat der damalige preußische Innenminister von Loebell in einem Schreiben an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg nachdrücklich erläutert: „Das Gesetz hat seine besondere Bedeutung eben darin, dass es der Rechtskontrolle entbehrt und den Begriff der Verantwortlichkeit nur gelten lässt als den einer militärisch-dienstlichen Verantwortung gegenüber dem Obersten Kriegsherrn.“ Somit gab dieses Gesetz „dem Staat im Kriegsfall sowohl wie in Fällen innerer Unruhen mit der Möglichkeit der Verhängung der Militärdiktatur ein unentbehrliches Mittel zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ in die Hände.⁶

[278:] Ruhe und Ordnung lautete nun meist die im Sprachgebrauch üblich gewordene Forderung auf Bewahrung der zur „Bürgerpflicht“ erklärten Ruhe. Nicht anders verhielten sich die Führer der Sozialdemokratischen Partei Ende 1918, als der Erhalt der bürgerlichen Ordnung in Deutschland durch die in der Novemberrevolution erhobene Forderung nach einer Räterepublik in Frage gestellt wurde.

⁴ Siehe Deutsche Geschichte, Bd. 4, Berlin 1984, S. 390.

⁵ Zit. nach Geschichte der deutschen Literatur, Bd. 8.1, Berlin 1975, S. 625.

⁶ Zit. nach Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 1, Berlin 1968, S. 414.

Mit allen Mitteln, auch mit blutigem Terror gegen revolutionäre Arbeiter, unterstützten sie die Durchführung von Wahlen zu einer Nationalversammlung, die dem Land angeblich wieder „Ruhe – Ordnung – Sicherheit“ gewährleisten würde. „Ruhestörer“ waren in ihren Augen Andersdenkende, welche die Realisierung des gegebenen Versprechens nach „Sozialisierung“ einforderten. Und für die Gründung des Nachfolgestaates der kaiserlichen Monarchie organisierten dann die neu gewählten Reichstagsmitglieder aus Angst vor dem Volke eine Flucht nach Weimar, wo sie „friedliche Ruhe“ erwarteten.⁷

Die 1806 von einem hohen preußischen Beamten der Berliner Bevölkerung diktierte eigentümliche Verhaltensregel, Ruhe zu bewahren, kannten vor allem junge Menschen bald nur noch aus dem Geschichtsunterricht. Auch der Roman von Alexis war nur wenigen bekannt. Doch aufmüpfige Schüler einer sächsischen Oberschule fanden noch Anfang der 40er Jahre Schulenburgs Proklamation belustigend und ergänzten den Spruch spöttisch: *Ruhe ist die erste Bürgerpflicht ... „und Krach machen die zweite!“*

Bekannt blieb das Schlagwort bis in die jüngste Vergangenheit vor allem deshalb, weil es seine Aktualität nie einbüßte, gleich ob es die SED-Führung war, die nach dem 17. Juni 1953 Ruhe verordnete und den Slogan *Keine Fehlerdiskussion* verkündete, oder ob der heutige Bundeskanzler Gewerkschafter und selbst Mitglieder des grünen Koalitionspartners rügt, wenn diese öffentlich eine Unterbrechung oder gar ein Ende des Bombenkrieges gegen Afghanistan fordern. Für deutsche Regierungen scheint Ruhe immer noch die erste Bürgerpflicht zu sein ...

⁷ Zit. nach Manfred Weißbecker: Flucht nach Weimar 1918/19. Illustrierte historische Hefte Nr. 25, Berlin 1985, S. 16, 39 u. 31.

[279:]

Am deutschen Wesen soll die Welt genesen

Von Armin Jähne

Es war Emanuel Geibel (1815-1884), zu seiner Zeit einer der bekanntesten deutschen Lyriker, der im letzten Vers des bereits 1861 geschriebenen Gedichts „Deutschlands Beruf“ das „deutsche Wesen“ als eine Art Tugendbündel pries: „Macht und Freiheit, Recht und Sitte,/klarer Geist und scharfer Hieb/zügelnd dann aus starker Mitte/jeder Selbstsucht wilden Trieb,/und es mag am deutschen Wesen/einmal noch die Welt genesen“.

Geibel, ein Anhänger der auf Blut und Eisen setzenden Bismarckschen Deutschlandpolitik, begrüßte – wie viele neben ihm – das neugeschaffene, 1871 in Versailles proklamierte Wilhelminische Kaiserreich aus voller Seele. Im gleichen Jahr erschienen seine in nationaler Hochstimmung verfassten „Heroldsrufe“ und, darin aufgenommen, auch das zitierte Gedicht.

Zum „Deutschen Wesen“ als einer Summe von Tugenden gehörte für Geibel immer ein zentralistisches, absolutistisches Herrschaftssystem, das fähig war, partikularistische, egoistisch-korporative Interessen zugunsten des Ganzen zurückzudrängen. Insofern drückten seine Verse von 1861 die Hoffnung aus, es möge Preußen und der Hohenzollerndynastie mit starker Hand und „scharfem Hieb“ gelingen, Deutschland politisch zu einigen und zu einem allseits respektierten Staat zu machen. Als sich aber mit erfolgter Reichsgründung die rezeptionsgeschichtlichen Umstände des Gedichts änderten, wandelte sich auch sein Sinngehalt. Die metaphorisch betonte „starke Mitte“ bekam eine neue, doppelte Bedeutung. Sie wurde zum einen vom deutschen Kaiser, der zugleich preußischer König war, von Reichskanzler und Reichstag verkörpert und meinte jene Reichsinstitutionen und Preußen, die in deutschem Gesamtinteresse die noch bestehenden 26 Einzelstaaten, u. a. die Königreiche Bayern, Sachsen und Württemberg, mit ihren Sonderrechten und eigenen Ambitionen politisch zu zähmen hatten. An die Kandare gehörten auch die „selbstsüchtig-wilden Triebe“ radikaler demokratischer Strömungen und, wie mit dem 1878 verhängten Sozialistengesetz versucht, die selbstbewusster werdende Arbeiterbewegung. Das Bild von der „starken Mitte“ ließ sich aber – zum anderen – genauso auf das neue deutsche Kaiserreich beziehen, das als selbst ernannter Hort von Macht, Freiheit, Recht und Sitte und gleichsam aus dem Zentrum [280:] Europas heraus mit „scharfem Hieb“ die Nachbarstaaten zur Raison zu bringen hätte – nach dem Vorbild der Kriege 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich-Ungarn und insbesondere 1870/71 gegen Frankreich. Die deutsche Hilfe bei der Niederschlagung der Pariser Kommune (März/Mai 1871) hatte schon gezeigt, welchen Beitrag „deutsches Wesen“ zur „Genesung“ vorläufig nur der europäischen Welt zu leisten vermochte.

Geibels Sentenz kam zweifellos dem deutschen Zeitgeist nach 1871 entgegen, der sich im Stolz auf das geeinte, große und starke Vaterland und den Sieg über den Erbfeind Frankreich zeigte, in der Genugtuung über die Milliarden der Kriegsbeute und dem dadurch geförderten wirtschaftlichen Aufschwung wiederfand und im Hochgefühl offenbarte, einen England oder Russland ebenbürtigen Platz unter den europäischen Großmächten eingenommen zu haben. Sie suggerierte keineswegs die Zwangsvorstellung, dass nun alle Welt nach deutschem Muster umgemodelt werden müsse. Aber aus ihr sprachen bereits, kaum war der längst fällige Schritt zum Einheitsstaat getan, nationaler Hochmut und jene Verblendung, die nicht sehen konnte und wollte, dass auch andere Völker Recht und Sitte kennen, Macht, Freiheit und Geist besitzen und, wenn notwendig, imstande sind, einen gleichermaßen starken und „scharfen Hieb“ zu führen. Mehr noch, in ihr kündigte sich ein Unfehlbarkeitsbewusstsein an, das sich tief in die deutsche Gesellschaft einsenkte, sich ins Maßlose steigerte und politischem wie wirtschaftlichem Hegemonialstreben Vorschub leistete. Bald schon begannen Deutschlands herrschende Kreise über den Nationalstaat und Europa hinaus an Kolonien zu denken und Welt-herrschaftspläne zu schmieden.

Geibels Verse fielen auf einen günstigen mentalen Nährboden, der ihrer Verbreitung und Verinnerlichung förderlich war. Allmählich auf die letzten zwei Zeilen reduziert, entfernte sich, wie bei geflügelten Worten oft zu beobachten, die kolportierte Form beträchtlich vom Original. Aus dem

relativierenden „es mag einmal genesen“ wurde das apodiktische *am deutschen Wesen soll die Welt genesen*, das, so gebraucht, in seiner Arroganz nicht zu überbieten und nicht zu missdeuten war. Am 31. August 1907 beschwor Kaiser Wilhelm II. in einer im westfälischen Münster gehaltenen Rede die einende Kraft der Religiosität. Das deutsche Volk solle sich, wie er forderte, über Standesgrenzen und Parteiengezänk hinweg in festem Gottesglauben um das Kreuz der christlichen Religion zusammenschließen – zum Wohle des Vaterlandes. Dann würde sich auch das Dichterwort erfüllen: „Am [281:] deutschen Wesen wird einmal noch die Welt genesen.“ Wilhelm II., berühmt-berüchtigt für seine burschikos-schnittigen, staatsmännisch meist sehr unglücklichen Aussprüche, hatte Geibels moderates „mag“ durch sein selbstsicheres „wird“ ersetzt.¹

Nichts passte besser zu dem nationalistischen Taumel, der zwischen 1871 und 1914 einem Großteil des deutschen Volkes die Köpfe verdrehte, als das *Am deutschen Wesen soll die Welt genesen*, und dieser Spruch entlarvte zugleich mehr als jeder andere deutsche Hybris und Anmaßung. Er stand wie das Wort vom *Platz an der Sonne* für das Streben des jungen imperialistischen Deutschlands nach größerem weltpolitischen Einfluss, nach Rohstoffquellen und Absatzmärkten. Zum exponierten Sprachrohr dieser Ambitionen, wurde der extrem chauvinistische und klar monarchistisch orientierte Alldeutsche Verband. Die dort bestimmten Ziele erstreckten sich auf territoriale Ansprüche in Europa, die Schaffung eines Kolonialreiches, dazu den Bau einer mächtigen Kriegsflotte und eine deutsche Führungsrolle in der Welt. Am 16. Januar 1904 beendete Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow seine im preußischen Herrenhaus gehaltene Eröffnungsrede mit den programmatischen Worten, die wie ein Schlachtruf klangen: „Der König in Preußen voran, Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran.“²

Da am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts kein Volk der Welt vom „deutschen Wesen“ beglückt werden wollte, ließ sich das vermessene Ansinnen der Losung *Am deutschen Wesen soll die Welt genesen* nur auf gewaltsame Weise und gegen den Willen der Betroffenen verwirklichen, vornehmlich im Zuge der verspätet einsetzenden deutschen Kolonialpolitik. Zuerst fassten die deutschen Kolonialherren in Deutsch-Südwestafrika, Togo und Kamerun Fuß. Dann kam Deutsch-Ostafrika hinzu, wo der als „Hängepeters“ berüchtigte Carl Peters, einer der Mitbegründer des Alldeutschen Verbandes, „deutsche Wesensart“ demonstrierte. Es folgten die Marshall-Inseln, Deutsch-Neuguinea, Kiautschou, die Marianen, die Karolinen und Samoa.

In den deutschen Kolonien entstanden Städte und Siedlungen nach europäischem Muster, entwickelten sich Handel und Wandel, wurden Schulen eingerichtet und moderne Formen agrarischen Wirtschaftens eingeführt. Den Nutzen, den Profit strichen einzig deutsche Unternehmen oder deutsche Farmer ein, während die grausam unterdrückte und ausgebeutete einheimische Bevölkerung die billigen Arbeitskräfte stellte. Mehr noch, ihre Lebensräume wurden durch [282:] Landraub mehr und mehr beschnitten, ihre traditionelle Lebensweise stark eingeschränkt. Deshalb erhoben sich 1904 in Deutsch-Südwestafrika die Stämme der Hereros und Hottentotten. Die Hereros, die am Waterberg in offener Feldschlacht eine Niederlage erlitten, wurden in die wasserlose Wüste Kalahari abgedrängt und dort dem Tod durch Verdursten preisgegeben. Die Hottentotten, deren Widerstand erst 1907 mit Hilfe britischer Kolonialtruppen gebrochen werden konnte, verloren wie die Hereros ihren angestammten Grund und Boden und erhielten Siedlungsplätze in trockenen, unfruchtbaren Gegenden zugewiesen. An beiden afrikanischen Stammesgruppen verübten die deutschen Kolonisatoren böswilligen Völkermord. Von etwa 100.000 Hereros waren in nicht ganz einem Jahr ca. 60.000 bis 70.000 entweder im Kampf gefallen, umgebracht worden oder an Hunger und Wassermangel gestorben. Übrigens hatten die Spanier, Portugiesen, Briten, Franzosen, Holländer und Belgier die Verbreitung ihres „Wesens“ bei der Gründung ihrer Kolonialreiche nicht viel anders gehandhabt. Die Nordamerikaner machten es im Kampf gegen die Indianer ebenso.

¹ Die Reden Kaiser Wilhelms II. in den Jahren 1906 – Ende 1912, 4. Teil, Hg. v. Bogdan Krieger, Leipzig o. J., S. 88 (Rede in Münster am 31. August 1907).

² Fürst Bülows Reden nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik, Hg. v. Joachim Penzler, Bd. 2, Berlin 1907, S. 34 (Sitzung des Herrenhauses am 16. Januar 1904).

Wie sich „deutsches Wesen“, an dem die Welt genesen sollte, in Europa offenbarte, zeigte die „Zabernaffäre“ im 1871 annektierten Elsass, wo sich die deutschen Zivil- und Militärbehörden wie in besetztem Feindesland aufführten. Ein junger preußischer Leutnant hatte seine Rekruten angewiesen, bei Streitigkeiten mit der einheimischen Bevölkerung scharf durchzugreifen und auch die Waffe einzusetzen. Zugleich beleidigte und beschimpfte er die Elsässer in so grober Weise, dass es in Zabern zu öffentlichen Unmutsbekundungen kam, die weitere Proteste auslösten. Die Militärbehörde befahl Verhaftungen und verhängte schließlich den „kleinen Belagerungszustand“. In diesem Zusammenhang äußerte der Vorgesetzte des Leutnants und Kommandeur des in Zabern stationierten preußischen Infanterieregiments 99, Oberst von Reuter, freiheraus: „Ich betrachte es ... als Glück, wenn jetzt Blut fließt. Wir haben lange genug Geduld gehabt, ich habe schon oft den Vorwurf bekommen, nicht energisch genug eingegriffen zu haben.“ Die Vorfälle im Elsass wurden Gegenstand heftiger Debatten im deutschen Reichstag, und Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, der in einer Erklärung den militärischen Hitzköpfen in Zabern politisch den Rücken gestärkt hatte, zog sich eine Missbilligung zu.³

Der Spruch *Am deutschen Wesen soll die Welt genesen* spiegelte extreme Deutschtümelei, deutsche Selbstgefälligkeit, einen in sein Gegenteil umgeschlagenen nationalen Minderwertigkeitskomplex, Bevor-[283:]mundung der anderen, überspannten Nationalstolz, die Überschätzung der eigenen Kräfte und Möglichkeiten wider, aber auch ein gewisses Maß an Trotz gegenüber jenen Völkern, die sich seit langem schon als Nationalstaaten konstituiert hatten und mit einem in sich ruhenden Selbstvertrauen auf der Bühne internationaler Politik agierten. Er befand sich in direktem Gegensatz zu Gottfried Kellers bedachtem und freundlichem Wort: „Achte jedes Mannes Vaterland, aber das deinige liebe!“ Wie viel von diesem dunstigen Gefühlsgemenge in deutschen Köpfen in den Jahren vor 1914 waberte, mag das Beispiel der Schriftstellerin Maria Kahle (1891-1975) zeigen. In ihrem Gedicht „Vaterland“ heißt es: „Wir schielten nach der Fremde hin/mit gar zu demütigem Sinn;/wir machten uns gering und klein/vor frechem Stolz und falschem Schein./Wir hatten es wohl nie erkannt,/wie herrlich unser deutsches Land,/bis wir in harter Not erwacht/und weit die Augen aufgemacht./Da wurde es uns plötzlich klar,/was unser Volk, was unser Deutschland war!/Da klang es laut ins Land hinein: ‚O Stolz, o Wonne, deutsch zu sein!‘“ Am Beginn des Ersten Weltkrieges bekennt sie: „Ich bin eine Deutsche! Wisst ihr, was das heißt?/Das heißt eine Tochter zu sein/des Landes, das heute den Völkern weist/seinen Willen im Flammenschein!/Hurrah! Ich bin eine Deutsche.“⁴

Nach der Kriegsniederlage erwiesen sich die zuvor hoch fliegenden deutschen Weltmachtpläne als Luftschlösser. Die Kolonien in Afrika und im Pazifik gingen verloren, Deutschland hatte Teile seines Territoriums abzutreten, das Saargebiet unterstand alliierter Verwaltung, Reparationszahlungen drückten das Land. Das großmäulige *Am deutschen Wesen soll die Welt genesen* war in Verruf geraten und widersprach unter den neuen Machtverhältnissen jeder politischen Vernunft. Dafür fand der aufkommende Europagedanke bei vielen deutschen Politikern Gehör und Unterstützung. Aber gerade weil Deutschland durch den Versailler Friedensvertrag von 1919 tief gedemütigt wurde, blieb früheres nationalistisches und chauvinistisches Gedankengut lebensfähig. Es wurde bewahrt und weitergegeben, ob in der Schule, in der bürgerlichen Presse, in Kriegervereinen oder an Stammtischen. Maria Kahle, um bei ihrem Beispiel zu bleiben, veröffentlichte in den 1920/30er Jahren eine Vielzahl zutiefst nationalistischer Schriften und trat in völkisch-militanten Verbänden wie dem Jungdeutschen Orden auf, wo sie willige Zuhörer fand.

Als 1933 die Nationalsozialisten zur Macht kamen, wahrten sie zum Spruch *Am deutschen Wesen soll die Welt genesen* eine gewisse [284:] Distanz, ohne ihn aber völlig zu negieren. In ihrem Verständnis war das „deutsche Wesen“, weil rasse- und blutsgebunden, nicht einfach auf andere Völker übertragbar. Nur arische Deutsche, die zugleich Herrenmenschen sein sollten, konnten es „heilbringend“ über die Welt verbreiten, und zwar zuerst in Richtung Osteuropa. Um dort dem „deutschen

³ Deutsche Geschichte, Hg. v. Hans-Joachim Bartmuss/Stephan Doernberg u. a., Bd. 2, Berlin 1967, S. 765 f.; Kurt Stenkewitz: Immer feste druff! Zabernaffäre 1913, Berlin 1962.

⁴ Maria Kahle: Liebe und Heimat, Bigge-Ruhr 1922, S. 114 und 158 f.

Wesen“ bzw. dem „Deutschtum“ neue Entfaltungsräume zu erschließen, mussten im Zuge des 1939 gegen Polen begonnenen Krieges andere, als minderwertig betrachtete nationale Wesensarten in ihrer Existenz eingeschränkt, verdrängt oder – wie mit den Juden geschehen – ganz eliminiert werden. Laut Generalplan Ost war beabsichtigt, in den „eingegliederten Ostgebieten“ in großer Zahl so genannte Wehrbauernhöfe einzurichten und außerdem „helle, frohe Siedlungen mit Kleingärten“ anzulegen: Hauptdörfer, Amts- und Kreisstädte, in denen Bauern- und Handwerkerfamilien als „vollwertige Volksgenossen“ wohnen würden. An ein „Abbild der deutschen Seele“ war gedacht. Um dafür Platz zu schaffen, wurde die als störend empfundene, eingesessene „volksfremde Bevölkerung“ – Polen und Juden – „ausgesiedelt“ und seit dem Herbst 1939 systematisch in das „Generalgouvernement“ abgeschoben. Legalisiert durch den Erlass des Reichsjustizministers von 22. April 1940 arbeitete das SS-Zentralbodenamt in Berlins Friedrichstraße 110/112 an der Erfassung, Beschlagnahme und Grundbucheintragung von etwa 800.000 landwirtschaftlichen Betrieben, die sich in polnischem oder jüdischem Besitz befanden. Zum Glück für die osteuropäischen Völker – und auch das deutsche Volk – begann sich noch im Dezember 1941 vor Moskau das Blatt des Krieges zu wenden. Es folgten Stalingrad, Kursk, der Siegeszug der Roten Armee und ziemlich spät erst, im Juli 1944, die Landung der westlichen Alliierten an Frankreichs Nordküste. Die Arisierung bzw. Germanisierung weiter Teile Osteuropas fand nicht statt. Am 8. Mai 1945 kapitulierte Deutschland bedingungslos. Das deutsche Volk erlebte seit der Reichsgründung 1871 die zweite nationale Katastrophe.

Am deutschen Wesen, hatte es zu Beginn eines verhängnisvollen Weges geheißen, *soll die Welt genesen*. Aber deutsche Hybris und Verblendung hatten anderen Völkern und den Deutschen selbst nur Unheil gebracht. Deutschland büßte ein Drittel seines Territoriums ein, Ströme von Flüchtlingen und Vertriebenen ergossen sich westwärts, das Land wurde staatlich in zwei Teile gespalten und war 50 Jahre von den Truppen der Siegermächte besetzt. Der Ruf der Deutschen, eine Kulturnation zu sein, erlitt bleibenden Schaden, und die [285:] einst starke deutsche Kulturkomponente in Osteuropa wurde fast völlig ausgelöscht, nicht zuletzt auch deshalb, weil einer ihrer Träger, die osteuropäischen Juden, auf perfektionierte „deutsche Weise“ beinahe ausgerottet worden wäre. Der Spruch *Am deutschen Wesen soll die Welt genesen* – nun ein Unwort- hatte sich erledigt. Abermals bot sich die Europa-Idee als ein ideologisches Vehikel an, um die Bundesrepublik, die sich mit ihrem Alleinvertretungsanspruch immer für das wahre, also traditionelle Deutschland hielt, aus politischer Isolation herauszuführen. Nach der zweiten politischen Einigung im Jahre 1990 fühlte sich das stärker gewordene ganze Deutschland gleichsam verpflichtet, mehr, so die offizielle Sprachformel, „weltpolitische Verantwortung“ übernehmen zu müssen, auch militärisch im Sinne der Gewalteindämmung oder einer friedensstiftenden Mission. 1999 befand es sich – grundgesetzwidrig – mit seinen Verbündeten im Krieg gegen Jugoslawien.

Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt

Von Gerd Fesser

Es ist zu vermuten, dass sich viele Deutsche Otto von Bismarck etwa so vorstellen, wie er auf seinen zahlreichen Denkmälern zu sehen ist: fast immer in Uniform und mit dem Helm auf dem Kopf, oft auf ein mächtiges Schwert gestützt.¹ Hugo Lederer, der Schöpfer des bekannten Bismarck-Denkmal in Hamburg, hat seinen Helden gar als reckenhaften Roland in mittelalterlicher Rüstung dargestellt. Fast allen Bismarck-Denkmalern ist gemeinsam, dass der Reichsgründer auf ihnen wie ein Titan erscheint, der furchtlos und unbeirrbar seinen Weg geht.

Solch Bismarck-Bild passte vortrefflich ins Konzept des Alldeutschen Verbandes, des Deutschen Flottenvereins und weiterer militanter Organisationen, die seit den 1890er Jahren entstanden. Pangermanismus, Rassismus, Kult des Krieges – all das hatten intellektuelle „Einzeltäter“ in früheren Jahrzehnten bereits formuliert. Nunmehr aber verbreiteten die genannten Organisationen geradezu „stabsmäßig“ ein diffuses explosives Ideengut, das alle diese Komponenten umfasste.

[286:] Die Exponenten dieser „neuen Rechten“ beriefen sich immer wieder auf Bismarck als Schrittmacher ihrer Politik. In zahllosen populären Schriften, in Gedichten und Festreden stilisierten sie den „Eisernen Kanzler“ zum „Deutschesten aller Deutschen“ und zum „Genius germanischen Kampfeszornes“.² Dabei beriefen sie sich immer wieder auf Bismarcks Formel von „Blut und Eisen“ und auf seinen Satz *Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt*. Dabei stand ihnen nicht der wirkliche Bismarck vor Augen, sondern ein nach ihrer Fassung mystifizierter Reichsgründer.

Bismarck hatte vom „letzten Mittel des Königs“ einen vorsichtigen Gebrauch gemacht. Dreimal führte er Krieg. Jedes Mal analysierte er zuvor sorgsam das europäische Kräfteverhältnis, visierte ein klar umrissenes politisches Ziel an und beendete den Krieg, wenn er es erreicht hatte.

Seit der Reichsgründung von 1871 schaute man in den Hauptstädten des alten Kontinents beklommen auf Berlin. Plante Bismarck, der drei siegreiche Kriege geführt hatte, womöglich schon den vierten? Entgegen solchen Befürchtungen betrieb der Kanzler eine Friedenspolitik, die auf die Erhaltung des Status quo gerichtet war – nicht von Anfang an, aber bestimmt seit 1875.

In diesem Jahr inszenierte er die „Krieg-in-Sicht“-Krise mit dem Ziel, Frankreich durch Drohungen dazu zu bewegen, Rüstungsmaßnahmen rückgängig zu machen. Doch seine Rechnung ging nicht auf. Die Regierenden in London und in St. Petersburg waren beunruhigt und protestierten in Berlin gegen die friedensgefährdende Politik des Kaiserreichs. Bismarck musste zurückstecken. Das Eingreifen Russlands und Großbritanniens hatte ihm gezeigt: Es war für das deutsche Kaiserreich eine Existenzfrage, künftig eine vorsichtige und defensive Außenpolitik zu betreiben.

1878 beschwor dann der Griff des zaristischen Russland nach Konstantinopel (Istanbul) die Gefahr eines großen europäischen Krieges herauf. Es gelang Bismarck auf dem berühmten Berliner Kongress, die Kriegsgefahr abzuwenden und zwischen Russland, Österreich-Ungarn und England einen Kompromiss auszuhandeln.

Die herrschenden Kreise des Zarenreiches waren mit den Ergebnissen des Berliner Kongresses nicht zufrieden. Als den Hauptschuldigen dafür, dass sie einen Teil ihrer Ziele nicht erreicht hatten, betrachteten sie Bismarck. Das trug zu einer Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen bei. Bismarck schloss deshalb schließlich im Oktober 1879 ein Bündnis mit Österreich-Ungarn, den Zweibund.

[287:] Zwei Jahre später schloss er mit Russland und Österreich-Ungarn den Dreikaiservertrag. Darin hieß es: werde einer der drei Vertragspartner von einer vierten Macht angegriffen, dann seien die

¹ Zu den Bismarck-Denkmalern siehe Dirk Reinartz/Christian Graf von Krockow: *Bismarck. Vom Verrat der Denkmäler*, Göttingen 1991; Günter Kloss u. Sieglinde Seele: *Bismarck-Türme und Bismarck-Säulen. Eine Bestandsaufnahme*, Peterberg 1997.

² Lothar Machtan: *Bismarck-Kult und deutscher National-Mythos 1890 bis 1940*. In: *Bismarck und der deutsche National-Mythos*. Hg. v. Lothar Machtan, Bremen 1994, S. 26 u. 36.

beiden anderen zu wohlwollender Neutralität verpflichtet. 1882 folgte der Dreibundvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien. Diese Verträge sollten die Sicherheit des Kaiserreiches und den Frieden in Europa garantieren. Bismarcks vielberufenes „Spiel mit den fünf Kugeln“ (den fünf europäischen Großmächten) verlief in der ersten Hälfte der 80er Jahre durchaus erfolgreich.

Im Juli 1884 erläuterte der Kanzler dem jungen Diplomaten Bernhard von Bülow, den er gerade als Ersten Sekretär an die Botschaft in St. Petersburg versetzt hatte, seine Russlandpolitik folgendermaßen: Das A und O für die Außenpolitik des Deutschen Reiches sei das Verhältnis zu Russland, und Petersburg sei der wichtigste diplomatische Posten. Es müsse alles getan werden, um einen deutsch-russischen Krieg zu vermeiden. Bülow solle in Petersburg nicht müde werden, immer wieder zu erklären: Niemand könne voraussehen, wie ein Krieg zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland ausgehen werde. Nur eins sei ganz sicher: Die drei Monarchen müssten die Zeche bezahlen, und allein die Revolution würde gewinnen.³

Während seiner Reise nach Petersburg machte Bülow in Königsberg Station und fasste die Äußerungen Bismarcks in einem Gedächtnisprotokoll zusammen. Darin heißt es u. a.: „S.[eine] D[urchlaucht] über auswärtige Lage. Friedenspolitik! Warum?! Bei Krieg nichts, gar nichts zu gewinnen. D[eu]tsch-Österreich? Baltische Provinzen? Holland? Schweiz? Alles das würde uns nur schwächen. Er verwarf prophylaktische Kriege.“⁴

1885 verschärfte sich das Ringen zwischen Russland und Österreich um den beherrschenden Einfluss in Bulgarien. Bis in die Armeeführung und die Spitzen der Bürokratie hinein regten sich in Russland panslawistisch gesinnte Kräfte, die für einen Angriffskrieg gegen Österreich eintraten. Mehr und mehr schürten diese Kreise auch antideutsche Stimmungen. In Führungskreisen des Deutschen Reiches traten starke Kräfte hervor, welche die Russlandpolitik Bismarcks für verfehlt hielten. Sie meinten, ein Krieg mit Russland und Frankreich werde ohnehin kommen, daher sei es besser, ihn präventiv zu führen. Bismarck beurteilte nicht nur die politischen, sondern auch die militärischen Aussichten eines deutsch-russischen Krieges weitaus realistischer als die angeblichen Fachleute. Er trat deshalb den Kriegsbefürwortern scharf entgegen. Nur fünf Jahre später, 1890, [288:] sollten sich jene Militärkreise, deren Kriegspläne er durchkreuzt hatte, revanchieren, indem sie maßgebend zu seinem Sturz beitrugen.

Weder in Berlin noch in St. Petersburg gewannen die kriegsentschlossenen Kreise die Oberhand, und so konnte am 18. Juni 1887 der streng geheime deutsch-russische Rückversicherungsvertrag unterzeichnet werden. Dieses Abkommen war das Werk Bismarcks und der deutschfreundlichen Kreise um den russischen Außenminister Nikolai Giers. Die Vereinbarung verpflichtete im Falle eines französischen Angriffs auf Deutschland und eines Österreichischen Angriffs auf Russland die Vertragspartner zur Neutralität.

Am 3. Februar 1888 ließ Bismarck den bisher geheimen deutschösterreichischen Bündnisvertrag vom Jahre 1879 veröffentlichen. Es ging ihm darum, für Freund und Feind den defensiven Charakter des Bündnisses zu verdeutlichen. Drei Tage später hielt er im Reichstag eine große Rede zur Außenpolitik. Er schloss mit den Worten: *Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt*, die aber eine Fortsetzung erhielten, welche lautete: „und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen lässt.“⁵ Der Kanzler fügte hinzu, dass er nicht nur mit Russland, sondern auch mit Frankreich keinen Streit suche und es „nie angreifen wolle“.⁶ Damit distanzierte er sich klar von den Befürwortern eines Präventivkrieges, von denen einige vor ihm saßen.

Jene alldeutschen Stammtischstrategen und politisierenden Militärs, die in der Regierungszeit Wilhelms II. den Namen Bismarcks so oft im Munde führten, haben diese Äußerung Bismarcks vom 6.

³ Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten, Bd. 4, Berlin 1931, S. 556 f.

⁴ Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Bülow, Nr. 65, Bl. 87. Zit. in Gerd Fesser: Bernhard von Bülow und der Sturz Bismarcks. In: Otto von Bismarck. Person-Politik-Mythos. Hg. v. Jost Dülffer u. Hans Hübner, Berlin 1992, S. 194.

⁵ Otto von Bismarck. Werke in Auswahl. Acht Bände. Jahrbundtausgabe zum 23. September 1862. Hg. v. Gustav Adolf Rein, Wilhelm Schüssler [u. a.]. Bd. 7, Darmstadt 2001, S. 613.

⁶ Zit. nach Ernst Engelberg: Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990, S. 508.

Februar 1888 bis zum Überdruss zitiert – und dabei stets den zweiten Teil des Satzes weggelassen. Auch Wilhelm II. hat in etlichen seiner waffenklirrenden Reden den Bismarck-Satz so verkürzt zitiert und damit verfälscht.⁷

Bismarcks berühmt gewordener Satz besaß einen demagogischen Bestandteil. Denn in Wahrheit hatte er, der als eines der deutschen Urbilder galt, durchaus nicht nur Gott gefürchtet, sondern gerade auch einen Krieg, in dem Deutschland nicht gewinnen könnte. Krieg oder Frieden, das war für den Kanzler keine Frage der Moral, sondern eine von Kraft und Gegenkraft, von Vorteil und Nachteil. Und die hatte er besser abgemessen, als seine Nachfolger es taten.

Nach der Jahrhundertwende betrieb die deutsche Reichsregierung, wie Kanzler Theobald von Bethmann Hallweg selbst äußerte, nach außen eine „Politik äußersten Risikos“.⁸ Dabei stand die Regierung unter dem wachsenden Druck der „neuen Rechten“. 1914 [289:] mündete die riskante „Weltpolitik“ des Kaiserreichs in die Katastrophe des Ersten Weltkrieges.

Im Jahre 1917 fanden sich die deutschen Kriegsziel-Fanatiker in der „Deutschen Vaterlandspartei“ zusammen, für die man zunächst den Namen „Bismarck-Partei“ favorisiert hatte.⁹ In den 20er Jahren mischte sich dann in den Bismarck-Mythos „[...] unübersehbar die Propagierung des Führers von morgen; die affektbetonte Bismarck-Schwärmerei war nur ein anderer Ausdruck für die Sehnsucht nach einem großen Mann für Deutschlands Zukunft in einem wehrhaften, möglichst völkischen, möglichst autoritären Staatswesen.“¹⁰

In den Jahren 1933/34 überwand Hitler die anfängliche Skepsis im konservativen Bürgertum nicht zuletzt dadurch, dass er sich als Bewahrer und Fortsetzer der Bismarckschen Ideen darstellte.¹¹ Auf Millionen von Plakaten und Postkarten posierte er neben Bildnissen Friedrichs des Großen und Bismarcks. Schon nach wenigen Jahren freilich hatte der „Eiserne Kanzler“ für die Nazis ausgedient. Sie benötigten ihn jetzt nicht mehr zu ihrer Legitimierung – und für ihre verbrecherische Politik des Völkermordes war er wirklich kein Vorbild.

⁷ Siehe Bernd Sösemann: „Pardon wird nicht gegeben; Gefangene nicht gemacht“. Zeugnisse und Wirkungen einer rhetorischen Mobilmachung. In: Der letzte Kaiser. Wilhelm II. im Exil. Hg. im Auftrage des Deutschen Historischen Museums v. Hans Wilderrotter u. Klaus-D. Pohl, Berlin 1991, S. 79 u. 89.

⁸ Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten, Bd. 3, Berlin 1931, S. 242.

⁹ Siehe Lothar Machtan, a. a. O., S. 34.

¹⁰ Ebenda, S. 43.

¹¹ Siehe Lothar Machtan: Bismarck. In: Deutsche Erinnerungsorte II. Hg. v. Etienne François u. Hagen Schulze, München 2001, S. 86 ff.

Platz an der Sonne

Von Gerd Fesser

Berlin, 6. Dezember 1897. Der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (so hieß in der Kaiserzeit der Außenminister) sprach zum ersten Male vor dem Reichstag. In den herrschenden Kreisen wusste man, dass Bernhard von Bülow, der zuvor Botschafter in Rom gewesen war, das besondere Vertrauen Kaiser Wilhelms II. besaß und deshalb schon jetzt zu den einflussreichsten Mitgliedern der Reichsregierung gehörte. Für die Öffentlichkeit und auch für das Gros der Abgeordneten hingegen war er ein unbeschriebenes Blatt. Das änderte sich an diesem Tage. Die Ansprache des Staatssekretärs erregte im In- und Ausland enormes Aufsehen. Die Kernsätze der Rede lauteten: „Die Zeiten, wo der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin thront- diese Zeiten sind vorüber ... wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“¹

[290:] Bülow hatte noch nie vor einem so großen Personenkreis gesprochen. Und doch zeigte bereits diese erste Rede einen charakteristischen Zug: Dieser später so erfolgreiche Redner setzte nicht primär auf sachliche Argumentation, sondern auf Andeutungen, er spielte mit den Assoziationen seiner Zuhörer.

Drei Wochen zuvor, am 14. November 1897, hatten deutsche Marinesoldaten in China das Gebiet von Kiautschou (Jiaozhou) besetzt. Die Zusammenhänge und Perspektiven dieser Okkupation bildeten den Schwerpunkt von Bülows Rede. Jeder, der die Rede hörte oder dann den Text in der Zeitung las, wusste, was Bülow meinte, wenn er von einem *Platz an der Sonne* sprach: Kolonien und Einflusszonen.

Etliche Jahre später hat Bülow dann die Aufgabe, die ihm 1897 übertragen worden war, wie folgt umrissen: „Entwicklung unseres Handels, Übergang zur Weltpolitik und insbesondere Schaffung einer deutschen Flotte ohne Zusammenstoß mit England, dem wir noch in keiner Weise gewachsen waren.“² Die Stichworte „Handel, Weltpolitik, Flotte“ deuten vage auf tiefgreifende Wandlungen innerhalb der entwickelten Staaten und in den internationalen Beziehungen hin, die sich um die Jahrhundertwende vollzogen und für das Zeitalter des Imperialismus kennzeichnend waren.

Die territoriale Aufteilung der Welt unter den Kolonialmächten war um 1900 bereits nahezu abgeschlossen. Es setzte deshalb ein heftiges Ringen dieser Staaten um die letzten überseeischen Gebiete ein, die noch nicht zu einem der Kolonialreiche gehörten. Das waren vor allem China, die Türkei, Marokko und Persien.

Zu dieser Zeit verschob sich das ökonomische Kräfteverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der führenden Weltmacht Großbritannien in dramatischer Weise. So stieg von 1896 bis 1910 die englische Stahlproduktion um 154 Prozent – und die deutsche um 1335 Prozent. Das deutsche Kaiserreich war bei der Aufteilung der Welt in Kolonien und Einflusszonen zu spät gekommen. Das britische Kolonialreich umfasste um 1910 eine Fläche von fast 30 Millionen Quadratkilometern und zählte 377 Millionen Einwohner. Im deutschen Kolonialreich hingegen lebten auf einer Fläche von drei Millionen Quadratkilometern lediglich 12,3 Millionen Menschen. Begehrlich richtete man in den herrschenden Kreisen mehr und mehr den Blick vom eigenen mageren Kolonialbesitz auf das gigantische britische Weltreich, dessen Ausplünderung den Briten so große Reichtümer einbrachte.

[291:] Die Rede Bülows vom 6. Dezember 1897 signalisierte, dass das kaiserliche Deutschland eine riskante Expansionspolitik eingeleitet hatte, deren Stoßrichtung sich objektiv vor allem gegen das britische Weltreich richtete. Die Antriebe dieser „Weltpolitik“ waren vielfältig.³ Fast das gesamte

¹ Fürst Bülows Reden nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik. Mit Erlaubnis des Reichskanzlers hg. v. Johannes Penzler, Berlin 1907, Bd. 1, S. 70.

² Zit. nach Peter Winzen: Bülows Weltmachtkonzept. Untersuchungen zur Frühphase seiner Außenpolitik 1897-1901, Boppard am Rhein 1977, S. 64, Anm. 11.

³ Zu den Antrieben der deutschen „Weltpolitik“ siehe Konrad Canis: Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902, Berlin 1997, S. 223 ff.; Wolfgang Mommsen: Triebkräfte und Zielsetzungen des

Großbürgertum stand hinter dieser Politik. Es setzte große, häufig stark überzogene Erwartungen in eine ökonomische und koloniale Expansion nach Übersee. Bülow und die anderen Akteure der „Weltpolitik“ wollten durch eine erfolgreiche Expansion einerseits das Bündnis von Großbürgertum und Großagrariern vertiefen und festigen. Andererseits waren sie bestrebt, einen möglichst großen Teil des Volkes, insbesondere die Mittelschichten, unter Ausnutzung „nationaler“ Parolen für ihre Politik zu gewinnen.

Bülow, der im Oktober 1900 Reichskanzler wurde, blieb zwölf Jahre lang der leitende Politiker des Kaiserreiches. Er hatte die imperialistische „Weltpolitik“ nicht etwa erfunden. Er hat sie aber auf griffige Formeln gebracht und sie geprägt. Seine „Weltpolitik“ folgte keinem ausgreifenden geheimen Plan.⁴ Sie war vielmehr darauf gerichtet, vorteilhafte Konstellationen der internationalen Politik improvisierend zu nutzen.

In den ersten Jahren von Bülows Amtszeit brachte die „Weltpolitik“ einige Erfolge. Insbesondere gelang 1898/99 der Erwerb eines pazifischen Inselreiches (Samoas, der Marianen, der Karolinen und Palaus), und es begann der Bau der Bagdadbahn. Bülow war in seiner Außenpolitik stets darauf aus, vorzeigbare Prestigeerfolge zu erringen, die nicht zuletzt seine persönliche Machtposition festigen sollten.

Der außenpolitische Spielraum Bülows wurde bald durch die deutsche Flottenrüstung eingeschränkt. Initiatoren der Flottenrüstung waren Wilhelm II. und Admiral Tirpitz sowie Konzerne der Rüstungs- und Werftindustrie. Bülow trug diese Politik mit, wobei er zunächst ihre verhängnisvollen Auswirkungen auf die deutsch-britischen Beziehungen nicht erkannte. Er setzte darauf, die Spannungen, die zwischen den rivalisierenden Weltmächten England und Russland bestanden, möglichst lange auszunutzen („Politik der freien Hand“).

Die Weltmachtpolitik Bülows erwies sich schließlich als Fehlkalkulation und trug zur Isolierung Deutschlands bei. Großbritannien, Frankreich und Russland stellten ihre alten Divergenzen zurück und schlossen sich zur Entente bzw. Tripleentente zusammen. Der Versuch des Kanzlers, sich 1908/09 mit den Briten über eine Begrenzung des Flottenwettrüstens zu verständigen, wurde von Tirpitz und Wilhelm II. durchkreuzt.⁵

[292:] 1914 hatte Bülow, der ja schon fünf Jahre lang nicht mehr im Amt war, keinerlei direkten Anteil an der Auslösung des Ersten Weltkrieges. Doch er hatte zwischen 1897 und 1909 auf Expansion und Hochrüstung, zeitweise auch auf Konfrontationspolitik gesetzt und so maßgeblich zur Verschärfung der Spannungen zwischen den Großmächten und zum Anwachsen der Kriegsgefahr beigetragen. Er gehört deshalb neben Wilhelm II., Tirpitz und seinem Nachfolger Bethmann Hollweg zu jenen Exponenten des deutschen Kaiserreiches, die im weiteren Sinne eine besondere Verantwortung für die Katastrophe der Jahre 1914 bis 1918 tragen.

1918 wurde das Deutsche Reich besiegt und büßte seine Großmachtstellung ein. Nach dem Debakel von 1918 nahm Hitler in den dreißiger Jahren in wahnwitziger Übersteigerung von neuem die Weltmachtpolitik auf. Seine Gefolgsleute begründeten den neuerlichen Griff nach der Weltherrschaft damit, dass die Deutschen ein „Volk von Habenichtsen“ seien, das „Lebensraum“ brauche. 1941 entfesselte Hitler schließlich gegen die Sowjetunion einen rassenideologischen Vernichtungskrieg. 1945 ging mit dem „Dritten Reich“ auch das 1871 gegründete Bismarck-Reich unter.

deutschen Imperialismus vor 1914. In: derselbe, Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt a. M. 1990, S. 182 ff.

⁴ Zur These Winzens, Bülow habe ein fest umrissenes geheimes Konzept imperialistischer Eroberungspolitik gehabt, siehe Gerd Fesser: Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow. Eine Biographie, Berlin 1991, S. 59 f.; Gregor Schöllgen: Das Zeitalter des Imperialismus, 3., überarb. u. erw. Aufl., München 1994, S. 161.

⁵ Siehe Gerd Fesser, a. a. O., S. 115 ff.; Wilhelm Epkenhans: Die wilhelminische Flottenrüstung 1908-1914. Weltmachtstreben; industrieller Fortschritt, soziale Integration, München 1991, S. 31 ff.

Nibelungentreue

Von Manfred Weißbecker

Als im Deutschland des frühen 19. Jahrhunderts nationale Identitätsfindung und nationalistische Selbstüberhöhung den Geist der Zeiten prägten, rückte auch das althochdeutsche Nibelungenlied wieder in das öffentliche Bewusstsein. Das, was um 1200 niedergeschrieben worden ist – es handelte von den Taten des Drachentöters und unverwundbaren Helden Siegfried, beschrieb die tückische Mordtat an ihm, schilderte die planvolle Rache seines Weibes Kriemhild und schließlich den Untergang der um König Gunther und Hagen von Tronje gescharten Burgunder an König Etzels Hof – das wurde seitdem stets auch als historisch-literarische Rechtfertigung politischer Zwecke genutzt. Vieles löste sich aus seinen historischen Zusammenhängen und erschien für jeweilige Intentionen und Erfordernisse zurechtgestutzt. Zahllose Auflagen der „Heldensagen“ und vor allem ihre Wiedergabe in Schulbüchern legen davon beredtes Zeugnis ab. [293:] Lange Zeit stand im Vordergrund mythischer Verklärung der strahlende, unbezwingbare und nur durch Verrat zu fällende Held Siegfried. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts trat indessen, anderen Verhältnissen und neuen politisch-militärischen Bedürfnissen dienlich Rechnung tragend, auch ein anderes Motiv des Nibelungenliedes hervor, das Motiv jener unerschütterlichen Treue, die allen Betrug und schnöden Verrat rechtfertigt, die sogar den Tod in Kauf nimmt und Selbstvernichtung befiehlt.

Keineswegs zufällig spielte das Thema unabdingbarer Treue im Umfeld der beiden Weltkriege eine herausragende Rolle. Es war zunächst Reichskanzler von Bülow, der von *Nibelungentreue* sprach und erstmalig am 19. März 1909 den Begriff als Synonym für ein unauflösbares Staatenbündnis und zu dessen Verklärung in das außenpolitische Vokabular einführte. Er habe in der Presse das Argument gelesen, Deutschland befinde sich gegenüber Österreich-Ungarn in einem politischen Abhängigkeitsverhältnis, Berlin sei faktisch zu einem Vasallen Wiens geworden. Da der von ihm zitierte Kommentator einer Zeitung das Verhältnis beider Länder auch mit der Rivalität der beiden Königinnen des Nibelungenliedes, Kriemhild und Brünhild, verglichen hatte, bemühte der Kanzler nun ebenfalls das zum deutschen Nationalepos erhobene Nibelungenlied: „Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt wie zwischen den beiden Königinnen im Nibelungenlied. Aber die *Nibelungentreue* wollen wir aus unserem Verhältnis zu Österreich-Ungarn nicht ausschalten, die wollen wir gegenseitig wahren.“¹ Bülow erläuterte den Reichstagsabgeordneten die Sicht der Herrschenden auf die Ereignisse in Bosnien und damit auf die Balkankrisen, die den europäischen Kontinent schließlich zum Krieg von 1914/18 führten. Hoffnungen auf zu bündelnde Stärke wurden geweckt, auf Bündnisse, die ein nahezu automatisch funktionierendes Zusammenspiel pakttreuer Mächte bieten sollten. Jedweder Gedanke an friedliche Lösungsmöglichkeiten bestehender Konflikte ließ sich so leichter verdrängen, denn der Krieg war gewollt; es kam nur noch darauf an, ihn erfolgreich zu führen. Dazu bedurfte es des willigen Einsatzes des deutschen Volkes, der Bereitschaft von Menschen zu unmenschlichem Handeln.

Dem deutschen Bürgertum diente das Nibelungenlied seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, im Ersten Weltkrieg und auch unmittelbar danach vielfach als Folie des eigenen, der jeweiligen Situation angepassten politischen Treuebegriffs. Dieser forderte vom Einzelnen bedingungslose Gefolgschaft und letzten Einsatz, um in der [294:] kommenden, selbstverständlich auch militärisch zu führenden Auseinandersetzung mit einer Welt voller Feinde, Deutschlands Ehre und Größe wieder herstellen zu können. Aus dem mystifizierten Heldenepos wurde ein Anspruch des Staates an das Individuum abgeleitet, der in seiner Absolutheit kaum zu überbieten war und rational kaum noch hinterfragt werden konnte. Was zählte, betraf nicht mehr die grauenvolle Realität des Krieges, sondern die Einstellung, mit der er geführt werden sollte.

Möglicherweise hatte Bülow mehr an dem ebenfalls aus dem Epos entlehnten Gedanken gelegen, gegenüber einer Vielzahl, einer Welt von Feinden tapfer und wachsam sein zu müssen. Treue auf der Wacht – das hatte dem Maler Karl Schmoll von Eisenwerth als Motiv seines Bildes „Hagen und Volker

¹ Fürst Bülows Reden. Hrsg. v. Otto Hötzsch, Bd. 3, Berlin 1909, S. 187.

auf der Wacht“ gedient, das er für das Cornelianum in Worms schuf. Demgegenüber hatte aber Emanuel Geibel in seinem um 1870 entstandenen Gedicht „Volkers Nachtgesang“ Wachsamkeit und Treue bis in den Tod, einem unabwendbaren Schicksal, gleich miteinander verknüpft: „Und kommt die Früh’ im blut’gen Kleid:/Gott grüß dich grimmer Schwerterstreit!/Dann magst Du, Tod, zum Reigen/Uns geigen!“²

Als Bülow jedoch 1909 von *Nibelungentreue* sprach, konnte er den nahe liegenden Zusammenhang zwischen den unerschütterlicher Gefolgschaftstreue folgenden Burgundern und ihrem Exitus an König Etzels Hof nicht übersehen, allenfalls verdrängen. Doch angesichts des Krieges gewann das Schlagwort rasch an Kontur und meinte eine durch nichts zu erschütternde, gleichsam bedingungslose und völlig kritiklose Bündnis- und Kriegspolitik. Tatsächlich forderte es Opfer in riesigem Ausmaß und menschenverachtender Weise und erlangte exzessive ideologisch-manipulative Bedeutsamkeit, denn seit 1914 tobte ein Krieg in völlig neuen Dimensionen und mit bislang unbekanntem Massenvernichtungswaffen. Tapferkeit und Treue sollten auch gegenüber Panzern und neuen Geschützen im Bombenhagel und bei Gasangriffen unbeirrt unter Beweis gestellt werden. Unerbittliche Standhaftigkeit und aufopferungsvolle Hingabe wurden zum Ideal menschlichen Daseins erhoben. Zielsicher richtete sich nun der Blick auf den zum Vorbild erhobenen Vasallen und unbändigen Streiter Hagen, der dem Burgunderkönig Gunther treu bis in den Tod diente und sich für diesen sogar des Mordes an Siegfried sowie des Betruges an dessen Frau schuldig machte, der rechtswidrig den Schatz der Nibelungen raubte und im Rhein versenkte, der den [295:] Burgundern und sich selbst den Rückweg abschchnitt, als sie in fremdes Land und zu entscheidendem Kampfe zogen.

Dem, der den Schlachtruf *Nibelungentreue* verwendete, geriet es unweigerlich zu einem Mittel, Menschen auf einen letztlich sinnlosen Tod einzustimmen, das Sterben auf dem Schlachtfeld zu glorifizieren und Bereitschaft zum freiwilligen Opfergang im letzten Gefecht zu erzeugen. Als einige Professoren der Berliner Universität ihre so genannten Kriegsreden hielten, blieb es dem Strafrechtslehrer Franz von Liszt vorbehalten, den Begriff der *Nibelungentreue* zu verteidigen. Am 18. November 1914 erklärte er: „Der waffengewaltige, stolze, grimme Hagen auf der einen Seite, das Sinnbild Preußen-Deutschlands, und der heitere Spielmann auf der anderen Seite, der im Kampf und Spiel gewandte Volker, das Sinnbild des sangesfrohen und kampfeslustigen Österreich-Ungarn. Ich weiß nicht, ob es gerade dieses Bild war, das dem Reichskanzler vorgeschwebt hat. Aber mit dem einen Worte von der *Nibelungentreue* hat er treffend und schön das Bündnisverhältnis bezeichnet, wie es zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn besteht.“³ Zugleich unterlegte er dem mythischen Bild einen zusätzlichen Sinn: „Aber freilich, wie jedes Bild, so ist auch dieses Bild nicht völlig zutreffend; denn Hagen von Tronje und Volker von Alzey, die hatten Blutschuld auf sich geladen durch die Ermordung Siegfrieds, und darum waren sie dem Untergang trotz aller Tapferkeit geweiht. Wenn aber Deutschland und Österreich-Ungarn nebeneinander und Schulter an Schulter und Rücken an Rücken kämpfen gegen die Übermacht der Feinde, so werden sie den Sieg davontragen; denn von Treubruch ist in den langen Jahren der Vergangenheit dieses Bündnisses nirgends und niemals die Rede gewesen, und die Blutschuld ruht auf den Häuptern unserer Gegner, bei den serbischen Meuchelmördern und bei Russland, das über sie die schützende Hand gehalten hat, und bei den Franzosen und den Engländern, die mit den Meuchelmördern da unten sich verbündet haben.“⁴ Mit einseitiger Schuldzuweisung wurde die *Nibelungentreue* derjenigen, die sich zu verteidigen hätten, als ausschlaggebendes Unterpfand ihres Sieges verstanden, Treubruch aber als maßgebliche Ursache einer möglichen Niederlage.

Der seinerzeit bekannte Göttinger Literaturhistoriker Gustav Roethe verherrlichte 1915 ebenfalls die *Nibelungentreue*: „Welch köstliche Mitgift deutscher Größe ist diese Treue! Es handelt sich um das rückhaltlose Einsetzen des ganzen Menschen, das nicht dingt, nicht wägt, nicht schwankt, sondern durchhält bis zuletzt, und mag der Erdball [296:] darüber in Trümmer gehen. Von deutschen Heldenliedern her

² Zit. nach Wunderlich: Der Schatz des Drachentödters, S. 41.

³ Franz von Liszt: Von der *Nibelungentreue*. In: Deutsche Reden in schwerer Zeit. Gehalten von den Professoren an der Universität Berlin, Berlin 1915, Bd. 1, S. 340.

⁴ Ebenda, S. 345 f.

rauschen uns diese Töne aus weiter Ferne herüber.“⁵ Und solche Mitgift verlangte von jedem Soldaten und Offizier, ja von allen am Kriege Beteiligten und von ihm Betroffenen das Mitmarschieren bis zum bitteren Ende, selbst wenn dieses vorhersehbar ist. Daher verbot sich auch jegliches Nachdenken über das jähe Ende des Helden Siegfried in der Dichtung, die Hagens Mordtat als Treuebruch darstellte. Mehr und mehr drifteten die Deutungen des Nibelungenliedes auseinander ...

Dies kam stärker als zuvor nach dem Ersten Weltkrieg zum Vorschein. Nun stand Hagen im Mittelpunkt, beispielsweise in Werner Jansens Roman „Das Buch Treue“. Auf Bismarck anspielend wird hier der Tronjer nicht nur stets als „Kanzler“ bezeichnet, es wird auch behauptet, die burgundische Welt wisse, dass ihr Schicksal „allein mit dem grausamen, klugen Kopf Hagens“ stehe und falle. Wie schwach auch immer der König sei, die Krone dürfe niemals „faulen“ und fallen, so lautete die Botschaft des viel gelesenen Romans. Und die Krone müsse von jenen, die um den König seien, stets hoch gehalten werden, „damit das Volk an den glaube, der unter ihr geht.“ Denn schließlich, so Jansen, wurzele alle Kraft der Deutschen in diesem Glauben.⁶ In zahlreichen Dramen, Gedichten, Nacherzählungen und Kommentaren, die während der Weimarer Republik erschienen und sich mit dem Nibelungenlied befassten, wurde als beispielhaft propagiert, wie treu Hagen gewesen wäre, wie schwer er an der Bürde seiner Ehrlichkeit und Treue zu tragen gehabt hätte. In manchen Schriften – auch wenn sich häufig ihre Titel auf Siegfried bezogen – wurde Hagen bewundert, sei er doch die einzige Figur des Nationalepos, welche schwere Entscheidungen zu treffen gezwungen gewesen wäre. Man sah in ihm die ehrlichen Deutschen jener Jahre repräsentiert, die im Netz ihres eigenen und selbstverständlich redlichen Tuns gefangen seien.⁷

Diese für viele konservativ und völkisch denkenden Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg typische, im Grunde bereits zu einem neuen Weltkrieg weisende Dimension des Wortes von der *Nibelungentreue* fasste der Dichter Richard Libiger in überdeutliche Formulierungen. In einem Drama lässt er seinen Hagen zu König Gunther vor dem absehbaren Ende eine Sentenz voller politischer Anspielungen von sich geben: „Doch aller Helden kühner Tod, den wir so tief beklagen, bedeutet nur das Morgenrot zu neuen Ruhmestaten!“ Der Autor schließt, so als wollte er sich versichern, dass seinen Lesern das Wesent-[297:]liche auch ja nicht entgehe, sein Werk mit der Ermutigung, dass immer noch Hagens Heldentrost gelte: Ein treues Volk gehe auch „in schwerster Stunde nicht zugrunde!“⁸

Ogleich in der Nachkriegszeit der Öffentlichkeit erklärt wurde, der Krieg sei verloren gegangen, weil das auf den Schlachtfeldern unbesiegte Heer durch einen Dolchstoß der Heimat bezwungen werden konnte wie vormals Siegfried durch den hinterlistigen Speerwurf Hagens, bedienten sich die deutschen Faschisten beider Deutungsstränge des Nibelungenliedes. Der Kult um Adolf Hitler und dieser selbst orientierten sich vorrangig am Siegfried-Motiv; Hitler meinte gar, *Nibelungentreue* könne es lediglich gegenüber der eigenen Rasse geben. Demgegenüber verstand sich sein Adlatus und „Stellvertreter“ Rudolf Heß als der bis in den Tod getreue „Hagen der Partei“.⁹ Ihm hatten es eher die an König Etzels Hof gegen eine erdrückende Übermacht bis zum letzten kämpfenden und selbstlos opfernden Burgunder angetan, obgleich er wusste, dass jene, die das Nibelungenlied als Nationalepos priesen und für ihre jeweiligen Zwecke nutzten, in ihren nationalistischen Legenden und Klischees das Reich mit der Lichtgestalt Siegfried gleichsetzten und in Hagen dessen Mörder anklagten. Die in konservativen Kreisen Deutschlands vorherrschende nationalistisch-unkritische Sicht auf die Ursachen der Niederlage im Ersten Weltkrieg sowie der Traum vom Wiederaufstieg und

⁵ Gustav Roethe: Von deutscher Art und Kultur, Berlin 1915, S. 36.

⁶ Werner Jansen: Das Buch Treue, Braunschweig 1920, S. 173 und 198. Zit. nach Lerke von Saalfeld: Die ideologische Funktion des Nibelungenliedes in der preußischdeutschen Geschichte von seiner Wiederentdeckung bis zum Nationalsozialismus, Diss. FU Berlin 1977, S. 312 f.

⁷ Auf die Vielzahl solcher Werke macht aufmerksam Francis G. Gentry: Die Rezeption des Nibelungenliedes in der Weimarer Republik. In: Das Weiterleben des Mittelalters in der deutschen Literatur. Hrsg. v. James F. Poag/ Gerhild Scholz-Williams, Königstein/Ts. 1983, S. 150 ff.

⁸ Richard Libiger: Die Märe von Siegfried und den Nibelungen, Dresden/Leipzig 1922, S. 73 f. Zit. nach Gentry, Die Rezeption, S. 151.

⁹ So berichtet es Albert Krebs: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 170.

des Deutschen Reiches neuer Herrlichkeit verknüpfte Heß mit Idealen, die er persönlich zu erfüllen trachtete: Unerschütterliche Treue und der Wunsch, Treuester unter den Getreuen eines neuen Tribunen zu sein. Der germanische Held sei treu bis zur Selbstaufgabe, verkündete Heß später.¹⁰ Seine eigene, mitunter schlichte Hartnäckigkeit von Treue zu unterscheiden oder sich zu fragen, wie und wann diese zu einem inhaltlosen Selbstzweck gerät, kam ihm nicht in den Sinn.

In dieser Hinsicht spiegelte Heß Werte wider, die dem deutschen Bildungsbürgertum zahlreich geboten worden waren. Im Elternhaus hatte er gern die Bücher von Felix Dahn gelesen. In dessen 1902 erschienenen Bestseller „Ein Kampf um Rom“ kämpften die Goten unter ihrem heldenhaften König Teja gegen das oströmische Heer, und dies – analog zum Hagen des Nibelungenliedes – bis zum eigenen Untergang. Heß waren natürlich auch die Gedichte und Schriften des völkischen Barden Dietrich Eckart bekannt, die in München Verbreitung fanden und in denen dieser – sich direkt auf das althochdeutsche Epos beziehend – verkündete, ein „Großer“ halte „in all dem schweren Dunkel treue Wacht“.¹¹ Solches Verhalten schien sich [298:] Heß in ein unabwendbares Walten des Schicksals einzuordnen und männlich-todesmutige Bewährung zu symbolisieren. Gefiel ihm, wie Hagen auf der Bühne in Richard Wagners „Götterdämmerung“ zu agieren hatte? Hier erschien jener als ein Held, der zwar von anderer Herkunft als Gunther, doch listiger als dieser war, von Wotans großem Gegner Alberich erzogen zu „zähem Hass“, schlau und verschlagen. Sagte Heß möglicherweise zu, was der Bayreuther Komponist König Gunther zu Hagen singen ließ: „... deinem Rath nur red’ ich Lob, frag’ ich dich nach meinem Ruhm“? Oder identifizierte er sich sogar mit dem, der eigensüchtig nach dem Schatz der Nibelungen gierte und meinte, diejenigen, denen er niedrig wirke, würden ihm einst doch dienen müssen?¹² Für Heß gehörten zur *Nibelungentreue* auch bedingungslose Verschwiegenheit, weit gehende Selbstlosigkeit und die Bereitschaft, sich selbst zurückzunehmen oder, wenn erforderlich, sogar erniedrigen zu lassen oder eben auch regelrecht verschlagen zu agieren, sofern dies deutschen Nationalinteressen dienen würde.

Als während des Zweiten Weltkrieges die deutsche Wehrmacht eine größere Niederlage nach der anderen erlitt, hielt Hermann Göring am 30. Januar 1943 eine Rede, in der wiederum Parallelen zum Kampf der Nibelungen gezogen und die in der soeben verlorenen Stalingrader Schlacht gefallenen Wehrmachtssoldaten als Hoffnungsträger kommender Siege bezeichnet wurden.¹³ Etwas allgemeiner propagierte Fritz Sauckel, als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz während des Zweiten Weltkrieges zuständig für Millionen von Zwangsarbeitern, noch im Februar 1945 faschistische Durchhalte-Parolen, für die er Treue und Ehre als „etwas Heiliges, Übersinnliches, Ungreifbares, Unausprechliches“ pries: „Wir leben in einer Zeit, in der alles das wahr wird, woran sich zu allen Zeiten die deutsche Jugend emporgehoben gefühlt hat. Wir leben in einer Zeit, in der die Heldensagen des Altertums, die Heldensagen der Griechen und Römer, das Nibelungenlied, die deutschen Sagen Wirklichkeit werden viel umfassender, als man es mit heißen Wangen und schlagendem Herzen einst in der Schule gelesen hat.“¹⁴

Mit dem Debakel der erneuten Kriegsniederlage schienen Germanenkult und Heldenmythos aus dem Bewusstsein neuer Generationen getilgt. Dies ändert sich zunehmend nach dem Zusammenbruch der

¹⁰ Rudolf Heß: Rede zur Vereidigung Politischer Leiter der NSDAP am 25.2.1934. In: Rudolf Heß. Reden, München 1938, S. 10.

¹¹ Verwiesen sei hier nur auf Dietrich Eckarts Gedicht: Uns ist in alten Mären. In: Auf gut deutsch, H. 7/ 14.2.1919. Das Gedicht wurde von Eckart noch einmal am 25.8.1921 – also unmittelbar nach der Führungskrise der NSDAP – im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht. Siehe Hildegard Labenz: Das Nibelungenlied im deutschen Faschismus. In: Traditionen und Traditionssuche des deutschen Faschismus. Hrsg. v. Günter Hartung/Hubert Orłowski, Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 1983, S. 122 ff.; Plewnia, Auf dem Weg zu Hitler, S. 81 f.

¹² Richard Wagner: Der Ring der Nibelungen. Vollständiger Text mit Notentafeln der Leitmotive. Hrsg. v. Julius Burghold (Originalausgabe 1913), S. 288 und 275.

¹³ Siehe Peter Krüger: Etzels Halle und Stalingrad. Die Rede Görings vorn 30.1.1943. In: Die Nibelungen. Ein deutscher Wahn, ein deutscher Alptraum. Studien und Dokumente zur Rezeption des Nibelungenstoffs im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Joachim Heinzle/Anneliese Waldschmidt, Frankfurt a. M. 1991, S. 151 ff.

¹⁴ Rede vom 8.2.1945 in Weimar. In: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Reichsstatthalter, Bd. 193, Bl. 137 f. und 126.

DDR und der neuen Rolle nationalistischer Aspekte in der größer gewordenen Bundesrepublik Deutschland. Zählerbig wie die alte, unbedachte und bedenkenlose Heldenverehrung lässt sich auch die nach [299:] wie vor blinde *Nibelungentreue* als Orientierungsgröße in Deutschlands neurechter Szene feststellen. Sie dient, wie den Theaterregisseur Alexander Lang meint, als ein ebenso fester wie missverständlicher kameradschaftlicher Kitt.¹⁵

Einen den Heldenmythos ironisierenden und entblätternen Zyklus *Nibelungentreue* stellte der österreichische Bildhauer und Maler Alfred Hrdlicka im Jahr 2001 im thüringischen Meiningen aus. Seine autobiographisch angelegte Schau verstand er als Auseinandersetzung mit dem Nibelungenlied als einer „Geschichte von Toten“ und mit Richard Wagners Tetralogie „Der Ring der Nibelungen“; unter anderem setzte er ein Bild mit dem Titel „Hagen und Volker trinken Blut aus ihren Helmen“ bewusst gegen *Meine Ehre heißt Treue*.

Und muss nicht auch gefragt werden, weshalb das Wort von der *Nibelungentreue* nach dem 11. September 2001 erneut in deutscher Politik und Publizistik auftauchte, so die Forderungen nach „uneingeschränkter Solidarität“ mit dem Krieg der USA in Afghanistan und nach Abbau freiheitlich-demokratischer Grundrechte in der Bundesrepublik kennzeichnend?

¹⁵ Leipziger Volkszeitung, 29.1.2001, S. 9.

Deutschland erwache

Von Manfred Weißbecker

Erwachen folgt dem Schlaf, Wachheit der Müdigkeit, nach dunkler Nacht folgt heller Morgen. Vom natürlichen, selbstverständlichen Wandel kündigt so manche alte Weise. Viele enthalten Texte, die als Weckruf und als Begrüßung des neuen Tages, neuer Zeiten oder neuer Verhältnisse zu verstehen sind. Anrührend heißt es in einem Gedicht aus dem 16. Jahrhundert, das 1778 von Johann Friedrich Reichardt vertont wurde: „Wach auf, meines Herzens Schöne, zart Allerliebste mein.“ Ein westfälisches Volkslied wandte sich konkret an einen Berufsstand: „Wach auf, wach auf, du Handwerksgeßell, du hast so lang geschlafen. Da draußen singen die Vöglein so hell, der Fuhrmann lärmt auf den Straßen.“ Der Text: „Wacht auf, wacht auf, der Tag bricht an, die Sonne will uns scheinen“ wird gern als Kanon gesungen. Ein machtvoll klingender Chor begrüßt den Meistersinger Hans Sachs – musikalisch einer der Höhepunkte des 1868 uraufgeführten Opernwerkes von Richard Wagner: „Wach auf, es naht gen [300:] den Tag; ich hör’ singen im grünen Hag ein’ wonnigliche Nachtigall, ihr’ Stimm durchdringet Berg und Tal; die Nacht neigt sich zum Okzident, der Tag geht auf von Orient, die rotbrünstige Morgenröt’ her durch die trüben Wolken geht.“

Der Schritt zu politischer und nationalistischer Nutzung war indessen stets ein kleiner. Immer wieder sind im Alltag der Menschen, aber in Literatur und Kunst Gegensätze der Natur ebenso für solche des sozialen Miteinanders, mehr noch – für die Charakterisierung des Gegeneinanders und von Hierarchien – verwendet worden. Gerade die Selbstverständlichkeit des Wechsels zwischen Tag und Nacht ließ ihn zu einem häufig gebrauchten Synonym gesellschaftlicher Zustände werden. Eine der frühesten Übertragungen des Weckrufes auf politische Forderungen stammt aus dem Jahre 1561. Johann Walther dichtete in jener von den Wirren der gegenreformatorischen Bemühungen erfüllten Zeit: „Wach auf, wach auf, du deutsches Land! Du hast genug geschlafen.“ Gegen Deutschland, so hieß es bei ihm, sei die Axt bereits angesetzt „und auch zum Hieb sehr scharf gewetzt“ – wer verweilet, würde übereilet. Es war dann auch dieses Lied, das in Deutschland zwischen 1933 und 1945 die SS jeweils am 30. Januar zu singen hatte. Bezeichnenderweise wurde weder gesagt, weshalb solches Erwachen notwendig sein sollte, noch zu welchem Tun die Aufgewachten und zum Kampf Aufgerufenen sich veranlasst zu sehen hatten. Verschwommenheit und Vieldeutigkeit ermöglichten indessen stets, den schlichten Weckruf als politisches Schlagwort zu verwenden; in den Reihen der schwarzuniformierten Faschisten wusste wohl jeder, was gemeint war und weshalb dieses Lied gesungen werden sollte ...

Politische Inhalte, gerichtet gegen Trägheit, Gleichgültigkeit und Unentschlossenheit, fanden sich selbstverständlich auch in Texten der Arbeiterbewegung. Davon zeugen so bekannte und auf Plakaten häufig verwendete Zeilen wie Mann der Arbeit, aufgewacht, erkenne deine Macht, *alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will*, oder das als „Internationale“ von Sozialdemokraten und Kommunisten immer wieder gesungene *Wacht auf, Verdamnte dieser Erde*.

Genutzt wurde der Ruf *Deutschland erwache* indessen hauptsächlich für nationalistische Interessen und Ziele. Dies ging bereits aus Richard Wagners Entgegensetzung von „welschem Dunst“ – womit das Denken und Fühlen in romanischen Ländern gemeint war – und „heiliger deutscher Kunst“ hervor. Zu einem Schlachtruf völkisch-rassistischer und militaristischer Prägung geriet die Forderung, die [301:] Deutschen sollten erwachen, am Ende des 19. Jahrhunderts. Es war Alfred Hugenberg, Mitbegründer des chauvinistischen Alldeutschen Verbandes, der ihn 1892 in dieser Form verwendete.¹ Auch vor dem Ersten Weltkrieg tauchte er häufig auf, und nicht erst in seiner Verwendung durch die NSDAP bedeutete er, die Deutschen hätten bereit zu sein, gegen andere Völker ins Feld ziehen, Krieg zu führen für nationalistisch-expansionistische und rassistisch-antisemitische Ziele.

Die kurze und griffige Formel *Deutschland erwache* findet sich in dieser Zeit vor allem in Publikationen zweit- und dritrangiger Literaten, die niemals in eine seriöse Literaturgeschichte aufgenommen

¹ Daran erinnerte die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), deren Vorsitzender Hugenberg 1928 geworden war, in ihren Auseinandersetzungen mit der NSDAP während des Wahlkampfes im Sommer 1932. Siehe Lothar Knaak: Hugenberg oder Hitler? Eine zeitgenössische Untersuchung, Oppeln 1932, S. 3.

worden sind. Sie hielten die Erinnerung an die antinapoleonischen Kriege zu Beginn des 19. Jahrhunderts wach. So publizierte Ernst Heinrich Bethge 1913 im Auftrag eines „Arbeitsausschusses für Jugendpflege“ ein Buch unter diesem Titel. Es enthielt eine Sammlung von Gedichten, Erlebnisberichten und Liedern über „Heldentaten ... aus der Zeit der Befreiungskriege“. Ernst Moritz Arndt und andere, die in glühenden Worten zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufgerufen hatten, lieber ehrlich zu sterben als schändlich unter Napoleons Knute zu dienen, hätten völkische Lauheit und Gleichgültigkeit attackiert, um Befreiung erreichen zu können. Auf die Leipziger Völkerschlacht von 1813 verweisend und die Errichtung des kolossalen Denkmals preisend, hob Bethge unter anderem hervor, es gelte erneut, den „deutschen Gedanken“ zu stärken und dessen Ideale Tapferkeit, Opferfreudigkeit und Glaubensstärke zu preisen. An die Spitze stellte der Herausgeber ein Gedicht Ernst Wegeners, der von verflossenen hundert Jahren sprach und in zweifelndem Tone fragte, ob denn Deutschlands Haupt noch immer „machtgebietend in die Höhe“ rage. Am Ende der drei Strophen hieß es jeweils „Deutschland, Vaterland, erwache!“²

Ein völkischer Publizist und Schriftsteller, der unter dem nach einem Pseudonym klingenden Namen Wolfgang Eisenhart in Erscheinung trat, sprach ebenfalls vor dem Ersten Weltkrieg vom „Mangel an Rassestolz und völkischem Selbstbewusstsein“ und verkündete, sein Ruf *Deutschland erwache* sei ein „Mahnwort zur Hebung des Nationalgefühls“. Die Leser forderte der Antisemit auf: „Kauft nur bei Deutschen“. Den in Deutschland lebenden Juden sprach er jegliches Nationalgefühl ab. Im ersten Jahr des Krieges – zu diesem Zeitpunkt schon dessen Lehren für die „nationale Zukunft“ ziehend – verkündete er, aus der Saat von Blut und Tränen werde „ein besseres, größeres, herr-[302:]licheres Deutschland erstehen“. Nach dem zu erwartenden Sieg müsse der Deutsche „den anderen Völkern mit einem ganz anderen Maß von Selbstbewusstsein entgegentreten“. Mit Stolz habe er sich dann „gegen alle Welt als Deutscher (zu) bekennen“. Martialisch war hinzugefügt: „Vergessen wir nie, dass wir in der Welt immer nur soweit geachtet werden, wie man uns fürchtet, wie man Respekt hat vor unserem Heere und vor unserer Flotte.“³

Erwachen als politische Forderung verband sich erst recht nach dem verlorenen Krieg mit Revanche-Gedanken und militaristischem Ungeist.

„Heraus das Schwert!
Es steigt herauf
Der heilige Tag der Rache.
Bereite Dich zum Sturmeslauf,
Deutschland, erwache!“

So dichtete Josef Huggenberger im März 1923.⁴ Unter dem Titel „Deutschland erwache“ produzierte Hermann Streiter während der zwanziger Jahre ein antisemitisches Schauspiel; einem korrupten und verbrecherischen Bauunternehmer als jüdischen Gegenspieler seines Helden gab er den Namen Wilhelm Faust.⁵ Auch der 1868 geborene und im Dunstkreis um Adolf Bartels bis 1919 in Weimar lebende Max Geißler brachte 1930 ein Buch mit dem Titel „Deutschland, wach auf“ auf den Markt; die zweite Auflage erschien 1933 und titelte nun dem Slogan der soeben an die Macht gekommenen NSDAP gemäß.⁶ An deutschen Universitäten und Hochschulen traten nationalsozialistische Studenten bei den Wahlen zu den Allgemeinen Studentenausschüssen mehrfach mit Listen an, die sie mit Nationaler Block *Deutschland erwache* betitelten.

² Ernst Heinrich Bethge (Hg.): *Deutschland, erwache! Heldentaten und Erlebnisse, Urkunden, Gedichte und Lieder aus der Zeit der Befreiungskriege* sowie eine zusammenhängende Darstellung der Erhebung in Preußen, Langensalza 1913, S. 3 f.

³ Wolfgang Eisenhart: *Was lehrt uns der Krieg für unsere nationale Zukunft?* Vortrag gehalten zu Naumburg a. S. am 1. März 1915, Naumburg 1915, S. 11 und 17.

⁴ Josef Huggenberger: *Deutschland, erwache! Gedichte*, München 1925, S. 80 f.

⁵ Hermann Streiter: *Deutschland, erwache! Schauspiel*, Mühlhausen (o. J.)

⁶ Max Geißler: *Deutschland erwache. Ein Hitlerroman aus verbotener Zeit*, Leipzig 1934.

Es waren beileibe nicht allein völkische Literaten und junge Intellektuelle, die sich während der Weimarer Republik bemühten, den angeblich schlaftrunkenen Blick der Deutschen zielsicher in eine martialische Richtung zu drängen. Aus der Feder des Wirtschaftspublizisten Fritz Reinhardt erschien 1930 ebenfalls eine Broschüre, deren Titel sich vom Schlachtruf der NSDAP nur dadurch unterschied, dass in ihm das grammatisch notwendige Komma noch enthalten war, auf das die nationalsozialistischen Ideologen und Propagandisten später in der Absicht verzichteten, dem Ruf eine größere innere Geschlossenheit zu verleihen. Der Verfasser gab den „Wirtschaftlichen Beobachter“ als Halbmonatsschrift für Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft heraus und zeichnete ein [303:] Horror-Szenario über die Folgen der Annahme des Young-Planes durch die Reichsregierung am 12. März 1930. Verhungern oder auswandern – allein darin sah er mögliche Alternativen zu den Folgen des „schwärzesten Tages“ in der deutschen Geschichte. Seinen Lesern rief er zu: „Werdet wieder Deutsche“, nachdem er ihnen politische Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit für das Schicksal der Nation vorgeworfen hatte. Der spätere Staatssekretär im Reichsfinanzministerium warb zugleich für die NSDAP. Sie sei die einzige Partei, die gewährleiste, dass „wieder ein Wohlsein an uns kommt, und dass wir den Rest unseres Lebens und dass unsere Kinder und Kindeskinde freie Deutsche sind ...“ Dafür stimmte er den Ruf an: *Deutschland erwache!*

In die Geschichte ging indessen der Schlachtruf *Deutschland erwache* hauptsächlich durch seinen beständigen und folgenreichen Gebrauch durch die Sturmtrupps deutscher Faschisten ein, zumal diese ihn absichtsvoll und in mörderischer Konsequenz mit der Drohung *Juda verrecke* verknüpften. Beides ließen die Führer der NSDAP ihre Mitglieder und Anhänger schreien, plakatieren und mehr oder weniger kunstvoll verkünden, wann immer sie es für notwendig und taktisch richtig hielten; sie verzichteten allerdings auf den üblichen Zusatz in jener Zeit, in der sie Hitlers Schwur vor dem Leipziger Staatsgerichtshof, nur mit legalen Mitteln an die Macht zu gelangen, Glaubwürdigkeit verleihen wollten.

Die nationalsozialistischen Ideologen und Propagandisten stützten sich unmittelbar auf ein Gedicht des völkisch-rassistischen Publizisten Dietrich Eckart, der die Zeitschrift „Auf gut deutsch“ herausgab, erster Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“ war und den noch unbekanntem Adolf Hitler mit allen verfügbaren Mitteln förderte. Sein so genanntes Sturmlied war 1919 entstanden und richtete sich gegen Revolution und Republik:

„Sturm, Sturm, Sturm
Läutet die Glocken von Turm zu Turm,
Läutet die Männer, die Greise, die Buben,
Läutet die Schläfer aus ihren Stuben,
Läutet die Mütter hinweg von den Wiegen,
Dröhnen soll sie, und gellen die Luft,
Rasen im Donner der Rache
Läutet die Toten aus ihrer Gruft,
Deutschland, erwache!“

[304:] Erstmals benannte Adolf Hitler so eine seiner unzähligen Reden am 8. April 1921. Es war gewiss keinem Zufall geschuldet, dass nach überstandener Parteikrise, in der es neben Hitlers Führungsanspruch um die Durchsetzung einer auf Gewalt und Terror orientierenden Taktik der Partei ging, das Gedicht am 11. August 1921 erneut im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht wurde. Zwei Jahre darauf fügte Eckart dem Gedicht noch eine Strophe hinzu. Nirgendwo konnte der Slogan indessen besser angebracht werden als auf den Standarten der Sturmabteilungen (SA), jener terroristischen Verbände der NSDAP, von denen die ersten vier auf ihrem Reichsparteitag am 26. Januar 1923 „geweiht“ wurden. Auf Hitlers Anordnung hin verbanden die Gestalter aller weiteren Parteitage die Weihe neuer Standarten mit diesem „Sturmlied“. Ihnen schien es in besonderer Weise geeignet zu sein, sowohl Angst und Schrecken vor den Schlägeryarden zu verbreiten als auch mobilisierende Furcht vor allen Gegnern zu schüren, die als Feinde apostrophiert wurden und viele Namen tragen konnten. Diese sollten für alle ökonomischen, sozialen und politischen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht werden, die Menschen in Deutschland zu erleiden hatten. Wo eigentlich Erkenntnis und

Suche nach einer sinnvollen Alternative erforderlich waren, ging es den Faschisten lediglich ums Dreinschlagen. Nachdenklichkeit oder gar eigenständiges Fragen waren unerwünscht. Die Führung der NSDAP benötigte einen willfährigen, fügsamen und jede Unbotmäßigkeit vermeidenden Anhang. Das schließlich am 30. Januar 1933 „erwachte“ Deutschland schrie dann folgerichtig *Führer befehl, wir folgen dir*.

Das rassistische Grundanliegen im nationalsozialistischen Gebrauch der Formel *Deutschland erwache* war zuvor mitunter abseits vom großen Getümmel aufgetaucht, beispielsweise als sich unter dieser Parole der von Alfred Rosenberg geschaffene und geleitete „Kampfbund für deutsche Kultur“ am Pfingstsonntag des Jahres 1931 in Potsdam versammelt hatte. In ihren Vorträgen erhellten an diesem 24. Mai Hermann Göring und Alfred Rosenberg, was mit dem Schlachtruf gemeint war: Ersterer redete zum Thema „Wehrwille sichert Kultur“ und letzterer zu „Blut und Ehre“. Beide verdeutlichten, wogegen sich das „erwachende“ Deutschland zu richten habe und wozu ein „erwachtes“ Volk sich verstehen sollte. In diesem Sinne verkündete das Sammelbecken rechtsextremer Intellektueller, „rassefremdes Literatentum, verbündet mit den Abfällen der Großstädte“ sowie „auf allen kulturellen Gebieten das entwurzelt Internationale“ bekämpfen zu wollen. Weiter wurde bar jeden Beweises behauptet, [305:] alle Kultur der Welt sei von den Germanen erzeugt worden; hätten sich die „aufgewühlten Schlammfluten der Mischlinge Asiens, Afrikas, des ganzen Mittelmeerbeckens und seiner Ausläufer“ durchsetzen können, wäre „der die Erde umgestaltende Genius des das Weltall erforschenden nordisch bedingten Menschen“ für ewig verloren gegangen. Die nordische Rasse habe alle wesentlichen Weltkulturen geschaffen, doch diese seien überall und stets durch die jüdische Gegenrasse bedroht. „Juda“ habe schon Hellas zerstört und zu Rom umgewandelt, und von Rom aus werde noch immer die jüdisch-orientalisch geprägte Lehre des Christentums verbreitet. Ihre Werte wie Mitleid und Liebe hätten den germanischen Höchstwert der Ehre zersetzt.⁷ Die unüberhörbaren Schlussfolgerungen lauteten: Über alles in der Welt müsse die Ehre der deutschen Nation gestellt werden, da sie ein Ausdruck eines ursprünglichen nordisch-germanischen Wesens und Wissens sei. Daher müssten die Deutschen in den Ariern ein auserwähltes Herrenvolk sehen, die Juden erbarmungslos hassen, Humanismus und Demokratie verachten, Macht und Gewalt verherrlichen. Ein „Markstein der ... ewigen Deutschheit“ – so ist Rosenbergs Buch stolz von unkritischen Bewunderern genannt worden ...

Marksteine einer erwachenden herrschsüchtigen Deuschtümelei setzte bereits Wilhelm Frick, als er 1930/31 der Regierung des Landes Thüringen vorstand. Auf sein Betreiben hatten Schüler vor Unterrichtsbeginn rassistisch-nationalistische Gebete zu sprechen. Der Erlass vom 10. April 1930, der nach Einspruch der Reichsregierung in einigen Punkten revidiert werden musste, bezeichnete die Schulgebete als wertvollen Bestandteil christlicher Erziehung. Erklärtermaßen wollte Frick der thüringischen Jugend das Beten „auf deutsche Art“ beibringen und frühzeitig ihren „Wehrwillen“ wecken. In hasserfüllter, Manier war getextet worden:

„Vater, in Deiner allmächtigen Hand
Steht unser Volk und Vaterland.
Du warst der Ahnen Stärke und Ehr,
Bist unsre ständige Waffe und Wehr.
Drum mache uns frei von Betrug und Verrat,
Mache uns stark zu befreiender Tat,
Schenk uns des Heilands heldischen Mut.
Ehre und Freiheit sei höchstes Gut!
Unser Gelübde und Losung stets sei:
Deutschland erwache!
Herr mach uns frei. Das walte Gott!“

[306:] In der letzten Ausgabe seiner Zeitschrift „Die Fackel“ schrieb der österreichische Publizist Karl Kraus, der vier Jahrzehnte um humanistischen Geist, Kultur und Menschlichkeit gestritten hatte: „Das Wort entschlief, als jene Welt erwachte.“ Und prophetisch setzte er 1934 hinzu: „Die schwarze

⁷ Alfred Rosenberg: *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*, München 1930, passim.

Masse jener eigentlichen Wertvernichtung, zu der nun einmal das neudeutsche Leben aufgewacht ist, wird sich austoben.“⁸

Das Schlagwort *Deutschland erwache* und die Häufigkeit seiner Verwendung veranlassten Antifaschisten, es sogar als Titel eigener kritischer Darstellungen zu wählen. Ihn benutzte der Publizist und Schriftsteller Ernst Ottwalt, der 1932 die erste und heute noch lesenswerte Geschichte des Nationalsozialismus veröffentlichte. Erich Weinert verfasste nach dem Reichstagsbrand ein Gedicht, das diesen mit dem brennenden Rom unter Kaiser Nero verglich und parodierte „Rom erwache“. Nach der Befreiung verwandte ihn Erwin Leiser für einen bemerkenswerten Dokumentarfilm über die Propaganda des so genannten Dritten Reiches. Die neuen rechtsextremistischen Organisationen, die gegenwärtig Deutschland mit ihrem Marschtritt und mit dem Gebrüll nationalistischer Parolen überziehen, verwenden es nicht – möglicherweise: noch nicht ...

⁸ Zit. nach Werner Welzig: Wörterbuch der Redensarten zu der von Karl Kraus herausgegebenen Zeitschrift *Die Fackel*, Wien 1999, S. 214. Es ist nicht bekannt, ob Kraus auch das Gedicht „Die scheinotote Prinzessin“ von Erich Kästner gekannt hat. Hierin wurden die Nationalsozialisten mit Lakaien verglichen. Es schließt mit den Zeilen „Ihr seid Lakai’n. Ihr bleibt Lakai’n./Ihr seid es. Und ihr wollt es sein./Es ist nicht eure Sache zu schrein: ‚Deutschland erwache!‘/Wenn ihr ruft, schläft es ein!“

Deutschland, Deutschland über alles

Von Kurt Pätzold

1892 wurde auf der Nordseeinsel Helgoland, die das Deutsche Kaiserreich zwei Jahre zuvor in einem mit Großbritannien geschlossenen Vertrag gegen eine Insel aus seinem Kolonialbesitz eingetauscht hatte, ein Denkmal für einen Mann errichtet, der hier im Jahre 1841 – also während einer Auslandsreise – einen Liedtext erdacht und niedergeschrieben hatte, der in der Dichtkunst der Deutschen einen herausragenden Platz besetzt und das infolge seiner politischen Verwendung. Diese besitzt eine wechselvolle und bis in unsere Zeit reichende, mit politischen Interessen und deren Demonstration eng verwobene Geschichte. Schon als auf Helgoland 1890 die deutsche Nationalfahne gehisst wurde, erklang- und da zum ersten Male bei einer staatlichen Kundgebung – das Lied, dessen Ursprung damals ein halbes Jahrhundert zurücklag und dessen Dichter verstorben war. Es wurde aus [307:] ganz unterschiedlichen Gründen gepriesen oder verworfen, als die „blödsinnigste Parole“, „zarteste Lyrik“ oder auch schlechtweg als „nationalistisches Sauflied“ bezeichnet.

August Heinrich Hoffmann, nach seinem Geburtsort im Lüneburgischen – er ist heute Teil der Stadt Wolfsburg – sich von Fallersleben nennend, war zu der Zeit, da er seine Sommerreise auf die Insel unternahm und dort die als „Lied der Deutschen“ bezeichneten drei Verse schuf, seit etwa sechs Jahren ordentlicher Professor für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Breslau. Aufgrund der Leistungen in seinem Fach ebenso wie in seiner lyrischen Produktion war er ein bereits bekannter und angesehener Mann. Er hatte einen Fehler: Er war von liberaler, nicht von republikanischer Gesinnung. Die hatte sich in seiner 1840 gedruckten Sammlung „Unpolitischer Lieder“, die in Wirklichkeit politische Bekenntnisse enthielten, ausgedrückt. Verse wie „Kein Österreich, kein Preußen mehr, Ein einzig Deutschland hoch und hehr ...“ hatten die politischen Wächter Preußens schon mobilisiert. 1842 verlor Hoffmann seine Professur pensionslos. Für ihn begannen unstete Jahre. Erst im Revolutionsjahr 1848 erfuhr er in Preußen seine Rehabilitation. Jedoch bezog er nie wieder einen Lehrstuhl. Er lebte und arbeitete, nachdem er Breslau verlassen hatte, kürzere Zeit in Bingerbrück, Neuwied, länger in Weimar, schließlich seit 1860 als Bibliothekar des Herzogs Victor von Ratibor auf Schloss Corvey bei Höxter an der Weser, wo er 1874 verstarb.

Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt, so hebt der Text des „Deutschlandliedes“ an, den Hoffmann auf eine Melodie Joseph Haydns gelegt hatte. Sie stammte aus dem Jahre 1797 und verband sich mit einem Liedtext, der auf den letzten Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation Franz II. (bis 1806), der als Franz I. (seit 1804) Kaiser von Österreich wurde, geschrieben worden war. Diesem Habsburger galt das „Gott erhalte, Gott beschütze ...“ der einleitenden Worte. Wo Haydns Melodie nicht damals schon in dieser Verbindung Bekanntheit erlangte, mochte das durch deren Verwendung in seinem im gleichen Jahr uraufgeführten Streichquartett C-Dur (opus 75, 3) geschehen sein, das auch als „Kaiserquartett“ bezeichnet wird.

Deutschland über alles – nahm eine sprachliche Wendung auf, die Popularität durch den Titel eines Buches gewonnen hatte, das 1684 anonym erschienen war: „Österreich über alles, wenn es nur will“. 1798 tauchte der gleiche Text in der Abwandlung „Deutschland über [308:] alles, wenn es nur will“ wiederum im Titel in einer anonymen Schrift auf. Dann wurde die Formulierung Philipp Wilhelm von Hörnigks von Joseph von Collin 1809 verkürzt in seine für den Kampf gegen Napoleon bestimmte Liedsammlung für „Österreichische Wehrmänner“ aufgenommen: „Österreich über alles“. Nach den Befreiungskriegen taucht in einem Druck, 1817 hergestellt in Leipzig, eine weitere Variation auf, wiederum anonym: „Preußen über alles, wenn es nur will“; deren Autor ist ein Schulmann aus Breslau, Samuel Gottfried Reiche. Collins Lied von 1809 findet sich erneut in einem von Johann Daniel Runge in Hamburg herausgegebenen Buch, worin diesmal Österreich gegen Deutschland eingetauscht worden ist. In diese Sammlung ist auch ein Gedicht aufgenommen, das Runge mit „Lied der Deutschen“ überschrieb. Kurzum: Nicht nur im allgemein geistigen Sinne, sondern auch sprachlich konnte Hoffmann aus reicher Überlieferung schöpfen und an sie anknüpfen.

Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt – das bedeutete in des Dichters Sinn nicht, wozu die Worte später von Nationalisten und Chauvinisten umgedeutet wurden, den Anspruch

nämlich, als Deutscher mehr zu sein und höher zu stehen als alle anderen auf der Welt. Es meinte, dass dem weit gereisten Manne Deutschland näher stand und ihm das Land seiner Geburt, in dem er vorwiegend lebte, teurer war als andere Länder, die er kannte und um deren Sprache und Literatur er wusste. Zugleich drückten sich in der Forderung, „Stets zu Schutz und Trutze brüderlich“ zusammenzuhalten, nachwirkende Erfahrungen der Jahre 1805 bis 1813 aus, hatte der Dichter die Jahre der französischen Besetzung doch als Kind und junger Bursche erlebt. Franzosenhass war ihm so wenig fremd wie Hass gegen die Juden. Aus seinem Lied sprach indessen vor allem der ungestillte Wunsch, den viele Deutsche bereits während der Befreiungskriege hegten. Er richtete sich auf ein Deutschland, für das die Zersplitterung in viele rivalisierende, zu Zeiten Friedrichs II. und dann wieder unter dem Regiment des Franzosenkaisers Napoleon I. auch gegeneinander Krieg führende Staaten Vergangenheit sein würde. Deutschland galt ihm mehr als Preußen, das eben hatte ihn, wenngleich ihm revolutionäre Gedanken ganz fern lagen, mit der Obrigkeit in Konflikt geraten lassen.

Hoffmanns Hoffnung hatte mit der Ausbreitung kapitalistischer Produktionsverhältnisse auch zunehmend einen materiellen Hintergrund und Impuls erhalten. Der nationale Markt war ökonomisches Erfordernis und Bedingung dafür geworden, dass sich Industrie und [309:] Handel ungehindert entfalten, Geschäfte florieren, Gewinne erzielt werden konnten. Mit der Anrufung von „Recht und Freiheit“, mit Zurückhaltung herbeigewünscht für das abstrakte Vaterland und nicht für jeden seiner Bürger, hatte er in der dritten Strophe liberale Ideale, nicht die Wirklichkeit charakterisiert. Im Jahr zuvor, 1840, war in Berlin ein Thronwechsel erfolgt. An den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. mag auch er reformerische Erwartungen geknüpft haben, denen der neue Mann an der Staatsspitze indessen keineswegs Rechnung tragen sollte. Achtjahre darauf brach die Revolution auch in Berlin aus, die sich kurz zuvor in Paris und Wien erhoben hatte.

Hoffmann hatte in der ersten Strophe seines Gedichts beschrieben, wo für ihn Deutschland lag: Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt. Ins Politisch-Programmatische gewendet, gar als Angabe für künftige deutsche Staatsgrenzen genommen, besaß die Markierung ihre Tücken. Über den Belt, eine in mehreren konkretisierenden Verbindungen auftretende geografische Bezeichnung, mochte sich noch streiten lassen. Der Belt war keine Wohngegend. An den Ufern der Maas aber lebten Franzosen und flussabwärts Belgier und Niederländer, so dass noch 80 Jahre darauf ein Ministerialbeamter zurückhaltend bemerkte, dass diese Angabe „schon früher nicht gestimmt“ habe, „da die lothringische Grenze von der Maas noch ziemlich weit entfernt war.“¹ Jedenfalls bildete, als Hoffmann dichtete, der Rhein den längsten und vor allem den bekanntesten Teil der Grenze zu Frankreich. Doch mochte ein expansionistisches Projekt mit der Erwähnung der Maas nicht zwingend verbunden gewesen sein. Erst 99 Jahre später sollten deutsche Soldaten Frankreich erobern und besetzen mit dem Gesang auf den Lippen „Über die Scheide, die Maas und den Rhein, ziehen wir siegreich nach Frankreich hinein“. Wenn die Anrufung der vier Gewässer im Refrain von Hoffmanns Lied ein Verlangen ausdrückte, dann war es vor allem an die in Tirol entspringende Etsch geknüpft, die mit dem Po vereint in einem Delta in die Adria fließt. Deutschland von den Südtirolern bis zu den Nordfriesen meinte vor allem den Einschluss der Österreicher. Damit war eine politische Frage berührt, die sich bis in das Jahr 1866 als heiß umstritten erweisen sollte und in einer alternativen Formulierung groß- oder kleindeutsche Lösung hieß.

Deutschland über alles bezeichnete ein weithin gebräuchliches, verbreitetes vielbändiges Konversationslexikon an der Jahrhundert-[310:]wende als das „berühmteste und noch heute politisch wirksamste Lied“ des Dichters. Es war jedoch, als das Deutsche Kaiserreich 1871 gegründet wurde, zur Staatshymne nicht bestimmt worden. Eine offizielle Hymne gab sich das Reich überhaupt nicht. Die gefundene „Lösung“ entsprach der Rolle Preußens und des Monarchen im Staate. Gesungen wurde weiter das dem englischen „God save the king/the queen“ ebenso wie dem Österreichischen „Gott erhalte, Gott beschütze“ eng verwandte „Heil Dir im Siegerkranz“, die untertänigste Verbeugung vor dem Throninhaber aus dem Hause Hohenzollern. Gestern hatte der Kotau dem preußischen König

¹ Anlage zu einer Reichsministerialsache vom 30. Juli 1920. Zit. nach Ursula Mader: Wie das „Deutschlandlied“ 1922 Nationalhymne wurde. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XXXVIII. Jg., 1990, H. 12, S. 1098. Dem Beitrag verdankt der Autor nicht nur für die Zeit der Weimarer Republik Hinweise und Anregungen.

gegolten, von nun an einem deutschen Kaiser. In den Teilstaaten des Reiches erklangen derweil Lobgesänge auf die gekrönten, dort nach wie vor „regierenden“ Häupter, auf Könige, Fürsten und Großherzöge, welche die Deutschen als Folge der „Einigung von oben“ mitschleppten. Im Großherzogtum Sachsen wurde ein Text von Peter Cornelius, den Franz Liszt vertont hatte, gesungen: „Möge Gott dich stets erhalten, Weimars edles Fürstenhaus.“ Im Herzogtum Sachsen-Meiningen ertönte: „Wir wollen Meininger stets bleiben.“ Im Fürstentum Schwarzburg-Sonderhausen galt: „Wir bleiben unserem Fürsten von Sondershausen treu“ usw.

Enttäuscht und bedauernd bemerkte Hoffmann im Sommer 1871, sein *Deutschland über alles* sei „Maculatur“ geworden. Es war als Nationalhymne nirgendwo ernsthaft in Betracht gezogen worden. Dem Text fehlte jede Huldigung an den Monarchen. Dass sie sich in anderen seiner Gedichte fand – 1840 auf Friedrich Wilhelm IV., 1861 auf Wilhelm I., den er als deutschen Kaiser zu erleben wünschte – vermochte nicht zu bewirken, dass ein im Jahre 1871 Bismarck vorgelegter Antrag durchkam, ihn in seine Rechte als Professor wieder einzusetzen. Der preußische Kultusminister lehnte ab.

Doch Hoffmanns Lied blieb lebendig, ja, es erlebte zunehmende Verbreitung. In Schulbücher fand es Aufnahme. Politisch wirksam war das Lied im Kaiserreich als Kampfgesang gegen die aufkommende sozialistische Arbeiterbewegung und deren internationalistisches Bekenntnis, so dass ein sozialdemokratischer Politiker noch Jahre später schrieb, es sei „unheilbar kompromittiert“.² Das hatte auch seine Verwendung für antisemitische Kundgebungen verursacht. Was sich in *Deutschland über alles* in den Köpfen von Millionen Deutschen am Jahrhundertbeginn auszudrücken begann, charakterisierte die satirische Zeitschrift „Der wahre Jacob“ so:

[311:]

„Deutschland, Deutschland über dieses
Geht kein Land doch auf der Welt;
Und weh' Jedem, der noch künftig
Frech sich in den Weg uns stellt.
Unsrer Rache Flammenfackel
Dann den Erdenrund erhellt,
Bis wir kurz und klein gehauen
Alles, alles in der Welt.“

Tatsächlich stand der schlimmste mordspatriotische und nationalchauvinistische Gebrauch des Textes erst noch bevor. 1914 feierte die Propagandajene „jungen Regimenter“, die bei Langemarck, so jedenfalls die Legende, mit dem „Deutschlandlied“ auf den Lippen gegen die Franzosen angestürmt und dabei umgekommen waren. Der Schriftsteller Ludwig Renn, der etwas von Krieg und Schlachten verstand, nannte das „eine bloße Phrase, und eine verflucht blutige!“

Vom ersten Vers des Liedes wurde in den Kriegsjahren ein geradezu inflationärer Gebrauch genommen. *Deutschland über alles* war ein „Soldatenliederbuch für den Tornister“ betitelt, das 1914 erschien und 1916 die 18. Auflage erreichte. Die drei Worte dienten Professoren und Lehrern als Überschrift für festliche Kriegsreden und patriotische Kriegsschriften. Sie gaben den Titel für einen Roman und für eine ganze Schriftenreihe her. Sie zierten eine Veröffentlichung mit „vaterländischen Gesängen“, bestimmt u. a. für den Vortrag in Lazaretten. Sie schmückten die Titelseiten von Gedichtbänden und – 1914 – ein Weihnachtsbüchlein für die deutsche Jugend usw. Welchen Platz der Liedanfang mit dem Kriegsbeginn in der deutschen Propaganda einnahm, bezeugt indirekt eine Veröffentlichung eines Verlages in New York/London, der 1914 für eine Sammlung von Kriegsrechtfertigungen durch deutsche Politiker, Militärs, Wissenschaftler und Künstler in Deutsch den Titel *Deutschland über alles* wählte und dem anfügte: Deutschland spricht.³ Vier Jahre später, in Zeiten

² Vorwärts, 23.12.1922. Zit. nach ebenda, S. 1094.

³ Deutschland über alles or Germany speaks; A collection of the utterances of representative Germans – statesmen, military leaders, scholars, and poets – in defence of the war policies of the fatherland. Compiled and analyzed by John Jay Chapman, New York & London 1914.

eines sich ohnmächtig aufbäumenden Nationalismus, wollte der Zentrumspolitiker und Präsident der deutschen Nationalversammlung Konstantin Fehrenbach, an das Ausland und namentlich an die Kriegsgegner gewandt, glaubhaft machen, dass das Lied „nur der Ausdruck unserer innigen gemüts-tiefen Liebe zu unserer Heimat“ sei.⁴

Als die Revolution das Kaiserreich beseitigt hatte und 1919 aus Kämpfen von Revolution und Gegenrevolution die Weimarer Republik hervorgegangen war, vergingen noch drei Jahre, bis an der Staatsspitze entschieden wurde, Hoffmanns Lied und Haydns Melodie zur [312:] Nationalhymne zu bestimmen. Das geschah am 17. August 1922 durch den Reichspräsidenten Friedrich Ebert, dem laut Verfassung das Recht zustand, für die Streitkräfte eine solche Hymne zu verordnen. Der Erlass der Ausführungsbestimmungen fiel dem Reichswehrminister zu. Vorausgegangen war die Abwägung von Bedenken wegen der nationalistischen und damals schon ins Revanchistische reichenden Inanspruchnahme des Liedes, die sich 1919 anlässlich der Verkündung der Bestimmungen des Versailler Vertrages in Berlin öffentlich gezeigt hatte. Doch wurden gerade sie zum Argument für das „Lied der Deutschen“; es sollte der äußersten Rechten als Kampf- und Protestlied nicht überlassen bleiben, was freilich umso weniger erreicht werden konnte, als auch die Einwände gegen die Verwendung der ersten Strophe – von der Maas – zurückgestellt wurden. Das löste prompt französische Kritik bis hin zum Ministerpräsidenten Raymond Poincaré aus. Bis zu einer Hymne, welche die Republik feierte, brachte es der in Weimar gegründete Staat bis zu seinem Ende ebenso wenig wie zu einem Nationalfeiertag. 1929 veröffentlichte Kurt Tucholsky mit seinem Text-Foto-Band „Deutschland über alles“ eine Bloßstellung und Aburteilung des fortlebenden Militarismus und Monarchismus, mit Kriegsherrlichkeit und jener ganzen geistigen Borniertheit ihrer Eliten, welche die Deutschen noch teuer zu stehen kommen sollte.

Einen wiederum anderen Klang erhielt der Liedtext des Hoffmann von Fallersleben, als die Faschisten an die Macht gelangten. Sie beließen ihn als Staatshymne, fügten ihm aber einen zweiten Liedtext aus ihrer „Kampfzeit“ hinzu. Es handelte sich um das von dem SA-Führer Horst Wessel gedichtete und nach ihm benannte Lied der „braunen Bataillone“, die sich die Straße gewalttätig oder unter polizeilichem Staatsschutz gegen die Kommunisten, gegen „Rotfront“, freimachten. *Deutschland über alles* erfuhr von nun an eine völlig neue Interpretation, denn Deutschland wurde in den Koordinaten der faschistischen Ideologie über allen anderen Nationen und Völkern platziert; es war das Land der höheren, der zur Herrschaft berufenen Rasse. Die das Lied im faschistischen Reichstag, bei zahllosen Kundgebungen und Aufmärschen, bei Feiern in Schulen sangen, verkündeten damit Anspruch und Vorsatz und eine Selbstüberhebung, die weder Maß noch Grenze kannte. Von der Etsch – bedeutete, dass das selbstständige Österreich Heim ins Reich gehörte, freilich wegen des Bündnisses mit Italien ohne die Südtiroler. Bis an die Memel bezeichnete einen, wenn auch geringfügigen, [313:] Gebietsanspruch an Litauen. Und die Erwähnung der Maas erinnerte, wenn Frankreich auch die Beteuerung zu hören bekam, dass es von deutscher Seite keine Gebietsansprüche zu fürchten habe, an die 1919 verloren gegangenen Westgebiete, an die Lothringer, die wie die benachbarten Elsässer jedoch wenig Neigung zeigten, Staatsdeutsche zu werden. *Deutschland über alles* erklang nach jedem Rechenschaftsbericht des Führers über einen siegreichen Feldzug: gegen Polen 1939, gegen Frankreich 1940, gegen Jugoslawien und Griechenland 1941. Nach dem letzten ruhmredigen Bericht – die Fahne mit dem Hakenkreuz wehte auf der Akropolis – erklärte Hitler, das Lied gleichsam erläuternd, dem deutschen Soldaten sei nichts unmöglich. Vielen unterdrückten und ausgebeuteten Völkern Europas klang das *Deutschland über alles* über Jahre schrecklich in den Ohren, so dass Zeitgenossen selbst Haydns Melodie zeitlebens nicht mehr ertragen konnten.

Als wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und nachdem sich eine neue internationale Situation entwickelt hatte, die durch den Kalten Krieg gekennzeichnet war, zwei deutsche Staaten gebildet wurden, sollte jeder von ihnen auch eine Hymne erhalten. In den Entscheidungen der Parlamente, des Bundestages der Bundesrepublik Deutschland und der Volkskammer der Deutschen Demokratischen

⁴ Konstantin Fehrenbach in seiner Schlussrede vor der Nationalversammlung am 12. Mai 1919. In: Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919. Hg. v. Ed. Heilfron, Berlin o. J., 4. Bd., S. 2716.

Republik, äußerte sich das gegensätzliche Verhältnis der beiden Staaten zur Geschichte, spiegelten sich Kontinuität und Bruch. Im westdeutschen Staat wurden Text und Melodie des „Deutschlandliedes“ 1952 als offizielle Staatshymne übernommen. Dem war eine Kontroverse zwischen dem Staatsoberhaupt und dem Regierungschef vorausgegangen. Während Theodor Heuss zunächst vertraulich an einer neuen Hymne arbeiten ließ, folgten am 18. April 1950 während einer Versammlung in Berlin (West) 2000 Teilnehmer der Aufforderung Adenauers, gemeinsam und mit der Begleitung des vorbereiteten Orchesters die dritte Strophe der Nationalhymne zu singen. Das geschah. Die auf Initiative von Heuss entstandene „Hymne an Deutschland“, 1951 allabendlich im Rundfunk zu Gehör gebracht, fand keinen Anklang. Adenauer und die Bundesregierung setzten sich durch, freilich nur mit der dritten und letzten Strophe, in der Einigkeit und Recht und Freiheit als des Glückes Unterpfand bezeichnet wurden. Die Entscheidung war inkonsequent und interpretationsfähig. Das Lied war als Ganzes zur Nationalhymne erklärt worden, nur staatsoffiziell sollte ausschließlich die dritte Strophe erklingen. Wo aber begann die Grenze zum Staatsoffiziellen?

[314:] Die Hervorhebung von Recht und Freiheit drückte nach den Jahren der faschistischen Diktatur ein Programm aus, das freilich in seinen konkreten Inhalten erst durch die Auseinandersetzung der Kräfte bestimmt werden musste, die unterschiedliche Rechtsvorstellungen und Freiheitsansprüche geltend machen wollten. Ebenso unumgänglich wie programmatisch im Negativen war der Verzicht auf die erste Strophe. Er bekundete – jedenfalls staatsoffiziell – den Abschied von dem – ihrem Gebrauch anhaftenden – Gedanken an eine Höherwertigkeit des eigenen Landes vor anderen. Dieser Verzicht war angesichts des mit barbarischen Mitteln unternommenen Versuchs, Deutschland zur ersten Weltmacht zu erheben, absolut nötig. Vorerst war Deutschland und den Deutschen wieder so viel Ansehen in der Welt zu verschaffen, dass sie völkerrechtlich eine gleichberechtigte Stellung gewannen. Mit der zweiten Strophe, in der die „deutschen Frauen“ gepriesen wurden und die im Lande der vielen Biertrinker den „deutschen Wein“ und den „deutschen Sang“ feierte, die mithin romantisierend-kitschig den Charme der Drosselgasse in Rüdesheim verströmte, ließ sich eine Staatshymne nicht gut beginnen. Wichtiger war noch, dass darin die „Treue“ als eine deutsche

Tugend herausgestellt war. Die besaß nach den Jahren der Gefolgschaftstreue

in einem verbrecherischen Regime mehr als nur einen

schlechten Beigeschmack. So also war nur die dritte Strophe als

akzeptabel geblieben. Mit ihr verkündeten die Sänger inmitten von

Trümmern, Ruinen und unbewältigter Nachkriegsnot, sie wollten ein blühendes Land schaffen. Dass ihre Entscheidung die Gefühle von Widerstandskämpfern, von Opfern des Naziregimes und von alten wie jungen Antifaschisten verletzte, die eine Minderheit bildeten, nahm die Regierung hin. Zugleich riskierte sie, was folgte. Es wurde bei verschiedensten Gelegenheiten – nicht nur am Rande von Fußballfeldern und nicht nur von Verfassungsgegnern – öffentlich die erste Strophe angestimmt. Bis in jüngste Zeit dauern Forderungen an, im Schulunterricht alle Strophen zu behandeln. Vor allem aber gelang es zu keinem Zeitpunkt, dem Lied der Deutschen in deren breiteren Kreisen die einstige Popularität wieder zu verschaffen, wiewohl dafür die Mittel des Fernsehens eingesetzt wurden. Auch die Fußballnationalmannschaft verpflichtete man, nicht stumm herumzustehen, sondern mitzusingen, wenn vor Länderspielen die Hymnen erklangen. Eine 1986 veranstaltete Umfrage ergab, dass drei Viertel der Bürger der BRD den Text der dritten Strophe nicht oder nicht vollständig beherrschten, [315:] von den Jugendlichen unter 19 Jahren kannten gar nur 8 Prozent den Text.⁵ 1990 antworteten auf die mit einem Fingerzeig versehene Frage, „Wie beginnt die Nationalhymne, die dritte Strophe des Deutschlandliedes?“ 15 Prozent der Altbundesbürger „Deutschland über alles“, und 70 Prozent konnten den Vers korrekt angeben.⁶

⁵ Guido Knopp/Ekkehard Kuhn: Das Lied der Deutschen. Schicksal einer Hymne, Frankfurt a. M. 1988, S. 141.

⁶ Heike Amos: Auferstanden aus Ruinen ... Die Nationalhymne der DDR 1949 bis 1990, Berlin 1997, S. 170 f., nach einer Befragung veröffentlicht in: Der Spiegel, Nr. 46/1990.

Im ostdeutschen Staat stand die Verwendung des Textes von Hoffmann nie zur Diskussion. An Johannes R. Becher, der sich während der Naziherrschaft als Emigrant in der UdSSR befunden und dort eine Vielzahl von Gedichten geschaffen hatte, in denen sich die Sehnsucht nach einem besseren Deutschland ausdrückte und ebenso die – dann mehr und mehr entschwundene – Hoffnung, dieses werde aus den Kräften deutscher Hitlergegner entstehen oder zumindest mit deren Achtung gebietendem Anteil, erging aus dem Politischen Büro der SED und dann namentlich durch Wilhelm Pieck im September/Oktober 1949 die Bitte, den Text für eine Hymne zu schaffen. „Auferstanden aus Ruinen“ – mit diesen Worten begann die von Hanns Eisler, einem anderen aus der Emigration Zurückgekehrten, vertonte Gedicht, das mit der Forderung, vereint dem „Vaterland“ zu dienen, den Appell zu angestrebter, auf den Frieden gerichteter Arbeit verband. Während einer Veranstaltung am 7. November 1950, die dem Jahrestag der russischen Oktoberrevolution gewidmet war, wurde die Hymne uraufgeführt.

Sangen die Westdeutschen den ihnen geläufigen Text von der „Einigkeit“, die nicht mehr die Einigkeit der Volksgemeinschaft sein sollte, so lernten die Ostdeutschen den ihren, der als Ziel das einige Deutschland bezeichnete. Von Anbeginn knüpften sich an „Einigkeit“ und „Deutschland, einig Vaterland“ verschiedene und zunehmend unvereinbare Vorstellungen über die Gestaltung von Gesellschaft und Staat. Im Weststaat wurde die Restauration kapitalistischer Zustände betrieben, im Oststaat die Politik auf die Schaffung sozialistischer Verhältnisse gerichtet. Als vom langen Nebeneinanderbestehen zweier deutscher Staaten ausgegangen wurde und die Gestaltung ihrer Beziehungen zueinander, nicht ihre Vereinigung miteinander, in den Vordergrund trat, unterblieb in der DDR der Gesang der Staatshymne. Sie wurde ein Lied ohne Worte. In der Bundesrepublik blieb es beim Bekenntnis zur „Einigkeit“, mit dem sich bis in die Zeit der Krise des sozialistischen Systems und Staatenverbundes jedoch keine politische Aktionsprogrammatisierung mehr verband.

Nach dem 3. Oktober 1990 war mit der Form, in der die Herstellung des einheitlichen deutschen Staates erfolgte – dem Beitritt der [316:] neu geschaffenen ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik – auch die zeitweilig erhobene und eine gewisse Popularität erlangende Forderung erledigt, dem größeren Staat eine neue Verfassung zu geben. Diesen Schritt sah das Grundgesetz der Bundesrepublik vor. Er wurde nicht gegangen. Bald starben auch Ideen, die sich auf eine neue Hymne richteten. Sie waren nur kurze Zeit, ohne bedeutende Teilnahme der Öffentlichkeit, erörtert worden. Immerhin war es bis zu Vorschlägen für Text und Musik gekommen. Einer davon wollte die beiden Hymnen verbinden. Das hätte indessen die Täuschung eines gleichberechtigten Zusammenschlusses bewirkt, der jenseits der politischen Pläne der politischen Architekten des größeren Staates lag. Der Gedanke an eine neue Hymne verband sich auch mit einem Gedicht eines anderen deutschen Kommunisten und Emigranten, Bertolt Brecht, der über Dänemark, Finnland und nach einer Reise durch die UdSSR in den USA Zuflucht gefunden, sich nach der Befreiung auch nach Ostdeutschland gewandt hatte. Dass dessen „Kinderhymne“, im Juni 1950 zuerst veröffentlicht⁷, im Oktober von Hanns Eisler vertont und am 3. Januar 1951 in der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle in einer Veranstaltung zu Wilhelm Piecks Geburtstag vom Dresdner Kreuzchor uraufgeführt, 1949 in Konkurrenz mit Bechers Text unterlegen wäre, ist eine Legende. Aber 40 Jahre nach der Entstehung des Gedichts wurde es als Staatshymne in Betracht gezogen, endete sein Text doch mit der schärfsten gedanklichen und programmatischen Entgegensetzung zu Deutschland über alles, denn er klingt mit dem Bekenntnis und dem Anspruch aus „... und nicht über und nicht unter andern Völkern woll'n wir sein.“⁸ Indessen: Im Sommer 1991 war durch einen Briefwechsel (19./23. August) zwischen Bundespräsident Richard von

⁷ Kinderhymne: Anmut sparet nicht noch Mühe/Leidenschaft nicht noch Verstand/Dass ein gutes Deutschland blühe/Wie ein andres gutes Land/Dass die Völker nicht erleichen/Wie vor einer Räuberin/Sondern ihre Hände reichen/Uns wie andern Völkern hin./Und nicht über und nicht unter/Andern Völkern wolln wir sein/Von der See bis zu den Alpen/Von der Oder bis zum Rhein./Und weil wir dies Land verbessern/Lieben und beschirmen wir's/Und das liebste mag's uns scheinen/So wie andern Völkern ihr's.

⁸ Es existierte auch ein Vorschlag von Bernd Jentsch, die Texte von Hoffmann, Becher und Brecht miteinander zu verbinden. Siehe Knopp/Kuhn, S. 127 f. Die diesen Mix zitieren, vermochten den Anteil Brechts darin nicht zu identifizieren.

Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl definitiv entschieden: Die dritte Strophe des Liedes von Hoffmann und Haydn „ist die Nationalhymne für das deutsche Volk“.⁹

Mehr als ein Jahrzehnt später erscheint es nicht so falsch, dass sich die Idee nicht durchzusetzen vermochte, sich für Brechts Text zu entscheiden. Er hätte jene Politik nicht zu decken vermocht, ja sie kaschiert, die nunmehr der Devise folgte, dass Deutschland eine neue und besondere Verantwortung zu übernehmen habe, die zwar nicht definiert, aber in Zusammenhang mit Kriegen – Jugoslawien, dann Afghanistan – formuliert, propagiert und damit illustriert worden ist.

⁹ Bulletin vom 27.08.1991. Hg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 89, S. 713.

[317:]

KAPITEL 5 HOFFNUNGEN UND VISIONEN

Friede den Hütten! Krieg den Palästen!

Von Wolfgang Büttner

„Meine Herren, wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich sie daran, dass der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, dass die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und dass, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats, ‚Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange‘ der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird.“¹ Der diesen Satz den Abgeordneten des Deutschen Reichstags am 25. Mai 1871 entgegenschleuderte, hieß August Bebet und war verglichen mit der Mehrheit der vor ihm sitzenden Parlamentarier ein junger Mann von eben 31 Jahren. Er besaß den Mut, Ablehnung und Hass zu ertragen, die ihm aus dem Saal entgegenschlugen. Hintergrund dieses denkwürdigen Auftritts war ein Ereignis von weltgeschichtlichem Rang, die erste Erhebung von Proletariern zur Durchsetzung ihrer eigenen Ziele, ihrer Vorstellungen von der Gestaltung menschenwürdiger gesellschaftlicher Zustände.

Die Pariser Kommune, das im März 1871 in der französischen Hauptstadt gewählte Parlament, fand im offiziellen Deutschland keine Freunde. Denn in der Notlage, in der sich das militärisch geschlagene Frankreich befand, hatte das Volk von Paris Männer in die Kommune berufen, denen vor allem Arbeiter und Handwerker Vertrauen schenken. Und die neu gewählte Vertretung der Stadt war nach Kräften bemüht, ihrem Auftrag gerecht zu werden. Maßnahmen zur Linderung der Not der Werktätigen erfolgten. Unter Arbeiterkontrolle wurden stillgelegte Betriebe wieder in Gang gesetzt und für die Zukunft versprach eine Resolution vom 23. April sogar die „Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“.² Kühne „Himmelsstürmer“ nannte Karl Marx die Mitglieder der Pariser Kommune.³

[318:] Aber führende deutsche Zeitungen trafen ganz andere Wertungen. Die „Spencersche Zeitung“ in Berlin behauptete: „Die Kommunisten von 1871 sind die gemeinsten Ungeheuer, die es jemals in der Welt gegeben hat ...“.⁴ Von „Missetaten“ der Kommunarden schrieben andere Blätter, in deren Augen die Pariser nur „Abschaum“ waren, „Barbaren, Blutmenschen, Dämonen, Mordbrenner“ oder „Teufel“.⁵

Bebels Rede im Reichstag machte deutlich, dass es auch in Deutschland Stimmen gab, die die frei und demokratisch gewählte Ordnung in Paris verteidigten, während sie von der nach Versailles geflohenen bürgerlichen Regierung Frankreichs mit deutscher Unterstützung blutig unterdrückt wurde. Am lautesten machten sich Zustimmung und Protest aus der noch jungen deutschen Arbeiterbewegung hörbar. Sie verteidigte die Pariser Kommunarden im Hohen Haus gegen die Flut von Lügen und Verleumdungen. Bebels mutige Erklärung war nicht allein im eigenen Namen erfolgt. Im „Volksstaat“, dem Organ der Partei, schrieb ein paar Tage später Wilhelm Liebknecht: „Wir erklären hiermit formell im Namen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei: Nicht allein das Recht, die Pflicht hatte Bebel, im Reichstag für die Commune zu sprechen. Hätte er es verabsäumt, so würde er die sozialdemokratische Partei schlecht vertreten haben.“⁶

Die Parole, die Bebel als „Schlachtruf des Pariser Proletariats“ bezeichnet hatte, war schon alt. In der Großen Revolution der Franzosen im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts waren es die erbitterten,

¹ August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1983, S. 150.

² Übersetzung aus „La Commune“, Nr. 1, Paris 1975, S. 25; Siehe dazu auch: Pariser Commune 1871 – Berichte und Dokumente von Zeitgenossen, Berlin 1931, S. 307 ff.

³ Marx an Kugelmann, 12.4.1871. In: MEW, Bd. 33, Berlin 1966, S. 203.

⁴ Spencersche Zeitung, Berlin, 6.7.1871.

⁵ Zit. nach Ursula Koch: Berliner Presse und europäisches Geschehen 1871, Berlin 1978.

⁶ Der Volksstaat, Leipzig, 7.6.1871.

in großer Armut lebenden „Landleute“, von denen eine zeitgenössische Quelle berichtet, dass sie unter dem „Feldgeschrei Krieg den Palästen, Friede den Hütten!“ die Schlösser vieler adliger Grundbesitzer erstürmten und verbrannten.⁷ Das war im Sommer 1789, als die Eroberung der Bastille in Paris am 14. Juli eine Erhebung der Bauern ausgelöst hatte, die so gewaltig war, dass sie die Nationalversammlung im Ergebnis ihrer historischen Sitzung vom 4. August bewog, das Feudalregime als abgeschafft zu dekretieren.

Unter dem Beifall der Abgeordneten bekannte ein Mitglied der Versammlung, ein liberaler Adliger: „Das Volk versucht, endlich ein Joch abzuschütteln, das seit so vielen Jahrhunderten seinen Nacken beugt, und wir müssen zugeben, meine Herren, dass dieser Aufstand wie jeder bewaffnete Übergriff zwar sträflich ist, aber doch entschuldigt werden kann mit der Bedrückung, der das Volk ausgesetzt ist.“⁸

Die revolutionäre Losung blieb nicht auf Frankreich beschränkt. [319:] Und es war kein Zufall, dass dem Text der radikalsten Flugschrift des deutschen Vormärz, dem im Jahr 1834 illegal verbreiteten „Hessischen Landboten“, die Parole *Friede den Hütten! Krieg den Palästen!* Vorangestellt war. Georg Büchner, von dem die wesentlichsten Passagen dieser Flugschrift stammen, hatte sich im Jahr zuvor gründlich mit der Geschichte der Großen Französischen Revolution befasst. Nicht weniger als sieben Werke zu diesem Thema entlieh er der herzoglichen Hofbibliothek in Darmstadt, exzerpierte die Schriften und schuf sich damit sowohl Grundlagen für sein revolutionäres Engagement in der antifeudalen Oppositionsbewegung in Deutschland als auch für sein Drama „Dantons Tod“, das in dieser Zeit entstand.

Der revolutionäre Demokrat Georg Büchner war empört über Armut und Elend vor allem der Landbevölkerung in seiner Heimat, dem Großherzogtum Hessen. Und er sympathisierte mit den revolutionären Bewegungen, welche die Pariser Julirevolution von 1830 auch in Deutschland ausgelöst hatte. In Strassburg, wo er 1831 ein Medizinstudium begann, begeisterte er sich für das Auftreten des „Volksfreundes“ Blanqui, der forderte, „die menschenmörderische Organisation der Gesellschaft so umzuformen, dass der Gewinn der Arbeit den Arbeitern zukomme ...“, und wie der französische Sozialrevolutionär bekannte künftig auch Büchner: „... wir wollen eine Republik.“⁹ In Gießen, wo er sein Studium abschloss, gründete er 1834 eine „Gesellschaft für Menschenrechte“. Eine gerechtere gesellschaftliche Ordnung war sein Ziel. Isolierte Einzelaktionen wie den erfolglosen Sturm auf die Frankfurter Wache wenige Monate zuvor lehnte er ab. Seinem Freund August Becker vertraute er an: „Soll jemals die Revolution auf eine durchgreifende Art ausgeführt werden, so kann und darf das nur durch die große Masse des Volkes geschehen ...“¹⁰ In Hessen lebten die Bauern in bitterer Armut. Und sie bildeten die Masse der Bevölkerung. Flugschriften, die ihre Lebensinteressen ansprachen, hielt Büchner für notwendig. So entstand der „Hessische Landbote“, in dem er den Bauern anhand statistischer Zahlen vorrechnete, welche Summen dem Volk für den Hof und seinen kostspieligen staatlichen Unterdrückungsapparat abgepresst wurden, während für den Landmann das Leben darin bestand, zu „hungern und geschunden zu werden“.¹¹

Eine Revolution hat die Flugschrift nicht ausgelöst. Revolutionäre Demokraten wie ihr Mitverfasser Friedrich Ludwig Weidig, bezahlten die Aktion mit ihrem Leben, andere mit langjähriger Kerkerhaft oder Flucht ins Exil.

[320:] Aber vergessen wurde der „Hessische Landbote“ mit seiner aufrüttelnden Parole *Friede den Hütten! Krieg den Palästen!* auch in Deutschland nicht. So gründete 1845 im schlesischen Warmbrunn der Tischler Johann Franz Ferdinand Wurm „eine Gesellschaft armer, gedrückter Menschen“ mit dem Ziel, unter der Losung *Friede den Hütten, Krieg den Palästen* anzukämpfen gegen „alle die

⁷ Zit. nach Richet/Furet: Die Französische Revolution, Frankfurt a. M. 1987, S. 110; siehe auch Jan-Christoph Hauschild: Georg Büchner, Stuttgart/Weimar 1993, S. 322.

⁸ Siehe Henri Poschmann: Georg Büchner, Berlin/Weimar 1983, S. 63 f.

⁹ Zit. nach Helmut Bock: Die Illusion der Freiheit, Berlin 1980, S. 220 f.

¹⁰ Zit. nach Poschmann, S. 24.

¹¹ Der hessische Landbote, Darmstadt 1834.

himmelschreienden Ungerechtigkeiten, die der Reiche, der Adel und alle Gewalthabenden begehen“.¹² Das preußische Kammergericht zu Berlin verurteilte Wurm zum Tode; ein Jahr später wurde er zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Verwirklicht wurde die Kampfparole erstmalig 1917 im zaristischen Russland, als revolutionäre Arbeiter, Soldaten und Bauern einen der berühmtesten Paläste, das Winterpalais in Petrograd, erstürmten und damit Friede den Hütten durch Beendigung des Weltkrieges zunächst für Russland erzwingen. Vergessen ist der Schlachtruf *Friede den Hütten! Krieg den Palästen!* bis heute nicht, und er wird auch so lange aktuell bleiben, wie es in der Welt noch Armut, Ausbeutung und ungerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums gibt.

¹² Zit. nach Helmut Bleiber: Friedrich Wilhelm Schlöffel (unveröffentlichtes Manuskript)

Wacht auf, Verdammte dieser Erde

Von Inge Lammet

Seit die Marseillaise mit ihrem zündenden Appell „Aux armes, citoyens! Formez vos bataillons!“ und die Internationale *Wacht auf, Verdammte dieser Erde* mit dem revolutionären Kampfruf „Völker, hört die Signale! Auf, zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!“ als Lieder gesungen wurden, spielten sie im Leben der Völker wiederholt eine geschichtsbewegende Rolle. Leidenschaftliche Melodien nahmen die Dynamik der Verse auf und gaben den von ihnen verbreiteten Ideen und Botschaften in unübertroffener Weise künstlerische Gestalt.

Die gesellschaftliche Situation in Frankreich hatte sich während der achtjahrzehnte, die zwischen den stürmischen Tagen der Französischen Revolution von 1789 und dem endgültigen Sturz der Monarchie 1870 mit den folgenden turbulenten Wochen der Pariser Kommune lagen, grundlegend gewandelt. Den militanten, aufrührerischen Worten der ursprünglich als Kriegslied verfassten Marseillaise [321:] stellte die Internationale den unerbittlichen Kampfgeist der Arbeiterklasse gegenüber, die sich ihrer Kraft und Menschenwürde bewusst wurde und mit konkreten Forderungen nach einem sozial gerechten und friedlichen Leben frei von Ausbeutung und Rechtlosigkeit hervortrat. Bereits die wenigen Zeilen des Refrains verkündeten ein ganzes Programm.

Wer waren die Verfasser der Internationale, wie ist das Lied entstanden und wirksam geworden – in seinem Ursprungsland Frankreich, in Deutschland, weltweit?

Als Sohn eines Packers und Kistenmachers wurde Eugène Edine Pottier am 4. Oktober 1816 in Paris geboren. Mit 13 Jahren lernte er in der väterlichen Werkstatt und arbeitete als Gehilfe in einer Papierhandlung. Dann aber entschied er sich aufgrund guter zeichnerischer Fähigkeiten für den Beruf eines Musterzeichners für Stoffe. Früh schon erwachte sein Interesse für Literatur und Politik, sein erstes Gedicht „Vive la liberté!“ entstand unter dem Eindruck der Pariser Julirevolution von 1830. In seinem Drang nach Wissen und Bildung besuchte er politische und künstlerische Klubs und trug in Pariser Cabarets eigene Lieder und soziale Chansons vor. Als Vorbilder galten ihm der „Vagabundenpoet“ François Villon und in besonderem Maße Pierre-Jean de Béranger, politischer Dichter und Liedersänger, der in Pariser Goguettes [Gesangverein] seine satirischen und oft aufrührerischen Chansons darbot.

Mit glühenden Versen begrüßte Pottier das im Juni 1848 auf den Barrikaden kämpfende Pariser Proletariat und beteiligte sich selbst aktiv und bewaffnet an der Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Republik. Später gründete er eine Gewerkschaftskammer der Zeichner, die sich der I. Internationale anschloss. Nach dem Sturz der Monarchie 1870 wurde Pottier Bürgermeister des II. Arrondissements von Paris. Anlässlich der Ausrufung der Pariser Kommune am 18. März 1871 wählten ihn die Bürger seines Bezirks als ihren Vertreter in die Kommune. Ihr widmete Pottier seine schönsten revolutionären Gedichte, die erst viele Jahre später bekannt wurden. Für die Verteidigung der Kommune kämpfte Pottier auf den Barrikaden. Die blutige Niederschlagung der revolutionären Erhebung Ende Mai zwang ihn wie viele andere Kommunarden zur Flucht.

„In diesen Tagen“, schrieb der Dichter Erich Weinert über Pottier, „körperlich und seelisch gebrochen, noch das blutüberströmte Paris vor Augen, noch die Schreie der erschlagenen Männer und Frauen in den Ohren ... schrieb Pottier seine Internationale, das optimistischste [322:] und zuversichtlichste Lied des kämpfenden Proletariats. Nur ein seiner Sache gewisser proletarischer Revolutionär konnte in diesen Tagen ein solches Lied schreiben.“¹

Pottier flüchtete nach England, zwei Jahre darauf emigrierte er in die Vereinigten Staaten von Amerika. Nachdem die französische Regierung für die Kommunarden eine Generalamnestie erlassen hatte, kehrte Pottier mit seiner Frau Caroline und seiner Tochter 1880 nach Paris zurück – krank, alt und verarmt. Die Hilfe von Freunden und alten Gefährten der Kommune ermöglichten 1884 den

¹ Die Internationale wird alle Menschheit sein. Lieder und Gedichte von Eugène Pottier. Ausgew., eingel. und übertragen von Erich Weinert, Berlin 1962.

Druck der Gedichtsammlung „*Quel est le fou?*“. Wenige Wochen vor seinem Tod am 6. November 1887 erlebte Pottier das Erscheinen der „*Chants Révolutionnaires*“, die zum ersten Mal sein Gedicht „*L’Internationale*“ enthielten. Vergleiche der ursprünglichen Kommune-Dichtung Pottiers vom Juni 1871 mit den sechs Strophen der nun gedruckten Textfassung der Internationale lassen erkennen, dass der Dichter einige Verse überarbeitet und ergänzt hatte, mit denen er der inzwischen veränderten gesellschaftlichen Situation im Lande Rechnung trug und eigenen, in den Emigrationsjahren gewachsenen politischen Erfahrungen Ausdruck verlieh.

Doch erst in ihrer Liedform gewann die Internationale Pottiers ihre weltumfassende Bedeutung. Wie kam es zur Vertonung des Gedichts und wer war der Komponist?

In offiziellen französischen Urkunden wird er Pierre Chrétien Degeyter genannt, geboren am 8. Oktober 1848 im flämischen Gent als zweites von acht Kindern eines belgischen Fabrikarbeiters. 1855 übersiedelte die Familie in die nordfranzösische Industriestadt Lille. Wegen des geringen Einkommens, das der Vater als ungelernter Arbeiter verdiente, mussten die Kinder – anstatt die Schule zu besuchen – zum Lebensunterhalt beitragen. So arbeitete Pierre mit sieben Jahren als „*petit ratta-cheur*“, als kleiner Fadenanknüpfer in einer Baumwollspinnerei täglich neun Stunden. Dass er nicht zu den 70 Prozent Analphabeten unter der Arbeiterschaft von Lille gehörte, war sein eigener Verdienst und entsprang seinem Drang nach Bildung. Er eignete sich zum Teil autodidaktisch Fertigkeiten im Lesen und Schreiben an, besuchte Abendkurse für Zeichnen und Musik (Gesang, Harmonielehre, Bass, Saxophon und andere Blasinstrumente). Er sang im Chor des Stadttheaters und begann, Lieder und kleine Instrumentalstücke zu komponieren.

In der Fabrik Fives-Lille, Lokomotivenbau, erlernte er den Beruf eines Tischlers und Drechslers und arbeitete als Kernmacher. In [323:] seiner Freizeit war er als Musikwart der Genossenschaft „*Einigkeit*“ tätig, leitete Arbeitergesangvereine und Arbeiterblaskapellen und sang in Veranstaltungen der französischen Arbeiterpartei. In Zeiten der Arbeitslosigkeit, bei Streiks oder während des Wahlkampfes der Partei zog er mit seinem Bruder Adolphe und seinem Schwager durch die umliegenden Arbeitersiedlungen und Zechen mit einem Handwagen, der mit seinem kleinen Harmonium und anderen Musikinstrumenten beladen war. Vor den Arbeitern wurde gesungen und musiziert, und die spärlichen Geldspenden flossen in die Kassen der Arbeiterorganisationen.

Als die Liller Parteiorganisation 1888 einen Arbeiterchor gründete, die „*Lyre des Travailleurs*“, wurde Degeyter dessen Leiter. Geprobt wurde in der Schenke „*Liberté*“; hier übergab man ihm eines Tages die ein Jahr zuvor erschienene Ausgabe von Pottiers „*Chants Révolutionnaires*“ mit der Anregung, daraus einen passenden Text für den Chor zu vertonen. Seine Wahl fiel auf die Internationale *Wacht auf, Verdammte dieser Erde!* Ihre erste öffentliche Aufführung durch die „*Arbeiterlyra*“ fand am 23. Juli 1888 auf dem Gewerkschaftsfest der Zeitungsverkäufer statt. Rechtzeitig erschien ein Druck mit Text und Noten des Liedes in einer Auflage von 6000 Stück, der seitdem regelmäßig neu aufgelegt wurde. Um den Komponisten nicht zu gefährden, verzichtete man bei der Autorenangabe auf die Nennung seines Vornamens. Dies sollte unabsehbare Folgen haben. Zunächst erfuhr die Leitung des Betriebes, in dem Pierre Degeyter arbeitete, ungeachtet der getroffenen Vorsichtsmaßnahme von dessen Autorschaft. Er wurde entlassen. Fünfjahre lang war er ohne feste Arbeit. Der Verkauf von Liedblättern mit seiner Internationale und gelegentliche Tischlerarbeiten halfen ihm zu überleben. Mit seiner Familie wohnte er unter elendesten Bedingungen in einem feuchten Hinterhaus; sein Sohn Julien lebte nur sechs Monate. Der zweite Sohn fiel später als Soldat im Ersten Weltkrieg.

Degeyter entschloss sich, Lille zu verlassen. 1901/02 übersiedelte er mit der Familie nach Saint-Denis, einer damals noch industriellen Vorstadt (später im „*Roten Gürtel*“) von Paris. Dort schloss er sich kurze Zeit nach deren Gründung 1920 der Kommunistischen Partei Frankreichs an, ein Schritt, in dem sich das bittere Erleben von Kinderarbeit, Entbehrung, Not und Elend, Arbeitslosigkeit, politischer Maßregelung und Teilnahme am Kampf der Arbeiterschaft sowie die binnen Jahrzehnten gewonnenen Erkenntnisse folgerichtig ausdrückten. Wenig später, mit 74 Jahren, zog er sich aus dem aktiven Arbeits-[324:]leben zurück und tischlerte noch ein wenig in seiner kleinen häuslichen Werkstatt. Als seine Lebensgefährtin 1925 starb, nahm er für ein Jahr noch einmal eine Arbeit auf – als Gaslaternenanzünder bei der Stadtverwaltung.

Über 20 Jahre lang musste Degeyter um seine offizielle Anerkennung als Komponist der Internationale kämpfen. Gustave Delory, seit 1896 sozialistischer Bürgermeister von Lille, hatte seinerzeit als Sekretär des Chores „Arbeiterlyra“ Degeyter zur Vertonung eines Gedichts von Pottier angeregt. Nach der Übersiedlung Degeyters nach Saint-Denis bangte er vermutlich um die Einnahmen, die ihm (oder der Partei) der regelmäßige Verkauf der Lieddrucke einbrachte. Denn bis dahin waren die Liedblätter mit der Internationale von ihm, der auch die Geschäfte der Arbeiterdruckerei führte, in hohen Auflagen herausgegeben worden. Nun entschloss er sich, den bei ihm im Rathaus angestellten Bruder Pierres, Adolphe Degeyter, zu überreden, sich als den Komponisten der Internationale auszugeben und ihm, Delory, die Rechte an dem Lied abzutreten. Da die Lieddrucke keinen Vornamen des Komponisten enthielten, ließ sich diese Fälschung leicht ausführen. Als Pierre Degeyter einige Jahre später von dieser Intrige erfuhr, suchte er zunächst eine gütliche Vermittlung. Als diese scheiterte, sah er sich gezwungen, gerichtliche Klage auf Feststellung der Verfasserschaft zu erheben. Das geschah im Jahre 1906. Erst 1914 entschied das Gericht und aufgrund falscher Zeugenaussagen zugunsten des Bruders. Eine Berufungsverhandlung verhinderte der Ausbruch des Krieges. Am 27. April 1915 jedoch, zwei Jahre verzögert, erhielt Pierre einen Brief seines Bruders, in dem dieser – wenige Monate vor seinem Freitod – gestand, von Delory erpresst worden zu sein und niemals in seinem Leben komponiert zu haben. Aus Angst, seine Arbeitsstelle zu verlieren, habe er Delorys Aufforderung nachgegeben und die Fälschung unterschrieben. Nachdem der wirkliche Komponist diesen Brief und weitere Unterlagen beim Appellationsgericht in Paris eingereicht hatte, wurde Pierre Degeyter am 23. November 1922 – 34 Jahre nach Schöpfung der Internationale – die Verfasserschaft durch Gerichtsurteil zuerkannt. Am 8. März 1926 ließ er sein Lied bei der französischen Urheberrechtsgesellschaft offiziell registrieren.

Die letzten Lebensjahre Degeyters wurden durch ein für ihn einzigartiges, bewegendes Erlebnis geprägt. Nach der Oktoberrevolution in Russland war seine Internationale 1918 offiziell zur Staatshymne des Landes erklärt worden – sie blieb es bis Ende 1943. Um den [325:] Komponisten zu ehren, lud ihn die sowjetische Regierung im Sommer 1928 für mehrere Wochen nach Moskau ein. Hier erlebte er, wie Tausende Menschen während der 1. Allunions-Sportparade, sein Lied singend, über den Roten Platz an ihm vorbeizogen. Herzlich begrüßt wurde Degeyter auch auf einer Sitzung des gleichzeitig tagenden VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, an der er als Ehren-gast teilnahm. Die sowjetische Regierung beschloss, dem greisen Komponisten eine monatliche Ehrenpension in Höhe von 100 Dollar zu gewähren. Vier Jahre nach seiner Rückkehr, am 26. September 1932, starb Pierre Degeyter in Saint-Denis im Alter von 84 Jahren.

Nach ihrer ersten öffentlichen Darbietung am 23. Juli 1888 war die Internationale vor allem in den Arbeiterzentren Nordfrankreichs bis nach Südbelgien hinein bekannt geworden. Doch erst auf dem in Lille tagenden XIV. Parteitag der Französischen Arbeiterpartei im Juli 1896 setzte die überregionale Verbreitung des Liedes ein. Ausländische Sozialisten, Gäste des Kongresses, nahmen es in ihre Heimat mit, um die Arbeiter ihrer Länder mit dem Lied bekannt zu machen. Die organisierte Arbeiterschaft Frankreichs nahm Besitz von der Internationale, nachdem das Lied auch auf dem 1. Kongress der französischen sozialistischen Organisationen im Dezember 1899 in Paris erklingen war.

Die Verse der Internationale sind in fast alle Sprachen der Welt übersetzt worden, ihre Melodie liegt in unterschiedlichsten musikalischen Bearbeitungen und Besetzungen vor. Ins Deutsche übertragen wurde der Text bereits 1901 von drei Autoren- Franz Diederich, Karl Niedersaß und Rudolf Lavant, deren Fassungen zunächst Arbeiterzeitungen veröffentlichten. Insgesamt wurden im Lauf mehrerer Jahrzehnte etwa elf unterschiedliche deutsche Nachdichtungen bzw. Übersetzungen bekannt. Auf sozialdemokratischen Parteitagen ist der Gesang des Liedes nach bisherigen Erkenntnissen erstmals 1903 aus Dresden und 1904 aus Bremen nachweisbar. Seine allgemeine Verbreitung setzte in Deutschland um 1910 ein und verstärkte sich nach Ende des Ersten Weltkrieges, als die Internationale in Arbeiterliederbüchern und auf Schellackplatten veröffentlicht und weit verbreitet wurde. Von da an ertönte sie regelmäßig auf Arbeiterversammlungen und bei politischen Demonstrationen.

Die bekannteste, heute noch gesungene Nachdichtung – sie ist diejenige von Emil Luckhardt, die drei der ursprünglich sechs Strophen Pottiers umfasst – taucht erstmals 1910 in einem Arbeiterlied – [326:]

buch auf. Wegen „Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander“ ließ die preußische Justiz diesen Text sogleich konfiszieren und die Druckplatten beschlagnahmen. Seitdem war die Internationale kontinuierlich Repressionen ausgesetzt, auch – worüber die Arbeiterpresse anschaulich berichtete – in der Weimarer Republik. In den Jahren des Naziregimes wurde die Verbreitung der Internationale durch Gesang, Druck oder Schallplatte absolut verboten und streng verfolgt. Der Kampfruf „Völker, hört die Signale!“ galt als staatsgefährdend. Wer das Lied öffentlich sang, davon zeugen seit 1933 zahlreiche Polizei- und Gestapoakten, musste mit sofortiger Verhaftung rechnen.

Trotzdem war die Internationale auch während der zwölf Jahre faschistischer Diktatur nicht zum Verstummen zu bringen. Das Lied lebte illegal weiter, auch in Gefängnissen und Zuchthäusern, sogar in Konzentrationslagern ist es zu bestimmten Anlässen heimlich gesungen oder gesummt worden. Die Internationale hat Gefangenen Lebensmut und Zuversicht verliehen, geholfen, Torturen und Demütigungen zu überstehen, Menschenwürde zu bewahren und solidarisch zusammenzuhalten.

Seit dem Internationalen Sozialistenkongress 1910 in Kopenhagen erlangte die Internationale als Hymne festen Eingang in die Arbeiterbewegung zahlreicher Länder. Das Lied kündete weltweit vom Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit, von proletarischem Internationalismus und internationaler Solidarität im Kampf gegen Krieg und später gegen den Faschismus.

Die Internationale ist ein historisch und in nationalem Umfeld entstandenes Lied, hat aber aufgrund der mehrere Generationen überdauernden und überregionalen Gültigkeit ihrer Aussage sowie der in ihr verkörperten Einheit von Dichtung und Musik ihren künstlerischen und politischen Wert auch in heutiger Zeit nicht eingebüßt.

[327:]

Jedem das Seine

Von Hermann Klenner

Überliefert seit Zweieinhalbjahrtausenden, *ist jedem das Seine* zu einem der dienstältesten Schlagworte der Welt geworden. Zudem ist es infolge der Weltgeltung gleicherweise griechischer Philosophie wie römischen Rechts in seiner lateinischen Ursprungsversion *Suum cuique* über viele Ländergrenzen hinweg verbreitet. Auch darin unterscheidet es sich von vielen, wenn nicht den allermeisten Schlagworten.

Für eine Formel von derart langer Lebensdauer bei zudem globaler Verwendung ist es nicht ungewöhnlich, dass *jedem das Seine* einem Prozess der Sinnveränderung, der Sinnentleerung, auch der Sinnverkehrung unterworfen war und ist. Gleich einer Redensart sind diese drei Worte auch abnutzungsgefährdet. Man verwendet sie zuweilen schablonenhaft, also ohne sich dabei überhaupt etwas zu denken, und jedenfalls nichts Allgemeingültiges. Oder mit einem banalen Hintergedanken, etwa: „jedem das Seine, und mir ein bisschen mehr!“ Unmissverständlich ist der Sinn von *jedem das Seine* ebenfalls nicht. Doch ist ohnehin nicht die Eindeutigkeit, sondern die Deutungsvielfalt von intelligenten Sätzen das Normale. Schon deshalb, weil sich der geistige Gehalt eines Textes ohne dessen jeweiligen Kontext nicht erschließen lässt. Und dieser wandelt sich wie alles in der Welt; rascher jedenfalls als Worte, die versteinerten Gedanken. Worten wohnt kein Begriff inne. Es sind die Menschen, die etwas bezeichnen und begreifen – oder auch nicht!

Zum Schlagwort ist *Jedem das Seine* dadurch geworden, dass der (übrigens in einem Dorf bei Skopje geborene) oströmische Kaiser Justinian das *Suum cuique* seinen 50 Bücher umfassenden Pandekten von 529 u. Z. als Rechts- und Gerechtigkeitsprinzip zugrunde legen ließ. So ist noch ein Jahrtausend danach bei Shakespeare zu lesen: *Suum cuique is our Roman justice* (Titus Andronicus I, 2 [Jedem das eine, spricht des Römers Recht]). Und Justinians Gesetzgebungswerk erwies sich als die folgenreichste Kodifikation der Weltgeschichte: Ihre Regelungen wurden in ganz Europa rezipiert; sie galten in Deutschland zumindest partiell bis ans Ende des 19. Jahrhunderts und sind noch im heutigen BGB nachweisbar; europäisches Recht wiederum infizierte mittels europäischer Macht das Recht im Rest der Welt.

Und damit wurde auch *Jedem das Seine* zur Gerechtigkeitsformel schlechthin: „Das Recht ist die Kunst des Guten und Gerechten. [328:] ... Gerechtigkeit ist der unwandelbare und dauerhafte Wille, jedem sein Recht zu gewähren. Die Regeln des Rechts sind die folgenden: ehrbar leben, andere nicht verletzen, jedem das Seine zubilligen“ (Digesten 1, 1, 1 u. 1, 1, 10: *Ius est ars boni et aequi ... Iustitia est constans et perpetua voluntas ius suum cuique tribuendi. Iuris praecepta sunt haec: honeste vivere, alterum non laedere, suum cuique tribuere*).

Wenn auch Justinians *Corpus iuris civilis* als Quelle des künftigen Schlagwortes *Suum cuique* und dessen deutschsprachiger Version *Jedem das Seine* gelten mag (womit dieses den Status eines über Jahrhunderte hin verbindlichen Rechtsprinzips innehatte!), so ist das Recht Roms doch nicht die Quelle des diesem Schlagwort zugrunde liegenden Gedankens. Die Digesten selbst verwiesen auf den 223 u. Z. von einer Prätorianergarde ermordeten Ulpian, aus dessen Regelwerk die *Suum-cuique*-Passagen exzerpiert worden seien. Und von diesem höchst produktiven Juristen darf angenommen werden, dass er zumindest einige der Schriften des Cicero kannte, welcher wiederum in mindestens acht seiner Werke den *Suum-cuique*-Gedanken anerkennend erörterte, nämlich in: *De legibus* I, 6; *De re publica* III, 7; *De officiis* I, 15; *De inventione* II, 53; *De finibus* V, 65; *De natura deorum* III, 15; *Topica* XXIII, 90, sowie in: *Tusculanae disputationes* V, 63. Vor Cicero hatten schon Seneca (*Epistolae morales* 81, 7) und – wie Aulus Gellius (*Noctes Atticae* XIII, 24) berichtet – der ältere Cato das *Suum cuique* formelhaft verwendet.

Dass die Römer wie in so manchem anderen auch hierbei in der geistigen Schuld der Griechen standen, war zu vermuten; es ist nachweisbar: Bereits Aristoteles definierte die Gerechtigkeit als eine Tugend, durch die Jeder das Seine erhält (*Rhetorik* 1366 b), und Platon ließ aus dem Munde von

Sokrates unter Berufung auf den Dichter Simonides von Keos (556-468 v. u. Z.) behaupten, das Gerechthein bestehe darin, dass man einem jedem erstattet, was ihm gebührt (Politeia 332).

Man verzeihe die aufdringliche Akkuratessse bei der Spurensuche. Aber bei nicht allzu vielen Schlagworten dürfte neben seiner eigenen Quelle auch noch deren intellektuelle Vorgeschichte detailliert nachweisbar sein.

Nun aber, endlich, in die Gegenwart. Und die hat es in sich! Denn *Jedem das Seine* ist ins Gerede gekommen. Sehr sogar, und mit politischer Brisanz. Ein Schlagwort also, das Schlagzeilen macht. Auch das ist nicht das Gängige, zumal dieses Schlagwort uralt und der Skandal [329:] brandneu ist. Normalerweise droht Schlagworten eher das Schicksal, dass sie bis zur buchstäblichen Sinnlosigkeit abgegriffen werden. Oder sie rutschen ins Banale. So hätte die Gerechtigkeitsformel *Jedem das Seine* zum Spaßgesellschaftsmotto Jedem Tierchen sein Pläsierchen! abflachen können.

Es kam jedoch ganz anders. Die Reklametexte einiger Großfirmen hatten sich nämlich auf das Sprüchlein mit seinem werbeträchtigen Allquantifikator „jeder“ besonnen. Statt die mediale Fremdbestimmung des Käuferverhaltens mit: „Katzten würden Whiskas kaufen“ oder mit: „Persil, da weiß man, was man hat“ zu fruktifizieren, suggerierten unter anderem Microsoft, Burger King, Nokia, REWE und Telekom dem ehrenwerten Publikum mit *jedem das Seine*, dass sich eben ein „jeder“, der etwas auf sich hält, „sein“ Handy, „sein“ Grillzubehör, „sein“ Laptop-Programm oder „seinen“ Hackfleisch-Sandwich der entsprechenden Handelsmarke kaufen müsse.

Es waren nicht etwa die Altphilologen, die dagegen protestierten, dass des schnöden Mammons wegen mit antikem Gedankengut Schindluder getrieben und ein Sakrileg begangen werde, indem ein ehrwürdiges Gerechtigkeitsmaß zu einem profanen Werbeslogan herabgewürdigt worden sei. Vielmehr empfand es eine historisch-politisch sensibilisierte Öffentlichkeit als obszön, dass für Kapitalistenkommerz mit einem Text geworben werde, den die Nazibarbaren in das Eingangstor ihres Konzentrationslagers Buchenwald hatten einschmieden lassen, um ihre Opfer auch noch zu verhöhnen.

In das auf dem Ettersberg bei Weimar eingerichtete KZ Buchenwald mit seinem Einlieferungsmotto *Jedem das Seine* waren von 1937 bis 1945 an die 240.000 Menschen aus 32 Nationen verschleppt worden, von denen etwa 56.000 den Terror nicht überlebten, darunter der Kommunist Ernst Thälmann, der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid und der Pfarrer Paul Schneider. In den 136 Außenkommandos dieses KZ waren die Häftlinge zu Sklavenarbeit gezwungen worden, unter anderem bei den kapitalistischen Rüstungsbetrieben: BMW, Bochumer Verein, Braunkohle-Benzin-AG, IG-Farben, Junkers, Krupp, Rheinmetall-Borsig und Wintershall.

Dass die Nazis Meister perversester Demagogie waren, gehörte bekanntermaßen zu ihren Wirkungsbedingungen. Dass zu den Geschäftsbedingungen von Werbetextern nicht grade Sensibilität für inhumane Assoziationen ihrer Slogans gehört, sondern bedenkenlose Interessenwahrnehmung für die Warenproduzenten und -Verkäufer ist eine Binsenwahrheit. Den Reklamemachern von heute entgeht [330:] doch nicht, dass die Schlüsselkategorie der bürgerlichen Gesellschaft, was auch immer der Verfassungstext besagt, nicht die Würde der Menschen ist, sondern deren Wert für die Mehrwertgewinner. Empörend ist es allerdings, dass sich bundesrepublikanische Firmen angesichts eskalierender neofaschistischer Untaten in Deutschland, einer immer wieder in Nationalismen entgleisenden Offizialpolitik und der jämmerlichen Querelen um die Entschädigungszahlungen an die NS-Zwangsarbeiter weigerten, die in ihrem Auftrag hergestellten (steuerabzugsfähigen!) Werbematerialien mit *Jedem das Seine* umgehend aus dem Verkehr zu ziehen, wenn sie schon der Hinweise von außen bedurften, um ihrer frivol, wenn nicht gar sadistisch wirkenden zumindest Gedankenlosigkeit gewahr zu werden.

Hatten aber seinerzeit die Nazis mit ihrer jedenfalls provokativen Verwendung von *Jedem das Seine* für ihr Ausbeutungs- und Mordregime dieses Schlagwort missbraucht oder doch bloß gebraucht? So einfach, wie es auf den ersten Blick scheinen mag, ist diese Frage gar nicht zu beantworten.¹ Die

¹ Vgl. dazu: Karin Doerre: „The (mis)use of German Proverbs in German Concentration Camps“. In: Proverbium 17, 2000, S. 71-90.

Meinungen, ob im Falle des KZ Buchenwald ein Gebrauch oder ein Missbrauch des hier zu behandelnden Schlagwortes vorliegt, gehen diametral auseinander. Während der deutsche Rechtsphilosoph Arthur Kaufmann² die Benutzung von *Jedem das Seine* durch die Nazis als Beweis für deren Frivolität wertete, mit der sie Recht und Gerechtigkeit verhöhnten, meinte der österreichische Philosoph Ernst Topitsch, dass gegen diese Inschrift „vom rein logischen Standpunkt nichts einzuwenden“ sei.³

In diesem Meinungskontrast widerspiegelt sich zugleich der noch fundamentalere Deutungsgegensatz über den eigentlichen Sinn des Schlagwortes selbst. Die einen würdigen nämlich *Jedem das Seine* als Ausgangspunkt eines jeglichen Nachdenkens über das Wesen der Gerechtigkeit und zählen es zu deren grundlegenden Prinzipien.⁴ Während andere diese in der Gedankengeschichte der Menschheit jedenfalls am häufigsten verwendete Gerechtigkeitsformel für inhaltsleer halten, da sie kein Kriterium dafür anbiete, was einem jeden als das Seine zusteht, sei sie tautologisch.⁵

Auch wenn es hier nur paradigmatisch belegt werden kann: In seiner zweieinhalbtausendjährigen Verwendungsgeschichte ist mit dem gedanklichen Inhalt von *Jedem das Seine* auch Verschiedenartiges, ja Gegensätzliches gemeint und damit gerechtfertigt worden. Wie schon eingangs gesagt: Texte, erhalten ihren Sinn durch ihre (verbalen, aber auch sozialen) Kontexte! Selbst die begnadetsten Hermeneutiker dürften außerstande sein, eine Deckungsgleichheit zwischen den Auf-[331:]fassungen über *Jedem das Seine* zutage zu fördern, wie sie etwa (in zeitlicher Reihenfolge) von Platon, Aristoteles, Cato, Seneca, Cicero, Ulpian, Paulus (Galater VI, 5), Augustinus (De civitate dei XIX, 21), Hobbes (Leviathan I, 15), Spinoza (Tractatus politicus II, 23), Kant (Einteilung der Rechtslehre A) oder Nietzsche (Menschliches, Allzumenschliches I, 92) vertreten wurden.

Um konkret zu werden: Als sich am 18. Januar 1701 der Kurfürst von Brandenburg eigenhändig zum Preußenkönig gekrönt hatte, stiftete anlässlich dieses Ereignisses der nunmehrige Friedrich I. als höchste preußische Dekoration den Schwarzen Adlerorden, ein achtspitziger silberner Stern mit schwarzem Adler in orangefarbenem Felde und darüber als Devise *SUUM CUIQUE*. Der jeweilige Preußenkönig war Großmeister, jeder seiner Söhne geborener Ritter dieses Ordens, der auch an auswärtige Fürsten, deren allervornehmste Würdenträger sowie an inländische Militärs und Beamte höchsten Ranges verliehen werden konnte. Beim Schwarzen Adlerorden handelte es sich also nicht, wie bei anderen Orden um „Spielzeug für alte Knaben“, wie Kuno Fischer solcher Art von Dekor bezeichnete, den allerdings auch sein Meister Hegel ein Jahr vor seinem Tode nicht verschmähte, als man ihm in Berlin den – freilich nur – Roten Adlerorden 3. Klasse verlieh. War aber das *Suum cuique* auf dem Preußenorden (seit 1918 Hohenzollernorden) ein Gebrauch oder ein Missbrauch von Ulpians Gerechtigkeitsformel? Hatte die mit dem Gesetzestext der Digesten geadelte Selbstbeweihräucherung gekrönter Adliger etwas mit zum Beispiel des Großdenkers Leibniz Ansicht (De Jure et Justitia; Tria Praecepta) zu tun, der zwei Jahrzehnte zuvor das *Suum cuique* zu den drei ewigen Gerechtigkeitsmaximen gezählt hatte, woran im September 2001 der in Berlin tagende VII. Internationale Leibniz-Kongress aus gegebenem Anlass in einer speziellen Resolution zu erinnern für erforderlich hielt?

Oder, um einen anderen Gesichtspunkt ins Argumentationsspiel zu bringen, verbietet des Thomas von Aquino Inanspruchnahme von *Suum cuique* als Begründung für die Rechtmäßigkeit von Sklaverei und Leibeigenschaft (Summa theologica II-II, 57, 4) jedem, der diese beiden Ausbeutungs- und Herrschaftsformen hinter sich gelassen haben will, sich in welchem Zusammenhang auch immer auf das Schlagwort zu berufen? Und könnte man nicht die Nazi-Verwendung von *Jedem das Seine* als angemessene Fortsetzung jener Legitimation des Herr/Knecht-Verhältnisses durch den Scholastiker betrachten? Aber was hält man dann davon, dass sich die 1956 gegründete Schule [332:] für Feldjäger der bundesdeutschen Bundeswehr das *Suum cuique* zum Motto erkoren hat?

Ernst Bloch jedenfalls setzte dem patriarchalischen *Suum cuique* als dem Maßstab einer Gerechtigkeit von oben die Kardinaltugend einer Moral ohne Herr und Knecht, doch mit dem radikalen Anspruch:

² Wozu Rechtsphilosophie heute?, Frankfurt 1971, S. 13 f.

³ Juristenzeitung 1963, S. 3.

⁴ So Helmut Coing: Grundzüge der Rechtsphilosophie, Berlin 1976, S. 13.

⁵ So Hans Kelsen: Reine Rechtslehre, Wien 1976, S. 366.

„jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ entgegen⁶, womit auch Marx mit eben dieser von den Saint-Simonisten angeregten Formel zum Zuge käme⁷, dessen *Jedem das Seine* ein ganz anderes Kriterium dafür anböte, was einem jeden als das Seine zusteht.

Um noch einmal auf das Skandalon in der Verwendungsgeschichte von *Jedem das Seine* zurückzukommen: Der Missbrauch eines Schlagwortes hebt deren künftige Brauchbarkeit nicht auf; eher umgekehrt, denn eine unbrauchbare Formel kann gar nicht missbraucht werden. Freilich setzt der weitere Gebrauch eines inzwischen missbrauchten Schlagwortes eine Sensibilität voraus, die man zumindest von denjenigen wird erwarten dürfen, deren Beruf im Umgang mit Worten und deren Bedeutung besteht.

⁶ Ernst Bloch: *Naturrecht und menschliche Würde*, Frankfurt a. M. 1972, S. 269.

⁷ Karl Marx/Friedrich Engels, Gesamtausgabe (MEGA), Erste Abteilung, Bd. 25, Berlin 1985, S. 15.

Die Waffen nieder

Von Erika Schwarz

Die drei Worte, die wie ein Befehl klingen, gaben den mit Bedacht und gegen Änderungsvorschläge behaupteten Titel eines Romans, den die österreichische Schriftstellerin Bertha von Suttner geschrieben hatte. Er erschien 1889 in Dresden. Was die Autorin nicht vermutet hatte und Zeitgenossen wohl überraschte, war der Grad des Aufsehens, den die Publikation und deren Botschaft alsbald erregten. Ein Grund dafür lag zweifellos – auch nach Suttners Urteil – im Zeitpunkt, da das Werk erschien. Zwar herrschte in Europa Frieden, so dass *Die Waffen nieder* sich nicht direkt an Krieg führende Staaten richtete, doch war der Kontinent in eine ereignisreiche Etappe seiner Geschichte eingetreten, die durch viele und in ihren Folgen nicht absehbare Veränderungen gekennzeichnet wurde. Wissenschaft und Technik entwickelten sich rasant. Neu entstandene Industriekonzerne strebten nach einer Neuaufteilung der Absatzmärkte. Zwischen den Staaten war ein Wettrüsten in Gang gekommen, das sich beschleunig-[333:]te. Politische und militärische Bündnisse der Großmächte formierten sich, die handfeste materielle und Machtinteressen zur Grundlage hatten. 1882 schlossen sich Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien zum Dreibund zusammen. Ein Gegengewicht schaffend, verbündeten sich 1904 Großbritannien und Frankreich, 1907 kam Russland hinzu. Die sozialistische Arbeiterbewegung organisierte sich international mit dem Ziel des Kampfes um Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Bertha von Suttner hat diese sich abzeichnenden Spannungsfelder gewiss wahrgenommen. Doch lag es außerhalb ihrer Absicht und wohl auch ihres Vermögens, den neuen Erscheinungen auf den Grund zu gehen. Ihr Denken war auf eine Frage fixiert: die Abwendung der Gefahr künftiger Kriege, einer Entwicklung, die sie nicht für alternativlos hielt und der sie ihre Überzeugung entgensetzte, dass Wege zum Frieden gefunden werden könnten. Wer war die Frau, deren Name und Ruf die Zeit überdauerte, die als Schriftstellerin jedoch später wenig Beachtung fand und deren berühmt gewordener Roman heute kaum noch gelesen wird, so dass von ihm meist nur der Titel bekannt geblieben ist?

Bertha Sophia Felicita Gräfin Kinsky von Chinic und Tettau wurde am 9. Juni 1843 in der K. u. K. Monarchie in Prag geboren. Ihre Vorfahren gehörten zum böhmischen Hochadel. Der Vater diente der Habsburger Monarchie als Offizier und brachte es bis zum Feldmarschallleutnant. Er war kurz vor der Geburt seiner Tochter 76-jährig verstorben. Die Mutter war weitläufig mit der Familie Theodor Körners verwandt, des in Deutschland lange gerühmten Dichters der antinapoleonischen Befreiungskriege, in deren Kämpfen er auch umgekommen war. Bertha von Kinsky wuchs – gemessen an den meisten Personen ihres Standes – in bescheidenen, schließlich als Folge der Spielsucht ihrer Mutter in verarmten Verhältnissen auf. Jedoch konnte sie sich Studien der Musik und Sprache widmen. 1876, 33jährig, heiratete sie den Schriftsteller Arthur Gundaccar von Suttner. Nach ihrer Heirat beschloss das Paar, zu einer Freundin der jungen Frau nach Russland, in den Kaukasus zu gehen. Hier blieben sie neun Jahre und hier begann Bertha von Suttner zu schreiben, zunächst für Zeitschriften und Zeitungen. Zurückgekehrt lebten sie auf dem Gut Harmannsdorf, dem in Niederösterreich gelegenen Anwesen der Familie Suttner. Damals suchten beide Eheleute finanzielle Schwierigkeiten der verschuldeten Familie durch angestrenzte schriftstellerische Tätigkeit abzuwenden.

[334:] In diese Jahre fällt die Arbeit an dem Roman „Die Waffen nieder!“, dessen Titel die Verfasserin ein „Losungswort“ nannte, während ihr das „Krieg dem Kriege“ als ein „Schlachtruf“ galt. Beide Appelle bezeichnen ihr zentrales politisches Anliegen: Sie wollte der Leserschaft und damit einer breiteren Öffentlichkeit ihre Meinung darüber mitteilen, dass und wie Streitigkeiten zwischen den Völkern gewaltlos gelöst werden können. Dies setzte, wie sie meinte, die exakte Bestimmung völkerrechtlicher Mittel und Schritte voraus, die im Konfliktfall zur Anwendung kommen müssten. Letztlich erblickte sie in einem internationalen Schiedsgericht das entscheidende Mittel, durch das friedliche Lösungen erreicht, Kriege vermieden werden könnten.¹

Ihre Grundidee hatte die Suttner den Vorstellungen des 1880 gegründeten International Arbitration and Peace Association entlehnt, einer englischen Friedensgesellschaft, die für Frieden und Abrüstung

¹ Vgl. Bertha von Suttner: *Die Waffen nieder!*, Hildesheim 1977, S. 297.

eintrat und für die Bildung eines Völkerbundes. Dessen Bestrebungen wollte sie fördern. Ihre literarische Verarbeitung des großen Friedenthemas sollte beitragen, den Friedensgedanken zu verbreiten und Wege zu seiner Verwirklichung zu weisen. Die 46-Jährige wählte dafür nicht die Form eines politischen Pamphlets, sondern einer Erzählung. Dies schien ihr, wie sie später in ihren Memoiren mitteilte, die 1909 in Stuttgart von der Deutschen Verlags-Anstalt veröffentlicht wurden, am besten geeignet, ihren leidenschaftlichen Gefühlen angemessen Ausdruck zu verleihen. So entstand eine romanhafte Autobiographie.² Ihr vollständiger Titel lautete denn auch: „Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte.“

[335:] Die Suttner, an journalistischer Arbeit geschult, bereitete sich auf ihr Vorhaben in Bibliotheken und Archiven durch gründliche Materialstudien vor. Sie trug Informationen über Kriege und Kriegsschauplätze und über die Schicksale von Soldaten sowie deren Familien zusammen.

In ihrem Roman, dessen ästhetische Qualität hier nicht zu bewerten ist, schilderte sie den Weg einer Frau, die zwei geliebte Menschen durch Kriege verliert. Ihr erster Ehemann fällt 1859 auf Sardinien in der Schlacht bei Magenta, in der die Franzosen und Sardinier gegen Österreich kämpften und dessen Truppen besiegten. In den Wirren während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 wird ihr zweiter Ehemann, der die militärischen Kämpfe, die Österreich gemeinsam mit Preußen 1864 gegen Dänemark und 1866 gegen Preußen austrug, überlebt hatte, in Paris schuldlos standrechtlich erschossen.

Bertha von Suttner gestand in ihren Memoiren, am Ende froh gewesen zu sein, die Niederschrift vollendet zu haben. Das Manuskript gedruckt zu sehen, erwies sich zunächst als schwierig. Mit der Begründung, dass Leser sich mit dem Inhalt des Romans nicht einverstanden erklären, ja sich gar kritisch ablehnend äußern würden, bekam die Autorin ihren Text zurück. Auch ihr Dresdener Verleger E. Pierson trug Bedenken, vor allem wegen der verschärften Zensur in Deutschland. Er schlug Korrekturen in Text und Titel vor. Bertha von Suttner lehnte dies bestimmt ab, sie wolle es nicht allen recht machen. Pierson lenkte ein. Der Roman erschien 1889 in einer Auflage von zunächst 1000 Exemplaren auf dem Buchmarkt. 1896 folgte eine Volksausgabe mit 8000 Exemplaren. 1905 war die 37. Auflage erreicht. Das Buch wurde in mehrere Sprachen übersetzt.

Politiker, Dichter, Naturwissenschaftler und andere mit der Friedensidee sympathisierende Leser hatten da schon auf das Erscheinen des Romans reagiert. Doch erhielt die Autorin auch mehr als hundert anonyme Briefe. Die Resonanz reichte von empörter Ablehnung und Spott bis hin zu Bewunderung und Anteilnahme. Alfred Nobel, auf dessen Meinung sie großen Wert legte, äußerte sich am 1. April 1890 aus Paris. Den ersten Kontakt zu ihm, der ihr vertrauter Freund wurde, hatte sie 1875 geknüpft, als sie sich, noch als die unverheiratete Gräfin Kinsky, bei dem Wissenschaftler auf eine Annonce hin als Privatsekretärin bewarb. Obwohl aus diesem Vorhaben nichts wurde, blieb die Suttner von da an mit dem Forscher und Erfinder des Dynamits ständig im Briefwechsel. Sie vermochte Nobel, der um die Bedeutung und Folgen seiner Entdeckung wusste, wenn sie – wie zu [336:] erwarten war – in künftigen Kriegen eingesetzt werden würde, zwar nicht von ihren Ideen zu überzeugen. Jedoch schätzte er ihre pazifistische Haltung hoch, ihren Roman bezeichnete er gar als ein „Wunderwerk“.

Das Spektrum der Leser von Suttners Werk war denkbar breit. Am 18. April 1891 bezog sich auch der Wiener Finanzminister Dunagewski in einer Reichsratsdebatte über das Militärbudget auf den Roman, empfahl seinen Politikerkollegen, *Die Waffen nieder* zu lesen und meinte – zynisch oder ernst, das ist nicht entscheidbar –, man könne danach Vorliebe für einen Krieg wohl nicht mehr empfinden. Den Roman begrüßten mit vielen anderen auch der russische Schriftsteller Lew Tolstoi und Theodor Herzl, der durch seine Schrift „Der Judenstaat“ weithin bekannt geworden war. Wilhelm Liebknecht, Mitbegründer und Führer der deutschen Sozialdemokratie und Abgeordneter des Reichstages, entschied, den Roman der Suttner in der Tageszeitung der Partei, dem „Vorwärts“, abzudrucken, wobei die Autorin auf ein Honorar verzichtete. Die Fortsetzungen begannen am 20. August 1892 zu erscheinen. In einem kurzen Wort der Redaktion schrieb Liebknecht, es gelte nicht nur, die Ideen der Verfasserin zu würdigen, sondern sie in die Tat umzusetzen, sei doch gerade die Sozialdemokratie auch die Partei des Friedens.

² Vgl. Bertha von Suttner, Memoiren. Hg. v. Lieselotte von Reinken, Bremen 1965, S. 140.

Suttners aristokratische Herkunft und Prägung, zu der sie nie eine Distanz gewann, bewirkte eine unüberbrückbare, klassenbedingte Distanz zur Arbeiterbewegung, aus deren Wirken sie einen Sieg der Mehrheit über die Minderheit, zu der sie gehörte, entstehen sah und fürchtete. Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“, erschienen 1907 und ohne Erwähnung der Bestrebungen der Suttner, wurde ihr nie zu einem Gegenstand kritischer Auseinandersetzung. Es ist nicht einmal sicher, dass sie den Text überhaupt zur Kenntnis nahm. Fraglich ist auch, ob sie je versuchte, politische Kontakte mit der sozialdemokratischen Antikriegsbewegung aufzunehmen. Friedensbewahrung war ihr keine Sache der Massenbewegung. Die Vermeidung von Kriegen erwartete und forderte sie von den Herrschenden. Kriege waren ihr nur ein Ergebnis von falschen und abzulehnenden Entscheidungen von Personen. Der Gedanke, dass ihnen politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Interessen und aus ihnen hervorgehende Spannungen zwischen Staaten zugrunde liegen, war ihr unzugänglich.

Während Suttners Roman in Zeitungen und Zeitschriften vorwiegend positiv besprochen wurde, beschimpften Widersacher die [337:] Schriftstellerin und verspotteten sie als „Friedensbertha“. Gegner, die den Krieg als „Männersache“ ansahen, sprachen ihr das Vermögen ab, sich als Frau dem Thema überhaupt zu widmen. Schon 1891 hatten ihr und ihres Ehemannes bestimmtes Auftreten gegen antijüdische Ausschreitungen österreichischer Antisemiten zudem die Titulierung als „Judenbertha“ eingetragen. Derlei Diffamierungen machten sie an ihrer Sache nicht irre.

Das Erscheinen des Romans „Die Waffen nieder!“ und seine rasante Verbreitung veranlasste die Suttner, sich noch intensiver der Friedensbewegung zu widmen. Bereits ihre erste öffentliche Rede auf dem Weltfriedenskongress 1891 in Rom wurde mit großem Beifall aufgenommen. 1892 auf dem 4. Weltfriedenskongress in Bern gehörte sie zu den Autoren eines Appells an die europäischen Staaten, untereinander Rechtsverhältnisse zu schaffen, die den Frieden dauernd zu sichern vermöchten, und einen Staatenbund einzugehen. Auch auf den folgenden Kongressen ergriff sie wieder das Wort. Sie hielt Vorträge – 1905 führte sie eine Reise in 68 Tagen durch 21 deutsche Städte, eine andere 1912 ging binnen sechs Monaten durch die Vereinigten Staaten von Amerika, wobei sie 50 Orte erreichte – und beteiligte sich an Diskussionen. Schon seit 1893 fungierte sie als Präsidentin der Österreichischen Friedensgesellschaft. Bei Alfred Herrmann Fried, dem österreichischen Schriftsteller und Publizisten, gab sie seit dem 1. Februar 1892 die Monatsschrift „Die Waffen nieder!“ heraus, die namhafte Befürworter und Autoren vereinte, aber keine größere Verbreitung und Ausstrahlung gewann.

Im Jahre 1905 erhielt Bertha von Suttner als erste Frau in Christiania (Oslo) den Friedens-Nobelpreis. Sie selbst hatte Alfred Nobel angeregt, mit der – von ihm testamentarisch bestimmten- Auszeichnung und dem nach ihm benannten Preis nicht nur wissenschaftliche Leistungen zu ehren, sondern eben auch jene, die sich auf die Erhaltung des Friedens richteten. Als sie die Würdigung ihres Wirkens am 18. April 1906 entgegennehmen konnte, verdeutlichte sie am Anfang ihres Vortrages vor dem Nobel-Komitee des Starthing noch einmal ihre Friedensphilosophie: „Die ewigen Wahrheiten und ewigen Rechte haben stets am Himmel der menschlichen Erkenntnisse aufgeleuchtet, aber nur gar langsam wurden sie von da herabgeholt, in Formen gegossen, mit Leben gefüllt, in Taten umgesetzt. Eine jener Wahrheiten ist, dass Frieden die Grundlage und das Endziel des Glückes ist, und eines jener Rechte ist das Recht auf das eigene Leben. Der stärkste aller Triebe, der Selbsterhaltungstrieb, ist gleichsam eine [338:] Legitimation dieses Rechtes, und seine Anerkennung ist durch ein uraltes Gebot geheiligt, welches heißt: „Du sollst nicht töten.“³

Neben ihrem vielfachen friedenspolitischen Engagement hatte die Suttner auch literarisch weiter gearbeitet und eine Fortsetzung von „Die Waffen nieder!“ vorgelegt, die 1901 – zwölf Jahre nach ihrem Erfolgsbuch – wieder bei Pierson erschienen war. „Marthas Kinder“ erlangte jedoch nie die erhoffte Popularität und Verbreitung. In Deutschland wurde der Einfluss der nationalistischen und nationalchauvinistischen Propaganda dominierend. Die Suttner erlebte die Zeichen eines herannahenden Krieges. Diese kamen 1911 aus Marokko, wo Frankreich seine Einflussphären gegenüber Deutschland zu verteidigen suchte, und zwei Jahre darauf vom Balkan, als dort die Interessen mehrerer

³ Beatrix Kempf: Bertha von Suttner. Das Leben einer großen Frau, Wien 1964, S. 180.

Staaten kriegerisch aufeinander stießen. Auch das Wettrüsten der Großmächte deutete auf das Kom-mende.

Zeuge des vollständigen Scheiterns ihrer Wünsche und Bestrebungen zu werden, blieb Bertha von Suttner erspart. Sieben Tage vor dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, das Anlass für die einen Monat später erfolgende Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien wurde und in den Weltkrieg mündete, starb sie am 21. Juni 1914 in Wien. Wie der ihres Mannes wurde auch ihr Leichnam im thüringischen Gotha eingeäschert. Dort ist ihre Urne in einem Hain beigesetzt worden.

Die Nordisk Film Co. in Kopenhagen hatte schon 1913 begonnen, aufgrund eines noch von Bertha von Suttner verfassten Drehbuches „Die Waffen nieder!“ zu verfilmen. Die Erstvorführung, so wies es dessen Programm aus, sollte am 17. September 1914, anlässlich des Friedenskongresses in Wien stattfinden. Da waren die Waffen bereits erhoben, sprachen Gewehre und Geschütze und die Befehle lauteten: „Du sollst töten.“ Erst Jahrzehnte später entstand ein deutscher Spielfilm über das Leben der Suttner, der in der Bundesrepublik gedreht worden war. „Ein Herz der Welt“ gelangte 1952 inmitten der Auseinandersetzung um die Formierung (west)deutscher Streitkräfte und den Beitritt in die NATO in die Kinos.

Zum zweiten Mal nach Kriegen waren Pazifisten und andere Kriegsgegner die Unterlegenen. Denn schon nach der Niederlage 1918 war es ihnen so ergangen. Wenn damals auch das Deutsche Reich angriffsunfähig gemacht worden war und in ihm zunächst Politiker regierten, die nicht an einen Krieg denken mochten, so formierten sich in der Weimarer Republik doch alsbald Kräfte, die den Gedanken des Kampfes um die eben verfehlten Ziele verbreiten [339:] konnten. Erneut sammelten sich aber auch Pazifisten, zwischen denen es über den Weg der Friedenssicherung und auch aus weniger prinzipiellen Gründen zu erbittert geführten Auseinandersetzungen kam. In deren Verlauf nahm Carl von Ossietzky, ein unerschrockener Kriegsgegner, 1924 das Wort. Bei aller Sympathie für Suttners Wollen und Ziel hielt er ein Anknüpfen an die von ihr geprägte Tradition für verfehlt. Dem „deutschen Pazifismus“ sei es gelungen, „ein paar Parolen populär zu machen, Versammlungserfolge zu erzielen“, doch habe er organisatorisch „niemals die Massen erfasst“. Suttner, die „sehr feinfühlig und sehr weltfremde Frau“, schrieb er, „kämpfte mit Weihwasser gegen Kanonen, sie adorierte [verehrte] mit rührender Kindlichkeit Verträge und Institutionen – eine Priesterin des Gemüts, die den Königen und Staatsmännern ins Gewissen redete und die halbe Aufgabe als gelöst ansah, wenn sie freundlicher Zustimmung begegnete“. Ihre Methoden galten Ossietzky als unpolitisch, sie seien „gestorben an dem Tage, da der große Krieg begann“. Der neue Pazifismus müsse lernen, sich an den „Realitäten zu orientieren“, der „Weg zum Volk muss gefunden werden“.⁴

Vor dieser Aufgabe stehen Kriegsgegner in aller Welt bis heute. Jüngst nahmen sie den Ruf der Bertha von Suttner auf. Er ertönte, als eine angemessene unkriegerische Antwort auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 gesucht wurde, denen allein in New York tausende Menschen zum Opfer gefallen waren.

⁴ Carl von Ossietzky: Die Pazifisten. In: Das Tage-Buch, 4.10.1924, S. 119 f.

Trotz alledem

Von Wolfgang Büttner

Am 15. Januar 1919 erschien im Zentralorgan der zwei Wochen zuvor gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands „Die rote Fahne“ Karl Liebknechts letzter Artikel, in dem er – angesichts der bitteren Niederlage, die die revolutionären Berliner Arbeiter in den Januartagen erlitten hatten – sein berühmt gewordenes *Trotz alledem* aussprach. Er selbst wurde am gleichen Tage ebenso wie Rosa Luxemburg von konterrevolutionären Freikorpsleuten ermordet.

Verwendet wurde in diesem Artikel ein Schlagwort, das im Ringen um gesellschaftlichen Fortschritt bereits eine lange Tradition besaß. Vor ihm war es vor allem Ferdinand Freiligrath, der es benutzte und [340:] dem die Popularität des Ausspruchs zu danken ist. Er übersetzte in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts das Gedicht „For a that“ des schottischen Volkslieddichters Roben Bums. Die kongeniale Übersetzung erschien 1844 unter dem Titel „Trotz alledem!“ in seiner Gedichtsammlung „Ein Glaubensbekenntnis“.¹ Die Verse erhielten somit einen Platz in jenem Lyrikbändchen, das eine bedeutungsvolle Wende im Leben des Dichters markierte.

Freiligrath hatte zu dieser Zeit mehrfach Gedichte in der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlicht. Seine unmissverständlich gegen Herweghs „Gedichte eines Lebendigen“ gerichtete Polemik in dem Gedicht „Aus Spanien“, bekannt geworden vor allem durch die Verse „... der Dichter steht auf einer höhern Warte, als auf den Zinnen der Partei“², trug ihm die Gunst der preußischen Behörden ein. Die Erkenntlichkeit Friedrich Wilhelms IV. offenbarte sich ihm in einer Jahrespension von 300 Talern. Doch wenige Monate später schon musste der Dichter erkennen, dass in Preußen nur gedruckt werden durfte, was dem Staat genehm war. Ein Lied „Für Freiheit und Recht“ strich der Zensor der „Kölnischen Zeitung“ von der ersten bis zur letzten Zeile. Ebenso erging es der Übersetzung der Verse von Bums. Freiligrath wertete die Verse des schottischen Dichters, der für die unterdrückten Volksmassen eintrat und ein Freund der Französischen Revolution gewesen war, als „ein schönes, herrliches Gedicht für Menschenwürde und Menschenrecht, das noch dazu in deutschen Landen schon 3-4 andere Übersetzungen erlebt hat“. Einem Freunde, dem er seine Empörung über den „Streichwahnsinn“³ kundtat, zitierte er daraus Zeilen, die ihm besonders gefielen: „Üb Armut euer Los auch sei/Hebt froh die Stirn trotz alledem!“

Aber in Preußen waren derartige Aussagen „unstatthaft“, so die Begründung des Oberzensurgerichts, „wegen der auf Erregung von Unzufriedenheit gerichteten Tendenz“.⁴ Der Dichter war ehrlich genug, jetzt zu erkennen: „... die paar hundert Taler sind und bleiben doch ein Maulkorb“, und er zog daraus seine Konsequenz: „... Ich schlag’ dem Fass den Boden ein!“⁵ Das hieß, er kündigte die ihm vom König gewährte Ehrenpension.

Sein „Glaubensbekenntnis“ wurde sofort nach dem Erscheinen verboten. Anklage wegen Majestätsbeleidigung zwang ihn wie viele seiner Zeitgenossen 1844 zur Flucht ins Exil. „Kein Leben mehr für mich ohne Freiheit!“, begründete der Dichter seinen mutigen Schritt und setzte dem Bändchen die Verse voran: „In die Stickluft dieser Tage/dieses Büchleins kecken Schuss!“⁶

[341:] In Belgien lernte er Karl Marx kennen, der, rückblickend auf die Kontroversen Freiligraths zwischen Herwegh und anderen revolutionären Demokraten über die neueste Publikation des Dichters sagte: „... sein Glaubensbekenntnis hat alles ausgeglichen“.⁷ In den Revolutionsjahren 1848/ 49 wurde diese Bekanntschaft zur Freundschaft.

¹ Vgl. W. Ilberg: Einleitung zu Ferdinand Freiligrath. Werke in einem Band, Berlin/Weimar 1967, S. 18.

² Freiligrath, Werke, a. a. O., S. 43.

³ K. Glossy: Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz, Wien 1912, T. II, S. 147.

⁴ F. Freiligrath an K. Buchner, 01.01. und 03.01.1844. In: Wilhelm Buchner: Ferdinand Freiligrath. Ein Dichterleben in Briefen, Lahr 1882, Bd. 2, S. 95 f.

⁵ F. Freiligrath an K. Buchner, 11.02.1844. In: Ebenda, S. 99.

⁶ Ferdinand Freiligrath: Ein Glaubensbekenntnis. In: Werke, a. a. O., S. 39 f.

⁷ Zit. nach Ilberg, a. a. O., S. 21 f.

Die Nachrichten von den revolutionären Ereignissen auf dem europäischen Kontinent Ende 1847 und Anfang 1848 erhielt Freiligrath in London. Als die Märzstürme auch Deutschland ergriffen, gab es für ihn kein Zögern. Er wollte unmittelbar dabei sein, nachdem er bereits in mehreren Gedichten die Ereignisse freudig begrüßt hatte. Doch auch die Inkonsequenzen im Ausgang der ersten Kämpfe blieben ihm nicht verborgen. Als am 1. Juni 1848 die erste Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung“ erschien, zögerte Freiligrath nicht, eines seiner bekanntesten Revolutionsgedichte dem von Marx geleiteten Blatt zur Erstveröffentlichung anzubieten. Diese erfolgte am 6. Juni 1848. Wieder griff der Dichter die Parole auf, die dem Bekenntnis des schottischen Dichters Bruns zu Recht und Menschlichkeit verpflichtet war: „Trotz alledem! Variiert“, so lautete der Titel der neuen Verse.

Als Freiligrath dieses Gedicht schrieb, hatte die bürgerlich-demokratische Revolution ihren Höhepunkt bereits überschritten. Für die nun eingetretene politische Situation schuf er in seinen Versen ein einprägsames Bild:

„Das war 'ne heiße Märzenzeit,
trotz Regen, Schnee und alledem!
Nun aber, da es Blüten schneit,
nun ist es kalt, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem –
trotz Wien, Berlin und alledem –
Ein schnöder, scharfer Winterwind
durchfröstelt uns trotz alledem!

Das ist der Wind der Reaktion
mit Mehltau, Reif und alledem!
Das ist die Bourgeoisie am Thron
Der annoch steht, trotz alledem!“

Aber entmutigen ließ sich der Dichter nicht. Unverzagt stellte er den ersten Erfolgen einer wieder erstarkenden Reaktion sein von revolutionärem Optimismus geprägtes *Trotz alledem* entgegen. Denn er [342:] war überzeugt: Das Recht lag auf Seiten der Revolutionäre. Diese Überzeugung bestimmt die Aussage der abschließenden Strophe: „Wir sind das Volk, die Menschheit wir/sind ewig drum, trotz alledem!/ ... /Unser die Welt, trotz alledem!“⁸

Siege und Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung hat Freiligraths *Trotz alledem* über Jahrzehnte begleitet. Die Partei der Arbeiterklasse erstarkte trotz des Säbelgerassels der Herrschenden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und brachte Bismarcks „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ sowie den Kanzler selbst Anfang 1890 zu Fall. Auf Initiative der Sozialdemokratie warnten im 20. Jahrhundert beeindruckende internationale Friedenskongresse die Völker Europas vor dem Ausbruch eines Weltkriegs. Doch auf diesem Felde erlitt die Arbeiterbewegung eine bittere Niederlage. „Der Kriegszustand“, heißt es in einem Aufruf des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 1. August 1914, „ist erklärt. ... Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, auszuharren in der unerschütterlichen Zuversicht, dass die Zukunft trotz alledem dem völkerverbindenden Sozialismus, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit gehört.“⁹

Die Revolution, die dem Kriege im November 1918 folgte, sollte Deutschland diesem Ziel nach dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung ein Stück näher bringen. Doch einflussreiche Führer der deutschen Sozialdemokratie lenkten die Bewegung in eine andere Richtung. Die Ideale eines Karl Liebknecht und einer Rosa Luxemburg waren nicht die ihrigen. Nicht in den revolutionären Volksmassen sahen sie ihre Verbündeten, sondern in den Generälen, die geblieben waren, als der Kaiser gehen musste. Und in deren Interesse lag die brutale Niederschlagung der Revolution. Als die getäuschten Berliner Arbeiter, provoziert von der Regierung des Sozialdemokraten Friedrich Ebert, im Januar 1919 erneut zu den Waffen griffen, schlug die Stunde der konterrevolutionären Überreste der im

⁸ Ferdinand Freiligrath: *Trotz alledem!* In: Ders., *Werke*, a. a. O., S. 127 f.

⁹ Zit. nach *Deutschland im ersten Weltkrieg*, Bd. 1, Berlin 1968, S. 275.

Krieg geschlagenen kaiserlichen Armee. Den Oberbefehl über diese Truppen übertrug die Regierung dem Sozialdemokraten Gustav Noske. „Meinetwegen!“, äußerte er bei der Übernahme des heiklen Auftrags, „Einer muss der Bluthund werden ...“¹⁰ Im Kampf gegen die schwer bewaffneten Freikorpskrieger erlitten die Berliner Arbeiter eine blutige Niederlage.

Zum letzten Mal konnte Karl Liebknecht am 15. Januar 1919 seiner Stimme Gehör verschaffen. „Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet“, schrieb er in der eingangs genannten [343:] Nummer der „Roten Fahne“. Doch sein Optimismus blieb ungebrochen. „Unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“¹¹

¹⁰ Zit. nach Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 184.

¹¹ Ebenda, S. 191.

Das Gericht der Sieger

Von Günther Wieland

Der Ruf nach justizieller Sühne der vom Nazisystem verübten Verbrechen ist so alt wie diese selbst. Ziele 1933 das Braunbuch neben der Aufdeckung der Untaten zugleich darauf, sie nach dem Sturz des Hitlerregimes gesühnt zu wissen, ist dieses Verlangen erstmals im Prager Manifest der SPD vom Januar 1934 ausdrücklich formuliert. Die gleiche Forderung enthielten das letzte Flugblatt der „Weißen Rose“, die Pläne des „Kreisauer Kreises“ und die Erklärungen des Nationalkomitees Freies Deutschland.

In den Konzentrationslagern schworen Antifaschisten nicht zu rasten, bis ihre Peiniger gerechter Strafe zugeführt würden. Unter den Augen der SS sicherten mutige Gefangene Beweise. So überlieferte in Buchenwald Armin Walter die Zahl der dort durch Genickschuss umgebrachten Rotarmisten anhand von Fernschreiben, die er hatte lesen können. In Sachsenhausen zeichnete der Häftlingsschreiber Emil Büge sein in der Politischen Abteilung erlangtes Wissen nicht nur auf, sondern schmuggelte die Notizen, die heute beim Parteivorstand der SPD archiviert sind, aus dem Lager. Als im gleichen KZ der Häftling Rudolf Wunderlich Lagerläufer wurde, wies ihn der KPD-Reichstagsabgeordnete Georg Schumann ein, die damit verbundene relative Bewegungsfreiheit zu nutzen, Kenntnisse über die Verbrechen der SS zu erlangen, um davon in der Stunde der Abrechnung Zeugnis abzulegen.

Gab es gegen die Gräueltaten der Nazischerger von Anfang an auch im Ausland vielfältigen Protest, erlangte er – verbunden mit der Forderung nach Bestrafung der Täter – im Herbst 1939 staatsoffizielles Gewicht: Während in Polen Einsatzkommandos wüteten, prangerten der Chef der im französischen Angers (später in London) befindlichen polnischen Exilregierung, General Władysław Sikorski und der [344:] tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš die in ihrer Heimat von den Besatzern verübten Missetaten an. Am 2. Dezember 1939 ließ Sikorski dem britischen Außenministerium eine diplomatische Protestnote überreichen, in der zahlreiche Naziverbrechen aufgelistet waren. Indessen entwarfen unter den Augen der deutschen Besatzung polnische Juristen – unter ihnen der Gelehrte Mieczysław Siewierski, der nach dem Kriege vor dem Obersten Volkstribunal in Krakau die Anklage gegen den Auschwitzkommandanten Rudolf Höss vertrat – ein Gesetz zur Bestrafung von Kriegsverbrechern, das der Präsident Polens am 30. März 1942 in London als Dekret verkündete. Angesichts der Verdienste seines Landes um die Ahndung jener Untaten stand General Sikorski am 13. Januar 1942 der Konferenz im Londoner St. James Palast vor, welche die gerichtliche Bestrafung der Tatbeteiligten der Naziverbrechen zum alliierten Hauptkriegsziel erhob und die Entschlossenheit betonte, „im Geiste internationaler Solidarität darauf zu achten, dass a) jene Schuldigen oder Verantwortlichen, unabhängig von ihrer Nationalität, aufgespürt, der Rechtsprechung übergeben und abgeurteilt werden; b) dass die ausgesprochenen Urteile vollstreckt werden“.¹ Zu diesem Zeitpunkt bestanden in der britischen Hauptstadt bereits zwei mit der Kriegsverbrecherfrage befasste halbamtliche Gremien. Schon am 14. November 1941 hatte zu dem Thema in der Universität Garnbridge eine internationale Konferenz stattgefunden, auf der Gelehrte aus den besetzten europäischen Ländern sprachen.

Schließlich kündigten am 7. Oktober 1942 die USA und Großbritannien an, die mit amtlichem Status versehene United Nation War Crimes Commission (UNWCC) zu bilden. Deren Gründung vollzogen am 20. Oktober 1943 im Londoner Außenministerium die USA, Großbritannien, China, das französische Befreiungskomitee und andere besetzte Länder sowie die britischen Dominions. In der Folge sammelte dieses Gremium Beweise und erfasste die Namen der Verdächtigen auf Kriegsverbrecherlisten, deren Zahl sich zuletzt auf 80 belief. Während Polen, Jugoslawien und die ČSR zu den aktivsten Mitgliedern der UNWCC zählten, erklärte sich die UdSSR – wie Telford Taylor, Chefankläger in den zwölf amerikanischen Nürnberger Nachfolgeprozessen berichtete- zwar zur Mitarbeit bereit, verzichtete auf sie aber letztlich trotz westlicher Bitten. Da die sowjetische Seite in dem aus 17 Staaten

¹ History of the United Nations War Crimes Commission and the development of the Laws of War, London 1948, S. 90.

bestehenden Gremium für jede ihrer 16 Unionsrepubliken einen Sitz beanspruchte, blieb eine Übereinstimmung aus, so dass sie in ihm nicht vertreten war. Das Präsidium des Obersten [345:] Sowjet hatte allerdings bereits am 2. November 1942 eine eigene „Außerordentliche Staatskommission zur Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der Eindringlinge“ beschlossen. Sobald die Rote Armee Gebiete befreite, ließ sie von lokalen Gremien, bestehend aus Parteifunktionären, Medizinern, Juristen und griechisch-orthodoxen Priestern, die während der Besetzung verübten Verbrechen erfassen. Dabei wurden Zeugen und Sachverständige gehört, Ortsbesichtigungen und Exhumierungen veranlasst.

Während man sich in Ost und West noch auf das Sichern von Beweisen und das Ermitteln der Täternamen beschränken musste, wurde bereits Übereinstimmung über die Art und Weise der Strafverfolgung erzielt: Die Moskauer Erklärung der drei Alliierten Hauptmächte vom 30. Oktober 1943 über die Verantwortlichkeit der Hitleranhänger für begangene Gräueltaten legte fest: Die Hauptverantwortlichen, „für deren Verbrechen ein geographisch bestimmter Tatort nicht gegeben ist“², sollten durch ein Internationales Militärtribunal und die übrigen an den Stätten ihrer Untaten abgeurteilt werden. Diese Deklaration fand Eingang in das von Frankreich, Großbritannien, den USA und der UdSSR am 8. August 1945 in London beschlossene Viermächteabkommen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der Europäischen Achse, das mit dem Statut für den Internationalen Militärgerichtshof erging.

Der US-amerikanische Ankläger Robert Jackson charakterisierte den Stellenwert des am 20. November 1945 in Nürnberg begonnenen Prozesses gegen 22 Spitzenpolitiker und Militärs Hitlerdeutschlands, die einst die Menschheit in Schrecken hielten: Als Einzelpersonen gelte ihr Schicksal wenig. Da sie aber „unheilvolle Gewalten vertreten, die noch lange in der Welt umherschleichen werden, wenn sie selbst schon zu Staub geworden sind, ist diese Verhandlung von solcher Wichtigkeit. Sie sind lebende Sinnbilder des Rassenhasses, der Herrschaft des Schreckens und der Gewalttätigkeit, der Vermessenheit und Grausamkeit der Macht“³.

Unermessliche Straftaten wiesen die Ankläger nach: Die Naziführer hatten zuerst im eigenen Land ein Terrorsystem errichtet, politische Gegner und Missliebige in Folterstätten gepresst, um letztlich den Angriffskrieg zur brutalen Unterjochung fremder Völker zu planen, zu entfesseln und mit ungekannter Brutalität zu führen. Weitgehend auf NS-Quellen gestützt zeigte die Beweisaufnahme die durch Europa führende Blutspur: Ungezählte Verbrechen an Gefangenen des Regimes. Vorsätzliche Tötung von Patienten der Heil- und Pflegeanstalten. Genozid an Millionen Juden, an Sinti und Roma. Skrupelloser Völkerrechtsbruch gegenüber Kriegsgefangenen, der vom Massenmord an Rotarmisten bis zur Lynchjustiz an anglo-amerikanischen Flugzeugbesatzungen reichte. Rücksichtsloses Ausplündern der überfallenen Staaten, vor allem der UdSSR und Polens. Mehr als fünf Millionen zur Zwangsarbeit ins Nazireich Verschleppte.

Die Strafsache gegen Hermann Göring und 21 andere berührte juristische Fragen, die alte und neue Nazis zum Anlass nahmen, die Rechtmäßigkeit des Prozesses anzugreifen: Erstens standen die Angeklagten vor Richtern der Siegermächte. Zweitens beruhte die Anklage auf Tatbeständen, die die Alliierten nach dem Sieg erließen. Drittens hatten sich die Naziführer wegen des erstmals in der Geschichte erhobenen Vorwurfs zu verantworten, einen Angriffskrieg entfacht zu haben. Viertens sahen sie sich materiell und verfahrensrechtlich mit einem Prozess konfrontiert, wie er bis dahin auf dem europäischen Festland unbekannt war.

Dass ihn Angehörige der Siegermächte führten, war nicht zuletzt deren Erfahrungen mit der hiesigen Gerichtsbarkeit nach dem Ersten Weltkrieg geschuldet: Am 3. Februar 1920 hatten sie die Auslieferung von 896 Deutschen wegen Kriegsverbrechen gefordert. Dies war von der Reichsregierung abgelehnt worden. Vielmehr erhob der Oberreichsanwalt – wenn auch widerstrebend und zögerlich – auf der Grundlage des am 19. Dezember 1919 von der verfassungsgebenden Nationalversammlung

² Potsdamer Abkommen, Ausgewählte Dokumente zur Deutschlandfrage 1943 bis 1949, Berlin 1971, S. 22.

³ Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945-10. Oktober 1946, Nürnberg 1947, Bd. II, S. 116.

erlassenen (am 24. März 1920 ergänzten) Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen gegen einige Personen Anklage vor dem Reichsgericht in Leipzig: Wegen Beihilfe zum Totschlag bei der völkerrechtswidrigen Versenkung des britischen Lazarettschiffes „Llandoverly Castle“ und der Beschießung der Rettungsboote durch die Besatzung des U-Bootes U 86 (Motiv: Es sollte keine Zeugen geben) wurden zwei Offiziere (der U-Boot-Kommandant war flüchtig und ist nie belangt worden) am 16. Juli 1921 zu je vier Jahren Gefängnis verurteilt. Sie entwichen bald aus der Haft, strengten die Wiederaufnahme an und wurden am 4. Mai 1928 vom 5. Senat freigesprochen. Die Bilanz der Leipziger Farce: 907 Ermittlungsverfahren führten zu neun rechtskräftigen Urteilen, davon fünf Freisprüchen. Vier Angeklagte erhielten – unter Zubilligung mildernder Umstände – Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und zwei Jahren.

[347:] Zu fragen bleibt: Wer sollte denn 1945 außer den Siegern Recht sprechen? Die vor 1945 in Deutschland tätigen Richter und Staatsanwälte gehörten fast ausnahmslos der NSDAP oder der Ausnahmegerichtsbarkeit an. Von ihren aus politischen, vor allem aus so genannten rassistischen Gründen 1933 amtsentfernten Kollegen hatten nur wenige die braune Diktatur überlebt. In den Krieg weder direkt noch mittelbar verwickelte Staaten, die man um Hilfe hätte bitten können, gab es kaum. Selbst die neutrale Schweiz hatte Nazigegnern die Einreise verweigert und dorthin Geflüchtete nach Deutschland rücküberstellt, wo sie der Volksgerichtshof dem Henker überantwortete.

Der Haupteinwand der Verteidigung beinhaltete, für die Verletzung des Völkerrechts dürfe nur der Staat an sich (etwa durch Wiedergutmachung) herangezogen werden. Jedoch war das Ahnden von Kriegsverbrechen keineswegs eine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Schon die mittelalterliche scholastische Rechtslehre kannte das *jus in bello*, wonach der Krieg kein Zustand totaler Rechtlosigkeit ist. Die Verfolgung von Straftaten an Zivilisten, Verwundeten und Kriegsgefangenen steht der eigenen Krieg führenden Partei wie der des Gegners zu, sofern er des Täters habhaft wird. Während des Zweiten Weltkriegs verurteilten mehrere Staaten – auch Nazideutschland – Kriegsgefangene wegen des Vorwurfs, zuvor Kriegsverbrechen begangen zu haben.

Die in Nürnberg geahndeten Verbrechen gegen die Menschlichkeit stellten Mord, Totschlag, Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Delikte dar, die das deutsche Strafgesetzbuch durchweg als kriminell brandmarkte. Der Einwand rückwirkender Strafe geht daher auch insoweit fehl.

Neu war hingegen, Verbrechen gegen den Frieden strafrechtlich zu ahnden. Das stellte die Antwort der Völkergemeinschaft auf die Verletzung der 1928 von 63 Staaten, darunter auch vom Deutschen Reich, vertraglich verankerten Ächtung des Angriffskrieges dar. Selbst die Naziregierung traf den Angriffskrieg verbietende Völkerrechtsvereinbarungen: am 26. Januar 1934 mit Polen, gegenüber Belgien am 13. Oktober 1937 sowie 1939 am 31. Mai mit Dänemark und am 23. August mit der UdSSR. Zu Recht werteten die Nürnberger Richter den Friedensbruch als „das schwerste internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass es in sich alle Schrecken der anderen Verbrechen einschließt“. Zugleich führten sie aus: „Verbrechen gegen das Völkerrecht werden von Menschen und nicht von abstrakten Wesen begangen, und nur [348:] durch die Bestrafung jener Einzelpersonen, die solche Verbrechen begehen, kann den Bestimmungen des Völkerrechts Geltung verschafft werden.“⁴

Unstrittig war die Neuartigkeit des Prozesses, der mehr auf anglo-amerikanischem denn kontinental-europäischem Recht beruhte. Doch eröffnete die überseeische Anleihe den Angeklagten Verteidigungsstrategien, die hiesigen Normen fremd sind: Sie konnten nicht nur Zeugen benennen (die meisten in Nürnberg Gehörten bot die Verteidigung auf) und Berge von Urkunden präsentieren, sondern sich als Zeugen in eigener Sache ausgiebiger Selbstdarstellung widmen. So sprach Göring vor Gericht 56 Stunden. Selbst ausgeprägt kritische Nürnberg-Kommentatoren wie Wilhelm Grewe (nach Gründung der BRD Berater des Kanzlers) bewerteten die Prozessführung der alliierten Richter als „sachlich, korrekt und fair“.⁵ Wohl gerade weil sie sich ihrer Position als Angehörige der Siegermächte

⁴ Ebenda, Bd. I, S. 207 u. 249.

⁵ Nürnberg als Rechtsfrage. Eine Diskussion, Stuttgart 1947, S. 8 u. 100.

zutiefst bewusst waren, bemühten sie sich um ein Höchstmaß an Gerechtigkeit. Dabei gereichten verschiedene ihrer Entscheidungen den Angeklagten zum Vorteil. So bleibt neben den umstrittenen und im Übrigen recht widersprüchlich begründeten drei Freisprüchen äußerst problematisch, dass das Urteil – im Gegensatz zur Position der vier Ankläger – sämtliche vor dem 1. September 1939 begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit unberücksichtigt ließ. Das dürfte Rudolf Heß, der als Chef der Parteikanzlei SA- und SS-Mörder vor jeglicher Strafe bewahrt und so die KZ-Schergen zu weiteren Verbrechen an wehrlosen Gefangenen angestiftet hatte, vor dem Galgen gerettet haben.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Nürnbergs politischen, juristischen, historischen und ethischen Wert prägten drei Faktoren: Erstens ereilte dort Spitzenrepräsentanten einer barbarischen, jegliche Zivilisation in Frage stellenden Macht ihr verdientes Schicksal. Zweitens wies es nationalen Justizinstanzen den Weg, Nazi-Untaten völkerrechtsgemäß zu ahnden. So fanden in der Folge vor Gerichten der Besatzungsmächte in Deutschland sowie in Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Israel, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und der UdSSR Strafverfahren gegen Tatbeteiligte der Naziverbrechen statt. Deutsche Gerichte dazu zu ermächtigen, sah das Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 vor, zunächst aber nur für Taten, die Deutsche an Deutschen oder Staatenlosen verübten. Insgesamt wurden seitdem etwa 80.000 Deutsche von nationalen und inter-[349:]nationalen Gerichten rechtskräftig wegen Naziverbrechen verurteilt. Drittens mahnte Nürnberg, dem Wiederholen solcher Verbrechen zu wehren. Niederschlag fand das in internationalen Dokumenten wie der Völkermordkonvention von 1948. Deren friedenssicherndem Anspruch ist bislang nur unzureichend Rechnung getragen worden. Obwohl es seitdem neuen Völkermord und Aggressionen mit ungezählten Kriegs- und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gab, blieben die verantwortlichen Mächtigen nahezu durchweg unbehelligt. Das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zur Ahndung von Völkermord, Aggression, schwerer Kriegs- und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, dem am 17. Juli 1998 120 Länder zustimmten, ist bislang nicht von der erforderlichen Zahl von 60 Ländern ratifiziert worden. Die allein vom Sicherheitsrat verfüigten Jugoslawien- und Ruanda-Tribunale stellen schon wegen ihrer sachlichen und zeitlichen Begrenztheit vom Willen der Völkergemeinschaft getragene Spruchkörper nicht dar. Zwar vermag das Völkerrecht allein nicht, die Probleme der Welt zu lösen. Ein arbeitsfähiger internationaler Strafgerichtshof wäre jedoch ein Beitrag, den auch in Nürnbergs Prinzipien verkörperten Menschheitstraum einer stabilen Friedensordnung zu verwirklichen.

Vom Ich zum Wir

Von Hans-Günter Eschke

So lautete die allgemeine Losung, mit der den Bauern in der DDR nahe gelegt wurde, den Schritt vom Dasein als private Einzelbauern zur Gründung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) oder zum Eintritt in bereits bestehende zu tun. Sie wurde – nach der am 8. Juni 1952 erfolgten Gründung der ersten LPG in Merxleben – seit der 2. Parteikonferenz der SED (Juli 1952) verstärkt propagiert.

In seiner allgemeinsten Form ist der Gedanke zum Verhältnis von Ich und Wir sehr alt. Wer überhaupt jemals die Aufforderung an Einzelpersonen, sich als Ich einer bestimmten Gemeinschaft, einem Wir, durch einen besonderen Schritt anzuschließen, historisch als Erster ausgesprochen hat, lässt sich kaum nachweisen. Sie dürfte aufgekommen sein, als die Teilung der Arbeit in der Gesellschaft ein [350:] Niveau erreicht hatte, auf dem nicht nur die spezifische Arbeit des Einzelnen für die jeweilige Gemeinschaft lebensbedeutend geworden war, sondern als es für das Leben in der Gemeinschaft insgesamt immer mehr darauf ankam, „was die vielen Einzelnen wollen“.¹ Von da an musste auch das Wollen und Tun des einzelnen, sich durch seinen Platz in der Gesellschaft von anderen unterscheidenden Individuums für die Gestaltung des Lebens einer Gemeinschaft auf bestimmte Weise beachtet werden. Schließlich kann eine Gemeinschaft nicht nur durch politische und/oder ökonomische Machtverhältnisse sowie durch juristische Regulative am Leben erhalten werden, sondern sie bedarf auch einer Reihe von Werten, die den Einzelnen für bedeutungsvolle Selbstverständlichkeiten menschenwürdigen Verhaltens gelten und allgemein akzeptiert werden. Ein solcher Wert ist die Gemeinschaftlichkeit, das Wir. Die Führung der SED und die Regierung der DDR bedienten sich insofern, als sie 1952 die allmähliche Überführung der Landwirtschaft in die Produktionsform Sozialistische Genossenschaft beschlossen, durchaus einer traditionellen Gepflogenheit.

Eigentlich bewegend war – wie stets in der Geschichte – die wechselseitige Frage danach, welche gesellschaftlichen Verhaltensqualitäten der Individuen erforderlich seien und wie das Gemeinwesen sie auch ermöglichen sollte, also nach der konkreten gesellschaftlichen Qualität jenes Wir. Beim Schritt *Vom Ich zum Wir* steht die bestimmte Gesellschaftlichkeit des Menschen im Wechselverhältnis von Individuum und Gesellschaft bzw. gesellschaftlicher Gruppe vorwiegend unter dem Wertaspekt im Blickpunkt. Hinter der formalen Forderung eines solchen Schrittes können durchaus sehr unterschiedliche konkrete gesellschaftliche Ausmaße und Qualitätsbestimmungen des Ich (Verwandter, Arbeits- bzw. Berufskollege, Mitglied einer Partei oder Organisation, Staatsbürger etc.) und des Wir (Gruppe, Staat, Nation, usw.) stehen. Das Wir wurde häufig in entfremdeter Bestimmtheit als den Menschen gegenüberstehendes, angeblich „Übergeordnetes Ganzes“ oder als höherwenige „Allgemeinheit“ dargestellt, durch die der ihr zugehörige Einzelne „aufgewertet“ werde. Dabei erscheinen ihre Forderungen meistens als Verlangen nach einem „Opfer“ des Individuums „im höheren Interesse“. Oft wurde nur eine Seite der Persönlichkeit angesprochen. Im Individualismus erscheint umgekehrt der Wert weniger Einzelner für die Gemeinschaft zumeist als elitärer Status „gegenüber“ der Gemeinschaft. Negativ wird das Wertverhältnis als mangelnder bzw. „Un-Wert“ von Individuen oder [351:] Gruppen für die Gemeinschaft interpretiert, oder die Gemeinschaft erscheint entweder als „Fessel“ der „freien Entfaltung des Einzelnen“ oder als „melkende Kuh“ für Individuen.

Nach den im nationalsozialistischen „Dritten Reich“ gemachten geschichtlichen Erfahrungen mit dem faschistischen Wir waren Bedenken hinsichtlich eines neuerlich geforderten Schrittes *Vom Ich zum Wir* durchaus begreiflich. Viele Bauern oder gar Landarbeiter waren dank der Bodenreform gerade selbstständig geworden. Der bestimmende Grund ihres Zögerns hinsichtlich eines LPG-Eintritts war zweifellos die Eigentumsfrage, nicht allein als Frage des „Habens“, sondern vor allem auch als Frage selbstbestimmten Handelns.

¹ Vgl. Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: MEW, Bd. 21, Berlin 1962, S. 297.

Was war an dieser Aufforderung, den Schritt *Vom Ich zum Wir* zu gehen, in der DDR substanziell neu und anders als in der bisherigen Geschichte? Zweifellos war die Losung angesichts der industriellen Entwicklung, die auch für die sozialistische Gesellschaft vorgesehen war, zeitgemäß. Die Arbeit hat sich in der Gesellschaft immer verschieden organisiert und geteilt, je nach den Mitteln, über die sie verfügte.² Die gesellschaftliche Aufgabe, eine in ihrem spezifischen Sinn industriell arbeitende Großlandwirtschaft sozialistischen Charakters zu schaffen, schloss die Herausbildung von Verhältnissen ein, unter denen Bauern Bauern bleiben und sich dabei selbst zu genossenschaftlichen Landwirten in der Großproduktion entwickeln konnten.

Die Besonderheit dieses Prozesses bestand darin, dass er den Einzelnen nicht in einseitiger Beziehung erfasste. Er war als historische Wandlung vom privat produzierenden Ich zum sozialistischen Wir zugleich ein Schritt zu einer geschichtlich neuen gesellschaftlichen Qualität auch des Ich, der einzelnen Persönlichkeit als ganzer. Das wurde zwar so theoretisch zugespitzt nicht ausgedrückt, findet sich aber in allen Verlautbarungen zu Gründung und Entwicklung der LPG von Anfang an der Sache nach dargestellt: Programmatisch galt das Prinzip der strikten Freiwilligkeit beim Übergang zur Genossenschaft. Die Bauern legten auf demokratische Weise das eigene Statut fest, bestimmten den Typ ihrer LPG und hatten Teil an deren Entscheidungen. Dem lag geistig teilweise die Persönlichkeits- und Gesellschaftstheorie von Marx zugrunde, der die unvermittelte Gegenüberstellung von abstrakt aufgefasstem Individuum und ebenso abstrakt betrachteter Gesellschaft zu vermeiden forderte: „Das Individuum ist das gesellschaftliche Wesen.“³ Die Besonderheiten seiner Persönlichkeit machen es „zum wirklichen individuellen Gemeinwesen.“⁴ [352:] Zugleich ist ihm die Gesellschaft, „welches immer ihre Form sei“, das „Produkt des wechselseitigen Handelns der Individuen“ unter bestimmten materiellen Bedingungen und geistigen Voraussetzungen.⁵ Sind die Individuen damit generell als individuelle Subjekte aller Gesellschaft zu begreifen, so wurden auch die Bauern im Hinblick auf die LPG-Bildung als die individuellen Subjekte, die Herren der Genossenschaft und ihrer Verfassung verstanden. Ausdrücklich wurde dabei auf die „Unzulässigkeit der Anwendung irgendeines Zwanges auf die Bauern“ hingewiesen.⁶

Die Entwicklung der genossenschaftlichen Produktionsweise wurde – mit zeitlich sich wandelnden Akzentsetzungen – nicht eng technizistisch aufgefasst, sondern als grundlegende Wandlung in der bäuerlichen Lebensweise überhaupt begriffen: Agrarwissenschaft und große Technik in der Genossenschaft erforderten nicht nur entsprechende Qualifikationen, sondern umfassende Bildung der Persönlichkeit. Besonders betont wurden stets die sich wandelnden Daseinsbedingungen für die Bäuerinnen sowie die historisch neue Rolle der Frauen als gleichberechtigte Mitglieder der Genossenschaft. Kulturhäuser und Kindertagesstätten waren neue Errungenschaften für die Menschen im Dorf. Im Laufe der widerspruchsvollen geschichtlichen Entwicklung der Genossenschaften wurde es erstmals in der Geschichte möglich, dass Bäuerinnen und Bauern sich leisten konnten, Urlaub zu genießen. Allmählich schälte sich in der immer deutlicher Gestalt annehmenden neuen Lebensweise auch praktisch die Einsicht heraus, dass dieser Schritt *Vom Ich zum Wir* in der Konsequenz eben auch ein Schritt von einer historischen Qualität der Persönlichkeit zu einer neuen war. Das setzte sich als Tendenz durch mit vielen Problemen und Konflikten, die teils „hausgemacht“, allzu häufig jedoch durch abenteuerliche technische oder/und wirtschaftliche Projekte der „Partei- und Staatsführung“ verursacht waren.

² Vgl. Karl Marx: Das Elend der Philosophie. In: MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 149.

³ Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844). In: MEW/EB I, Berlin 1968, S. 538.

⁴ Ebenda, S. 544.

⁵ Karl Marx: Brief an Pawel Wassiljewitsch Annenkow, 28. Dezember 1846. In: MEW, Bd. 27, Berlin 1963, S. 452.

⁶ Vgl. Walter Ulbricht: Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Berlin 1958, S. 453.

[353:]

Schwerter zu Pflugscharen

Von Dieter Kraft

Vor fast 3000 Jahren lebten im Südreich des alten Israel, in Juda, zwei Männer, die sich als Propheten einen Namen gemacht hatten. Sie gehörten nicht zu jenen offiziellen und staatlich hochgeschätzten Funktionären, die im Jerusalemer Tempel nationale Heilsprophetien verkündeten. Die beiden waren bei den Herrschenden eher unbeliebt, denn ihre Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen war radikal und schonungslos, und ihr politischer Rat negierte die machtpolitischen Optionen des Königshauses.

Ein Teil ihrer Reden und Sprüche sind uns in der Hebräischen Bibel, dem Alten Testament, erhalten geblieben, überliefert als Buch des Jesaja, das mit der Tradition zu den vier „großen Propheten“ gerechnet wird, und als Buch des Micha, das unter den zwölf „kleinen Propheten“ seinen Platz gefunden hat. Über die Redaktion dieser beiden Prophetenbücher wissen wir im einzelnen nicht besonders viel. Nicht alle Texte stammen von den beiden Propheten, manche sind erst später hinzugefügt worden, und auch die Komposition des Ganzen durchlief eine längere Geschichte. Sicher aber ist, dass Jesaja und Micha Zeitgenossen waren.

Um 765 v. Chr. geboren, fällt Jesajas Wirken ungefähr in die Jahre zwischen 740 und 700 v. Chr. In dieser Zeit tritt auch Micha auf. Während Jesaja wahrscheinlich zur Jerusalemer Aristokratie gehört, kommt Micha aus bäuerlichen Kreisen, aus Moreshet, westlich von Hebron. Beide werden zu Zeugen eines katastrophalen Ereignisses: 721 v. Chr. erobert der assyrische König Sargon II. Samaria, die Hauptstadt des israelitischen Nordreiches, das zuvor bereits durch Tiglatpileser III. erheblich dezimiert worden ist. Ein Teil der Bevölkerung wird deportiert, fremde Siedler und Verwalter übernehmen das Land; als Staat hört das Nordreich auf zu existieren.

Obwohl Jesaja und Micha unterschiedlichen sozialen Schichten angehören, in ihrem Urteil stimmen sie überein: Dieser Untergang ist nicht nur Folge einer verfehlten Außen- und Bündnispolitik, er ist vor allem dem Zustand einer Gesellschaft geschuldet, deren soziale Widersprüche das Land zerrissen haben. Wo Reichtum sich von Armut nährt, wo also Unrecht und Rechtlosigkeit regieren und die Gier nach Macht und Besitz sich mit Gewalt und Unterdrückung verbündet, da kann kein Gemeinwesen auf Dauer Bestand haben. [354:] Auch dem Südreich, Juda, sagen die beiden Propheten ein solches Ende voraus, denn auch Jerusalem ist zu einem Ort des Unrechts und der Ungerechtigkeit geworden. Seine Reichen sind „eine Bande von Dieben“ (Jesaja 1,23), ihre „Hände sind voller Blut“ (Jes. 1,15), ihre „Häuser sind voll von dem“, was sie „den Armen geraubt haben“ (Jes. 3,14). „Sie wollen Felder haben und reißen sie an sich, sie wollen Häuser haben und bringen sie in ihren Besitz.“ (Micha 2,2) „Sie fressen mein Volk auf, sie ziehen den Leuten die Haut ab und zerbrechen ihnen die Knochen“ (Mi. 3,3). Sie erbauen „Zion mit Blut und Jerusalem mit lauter Unrecht“ (Mi. 3,10).

Die Unheilsverheißung der beiden Propheten findet ihre Erfüllung. Im Jahre 587 v. Chr. zerstört Nebukadnezar Jerusalem und hebt das davidische Königtum auf. Juda wird eine Provinz des neubabylonischen Reiches, die staatstragenden Schichten werden nach Babylonien deportiert.

In dieser Zeit des babylonischen Exils entstehen nun verschiedene Bücher und Schriften, die den Untergang Israels und Judas reflektieren. Sehr wahrscheinlich gehört dazu auch jener Text, der die Wendung *Schwerter zu Pflugscharen* enthält. Er stammt also weder von Jesaja noch von Micha, aber offensichtlich wurde er so populär, dass er im Verlauf der Redaktionsgeschichte Eingang gleich in beide Prophetenbücher gefunden hat. Der Text steht jetzt in Jes. 2, 2-4 und Mi. 4, 1- 3: „In der Späte der Tage wird es geschehen: Der Berg mit dem Haus des Herrn steht fest gegründet als höchster der Berge; er überragt alle Hügel. Zu ihm strömen alle Völker./Viele Nationen machen sich auf den Weg; sie sagen: Kommt, wir ziehen hinauf zum Berg des Herrn und zum Haus des Gottes Jakobs. Er zeigt uns seine Wege, auf seinen Pfaden wollen wir gehen. Denn von Zion kommt die Weisung des Herrn, aus Jerusalem sein Wort./Er spricht Recht im Streit der Völker, er weist (Jesaja: viele/Micha: mächtige) Nationen zurecht. Dann schmieden sie Schwerter zu Pflugscharen und Winzermesser aus ihren Lanzen. Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg.“

Dieses Hohelied des Friedens dürfte ursprünglich gesprochen, vielleicht auch gesungen worden sein von jenen Exilanten, die ihre Sehnsucht nach Rückkehr mit der Hoffnung auf ein neues und erneuertes Jerusalem (= Zion = Berg des Herrn) verbinden. Dabei denken sie nicht an eine bloß äußere Restitution der Stadt und des Tempels; und schon gar nicht reden sie von künftiger Rache und Vergeltung. Wenn das neue Jerusalem dem Schicksal des alten [355:] entgehen will, dann muss der Neuanfang von einer radikalen Veränderung getragen sein.

Wie grundsätzlich diese zu sein hat, das zeigt der grandiose Wechsel der Perspektive: Zogen die „Völker“ einst nach Jerusalem, um es zu vernichten; so kommen sie jetzt, um sich im Recht unterweisen zu lassen.

Die Redakteure der beiden Prophetenbücher haben den Text in das Jesaja- und in das Micha-Buch später so eingebaut, dass seine Aussage durch die Kontexte eine spezifische Verstärkung und Entfaltung erhält. Jetzt zielt er, eingebettet in prophetische Klagen, Anklagen und Gerichtsdrohungen, auf einen Frieden, der die Frucht eben jener Gerechtigkeit ist, die von den Herrschenden in Israel und Juda geschändet wurde. Das soll heißen: Eine begründete Hoffnung auf Frieden beginnt mit der tatsächlichen Hinwendung zur Gerechtigkeit; die Friedensverheißung gilt, wo „Recht und Gerechtigkeit“ herrschen, „jetzt und für alle Zeiten“ (Jes. 9,6). Dieser höchst realpolitische Gedanke erfährt eine ebenso realpolitische Universalisierung: Weltfrieden wird es nur geben als Folge einer der Gerechtigkeit verpflichteten Rechtsgemeinschaft aller Völker, einschließlich der „mächtigen Nationen“, der Großmächte. *Schwerter zu Pflugscharen* steht hier also nicht als ein Imperativ, wie oft, aber fälschlich unterstellt wird, sondern als ein Indikativ, der die Verwirklichung von Recht und Gerechtigkeit zur Bedingung hat. Damit sind drei fundamentale und bis heute gültige Erkenntnisse ausgesprochen:

1. Krieg ist kein unabwendbares Naturereignis, sondern eine Folge gesellschaftlichen Unrechts.
2. Ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse können und müssen überwunden werden.
3. Auf Dauer kann Frieden ohne gesellschaftliche Gerechtigkeit nicht geschaffen werden, denn die Gerechtigkeit ist das Fundament des Friedens.

Im Fortgang der Geschichte Israels wurden diese Erkenntnisse ebenso selten festgehalten wie in der Geschichte der christlichen Kirchen. Bereits im Alten Testament selbst finden wir eine kategorische Umkehrung. Der nachexilische (Kult-)Prophet Joël fordert (im 4. Jh. v. Chr.) eine militärische Abrechnung mit Israels Feinden und ruft seinen Landsleuten zu: „Schmiedet Schwerter aus euren Pflugscharen und Lanzen aus euren Winzermessern!“ (Joël 4, 10). Ein martialischer Imperativ, der in vielfältiger Gestalt später auch für das so genannte christliche Abendland bestimmend werden sollte.

[356:]



1959



2001

Wohl nicht zufällig war es ein dezidiert säkularisierter, ein sozialistischer Staat, der am Ende des zweiten Jahrtausends n. Chr. Dem Hohenlied des Friedens ein Denkmal setzte. Der sowjetische Bildhauer Jewgeni Wiktorowitsch Wutschetitsch (1908-1974) schuf 1957 die berühmt gewordene Bronzeskulptur *Schwerter zu Pflugscharen*. Die Regierung der UdSSR machte sie den Vereinten Nationen 1959 zum Geschenk. Das Kunstwerk steht noch heute vor dem UNO-Hauptquartier in New York und erinnert auf seine Weise gerade auch daran, dass wirkliche Friedenspolitik ihre Wurzeln in gesellschaftlichen Verhältnissen hat, die die Voraussetzungen für eine Überwindung gesellschaftlicher Ungerechtigkeit bieten.

Ausgerechnet diese Skulptur wurde von jenen DDR-Oppositionellen funktionalisiert, die sich Anfang der 80er Jahre als „kirchliche Friedensbewegung“ firmierten. Sie ignorierten nicht nur die zahlreichen Abrüstungsinitiativen der UdSSR und des Warschauer Vertrages (und die biblische Erkenntnis des fundamentalen Zusammenhangs von Frieden und gesellschaftlicher Gerechtigkeit), sondern sie versuchten in ihrer Kampagne *Schwerter zu Pflugscharen* und mit der Verbreitung eines die Skulptur abbildenden Aufnehmers zu suggerieren, dass auch der DDR Friedensbereitschaft erst abgerungen werden [357:] müsse. Als sie kaum zehn Jahre später auch als Teilnehmer des „Runden Tisches“ am Untergang der DDR mitwirken durften, war die Provokation bereits zur Farce mutiert: Einen Monat vor Aufnahme der „Zwei-Plus-Vier“-Gespräche über die Liquidierung der DDR legte der „Runde Tisch“ noch am 4. April 1990 den Entwurf einer neuen „Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ vor, in der es u. a. heißen sollte: „Das Wappen des Staates ist die Darstellung des Mottos ‚Schwerter zu Pflugscharen‘.“ Mit dem 3. Oktober 1990 hatte dann endgültig ausgedient, was als Schlachtruf eingeführt worden war und schließlich auch als Schlagwort obsolet wurde. Jubel brach aus in der „kirchlichen Friedensbewegung“ über das Ende des ersten deutschen sozialistischen Staates. Und kaum zehn Jahre später ging auch von deutschem Boden wieder Krieg aus.

Europa: Familie? Haus? Festung?

Von Kurt Pätzold

Europa- ein politisches Schlagwort? Ein Schlachtruf gar? Nicht nur oder in allererster Linie eine geografische Bezeichnung für den „alten Kontinent“? Selbst bei flüchtigem Blick in die Geschichte zeigt sich, in wie vielen Verbindungen und Variationen der Name, den der Erdteil mit der sagenhaft Schönen teilt, die Zeus in der Gestalt eines Stieres raubte und nach Kreta entführte, den verschiedensten Interessen diente. Der Bogen vielfach bildhafter Verwendungen, denkt man nur an geschichtlich jüngste und aktuelle, spannt sich von der „europäischen Familie“ zum „europäischen Haus“, von der „Nation Europa“ zur „Festung Europa“. Nie waren Staatsmänner und andere Politiker verlegen, wenn es darum ging, begrenzte eigene Interessen mit dem Anspruch zu verbinden, Europa zu dienen. Wandten sie sich Angelegenheiten des Erdteils zu, fanden sie für ihr Tun klangvolle Namen. Als sich die Großmächte des Kontinents nach dem Sieg über Napoleon auf ihr Vorgehen verständigten, wurde der Name „europäisches Konzert“ geprägt. Als der Graf Richard Nicolas Coudenhove-Kalergi in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts für einen Zusammenschluss Europas ohne und gegen die Sowjetunion warb, berief er sich auf die „europäische Seele“. Nun sind Gebrauch und wird Missbrauch des Namens des vorwiegend von „Weißen“ bewohnten Kontinents für [358:] politische Zwecke kein europäisches Spezifikum. „Asien den Asiaten“ lautete der Kampfruf, mit dem die Japan er, Hass gegen die Kolonialherren ausnutzend, sich auf den Kriegspfad begaben, um andere Asiaten zu unterwerfen.

Charakteristisch ist, dass mit der Anrufung von Europa im Munde von Politikern nur selten der ganze Kontinent gemeint war. (Den bezeichnete der Begriff auch in seiner ursprünglichen, in der Wende vom 7. zum 6. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung aufgekommenen Anwendung bei weitem nicht. Er galt dem festländischen Griechenland zur Unterscheidung zur Peloponnes und zu den Ägäis-Inseln und erst über mehrere Stufen gewann er im Verlauf der Geschichte seine heutige geografische Bedeutung.) Von Klemens Lothar Fürst von Metternich, Österreichs Außenminister und Staatskanzler, wird ein Wort überliefert, demzufolge für ihn schon wenig außerhalb des Stadtkerns von Wien, an der Landstraße, „Asien“ begann. Und Asien, das waren im geschichtlichen, eher von Sagen und Legenden geprägten Gedächtnis der Europäer die Mongolen und Hunnen, Dschingis Khan und wilde, mörderische Horden aus der Steppe. Nicht nur dem Politiker am Wiener Hofe, damals noch das Zentrum einer europäischen Großmacht, verknüpfte sich die Vorstellung von Europa mit Überlegenheit, Kultur und Zivilisiertsein. Jenseits davon lag etwas Fremdes, allenfalls etwas, was Europa erst werden wolle, wobei Europäer entscheiden würden, ob sie die Hinzutretenden als ihresgleichen akzeptieren wollten und unter welchen Bedingungen. Derlei Haltungen sind kaum gewandelt bis auf den heutigen Tag anzutreffen, so wenn Russland mit der Forderung aus dem Kontinent ausgesondert wird, es müsse sein Verhältnis zu Europa klären.¹

Nun gab es im geografischen Raum Europa, der im Westen mit den irischen Inseln beginnt und im Osten bis zum Ural reicht, sich nach Norden bis in den Polarkreis ausdehnt und im Süden die Mittelmeerinseln Kreta und Zypern einbegreift, höchst unterschiedliche gesellschaftliche Zustände, politische Systeme und Lebensumstände. Es war Alexander Puschkin, der in seiner Verserzählung „Der eiserne Reiter“ 1834 dem Zaren Peter I., der auf Reisen weite Teile des Kontinents kennen gelernt hatte, die Worte in den Mund legte: „Von der Natur ist es uns hier beschieden, das Fenster nach Europa aufzustoßen.“ Der Ort, an dem das geschehen sollte, meinte St. Petersburg, das keinem anderen Kontinent zugerechnet werden konnte als eben dem „alten“. Und wer ein Fenster erst aufstoßen musste, für den [359:] galt, dass er ein geöffnetes bis dahin nicht besaß. Kurzum: die geografischen und die politischen Vorstellungen und Verwendungen des Begriffs fielen schon vor Zeiten auseinander und das tun sie bis heute, so dass, wer von Europa spricht und sich nicht selbst erklärt, gefragt zu werden verdient, was er denn meint. Und das umso mehr, als der Kampfruf *Europa* oft genug zur Tarnkappe diente.

¹ Zbigniew Brzeziński: Vom Protektorat zum globalen Partner, Die Rolle Europas in der Weltpolitik von morgen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.11.1997, S. 15.

Früh verbanden sich Zukunftsprogramme für Europa mit der Idee des Friedens. Für manche gilt das nur eingeschränkt. Die 1923 ins Leben gerufene Paneuropa-Bewegung, die Graf Coudenhove-Kalergi begründete und in der sich bürgerliche Kreise engagierten, richtete sich auf ein vereinigtes Europa ohne Großbritannien und die Sowjetunion. Die Arbeiterparteien in vielen Ländern sahen sich nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges als Vorkämpfer für einen Kontinent ohne Krieg. Doch vermochten ihre internationalen Zusammenschlüsse, in erster Linie die der Sozialdemokraten und der Kommunisten, sich nicht auf gemeinsame nachhaltige Initiativen zu verständigen. Eine Friedensbewegung, die Kriegsprojekte ernsthaft in Frage gestellt, Militarismus und erneute Hochrüstung eingeschränkt haben würde, kam nicht zustande, obwohl es nicht an prominenten Rufnern fehlte, die danach verlangten.

Niemandem hat die Losung Europa mehr dazu gedient, eigene Ziele zu verbergen als den Politikern, die 1933 in Deutschland in den Besitz der Staatsmacht gelangten. Ihnen galten die Nationalen und Völker des Kontinents – soweit sie sich nicht als Verbündete mobilisieren ließen, und selbst dann noch – als bloße Instrumente, Rivalen, Konkurrenten, Feinde und künftige Arbeitssklaven. Aber zunächst stellten sie sich den Europäern als Wall gegen den Bolschewismus dar und versicherten, der Nationalsozialismus sei keine Exportware und jeder nahe oder ferne Nachbar solle nach seiner Fassung selig werden. Dann überzogen sie den Erdteil mit Krieg. Europa wurde ein Objekt ihrer Eroberung, Unterwerfung und Ausbeutung. Und ihre Träume reichten noch weiter. Vor der Frühjahrsoffensive 1942 notierte sich Goebbels: „Der Strich zwischen Asien und Europa ist ganz willkürlich gezogen. Vielleicht tritt doch noch einmal ein großer Teil Asiens zu Europa hinzu, und dann können wir hier eine Art von Eurasien bilden.“² Im Herbst 1942, als die Wehrmacht an die Grenzen des Kontinents zu gelangen schien – zum Manytsch und an den Kaspischen See-, beschwichtigte der Reichspropagandaminister Goebbels jedoch die Volksgenossen, die sich mit der geografischen Karte der UdSSR bekannt gemacht hatten: „Wir haben nicht die Absicht, nach [360:] Sibirien zu marschieren „, und erklärte, er wolle der „ganzen Kriegszielforderung der deutschen Nation eine andere Nuance“ geben. Nun bezeichnete er es offen als das Ziel Deutschlands, „als kontinentale Macht Europa unter seine Botmäßigkeit zu bringen und von der europäischen Basis aus sich ein Weltreich anzueignen!“ Und weiter: „Jetzt wollen wir die Weizenfelder am Don und Kuban besitzen und wollen damit die Hand auf dem Brotbeutel Europas haben! Wir wollen jetzt die Ölquellen und die Eisen und Kohlen- und Manganlager besitzen. Wir wollen uns einen eigenen kolonialen Besitz auf europäischem Raum beschaffen ...“

Die „neue Nuance“ bestand in der Absage an den Anspruch, Europa vor dem Bolschewismus zu bewahren: „Wenn es nur um Europa ginge, so würden wir Europa seine Rettung gern selbst anvertrauen.“³ Und wenige Tage zuvor, am 1. November, hatte der Minister in einem Artikel „Der Krieg als soziale Revolution“ behauptet, durch ihn würde eine neue bessere Welt entstehen und „neue Weltreiche“, gemeint waren diejenigen Deutschlands, Japans und Italiens, geschaffen werden. Mitunter wurden die nackten imperialistischen Ziele noch verbrämt, so wenn davon geschrieben wurde, das „täglich Brot“ oder „Kohle, Eisen, Mangan, Gummi, Öl und noch einiges andere“ seien notwendig, um „sich gegen jede Bedrohung zu wappnen“. Doch dann verriet die Metapher „wir wollen auch einmal ernten“ wieder, mit welchem Ziel der Krieg eigentlich geführt wurde.⁴ Schon da, der Feldzug des Sommers 1942 hatte seine Ziele verfehlt, aber die Einschließung der 6. Armee unter Friedrich Paulus stand erst noch bevor, beschrieb Goebbels äußerst nebelhaft „Die Vision eines neuen Europa“ und faselte von der „uns vorschwebenden europäischen Solidarität“. Dass ihm seine neue Rolle selbst

² Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte hg. v. Elke Fröhlich, Teil II, Diktate 1941-1945, Bd. 3: Januar-März 1942, München 1994, S. 549, Eintragung vom 25.3.1942.

³ Joseph Goebbels: Rede auf einer Kundgebung der NSDAP in Wuppertal am 17. November 1942. In: Goebbels Reden 1939-1945, Bd. 2. Hg. v. Helmut Heiber, Düsseldorf 1972, S. 134 und 136.

⁴ Die Zitate entstammen sämtlich Aufsätzen des Propagandaministers. Zit. Nach Joseph Goebbels: Der steile Aufstieg. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1942/43, München 1944, S. 58, 60, 72, 75.

grotesk vorkam, ließ sich dem Satz ablesen: „Es mag absonderlich erscheinen, aus unserem Munde den Ruf zur europäischen Solidarität zu vernehmen.“⁵

Es verging kein Vierteljahr und Goebbels verkündete den Kampf um Europa schriller denn je. Das geschah, zwei Wochen nachdem die Reste der von Friedrich Paulus befehligten 6. Armee in Stalingrad kapitulieren mussten. Schon am 30. Januar, anlässlich einer Veranstaltung zum 10. Jahrestag der Bildung der Hitler-Regierung, hatte er den Krieg im Osten einen „Vernichtungskampf gegen den Bolschewismus“ und eine „gigantische Auseinandersetzung um das Schicksal Europas – ja das ganzen zivilisierten Abendlandes“ genannt.⁶ Das war das Vorspiel. In der wegen der „Befragung“ der Versammelten nach [361:] ihrer Bereitschaft zum „totalen Krieg“ im Gedächtnis vieler Zeitgenossen haften gebliebenen Kundgebung am 18. Februar 1943 malte der Demagoge, sich unausgesetzt wiederholend, Schreckensbilder von Europas Zukunft, falls die Wehrmacht den „Aufstand“ und den „Aufruhr der Steppe“, den „Ansturm des Ostens“ nicht aufhalte, der eine „Lebensbedrohung ... für alle europäischen Mächte“ darstelle und hinter dem das „Judentum“ stecke. *Europa* drohe dann „bolschewistisches Chaos“, „Chaotisierung“ und „Anarchie“, den Europäern das Nahen der „Roboter-Divisionen“ und der „Liquidationskommandos“, mit ihnen Hunger, Elend, Zwangsarbeit. Die Wehrmacht kämpfe für den „ehrwürdigsten Erdteil“, für die „abendländische Menschheit“.⁷ Ähnliches hatte bereits Ende 1941 der Kommandeur der Waffen-SS Division „Wiking“ in einem Tagesbefehl an die Soldaten behauptet, die sich in den eroberten Staaten als Freiwillige hatten anwerben lassen: „Unser Ziel ist die gerechte Ordnung in einem freien Europa ...“⁸ Da schon war *Europa* als Kampf um wieder entdeckt worden. Nun versuchte die Propaganda die fortschreitende Krise des eigenen Regimes und seiner Besatzungsherrschaft in eine „Krise Europas“ umzufälschen. Goebbels schrieb gar von einer „materiellen und geistigen Krise Europas“, um die Zahl und die Aktivität der profaschistischen und anderen Kollaborateure zu vermehren.⁹ In der deutschen Propaganda entstand nun der Begriff von der „Festung Europa“. Auf sie habe mit der Landung der Alliierten auf Sizilien im Sommer 1943 der Angriff begonnen. Freilich: die Mehrheit der Europäer wollte derartige Kampf- und Trutzrufe nicht vernehmen. Sie hörte erleichtert die Kunde „Stalingrad“. Daran knüpfte sie ihre Hoffnungen.

Zunächst dominierte nach 1945 der Gedanke, im geschundenen Europa eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen. In den Staaten der Antihitlerkoalition waren Ideen und Pläne über ein „vereinigtes Europa“ gehegt worden. Doch trat angesichts der widerstreitenden Interessen alsbald die Frage in den Vordergrund, wer die Führung dieses Prozesses übernehmen und wie Europas neue Ordnung beschaffen sein solle. Winston Churchill, inzwischen Privatier, sprach während einer Rede in der Schweiz 1946 von der „europäischen Familie“ und offerierte die führende und gestaltende Rolle den miteinander noch zu versöhnenden Nachbarn Frankreich und Deutschland.¹⁰ Vier Jahre später, der Kalte Krieg verfestigte sich durch den in Korea geführten Krieg unter direkter Beteiligung der USA und Chinas, erhielt der erste, schließlich am 30. August 1954 in der fran-[362:]zösischen Nationalversammlung gescheiterte Versuch eines politisch-militärischen Zusammenschlusses, den gemessen an der Zahl der gedachten Teilnehmerstaaten (Frankreich, Italien, die Benelux-Staaten und die Bundesrepublik) anmaßenden Namen Europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Politisch wurde die Bezeichnung Europa in den folgenden Jahrzehnten für die kapitalistisch geordneten Staaten des Erdteils gleichsam okkupiert. Die Vielzahl der zwischen ihnen entstandenen Verträge und die gemeinsam gebildeten überstaatlichen Organe schmückten sich mit den Kennzeichnungen Europa oder europäisch. Jenseits, östlich davon, lag der „Ostblock“, dessen Staaten ihrerseits

⁵ Die Vision eines neuen Europa, 11. November 1942. Ebenda, S. 63 ff. Hier: S. 67 und 69.

⁶ Rede im Berliner Sportpalast am 18.2.1943, S. 163.

⁷ Ebenda, S. 163, 177 ff. und 182 f.

⁸ Tagesbefehl vom 31.12.1941. Wortlaut bei Felix Steiner: Die Freiwilligen. Idee und Opfergang, Göttingen 1958, S. 68.

⁹ Joseph Goebbels: Die Krise Europas, 28. Februar 1943. In: Der steile Aufstieg, S. 205 ff; hier 211.

¹⁰ Rede Winston Churchills am 16. September 1946 in Zürich. Zit. nach Curt Gasteyer: Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945 bis 1993 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 321), Bonn 1994, S. 39 f.

ähnliche Bezeichnungen mieden. In den 80er Jahren gewann durch den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Michael Gorbatschow das Bild vom „gemeinsamen europäischen Haus“ eine gewisse Popularität. Es besaß Vorläufer, nicht nur in der sowjetischen Diplomatie.¹¹ Der Generalsekretär sprach von seiner Schöpfung so: „Dieses Bild fiel mir einmal während eines Gespräches ein ... Kriege hatte (Europa – K. P.) mehr als genug geführt, Tränen waren reichlich geflossen. Es reicht jetzt! Wenn ich mir dieses leidgeprüfte Stück Erde ansah und über die gemeinsamen Wurzeln dieser so mannigfaltigen, aber im Grund einheitlichen europäischen Zivilisation nachsann, spürte ich immer deutlicher die Bedingtheit und Zeitweiligkeit der Zerreißung in Blöcke, den Archaismus des ‚eisernen Vorhangs‘ ...“¹²

Der sowjetische Politiker sprach gar von der „Philosophie der Konzeption des ‚gesamteuropäischen Hauses‘“, in dem niemand gegen seinen Nachbarn Gewalt anwenden oder auch nur androhen solle, und meinte mysteriös, es läge die Errichtung eines solchen Gebäudes in der „Logik der europäischen Entwicklung, die vom Leben selbst diktiert wird“.¹³ Zunächst gingen in der UdSSR sowjetische Diplomaten und Gesellschaftswissenschaftler daran, aus dem Bild ein Programm zu machen, das die Zusammenarbeit auf militärischem, wirtschaftlichem, ökologischem und kulturellem Gebiet umfasste und das Verhältnis Europas zu den anderen Teilen der Erde einschloss. Gorbatschow hatte das Zusammenleben in diesem Hause schon ausgemalt: „Allerdings ... möchten wir auch nicht, dass jemand die Türen zum europäischen Haus eintritt und sich in einer Wohnung, die ihm nicht gehört, an das obere Ende des Tisches setzt.“¹⁴ Später konnte er sich davon überzeugen, dass es nicht das „Leben“ war, das die Errichtung und Einrichtung dieses Hauses diktierte, sondern die von ihren [363:] Interessen geleiteten Sieger in einer Systemauseinandersetzung, die zwar die Sozialisten aus diesem Hause nicht vertreiben konnten, sie aber doch von dessen Gestaltung auszuschließen wünschten und das auch vermochten. Wo sie dabei auf Widerstand stießen wie auf dem Balkan, starb die schöne Idee vom Ende aller Gewaltandrohung und -anwendung rasch. 1999 wurde in Europa wieder Krieg geführt, gegen Jugoslawien, und wiederum im Namen der Herstellung eines schöneren Europa.

Das Bild, wonach der Osten des Kontinents in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts außerhalb Europas gelegen habe, beherrscht von einer außereuropäischen Supermacht, bis dahin gebraucht vor allem von den Schärfsten der Kalten Krieger, wurde nach 1990 auch von Osteuropäern benutzt. Vor dem Europarat in Strasbourg erklärte Polens Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki am 30. Januar 1990, sich auf Vorstellungen vom „gemeinsamen Haus“ beziehend und sie kommentierend, seine merkwürdig periodisierende Sicht auf die Geschichte so: 1945 habe Europa aufgehört zu existieren. Nun werde es wiedergeboren. Die Hälfte des Kontinents, die von ihrer ursprünglichen Lebensquelle abgeschnitten gewesen sei, wünsche nach Europa „zurückzukehren“.¹⁵ Wo befand sich denn diese Hälfte während mehr als vier Jahrzehnten? In Asien? Auch Václav Havel sprach von der „Rückkehr“ der Tschechen, Slowaken, Polen und Ungarn „nach Europa“.¹⁶ Derartige Geschichtsbilder rufen – unausgesprochen – sehr alte Vorstellungen wach, die aktuelle Interessen ausdrücken und bedienen, jeden nüchternen Blick in die Geschichte aber verstellen. Übrigens erwies sich diese so genannte Rückkehr im Kern als Übernahme der meist als soziale Marktwirtschaft verklärten kapitalistischen Zustände samt ihrer politischen Prinzipien und Institutionen. Der gegenwärtige Bau *Europa* geht ohne ein ideelles, kulturelles und soziales Konzept voran.

An die Stelle des Bildes vom „europäischen Haus“ trat in den neunziger Jahren, dieses verdrängend, ein anderes. Von den einen konzipiert und gebaut, von anderen abgelehnt und bekämpft, entsteht die „Festung Europa“, die auch eine Entgegensetzung zum „Europa der offenen Grenzen“ bildet. Offen

¹¹ So auch in einem Buchtitel: Franz Schnell: *Europa, Herr im eigenen Haus*, Köln 1973.

¹² Michael Gorbatschow: *Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt*, Berlin 1987, S. 250 f. Siehe auch: Ders.: *Das gemeinsame Haus Europas und die Zukunft der Perestroika*, Düsseldorf 1989.

¹³ Rede M. Gorbatschows vor dem Europarat, 6. Juli 1989, „Der gesamteuropäische Prozess kommt gut voran“. In: Ebenda, S. 425 f.

¹⁴ Ebenda, S. 268.

¹⁵ Rede M. Gorbatschows vor dem Europarat, a. a. O., S. 426 f.

¹⁶ Václav Havel: *Politik und Gewissen*. Hg. von Otfried Pustejovsky/Franz Olbert, München 1990, S. 75 u. 112.

sind oder geöffnet werden sukzessive diese Grenzen nur nach innen, für Mitgliedstaaten der Europäischen Union. An deren Außengrenzen gilt das Prinzip „Das Boot ist voll“. Menschen, die politisch oder aus so genannten geschlechtsspezifischen Gründen verfolgt werden, die vor den Verheerungen von Bürgerkriegen flüchten oder auch vor dem dauern-[364:] den Hunger und der Drohung des Hungertodes, wird es immer schwerer gemacht, nach Europa zu gelangen, während hochgradige Fachleute zum industriellen und wissenschaftlichen Ausbau der „Festung“ willkommen sind. An diesen Außengrenzen werden Hilfe suchende Menschen von Spanien bis Griechenland von dafür speziell ausgebildeten militärischen oder Polizeikräften gewaltsam abgewiesen. Nicht wenige gehen auf den abenteuerlichen Wegen und nicht selten als Opfer gewissenloser Schlepper zugrunde, bevor sie die Küsten Europas erreichen. Die Staaten im Osten des Kontinents, die jüngst Mitglieder der Union wurden oder es werden wollen, sollen wie Forts an den Rändern einer kontinentweiten Befestigungsanlage wirken und verhindern, dass Menschen auf dem Landwege nach Mittel- und Westeuropa gelangen. Unter denen, die das doch vermögen, gefasst und in Abschiebehaf genommen werden, fliehen Verzweifelte in den Selbstmord. Andere suchen Asyl bei kirchlichen Einrichtungen, das aus langer Tradition herrührt und in der Bundesrepublik vorerst noch respektiert wird. Gegen Widerstände setzt sich ein Eurozentrismus durch, der sich gegen die Masse der Armen abschirmt und zugleich die Armut in der Welt durch wirt-[365:]schafts-, handels- und kriegspolitische Maßnahmen sowie den Entzug von hochspezialisierten Arbeitskräften unausgesetzt vermehrt. Diese Strategie ist erkennbar fragwürdig geworden, seit der 11. September 2001 klagemacht hat, dass ein Auswurf der Armenhäuser der Welt imstande ist, die Zentren der Reichen mit terroristischen Mitteln zu erschüttern.

[390:]

Personenverzeichnis

- Abbe, Ernst S. 244
Abelshausen, Werner S. 72
Abendroth, Wolfgang S. 65, 68, 88
Abusch, Alexander S. 190, 243
Adenauer, Konrad S. 65, 67, 74, 75 f., 78 ff., 90, 161, 242, 244
Adorno, Theodor W. S. 230
Alexis, Willibald (eigtl. Wilhelm Häring) S. 276 ff.
Allemann, Fritz René S. 63 ff., 68 f.
Alzey, Volker von S. 295
Antonioni, Michelangelo S. 83
Apel, Hans S. 73 f.
Aplitz, Bruno S. 189, 213
Aquin, Thomas von S. 331
Arendt, Hanna S. 219
Aristoteles S. 328, 331
Arndt, Ernst Moritz S. 121, 264, 266 ff., 301
Augstein, Rudolf S. 229, 230
Augustinus, Aurelius S. 331
- Bacon, Francis S. 240
Balz, Bruno S. 134 ff.
Balzac, Honoré S. 240
Baring, Arnulf S. 230
Barlach, Ernst S. 177
Bartels, Adolf S. 302
Barzel, Rainer S. 93, 97
Basso, Lelio S. 83
Bauer, Otto S. 139
Bebel, August S. 317 f.
Becher, Johannes Robert S. 32, 172, 177 f., 243, 262, 315
Becker, August S. 319
Becker, Peter von S. 69
Behrens, Fritz S. 25
Bender, Peter S. 189
Beneš, Edvard S. 344
Béranger, Pierre-Jean S. 321
Bergengruen, Werner S. 247
Bethge, Ernst Heinrich S. 301
Bethmann Hollweg, Theobald von S. 277, 282, 288, 292
Biedenkopf, Kurt S. 211
Birthler, Marianne S. 219
Bismarck, Fürst Otto von S. 108, 239, 256, 269, 279, 285 ff., 292, 296, 310, 342
Bloch, Ernst S. 83, 332
Blücher von Wahlstatt, Gebhard Leberecht S. 99 ff.
Böhme, Helmut S. 56
Born, Max S. 75
Börne, Ludwig S. 175, 268
Bracher, Dietrich S. 145
Brandt, Willy S. 85, 93, 95
Brauchitsch, Walther von S. 127
Braun, Otto S. 67
Braun, Wernher von S. 244
Brecht, Bertolt S. 172, 177, 245, 316
Bredel, Willi S. 177
Breitscheid, Rudolf S. 329
- Brentano, Heinrich von S. 75
Brill, Hermann S. 67
Brüning, Heinrich S. 47, 67
Büchner, Georg S. 319
Büge, Emil S. 343
Bülow, Bernhard Graf, Fürst von S. 281, 287, 289 ff.
Burns, Robert S. 340
Busch, Wilhelm S. 130
Bush, George W. S. 228
Bykow, Pawel S. 55
Byrnes, James Francis S. 62
- Carstens, Karl S. 93
Carter, Jimmy S. 200
Cato, Marcus Porcius Censorius S. 328, 331
Cervantes, Miguel de S. 258
Chopin, Frederik S. 240
Chrennikow, T. N. S. 57
Chruschtschow, N. S. S. 29, 38, 43
Churchill, Sir Winston S. 59 ff., 167, 361
Cicero, Marcus Tullius S. 328, 331
Clausewitz, Carl v. S. 265
Collin, Joseph von S. 308
Cornelius, Peter S. 310
Coudenhove-Kalergi, Richard Nicolas Graf S. 357, 359
Cyrankiewicz, Józef S. 164
- Dahn, Felix S. 297
Davout, Louis Nicolas S. 274
Debord, Guy S. 82
Degeyter, Adolphe S. 323 f.
Degeyter, Julien S. 323
Degeyter, Pierre S. 322 ff.
Delory, Gustave S. 324
Derer, Ina S. 87
Diderot, Denis S. 123
Diederich, Franz S. 325
Dietrich, Marlene S. 134
Dimitroff, Georgi S. 47, 137 ff., 144 f.
Dirks, Walter S. 66
Dohlus, Horst S. 44
Dortu, Maximilian S. 256 f.
Drake, Sir Francis S. 114
Dregger, Alfred S. 93, 96
Dschingis Khan S. 358
Dunagewski, Julian, Ritter von S. 336
Dutschke, Rudolf S. 84, 86, 92
Dutt, Palme S. 144
- Eberlein, Hugo S. 47
Eben, Friedrich S. 54, 66, 311, 342
Eckart, Dietrich S. 297, 303
Ehrenberg, Herbert S. 234
Eichmann, Adolf S. 188
Einstein, Albert S. 244
Eisenhart, Wolfgang S. 301

- Eisenwerth, Karl Schmoll von S. 294
Eisler, Hanns S. 57, 243, 315 f.
Engels, Friedrich S. 17, 25 f., 35, 102, 177
Enzensberger, Hans Magnus S. 84
Erhard, Ludwig S. 70, 73, 165
Erhardt, Manfred S. 192
Ermisch, Luise S. 55
- Faust, Wilhelm S. 302
Fehrenbach, Konstantin S. 307
Finkelstein, Norman S. 230
Fischer, Joseph (Joschka) S. 68, 87, 231
Fischer, Kuno S. 331
Fisher, Sir John S. 117 f.
Flick, Friedrich S. 187
Fock, Gorch (eigentl. Johannes Kienau) S. 111, 117
Fontane, Theodor S. 257
Förster-Nietzsche, Elisabeth S. 110
Franck, Sebastian S. 247
Franco, Francisco S. J 69 f.
Frank, Alfred S. 177
Franz II. dt. Kaiser, (als österr. Kaiser: Franz I.) S. 271, 307
Franz Ferdinand von (österr. Erzherzog) S. 338
Freiligrath, Ferdinand S. 339 ff.
Freisler, Roland S. 222
Frey, Gerhard S. 65
Frick, Wilhelm S. 305
Fried, Alfred Hermann S. 337
Fried, Erich S. 84
Friedrich I., preußischer König S. 256, 331
Friedrich II. (der Große), preußischer König S. 112, 239, 252 f., 256, 308
Friedrich Wilhelm III, König von Preußen S. 100, 251, 258 f., 274
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen S. 268, 309 f., 340
Frings, Kardinal Josef S. 160
Fühmann, Franz S. 145
Fürnberg, Louis S. 32 ff., 37 ff.
Gaganowa, Walentina S. 55
Galilei, Galileo S. 211
Garbo, Greta S. 134
Garibaldi, Guisepe S. 158
Gauck, Joachim S. 219
Geibel, Emanuel S. 279 ff., 294
Geißler, Max S. 302
Gellius, Aulus S. 328
Genscher, Hans-Dietrich S. 93
Giers, Nikolai S. 288
Giordano, Ralph S. 184
Globke, Hans S. 65 f., 77
Gluschkow, V. M. S. 30
Gneisenau, August Graf Neidhardt von S. 102 f., 253, 265
Goebbels, Joseph S. 59 f., 128, 134, 136, 359 ff.
Goethe, Johann Wolfgang von S. 100, 107, 113, 264, 267, 270
Gollwitzer, Helmut S. 83
Gorbatschow, M. S. S. 58, 181, 201, 362
Göring, Hermann S. 124, 298, 304, 346, 348
Gorki, M. S. 176
- Gramsci, Antonio S. 139
Grass, Günter S. 85
Grave, Jan Albert de S. 251
Greiffenhagen, Martin S. 94
Grewe, Wilhelm S. 348
Grosz, George S. 176
Grotewohl, Otto S. 41, 43, 164, 178
Grundig, Hans S. 177
Grundig, Lea S. 177
Guderian, Heinz S. 158
Guevara, Che S. 86
- Habermas, Jürgen S. 70
Haffner, Sarah S. 84
Haffner, Sebastian S. 84
Hager, Kurt S. 41, 58
Hahn, Otto S. 75
Halder, Franz S. 128
Hammann, Wilhelm S. 214
Haney, Gerhard S. 65
Hansen, Rolf S. 132
Hardenberg, Karl August von S. 259
Harich, Wolfgang S. 24
Hartewig, Karin S. 217
Harvey, David S. 234
Hatzfeld, Franz Ludwig, Fürst von S. 275
Hausser, Paul S. 155 f.
Havel, Václav S. 363
Haydn, Joseph S. 307, 311, 313, 316
Heartfield, John S. 176 f.
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich S. 264, 331
Hein, Christoph S. 182
Heine, Heinrich S. 11 2, 175, 248, 268
Heinemann, Gustav S. 75, 80
Heisenberg, Werner S. 75
Heller, Hermann S. 225
Hentschel, Volker S. 73
Henze, Hans Werner S. 83, 86 f.
Herben, Ulrich S. 23 1
Herwegh, Georg S. 175, 269, 340 f.
Herzl, Theodor S. 336
Heß, Rudolf S. 297 f., 348
Heusinger, Adolf S. 152
Heuss, Theodor S. 67, 313
Heym, Stefan S. 180, 182
Hillgruber, Andreas S. 152
Hilpert, Werner S. 214
Himmler, Heinrich S. 121, 125, 130, 149, 155
Hinckeldey, Karl Ludwig Friedrich von S. 276
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von S. 120
Hirschfeld, Magnus S. 135
Hitler, Adolf S. 36, 47 f., 65, 67, 75, 77, 91, 110, 120, 122 ff., 128, 130, 139 f., 142, 144, 148 ff., 155, 158, 184 f., 187, 189, 269, 289, 292, 297, 303 f., 313, 343, 345, 360
Ho Chi Minh S. 81, 83 f., 86, 88
Hobbes, Thomas S. 331
Hobsbawn, Eric J. S. 83
Hockauf, Frida S. 20
Hoegner, Wilhelm S. 79
Hoffmann von Fallersleben, August Heinrich S. 307 ff., 316

- Hoffmann, Frieda S. 53
Hoffmann, Kurt S. 69 f.
Hoffmann, Lutz S. 202
Holberg, Hanna S. 131
Hölderlin, Friedrich S. 263
Hölty, Christoph Heinrich S. 254, 257
Honecker, Erich S. 21 f., 25, 31, 43, 50, 58, 95, 262
Höntsch-Harendt, Ursula S. 167
Hörnigk, Philipp Wilhelm von S. 308
Höss, Rudolf S. 344
Hrdlicka, Alfred S. 299
Huffschnid, Jörg S. 236
Hugenberg, Alfred S. 139, 187, 301
Huggenberger, Josef S. 302
Humboldt, Alexander von S. 252
- Jackson, Robert S. 345
James, Harold S. 234
Janka, Walter S. 24
Jansen, Werner S. 296
Jary, Michael S. 134 ff.
Jaspers, Karl S. 80, 222
Joel, Manuel S. 355
Jünger, Ernst S. 110
Justinian, Flavius Petrus Sabbatius S. 327 f.
- Kahle, Maria S. 283
Kaienburg, Hermann S. 214
Kaiser, Jakob S. 80
Kaltenbrunner, Gerd-Klaus S. 94
Kant, Immanuel S. 265, 331
Karl Wilhelm Ferdinand, Herzog von Braunschweig-Lüneburg S. 274
Karl, österr. Erzherzog S. 119
Katharina II., die Große, Kaiserin von Russland S. 123
Kaufmann, Arthur S. 330
Keller, Gottfried S. 283
Kempner, Robert M. W. S. 154
Kerbel, Lew S. 50
Kershaw, Ian S. 221
Keynes, John Maynard S. 236
Kiesinger, Kurt Georg S. 91
Kipp, Otto S. 212
Klemperer, Victor S. 212
Knütter, Hans-Helmuth S. 217 f., 231
Kogon, Eugen S. 66, 216
Kohl, Helmut S. 22, 92 ff., 181, 203 ff., 207 f., 210 f., 212, 222, 316
Kollwitz, Käthe S. 177
Körner, Theodor S. 266, 333
Kraft, Waldemar S. 74
Kraus, Karl S. 306
Krenz, Egon S. 181
Krugman, Paul S. 235
Krupp von Bohlen und Halbach, Alfried S. 187
Kuba, eigentl. Barthel, Kurt S. 45
Kuczynski Jürgen S. 53 f.
- Lafontaine, Oskar S. 205
Lambsdorff, Otto Graf von S. 97, 161, 205
- Lang, Alexander S. 299
Laue, Max von S. 75
Lavant, Rudolf S. 325
Leander, Zarah S. 132, 134 ff.
Leibniz, Gottfried Wilhelm S. 331
Leiser, Erwin S. 306
Lenin, W. I. S. 33, 38, 40
Leopold, Herzog von Österreich S. 271
Libiger, Richard S. 296
Liebknecht, Karl S. 336, 339, 342
Liebknecht, Wilhelm S. 318, 336
List, Friedrich S. 114
Liszt, Franz von S. 295, 310
Lobkowitz, N. S. 95
Loebell, Friedrich Wilhelm von S. 277
Louis Ferdinand, preuß. Prinz S. 253, 255
Luckhardt, Emil S. 325
Luise, Auguste Wilhelmine Amalie (preußische Königin Luise) S. 251 f., 254
Lukács, Georg S. 34
Lummer, Heinrich S. 223
Luther, Martin S. 276
Luxemburg, Rosa S. 23 f., 339, 342
Lyssenko, T. D. S. 54
- Macdonald, Alexandre S. 99
Mahler, Horst S. 83
Maiziere, Ulrich de S. 255
Majakowski, W. W. S. 35
Mamai, N. S. 55 f.
Mann, Heinrich S. 177
Manstein, Erich von S. 148 ff.
Marcuse, Herben S. 83
Marryat, Frederick S. 116
Marx, Karl S. 25 f., 35 f., 81, 84, 102, 139 ff., 177, 317, 332, 341, 351
Matern, Hermann S. 49
Matthäus-Maier, Ingrid S. 207
Maunz, Theodor S. 67
Mazowiecki, Tadeusz S. 365
McCloy, John S. 189
Mehring, Franz S. 102, 254, 274 f.
Mendelssohn, Moses S. 119
Mengele, Josef S. 188
Merkatz, Hans:Joachim von S. 79
Merkel, Angela S. 210
Merker, Paul S. 11
Metternich, Klemens Lothar Fürst von S. 358
Meyer, Konrad S. 125
Miskiewicz, Adam S. 240
Mittag, Günter S. 31
Modrow, Hans S. 27 f.
Mohl, Rudolf von S. 224
Mölders, Werner S. 244
Möller, Horst S. 220
Moltke (der Ältere), Helmuth Graf von S. 239, 261
Mommsen, Hans S. 69
Moravia, Alberto S. 83
Mozart, Wolfgang Amadeus S. 253 f., 257
Mussolini, Benito S. 138, 144

- Napoleon I., Bonaparte, Kaiser der Franzosen S. 102 f., 112, 114, 119, 254, 258 f., 261, 263 f., 266 f., 270 ff., 274, 301, 308, 357
- Napoleon III., Bonaparte, Kaiser der Franzosen S. 141
- Nasarowa, N. S. 55
- Neander, Joachim S. 251
- Nebukadnezar S. I 23, 354
- Necker, Tyll S. 202
- Niedersaß, Karl S. 325
- Niethammer, Lutz S. 215 ff.
- Nietzsche, Friedrich S. 104 ff., 331
- Nikolaus, Bischof von Myra S. 250
- Nobel, Alfred S. 335, 337
- Nono, Luigi S. 83
- Noske, Gustav S. 342
- Oben traut, Hans Michael Elias S. 248
- Oberländer, Theodor S. 74, 77
- Oelßner, Fred S. 172
- Ohnesorg, Benno S. 91
- Ompteda, von S. 259
- Ossietzky, Carl von S. 339
- Ottwalt, Ernst (eigentlich: E. Gottwalt Nicolas) S. 306
- Pankok, Otto S. 177
- Papen, Franz von S. 47
- Pasolini, Piere Paolo S. 83
- Paulus, Friedrich S. 148, 360
- Perels, Joachim S. 222
- Peter I., russ. Zar S. 358
- Peters, Carl S. 281
- Picht, Georg S. 89
- Pieck, Wilhelm S. 10, 13, 48, 315 f.
- Pierson, E. S. 335, 338
- Pitt, William S. 114
- Platon S. I 05, 328, 33 I
- Plivier, Theodor S. 189
- Plutarch S. 111
- Pöhl, Karl-Otto S. 197, 204 f.
- Poincaré, Raymond S. 312
- Pompeius, Gnäus Pompeius Magnus S. 111
- Porten, Henny S. 134
- Posser, Diether S. 75
- Pottier, Eugène Edine S. 321 ff.
- Puschkin, A. S. 358
- Rauch, Christian S. 101
- Reagan, Ronald S. 200 f., 235
- Reichardt, Friedrich S. 299
- Reiche, Samuel Gottfried S. 308
- Reinhardt, Fritz S. 302
- Renn, Ludwig S. 311
- Reuter, Oberst von S. 282
- Reutter, Rudolf S. 11, 17
- Richter, Irmgard S. 56
- Robinson, Henry Morton S. 214
- Roethe, Gustav S. 295
- Roethe, Thomas S. 22, 71
- Rohrmoser, Günter S. 96
- Rökk, Marika S. 135
- Roon, Albrecht Graf S. 239
- Roosevelt, Franklin D. S. 59 f., 62
- Rosenberg, Alfred S. 128, 304 f.
- Rousseau, Jean-Jaques S. 106, 240
- Rücken, Friedrich S. 10 I
- Rüger, Sigrid S. 82
- Rühmann, Heinz S. 136
- Rumberg, Dirk S. 230
- Runge, Johann Daniel S. 308
- Russell, Benrand S. 83
- Sachs, Hans S. 299
- Salvadore, Gaston S. 84
- Sargon II. S. 353
- Sartre, Jean-Paul S. 83, 196
- Sauckel, Fritz S. 298
- Schacht, Hjalmar S. 139 f.
- Schacht, Ulrich S. 231
- Schadow, Johann Gottfried S. 101, 251
- Schäfer, Dietrich S. 116
- Scharnhorst, Gerhard von S. 265
- Scharping, Rudolf S. 231
- Schäuble, Wolfgang S. 217 f.
- Schenk, Fritz S. 74
- Schiller, Friedrich von S. 240, 263, 265, 270 ff.
- Schirdewan, Karl S. 24, 43
- Schlegel, Dorothea von S. 119
- Schlegel, Friedrich S. 119 ff.
- Schleicher, Kurt von S. 47
- Schmettau, Ferdinande von S. 261
- Schmid, Carlo S. 64, 67
- Schmidt, Eberhard S. 45
- Schmidt, Helmut S. 93
- Schmitt, Kurt S. 139
- Schneider, Paul S. 329
- Schnibben, Cordt S. 87
- Scholl, Geschwister S. 49
- Schopenhauer, Arthur S. 239
- Schröder, Gerhard S. 208, 212
- Schulenburg-Kehnert, Friedrich Wilhelm, Grafvon der S. 274 ff., 278
- Schultze, Fritz S. 177
- Schumacher, Kurt S. 67
- Schumann, Georg S. 343
- Schürer, Gerhard S. 22, 208
- Seebohm, Hans-Christoph S. 79, 161, 165
- Seghers, Anna S. 53, 172, 177, 189
- Seidel, Hanns S. 79
- Semjonow, W. S. S. 11
- Seneca, Lucius Annaeus S. 328, 331
- Severing, Carl S. 67
- Shakespeare, William S. 122, 240, 257, 327
- Sieburg, Friedrich S. 63
- Siewierski, Mieczysław S. 344
- Sikorski, Władysław S. 167, 344
- Simon, Dieter S. 195
- Simonides von Keos S. 328
- Söderbaum, Kristina S. 135
- Sokrates S. 105, 328
- Speidel, Hans S. 75
- Spengler, Oswald S. 110
- Spinoza, Baruch S. 331

- Staal, Viktor S. 132
 Stahl, Friedrichjulius S. 224
 Stalin (Dshugaschwili), J. W. S. S. 33 f., 36 ff., 42, 46 f., 56, 59, 168 ff.
 Stein, Karl Reichsfreiherr von und zum S. 253, 265
 Steiner, Felix S. 156 ff.
 Stoph, Willi S. 21
 Strauss, Botho S. 229
 Strauß, Franz Josef S. 93, 200, 243
 Strehler, Georgio S. 83
 Streiter, Hermann S. 302
 Suttner, Arthur Gundaccar von S. 333
 Suttner, Bertha von S. 332 ff.
 Sywottek, Arnold S. 72
- Tarle, Eugen S. 114
 Taylor, Telford S. 344
 Thälmann, Ernst S. 45 ff., 213, 329
 Thatcher, Margaret S. 235
 Thierse, Wolfgang S. 212
 Tiglatpileser III., König von Assur S. 353
 Tirpitz, Alfred von S. 116, 291 f.
 Tjulpanow S. I. S. 53
 Togliatti, Palmiro S. 141
 Tolstoi, L. S. 336
 Topitsch, Ernst S. 330
 Tronje, Hagen von S. 292, 294 ff.
 Trotzki, L. D. S. 34 f., 139
 Truman, Harry S. S. 59, 62
 Tschudi, Aegidius S. 270
 Tschutkich, A. S. 55
 Tucholsky, Kurt S. 136, 312
- Uhland, Ludwig S. 121
 Ulbricht, Walter S. 11, 20 f., 24 f., 28 ff., 40 f., 43, 50, 172, 199
 Ulpian, Domitius S. 331
 Ustinow, D. F. S. 201
- Victor, Herzog von Ratibor S. 307
 Villon, François S. 321
 Visconti, Luchino S. 83
- Wagner, Richard S. 298 ff.
 Waigel, Theo S. 205
 Walser, Martin S. 229
 Walter, Armin S. 343
 Walther, Johann S. 300
 Wannemacher, Leonie S. 212 f., 215
 Weber, Hermann S. 188 f.
 Weerth, Georg S. 175
 Wegener, Ernst S. 301
 Weidig, Friedrich Ludwig S. 319
 Weinen, Erich S. 168 ff., 176 f., 306, 321
 Weiss, Peter S. 83
 Weizsäcker, Carl Friedrich von S. 75
 Weizsäcker, Richard von S. 96, 255, 316
 Welcker, Carl Theodor S. 224
 Wellington, Arthur Wellesley, Duke of S. 103
- Wenig, Sepp S. 55
 Werkmeister, Rudolf S. 260
 Wessel, Gerhard S. 255
 Wessel, Helene S. 75
 Wessel, Horst S. 312
 Wiechert, Ernst S. 216
 Wildt, Michael S. 71
 Wilhelm I., preußischer König, deutscher Kaiser S. 239, 310
 Wilhelm II. von Preußen, deutscher Kaiser S. 100, 116 f., 171, 280 f., 288 f., 291 f.
 Wippermann, Wolfgang S. 220
 Wirth, Erich S. 55
 Wirth, Joseph S. 15
 Wlassow, A. S. 130
 Wolf, Christa S. 167, 182, 227
 Wolf, Friedrich S. 174 ff., 179
 Wolff, Karl Dietrich S. 86, 92
 Wolzogen, Karoline von S. 272
 Wolzogen, Wilhelm von S. 271
 Wunderlich, Rudolf S. 343
 Wurm, Johann Franz Ferdinand S. 320
 Wutschetitsch, J. W. S. 356
- Zacher, Hans F. S. 191
 Zetkin, Clara S. 46, 139
 Zweig, Arnold S. 33, 177 f.